PLASTIK BOMB
Nummer 10
Sommer '95
108 Seiten
3,- DM
MÜLLSTATION
OXYMORON
NR. 3 & 4/87
PIPS
ZEIT SCHRIFT FÜR UN_ZEIT GEIST
JEDER FRAU MANN
Termin
FÜR UN_KOMM·ERZ
Ausbau-Netzplan
Wichtig
Mit Inhaltsverzeichnis
Preis 3,00 Nr.7 Juli 1994 14. Jahrgang
STADT
MÜNSTER
Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern!
HUNDERT BLUMEN
NR. 5
1,00
10 jahre archiv für alternatives schrifttum (afas)
30 jahre druck von unten
Willkommen im Klub
Wir nehmen diese Gelegenheit wahr, um unseren früheren, oben aufgeführten Mitarbeitern Dank zu sagen.
KOMMUNE I
QUELLEN zur KOMMUNE FORSCHUNG

Infoladen
Kreuzgasse 3, 04277 Leipzig
Tel.: 0341/3 02 65 04
Fax: 0341/3 02 65 05

10 Jahre Archiv für alternatives Schrifttum (afas)

30 Jahre Druck von unten

Herausgegeben von
Jürgen Bacia

Reader zur Ausstellung in der
Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf
7. Dezember 1995 - 17. Februar 1996

Düsseldorf 1995

Materialien des Archivs für alternatives Schrifttum; Band 4

Schriften der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Herausgegeben von Elisabeth Niggemann

- 23 -

Gefördert vom:
Ministerium für
Stadtentwicklung,
Kultur und **Sport**
des Landes
Nordrhein-Westfalen

Der Umschlag zeigt folgende Titelbilder: Hundert Blumen (Berlin), 1972; Plastic Bomb (Duisburg), 1995; Pips (Bonn), 1987; Stadtblatt (Münster), 1994; Kommune I (Berlin), 1968

Archiv für alternatives Schrifttum in NRW
Schwarzenberger Str. 147; 47226 Duisburg
Tel.: 02065 / 74715 Fax: 02065 / 74737

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf
Universitätsstr. 1; Geb. 24.41; 40225 Düsseldorf
Ausstellungsreferat: Barbara Hell Tel.: 0211 / 311-3526

Druck: Technische Abteilung
der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Inhalt

Einleitung: Zehn Jahre afas (von Petra Heine) 7

Subversive Aktion, frühe Studentenbewegung, Notstandsgesetze 19
Flugblätter aus Stuttgart, München, Berlin und Aachen; Texte u.a. aus *neue kritik* zum SDS, zum Notstands-Kongreß 1965, zum Vietnam-Kongreß 1966.

Die aktionistischen Jahre 1967/68 35
Die Erschießung Benno Ohnesorgs 1967; Das Attentat auf Rudi Dutschke 1968; Erklärungen des SDS; Untersuchung des Republikanischen Clubs zum Springer-Verlag: Die Beispiele Rolling Stones in der Waldbühne und Berichte über die Erschießung Benno Ohnesorgs; "Über das Betreten des Rasens" mit Texten von Rainer Langhans und Peter Schneider.

Die Kommune I 49
Selbstdarstellungen; Flugblätter; Das 2. Buch APO aus *Charlie Kaputt.*

Organisationsdebatte und maoistische Parteien ab 1968 57
Texte von Bernd Rabehl, Peter Gäng, Reimut Reiche; Programmatische Erklärungen aus diversen *Roten Fahnen* und dem *Roten Morgen*; Ein Beispiel für das Ende des Maoismus.

Gewaltfrage und Rote Armee Fraktion 67
Artikel aus *Charlie Kaputt*, *agit 883*, *Langer Marsch*, *Info BUG*, u.a. von Erich Fried.

Spontis und Alternativbewegung 75
Kritik an Stalinismus, Maoismus und Leninismus; Das Verhältnis von persönlicher Emanzipation und politischer Arbeit; Sexualität; Artikel u.a. von Dieter Duhm und Joschka Fischer; Der neue Sozialisationstyp; Viele Karikaturen und Illustrationen.

Die Frauenbewegung 97
Texte von 1968 bis 1992 aus: *agit 883*, *Bambule*, *radikal*, *Courage*, *Lila Lotta*, *Ypsilon*, *Schamlos*; Artikel u.a. von Luise F. Pusch, Sibylle Plogstedt, Hanna Behrend und Helene Albers.

Die Ökologie- und Friedensbewegung 115
Kalkar; Gorleben/Republik Freies Wendland und die Räumung eines Bohrloches; Gewaltdiskussion; Anfänge der Grünen/Alternativen; Das Verhältnis der Ökologiebewegung zu den Grünen; Friedensdemo in Bonn 1981; Tschernobyl; Zwischenbilanz zu selbstverwalteten Betrieben von Michael Makowski.

Die DDR nach dem Fall der Mauer 127
Berichte und Kommentare u.a. aus: *Die Andere*, *Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig*, *telegraph*, *Sondeur*, *Ypsilon*, *Demokratie Jetzt*; Artikel von Dietmar Halbhuber, St. Könau, Steffen Mensching, Christiane Baumann/Claudia Kleinschmidt, Hans-Jürgen Fischbeck, Jürgen Fuchs, Klaus Wolfram.

Antifaschismus und Antirassismus 141
Beispiele aus Duisburg-Rheinhausen, Siegen, Münster, Hoyerswerda, Dresden, Gütersloh; Frauen und Rassismus; Artikel u.a. von Dieter Krause, Barni Geröllheimer und Doris Bremmer.

Musik 153
Texte von 1970 bis 1994; Interview mit Jimi Hendrix in *agit 883*; Ton Steine Scherben; Frauen-Rock; Rock in der CSSR und in der DDR; Antifa/Punk; Rechts-Rock; Texte aus: *Hundert Blumen*, *Bambule*, *Horch und Guck*, *Autonomie*, *radikal*, *telegraph*, *Plastic Bomb*, *Spex*. Artikel von Diedrich Diederichsen: The kids are not alright.

P i p s 169
Geht vor die Hunde; Über Züge von Dortmund nach Siegen; dAdA und Wissenschaft; Der Zwickel des sozialen Netzes; Tanzende Clementine; Fühlbeutel; Pantaleon Pulvermüllers Bilderrätsel; Verein der Staufreunde n.e.V.

What's left? 175
Texte aus: *Die Andere*, *Bündnis 2000*, *Kommune*, *SoZ-Magazin*, *Lokalberichte Köln*, *links*; Artikel von Reinhard Weißhuhn, Erhard Müller, Joscha Schmierer, Christof Meueler, Joachim Hirsch.

Bitte um Mithilfe 185
afas-Sammelschwerpunkte; Wer hat noch Materialien, die in die afas-Sammlung passen? afas-Adresse und -Publikationen.

Zehn Jahre afas / Einleitung

Die Idee

1985 bis 1995, das waren zehn Jahre Arbeit an der Realisation einer Idee, die 1984 an einem Herbstabend in einer Duisburger Kneipe geboren wurde:

Ausgangspunkt war die Frage, warum es so wenig Geschichtsschreibung über die Verlierer in der Geschichte, über die oft kurzlebigen politischen Bewegungen gegen den Strom, über die ebenso kurzlebigen selbstorganisierten Interessenverbände der Benachteiligten, über die oft weitsichtigen, aber vereinzelten Kritiker bestimmter gesellschaftlicher Entwicklungen gibt. Klar, wie soll Geschichte geschrieben werden ohne Quellen? Und wer bewahrt die Dokumente auf, die von diesen Initiativen in ihrer kurzen Geschichte produziert werden? Die großen Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften, auch die großen Unternehmen institutionalisierten das Bewahren der eigenen Geschichte. Partei-, Gewerkschafts-, Kirchen- und Unternehmensarchive gibt es seit langem. Dort finden die Historiker die Informationen, die sie für ihre Studien über diese Institutionen brauchen.

Über die freien, selbstorganisierten Initiativen der engagierten Bürger, die sich in Politik und Gesellschaft einmischen und die zur Verbreitung der eigenen Positionen Flugblätter, Broschüren, Dokumentationen und Zeitschriften drucken, gibt es - von wenigen Ausnahmen abgesehen - meist nur zufällig von Privatpersonen Gesammeltes, das außerdem selten irgendwo nachgewiesen ist.

Eine dieser Ausnahmen stellt das ID-Archiv im Amsterdamer "Internationalen Institut für Sozialgeschichte" dar, das vor fast zwanzig Jahren aus der Zeitung *ID, Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten*, in Frankfurt/Main hervorging, und das schließlich aus Gründen der Existenzsicherung in die Niederlande auswandern mußte. In Berlin gibt es das APO-Archiv an der Freien Universität, das umfassend Dokumente der Linken aus den sechziger und siebziger Jahren archiviert hat. Weitere Ausnahmen bilden inzwischen die auf einzelne Städte bezogenen Archive von Geschichtswerkstätten oder die auf bestimmte Problembereiche oder Bewegungen bezogenen Archive, die aus Friedens-, Umwelt- oder Frauengruppen hervorgegangen sind. Das Sammeln und Archivieren von Informationen ist in den letztgenannten Institutionen in der Regel unmittelbar auf die Praxis einer Gruppe bezogen.

Mit dem Untergang dieser Gruppe geht dann meist auch das Archiv unter, das Material wandert bestenfalls in eins der oben genannten größeren Archive, schlimmstenfalls auf die Müllkippe.

Da es kaum systematisch über längere Zeit gesammelte Informationen zu kritischen Gegenbewegungen gibt, werden die hier diskutierten Fragestellungen, Tendenzen und Widerstände für die Historiker oft erst sichtbar, wenn sie Einzug in die etablierten Institutionen gehalten haben. So drängt sich der Eindruck auf, daß sich gesellschaftliche Innovationen oder Problembewußtsein gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Sachverhalten und Fehlentwicklungen nur in großen Organisationen entwickeln können. Der bequeme Satz, "Was kann ich schon ausrichten, als 'normaler Bürger'", läßt sich tausendfach belegen.

Aber so ist es nicht!

Gewalt in der Ehe wurde in kleinen Frauengruppen angeprangert, lange bevor die Vergewaltigung in der Ehe endlich im öffentlichen Bewußtsein zum Straftatbestand wurde. Der "Schnelle Brüter in Kalkar" wurde von Umweltgruppen lange z.T. militant bekämpft, bis das Projekt endlich aufgegeben wurde. Heute anerkannte Schriftsteller und Dichter publizierten ihre Werke oft jahrelang in kleinen, selbstorganisierten Literaturzeitungen und Verlagen, bevor die großen Verlage auf sie aufmerksam wurden. Ökologische Probleme wurden, lange bevor die großen Parteien über sie nachzudenken begannen, in kleinen Gruppen zum Thema gemacht. Zunächst waren es 'technologiefeindliche Spinner', dann waren es 'grüne Spinner' und jetzt wird sogar in der CDU darüber diskutiert, ob Koalitionen mit Bündnis 90 - Die Grünen möglich sein sollten.

Die Publikationen der kleinen Initiativen spiegeln oft seismographisch gesellschaftliche Probleme und Tendenzen wider, die z.T. viel später massenwirksam werden und eine politische Lösung verlangen.

Die parlamentarische Demokratie, die die politischen Entscheidungen an hierfür gewählte Gremien delegiert, ist zur Erhaltung ihrer Lebendigkeit und zu ihrer Weiterentwicklung auf kritische Beobachter angewiesen. Die Verwalter brauchen, um in ihren Sachzwängen nicht zu ersticken, kritische Anstöße von außen, brauchen

eine Gegenöffentlichkeit, die Gegendruck ausübt. Wie wächst solch eine Gegenöffentlichkeit? Was kann jemand, der sich einmischen will, der sich nicht auf das "was kann ich schon ausrichten?!" zurückziehen will, aus den Veröffentlichungen der kritischen Gegenbewegungen lernen? Vor der Beantwortung dieser Fragen steht noch eine andere: Wo kann man/frau diese Veröffentlichungen finden?

Solche Überlegungen bildeten den Hintergrund für die Idee, ein 'Archiv für alternatives Schrifttum' zu gründen.

Die Anfangseuphorie

Aber am Anfang gab es nicht nur Fragen, es gab auch Material: wenig zunächst, gesammelt von ein paar Beteiligten als Dokumente der persönlich-politischen Geschichte, ein paar Flugblattordner, ein paar Zeitungen, Studentenzeitungen, Zeitungen der Neuen Linken, der Spontis der 70er Jahre.

Dann kam das Problem: Wie finden wir einen Raum für dieses Material und wie bauen wir die Materialsammlung aus?

Engagement war da, Geld zum Anmieten eines Raumes nicht. Da wir davon ausgingen, daß unser Interesse, ein Archiv für Publikationen aus der Gegenöffentlichkeit zu gründen, auch auf öffentliches Interesse stoßen müßte, dachten wir an staatliche bzw. kommunale Unterstützung. Klar war uns, daß nur derjenige einigermaßen ernst genommen wird, der als Vertreter einer 'registrierten Gruppe', eines 'eingetragenen Vereins' auftritt. So gründeten wir also einen Verein, schrieben uns eine Satzung mit allem 'Drum und Dran', wählten einen Vorstand und einen Kassenprüfer, setzten Mitgliedsbeiträge fest und suchten uns einen abkürzungsfähigen Namen. Die Abkürzung *afas*, 'Archiv für alternatives Schrifttum in NRW', gefiel allen am besten.

Als *afas* traten wir an die Stadt Duisburg heran und bald hatten wir den gesuchten Raum, vom Kulturdezernat der Stadt im Kultur- und Freizeitzentrum Rheinhausen zur Verfügung gestellt. Als *afas* traten wir an das Arbeitsamt Duisburg heran und bald hatten wir eine vom Arbeitsamt finanzierte ABM-Stelle. Zunächst schien alles viel einfacher, als wir geglaubt hatten.

Wir bauten Regale aus auseinandergesägten Schränken, sammelten Weinkartons als Archivschachteln, sprachen in Duisburg ansässige Firmen auf Büromöbel an und bekamen zwei Schreibtische und einige Stühle geschenkt. Vom Leiter der Stadtbibliothek in Duisburg erhielten wir unser erstes Mikrofiche-Lesegerät und später auch Standregale von der Stadtbibliothek und dem Stadtarchiv als Leihgaben.
Ein befreundeter, linker, Berliner Rechtsanwalt spendete seinen ausrangierten Kopierer, der Ökofonds NRW gab die erste größere Geldspende, mit der Papier und Toner und die Wartung des Kopierers bezahlt und unser erstes Faltblatt gedruckt werden konnten.

Die ersten Zeitschriften wurden katalogisiert, und es wurde das ehrgeizige Projekt in Angriff genommen, möglichst flächendeckend in Nordrhein-Westfalen alle Bürgerinitiativen, Stadtteil- und Stadtzeitungsinitiativen, Friedens-, Ökologie-, Frauen- und Selbsthilfegruppen anzusprechen und sie zu bitten, uns ihre Materialien kostenlos zu überlassen.

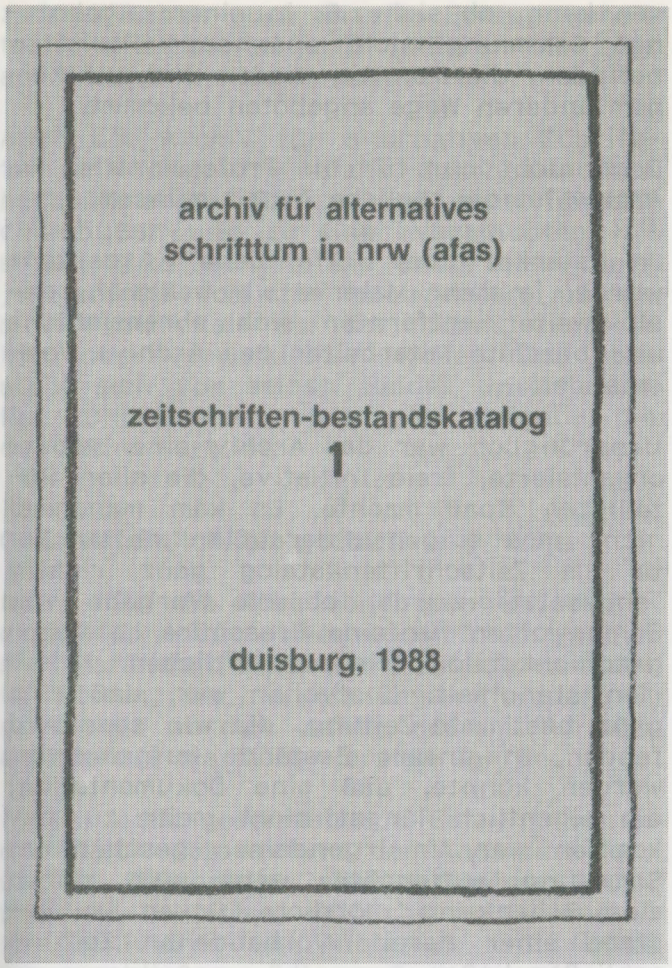
Reisen von einer Stadt zur anderen, Auftritte auf Kongressen der Szene machten Spaß und das *afas* bekannt. Die ersten Briefumschläge mit Geschenkabonnements wurden gefeiert, die ersten Benutzer bekamen Kaffee und Kuchen, es herrschte Aufbruchseuphorie:

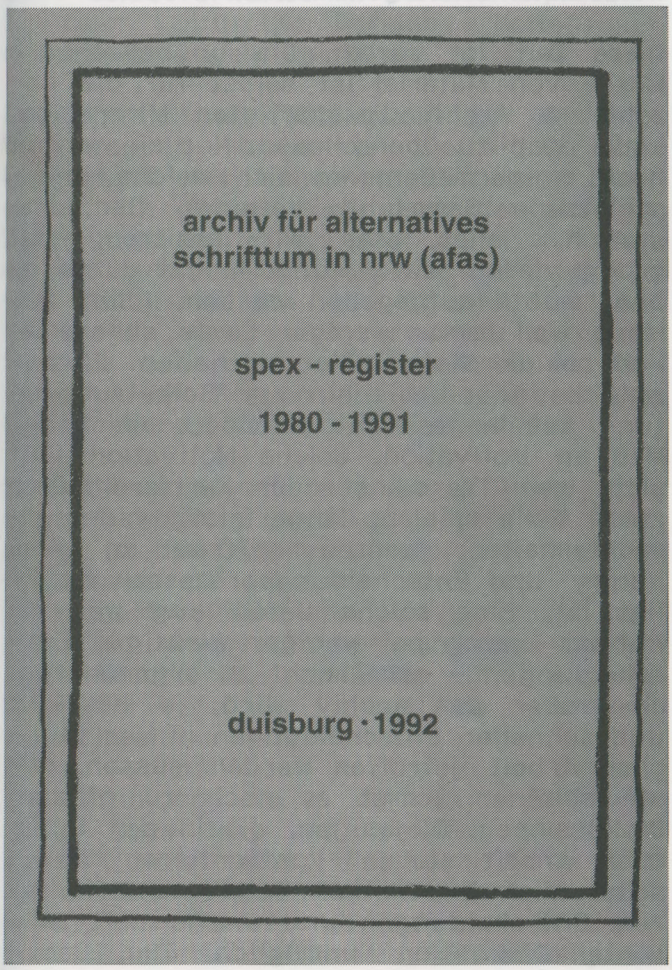
Eine Stammtischidee nahm Gestalt an.

Mit ca. 20 Zeitschriften in unserem Bestand hatten wir 1985 angefangen, 1988 erschien unser erster Zeitschriften-Bestandskatalog mit 370 Zeitschriftentiteln, 1990 der zweite mit 1200 Titeln. Wir publizierten unsere mit Hilfe von Druckkostenzuschüssen des Landschaftsverbands Rheinland finanzierten Kataloge, weil wir das Archiv bekannt machen und mit der Verbreitung dessen, was bei uns zu finden ist, zur Benutzung auffordern wollten. Außerdem bewährten sich die Kataloge als 'Werbegeschenke' bei der Materialsuche. Viele Initiativen reagierten auf die Kataloge, indem sie sagten: "Was, das Blättchen ist in Eurem Katalog? Dann müßt Ihr unsere Zeitung aber auch haben!" - Und schon waren wir in den Verteiler aufgenommen.

Freunde und Helfer

Es gäbe das afas nicht, wenn die Initiativen, Gruppen und Bewegungen, deren Material wir sammeln, uns nicht akzeptieren und unterstützen würden. Nur dadurch, daß viele Gruppen es sinnvoll finden, ihre Geschichte nicht zu einer Geschichte der verlorenen Dokumente werden zu lassen und die uns deshalb Belegexemplare ihrer Druckproduktionen, ihrer Zeitungen, Flugblätter, Broschüren und Dokumentationen unaufgefordert und ohne Rechnung schik-





ken, können wir die Funktion wahrnehmen, die als Idee hinter der Gründung des *afas* stand und steht: Jedem interessierten Bürger, aber auch jedem eine Diplom-, Doktorarbeit oder sonstige Studie schreibenden Studenten oder Wissenschaftler sollten Quellen zur Geschichte der alternativen Gegenöffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem Wachstum des Archivs waren wir immer dringender auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Bei den gegebenen Arbeitskapazitäten war die Katalogisierung auf konventionelle Art an der Schreibmaschine nicht mehr zu leisten.

Wir brauchten einen neuen Kopierer und später einen Computer und bekamen beides nach Verhandlungen mit dem sehr hilfsbereiten Bibliotheksreferenten des Kultusministeriums des Landes NRW, Herrn Solle, und nach dessen Pensionierung mit der ebenso hilfsbereiten Bibliotheksreferentin, Frau Dr. Galsterer. Wir kauften ein Archiv-Verwaltungsprogramm und stellten unsere Kataloge auf EDV um.

Nach wie vor lebte das Archiv hauptsächlich von ehrenamtlicher Arbeit. Um geregelte Öffnungszeiten und kontinuierliche Kontaktpflege zu unseren Materialgebern zu gewährleisten und um der Materialflut katalogtechnisch gewachsen zu sein, brauchten wir neben technischen Hilfsmitteln und ehrenamtlicher auch bezahlte Arbeitskraft.

Da unsere gedruckten Kataloge Anerkennung in der bibliothekarischen Öffentlichkeit fanden, gelang es uns hier, Fürsprecher zu finden. Professor Gattermann, ehemaliger Leiter der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf, und Herr Dr. Jammers, ehemaliger Bibliotheksreferent im nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium, halfen uns, den Kontakt zum Kulturausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen aufzubauen. Im Frühjahr 1992 beschloß der Kulturausschuß, daß die Leiter-Stelle des Archivs abgesichert werden müßte. Partiell ist das inzwischen gelungen. Vom Kultusministerium finanziert, können wir den wissenschaftlichen Leiter des Archivs inzwischen 7 Monate im Jahr bezahlen. Die Gelder hierfür müssen allerdings jährlich neu als Projektmittel beantragt werden.

Ein Problem, dessen wir uns am Anfang gar nicht bewußt waren, der drohende Papierzerfall unserer z.T. auf Recycling-Papier gedruckten Zeitungen und Broschüren, konnte mit Unterstützung des Bibliotheksreferats des Wissenschaftsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen

aufgefangen werden. Ein Kooperationsvertrag mit der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf ermöglicht nach und nach die Verfilmung eines Teils unserer Bestände in der ULB Düsseldorf. Dadurch sind die Texte auf lange Zeit gesichert.

Die Bibliothek der University of California at Berkeley, die durch einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung auf uns aufmerksam wurde, unterstützt die Verfilmung weiterer Zeitungen, indem sie Mikrofiche-Kopien von bestimmten Zeitungen bei uns bestellt und bezahlt. Wir behalten das Copyright und die Masterfiches dieser Verfilmungen.

Seit mehr als zwei Jahren können wir mit Mitteln der Ökologie-Stiftung NRW außerdem freie Mitarbeiter bezahlen, die bei der Materialbeschaffung, Sichtung, Zuordnung und Katalogisierung Grüner Publikationen behilflich sind.

Etwas Geld kam in die Archivkasse durch den Verkauf unserer Zeitschriftenkataloge an Bibliotheken und durch den Verkauf eines bei uns erstellten Registers der in der Szene bekannten Musikzeitung Spex an Privatpersonen und Musikredakteure.

Private Spenden und Mitgliedsbeiträge ermöglichen z.B. das Bezahlen von Reisen, Telefon- und Faxrechnungen sowie den Ankauf von Materialien, die nur noch in Antiquariaten zu bekommen sind.

Die Mühen der Ebene

In der alltäglichen Arbeit haben die bezahlten Mitarbeiter im Archiv viel von der anfänglichen Euphorie eingebüßt. Der Kampf um die Existenz, der Kampf um einen Monat mehr oder weniger bezahlte Arbeit, dazu die nervenaufreibende Stellenverwaltung mit Lohnabrechnungen, Abführen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen etc. schmälerten die Freude am Wachstum des Archivs.

Dazu kommt, daß der selbstgesetzte Anspruch, flächendeckend für Nordrhein-Westfalen und exemplarisch für das ganze Bundesgebiet historische Lücken seit den sechziger Jahren zu schließen und darüberhinaus neue Entwicklungen mitzubekommen, die vorhandene Arbeitskapazität bei weitem übersteigt.

Es müßten Prioritäten gesetzt werden, es müßte vielleicht manchmal die Übernahme einer angebotenen Schenkung abgelehnt werden, wenn langfristig der Platz für mindestens zwei Schreibtische im Archiv erhalten bleiben soll. Aber das Ablehnen fällt schwer. Umso mehr, da man nie wissen kann, ob sich z.B. in einer angebotenen Sammlung nicht spannende Raritäten befinden, die man nie wieder und auf keinem anderen Wege angeboten bekommt.

Doch nicht nur für die Professionellen im Archiv ist die tägliche Arbeit mühsam:

Je stärker die öffentliche Akzeptanz wurde, je mehr Material wir bekamen, desto weiter entfernten sich ehrenamtliche und bezahlte Mitarbeiter des Archivs voneinander.

Ursprünglich war das Archiv eine selbstorganisierte, freie Initiative, die allen Beteiligten Spaß machte. Es kam manchmal nicht ganz so genau darauf an, ob ein Titel im Zeitschriftenkatalog ganz richtig "angesetzt" wurde, ob die Vergabe von Schlagworten für eine Broschüre im Monographienkatalog wissenschaftlichen Kriterien standhielt. Lustvoller war, daß eine ganz bestimmte Zeitung, die wir spannend fanden, in unsere Bestände aufgenommen werden konnte, daß eine Dokumentation, die eigentlich längst nicht mehr zu bekommen war, in irgendeiner geschenkten Sammlung auftauchte, wenn sich durch eine Schenkung plötzlich Lücken im Bestand einer bereits vorhandenen Zeitung schließen ließen.

Das Archiv war für manche Beteiligte ein - wenn auch ernst genommenes - Spiel.

Diese Zeit ist vorbei. Die unübersehbare Masse von Material ist selbst für die bezahlt im Archiv beschäftigten Mitarbeiter kaum noch zu überschauen. Nur sie wissen noch einigermaßen, wo sich welche unerschlossene Sammlung befindet. Der Anspruch, "alles, was wir besitzen, soll nachgewiesen sein", wurde längst aufgegeben, mußte aufgegeben werden, nicht zuletzt, weil immer weniger Leute ehrenamtlich bei der Katalogisierung halfen. Ehrenamtliche Arbeit bis hin zur Selbstausbeutung auf lange Sicht erfordert ein hohes Maß an Motivation. Solche Motivation läßt sich, wenn Verdienst oder Karrieregelüste keine Rolle spielen, längerfristig nur aufrechterhalten, wenn man/frau an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt ist. Eine solche Beteiligung war am Anfang - auch bei weniger wichtigen Entscheidungen - sehr leicht zu organisieren. Je größer das Archiv wird, je häufiger und schneller Entscheidungen in der täglichen Arbeit getroffen werden müssen, desto seltener kommt es noch zu offenen Diskussionen. Diejenigen, die in der täglichen Arbeit stehen, konfrontieren inzwischen die ehrenamtlich Beteiligten mit ihren Entscheidungen und machen oft eine echte Diskussion unmöglich. Die Sach-

zwänge haben auch im afas Einzug gehalten und zerstören immer stärker die Lust auf ehrenamtliches Engagement.

Auch ein Archiv für alternatives Schrifttum unterliegt der Gefahr, durch manchmal herbeigeredete Sachzwänge Lebendigkeit einzubüßen und zu einer verstaubten Institution zu werden! Die Bedürfnisse derjenigen, die vom afas leben wollen, müssen andere sein, als die derjenigen, die sich hier nur 'verwirklichen' wollen. Das versteht sich von selbst. Beides unter einen Hut zu bekommen, bleibt eine Aufgabe, die der Mühe wert ist.

Gegenöffentlichkeit gestern und heute

Nicht nur die Arbeitsbedingungen im Archiv für alternatives Schrifttum haben sich verändert. Auch die Publikationen der Initiativen, die hier als Gegenöffentlichkeit gesammelt werden, sehen heute z.T. ganz anders aus als in den ersten Jahren.

In der 1985 geschriebenen Satzung wurde als Zweck des Archivs der Anspruch formuliert, "Materialien aller derjeniger Gruppen und Initiativen möglichst umfassend..." zu archivieren und inhaltlich und formal zu erschließen, "die außerhalb oder am Rande der traditionellen Parteien und Verbände arbeiten, d.h. die selbstorganisiert bzw. selbstverwaltet im politischen, sozialen oder kulturellen Bereich arbeiten und emanzipative Ziele verfolgen."

Emanzipation als Schlagwort der Studentenbewegung bedeutete Befreiung von Herrschaft des Menschen über den Menschen. Ein großes Wort, unter das sich die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt ebenso subsumieren ließen wie die Streiks von Metallarbeitern, die Kämpfe von Jugendlichen um selbstverwaltete Jugendzentren ebenso wie der umfassende Anspruch von Frauen auf den Abbau der Männerherrschaft in der Gesellschaft.

Gegenöffentlichkeit, ein Begriff der Studentenbewegung, sollte aufklären, die Menschen in die Lage versetzen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und sich gegen Herrschaftsverhältnisse zur Wehr zu setzen: "Wir sind nicht hoffnungslose Idioten der Geschichte, unfähig, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen" (Dutschke).

Die Zeitungen, die in der Studentenbewegung Bedeutung hatten oder in ihrem Rahmen entstanden, die *Neue Kritik* des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der *Berliner Extradienst*, die *links* des Sozialistischen Büros in Offenbach, die

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postscheckkonto der BIG 828 00)

EXTRA Dienst

12. April 1968 - 30/II
Einzelpreis DM 0.75

AB 19. APRIL: DUTSCHKE ALS RÄDELSFÜHRER VOR GERICHT

Am 19. April, 9.15 Uhr (Saal 500, Moabit) beginnt die Verhandlung gegen Rudi Dutschke, Gaston Salvatore-Pascal und Peter Schwiedrzik wegen "behördlich nicht genehmigten Aufzugs" und Landfriedensbruchs. Der der Anklage zugrundeliegende Vorfall war die "Teufelsaustreibung" am 27. November 1967: Rund 5000 Studenten und andere Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition demonstrierten an diesem Tag, dem 1. Verhandlungstag gegen Fritz Teufel "wegen schweren Landfriedensbruchs", vor dem Kriminalgericht in Moabit. Dutschke steht als "Rädelsführer" vor Gericht; auf schwerem Landfriedensbruch, der Dutschke vorgeworfen wird, steht eine gesetzliche Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis. Dutschke gibt zu, zu der Demonstration aufgerufen und an ihr teilgenommen zu haben. Er wird sich damit verteidigen, daß gegen Fritz Teufel ein rechtswidriges Verfahren stattfand und beruft sich daher auf das Recht und die Pflicht des Bürgers zum Widerstand. Dieses Recht ist in der Verfassung Westberlins verankert. Verteidigt werden die drei Angeklagten von Rechtsanwalt Mahler. Die Verhandlungstage sind auf den 19., 23., 26. und 30. April festgesetzt.

AKTION OSTERMARSCH: VERKEHRSBLOCKADE IN WESTBERLIN

Die Ostermarsch-Aktionen in Westberlin begannen am Donnerstagabend in der TU mit einem teach-in. Am Ostersonntag, 14. April, 15 Uhr, soll vom Wittenbergplatz aus eine "picketing-line-Demonstration" zum Citykern hin stattfinden. Für den Ostersamstag, 13. April, ist für 12 Uhr mittags eine 5minütige Verkehrsblockade als Demonstration für den Frieden in Vietnam geplant. In Aussicht genommen sind 10 Plätze, die durch Flugzettel bekannt gemacht werden. Blockiert werden soll der Verkehr u.a. an der Gedächtniskirche, am U-Bahnhof Tegel, am U-Bahnhof Neukölln, am Rathaus Steglitz, am Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg und an der Ecke Berliner Straße/Clay-Allee in Zehlendorf. Ein Ostermarsch in der traditionellen Form findet in Westberlin, wie EXTRA-Dienst bereits gemeldet hatte, nicht statt.

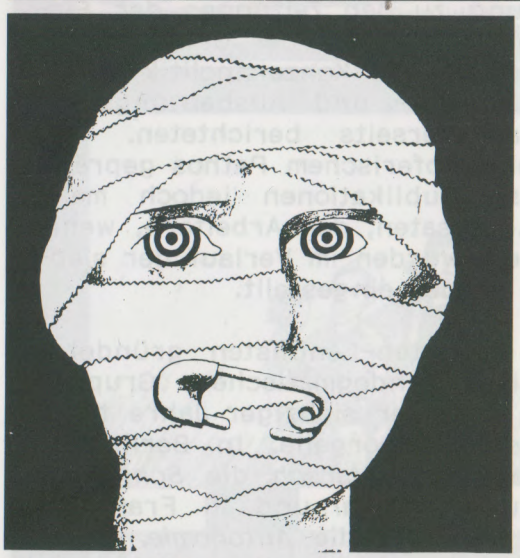
DDR: KONKORDAT MIT DEM VATIKAN ?

Die Aufnahme von vorerst inoffiziellen Gesprächen zwischen Vertretern der DDR und Vertretern des Vatikans mit dem Ziel eines Konkordatsabschlusses wird für die nächsten sechs Monate erwartet. Die Abänderung des ursprünglich vorgelegten Textes der DDR-Verfassung in Artikel 39 wird in diesem Zusammenhang als "bedeutsam" genannt. In der ursprünglichen Fassung hieß es nur, daß Kirchen und andere Religionsgemeinschaften ihre Angelegenheiten selber ordnen. Im endgültigen Verfassungstext wurde als Ergänzung hinzugefügt: "Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden". Die Ergänzung wird von informierten Ostberliner Stellen als "verfassungsmäßig fixierte Einladung" interpretiert. Die Verfassungskommission hat in ihrem "schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der Volksaussprache" dazu bemerkt: Die Verfassung ist "somit eine gute, aber auch

D 20930 E

links
Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 32
April '72 DM 1,20



Wider das Berufsverbot

Aufruf zur Gegenkampagne

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in der Bundesrepublik auf kaltem Wege unterhalb und außerhalb des Verfassungsrechts administrative Maßnahmen praktiziert oder vorbereitet werden, die im Effekt auf ein neues Sozialistengesetz hinauslaufen. Von der Weigerung des Bremer Senats, das DKP-Mitglied Prof. Horst Holzer zum Beamten zu ernennen, über die gemeinsamen Beschlüsse der Ministerpräsidenten der Länder über „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst", bis zur Ausweisung des marxistischen Theoretikers und Trotzkisten Ernest Mandel durch den Bundesinnenminister werden in immer massiverer Form Repressalien gegen die Vertreter radikaldemokratischer und sozialistischer Auffassungen angewandt. Das Argument, die Bundesrepublik müsse sich gegen „Radikale von rechts und links" zur Wehr setzen,

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Brief an Genscher zum Berufsverbot 3
Angela Davis-Solidaritätskongress 5
Kommentare
Andreas Buro: Besuch in Peking 6
V. S. Josselsohn: Persienreise 7
Kirsten Schäfer: KPF und 'Linksradikalismus' 8
Ekkehart Krippendorff: Hilfe für italienische Genossen 9
Gert Schäfer: Reaktionen zum 'Fall Mandel' 10
Leo Kofler 65 Jahre 11
Sozialismus
Hansgeorg Conert: Wohin treibt Jugoslawien? 12
International
Hanegbi, Machover, Orr: Klassencharakter der israelischen Gesellschaft (Schluß) 15
Diskussion
Willi Michel: Veränderung an der Basis 18
Zuschriften
Ansatzpunkte, LSD 20
Organisationen
Trikont-Verlag 21
VDS-Mitgliederversammlung 22
Linker Digest
Ernest Mandel: Zur Krise der kommunistischen Weltbewegung 23

Rote Pressekorrespondenz, ursprünglich eine undogmatische Studentenzeitung aus Berlin, waren mehr oder weniger theoretische Organe einer um ihr Selbstverständnis ringenden, sich als politische Bewegung verstehenden Außerparlamentarischen Opposition.

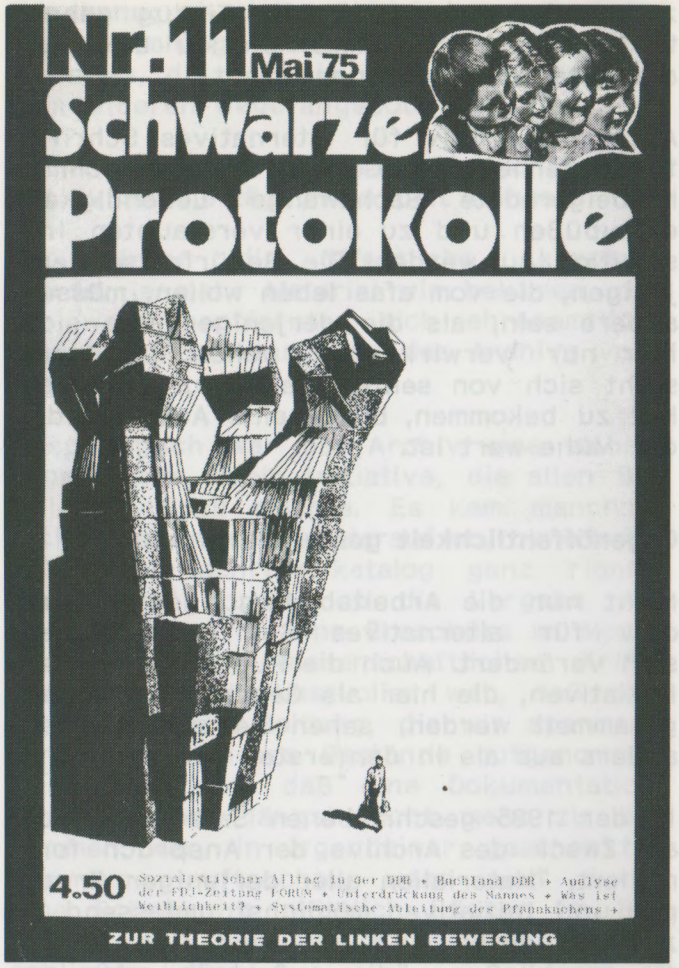
Schon in der Studentenbewegung gab es sehr unterschiedliche Definitionen des Begriffs Emanzipation. Die Frauen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die im September 1968 Hans-Jürgen Krahl, einem Mitglied des Frankfurter SDS, Tomaten an den Kopf warfen, hatten sicherlich eine andere als die Männer.

Das theoretische Organ des SDS, die *Neue Kritik*, stellte 1970 sein Erscheinen ein. Die *Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung* transformierte sich Anfang der 70er Jahre von einer antiautoritären Zeitung zum Organ des dogmatischen marxistisch-leninistischen Kommunistischen Studentenverbands (KSV).

Mit dem Zerfall der Studentenbewegung entstanden auf der einen Seite die Zeitungen der marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Splittergrüppchen, die mit historisch überholter Stellvertreterpolitik und z.T. stalinistischen Konzepten die Arbeiterklasse erziehen wollten. Für sie war die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen gleichbedeutend mit der Begründung der Herrschaft der Partei mit der richtigen Linie über die Menschen.

Im Gefolge der Endeckung der Arbeiterklasse gaben Studenten Betriebszeitungen in verschiedenen Unternehmen heraus, die in Abgrenzung zu den Zeitungen der Firmenleitungen und denen der Gewerkschaften unabhängig über Konzernpolitik einerseits und Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse andererseits berichteten. Von allzu klassenkämpferischem Pathos geprägt, fanden diese Publikationen jedoch meist bei ihren Adressaten, den Arbeitern, wenig Anklang. Viele wurden im Verlauf der siebziger Jahre wieder eingestellt.

Gegen die Marxisten-Leninisten gründeten erklärterweise undogmatische Gruppen Anfang bis Mitte der siebziger Jahre theoretische Diskussionsorgane. In Berlin erschienen der *Lange Marsch*, die *Schwarzen Protokolle* und *Radikal* und in Frankfurt *Wir wollen alles* und die *Autonomie*. Ähnliche Positionen vertraten die stärker an praktischen Auseinandersetzungen orientierten Zeitungen wie der Frankfurter *Pflasterstrand*, das *Kölner Volksblatt*, das *Info Berliner Undogmatischer Gruppen* oder das *Blatt* aus München. Diese bildeten



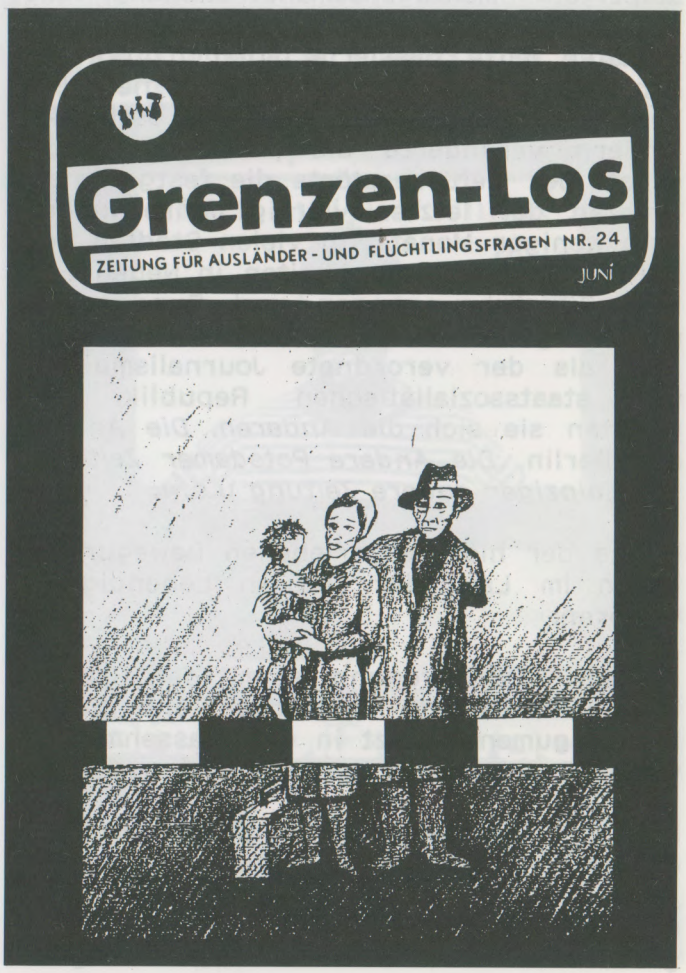
die Vorläufer der in den folgenden Jahren überall aus dem Boden sprießenden Statt-, Stadt- und Volksblätter, die alle den Anspruch hatten - zum großen Teil regional begrenzt - über Mißbrauch politischer oder ökonomischer Macht zu berichten und die den von den Betroffenen selbst organisierten Widerstand in den Mittelpunkt stellten.

Die Politik der Roten Armee-Fraktion, die Haftbedingungen der in deutschen Gefängnissen einsitzenden RAF-Mitglieder und die Hungerstreiks der Gefangenen führten in den siebziger Jahren zu Solidarisierungs- und Entsolidarisierungdebatten und zu endlosen Gewaltdiskussionen, an denen ein Teil der zuletzt beschriebenen Blätter zu zerbrechen drohte.

Zur gleichen Zeit etwa entstanden die ersten, sich als Gegenöffentlichkeit verstehenden, überregionalen Frauenzeitungen, die Berliner *Courage* (1976), die *Emma* (1977) und in ihrem Gefolge eine Vielzahl kleinerer Zeitungen, die regional begrenzt arbeiteten, wie z.B. die Essener *Klara*, die *Komma* in Düsseldorf, die *Lila Lotta* in Bonn, *Münsters Schamlose Frauenzeitung* und viele andere mehr. Die meisten dieser Zeitungen setzten sich mit spezifischen Frauenproblemen auseinander, die sie in den kommerziellen Frauenzeitungen nicht und in den anderen o.g. Zeitungen viel zu wenig repräsentiert fanden. Benachteiligung von und Gewalt gegenüber Frauen, aber auch ihr Widerstand dagegen in allen gesellschaftlichen Bereichen waren hier die Themen. Mit dem Satz "Frauen gemeinsam sind stark" sollte der Vereinzelung und dem Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber Männern begegnet werden.

Die Mitte der siebziger Jahre entstandene Anti-AKW-Bewegung, die sich mit der Gefahr der zivilen Nutzung von Kernenergie auseinandersetzte, beschäftigte sich nicht nur mit Atomkraftwerken, sondern bald mit den ökologischen Grundlagen des Lebens überhaupt. Anti-AKW-Zeitungen, Zeitungen für gesunde Ernährung, gegen die Zubetonierung der Städte und eine auto-, aber nicht menschengerechte Verkehrsplanung tauchten auf.

Die Aufrüstungspläne der NATO und der Warschauer-Pakt-Staaten ab Ende der siebziger Jahre führten dazu, daß sich in der Bundesrepublik eine neue Friedensbewegung entwickelte. In der Folgezeit erschien eine Vielzahl von Zeitungen regionaler Friedensgruppen, die über Rüstungspläne auf nationaler und internationaler Ebene berichteten und zu Aktionen und Demonstrationen dagegen aufriefen. Es war die Zeit der großen Friedensdemon-



strationen, der Lichterketten und Sitzblockaden vor NATO-Basen.

Mitte der achtziger Jahre entstanden im Gefolge der rapide anwachsenden Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland die ersten Arbeitslosenzeitungen. Es ging darum, die Betroffenen zu ermutigen, ihre Rechte wahrzunehmen, und darum, Behördenwillkür der Arbeitsämter aufzudecken. In die gleiche Richtung gehen die heute erscheinenden Obdachlosenzeitungen.

Mit dem sich formierenden Rechtsradikalismus und der wachsenden Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik der späten achtziger und der frühen neunziger Jahre gründeten sich als Gegenbewegung die Antifa-Gruppen in verschiedenen Städten. Von der Polizei aufgrund ihrer teilweisen Militanz manchmal heftiger als die Rechtsradikalen bekämpft, verfolgten diese Gruppen mit ihren Zeitungen das Ziel, die Politik der Rechten offenzulegen, die Verbindungen dieser Organisationen zu bekannten Personen aus Politik und Wirtschaft aufzuzeigen und zu Aktionen gegen die Rechten und zum Schutz von Ausländern aufzurufen.

Und dann kam das Jahr 1989 mit dem Bürgerexodus aus der Deutschen Demokratischen Republik über Ungarn und die Tschechoslowakei in den Westen, mit den Leipziger Montags-Demonstrationen, mit dem 9. November. Was niemand für möglich gehalten hatte, passierte plötzlich in wenigen Tagen: Die Berliner Mauer fiel. Die demokratische Revolution in den Ostblockländern veränderte die politische Landschaft der Welt, zerstörte die festgefügten Fronten der letzten vierzig Jahre innerhalb weniger Monate. In vielen Städten der DDR hatte sich die Oppositon in Neuen Foren, Bürgerbewegungen und Runden Tischen organisiert. Die Zeitungen waren anders als der verordnete Journalismus in der staatssozialistischen Republik. Oft nannten sie sich die *Anderen*. *Die Andere* aus Berlin, *Die Andere Potsdamer Zeitung*, *Die Leipziger andere Zeitung* u.s.w.

Einige der hier beschriebenen Bewegungen haben im Lauf der Zeit an Lebendigkeit verloren:

Die Anti-AKW-Bewegung ist mit den Grünen in die Parlamente eingezogen und findet ihre Argumente jetzt in den Massenmedien wieder.

Die Friedensbewegung hat, seitdem die großen internationalen Aufrüstungsprojekte an Bedeutung verloren haben und regional begrenzte, militärisch ausgetragene Nationalitätenkonflikte an der Tages-

ordnung sind, Schwierigkeiten, ihre Position zu bestimmen.

Eine ganze Reihe der ehemals in vielen Städten existierenden Stadt- und Volksblätter haben ihr Erscheinen eingestellt, weil die Leute, die sie machten, inzwischen einen Job fanden, weil Berichte und Artikel freiwilliger Mitarbeiter ausblieben, weil die Arbeit sie überforderte, weil die Zeitung des grünen Kreisverbands ihre Funktion übernommen hat oder weil es einfach an öffentlichem Interesse mangelte und die Klientel zu den bürgerlichen Massenmedien oder der TAZ abwanderte. Die größte Überlebenschance hatten die Stadtmagazine, die sich professionalisierten, z.T. entpolitisierten und Werbeanzeigen einen größeren Platz einräumten.

Die Zeitungen der Bürgerbewegungen in der DDR sind, als nach der Vereinigung deutlich wurde, daß es keinen eigenen Weg, sondern nur die bedingungslose Anpassung an den Westen geben würde, nach und nach mit den Bürgerbewegungen eingeschlafen.

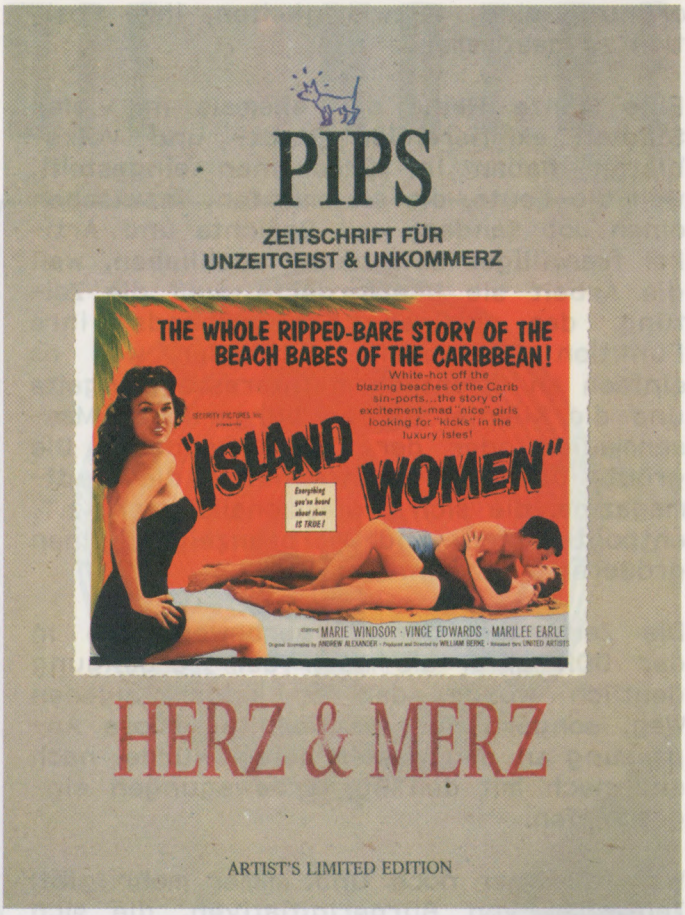
Was es immer noch und immer mehr gibt: Zeitungen von Bürgerinitiativen, die sich um einzelne Probleme in ihrer Nachbarschaft kümmern, die sich gegen den Bau einer Straße, gegen die Schließung eines Kindergartens, gegen die Einrichtung einer Mülldeponie wehren. Häufig mit dem Vorwurf des "Sankt-Florian-Prinzips" belegt, führen sie doch z.T. eine Tradition von Aufklärung und Widerstand fort, die in der Studentenbewegung mit dem globalen Anspruch der Gesellschaftsveränderung einige Verkrustungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft aufbrechen konnte.

Und auch Zeitungen, die nach dem "What's left" im doppelten Sinne und nach Perspektiven fragen, existieren ja noch:

Es gibt noch die *links* des Sozialistischen Büros in Offenbach, die aus dem Zerfallsprozeß des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hervorgegangene *Kommune*, den *Arbeiterkampf* aus Hamburg. Es gibt die *Contraste*, bundesdeutsche Zeitung für Selbstverwaltung, die sich z.T. selbstkritisch mit Möglichkeiten, Perspektiven und Problemen von Selbstverwaltungskonzepten, von Kooperativen und Genossenschaften auseinandersetzt, die *Antifaz* aus Recklinghausen, die über Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten in Deutschland und im Ausland berichtet. Im *Telegraph* aus Ostberlin diskutiert die parteiunabhängige, aus den Bürgerbewegungen kommende Linke der neuen Bundesländer ihr Selbstverständnis und ihre Perspektive.

Es gibt aber auch noch die Parteien und Bünde und ihre Organe, auch wenn sie sich inzwischen zu drei Hauptströmungen vereinigt haben, zur Vereinigten Sozialistische Partei mit der Zeitung *SOZ*, zum Bund Westdeutscher Kommunisten mit den *Politischen Berichten* und zur Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, deren Parteiorgan immer noch die *Rote Fahne* heißt.

Parallel zu diesem hier in seiner Entwicklung skizzierten politischen Strang von Gegenöffentlichkeit entwickelte sich der kulturelle. Hier ging es z.T. um Aufklärung, aber auch darum, Medien zu schaffen für diejenigen, die kreativ werden wollten und die in der Welt des Kultur-Kommerz keinen Platz fanden oder finden wollten. Kleine, ambitionierte Kunst- und Literaturzeitungen, wie der *Zwiebelzwerg* aus Düsseldorf, der *Zeilensprung* aus Köln und *Pips* aus Bonn gehören ebenso in diesen Bereich, wie die unabhängige Musikzeitung *Spex* aus Köln oder wie die heute in vielen Städten publizierten Fanzines, die sich mit Undergroundmusic, mit dem Lebensgefühl von Punk-Gruppen, kleinen, am Rande der Selbstausbeutung arbeitenden Music-Labels u.a. beschäftigen.



Schluß

Zu allen hier erwähnten Bewegungen und Entwicklungen gibt es Material im afas. Viele Zeitungen sind von der ersten bis zur letzten Nummer, andere in Bruchstücken, wieder andere im Abonnement fortlaufend vorhanden. Wir haben Flugblätter, Plakate, Broschüren und Dokumentationen hauptsächlich aus Nordrhein-Westfalen, aber auch aus anderen und aus den neuen Bundesländern im Archiv.

Die Entscheidung, welche neuen Titel in den Bestand aufgenommen werden sollen, ist nicht immer ganz einfach. "Was hat ein Fanzine, was eine Zeitung von Obdachlosen mit Emanzipation zu tun?", ist eine berechtigte Frage. Auch bei uns ist der Begriff nicht unumstritten, aber Konsens ist nach wie vor: Jedes Dokument, das den Versuch von Menschen widerspiegelt, ihre eigenen Interessen in die Hand zu nehmen und dabei weder die Interessen von anderen zu verletzen noch andere gesellschaftliche Gruppen zu diskriminieren, ist es wert, bewahrt zu werden. All diese Dokumente machen gesellschaftliche Defizite deutlich und belegen, daß die Wahrnehmung der eigenen Interessen nur begrenzt delegierbar ist. Zu oft hat die Mehrheitsgesellschaft die Tendenz, die Rechte von Minderheiten zu beeinträchtigen. Die Mate-

rialien zeigen aber auch, daß Maßnahmen politischer Entscheidungsträger nicht bedingungslos akzeptiert werden müssen. Widerstand gegen Diskriminierung von Unterprivilegierten, gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung von Randgruppen, gegen Zerstörung unserer natürlichen Lebensbedingungen ist möglich. Es bleibt zu hoffen, daß immer wieder Gruppen und Bewegungen entstehen werden, die die Erinnerung hieran wachhalten.

"...und konnten selbst nicht freundlich sein", heißt es in Brechts Gedicht An die Nachgeborenenen. Das trifft oft auch auf die Gruppen zu, die Befreiung und Selbstveränderung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Trotzdem haben sie ein kleines Stück Geschichte der Bundesrepublik mitgeschrieben. Ohne all diese Gruppen und ihre Aufklärungs- und Widerstandskampagnen hätte es kaum die Anfänge von Bewußtseinsveränderung in einer immer breiter werdenden Öffentlichkeit gegeben. Ökologische Probleme, Energieeinsparung, Müllvermeidung und Reduzierung des individuellen Autoverkehrs stehen auf der politischen Tagesordnung. Die Massenmedien, Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen rufen zur Gegenwehr gegenüber dem sich formierenden Rechtsradikalismus auf. In Stellenausschreibungen werden Frauen ausdrücklich zu einer Bewerbung aufgefordert, und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist Thema auf Personalversammlungen.

Im folgenden Ausstellungskatalog sollen die oben beschriebenen Entwicklungen, einzelne Stationen der "alternativen" deutschen Nachkriegsgeschichte von den sechziger bis zu den neunziger Jahren, schlaglichtartig beleuchtet werden. Während in der Ausstellung dem alternativen Schrifttum aus Nordrhein-Westfalen ein größerer Platz eingeräumt wird, dokumentiert der Katalog stärker die bundesweite Entwicklung alternativer Bewegungen anhand von Materialien der überregional bekannteren Alternativpresse. Hiermit wird der Hintergrund für die in der Ausstellung gezeigten, in Nordrhein-Westfalen publizierten Flugblätter und Zeitungen deutlich.

Die folgende Textdokumentation besteht nicht nur aus originalen Zeitungsseiten und Flugblättern, sondern auch aus von uns zusammengestellten und montierten Artikeln. Natürlich handelt es sich bei dem im Katalog und in der Austellung präsentierten Material nur um eine subjektive Auswahl. Wir erheben nicht den Anspruch auf objektive Geschichtsdarstellung, sondern versuchen, beschränkt auf einige Schwerpunkte, die Vielfalt der alternativen Bewegungen, ihre Ausdrucksformen, aber auch ihre inneren Widersprüche und Probleme anschaulich zu machen.

Damit wollen wir zum Nachfragen und zum Weiterlesen und dazu anregen, sich selbst einzumischen, wo es nötig ist.

Petra Heine

Plakat des AStA der Akademie der bildenden Künste, München, ca. April 1968,
Format 61 x 48 cm

Subversive Aktion, frühe Studentenbewegung, Notstandsgesetze

Wenn man heute von der Studentenbewegung spricht, meint man meist die aktionistische Zeit von 1967 bis 1969. Doch die Aktionen und politischen Debatten dieser Zeit sind nicht vom Himmel gefallen, sondern hatten ihre Vorläufer in den späten 50er und frühen 60er Jahren.

Für die Außerparlamentarische Opposition (APO) von zentraler Bedeutung waren einerseits avantgardistische Künstlergruppen der Situationistischen Internationale bzw. der Subversiven Aktion, andererseits der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der in den Jahren nach seinem Ausschluß aus der SPD (1961) ein eigenständiges politisches Profil entwickelte.

Die Subversive Aktion entstand 1963 aus der Situationistischen Internationale. Sie bestand laut Kraushaar "aus einem kleinen Kreis esoterischer Intellektueller, die in dezentralen Zirkeln, sogenannten 'Mikrozellen', miteinander über Psychoanalyse und Marxismus, Kritische Theorie und Surrealismus kommunizierten" (in: Subversive Aktion, 1976, S. 10). Die wichtigsten Gruppen bestanden in München und Berlin.

1964 politisierte sich die Subversive Aktion, dachte stärker über das Proletariat und die Weltrevolution nach und wollte sich vor dem Hintergrund ihres Zieles, nämlich "einer emanzipierten Gesellschaft", näher mit der Entwicklung in "Osteuropa und der Sowjetunion" beschäftigen (Subversive Aktion, 1976, S. 224). Durch diese Politisierung entstanden Gemeinsamkeiten mit dem SDS. So wundert es nicht, daß ab Herbst 1964 verschiedene Mikrozellen mit SDS-Gruppen Kontakt aufnahmen. Sie wollten neben ihrer theoretischen Arbeit auch an politischen Aktionen teilnehmen und hatten erkannt, daß der SDS, der bisher ebenfalls überwiegend im Theorie-Bereich gearbeitet hatte, auf dem Weg war, das theoretisch Erarbeitete in praktische Aktionen umzusetzen.

Erstes Produkt dieser Zusammenarbeit bildete die Aktion für Internationale Solidarität, die Ende 1964 im wesentlichen durch einen Zusammenschluß von SDS-Gruppen und Subversiven in München und Berlin entstanden war. Im Dezember 1964, als der kongolesische Ministerpräsident Moise Tschombe die Bundesrepublik besuchte, druckte die Münchner Sektion ein Flugblatt, in dem sie fragte: "Was hat der Mörder Tschombe bei uns zu suchen?"

Die Proteste gegen Tschombe waren ein Ausdruck dafür, daß die Studenten sich mit der internationalen Situation beschäftigten. Folglich geriet auch der Krieg in Vietnam, wo die Amerikaner mit immer härteren Mitteln gegen den Vietcong kämpften, verstärkt in die Kritik.

Aber auch in innenpolitische Angelegenheiten mischten sich die Studenten ein: besonders die geplanten Notstandsgesetze, durch die demokratische Freiheitsrechte drastisch eingeschränkt werden sollten, führten dazu, daß verschiedene studentische Organisationen sich zusammenschlossen und diese Planungen des "Staatsapparates" und der "im Bundestag vertretenen politischen Parteien" bekämpften.

Im folgenden reproduzieren wir einige Flugblätter, welche die Subversive Aktion bzw. von ihr und dem SDS eingerichtete Gruppen verteilt haben, sowie einige Dokumente zum Selbstverständnis des SDS, zum Vietnam-Krieg und zu den Notstandsgesetzen. Zum Plakat "Erhard und die Bonner Parteien unterstützen Mord" (s. S. 25), das in der Nacht zum 4. Februar 1966 illegal geklebt wurde, schrieb Rudi Dutschke einige Jahre später: "Wir entschlossen uns zu einer Nacht- und Nebel-Klebeaktion für München und Westberlin, wo die organisatorischen und politischen Vorbedingungen dafür vorhanden waren. ( ) Bei dieser Aktion wurden einige Mitglieder des SDS festgenommen. Die theoretischen Aussagen dieses plakativen Aufrufs sind sehr ambivalent, um nicht zu sagen falsch. Die Bedeutung der Plakataktion liegt aber mehr darin, daß eine völlig neue Dimension politischer Aktion sich zeigte, die für den Verband und seine Arbeit von großer Bedeutung werden könnte" (in: Bergmann/Dutschke/Lefevre/Rabehl: Rebellion der Studenten, 1968, S. 67).

AUFRUF AN DIE SEELENMASSEURE

IHR suggeriert den Leuten die Bedürfnisse ein, die sie nicht haben!

IHR stopft sie voll mit Produkten, damit sie sich ihrer wahren Bedürfnisse nicht mehr bewußt werden!

IHR sorgt dafür, daß die Mensohen nur noch arbeiten müssen, um konsumieren zu können und dadurch Konsum mit Arbeit identisch wurde!

IHR habt erreicht, daß der subtile Zwanggskonsum die Möglichkeit einer Welt ohne Arbeit verschleiert!

IHR habt die Lüge /consumo, ergo sum/ zur Wahrheit inthronisiert!

Deshalb seid IHR
DIE PREDIGER DER UNTERDRÜCKUNG

WIR fordern Euch auf:

Hört auf mit der totalen Manipulation des Menschen!
Hört auf, den durch Euch verblödeten Menschen auszunützen durch das Einpeitschen immer neuer Parolen!
Hört auf, die Menschen als eine knetbare Masse zu betrachten, die dumpf Eueren eingehämmerten Befehlen gehorcht!

WIR wagen zu prophezeien:

Der Mann auf der Straße wird eines Tages der repressiven Gesellschaft und seiner selbst bewußt werden. Das Selbstverständnis von sich und der Gesellschaft wird ihn befähigen zu erkennen, wer am untermauern des falschen Ganzen interessiert ist.
Er wird wissen, was er zerschlagen muß, um sich zu befreien!
Er wird wissen, daß seine Befreiung nur möglich ist in einer freien Gesellschaft.
Er wird wissen, daß das falsche System sich verselbständigt hat und selbst die Ideologen der Repression nur Abklatsch der repressiven Ideologie sind.

Das Unrecht, das IHR permanent an den Menschen verübt, wird diese befähigen, das Recht zu erkennen.

N a c h b e m e r k u n g:

Selbstverständlich wissen wir, daß die repressive Werbeindustrie auch nur ein Glied des repressiven Ganzen ist und nur zusammen mit dem Ganzen liquidiert werden kann.
Trotzdem: Marionette zu sein, die selbst wieder gängelt und durch jeden ersetzbar ist, kann SIE nicht davon entbinden, die Fäden durchschneiden zu müssen.

Stuttgart, Mai 1964

SUBVERSIVE AKTION

Flugblatt aus Stuttgart, Mai 1964

WAS HAT DER MÖRDER TSCHOMBE BEI UNS ZU SUCHEN ?

Die verzerrten Informationen über die Ereignisse im Kongo und der Besuch Tschombes in München zwingen dazu, einige Punkte richtig zu stellen.8o% der kongolesischen Wirtschaft befinden sich in Händen belgischer, englischer und amerikanischer Kapitalisten.Deren Regierungen waren auch für die angeblich humanitäre Befreiungsaktion, auf die wir alle hereinfallen sollten, verantwortlich.Aus der relativen Untätigkeit des Ostblocks, kann man den Schluß ziehen, daß er an einer wirklichen Befreiung des Kongo nicht ernsthaft interessiert ist.Tschombe ging es nicht um die friedliche Befreiung von Geiseln, was durch Verhandlungen möglich war, sondern um die gewaltsame Einnahme der Stadt Stanleyville, was das Leben der Gefangenen erst in Gefahr brachte.Um die Rebellen besser verteufeln zu können, wäre es ihm sogar lieber gewesen, wenn sie alle 1ooo Gefangenen umgebracht hätten und nicht nur 97.Werden dagegen bei der Einnahme von Stanleyville innerhalb weniger Stunden mehrere Hundert Aufständische abgeknallt oder werden Hunderttausend Schwarze in Angola von den NATO-Truppen Portugals ausgerottet, gilt dies als abendländische Befriedungsaktion.Zum Schutz westlicher Konzerninteressen hat Tschombe belgische Panzer, amerikanische Flugzeuge, deutsche SS-Leute, südafrikanische Rassisten und französische OAS-Terroristen eingekauft.

Der exclusive Rhein-Ruhr-Club, der seinerzeit Hitler finanzierte und kürzlich Hoggan hofierte, entblödet sich nicht, den Mörder Lumumbas zu einem Vortrag einzuladen, denselben Tschombe, von dem unsere Presse noch vor zwei Jahren berichtete, daß er seine Katanga-Gendarmerie zum Kannibalismus aufforderte.Selbst im Vatikan, der an der Union Minière beteiligt ist, hatte diese Marionette kapitalistischer Unterdrükkung Privataudienz.Indem die Bundesrepublik den Verbrecher Tschombe einlud, zeigte sie sich als ein Glied in der weltweiten Kette der Unterdrückung.Wirhaben für unsere Regierungen schon oft die Kastanien aus dem Feuer holen müssen. Wir weigern uns, bei der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker mitzumachen.Hier wie dort stehen dieselben Interessen auf dem Spiel und zweifellos würde man sich auch bei uns der gleichen Mittel bedienen, wenn sich jemand gegen die Ausbeutung des Menschen auflehnen würde.

Die Unterdrücker des kongolesischen Volkes sind auch unsere Unterdrücker!

AKTION FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Druck: Selbstverlag Verantwortlich: Peter-Jörg Endres
München
Amalienstr.32

Flugblatt aus München, Dezember 1964

Weihnachtsevangelium (Lukas II, 1 - 14)

1 Es begab sich aber zu der Zeit des Wirtschaftswunders, daß ein Gebot von der Gesellschaft ausging, daß alle zu Verbrauchern gestempelt würden.

2 Und diese Manipulation war nicht die erste und geschah zu der Zeit, da sich die Möglichkeit auftat, die Unterdrückung der Menschen aufzuheben.

3 Und ein jeder trollte sich, um seine Kaufkraft einschätzen zu lassen, ein jeglicher in sein Warenhaus.

4 Da machte sich auch auf die Werbung aller Konzerne, um die Überproduktion den Hungernden zu verweigern, in die Herzen der Menschen in aller Welt, die da heißt Leistung und Profit,

5 Darum daß die Werbung aus dem Geiste der Ausbeutung war, auf daß sie die Sehnsucht der Menschen einfange, zusammen mit der „Liebe", ihrer treuesten Freundin, die ging mit verborgener Kaufkraft schwanger.

6 Und da sie sich zusammengetan hatten, kam die Zeit, da sie gebären sollte.

7 Und die „Liebe" gebar die Waren und wickelte sie in falsche Träume und legte sie in die Schaufenster, damit die Menschen ihre wahren Wünsche nicht mehr sehen in dieser Welt.

8 Und es waren Manager in derselbigen Gegend in den Büros, in den Städten, die hüteten des nachts ihre Statistik.

9 Und siehe, der Engel des Schönen, Guten und Wahren trat zu ihnen und der Zwang zur Innerlichkeit leuchtete um sie, und sie fürchteten, daß die Menschen ihnen den Gehorsam verweigern könnten.

10 Und der Engel sprach zu ihnen: „Fürchtet euch nicht, siehe ich verkündige euch große Freude, die allen Arbeitssklaven widerfahren wird;

11 Denn es ist heute die Liebe in Form der Ware geboren, welche heißt Gleichschaltung und Ausbeutung des Lebens.

12 Und das habt zum Zeichen: Ihr werdet finden die Menschen verblödet und von den schalen, verlogenen Gütern hypnotisiert. Und nie werden sie erkennen das Werkzeug in ihren Händen, dadurch sie sich befreiten."

13 Aber plötzlich war da bei dem Engel die Menge der nicht mehr durch die Rührseligkeit Versöhnten, sie schoben ihn beiseite und sprachen:

14 „Löscht die Kerzen,
verweigert die Pflicht des Tauschrituals am Gabentisch, denkt an das Elend eures Lebens und vereinigt euch im Widerstand.

Subversive Aktion

Verantwortlich: Manfred Blößer, 1 Berlin-Kreuzberg, Skalitzerstraße 45 Druck: Selbstverlag

Flugblatt aus Berlin, Dezember 1964 (evtl. nur in München verteilt)

'...den sieg unfehlbar in der tasche...'

Die Subversive Aktion, der SDS und das Geschichtsbewußtsein der Linken.

Zitate aus den Seiten 13 – 15 der Nummer 25/1977 von:

[ ]

Die lineare Ableitung der antiautoritären Studentenrevolte aus den Ideen der Subversiven Aktion ist zwar in bestimmten undogmatischen Zirkeln der Linken (z.B. im Umkreis des RK und der Schwarzen Protokolle) heute weit verbreitet, blendet jedoch andere wesentliche Traditionslinien der Studentenbewegung aus. So Wolfgang Kraushaar in seinem Vorwort „Kinder einer abenteuerlichen Dialektik", der den theoretischen Beitrag und die neuen Praxiselemente der Subversiven Aktion für das Entstehen und den Verlauf der antiautoritären Studentenbewegung überinterpretiert. Richtig ist, daß am 18. Dezember 1964 bei der Studentendemonstration gegen den kongolesischen Ministerpräsidenten Tschombe die „fetischisierten Spielregeln der formalen Demokratie" durchbrochen und neue Formen der „Agitation und Aufklärung als Prozeß der Selbstaufklärung der Demonstranten" praktiziert wurden. Verkürzt und falsch ist jedoch die Argumentation, die allgemeine Bereitschaft bei der Mehrheit der Demonstranten zur Durchbrechung der Spielregeln und zur bewußten Illegalisierung der Demonstration allein durch die Ideen der Subversiven Aktion erklären zu wollen. W. Kraushaar:„ Mit einem Wort: die Revolte konnte beginnen." (Subversive Aktion, a.a.O., S. 23). Das literarische Bonmot läßt außer acht, daß ohne die spätestens seit 1958 geleistete Kleinarbeit studentischer Gruppen (SDS, Argument-Club Ausschüsse gegen Atomrüstung usw.) 1964 niemand auf die Straße gegangen wäre. Die zahlreichen Informationsflugblätter, Aufklärungsveranstaltungen, Arbeitskreise, Wochenendseminare etc. schufen an der Freien Universität überhaupt erst eine Gegenöffentlichkeit gegen das stabilitätskonforme Verhalten und die obrigkeitsstaatlichen Traditionen der Adenauer-Ära. Bei vielen politischen Gruppierungen und Individuen besteht heute die fatale Tendenz, den eigenen Beitrag zur Revolte aus dem Gesamtkontext herauszureissen und isoliert als Erklärung anzubieten. Dieser großen Vereinfachung kann mittelfristig nur auf zwei Ebenen begegnet werden: Laßt 100 Dokumentationen blühen und schreibt erst anhand der Dokumente der verschiedenen Gruppierungen die Geschichte der Revolte. [ ]

Das Ideen-Konglomerat der Subversiven Aktion setzte sich im wesentlichen aus zwei Komponenten zusammen: dem „utopisch-aktionistischen Revolutionsmodell" der Münchner Sektion und den „historisch-ökonomischen Analysen" der „Berliner Schule". Obwohl die Differenzen nicht ausdiskutiert waren, veröffentlichten beide Fraktionen im August 1964 die erste Nummer einer neuen Zeitschrift „Anschlag". In den Themen und Inhalten spiegelt sich die Zerrissenheit der Subversiven Aktion wider. In den beiden ersten und im letzten Beitrag setzen sich Rudi Dutschke und Bernd Rabehl von einer marxistisch-kritischen Position mit der „Rolle der antikapitalistischen, wenn auch nicht sozialistischen Sowjetunion für die marxistischen Sozialisten in der Welt", der Sozialdemokratie und dem Verhältnis von Theorie und Praxis auseinander. Diese Artikel sind besonders deshalb interessant, weil beide Autoren kurz zuvor aus der DDR geflohen waren und seit 1964 wesentlichen Einfluß nahmen u.a. auf das Verhältnis von SDS und Studentenbewegung zur illegalen KPD und zur SED. Für R. Dutschke stellte die Existenz einer „dem Anspruch nach sozialistischen, in Wirklichkeit aber ‚nur' antikapitalistischen Sowjetunion" eine ständige Belastung für „marxistische Sozialisten in den kapitalistischen Ländern" dar. Die einzig positive historische Funktion der Staaten des Warschauer Paktes bestünde darin, daß durch deren Existenz „eine direkte militärische Intervention kapitalistischer Länder" in Ländern der Dritten Welt erschwert werde. Auf die deutsche Situation zugespitzt erklärt B. Rabehl in einem Artikel über die Mauer in Berlin in der zweiten Nummer des „Anschlag", daß die Dialektik der deutschen Geschichte „sich durch dieses Bauwerk selbst karikiert". Die Mauer sei ein „Götzenzeichen des Hasses", ein „Wall aus bloßem Stein und Zement, ein Kennzeichen der Absprache zweier Machtblöcke". Sie gehe mitten durch die Köpfe des deutschen Volkes und trenne auf der einen Seite ein „verdinglichtes Konsumbewußtsein, das von Freiheit schwätzt, aber hemmungslosen Verbrauch meint" und auf der anderen Seite ein Herrschaftssystem der „Bürokratie". Quintessenz dieser Einschätzung: „So speichert die Mauer das Potential der Revolution von morgen!" Als Anhang zu diesem Artikel druckte die Redaktion des „Anschlag" ohne jeden Kommentar Thesen aus der Harich-Plattform von 1956 ab. (Subversive Aktion, a.a.O., S. 169 ff, S. 174 ff und S. 230 ff).

Ganz anders die Stoßrichtung der Artikel der Münchner Fraktion. Ihre Essays „Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben", „Busenfrei als Symptom der Unfreiheit", „Tramper aller Länder" u.a. aus Heft 1 des „Anschlag" und der für Heft 2 vorgesehene, später jedoch zurückgezogene Artikel von Volker Böckelmann„Anti-Baby-Pille – Befreiung der Sexualität" betonen eine voluntaristische Interpretation der Psychoanalyse und vertreten einen seltsam philosophisch-theologisch abgeleiteten Organisationsbegriff. F. Böckelmann kritisiert in einer Rezension des Kubrick-Films die These von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer aus der „Dialektik der Aufklärung" aus dem Jahre 1947: „Man wird für den Gedanken zur Rechenschaft gezogen, als sei er die Praxis unmittelbar. In Europa gibt es fast kein Land mehr, wo man für einen lapsus linguae nicht erschossen würde." Denn es gäbe heute – so F. Böckelmann – kaum noch ein Land in Europa, „in dem man für irgendeinen Gedanken, und sei er der gefährlichste, noch erschossen würde". Das kulturelle und politische Klima Anfang der 60er Jahre verführte die Münchner Fraktion zu dem Kurzschluß, daß jetzt linke Intellektuelle nicht mehr diskutieren, argumentieren und aufklären, sondern nur noch durch direkte Aktionen, die Organisierung von „Mikrorebellionen" und den Aufbau einer „Anti-Organisation" sich selbst verwirklichen und auf die Gesellschaft Einfluß nehmen könnten. [ ]

Nachdem der Versuch, „aktionsfähige Mikrozellen" in zahlreichen Städten der Bundesrepublik zu gründen, gescheitert war und direkte Aktionen anläßlich der Jahrestagung des Bundes deutscher Werbeleiter und Werbeberater und des 80. Deutschen Katholikentages in der Öffentlichkeit keine Resonanz fanden, traten nach dem Hamburger Konzil im September 1964 Mitglieder der Subversiven Aktion in verschiedene örtliche SDS-Gruppen ein mit der Absicht, „aktionistische Fraktionen zu etablieren und schließlich die politische Ausrichtung und die Kampfformen des SDS insgesamt zu ändern".

[ ] *Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker*

neue kritik

Dezember 1965 D 7739 F

33

Helmut Schauer

Einige Kernpunkte der aktuellen Diskussion im SDS

[ ]

Als dann 1961 der Parteivorstand der SPD den Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den SDS und die zu seiner finanziellen Unterstützung gegründete Förderergesellschaft faßt und damit die Trennung von SPD und SDS eine gewisse Endgültigkeit erhält, diskutieren der SDS und seine Freunde bereits über die „Neue Linke". Vom Führungsanspruch der SPD ist jetzt nicht mehr die Rede; die Linkssozialisten begreifen sich als politisch selbständig. Eberhard Dähne fordert: „Die Neue Linke muß ihre ganze Kraft einsetzen, um die bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung für den Kampf um die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie zu gewinnen." (neue kritik nr. 8, Nov. 61, S. 5.) Der Begriff der „Neuen Linken" bleibt allerdings widersprüchlich.

Während der 16. o. DK sagt Michael Schumann: „Wir haben immer betont, daß wir uns als einen Teil der internationalen Arbeiterbewegung betrachten, der an der Verwirklichung sozialistischer Forderungen mitwirken will. Das heißt für uns, daß wir an der ‚konkreten Utopie' festhalten, wie Ernst Bloch sie geprägt hat; an dem Ziel einer geeinten demokratischen Gesellschaft, in der die Menschen von privatwirtschaftlicher und bürokratischer Verfügung und Verplanung befreit sind. ... Wir müssen einen Weg finden, die veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit in unser politisches Konzept aufzunehmen, ohne der Illusion einer krisenfesten und harmonischen Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu verfallen. In diesem Sinne fühlen wir uns der Bewegung zugehörig, die in England unter dem Namen ‚New Left' und in Frankreich als ‚Nouvelle Gauche' entstanden ist. Diese ‚Neue Linke', die sich heute in den westeuropäischen Ländern herausbildet, ist als selbständige Organisation nicht zu bestimmen. Sie ist in den Organisationen der Arbeiterbewegung, unter Akademikern und Studenten zu finden. Es ist deshalb gerechtfertigt, wenn wir sagen, daß auch der SDS zu dieser ‚Neuen Linken' gehört. Wir knüpfen an die große Tradition der sozialistischen Bewegung an und wenden uns gegen dogmatische Formeln, die als verbindliche Theorie der Gesellschaft ausgegeben werden.
Wir erkennen die Schwierigkeiten, denen die Organisationen der westdeutschen Arbeiterbewegung heute ausgesetzt sind: aber wir sehen auch die Gegenkräfte, die sie überwinden können, und sind überzeugt, daß in der Arbeiterbewegung erneut der Wille wachsen wird, für die sozialistische Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung zu kämpfen." (neue kritik, nr. 8, Nov. 61, S. 5.)
Von vornherein bestimmt sich diese Position jetzt als gesamt-westeuropäisch. Aber es bleibt in dem von Schumann entwickelten Begriff eine wesentliche Abstraktion festzuhalten: die „Neue Linke" soll als selbständige Organisation nicht zu bestimmen sein, während sich doch nicht nur in den anderen westeuropäischen Ländern, sondern mit dem SDS und seiner Förderergesellschaft auch in der Bundesrepublik allerdings sehr verschiedenartige organisatorische Kristallisationskerne bereits gebildet hatten.

Zu dieser falschen Auffassung führte wohl die berechtigte Sorge, durch vorschnelle organisatorisch-politische Zusammenfassung sich noch weiter zu isolieren. So blieb der Begriff der „Neuen Linken" mehr ein Hinweis auf Tendenzen in anderen Ländern. Einerseits entfaltete man zunächst ausführlich die Kritik an der alten Arbeiterbewegung, ohne schon zu eigenen konkreten programmatischen Vorstellungen zu kommen; andererseits blieb auch die praktische Verbindlichkeit des Begriffs ungeklärt, wodurch er schließlich unpraktisch werden mußte.
Neben dieser Position gibt es freilich unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Organisationsfrage der „Neuen Linken", und Eberhard Dähne erklärt beispielsweise kurz nach der 16. o. DK, die ihn zum Bundesvorsitzenden gewählt hatte: „Es wird auch an uns liegen, ob es gelingt, aus SDS und Förderergesellschaft im Rahmen der ‚Neuen Linken' ein theoretisches Zentrum zu schaffen, das einen Beitrag für eine neue wirksame Praxis der Arbeiterbewegung zu leisten vermag." (neue kritik, nr. 8, Nov. 61, S. 5.)
Gerade an diesem Punkt setzten nun aber Auseinandersetzungen ein, die solche Möglichkeiten verschütten mußten. Den Bedürfnissen einer Reihe von Genossen entsprechend, die eben aus der SPD ausgeschlossen worden waren und nun eine neue Möglichkeit politischer Aktivität suchten, wurde der in der Förderergesellschaft entstandene organisatorische Ansatz verstanden als unmittelbare Keimzelle einer sozialistischen Organisation, die die Aufgabe hätte — wie es in einem Aufruf des Bundeskuratoriums der Sozialistischen Förderergesellschaft zum Kölner Parteitag der SPD hieß — „... die zukunftsoffenen Gruppen in unserem Volk zu sammeln und im Bündnis mit den unverbrauchten Kräften einer neuen und vorwärts drängenden Generation eine neue politische Kraft zu schaffen, die die dunkle Hinterlassenschaft der deutschen Geschichte endlich durch die Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaft überwindet." (neue kritik, nr. 12, August 62, Seite 5.)
Daraufhin sah sich die 17. o. DK des SDS veranlaßt, zu erklären, „daß eine sozialistische Partei unter den gegebenen Umständen keine Aussicht auf Erfolg hat, und daß alle in diese Richtung gehenden Anstrengungen die augenblickliche Zersplitterung und Ohnmacht der linken Gruppierungen in der Bundesrepublik nicht überwinden, sondern fördern würden". (neue kritik, nr. 13, Nov. 62, S. 7.)
Im Anschluß an diese Delegiertenkonferenz fand die Versammlung der Sozialistischen Förderergesellschaft statt, in der sich die Mehrheit für einen kaum näher zu bestimmenden aktivistischen Kurs entschied und die Förderer-Gesellschaft zum „Sozialistischen Bund" erklärte. [ ]

**neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 33, dezember 1965, 6. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)**

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar. für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

Erhard und die Bonner Parteien unterstützen

MORD

Mord durch Napalmbomben!
Mord durch Giftgas!
Mord durch Atombomben?

Die US-Aggression in Vietnam verstößt nicht gegen die Interessen des demokratischen Systems: Wer es wagt, sich aufzulehnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, wird von den Herrschenden mit Brutalität niedergemacht.

Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpfen gegen Hunger, Tod und Entmenschlichung. Die ehemaligen Sklaven wollen Menschen werden. Kuba, Kongo, Vietnam - die Antwort der Kapitalisten ist Krieg. Mit Waffengewalt wird die Herrschaft aufrechterhalten. Mit Kriegswirtschaft wird die Konjunktur gesichert.

Ost und West arrangieren sich immer mehr auf Kosten der wirtschaftlich unterentwickelten Länder. Jetzt bleibt den Unterdrückten nur noch der Griff zu den Waffen. Für sie heißt Zukunft:

REVOLUTION

Wir sollen den Herrschenden beim Völkermord helfen. Deshalb beschwören sie das Gespenst der gelben Gefahr.

Wie lange noch lassen wir es zu, daß in unserem Namen gemordet wird?

AMIS RAUS AUS VIETNAM!

INTERNATIONALE BEFREIUNGSFRONT

Plakat aus Berlin, Februar 1966, Format 70 x 51 cm

neue kritik

Juni August 1966 D 7739 F

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 36/37, juni-august 1966, 7. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen. die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: reiner diederich, karin monte (verantwortlich), xenia rajewsky, claus rolshausen, gunter wegeleben
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt, wilhelm-hauff-str. 5,
tel. 77 64 22

neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich eines heftes in doppeltem umfang.

36/37

Herbert Marcuse Vietnam – Analyse eines Exempels · Erklärungen auf dem Kongreß | Ursula Schmiederer Schweden, „Sozialkapitalismus" und Neue Linke | Einhart Lorenz Die Norwegische Volkspartei | Manuel Bridier Neue Arbeiterklasse oder neue Bourgeoisie? | Dokumentation über die Schubladenverordnungen

An den Leser

Als Dokumente vom SDS-Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels" am 22. Mai 1966 veröffentlichen wir das Hauptreferat von Herbert Marcuse zusammen mit der Eröffnungsrede, die Auskunft über die Intentionen der Veranstalter gibt, und der Schlußerklärung. Sie stellt die heutige Position des Verbandes zum Vietnam-Konflikt dar. Herbert Marcuses Beitrag schließt mit Überlegungen zu den Möglichkeiten konkreter Solidarität in den „überentwickelten" Ländern: „Auf der gegenwärtigen Stufe ist (die Einheit) von Theorie und Praxis nicht da, und die prekäre Brücke liegt eben in der Solidarität (des Sentiments, d. R.) dieser ... Gegenkräfte. ... In dieser Situation wird die Kraft des Negativen als Arbeit für die Befreiung des Bewußtseins und des Wissens zu einer Hauptaufgabe. Diese Arbeit an der Befreiung des Bewußtseins ist heute unmittelbar politische Arbeit und muß unmittelbar politische Arbeit werden ..."

Wir dokumentieren im folgenden nur die Seiten 38 – 40:

Schlußerklärung

1. Der Vietnamkrieg ist ein nationaler und sozialer Befreiungskampf der südvietnamesischen Bevölkerung und zugleich ein Akt politischer Notwehr.

Alle unvoreingenommenen wissenschaftlichen Untersuchungen über die politischen und sozialen Verhältnisse in Südvietnam stimmen darin überein, daß die Regierungen in Saigon nichts dafür getan haben, die elementaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. In Südvietnam lebte stets und lebt auch heute noch eine winzige parasitäre Minderheit auf Kosten der übergroßen Mehrheit. Durch Korruption und Diebstahl eignet sich eine aus Großgrundbesitzern, Beamten, Offizieren, Großkaufleuten etc. bestehende Oberschicht die Ergebnisse der Arbeit der großen Masse des Volkes an.

Bereits im Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft hatten die Vietminh — insbesondere durch eine Agrarreform — den Weg aus diesen unhaltbaren gesellschaftlichen Verhältnissen gewiesen. Aber der Abzug ihrer Truppen aus dem Süden des Landes und die Etablierung des Diem-Regimes in Saigon als Folge des Genfer Indochinaabkommens von 1954 brachte den südvietnamesischen Bauern die Rückkehr der in die Städte geflüchteten Großgrundbesitzer und die Wiederherstellung der alten feudalen Sozialstruktur auf dem Dorfe.

Eine solche Politik konnte mit demokratischen Mitteln nicht durchgesetzt werden. Um ihre Privilegien zu erhalten, mußten die herrschenden Oberschichten die im Genfer Abkommen vorgesehenen Wahlen mit Gewalt verhindern. So wurde ein aus Armee und Polizei bestehender Terrorapparat aufgebaut, mit dem die gesamte innenpolitische Opposition ausgeschaltet werden sollte. Dieser blieb schließlich — als ihr die physische Vernichtung drohte — keine andere Wahl, als sich mit Gewalt zu wehren.

Der bewaffnete Widerstandskampf gegen das halbfaschistische Regime in Saigon ist erwiesenermaßen nicht in Hanoi ausgelöst worden; seine Wurzeln liegen in der unerträglichen Ausbeutung und Schreckensherrschaft, die das Diem-Regime ebenso wie alle späteren Saigoner Regierungen für die Bevölkerung bedeuteten.

Die vietnamesischen Oberschichten wären aber niemals zur Versklavung der großen Masse der Bevölkerung imstande gewesen, hätten sie nicht von Anfang an die massive Unterstützung der USA gefunden. Unter Verletzung des Völkerrechts hat die US-Regierung das Genfer Abkommen, zu dessen Einhaltung sie sich verpflichtet hatte, gebrochen, sie hat das korrupte und terroristische Diem-Regime in Saigon in den Sattel gehoben und damit den Vietnamkonflikt heraufbeschworen

Da die als Soldaten zwangsrekrutierten Südvietnamesen offensichtlich nicht bereit sind, gegen ihr eigenes Volk und ihre eigenen Interessen zu kämpfen, hat der Vietnamkrieg offen die Form eines Kolonialkrieges angenommen — die USA nehmen heute die Stellung der alten Kolonialmacht Frankreich ein.

2. Der Vietnamkonflikt ist keine zufällige Einzelerscheinung, sondern ein Modellfall für ähnliche — bereits sich entfaltende — Konflikte in den anderen halbkolonialen Agrarländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Allen diesen Ländern ist ökonomische Stagnation und lebensbedrohende Armut gemeinsam, wofür vor allem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse verantwortlich sind. Überall blockieren die gemeinsamen Interessen schwacher einheimischer Oberschichten und deren ausländischer Verbündeter den sozialen Fortschritt. Diese „unheiligen Allianzen" eignen sich die gesellschaftlichen Reichtümer der Länder der „Dritten Welt" an und verhindern die rationale Nutzung der vorhandenen Produktivkräfte. Diese Gegensätze zwischen den Völkern der „Dritten Welt" einerseits und den einheimischen und ausländischen Oberschichten andererseits verschärfen sich immer mehr. Der Anteil der „Dritten Welt" an der Weltbevölkerung nimmt ständig zu — ihr Anteil am Welteinkommen verringert sich. Die diesen Ländern gewährte „Entwicklungshilfe" schafft keine Voraussetzungen für ein schnelles wirtschaftliches Wachstum

aus eigener Kraft. Die laufende Verschlechterung der Preise ihrer Rohstoffausfuhren, die gleichzeitige Verteuerung ihrer Fertigwareneinfuhren, die diskriminierenden Zollpraktiken der westlichen Industrieländer, die laufenden Kapitalabflüsse durch neokoloniale Extraprofite einerseits und die Flucht einheimischer Gelder ins Ausland andererseits führen zu wirtschaftlicher Stagnation und ständig wachsender Verschuldung jener Länder.
Die ökonomische Ausbeutung, die soziale Unterprivilegierung und die daraus resultierende politische und rechtliche Unterdrückung der Volksmassen der „Dritten Welt" macht deren Emanzipation zur zwingenden Notwendigkeit.
Dies bedeutet aber für die herrschenden Klassen der kapitalistischen Industrieländer den Verlust umfangreicher ökonomischer und politischer Privilegien.
Von allen Beteiligten wird der Vietnamkonflikt als ein Modellfall kolonialer Revolution und Konterrevolution begriffen; in ihm wird bewußt das technische und taktische Instrumentarium gewonnen und vermittelt, das die erfolgreiche Bekämpfung sozialer Revolutionen nicht nur „hier und jetzt", sondern „immer und überall" ermöglichen soll.
Der Abzug der amerikanischen Truppen und die demokratische Regierungsübernahme in Vietnam durch die nationale Befreiungsfront wäre für andere Emanzipationsbewegungen ein neuerlicher Beweis für die Möglichkeit ihrer Befreiung und ein mächtiger Antrieb in ihrem Kampf. Diese exemplarische Bedeutung des Vietnamkonflikts haben die Machteliten der USA klar erkannt — sie ist der Hauptgrund für die Hartnäckigkeit, mit der die USA an ihrer Position festhalten.

3. Die Interventionspolitik der USA bedroht nicht nur die Existenz des vietnamesischen Volkes, sie widerspricht auch den elementaren Lebensinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung in den USA und den ihr verbündeten Ländern.

Schon heute fordert der Vietnamkrieg auch vom amerikanischen Volk immer mehr Menschenleben, immer höhere Rüstungsanstrengungen und die verstärkte Militarisierung des öffentlichen Lebens. Maßnahmen für notwendige innere Strukturreformen wurden bereits zurückgestellt. Amerikanische Waffen stützen nicht nur in Südvietnam volksfeindliche Regime. Wie die Landung von US-Truppen in der Dominikanischen Republik erneut zeigte, ist die Intervention in Vietnam keineswegs ein Einzelfall der Unterdrückung demokratischer Bewegungen. Besonders in Lateinamerika mehren sich die Ansätze zu Volksbewegungen gegen die lebensbedrohende Ausbeutung durch die Allianz der großen US-Industriekonzerne mit den einheimischen Großgrundbesitzern und den von der Regierung der USA ausgehaltenen Militärs.
Ein Teil der Bevölkerung der USA hat inzwischen erkannt, daß die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für andere Völker die eigene Demokratie gefährdet und mit gesellschaftlichem Fortschritt im eigenen Lande unvereinbar ist; daß das Selbstbestimmungsrecht für die armen Völker der „Dritten Welt" auch dann anerkannt werden muß, wenn diese die zur Überwindung ihres Elends notwendigen sozialistischen Formen der Produktion entwickeln. Die Völker der reichen Industriegesellschaften des Westens sind nicht angewiesen auf wirtschaftliche Ausbeutung, politische oder militärische Beherrschung armer Völker. Allein für eine schmale Oberschicht von Industriellen, Financiers, Militärs und deren politische Interessenvertreter sterben US-Soldaten in Vietnam.

4. Der Vietnamkonflikt hat die Tendenz, sich zu einem großen, allgemeinen Krieg auszuweiten.

Die Kampfhandlungen wurden bereits auf Laos, Kambodscha und Nordvietnam ausgedehnt. Ein Teil der Führung der USA fordert offen den Präventivkrieg gegen China. Der Versuch, die anwachsenden Emanzipationsbewegungen in der „Dritten Welt" gewaltsam niederzuhalten, muß zu einer Verschärfung der weltpolitischen Spannungen führen. Eine solche globale Auseinandersetzung ist langfristig kaum lokalisierbar.
Mit der wirtschaftlichen und militärischen Anspannung der USA in Vietnam und an anderen Kriegsherden wächst der Druck der US-Regierung auf ihre Verbündeten, sich an den Lasten dieser Politik und ihren kriegerischen Folgen zu beteiligen. Weitere Mächte werden in diese Konflikte hineingezogen werden.
Das betrifft vor allem die mit den USA ökonomisch, militärisch und politisch eng verflochtene Bundesrepublik.
Durch ihre Wirtschaftshilfe an die Regierung des General Ky ist sie bereits — neben den USA — zur Hauptstütze eines Regimes geworden, das sich auf Adolf Hitler als Vorbild beruft. Nachdem das direkte militärische Engagement der Bundesrepublik in Vietnam vorläufig abgewendet werden konnte, besteht die Gefahr, daß die Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam unterstützt, um damit die Mitverantwortung über Atomwaffen einzuhandeln. Selbst wenn es in diesem Fall noch nicht zu einem direkten militärischen Engagement Westdeutschlands kommt, können doch an die Stelle der nach Vietnam verlegten US-Truppen neu aufgestellte deutsche Bataillone treten.
Eine derartige Entwicklung wäre notwendigerweise der Wiederbeginn des Kalten Krieges in Mitteleuropa und würde die Verschärfung der mit den Notstandsgesetzen ohnehin schon offen geplanten Entdemokratisierung und Militarisierung der Bundesrepublik, die Verschärfung des Angriffs auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeuten.

Aus diesen Gründen erklären wir uns mit den Forderungen der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams und der amerikanischen Opposition solidarisch, die die Beendigung des Vietnamkrieges durch den sofortigen Abzug der Truppen der USA fordern;

fordern wir die Einstellung jeder Hilfe der Bundesrepublik an das Saigoner Regime;

wenden wir uns gegen jede Erhöhung der Rüstungsausgaben;

kämpfen wir für die in der Verfassung der Bundesrepublik

festgelegten Prinzipien der politischen Demokratie, die die demokratische Bestimmung auch der Außenpolitik der Bundesrepublik ausdrücklich vorsieht und die daher den Ansatzpunkt bietet, mit demokratischen Mitteln einen entschiedenen Kampf gegen jede Beteiligung der Bundesrepublik an Angriffskriegen zu führen.

Demokratie vor dem Notstand

Unter diesem Thema fand am 30. Mai 1965 in Bonn ein Kongreß gegen die Notstandsgesetze statt. Veranstaltet wurde der Kongreß von folgenden fünf politischen Studentenverbänden:
Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen (BDIS)
Humanistische Studentenunion (HSU)
Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD)
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS).
Im August 1965 veröffentlichte die Zeitschrift neue kritik in einem Sonderheft das Protokoll dieses Kongresses.
Wir dokumentieren das Vorwort dieses Sonderheftes:

Vorwort

Die Frage der Notstandsgesetzgebung hat in den vergangenen Monaten deutlich werden lassen, in welcher Weise der Staatsapparat und mit ihm die im Bundestag vertretenen politischen Parteien sich verselbständigt haben und den Bürgern — besser gesagt, der kritischen Öffentlichkeit — gegenüber eine so zentrale Frage, wie eine grundlegende Verfassungsänderung, nur noch manipulativ behandeln. Mit dem Vorwand der Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte und unter dem Deckmantel der Geheimhaltung wird eine Entscheidung verschleiert, die, wenn sie in ihren ganzen Auswirkungen heute bereits bekannt wäre, vermutlich auf eine entschiedene Kritik stoßen würde. Diese Verschleierungstaktik macht der Satz eines Staatssekretärs besonders deutlich, der einmal sagte, die sogenannten Schubladenverordnungen würden im wesentlichen wegen ihrer „möglichen schockierenden Wirkung" nicht vorgelegt.

Das demokratische Modell setzt voraus, daß der Regierung und der Regierungsmehrheit durch Kritik Grenzen gesetzt sind. Zugleich setzt die Verfassung der Regierungsmehrheit in der Regel schwer zu überschreitende Schranken. Der Verzicht der SPD darauf, im Bundestag als Gegenmacht aufzutreten und die von ihr vertretene Politik, sich so zu verhalten, als ob die Gegenmacht bereits an der Macht wäre, hat nicht nur die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik in eine heute allgemein diskutierte Krise geführt, sondern auch die Verfassung in ihrer grundsätzlichen Bedeutung angetastet. Die Tatsache, daß die Opposition sich auf die Geheimberatung über eine Verfassungsänderung einließ und begann, Texte zu diskutieren, die nicht mehr ordnungsgemäß im Bundestag eingebracht waren, hat zu einer Situation geführt, in der „die Parteien" auf den Widerspruch eines beachtlichen Teils derjenigen stießen, von denen man sagen kann, daß sie in einer Krisensituation bereit sind, die Verfassungsstruktur der Bundesrepublik zu verteidigen.

Die durch die Parteien noch nicht mediatisierte Öffentlichkeit hat in dieser Entwicklung eine entscheidende Funktion erhalten. Sie ist deshalb eine Instanz geworden, an die in gesteigertem Maße Erwartungen geknüpft werden. Die Öffentlichkeit ist damit zugleich der Manipulation besonders ausgesetzt.

Spätestens seit der Spiegel-Affäre ist deutlich geworden, daß im Bereich der Hochschulen öffentliche Kritik noch Resonanz findet, daß also Öffentlichkeit im herkömmlichen Sinne — wenigstens partiell — funktioniert. Es ist deshalb nicht zufällig, wenn die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung in diesem Bereich noch in einer der Sache angemessenen Weise diskutiert wurde. Obwohl nur wenige Abgeordnete des Bundestages sich der Diskussion stellten, mußten die meisten von ihnen erkennen, daß undifferenzierte Schlagworte und Begriffe mit großer Gefühlsbreite („Stunde der Not", „Stunde der Gefahr", „Glaubhaftigkeit der Abschreckung") nicht die politische Begründung für eine Grundgesetzänderung ersetzen können. Ohne in jedem Fall ein ausgefeiltes politisches Bewußtsein von den beteiligten Studenten voraussetzen zu können, reagierte die studentische Öffentlichkeit in der Regel anti-autoritär.

Die an den Hochschulen veranstalteten Notstandsdiskussionen zeigten die grundsätzliche politische und gesellschaftliche Bedeutung der geplanten Verfassungsänderung. Daraus wuchs eine Zusammenarbeit verschiedener politischer Studentenverbände, die sich, je näher die plötzliche Verabschiedung des gesamten Notstandspakets schien, auch zu überregionalen politischen „Aktionen" entschlossen. Der Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen, die Humanistische Studentenunion, der Liberale Studentenbund, der Sozialdemokratische Hochschulbund und der Sozialistische Deutsche Studentenbund waren sich einig in der Ablehnung der bisherigen Entwürfe zur Verfassungsänderung. Sie legten ihrer Kritik das Ergebnis der Beratungen des Rechtsausschusses zugrunde, das der Rechtsausschuß des Bundestages am 17. März zusammengestellt hatte. Als erstes Ergebnis ihrer Zusammenarbeit traten die Studentenverbände am 26. April 1965 mit einer gemeinsamen „Erklärung zur Notstandsgesetzgebung" an die Öffentlichkeit. Sie gingen dabei also von einem Text aus, der dem durchschnittlichen Bundesbürger nicht zugänglich war. In der „Erklärung" hieß es u. a.:

> *„Diese Notstandsverfassung steht im Widerspruch zu dem in der Verfassung verankerten Prinzip der Gewaltenteilung, sie ist unvereinbar mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes . . .*
> *Die vom Rechtsausschuß vorgeschlagene Notstandsverfassung gibt den herrschenden Gruppen in einer Krisensituation ein Mittel in die Hand, ihre demokratische Ablösung zu verhindern. Sie schafft die Gefahr eines Staatsstreiches von oben."*

Die Verbände erklärten, daß sie sich zu gemeinsamen Aktionen entschlossen hätten. Als Mitte Mai die interfraktionellen Gespräche zwischen CDU und SPD eine Verabschiedung der Verfassungsänderung in unmittelbare Nähe rückten, riefen die Bundesvorstände der fünf politischen Studentenverbände am 15. Mai für den 30. Mai zur Teilnahme an dem Kongreß „Die Demokratie vor dem Notstand" auf.

Der Appell fand unerwartete Resonanz. Professoren, Publizisten und Gewerkschafter stellten sich als Referenten und Diskussionsleiter zur Verfügung, und 1200 Studenten aus nahezu allen Hochschulen nahmen an dem Kongreß teil.

Die gemeinsame Veranstaltung sollte eine Demonstration sein, jedoch keine bloße „Kundgebung" im herkömmlichen Sinne. Deshalb entschieden sich die Veranstalter für einen Kongreß, der zugleich in Arbeitskreisen drei zentrale Fragen der Notstandsgesetzgebung behandelte. Diese Konzeption trug der besonderen Problematik des Themas Rechnung und ermöglichte es denen, die lediglich den Notstandsgesetzen in der bisherigen Form entgegentreten wollten oder sich gegen ein überstürztes Durchpeitschen wandten, mit denjenigen zusammenzuarbeiten, die jede Verfassungsänderung prinzipiell ablehnen. Diese Struktur des Kongresses machte es zugleich möglich, den ursprünglich gefaßten Plan aufrechtzuerhalten, als am 23. Mai deutlich wurde, daß die SPD der Verfassungsänderung in dieser Legislaturperiode nicht zustimmen würde.

Die mehrschichtige Struktur des Kongresses könnte ein Beispiel sein für kommende Veranstaltungen. Vielleicht ist es nicht zufällig, daß die „Zeit" den Kongreß mit den Veranstaltungen verglich, die in den Vereinigten Staaten unter dem Begriff des „teach in" seit einiger Zeit wachsende Bedeutung erlangen. In den USA stellen sich bei derartigen Veranstaltungen jedoch führende Regierungsbeamte und Parteivertreter einer Diskussion. Der Bonner Kongreß zeigte demgegenüber, daß die Parteien — die zu der Veranstaltung eingeladen waren — einer offenen Auseinandersetzung auswichen, um (wie etwa der FDP-Abgeordnete Wolfram Dorn) von der „sicheren Position" des Bundestages aus nachträglich den Kongreß zu diffamieren.

Das Protokoll der Referate und auch die überwiegende Zahl der Diskussionsbeiträge auf dem Kongreß zeigten ein Niveau und eine Sachkenntnis, die in den beiden Bundestagsdebatten am 16. und 24. Juni 1965 selbst bei den sogenannten Notstandsexperten der Parteien kaum zu finden war. Der Leser des folgenden Kongreß-Protokolls kann sich über diese Tatsache bei einem Vergleich mit den Bundestagsprotokollen selbst überzeugen. Die Sachdiskussion und Sachinformation kann, wenn sie von den Teilnehmern des Kongresses richtig genutzt wird, in der in der nächsten Legislaturperiode zu erwartenden Auseinandersetzung über die Notstandsgesetzgebung erhebliche Bedeutung erlangen. Erfolge sind nur zu erzielen, wenn Sachkenntnis und Demonstration sich gegenseitig ergänzen.

Beispielgebend könnte auch das Zusammenspiel von Gewerkschaften einerseits und Intellektuellen andererseits sein, das auf diesem Kongreß mit großem Erfolg praktiziert wurde. Der Beifall, den die Gewerkschaftsvertreter erhielten, galt nicht lediglich der unmißverständlichen Haltung der Gewerkschaften in der Frage der Notstandsgesetzgebung; er galt auch denjenigen Gewerkschaftern, die durch ihre Teilnahme zeigten, welche Bedeutung sie dieser Form der Kooperation zumessen.

Die Berichterstattung in der Tagespresse machte den Teilnehmern des Kongresses zugleich die politische Struktur vieler Tageszeitungen deutlich. Teilweise hat die Saarbrückener Entscheidung der SPD, die Notstandsgesetzgebung zu vertagen, als Meldung die Nachricht über den Kongreß erschlagen. Viele waren damals der Ansicht, damit sei die unmittelbare Gefahr abgewendet und erkannten nicht, daß der Kongreß, der die neueste CDU-Vorlage zugrunde legte, die in diesem Entwurf enthaltenen Gefahren interpretierte. Die ausgesprochene Falschmeldung der „FAZ" vom 31. Mai 1965 weist darauf hin, daß diese Zeitung bei bestimmten Ereignissen sich einer Berichterstattung befleißigt, die kaum übertroffen wird. Der Vermerk der „FAZ" über den Kongreß beschränkt sich auf folgende vier Zeilen: „Am Wochenende haben in Bonn auch Sprecher mehrerer Studentenverbände die Notstandsgesetzgebung auf einer Protestversammlung abgelehnt."

Die Berichterstattung über den Kongreß zeigt, in welcher Weise die Öffentlichkeit außerhalb des Bereiches der Hochschulen heute manipulativen Eingriffen ausgesetzt ist. Die nach der Vertagung der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung in der nächsten Legislaturperiode zu erwartenden Auseinandersetzungen stellen die politischen Studentenverbände vor neue, sicherlich nicht leichtere Aufgaben. Es wird sich zeigen, ob es dann gelingt, die Öffentlichkeit im Hochschulbereich so zu aktivieren, daß dann eine breitere Öffentlichkeit die Frage der Notstandsverfassung in einer dieser Entscheidung angemessenen Weise behandelt. Das Protokoll des Kongresses „Die Demokratie vor dem Notstand" kann ein Beitrag sein zu dieser Auseinandersetzung.

Die Redaktion

BESCHLAGNAHMT

werden kann **IHR FAHRZEUG**

w[illegible] nach dem 29. 5. 68 die Bundesregierung den

NOTSTAND

verkündet.

Und es kommt noch schlimmer:

Dienstverpflichtungen am Arbeitsplatz, Gefängnis ohne Haftbefehl, Post - und Telefonkontrolle, Presse - und Meinungszensur. Dauernde staatliche Eingriffe, die dann jeder von uns zu spüren bekommt. Gegen diese Umwandlung können Sie sich wehren. Informieren Sie sich

MONTAG 20. 5. 16 - 19 Uhr

[illegible]emonstration vor dem Gewerkschaftshaus München Schwanthalerstr. 64.

ABMARSCH: Kunstakademie, Akademiestr. 15 Uhr

Eigendruck im Selbstverlag, verantwortlich: Aktion Kampf gegen Notstand - Michael Schmidt 8 M 55 Konrad - Dreherstr. 43

Handzettel in Originalgröße.
München, Mai 1968.
Textverlust durch Lochungsschäden.

Resolution der 21. Delegiertenkonferenz des SDS zur Notstandsgesetzgebung

Der SDS kämpft gegen jede Notstandsgesetzgebung. Aber er weiß, daß dieser Kampf nicht allein für die Erhaltung der demokratischen Form geführt werden kann, sondern sich vor allem vom gesellschaftlichen Inhalt der Gesetze leiten lassen muß.

Nach der Niederlage des Faschismus konnte der Kapitalismus in der Bundesrepublik nur erhalten werden durch eine politische Verfassung, die den Forderungen der arbeitenden Klasse auf politische und soziale Gleichberechtigung gerecht wurde. Aber der fundamentale Widerspruch dieser Verfassung war, daß sie den gesellschaftlich herrschenden Klassen die politische Garantie ihrer Herrschaft formal verweigerte, während sie den gesellschaftlich beherrschten Klassen durch das allgemeine Wahlrecht, das Koalitionsrecht und partielle sozialstaatliche Zugeständnisse die Möglichkeit gab, die gesellschaftliche Macht der Besitzenden im Rahmen der bürgerlichen Demokratie einzuschränken und für eine Umgestaltung der Gesellschaft zu kämpfen.

In der Entwicklung der Bundesrepublik wurden diese Rechte der gesellschaftlich beherrschten Klassen Zug um Zug eingeschränkt und die Funktionen und Zwangsmittel des Staatsapparates im Dienste der Bourgeoisie erweitert. Die Niederlage der Gewerkschaften in den meisten sozialen und politischen Kämpfen, die Einführung der Wehrverfassung, das Verbot der KPD, die zunehmende Verselbständigung der Exekutive, die Entfunktionalisierung der politischen Parteien allgemein und der Oppositionspartei im besonderen, die teilweise Integrierung der Gewerkschaften in das System der bürgerlichen Herrschaft und die Manipulation und Nivellierung des politischen Bewußtseins haben der arbeitenden Klasse schrittweise die Möglichkeit eines organisierten Kampfes gegen den Kapitalismus beschnitten. Dagegen hat die zunehmende Verflechtung der staatlichen Bürokratie mit den Monopolen und deren Verbänden die Integration der organisatorischen Spitzen von Parteien und den meisten Verbänden eine politisch-ökonomische Machtelite entstehen lassen, die mit dem Instrumentarium des politischen Apparates die Produktion und Reproduktion des Kapitals leitet.

Am Ende der „Wirtschaftswunder" in den meisten kapitalistischen Ländern, wo seit kurzem die Wachstumsraten auf ein zwar konstantes, aber geringes Maß geschrumpft sind, sieht sich die politisch-ökonomische Machtelite einer Situation gegenüber, in der die sozialen Versprechungen auf ständige Erweiterung des Konsums und des Lebensstandards allgemein an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Kapitalismus stoßen. Was einmal auf Grund der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Monopolkapitals als Inhalt der nachfaschistischen Demokratie ausgegeben wurde, nämlich die ständige Hebung des Lebensstandards, und was von den Organisationen der Arbeiterklasse allmählich als Inhalt ihres Kampfes innerhalb der bürgerlichen Demokratie anerkannt wurde, droht angesichts der Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitals umzuschlagen in den Inhalt des Kampfes gegen das Kapital. Demokratische Prinzipien und Formen, einmal auch von der Bourgeoisie anerkannt, werden ihrem konkreten gesellschaftlichen Inhalt nach antikapitalistisch: sie bedrohen die Herrschaft der bürgerlichen Machtelite.

Es wird heute offenbar, daß der bürgerliche Staat stets auf Gesetz und Gewalt sich stützte. Wie immer, wenn die bürgerlich-demokratischen Formen der Kapitalherrschaft gefährlich werden, müssen sie zurücktreten hinter den reinen Repressionscharakter des Staatsapparates. Die Gewalt wird konkret und erfaßt alle gesellschaftlichen Bereiche.

Die neue Phase der bürgerlichen Herrschaft, die nach Beendigung der Phase des Wiederaufbaus und des Aufstiegs eingetreten ist, bringt deshalb den Versuch des Monopolkapitals, eine neue Form ihrer Herrschaft durchzusetzen. Diese neue Form kündigt sich an in dem Versuch der Beseitigung elementarer ökonomischer Rechte der Arbeiter wie dem Versuch der Blockierung weiterer sozialer Forderungen und Kämpfe und dem Versuch der endgültigen Integration der Gewerkschaften durch Druck und Bestechung; dem Aufbau eines militärischen Apparates, dessen Bestimmung nun auch sein soll, gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Im Rahmen des Abbaus der bürgerlichen Demokratie wird die allgemeine Militarisierung des öffentlichen Lebens angestrebt, die Freiheit der intellektuellen und der politischen Diskussion eingeschränkt.

Die „Formierung" der innenpolitischen Verhältnisse wird zur wesentlichen Voraussetzung für die Außenpolitik der Bundesrepublik. Notstandsgesetzgebung, die Stärkung der Exekutive und die Stabilisierungsgesetze blockieren die Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Opposition, die allein wirksam die aggressive Expansion des Kapitals verhindern kann. Der Alleinvertretungsanspruch für Deutschland, die Forderung nach Wiedervereinigung unter kapitalistischen Bedingungen, die ökonomische und militärische Unterstützung der Kolonialherrschaft, die finanzielle und moralische Unterstützung der USA im Vietnam-Krieg sind deutliche Anzeichen für die bereits existenten Formen imperialistischer Außenpolitik. Der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung beinhaltet daher den Kampf gegen diese aggressive Außenpolitik.

Diese neue Form der Herrschaft wird bereits in weiten Bereichen ohne Ausrufung des Notstands realisiert. Die darüber weit hinausgehenden Möglichkeiten der Ausrufung des Notstands, der Schubladengesetze, die die Einrichtung von Konzentrationslagern ermöglichen, ersticken durch ihre bloße Drohung die verbliebenen Reste an bürgerlicher Demokratie und ermöglichen gleichzeitig den späteren Übergang zur offenen Gewaltherrschaft.

Es genügt nicht, den Befürwortern der Gesetze nur argumentierend gegenüberzutreten. Da die Notstandsgesetze eine der wesentlichen Erscheinungen des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft sind, geht der SDS von der Einsicht aus, daß sozialistische Argumente sich letztlich nur dann durchsetzen können, wenn sie unlösbarer Bestandteil des politisch-praktischen Kampfes der Notstandsgegner sind und in diesem orientierend und bewußtseinsbildend wirken.

Die allgemeine Oppositionsbewegung gegen die Notstandsgesetze, die vor allem in den Gewerkschaften, bei den Professoren und Intellektuellen Rückhalt hat, betrachtet die Erhaltung der politischen Demokratie und der sozialen Rechte der Arbeiterklasse als ihre vordringliche politische Aufgabe. So war es vor allem der Widerstand der Gewerkschaften und ihre Drohung im Sommer 1965, die Mitglieder ihrer Organisation zu außerparlamentarischen Aktionen zu mobilisieren, die die Änderung der Verfassung mit Zustimmung der SPD verhindert hat. In solidarischer Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen der Notstandsopposition — Gewerkschaften, Professoren und Intellektuellen, besonders auch den demokratischen und sozialistischen Jugendverbänden — wirkt der SDS auf eine Politik der Vereinigung zu wirksamer Aktion hin. Ziel dieser Politik muß die Organisierung der spontanen Gegenreaktion auf vorliegende Gesetzes- und Verordnungsentwürfe zu einer politischen Kraft sein. Als Studentenverband betrachtet er es als eine vordringliche Aufgabe, mit der Mobilisierung der Studenten zugleich die oppositionelle Tendenz unter den Professoren und Intellektuellen zu fördern. Er betrachtet die Entwicklung der Intellektuellenopposition als notwendiges Mittel zur Stärkung der Notstandsopposition. Die bisherige Zurückstellung der verfassungsändernden Notstandsgesetze und die wiederholte Zurücknahme von Vorlagen in den Notstandsentwürfen der Bundesregierung ist ein Erfolg anhaltenden Druckes der demokratischen Opposition und ihres aktiven, kompromißlosen Kerns.

Der SDS lehnt jede Notstandsgesetzgebung ab und vertritt in diesem Kampf sozialistische Positionen. Durch die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie zusammen mit allen anderen Notstandsgegnern verteidigen wir die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung gegen die Bourgeoisie, die diese Rechte liquidieren will.

Der SDS erkennt die Notstandsgesetze als Mittel des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Der SDS ist sich darüber klar, daß die endgültige Überwindung der Tendenzen, die sich in den Notstandsgesetzen äußern, die Überwindung der Herrschaft der Bourgeoisie verlangt. Die bloße Forderung nach parlamentarischer Beschränkung der Herrschaft der Bourgeoisie begreift nicht die Ursachen der Tendenzen zur Diktatur. Der Kampf um die Erhaltung der bürgerlich-demokratischen Rechte der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung muß deshalb vom SDS verstanden und geführt werden als eine Form des Kampfes für die Überwindung der Klassenherrschaft überhaupt.

Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich deshalb nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse.

Der SDS begreift sich in diesem Sinne als konsequentesten und zugleich weitertreibenden Teil der breiten oppositionellen Bewegung gegen die Notstandsgesetze.

aus: neue kritik 38/39
von Okt./Dez. 1966, S. 10–12.
Ungekürzt.

IHR KFZ IST BESCHLAGNAHMT!

" Entsprechend dem Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs (NOTSTANDSGESETZ) :
Sie haben Ihr KFZ unverzüglich an der Sammelstelle abzuliefern. Falls Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, setzen Sie sich der Strafverfolgung aus ."

DAS KANN IHNEN VON HEUTE AUF MORGEN PASSIEREN !

W u ß t e n S i e d a s ?

W o l l e n S i e d a s ?

NOTSTANDSGESETZE : NEIN !

I N F O R M I E R E N S I E S I C H !

An unseren Informationsständen am Elisenbrunnen und Markt !!!

/Aktion "Notstand" RWTH Aachen/

BÜRGER DER STADT AACHEN

W A S W Ä H L E N S I E ?

- FRIEDEN UND FREIHEIT
- BLOCKWART UND FEUERPATSCH

Wer Blockwart und Feuerpatsche wählt,
der ist für die NOTSTANDSGESETZE .

Wer für Frieden und Freiheit eintritt ,
der ist GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZE .

INFORMIEREN SIE SICH ÜBER DIE NOTSTANDSGESETZE.

JETZT IST NOCH ZEIT, ETWAS ZU ÄNDERN !

Informationsstände am Elisenbrunnen und am Markt .

KEINE WAHLSTIMME FÜR NOTSTANDSBEFÜRWORTER!

/Aktion "Notstand" RWTH Aachen/

Flugblatt aus Aachen, ca. Mai 1968

Am kommenden Mittwoch findet im Bundestag die 2. Lesung der Notstandsverfassung statt; diese Gesetze heben die freiheitlichen Grundrechte jedes Einzelnen auf !

An diesem Tag will sich das Parlament - ohne daß alle Bundestagsabgeordneten über Inhalt und Tragweite der Notstandsverfassung ausreichend informiert sind - selbst entmachten. Deshalb ist an diesem Tag keine Zeit für Vorlesungen , sondern es muß ein Tag der Information, Diskussion und Aktion sein !

WIR RUFEN AUF ZUR TEILNAHME AN EINEM

TEACH-IN

am MITTWOCH , dem 15. Mai , 14.oo Uhr
im AUDITORIUM MAXIMUM !

EIN SCHWEIGEN IST UNVERANTWORTLICH !

Da die parlamentarische Opposition in unserem Lande versagt hat, dürfen nun Studenten und Professoren nicht wieder - wie 1933 - versagen. Wir müssen uns deshalb darüber klar werden , wie wir die Dempkratie erfolgreich verteidigen können !

---Aachen, den 13. Mai 1968 / 11.3o (II)

:
Verband deutscher Studentenschaften (VDS)
Kuratorium Notstand der Demokratie
Fachschaft Architektur
SDS Aachen
SHB Aachen
Prof. Biemel
Prof. Kühn
Prof. Rode
Prof. Schwerte
Studentenpfarrer Vermeulen
Assistentenschaft Lehrstuhl Werklehre

Flugblatt aus Aachen, ca. Mai 1968

KAMMERSPIELE! RESIDENZTHEATER! SCHAUSPIELER!
BUCHHANDLUNGEN LEHMKUHL, HUEBER, HUGENDUBEI, KAISER,
PIPER VERLAG, HANSER VERLAG, SÜDDEUTSCHER VERLAG,
REDAKTEURE, VERLAGSANGESTELLTE, BUCHHÄNDLER!
ZEITGESCHICHTLICHES INSTITUT! SCHRIFTSTELLER, DESCH VERLAG,
RATIONALTHEATER! VERLEGER! LEKTOREN!

VERLAGE, BUCHHANDLUNGEN, THEATER, REDAKTIONEN tragen bei der Herstellung der demokratischen Öffentlichkeit entscheidende Verantwortung. Ihre wesentliche Aufgabe ist die Aufklärung und Vermittlung über gesellschaftspolitische Vorgänge. Diese Öffentlichkeit wird durch die Konzentration der Macht, die die Notstandsgesetze zuläßt, systematisch untergraben. Dadurch wird die gesellschaftspolitische Aufgabe dieser Berufsgruppen in Frage gestellt.

Durch die Aufnahme der Notstandsverfassung in das Grundgesetz wird erreicht, daß die Gegner dieser Notstandsverfassung nach der Änderung von 25 Artikeln des Grundgesetzes zu Gegnern unserer Verfassung gemacht werden. Der neuen Verfassungswirklichkeit kann man sich nicht durch innere Emigration stellen, sondern nur durch Widerstand.

Wir werden nicht zulassen, daß Gewerkschaften, Professoren, Studenten, Schriftsteller, Verlagsangestellte, Arbeiter und Redakteure zu Verfassungsfeinden gemacht werden, nur weil sie die Verwirklichung der Grundrechte fordern.

Bringen wir unseren Protest gegen die Notstandsgesetze durch eine Arbeitsniederlegung zum Ausdruck. Beweisen wir, daß wir entschlossen sind, unseren Verteiler und Produktionsapparat im Widerstand gegen die Beeinträchtigung der Grundrechte einzusetzen.

Wir demonstrieren zusammen mit Arbeitern, Schülern und Studenten am Dienstag den 28.5.68 $15^{\underline{00}}$ im alten Botanischen Garten.

Nach Verabschiedung der Notstandsgesetze darf unser Protest nicht versiegen. Wir müssen versuchen jegliche Übergriffe einer autoritären Staatsgewalt durch Widerstand zu verhindern. Die Aktionseinheit des 28. Mai darf nicht aufgelöst werden. Wir werden die Möglichkeiten weiterer Widerstandsaktionen diskutieren.
Wir treffen uns nach Abschluß der Demonstration an der Universität.

Verantwortlich: Erich v. Derschatta, 8 Mü 13, Georgenstr. 73
Druck im Selbstverlag

Protestaktion in den Kammerspielen

Das Ensemble der Münchner Kammerspiele leitete eine Protestaktion gegen die Notstandsgesetze ein. Um 20.50 Uhr wurde gestern die Aufführung der „Schwarzen Komödie" von Shaffer auf zehn Minuten unterbrochen und dem Publikum die Notstandsentschließung des Theater-Ensembles verkündet, das am kommenden Dienstag die Aufführung ganz ausfallen lassen und durch ein „Teach-in" ersetzen will, an dem sich das Publikum beteiligen soll.

Die gestrige Unterbrechung löste jedoch eine Protestaktion der Zuschauer aus, die sich mit Buh-Rufen gegen die Darsteller wandten. Eine ähnliche Unterbrechung fand gegen 22 Uhr im Werkraumtheater statt. Das Kammerspiel- und Werkraumtheater-Ensemble will auch in den nächsten Tagen die Vorstellung unterbrechen, um die Zuschauer über die Aktion zu informieren.

oben: Flugblatt aus München, Mai 1968
nebenstehend: Artikel aus der Süddeutschen Zeitung v. 24.5.1968

Plakat des SDS, ca. 1968. Nachdruck von 1973, Format 84 x 60 cm

Die aktionistischen Jahre 1967/68

1967/68 hatte die APO sich zu einer ernstzunehmenden politischen Bewegung entwickelt. Neben Zustimmung zog sie auch sehr viele Anfeindungen auf sich. Zum Beispiel konnten Staat und politische Parteien mit dem studentischen Protest überhaupt nicht umgehen, und auch die Funktionäre der DGB-Gewerkschaften sahen es nicht gern, daß in verschiedenen Städten und Kreisen eine Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftern und APO-Vertretern entstand.

Dabei war außerparlamentarischer Protest wichtiger denn je in der Bundesrepublik: im Dezember 1966 war das Kabinett des Bundeskanzlers Ludwig Erhard zurückgetreten. An seine Stelle trat eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit Kurt Georg Kiesinger als neuem Bundeskanzler. Dies war doppelt fatal, weil es nun keine ernstzunehmende parlamentarische Opposition mehr gab und weil Kiesinger, der während der Nazi-Zeit in Goebbels' Reichspropagandaministerium gearbeitet hatte, für eine Kontinuität nationalsozialistischen Gedankenguts stand, die die APO auf das heftigste bekämpfte.

Besonders die Springer-Presse tat sich in der Hetze gegen die APO hervor und mobilisierte das "gesunde Volksempfinden". Die Außerparlamentarische Opposition beschäftigte sich ihrerseits mit dem Verdummungsjournalismus der Springer-Presse. 1967 zum Beispiel veröffentlichte der Republikanische Club in Westberlin eine Materialsammlung über die Machtposition des Springer-Konzerns und die Berichterstattung von Springer-Zeitungen über studentische Aktionen, aber auch über andere Ereignisse.

Vor allem zwei Ereignisse trugen zu einer Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen der APO und dem Berliner Senat einerseits und zwischen der APO und dem Springer-Konzern andererseits bei:

Das erste geschah am 2. Juni 1967. Der Schah von Persien, Reza Pahlewi, war zu einem Staatsbesuch in Berlin. Die oppositionellen Gruppen hatten zu Demonstrationen gegen ihn aufgerufen. Als die Polizei versuchte, eine Demonstration gewaltsam aufzulösen, wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen.

Das zweite fand kurz vor Ostern 1968 statt. Gründonnerstag machte sich ein junger westdeutscher Hitler-Verehrer, Josef Bachmann, auf den Weg nach Berlin, um an einer der bekanntesten und von der Springer-Presse entsprechend kriminalisierten Symbolfiguren der APO, an Rudi Dutschke, das zu vollstrecken, wovon andere nur schrieben und redeten: er schoß Dutschke zwei Kugeln in den Kopf und eine in die Schulter.

Überall in der Bundesrepublik trat über die Ostertage 1968 neben die permanente Diskussion die permanente Aktion. Die Verlagsgebäude des Springer-Konzerns waren dabei das vorrangige Ziel der Wut, der Trauer und des Hasses. Laut Fichter/Lönnendonker zogen Ostermontag "über 45.000 Demonstranten in mehr als 20 Städten der Bundesrepublik und West-Berlin vor die Druckereien und Verlagshäuser des Springer-Konzerns und versuchten vor allem, die Auslieferung der Bild-Zeitung zu verhindern" (Kleine Geschichte des SDS, 1977, S. 127f).

Im folgenden dokumentieren wir einen Bericht über den 2. Juni 1967 in Berlin. Zu den Oster-Ereignissen 1968 folgen einige Texte aus Aachen, zwei Flugblätter aus München sowie zwei Erklärungen des SDS-Bundesvorstandes. In der einen wird die Situation nach dem Attentat auf Rudi Dutschke geschildert, in der andern wird die Enteignung des Springer-Konzerns gefordert. Zwei Beispiele aus einer Untersuchung des Berliner Republikanischen Clubs von 1967 zeigen zum einen, wie die Springer-Presse 1965 daran beteiligt war, daß bei einem Konzert der Rolling Stones die Berliner Waldbühne kurz und klein geschlagen wurde, zum andern wird die Berichterstattung über den Tod Benno Ohnesorgs untersucht. Abschließend zwei kurze Texte über das Betreten des Rasens bei Protestveranstaltungen.

‚SUBJEKTE'

Der Student Benno Ohnesorg wurde von einem Kriminalbeamten erschossen. Der Regierende Bürgermeister erklärte die Studenten für schuldig: „Sie haben die Auseinandersetzungen verursacht, denen ein Student zum Opfer gefallen ist."

Lügen

Berlin kommt mit der Demokratie nicht zurecht. Menschen, die gegen den pompösen Empfang eines Diktators demonstrieren wollten, wurden getreten und geschlagen. Mit Lügen wurde die Bevölkerung gegen sie aufgehetzt: „Diese Subjekte haben einen Polizisten erstochen", rief die Polizei am Freitagabend über ihre Lautsprecherwagen aus. Das war die erste makabre Version von Benno Ohnesorgs Tod. Einige Stunden später wurde verbreitet: einer der „aktivsten Anführer" sei im Krankenhaus an einem Schädelbasisbruch gestorben. Benno Ohnesorg aber hatte zum erstenmal an einer Demonstration teilgenommen. Überstürzt und ohne gegenseitige Absprache verbreiteten Senat und Polizei weitere Falschmeldungen. Als der Senat noch von einem „Querschläger" sprach, gab die Polizei schon den direkten Einschuß zu. Dann behauptete die Polizei, der schießende Beamte habe in Notwehr gehandelt. Aber Senator Büsch sprach auf der Sitzung des Akademischen Senats von einem Schuß, der sich aus Versehen im Tumult gelöst habe. Zu Beginn wurde nur von einem Schädelbasisbruch berichtet. Die Obduktion ergab aber als Todesursache eindeutig einen Kopfschuß. Ein Knochenstück, das über die Einschußrichtung hätte Auskunft geben können, war operativ entfernt worden. Es ist bis heute (5. Juni) nicht auffindbar. Auf einer Pressekonferenz am Sonntag schilderte Rechtsanwalt Mahler den „wahrscheinlichen Tatablauf". Er rekonstruierte ihn aus 15 Zeugenaussagen.

Demnach wurde Ohnesorg auf einem Garagenhof durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet. Am Tatort befanden sich zivile und uniformierte Polizisten in der Überzahl. Etwa 20 bis 30 Demonstranten versuchten aus dem Hof ins Freie zu entkommen. Einige von ihnen wurden im Hof schwer mißhandelt, unter ihnen Ohnesorg, der entweder erschossen wurde, als er in einer Gruppe von Polizisten festgehalten wurde oder sich gerade aus ihr befreit hatte. Drei Tatzeugen haben den Ruf: „Bitte, bitte, nicht schießen!" gehört. Eine Krankenschwester wollte Benno Ohnesorg erste Hilfe leisten. Dabei wurde sie von Polizisten niedergeknüppelt und schwer verletzt.

Schah-Truppen aus BVG-Bussen

Die tödlichen Schüsse des zivilen Polizeibeamten in der Charlottenburger Krummen Straße waren der Höhepunkt des rücksichtslosen Einsatzes während des persischen Staatsbesuches. Schon am Mittag hatten BVG-Busse Angehörige des persischen Geheimdienstes SAVAK vor den Absperrungen auf dem John-F.-Kennedy-Platz abgesetzt. Mit vorgeschriebenem Jubel und Farah-Diba-Plakaten begrüßten die Angestellten des Teheraner Regimes den Staatsbesuch vor dem Rathaus Schöneberg. Nach dieser Pflichtübung stürzten sich die Geheimdienstmänner mit Plakatschäften und Totschlägern auf schahfeindliche Demonstranten. Albertz' Polizei griff nur zögernd gegen die Teheraner Kollegen in Zivil ein. Sie notierte zwar unter dem Druck der Umstehenden einige Namen, doch strengte sie bis jetzt noch kein Verfahren gegen die schahfreundlichen Schläger an.

Reza Pahlevis Geheimdiensttruppe hatte ihr Tagwerk noch nicht vollendet. Am Abend wurde sie vor der Deutschen Oper abgesetzt, um dem Kaiser erneut mit Jubelrufen zu huldigen und schahfeindliche Demonstranten mit Schlägen und Steinwürfen zu traktieren. Dann flogen auch aus deren Reihen Tomaten, Eier und vereinzelt Steine über die Bismarckstraße. Von diesen Steinwerfern distanzieren sich die Berliner Studenten.

Während Albertz, Büsch und Duensing sich an Mozarts „Zauberflöte" ergötzten, gab der Einsatzleiter den Befehl, die Bismarckstraße radikal zu räumen. Ohne deutliche Warnung stürzten sich uniformierte und zivile Polizisten mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern auf die Demonstranten. Unter den Polizeiknüppeln begann Blut zu fließen. Demonstranten wurden in Hauseingänge getrieben, zusammengeschlagen und getreten. Von „Greiftrupps" wurden einzelne Studenten aus der Menge gezerrt, in Polizeiwagen gepackt und auch dort mißhandelt. Passanten, Journalisten und andere Zeugen des Polizeiterrors machten dazu ihre Aussagen vor Rechtsanwälten. Mit Blaulicht rasten Krankenwagen in die entfernt liegenden städtischen Krankenhäuser. Andere näher liegende Krankenhäuser wurden nicht benutzt, obwohl sie ihre Hilfe anboten. Am Sonntag behaupteten Innensenator Büsch und die

Polizei: alle Verletzten seien entlasen. Das war eine Lüge. In den Krankenhäusern lagen noch immer schwer verletzte Demonstranten. Ihre Angehörigen erfuhren nichts. Man hatte eine Nachrichtensperre verhängt.
Zu diesem Geschehen fand die Poilzeigewerkschaft überaus zynische Worte: Sie forderte „die politisch Verantwortlichen und die Polizeiführung in dieser Stadt letztmalig auf, vom Kurs der weichen Welle bei der Behandlung dieser Kriminellen abzugehen. Polizisten sind keine Prügelknaben für eine Mindehreit von Ordnungsstörern in Berlin, von denen die Demonstrationsfreiheit gegen die Demokratie laufend mißbraucht wird."

Springer-Presse: „Das Maß ist nun voll"

Bevor die blutigen Vorfälle der Demonstrationsnacht auch nur annähernd geklärt werden konnten, nahm die Springer-Presse alles unter Beschuß, was den Schleier eines glanzvollen Staatsbesuchs zu zerreißen drohte. Die „Morgenpost" verbreitete, „die Demonstration sei das Werk hysterischer Rudel akademischer Halbstarker", „notorischer Radaumacher", „geschulter kommunistischer Straßenkämpfer" und „amüsierter Nichtstuer" gewesen. „Wer es wohl meint mit Berlin, ... der jage endlich die Krawallradikalen zum Tempel hinaus ..." So hetzte Springer.
Am Sonntag verkündete die „Morgenpost" ihr Urteil: „Die Polizei trägt keine Schuld an den Zusammenschlüssen, die eindeutig von unseren Krawallradikalen provoziert wurden ... Benno Ohnesorg ist nicht der Märtyrer der FU-Chinesen, sondern ihr Opfer". Drohungen folgten: „Das Maß ist nun voll. Die Geduld der Berliner Bevölkerung ist erschöpft." Auch für „Bild" war klar, wen die Schuld am Tode Benno Ohnesorgs zu treffen hat. Am Morgen nach der Notstandsübung der Polizei hieß es auf der „Bild"-Titelseite: „Gestern haben in Berlin Krawallmacher zugeschlagen, die sich für Demonstranten halten. Ihnen genügte der Krach nicht mehr. Sie müssen Blut sehen." Die „BZ" machte aus den Demonstranten Aussätzige: „Wer Anstand und Sitte provoziert, muß sich damit abfinden, von den Anständigen zur Ordnung gerufen zu werden. Die Anständigen in dieser Stadt aber sind jene Massen der Berliner, die Berlin aufgebaut und Berlins Wirtschaft angekurbelt haben. Ihnen gehört die Stadt. Ihnen ganz allein! ..." Und am Sonntag gelobte die „Morgenpost" der staatlichen Autorität Gefolgschaftstreue: „Man wünschte sich für Heinrich Albertz und die tragenden politischen Kräfte Berlins, daß sie diesmal hart und konsequent bleiben. Sie stehen nicht allein ..." Bürgermeister Albertz erfüllte den Wunsch der größten Berliner Abonnentenzeitung: Er verhängte ein allgemeines Demonstrationsverbot und kündigte die Einrichtung von Schnellgerichten gegen Demonstranten an.
Nach 24 Stunden fand Pastor Albertz endlich auch ein Wort der Teilnahme für die Witwe des Erschossenen. Ein Kreuz aber durfte an der Mordstätte nicht errichtet werden.
Ein Totengedenken in der TU-Studentenstadt Siegmundshof wurde von Innensenator Büsch untersagt. Bereits am Samstag hatten Polizeilautsprecher eine Schweigeminute für Benno Ohnesorg auf dem Gelände der FU gestört. Studenten und Professoren zogen sich schließlich in Hörsäle der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zurück. Der Dekan dieser Fakultät, Professor Wetzel, öffnete seine Hörsäle, da Rektor Lieber den Henry-Ford-Bau verschlossen hielt. Das brachte Professor Wetzel am Sonntag eine Rüge des Regierenden Bürgermeisters ein, denn — so erklärte Albertz vor dem Akademischen Senat — er wolle jetzt die offene Konfrontation der Studenten mit der Polizei. Der studentische Widerstand müsse endlich gebrochen werden. Darum soll auch das Hausrecht der Rektoren durch Polizeieinsätze gestützt werden.

Wir Berliner!

Pastor Albertz feierte seinen eigenen Notstand. Die Berliner Abgeordneten schwiegen. Passanten griffen in der Weddinger Müllerstraße Flugblattverteiler des AStA an. Die Polizei weigerte sich, die Personalien der aggressiven Bürger festzustellen. Vor dem Schöneberger Rathaus forderten Albertz- und Springertreue Berliner KZs und Gaskammern für Studenten. Albertz' kopflose Politik trug ihre Früchte. Doch an der Freien Universität rief der Theologe und Professor Heinrich Gollwitzer vor 4000 Versammelten: die akademische Jugend werde das Aufkommen des Faschismus heute nicht mehr so gleichgültig hinnehmen wie die Studenten im Jahre 1933.

Berliner Tageszeitungen behaupteten, diese Wunde gehe auf das Konto Steine werfender Demonstranten. Die Verwundete berichtigte: Es waren polizeiliche Gummiknüppel.

AStA - JNFO

Nr. 5
April 68

Herausgegeben vom Pressereferat des Allgemeinen Studentenausschusses

Attentat auf Dutschke

- U r s a c h e n u. F o l g e n -

Anträge und Resolutionen
der öffentlichen studentischen Vollversammlung (teach-in) vom 17.4.1968 im Audimax, an der rd. 2+000 Studenten teilnahmen.

Antragsteller: H. Strizek
Die Vollversammlung der Aachener Studenten beauftragt den AStA, auf dem Marktplatz eine Informationsveranstaltung zu organisieren, bei der die Aachener Bevölkerung über die Vorstellungen der Studenten informiert werden soll.
Der Antrag wurde angenommen.

ten informiert werden soll.
Der Antrag wurde angenommen.

Antragsteller: "Redaktion ap"
Der AStA möge Verhandlungen mit Aachener Tageszeitungen aufnehmen, um eine Möglichkeit zu schaffen, daß einmal wöchentlich unter Redaktion des AStA bzw. der politisch aktiven Gruppen die aktuellen Anliegen der Studentenschaft in bestimmter geschlossener Form (einige Spalten) der Aachener Bevölkerung sachlich und informativ nahegebracht werden.
Der Antrag wurde angenommen.

Zusätzlicher Antrag:
Sämtliche Anträge am Elisenbrunnen und Markt usw. aushängen, der Bevölkerung zugänglich machen.
Mit Mehrheit angenommen.

Wir haben bisher im wesentlichen über zu bedruckendes Papier geredet.
Antrag:
An Ort und Stelle wird jetzt eine Sammlung für die Aktion "Information der Bevölkerung über Springerpresse" durchgeführt.
gez. Dill

Ja, angenommen für später!

Antrag:
Die Vollversammlung beauftragt den AStA, eine Fahrzeugplakette in "BILD"-Aufmachung zu angemessenem Preise herzustellen und zu vertreiben.
Der Text soll durch das Studentenparlament beschlossen werden.
gez. Wolfgang Thiele

Der Antrag wurde angenommen.

Antragsteller: Richard Wüstenberg
Die Vollversammlung der Studentenschaft der RWTH Aachen möge beschließen:
Es werden vom AStA der TH Aachen sachliche Informationsblätter über den Springer-Konzern und seine Produkte hergestellt und an die Bevölkerung Aachens kostenlos verteilt mit dem Ziel, die Käufer dieser Produkte über die Auswirkungen der Pressekonzentration in der BRD aufzuklären, da die Volksversammlung der Ansicht ist, daß diese Pressekonzentration sich äußerst negativ auf die Meinungsbildung und Kritikausübung der deutschen und auch ausländischen Öffentlichkeit ausgewirkt hat und auswirkt.
Der Antrag wurde angenommen.

Vom Allgemeinen Studentenausschuß übernommene modifizierte Resolution des Liberalen Studentenbundes (LSD)

Die Vollversammlung der Aachener Studentenschaft ist erschüttert über den Mordversuch an dem Berliner Studenten Rudi Dutschke und betrauert den Tod des Pressefotografen Erings, der im Verlauf der Protestdemonstrationen Opfer einer Gewalthandlung wurde.

Die Aachener Studentenschaft verurteilt die Verketzerung politisch andersdenkender Gruppen durch einen Großteil unserer Presse - insbesondere des Springerkonzerns - und durch staatliche Institutionen. Sie macht diese Diskriminierung der studentischen Opposition für die immer gewaltsamer werdende Form politischer Auseinandersetzungen verantwortlich. Gleichzeitig bedauert sie aber auch einzelne Gewaltaktionen von studentischer Seite. Sie ruft die Studenten auf, sich mehr als bisher um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern.

Durch gewaltlosen Protest und gewaltlose Aktionen muß die politische Lethargie durch sachliche öffentliche Diskussion politischer Alternativen ersetzt werden, um damit kritisches Bewußtsein zu schaffen und längst überfällige Reformen in Staat und Gesellschaft durchzusetzen.

Vordringlich müssen dabei Probleme der Pressekonzentration und Fragen der Demokratisierung der Hochschule und Gesellschaft gelöst werden.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Resolution des SDS Aachen zum Thema

Pressekonzentration und Meinungsmanipulation

Aachen, den 17. 4. 1968

Rudi Dutschke und Benno Ohnesorg sind Opfer einer systematischen Hetzkampagne des Springerkonzern im Verein mit der Staatsgewalt. In Berlin und Westdeutschland wurde konsequente Opposition zum kriminellen Delikt erklärt. Rationaler Kritik wurde mit irrationalem Antikommunismus begegnet. Selbstbewußte Minoritäten wurden für vogelfrei erklärt. Kurras und Bachmann setzten in die Tat um, was der Springerkonzern durch jahrelange Indoktrination der Öffentlichkeit heraufbeschworen hatte.

Dieser Konzern spielt eine verheerende politische Rolle. Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Pressefreiheit wie Informationsfreiheit und Meinungsfreiheit drohen heute zum Exklusivrecht weniger privater Großverleger zu werden. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch die Industrie- und Verkaufswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger führt zu einer ständigen Selbstzensur. Das Publikum wird mit grober wie auch unmerklicher Manipulation unmündig gehalten und mit den Rafinessen des Anpassungsjournalismus blind an Vorurteile und Klischees gebunden. Jede Kritik wird abgestützt oder als Sorgen des kleinen Mannes ihm selber als Konsum zubereitet. Intelligenzblätter stabilisieren elitäre Einstellungen mit primitiven Herrschaftsideologie. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert. Unter dem Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt, vereinzelt und verzerrt.

Wir haben jahrelang geduldig argumentiert und die Gefahr einer Pressekonzentration in ausführlichen Analysen eindringlich dargelegt. Wir haben keine Reaktion auf unsere Forderungen nach Enteignung nach Art 14 abs. 2 des Grundgesetzes erhalten.

Wenn wir jetzt nicht mit aller Kraft und Entschlossenheit auf die politischen Konsequenzen drängen, wird die Brutalisierung der Öffentlichkeit weitergehen. Wer die wirklichen Gewaltverhältnisse unserer Gesellschaftsordnung erkennt, wird sich mit dem Ziel unserer Kampagne identifizieren. Die tabuierten politischen Mittel haben offensichtlich nicht ausgereicht, um Springer Macht zu verhindern oder nachträglich einzuschränken. Es ist höhnische Heuchelei, wenn wir jetzt zur Rückkehr zu den stablierten Institutionen und Regeln aufgefordert werden.

Wir erklären, daß es keine Ruhe geben kann, bis geeignete Maßnahmen zur Enteignung des Springerkonzerns eingeleitet sind. Sie sind Vorbedingung einer demokratischen Öffentlichkeit.

Diese demokratische Öffentlichkeit wäre nach folgenden Grundsätzen zu erkämpfen.

1. Befreiung der Presse von Meinungsmonopol und Profitinteresse durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.
2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihrer Auswirkungen durch sachgerechte Verbraucherinformation.
3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.
4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Repression. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktion.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Flugblätter aus München, April 1968

Der Rektor
der Rheinisch-Westfälischen
Technischen Hochschule Aachen

Tgb.-Nr. 0/Sch

51 Aachen, den 16. April 1968
Fernschreiber 08/32704
Telefon 422/2000
(Vermittlung: 4221)

An den
1. Vorsitzenden des AStA
der Rheinisch-Westfälischen
Technischen Hochschule Aachen
Herrn cand. phil. Haase

51 Aachen

Sehr geehrter Herr Haase!

Die Landesrektorenkonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen unter dem Vorsitz von Magnifizenz Professor Dr. Biedenkopf der Ruhr-Universität Bochum hat am 16. 4. 1968 die folgende Erklärung abgegeben:

"Das Attentat auf Rudi Dutschke hat mit Recht überall Empörung und Unruhen ausgelöst. Politischer Mord, wann und wo er auch begangen wird, ist ein gemeines Verbrechen. Für eine Demokratie ist politischer Mord tödlich.
Die Freiheit der politischen Meinungsäußerung ist unverzichtbare Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens. Auch der politische Außenseiter hat das Recht, seine Ansichten zu vertreten und sich um ihre Durchsetzung mit legalen Mitteln zu bemühen. Wir rufen alle Angehörigen unserer Universitäten und Hochschulen auf, aus dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke die Mahnung zu hören, dieses Recht und diese Freiheit zu verteidigen.
Wir müssen uns bemühen, den Weg des Hasses und der Gewalt mit allen Mitteln zu verhindern. Verbrechen und Verstöße gegen die Gesetze zu verfolgen, ist Aufgabe der Organe unseres demokratischen Staates. Aufgabe jedes Staatsbürgers und damit aller Angehörigen der Universitäten ist es, die Achtung vor der Menschenwürde, die Freiheit und das Recht als Maßstab all unseres Handelns in Staat und Gesellschaft zur Geltung zu bringen und zu verteidigen.

Die Rektoren
der Landesuniversitäten und der Techn. Hochschule"

- 2 -

Ich übersende Ihnen diese Erklärung zugleich im Namen der Dekane unserer Hochschule, die mit mir gemeinsam an Ihrer morgigen Veranstaltung teilnehmen.
Ich darf Sie davon unterrichten, daß ich für Mittwoch, den 17. 4. 1968, ab 16^{00} h Dies angesetzt habe und die Mitglieder des Lehrkörpers sowie nach Rücksprache mit Ihnen die Mitarbeiter der Lehrstühle und Institute zur Teilnahme an Ihrer Veranstaltung aufgefordert habe.

Mit freundlichen Grüßen

H. Opitz

MORD AN RUDI DUTSCHKE ?

Heute nachmittag um 17 Uhr wurde Rudi Dutschke auf dem Kudamm durch mehrere Schüsse ins Gesicht niedergeschossen. Rudi Dutschke schwebt in höchster Lebensgefahr.

HAT SPRINGERS PROGROMHETZE NACH BENNO OHNESORG EIN NEUES TODESOPFER GEFORDERT?

Wenn wir uns nicht sofort zur Wehr setzen
WIRD SPRINGER WEITER MORDEN

Wir treffen uns heute abend
ab 23 Uhr
zur Aktionsbesprechung
am Kaufhaus Hertie, Leopoldstr. / Münchner Freiheit.

Eigendruck im Selbstverlag. Verantwortlich Alfred Bauer
München 23. Hermann Vogel Str. 36

M ü n c h n e r B ü r g e r !!

- Haben Sie sich schon Gedanken gemacht ob ein Zusammenhang zwischen dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke und der Bildzeitung besteht?
- Wenn nicht, dann informieren wir Sie, dass der Attentäter Bachmann die Hetztiraden der Bildzeitung in die Tat umsetzte. Daraus folgt: Jeder Bildleser ist ein potentieller Gewalttäter.
- Haben Sie sich schon Gedanken gemacht ob ein Zusammenhang zwischen der Meinungsmanipulation von Bild und der systematischen Verhetzung der Studenten besteht?
- Wenn nicht, dann informieren wir Sie, dass Studenten dem Bildleser als "Eiterbeulen", "Langhaarige Affen", "Schmutzfinke" und a.m. vorgestellt werden.
  Daraus folgt: Jeder Bildleser ist ein potentieller Studentenverhetzer.
- Haben Sie sich schon Gedanken gemacht, ob ein Zusammenhang zwischen den Polizeiaktionen und Bild besteht?
- Wenn nicht, dann informieren wir Sie, dass während der Demonstration am Ostermontag die Polizei im Hof der Druckerei kostenlos mit Bild gefüttert wurde.
  Daraus folgt: Jeder Polizist weiss warum und für wen er kämpft!
- Haben Sie sich schon Gedanken gemacht warum wir gerade die Auslieferung der Bildzeitung verhindern wollen?
- Wenn nicht, dann informieren wir Sie, dass damit zum ersten Mal eine Manipulation verhindert würde, die täglich Unmenschlichkeit provoziert.
  Daraus folgt: Die Verhinderung der Auslieferung der Bildzeitung bedeutet Menschlichkeit!

Wir fordern Sie auf, sich besser zu informieren!!!
Seien Sie kritisch!!!
Beurteilen Sie!!!
Wir fordern Sie auf mitzuhelfen, die weitere Verbreitung der Bildzeitung zu verhindern!!!

Verantwortlich: Michaela Belger, München 5, Baaderstr.33
Eigendruck im Selbstverlag

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 47, April 1968, 9. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut Schauer, Klaus Vack, Frank Wolff, Karl-Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon 77 60 68 / 77 86 70

Zu den Oster-Aktionen

I.

Die Springer-Blockaden haben die politische Polarisierung produziert, die wir schon vorher für diesen Sommer erwartet hatten. Die Ungleichzeitigkeit der westdeutschen im Verhältnis zur Berliner Entwicklung hat sich dabei gleichermaßen bestätigt und verändert. Daß der Mordanschlag jetzt in Berlin geschah, ist eher akzidentell, als es die organisierte Polizeischlacht am 2. Juni und der Tod Ohnesorgs waren. Damals war der Schah-Besuch zwar schon im nationalen Maßstab als Notstandsmanöver angelegt, hatte jedoch nur in Berlin den politischen Charakter, daß die radikale Opposition physisch zerschlagen werden sollte. Unsere Analyse des neuen autoritären Staates orientierte sich mit Recht an diesem fortgeschrittenen Stadium der Reaktion. Das Machtkartell von Senat, Springer-Presse, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften entspricht der Tendenz, die ebenso in Westdeutschland sich durchsetzt. Die Massen werden nicht wie am Ende der Weimarer Republik in der faschistischen Bewegung gegen den Parlamentarismus geführt, sondern von diesem selbst in eigene Regie genommen. Die Herrschenden imitieren sich bis in die einzelnen Sprachfiguren; sie sind die neuen kollektiven Führer. Jedoch sind sie trotz ihrer täglichen Brutalität eine bloße Karikatur. Die klägliche Konter-Demonstration am 21. Februar belegt den Widerspruch, die Massen gleichzeitig passiv halten zu müssen und sie gegen den inneren Feind mobilisieren zu wollen.

Während in Berlin derweil die Unterstützung durch Nichtstudenten zunahm, und die Kooperation mit ihnen, wurde in Westdeutschland die offizielle Propaganda gegen die oppositionelle Minderheit gewissermaßen nachgeholt. Hier wie dort wurde sie nach dem Muster organisiert, den politischen Protest als kriminell und asozial, nicht der Gemeinschaft der Anständigen zugehörig, zu qualifizieren. Die latente Gewalt war damit zur Pogromstimmung artikuliert worden. Jetzt, nachdem wir gegen diese Gewalt unseren Widerstand spontan organisiert haben, haben wir sie freilich nicht gebrochen, vielmehr hat sich das institutionelle und lebendige Potential an Gewalt gefährlich gesammelt. Der verfassungswidrige Einsatz von Bundesgrenzschutz und Technischem Hilfswerk in Esslingen, die freiwillige staatsbürgerliche Mithilfe von Schäferhundvereinen geben einen Geschmack davon ebenso wie der untergründige Aufruf zur Selbstjustiz und die Erwägung der Vorbeugehaft durch den Bundesinnenminister.

Die Konfrontation von herrschender Gewalt und unserer Opposition hat sich auf erweiterter Stufenleiter wiederholt. Die Studentenbewegung ist damit auch in der Bundesrepublik im ambivalenten Sinn wirksam geworden. Sieht man von den Differenzen ab — daß etwa in dieser Dimension lokale und primär politische Gegner nicht stets zusammenfallen —, so zeigen sich folgenreiche Analogien zur Berliner Entwicklung. Die Konfrontation mit dem Monopol Springer hatte dort dieselben Formen angenommen wie jetzt auf der neuen Ebene: Die Staatsgewalt identifizierte sich uneingeschränkt mit dem Konzern und ebenso ein großer Teil der Konkurrenzpresse, d. h. ein Entscheidungsdruck ist entstanden, der formal-liberale Positionen liquidiert und damit die Herrschaftsverhältnisse offenlegt. Die liberale Forderung nach einer demokratischen Öffentlichkeit kann inhaltlich sich nur revolutionär umsetzen. Das Institut des Privateigentums an Produktionsmitteln ist direkt zum Teil der Machtauseinandersetzung geworden.

[ ]

II.

Daß der SDS schlecht auf die kommenden Konfrontationen vorbereitet ist, wissen wir. Zwar ist die These der Isolation sowohl in der Universität als auch außerhalb widerlegt; die inhaltliche Solidarisierung scheint haltbarer als früher zu sein. Aber vielfach ist der SDS nur die nominelle Spitze der Opposition, ein Warenzeichen, und weniger die praktisch organisierende Kraft. Noch ist es unklar, wie die Zusammenarbeit mit den jungen Angestellten und Arbeitern organisiert werden soll, die erstmals zu einer Aktionseinheit mit uns gekommen sind. Clubs zu gründen ist ein pragmatischer, improvisatorischer Weg. Richtig ist daran, daß wir jetzt nicht wie nach dem 2. Juni als moralisch engagierte Studenten in einer Mini-Narodniki-Bewegung in dem Abstraktum Bevölkerung Aufklärung betreiben können, sondern daß die Zusammenarbeit mit Betriebs- und Lehrlingsgruppen und Gewerkschaftern organisiert werden muß. Mit welchem Ziel? Keinesfalls, um kritiklos Koalitionen zu bilden. Der Gefahr, daß sich die radikale Opposition integriert, ist nur mit inhaltlich konsequenten Bündnissen zu entgehen; sie allein geben uns auch die Möglichkeit neuer praktischer Erfahrungen.

Der SDS hat seine Grenze als Studentenverband mit den letzten Aktionen überschritten. So wenig sie die Einleitung des Bürgerkriegs bedeuten, so sehr haben sie doch die SDS-Gruppen überfordert, die sich häufig unfähig gezeigt haben, die Demonstrationen praktisch zu organisieren. Der organisierten Staatsgewalt gegenüber haben nicht nur unerfahrene Demonstranten, sondern auch manche Genossen sich völlig irrational und unpolitisch verhalten. Mit der Wut der Verzweiflung sind sie in die Konfrontation gegangen, sie folgten weniger einer revolutionären Strategie als einer der psychisch — durch Angst — vermittelten Gewalt. Haben wir aber den Schwindel der bloß sprachlichen Kommunikation als eine Ideologie der herrschenden Gewalt durchschaut, müssen wir um so klarer unsere Strategie der Abschaffung von Gewalt formulieren. Sie ist durch bloße Konfession zur Gewalt nicht zu ersetzen. Vielmehr müssen wir den primitiven und fetischisierten Begriff von Gewalt, wie er vorherrscht, permanent durchbrechen. Oskar Negt hat in seiner Rede über ‚Politik und Gewalt' Wesentliches dazu gesagt; gerade weil als Terror, Krawall und Gewalt prinzipiell alles verstanden wird, was dem Normalen, der alltäglichen Normenerwartung zuwiderläuft, dürfen wir diesen Begriff nicht stur erfüllen und ihn nur privat negativ interpretieren. Die Parole, sich gegen die Polizeigewalt zu bewaffnen, z. B. am Ostermontag auf Flugblättern auszugeben und damit die direkte Aggressivität zu stärken, statt sie zu politisieren, war falsch. Nichts hätte man schlechter durchstehen können als eine direkte Kraftprobe mit der in groteskem Verhältnis militärisch überlegenen Polizei. Ebenso hilflos erscheinen auch manche Reaktionen, nachdem der Tod zweier Menschen in München bekannt wurde, den niemand entschuldigen kann. Gerade wenn über den Hergang noch wenig bekannt ist, ist es schlichter Unsinn, die politische Gewaltsituation, in der wir stehen, mit der Gefahrenzone des Straßenverkehrs öffentlich und nachdrücklich gleichzusetzen. Die Klischees warteten nur auf den geringsten Auslöser.

Welche Aufgabe wir in den kommenden Aktionen haben, ist aus der veränderten Situation abzuleiten: Nicht ständig die Demonstrationen quasi existentiell zu radikalisieren, sondern sie zu organisieren und sie praktisch, auf der Straße, und politisch mobil zu machen. Das leistet kein Ordnerdienst, sondern nur die intensive und massenhafte Diskussion vor jeder Demonstration (und die interne Vorarbeit im SDS). Unmittelbar sind wir angewiesen auf die demonstrative Verbindung von Aktion und Diskussion. Würden sich alle die neuen Demonstranten nur an den Aktionen beteiligen, wäre ihre Teilnahme nur statistisch interessant. Auf den organisierten Kontakt zu ihnen ist nicht zu verzichten. Was sich gegenwärtig in Berlin als Basisgruppen organisiert, ist eine mögliche Form, diesen Kontakt herzustellen. Er ist um so eher zu halten, je selbständiger die Gruppen der jungen Arbeiter und Lehrlinge arbeiten. Sie können verbunden werden, indem kontinuierlich arbeitende Projektgruppen im SDS die verschiedenen Erfahrungen praktisch auswerten und der ganzen Gruppe vermitteln.

Gerade mit Modellen der Zusammenarbeit ist aber wenig gelöst. Im SDS muß jetzt eine Selbstschulung einsetzen, die wir bald nicht mehr nachholen können. Unter dem permanenten Aktionsdruck ist es meistenteils zu intensiver Ausbildung nicht mehr gekommen. Theoretische Positionen und Argumente werden von einigen Prominenten monopolisiert und über die bürgerliche Presse oder Massenveranstaltungen verbreitet. Wir kommen aber in ein Stadium, in dem es mit der Selbständigkeit der einzelnen Genossen ernst wird. Die Verschärfung der Auseinandersetzung an der Hochschule und außerhalb nimmt uns den Garantieschein des Symbols SDS. Letzlich kann eine solche Selbstschulung nur mit der bewußten gemeinsamen Organisation des Alltagslebens und des Studiums gelingen. Die familiäre und faktisch autoritäre Struktur vieler Gruppen müssen wir permanent mit dem Ziel solidarischer Zusammenarbeit in Frage stellen.

Karl Dietrich Wolff / Frank Wolff

Grundsatzerklärung des SDS
zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke ist ebensowenig bloß die Tat eines Einzelnen wie die Erschießung Benno Ohnesorgs. Beide sind Opfer einer systematischen Hetzkampagne des Springer-Konzerns im Verein mit der Staatsgewalt. In Westberlin und Westdeutschland wurde konsequente Opposition zum kriminellen Delikt und selbstbewußte Minoritäten wurden für vogelfrei erkärt. „Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen." Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von Berlin — „Berliner Witz des Tages: ‚Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen'" Bild-Zeitung, 22. 2. 68: Die Methoden des Antisemitismus werden gegen neue Minderheiten angewandt; und mit gigantischem Betrug macht man aus den Opfern die neuen Faschisten.

In dieser Situation hat sich unser Angriff auf den Springer-Konzern konzentriert. Durch seine Macht sind große Teile der deutschen Presse zu bloßen Staatsorganen geworden und umgekehrt die Herrschaftsfunktionäre des Staates, der Parlamente und Parteien zu Hörigen Springers.

Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Pressefreiheit wie Informations- und Meinungsfreiheit ist heute das Exklusivrecht weniger privater Großverleger, ihre Meinung zu verkaufen. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch die Industrie- und Verbrauchswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritärer Verwaltungskörperschaften bei unzureichender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert ihre Kritikfähigkeit und führt zu einer ständigen Selbstzensur. Das Publikum wird mit grober wie auch mit unmerklicher Manipulation unmündig gehalten und mit den Raffinessen des Anpassungsjournalismus blind an Vorurteile und Klischees gebunden. Jede Kritik wird abgetötet oder als Sorgen des kleinen Mannes ihm selber als Konsum zubereitet; Intelligenzblätter stabilisieren elitäre Einstellungen mit primitiver Herrschaftsideologie. Die Schichten der Gesellschaft werden spezifisch und systematisch in ihrem falschen Bewußtsein gehalten. Die politische Publizistik veröffentlicht die Ereignisse, ohne selbst noch Öffentlichkeit ernsthaft herzustellen. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert — drastisch sichtbar beim Mordanschlag auf Dutschke. Unter dem Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt, vereinzelt und verzerrt.

Der Springer-Konzern ist nicht allein das Symbol, sondern ebenso der Motor der Zerstörung von Öffentlichkeit. Sein übermächtiges Monopol ist entstanden und kann sich nur halten durch skrupellosen und radikalen Anpassungsjournalismus. Die Verdrängung der deutschen Niederlage und des Faschismus muß notwendig Schuldgefühle und Angst unterdrücken und manipulieren. Die Diskussion und Lösung wirklicher Probleme wird durch Wahnideen ersetzt. Ein mystischer Begriff von Volk verklärt die gesellschaftliche Wirklichkeit und entzieht sie der Kritik. Vergleichbar der faschistischen Volksgemeinschaft werden Konflikte gewaltsam verschleiert. Gegen diejenigen aber, die offen die Herrschaftsverhältnisse angreifen, um demokratische Zustände vorzubereiten, muß diese Maschine blind und unerbittlich Gewalt produzieren, eine Gewalt, die die herrschende Macht verteidigt und deren Ziel das Recht der Mächtigen ist.

Wer die herrschende Ordnung gegen unsere Kampagnen verteidigen will, muß nach den wirklichen Gewaltverhältnissen in dieser Ordnung fragen. Die tabuierten politischen Mittel haben offensichtlich nicht ausgereicht, um Springers Macht zu verhindern oder gar nachträglich einzuschränken. Im Gegenteil haben sie selber diese unterstützt und sich mit ihr eng verbündet. Es ist höhnische Heuchelei, wenn wir jetzt zur Rückkehr zu den etablierten Institutionen und Regeln aufgefordert werden. Wir erklären, daß es keine Ruhe geben wird, bis geeignete Maßnahmen zur Enteignung des Springer-Konzerns eingeleitet sind. Sie ist Vorbedingung einer demokratischen Öffentlichkeit.

Diese demokratische Öffentlichkeit wäre nach folgenden Grundsätzen zu erkämpfen:

1. Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Profitinteresse durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.

2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihr Ersatz durch sachgerechte Verbraucherinformation.

3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.

4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Pressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.

5. Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren.

14. 4. 1968 SDS-Bundesvorstand

aus: neue kritik 47/1968, S. 7–9

Die publizistische Vorbereitung des Gastspiels der Rolling Stones in Berlin am 15. 9. 1965 durch die Berliner Zeitungen BILD, WELT, BZ und Berliner Morgenpost

Das Gastspiel der Rolling Stones in der Waldbühne war Teil einer Tournee dieser Beat-Gruppe, die von der Springer-Jugendzeitschrift BRAVO veranstaltet und am 10. 8. zum erstenmal in der BZ, in BILD und in der Berliner Morgenpost, am 16. 8. in der WELT angekündigt wurde. Zu diesem Zeitpunkt gehörte BRAVO erst wenige Wochen zum Springer-Konzern, und die ganze Tournee hatte wohl auch den Zweck, diese Zeitschrift zu fördern.

Vorbereitende Stimmungsmache durch Beat-Artikel

Eine Woche nach der Ankündigung setzt in BILD plötzlich eine Serie von Beat-Artikeln ein. Fast täglich liest man jetzt eine Meldung, die direkt oder indirekt auf Beat aufmerksam macht:

18. 8. Dr. Marianne Koch: „Laßt ihnen doch ihre Locken" (1/2 Seite)
19. 8. Bericht über Beat-Veranstaltung in der Hajo-Bar (die die Rolling Stones in Berlin betreute)
20. 8. dasselbe
23. 8. Anzeige von BRAVO: „BRAVO bringt die Rolling Stones"
24. 8. Leserbriefe zum Artikel von Marianne Koch. Am selben Tag wird über eine technische Merkwürdigkeit berichtet: „Die Beatles heulten aus der Pfanne."
25. 8. Bericht auf S. 1 und 4 über ein Mitglied eines Beat-Teams, das von seinem Vorgesetzten aufgefordert wurde, diese Mitgliedschaft aufzugeben und seine Frisur zu ändern.
27. 8. Neuer Bericht über denselben Fall
28. 8. Leserbriefe hierzu
31. 8. Bericht vom Überkleben von Plakat-Tafeln für einen Zirkus durch Werbung für die Rolling Stones.
Bericht über eine Berliner Beat-Gruppe
2. 9. Erneuter Bericht über die Aufforderung des Vorgesetzten
2., 4., 6., 7., 8., 10., 11., 12., 14. und 15. 9.:
Berichte über die Rolling Stones.

Nach der Veranstaltung läßt die Zahl der Artikel über Beat ebenso plötzlich wieder nach, wie sie vorher gestiegen war. Die Berichte beschäftigen sich dann noch eine Zeitlang mit den Zerstörungen der Waldbühne.

Direkte Stimmungsmache als Vorbereitung für die Zerstörung der Waldbühne

BILD beginnt die Stimmungsmache am 2. September mit einem Artikel unter der Überschrift:
„Sie sollen kreischen — Rolling Stones haben in Berlin viel vor." — „Die Stones haben sich viel vorgenommen. Einer der fünf langmähnigen Engländer versprach vor der Festland-Tournee: ‚Wir werden eure Mädchen zum Kreischen bringen.'" — Am 4. September folgt ein Bericht „Kriegsrat um die Rolling Stones": „Am 25. September werden die langmähnigen ‚Rollenden Steine' 26 000 Fans in der Waldbühne in einen Freudentaumel versetzen."
BZ und BILD fordern die Jugendlichen erstmals am 6. September auf, die Waldbühne zu zerstören. BILD: „Die ‚Rollenden Steine' rollen auf Berlin los. Am 15. September sind sie hier — und darüber, ob anschließend noch etwas von der Waldbühne übrig ist, werden bereits Wetten abgeschlossen."
BZ im Zusammenhang mit einer Veranstaltung der Rolling Stones in Dublin: „Oldham: ‚Ich habe noch bei keiner Beatle-Schau so viel Angst gehabt. Die Jungs sind völlig fertig. Besonders Bill. Und das Schlagzeug ist völlig zertrümmert! Die Waldbühne kann sich auf einiges gefaßt machen, wenn die Fünf-Mann-Gruppe ... ihre Anhänger vom Stuhl reißt. Das Dubliner Spektakel ist schließlich kein Einzelfall. Was soll da erst am 15. in der Waldbühne werden. Zumal lauter heiße Beater ... zum ‚anheizen' mit dabei sind.'"

In der Beschreibung der Dubliner Veranstaltung werden Möglichkeiten körperlicher Betätigung aufgeführt: „Gitarrist Bill Wyman wurde zu Boden getrampelt und verletzte sich den Arm. Sänger Mike Jagger wirbelte durch die Luft, sein Jackett wurde zerfetzt."
Der Artikel endet: „Keine Angst: der 16. September kommt bestimmt."
BILD schreibt in dem langen Artikel (178 Zeilen) selbstkritisch: „‚An denen ist die englische Presse mitschuldig', behauptet Andy Oldman, Nr. 4. ‚Die erfinden für uns die Schlägereien schon vorher. Das Ergebnis: Fünfhundert Fans kommen uns nachgereist und wollen um keinen Preis ihr Geld umsonst bezahlt haben.' ... Bevor die Rolling Stones ins Studio kamen, haben sie ein ganzes Hotelzimmer zusammengehauen."
BILD bringt am 7. September einen Artikel, der das „Hobby der Musiker" verherrlicht — „Girls, Girls, Girls" — und das Problem unehelicher Kinder simplifiziert. Bewundernd wird von den drei unehelichen Kindern Mick Jaggers berichtet. Zur Veranstaltung in der Waldbühne meint BILD: „Schon in acht Tagen, am 15. September, ist es soweit — dann schlagen die fünf englischen Beat-Musiker in der Waldbühne los ... Die Rolling Stones sind fest entschlossen, auf ihrer Tournee die Berliner Teenager zur Raserei zu bringen. Wir werden's ja erleben."
Die BZ verwendet erstmals am 9. September militärischen Jargon für die Veranstaltung der Rolling Stones. Unter der Überschrift „Musikschlacht des Jahres" wird darauf hingewiesen, daß „mehrere hundert Polizisten in Uniform und Zivil, Polizeihunde und ein Wasserwerfer dafür" sorgen werden, „daß die Aufsehen erregende Musik-Show nicht in einen ebenso Aufsehen erregenden Krawall entartet." „Um allen Möglichkeiten der ‚Musikschlacht' vorzubeugen,

SPRINGER ENTEIGNEN?
Materialien zur Diskussion
Presse-Arbeitskreis des
Republikanischen Clubs e. V. Westberlin
Herausgeber: Republikanischer Club e. V. Westberlin

Satz: P. v. Maikowski
1 DM

Aus der oben abgebildeten Broschüre, erschienen im Oktober 1967, dokumentieren wir im folgenden zwei Beispiele:

- die publizistische Vorbereitung des Rolling Stones-Gastspiels in Berlin am 15.9.1965

- den 2.Juni 1967 und die Erschießung Benno Ohnesorgs.

Parallel dazu Daten zum Springerkonzern aus derselben Dokumentation.

Der Springer-Konzern:
Daten zum gegenwärtigen Stand

1. Allgemeines':
Umsatz 1966: fast 1 Milliarde DM
Beschäftigte 1966: 10 000
Jahresgewinn 1966: 60 Millionen DM

Da sämtliche Gesellschaften des Springer-Konzerns in publizitätsgeschützten Rechtsformen organisiert sind, können diese Angaben nur geschätzt werden.

haben Versicherungsfachleute in den letzten Tagen die Berliner Fahrtroute der Rolling Stones genau geprüft. Und dabei besonders gewissenhaft den Wert der hölzernen Sitzbänke in der Waldbühne geschätzt." Armin Zipzer, der für diesen Artikel zeichnet, hat hiermit unmißverständlich die Auswüchse in der Waldbühne vorbereitet. Der Hinweis auf die Versicherung kann wohl nur als Verharmlosung von eventuell entstehenden Schäden aufgefaßt werden und führt dazu, die Jugendlichen von den bestehenden Hemmungen zu befreien.

Die Berliner Morgenpost veröffentlicht in ihrer ständigen Kolumne „Club 2000" am 10. September einen Artikel, in dem es heißt: „In 140 Stunden wird Berlin ein Beat-Quartett musikbesessener Burschen erleben, dem es bisher immer gelang, Tanz- oder Konzertsäle in zischende und brodelnde Vulkane zu verwandeln." — „Bill Wyman hat auf der Bühne Angst vor den wilden Mädchen und Angst um seine Gitarre." — Bereits am 20. August hatte die Berliner Morgenpost ähnlich geschrieben: „Am Mittwoch, 15. September, wollen die ‚Rolling Stones' die Waldbühne in einen Hexenkessel verwandeln."

Die BZ polemisiert in einem Artikel am 11. September gegen zwei andere Westberliner Tageszeitungen (ohne Namen zu nennen), die vor einer Stimmungsmache gewarnt hatten. Unter der Überschrift „Diese Miesepeter" schreibt die BZ: „Am 15. September kommen die Liverpooler ‚Rolling Stones' in unsere Stadt. In der Waldbühne wollen sie ihre phonstarke, manchmal etwas kreischende Musik darbieten. Sie werden bei der Jugend Begeisterungsstürme auslösen. Warum auch nicht. Laßt sie doch jubeln, johlen, kreischen, laßt sie doch toben, wenn es ihnen Spaß macht. Wenn sie dabei niemandem weh tun. Laßt sie sich doch austoben ... Zum Glück gibt es nicht nur Miesepeter in Berlin. Wenn wir Jubel, Trubel und Ausgelassenheit nicht mehr vertragen, hätten wir die Rolling Stones getrost ausladen können."

Am 13. September widmet die BZ den Rolling Stones 49 Zeilen und vier Bilder von ihrem Auftreten in Münster. Eines dieser Bilder zeigt einen Polizisten mit Stuhl. Die Unterschrift dazu lautet:

„Verbogene Stahlstühle blieben auf dem ‚Schlachtfeld' zurück. 5000 Jugendliche sprangen auf ihre Sitze, als die ‚härteste Band der Welt' erschien. 50 Ordner hatten alle Hände voll zu tun, um die randalierenden Halbstarken unter Kontrolle zu halten." Eventuelle Hemmnisse der Jugendlichen gegenüber der Zerstörung fremden Eigentums räumt die BZ aus: „Versicherungen für Sach- und Personenschäden wurden abgeschlossen, weil ein harter Schlagzeugrhythmus die Fans von Sinnen geraten läßt."

Wie schon in der BZ an den vorherigen Tagen ist auch am 14. September der Artikel über die Rolling Stones mit Formulierungen aus dem militärischen Wortschatz angereichert.

„Für die ‚Musikschlacht' des Jahres um 20 Uhr in der Waldbühne stehen mehrere hundert Polizisten in Uniform und Zivil, mehr als 200 Ordner, Polizeihunde und ein Wasserwerfer zur Verfügung."

Die Berliner Morgenpost vom selben Tage berichtet über die Hamburger Rolling-Stones-Veranstaltung unter der Überschrift: „Rolling-Stones-Fans trampelten sich nieder."

Die BZ hat am 15. September, am Tag der Veranstaltung, zwei Artikel über die Rolling Stones. Die Titelseite weist die Schlagzeile auf: „Heute wollen die Rolling Stones Berlin ‚erobern'!" Auf Seite 3 werden Leser und potentielle Besucher der Veranstaltung aufgefordert, sich auszutoben. Es heißt in dem Artikel:

„Dagegen dürfen sich die Zuschauer in der Waldbühne richtig austoben. Solange sie nicht gefährlich werden. Für alle Fälle stehen Hunderte von Polizeibeamten, Hundeführer, Ordner und die ‚bewährten' Wasserwerfer in Bereitschaft." — Die Berliner Morgenpost schließt ihre Kampagne für die Rolling Stones ebenfalls am 15. September ab:

„Heute um 10 Uhr hofft das britische Quintett ‚The Rolling Stones' die Berliner Teenager in entsprechende Beat-Stimmung versetzen zu können. Die Polizei will dem Enthusiasmus der Fans weitgehend Rechnung tragen."

„Die Polizei will das abendliche Inferno in der Waldbühne weitgehend tolerieren."

Am Abend des 15. September wurde die Waldbühne weitgehend zerstört.

Kommentar

Die Artikel in den Springer-Zeitungen sind in mehrfacher Hinsicht mitschuldig an der Zerstörung der Waldbühne:

1. Wiederholt werden militärische Assoziationen verwendet. Schlacht ist eins der am häufigsten benutzten Wörter.
2. Die wiederholten Hinweise auf den Versicherungsschutz der Waldbühne beseitigten letzte Skrupel der jugendlichen Zuschauer, bei denen ein ausgeprägtes Rechtsempfinden nicht vorausgesetzt werden kann.
3. Die detaillierte Schilderung von Zerstörungen in Wort und Bild provoziert zumindest die gleichen Zerstörungen.
4. Die Beschreibung des Alkoholismus der Rolling Stones bzw. der Abdruck von entsprechenden Bildern veranlaßt eine Stimulierung der Zuschauer vor und während der Vorstellung durch Alkohol.

2. Verlagsbesitz:

Axel Springer Verlag GmbH, Berlin/Hamburg
Axel Springer & Sohn, Hamburg/Berlin
Hammerich & Lesser Vlg. KG, Hamburg
Die WELT-Verlagsges. mbH, Hamburg (1953 gekauft)
DAS NEUE BLATT-Verlagsges. mbH, Hamburg (1963 ausgegliedert)
Deutsche Wochenzeitschriften GmbH, Hamburg (1966 gekauft)
Kindler & Schiermeyer Vlg. GmbH, München (1965 gekauft)
Ullstein GmbH, Berlin (1960 gekauft)
Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt (1960 gekauft)
Ubo-Mode und Schnittmuster Verlag GmbH (1960 gekauft)
Der MITTAG Verlagsges. mbH (1964 zu 60 % gekauft)

3. Sonstige Beteiligungen:

Verlagsreisebüro GmbH, Hamburg (100 %)
Hummel Reise, Hannover (36 %)
Blumenfeld KG (Schiffshandel)
Krenzin & Seifert (Arzneigroßhandel)
Interpaper Holding AG, Chur/Schweiz (Papierfabriken)

4. Druckereien im Besitz des Springer-Konzerns:

Ahrensburg (Tiefdruckanstalt)
Berlin (u. a. größter Buchdruckbetrieb Europas)
Darmstadt (Tiefdruck)
Essen
Hamburg
München (2)

5. Objekte des Springer-Konzerns, verkaufte Auflage (in Tsd.) und Marktanteil im 2. Quartal 1967

a) Tageszeitungen

BILD-Zeitung	4346
BZ	333
Hamburger Abendblatt	320
Berliner Morgenpost	236
DIE WELT	245
Mittag'	262
insgesamt	5742

= 31,5 % der Verkaufsauflage aller Tageszeitungen oder 90 % der großen überregionalen Tageszeitungen

Zum Vergleich:

WAZ	495
Hamburger Morgenpost	337
Rheinische Post	295
Nürnberger Nachrichten	238
FAZ	235
NRZ	227
Süddeutsche Zeitung	221
Westfälische Rundschau	220
insgesamt	2268

b) Sonntagszeitungen

BILD am Sonntag	2669
Welt am Sonntag	420
insgesamt	3089

= über 90 % aller Sonntagszeitungen oder 100 % aller überregionalen Sonntagszeitungen

c) Publikumszeitschriften

Hör zu	3932
Funk Uhr	732
BRAVO/OK	719
Das Neue Blatt	1027
Das Grüne Blatt'	ca. 340
Kicker	147
Twen	120
Eltern	969
insgesamt	7986

= 15,9 % aller Publikumszeitschriften

Zum Vergleich:

Bauer-Gruppe	7120	= 14,2 %
Burda-Gruppe	5181	= 10,3 %
Gruner Jahr	4339	= 8,6 %
Ganzke-Gruppe	1879	= 3,7 %

2, 3 inzwischen eingestellt

Der 2. Juni

Den bisherigen Höhepunkt erlebte die Springer-Kampagne gegen die Studenten nach den Ereignissen des 2. Juni 1967. Vor der Deutschen Oper war es zu einem bisher nicht dagewesenen, anscheinend vorbereiteten Einsatz der Polizei gegen die Demonstranten gekommen, der nicht darauf hinauslief, die Demonstranten zu zerstreuen, sondern sie zusammenzuschlagen.

Im Verlauf dieser Polizeiaktion wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen, Demonstranten wurden schwer verletzt.

In der Springer-Presse werden alle Bilder und Informationen ohne Rücksicht auf Wahrheit gegen die Anti-Schah-Demonstranten eingesetzt:

Die BILD-Zeitung bringt am 3. 6. 67 auf Seite 1 das Photo einer Frau, die von Polizisten festgehalten wird, mit der Unterschrift: „Eine blutüberströmte Frau wird in Sicherheit gebracht." Auf Seite 3: „Frauen, die gekommen waren, um den Schah zu sehen, brachen, von Steinen getroffen, blutend auf dem Mittelstreifen der Bismarckstraße zusammen. Polizisten wurden schwerverletzt abtransportiert."

Die auf dem Foto gezeigte Frau schildert am 26. 6. 67 vor dem Untersuchungsausschuß, woher ihre Verletzungen kommen: „... ich wollte nach Hause. Als ich die Polizisten bat mich durchzulassen, sagte einer: ‚Wartet nur, wir kommen gleich.' Ich habe das nicht ernst genommen." Sie schildert, wie sie durch eine Druckwelle in der Menschenmenge zu Boden gestürzt ist, und fährt fort: „Der Polizist kam auf mich zu und schlug drei-, viermal auf mich ein." Vorsitzender Löffler: „Als Sie die Schläge bekamen, lagen Sie da?" — „Ja, ich lag auf der Erde."

Die „Jubel-Perser" werden zu Anti-Schah-Demonstranten gemacht:

„Randaliert — des Krawalles wegen

... Mit planmäßigen Air-France-Maschinen waren am Donnerstagabend und gestern früh etwa 120 deutsche ‚Provos' von München nach Berlin geflogen." (BZ, 3. 6. 67, S. 16)

Die Welt vom 3. 6. 67 bringt auf Seite 9 ein Bild, das eindeutig die die Anti-Schah-Demonstranten angreifenden „Jubel-Perser" zeigt: Unterschrift: „Anhänger des Schahs erwehrten sich der provozierenden Demonstranten."

In der Welt am Sonntag vom 4. 6. 67, S. 8 lautet die Unterschrift zu einem Bild der knüppelnden „Jubel-Perser": „Mit langen Holzlatten gingen diese Demonstranten auf die Berliner Polizeibeamten los."

Ebenso wird Kommune-Mitglied Fritz Teufel beschuldigt: „Teufel war am Freitagabend gegen 19 Uhr in der Nähe der Deutschen Oper festgenommen worden. Er führte eine Gruppe an, die Polizisten mit Steinen bewarf." (BM, 4. 6. 67, S. 2)

„Erst Fußtritte, dann zogen sie die Messer ...

Sie drängten ihn (den Kripobeamten) in einen Hof ab, umringten ihn und traten ihn nieder. Als sie zum Messer griffen, zog der Kripobeamte seine Dienstwaffe ...

... Teufel betätigte sich als Anführer einer Gruppe, die Steine auf Polizisten warf, wobei zwei Beamte verletzt wurden." (WamS, 4. 6. 67, S. 8)

Diese Behauptungen werden durch Fotos und Zeugenaussagen widerlegt.

In den Kommentaren wird ebenfalls alle Schuld den Opfern des Polizeieinsatzes angelastet:

„Das ist Terror!

Berlin hatte bisher den Ruf einer fleißigen, arbeitsamen Stadt ... Eine Minderheit ist auf dem besten Wege, diesen Ruf zu zerstören. Sie will Berlin in ein Rabaukennest verwandeln ... Was gestern in Berlin geschah — es hat nichts mehr mit Politik zu tun. Das war kriminell. Das war kriminell in übelster Weise. Diese Leute können von der Bevölkerung kein Verständnis mehr erwarten ... Wer Anstand und Sitte provoziert, muß sich damit abfinden, von den Anständigen zur Ordnung gerufen zu werden ... Ihnen (den Anständigen) gehört die Stadt. Ihnen ganz allein! ... Sie (die Gewerkschaften) sollten jetzt mithelfen, zu erhalten und zu schützen, was sie errichtet haben. Gemeinsam mit der Masse der Bevölkerung. Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen.

Straßenschlacht

... Das war keine politische Demonstration. Es war das Werk eines Mobs. Ihm ging es nicht mehr um die politische Aussage in irgendeiner Form. Ihm ging es nur um Krawall, um Unruhe, um Prügelei. Um Terror." (BZ, 3. 6. 67, S. 3)

Daß Berichte dieser Art weitgehend unabhängig von den tatsächlichen Ereignissen in der Redaktion fabriziert werden, läßt sich zumindest für die BZ belegen: Die Mitarbeiterin der BZ, Monika Nellissen, berichtete am 3. 7. 1967 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über ihre Beobachtungen der Ereignisse vor der Deutschen Oper. Sie sagte unter anderem aus, daß sie Äußerungen von einem Polizisten gehört habe, nach denen er nur auf das Kommando „Knüppel frei" warte. Sie sagte weiter, sie habe ein Mädchen rufen hören: „Die Tiere erschlagen meinen Freund." Lautsprecherdurchsagen, die zur Räumung aufforderten, habe sie nicht vor dem massiven Knüppeleinsatz gehört. Auf die Frage des Ausschußvorsitzenden: „Haben Sie auch Ihre Redaktion in dieser instruktiven Weise informiert?", antwortete sie klar: „Ja ... Ich war ja da zum Registrieren."

„Es geht um den Ruf Berlins

... Wer es wohl meint mit Berlin, wer Berlin wirklich zu einer Brücke zwischen den Völkern in West und Ost machen will, der jage endlich die Krawall-Radikalen zum Tempel hinaus, die das Ansehen Berlins systematisch ruinieren." (BM, 3. 6. 67, S. 2)

„... Münchens Polizeipräsident (hat) angekündigt: Von jetzt an billigen wir kriminellen Minderheiten, die das Wort Demokratie nicht einmal buchstabieren können, keine Narrenfreiheit mehr zu. Wir werden sie einfach abschieben. Berlin muß diesem Beispiel folgen!" (B, 3. 6. 67, S. 1)

„Heinrich Albertz bleibt hart

... Die Polizei trägt keine Schuld an den Zusammenstößen, die eindeutig durch unsere Krawall-Radikalen provoziert wurden ... Das Maß ist nun voll. Die Geduld der Berliner Bevölkerung ist erschöpft. Wir sind es end-

d) Jugendzeitschriften

BRAVO/OK	719
Twen	120
insgesamt	839

= 87,7 % aller Jugendzeitschriften

Die Entwicklung des Springer-Konzerns

April 1946: Axel Cäsar Springer erhält von den Alliierten die Lizenz zur Herausgabe der „Nordwestdeutschen Hefte" (später „Kristall").

Dezember 1946: Vergabe der Lizenz zur Herausgabe der Programmzeitschrift „Hör zu" an Springer.

14. 10. 1948: Gründung des „Hamburger Abendblatt" unter dem Motto „Mit der Heimat im Herzen die W.. umfassen". Ab 1954 trägt dieses Blatt den Untertitel „Hamburger Fremdenblatt". Der Übernahme des Untertitels ging der Versuch der Verlegerfamilie Broschek des früher gegründeten „Hamburger Fremdenblattes" voraus, diese Zeitung neu herauszugeben. Dieser Versuch scheiterte schon nach zwei Monaten, nicht zuletzt wegen der verstärkten Werbekampagnen des Abendblattes. In einem Interessengemeinschaftsvertrag mit Springer verpflichtete sich darauf das Haus Broschek, „von der Herausgabe einer Zeitung oder einer Rundfunkzeitschrift im eigenen Namen oder unter Beteiligung Dritter Abstand zu nehmen und auch bei ihm vorhandene Druckeinrichtungen für die Herstellung dieser Objekte nur nach vorheriger Zustimmung des Verlagshauses Springer zur Verfügung zu stellen".

24. 6. 1952: Gründung der „10 Pfennig BILD-Zeitung" (seit Sept. 1960 nur noch BILD-Zeitung) mit einer Anfangsauflage von 155 000 (heute 4,3 Millionen).

17. 9. 1953: Kauf der Welt-Verlagsgesellschaft mbH mit den Objekten „Die Welt", „Welt am Sonntag" und „Das Neue Blatt". „Die Welt" war seit dem 2. April 1946 unter der Kontrolle der Alliierten erschienen, der Druck wurde mit den beschlagnahmten Maschinen der Familie Broschek betrieben. Als die Alliierten ab 1950 Verkaufsabsichten verkündeten, war unter den Bewerbern neben Ullstein und Springer auch die Familie Broschek. Die Vorgänge, die sich dann abspielten, werden in der Süddeutschen Zeitung vom 18. 9. 1953 wie folgt beschrieben:

„Was sich dann abspielte, nennt Rechtsanwalt Dr. Dr. Klaus Basedow, der Vertreter der Broschek-Erben, eine ‚echte Tragödie, die mit viel Schmutz behaftet ist'. Denn das teilweise dem Hamburger Senat überschriebene Broschek-Vermögen war auf Grund des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung blockiert, aber mit Schreiben vom 4. Februar 1953 teilte das britische Property-Kontrollamt Senator Dudek mit, daß ‚das britische Interesse an der Treuhänderschaft über die Firma Broschek bis spätestens 28. Februar 1953 als beendet angesehen werden könne'. Die Broschek-Erben hätten jetzt freie Bahn gehabt, durch Freigabe ihres Vermögens ‚Die Welt' zu kaufen und das Hamburger Fremdenblatt wieder herauszubringen. Aber Senator Dudek hielt dieses für die Broscheks so lebenswichtige Schreiben in seinem Schreibtisch verschlossen, obwohl die Briten ihn ersucht hatten: ‚Bitte bestätigen Sie den Empfang dieses Briefes und benachrichtigen

gültig leid, uns von einer halberwachsenen Minderheit, die noch meist Gastrecht bei uns genießt, terrorisieren zu lassen." (BM, 4. 6. 67, S. 2)

Karikatur in der BM vom 4. 6., S. 3: Ein Bärtiger mit Keule und brennender Zigarette lehnt an einer Tür mit dem Schild „Studenten-Ausschuß", davor ein erschreckter Bürger, der fragt: „Darf ich zum Fußballspiel gehen —oder randalieren Sie dort auch?"

„Inspektor sagt: Das ist doch ein Trauerspiel!

... Darüber muß man sich klar sein: Mit diesen Leuten kann nicht mehr diskutiert werden! Denn sie haben selber den Boden der Demokratie verlassen! Deshalb bin ich der Ansicht: Wenn diese Leute Staat und Gesellschaft weiter herausfordern, dann muß diese Herausforderung angenommen und ihr Terror gebrochen werden!" (BZ, 5. 6. 67, S. 2)

Besonders tut sich noch die BILD-Zeitung durch eine gezielte Meldung hervor:

„Studenten drohen: Wir schießen zurück

... Kurz zuvor hatten radikale Studenten BILD-Berlin telefonisch angekündigt: ‚Wenn die Polizei noch einmal auf uns schießt, werden wir zurückfeuern. Wir sind schon dabei, uns zunächst Gaspistolen zu beschaffen.'" (B, 5. 6. 67, S. 2)

BILD-Reporter Peter Behrendt, als Autor des Artikels angegeben, erklärte dazu dem EXTRA-Dienst gegenüber: „Ich schäme mich für meine Zeitung. Das mit dem Zurückschießen hat mit keinem Wort in meinem Artikel gestanden. Das haben die erst in der Redaktion dazugedichtet, um eine knallige Überschrift zu kriegen." (Berl. E-D, 10. 6. 67, S. 4)

Wie gern derartiger „Journalismus" in Berlin gesehen ist, beweisen die Leserbriefe:

„Die Drahtzieher der Demonstration wurden zu Mördern. Sie wußten, daß bei ihren Krawallen Blut fließen würde, und sie wollten es offensichtlich auch." (BM, 4. 6. 67, S. 2)

Als Alibi für Objektivität bringt die BZ eine Überschrift zu den Leserbriefen: „Von der Veröffentlichung jener Briefe, die nur von ‚Hintern voll' bis ‚ausweisen' sprachen, haben wir abgesehen."

Und so sehen die veröffentlichten aus:

„Berlins Arbeiter sind bestimmt nicht bereit, sich diesen Terror der Studenten länger bieten zu lassen. Sie sind schon mit ganz anderen Problemen fertig geworden."

„Entweder endlich mit eisernem Besen auskehren oder die Universität schließen." (BZ, 5. 6. 67, S. 7)

„Wer sich als randalierender Flegel benimmt, darf wohl nicht erwarten, als Intellektueller behandelt zu werden." (BZ, 6. 6. 67, S. 27)

„99 % der Bevölkerung hätte hinter dem Senat gestanden, hätte er sofort drastische Maßnahmen gegen den maßlosen Terror der kommunistischen Studenten ergriffen. Die Horden der Aufwiegler haben nun ein Todesopfer zu beklagen ... Die verletzten Polizisten sind zu bedauern, die ihre Gesundheit für den Pöbel opferten." (BM, 6. 6. 67, S. 6)

Die Reaktion der Berliner auf einigermaßen der Wahrheit entsprechende Berichterstattung sieht so aus:

„Mit Empörung habe ich am 5. Juni abends im Deutschen Fernsehen, 1. Programm, hören müssen, wie der Ansager einseitig gegen die Polizei Stellung nahm ... So wird die Ruhe und Sicherheit niedergeschrien, die Polizei wird verprügelt und beschimpft, und der Terror der Straße regiert." (BM, 11. 6. 67, S. 2)

An Stelle der fälligen Berichtigungen:

Die Diskussion über die einseitige und falsche Information glaubte die BM in ihrer Ausgabe vom 11. 6. 67, S. 12, durch den folgenden gestellten Dialog erledigen zu können:

„Meinung gegen Meinung — Argument für Argument

Das Aktionskomitee für Öffentlichkeitsarbeit des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Freien Universität schickt 800 Studenten an 17 Verkehrsschwerpunkte der Stadt, um die Öffentlichkeit weiterhin über Absichten und Ziele der Studentenschaft aufzuklären ... Bürger fragen — Studenten antworten ...

Frage: Warum meint Ihr, daß Ihr kein Gehör in der Öffentlichkeit habt?

Antwort: Weil die Öffentlichkeit einseitig informiert wird, vor allem durch die Presse.

— Sind Eier, Tomaten und Steine bessere Informationen als Pressemeldungen?
— Wir haben auch keine Steine geworfen.
— Aber Eier, Tomaten und Farbbeutel?
— Ja, einige von uns.
— Finden Sie das richtig?
— Nicht in jedem Fall und nicht grundsätzlich; aber unsere Erregung ist zu verstehen.
— Was meinen Sie mit falschen Informationen durch die Presse?
— Da ist vor allem die Springer-Presse, die gegen uns eingestellt ist. Springer hat bei der Übernahme der Ullstein-Zeitungen gehorsame Redakteure eingesetzt.
— Das stimmt nicht! In den Redaktionen der Morgenpost und BZ sitzen noch dieselben Chefredakteure, politischen Redakteure und Kommentatoren, die vor mehr als einem Jahrzehnt von den Ullsteins eingestellt wurden. Davon können Sie sich überzeugen.
— (Schweigen) Und dann: Das müssen Sie mir erst beweisen. Und wenn es stimmt, dann haben sie sich eben umgestellt.
— Aber das sind doch keine Argumente. Sind Sie nicht auch wirklich der Meinung, daß man das alles von Unklarheiten und Gefühlen frei machen muß?
— Ja. Auf allen Seiten. Wir sind jetzt auch dabei. Aber man begegnet uns auch immer wieder mit Emotionen.

..."

Sie alle, die es angeht.' Dr. Dudek entließ die Firma nicht aus der Sperre, bis Dr. Basedow dann durch Zufall von diesem Brief Kenntnis erhielt und erfolgreiche sieben Mal prozessierte.

Das dann am 11. Mai 1953 auf Grund des aus den Privatakten Dr. Dudeks beschlagnahmten Briefes gefällte Urteil des Landesverwaltungsgerichts Hamburg kam für die Broscheks zu spät. Noch am Abend der Urteilsverkündung rief, so will Dr. Basedow wissen, Dr. Dudek den Verleger Axel Springer an. Knapp 12 Stunden später akzeptierte der Beirat Der Welt das Springersche Kaufangebot. Als die Broschek-Erben dann am nächsten Tag ein Angebot machten, sagte man ihnen: ‚Sie kommen zu spät.'"

15. 8. 1954: Gründung der „Bild am Sonntag"

September 1956: Erwerb einer 26 %-igen Beteiligung an der Ullstein AG, Berlin, die seit 1952 bzw. 1953 die BZ und die Berliner Morgenpost herausgab.

Anfang 1960: Erwerb einer Majorität von 83 % an der Ullstein AG. Die Gesellschaft wird in eine publizitätsgeschützte GmbH umgewandelt. Mit dieser Transaktion steigt Springers Marktanteil auf 28 %.

1. 1. 1964: Erwerb von 60 % der Mittag-Verlagsgesellschaft mbH. Die restlichen 40 % liegen bei Dr. Anton Betz, dem Herausgeber der Rheinischen Post. Mit dem Mittag beträgt Springers Marktanteil über 30 %.

Juli 1965: Erwerb der Kindler & Schiermeyer AG, München, mit einer Tiefdruckerei und der Jugendzeitschrift BRAVO. Umwandlung in eine GmbH.

11. 6. 1966: Erwerb der Jugendzeitschriften OK und Twen sowie der Sportzeitschrift „Kicker" vom Bauer-Verlag. Mit BRAVO, OK und Twen hat Springer innerhalb von drei Jahren den Markt für Jugendzeitschriften zu 87,7 % erobert, da zur gleichen Zeit der Bauer-Verlag seine „Rasselbande" und (1967) die „Musikparade" eingestellt hat.

Dezember 1966: Erwerb des Deutschen Wochenzeitschriften-Verlags mit den Objekten „Funk Uhr" und „Das Grüne Blatt".

Oktober 1966: Gründung von „Eltern", der „Zeitschrift für die schönsten Jahre des Lebens". Anfangsauflage 500 000, Auflage Mitte 1967 knapp 1 Million.

Ende 1966: Einstellung von „Kristall".

Februar 1967: Herausgabe von „Tina" mit einer Anfangsauflage von 250 000, einer Comic-Zeitschrift für Schulmädchen, die aber schon nach wenigen Wochen wieder eingestellt wird.

2. September 1967: Einstellung des „Grünen Blattes", das in dem „Neuen Blatt" aufgeht.

20. September 1967: Einstellung des „Mittag".

Frühjahr 1968 — geplant: Herausgabe einer neuen Frauenzeitschrift, „Jasmin", mit einer Anfangsauflage von über 1 Million Exemplaren.

Über das Betreten des Rasens

Was hier in Berlin los war — für Zeitungsleser

Rainer Langhans

[ ] Am Tag der Menschenrechte, dem Demonstrationstag, konnte man ja mit dem Unbehagen der Leute rechnen, das auch von unseren öffentlichen Trauermärschen herrührte. [ ]

Die Leute wollten aber keinen Trauermarsch für die Polizei und das Wohlwollen der Springerpresse machen, und sie waren sofort bereit, abzuweichen, noch ehe der Marsch richtig begann — eine Überraschung für die Polizei.

So begann es, und die Polizei schlug sofort brutal zu und machte Jagd nach Plakaten und Pappköpfen. Die Demonstranten klumpten an den Stellen, wo geschlagen wurde, und dadurch konnte die Polizei sie nach einer Weile, jedenfalls einen Teil von ihnen, zwingen, wieder Richtung Wittenbergplatz zu marschieren. Mehrere Gruppen wurden abgesprengt und marschierten allein und singend in verschiedenen Richtungen. Sie übten als erste die Taktik des Zerstreuens und des Wiedersammelns — sie verwandten auch die unaggressiven Mittel gegen die Polizei — sie warfen Bonbons und Konfetti. Die Polizei war zunächst hilflos — wie soll ein bestreuter Polizist schlagen? Ein beworfener Polizist zog sich aber dann aus der Klemme, er brüllte, bestreut, „Körperverletzung" und griff an.

Die Marschierer kamen natürlich, wie immer bei Schlägereien, schlecht weg. Die Polizei fuhr mit Mannschaftswagen vor und sackte viele von ihnen ein. Sie wurden zum Teil weit weg gefahren vom Demonstrationsort, aber waren bald wieder da. Auf dem Wittenbergplatz gab es dann eine Kundgebung — Flüstertüten und Polizei, die den Redner darum ersuchte, er solle die Demonstranten ermahnen, nicht den Rasen zu betreten. Die Leute im äußeren Kreis hörten nichts mehr von der Tüte, in die die Redner mit hoher Stimme schrien. Es war ziemlich langweilig, und man hielt sich lieber an Vorübergehende, die z. T. aggressiv reagierten — das war interessanter. Außerdem wollte man nachher im Zuntz Kaffee trinken. Und dort traf man sich auch — ohne Marschkolonne und allmählich, es wurden einfach immer mehr, die herumstanden, und sie begannen Weihnachtslieder zu singen — für die Polizei ein Grund einzugreifen. Es spielten sich ergreifende Szenen ab, aber so sind diese Demonstrationen nun einmal. [ ]

Peter Schneider

Wir haben Fehler gemacht

[ ] Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, daß wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne daß die Phantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber daß wir nur einen Rasen betreten zu brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen. Wir haben vollkommen demokratisch gegen die Notstandsgesetze demonstriert, obwohl wir gesehen haben, daß wir sämtliche Ränge des Zivildienstes aufzählen können, ohne irgendeine Erinnerung wachzurufen, aber daß wir nur die polizeilich vorgeschriebene Marschrichtung zu ändern brauchen, um den Oberbürgermeister und die Bevölkerung aus den Betten zu holen. Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, daß wir gegen die Universitätsverfassung reden können, soviel und solange wir wollen, ohne daß sich ein Aktendeckel hebt, aber daß wir nur gegen die baupolizeilichen Bestimmungen zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen. Da sind wir auf den Gedanken gekommen, daß wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, daß wir erst die Marschrichtung ändern müssen, bevor wir etwas an den Notstandsgesetzen ändern können, daß wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wie die Universitätsordnung brechen können. Da haben wir den Einfall gehabt, daß das Betretungsverbot des Rasens, das Änderungsverbot der Marschrichtung, das Veranstaltungsverbot der Baupolizei genau die Verbote sind, mit denen die Herrschenden dafür sorgen, daß die Empörung über die Verbrechen in Vietnam, über die vergreiste Universitätsverfassung schön ruhig und wirkungslos bleibt. Da haben wir gemerkt, daß sich in solchen Verboten die kriminelle Gleichgültigkeit einer ganzen Nation austobt. [ ]

Auszüge.
Langhans beschreibt eine Vietnam-Demonstration v. 10. Dez. 1966, Schneider hielt seine Rede im April 1967 während eines sit-ins im Audimax der FU.

Die Kommune I

Was den besonderen Reiz von Kommunen ausmachte, beschrieben die Mitglieder der Berliner Kommune 2 in einem Rückblick 1969 so:
"In der Faszination der Kommune vereinigten sich die existentielle Verweigerung gegenüber frustrierenden Studien- und Berufsbedingungen mit dem Ekel an der kapitalistischen Konsumwelt, das Gefühl unsäglicher Isolierung, vor dem die bürgerliche Familie keinen Schutz mehr bot, mit der Hoffnung auf psychische Befreiung" (Kommune 2: Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums, 1969, S. 13).

Kommune war in den 60er Jahren eine ungeheure Provokation für den Normalbürger, und die Kommunarden nutzten den um sie entstehenden Presserummel geschickt aus, indem sie die Sensationsgier bedienten (Stichwort: Freie Liebe). Sie konfrontierten die Gesellschaft aber auch mit ihrer eigenen Doppelmoral: 1967 fand die Kommune I, deren bis heute bekannteste Mitglieder Fritz Teufel, Rainer Langhans, Uschi Obermaier und Dieter Kunzelmann waren, am Stuttgarter Platz, damals Westberlins bekannteste Bordellgegend, eine Wohnung - und bekam gleich Ärger, z.B. wegen Sauberkeit oder Aufhängens von Transparenten am Balkon. Ihr Kommentar dazu: "In beiden Stockwerken unter uns herrscht reger Puffbetrieb, aber Kommune geht einfach doch zu weit".

Die Kommunarden verstanden sich als Teil der APO und nahmen auch an deren Aktionen teil. Allerdings war für sie neben der politischen Arbeit auch der persönliche Spaß, die persönliche Emanzipation wichtig. Folglich waren viele Aktionen, die sie machten, phantasievoll und witzig.
Ein Beispiel: Von früheren Demonstrationen her wußten sie, daß die Polizei den Demonstranten gegenüber nicht zimperlich war bei der Auswahl ihrer Mittel. Um dem vorzubeugen, entwickelten die Kommunarden im Dezember 1966 für Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg die Technik des "Spaziergangs-Protests".

Sie waren aber nicht nur für die Polizei unkalkulierbar, sondern auch für die eigenen Genossen. So gaben sie ohne Absprache Flugblätter unter dem Namen des SDS heraus, woraufhin dieser sie aus dem Verband ausschloß.

Manche Kommunarden zahlten einen hohen Preis für ihre Bekanntheit. Fritz Teufel etwa wurde am 2. Juni 1967, dem Tag der Erschießung Benno Ohnesorgs durch einen Polizisten, wegen angeblicher Steinewerferei verhaftet und saß rund ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Er wurde später freigesprochen.

Im folgenden dokumentieren wir eine Selbstdarstellung und einige Flugblätter der Kommune I, die z.T. nicht unter ihrem Namen erschienen sind. Eines der Flugblätter erklärt die Taktik des "Spaziergangs-Protests", mit einem anderen sollen die lahmarschigen Studenten provoziert werden. Abschließend folgt ein Text aus der Berliner Undergroundzeitung *Charlie Kaputt*, die dem Kommune-Milieu zuzuordnen ist. In ihm wird in alttestamentarischer Sprache und mit ein wenig Blasphemie der Zustand der APO nach dem Attentat auf Rudi Dutschke (den "Propheten De") beschrieben.

Flugzettel zu Teufels Prozeßbeginn am 27.11.1967.
Originalgröße.

Aus der Kommune

Selbstdarstellung der Kommune. Distanzierung durch die Redaktion erübrigt sich.

FU 57
SPIEGEL
MAI 1967

Wir sollen was für den FU-SPIEGEL schreiben — mal nicht was über uns, sondern von uns. Uns fällt dazu nicht viel ein — wie soll man schon über Artikel mit Jemand reden, so ist es schon schwer genug.

Wir könnten natürlich sagen, daß wir vom SDS herkommen und die Gesellschaft grundlegend verändern wollen — Revolution — und daher unsere Methoden auf eben die Störung oder Zerstörung dieser Gesellschaft aus sind. Und daß wir gerade von links angegriffen werden, weil wir unpolitisch sind, schädlich für die gute radikaldemokratische Sache. Daß eben Pudding oder Schlagsahne dem widerlichen Humphrey ins Gesicht zu schmieren nicht ernsthaft politisch sei. Daß das Lächerliche daran uns nur schade und nicht H. H. H. So als ob die ernsthaften, traurigen und ohnmächtigen Schilderwälder politisch wären und nicht eigentlich der sogenannten guten Sache hinderlich werden. Und nicht der Apparat gerade solche Demonstrationen gern benutzt, um seine Macht zu zeigen. Und deshalb hat er ja auch recht vor den Leuten. Als ob er nicht viel mehr Angst vor anderen Möglichkeiten der Zukurzgekommenen hätte. Oder Hochschulpolitik: Wo doch zunehmend die Konflikte sich nicht innerhalb des akademischen Rahmens, sondern über die Universitätsbürokratie mit der Regierung Berlins abspielen und Aktionen, die diese bedrohen, auch der Hochschulpolitik nützen. Wie käme sonst der Berliner Senat auf das Junktim zwischen Humphrey-Geschichte und Haushaltskürzung? Er hat doch Angst vor den Studenten und nicht vor der berühmten „verschwindenden Minderheit".

Aber das sind doch alles nicht die Fragen: Warum sollen wir eigentlich Rede und Antwort stehen für die komischen Sachen, die uns einfallen? Demonstrationen mit Farbeiern oder Rauchbomben — oder Kommune? Ob das „politisch" sei oder „effektiv"?

Wie ist denn das mit euch? Wieso laßt ihr euch denn gefallen, daß ihr nicht richtig miteinander schlafen könnt, Wirtinnen, Zimmer und blödsinnige Erziehung vor allem. Daß ihr nicht miteinander reden könnt? Oder warum gehen ewig die Zweierverbindungen schief — gleich ob sie halten, was schlimmer ist, — oder nicht? Und die Kinder, die wenn man sie haben darf, „es nicht so schlecht haben sollen wie ihre Eltern"? Oder wie ist das eigentlich mit den „politischen Sachen" — welches Interesse habt ihr daran, wenn überhaupt? Das Studium, macht das eigentlich so ungeheuren Spaß — Assistentenkriecherei, Prüfungsangst und blödsinniger Lernstoff? Woher bekommt ihr euer Geld — von zu Hause: dankbar sein und öfter mal sich sehen lassen, ordentlichen Beruf ergreifen, Ehre machen, stolz auf dich — oder Stipendium: Leistungsnachweise, schnell studieren, Verschuldung — oder selbst verdienen . . . ?

Sollten das alles dumme Zufälle sein, so wie in jeder guten Sache ein Wurm steckt, sind es die berühmten Ausnahmen für eine ganz andere Regel? Oder gehören sie zusammen? Freilich . . . !

Ihr wißt das ja auch, aber warum fragt ihr uns dann so? Ihr müßtet doch fragen, was man dann tun soll? Etwa mit jemand Anderem schlafen, wenns langweilig oder unerträglich wird? Monologe zur Selbstbestätigung halten? Oder zu zweit: den Nächsten probieren und resignieren nach geraumer Zeit wie unsere Eltern — heiraten aus Angst vor Verlust der Bequemlichkeit? Und die Kinder müssen eben doch mit Verantwortung geführt werden, da sie nicht wissen was richtig ist, hier? Oder Trauermärsche und Zusammengeschlagen werden oder Kommissionenarbeit in der Uni? Ja, und Studieren: für später, wenn man's geschafft hat — und nichts mehr kann? Oder wovon man lebt . . . ? Das kommt doch irgendwie nicht hin. Ja, sagen alle, das ist halt so, eigentlich natürlicherweise (von rechts: der Mensch ist es eben, der so ist — von links: ist es die Gesellschaft). Wart ihr schon mal auf Demonstrationen auf dem Kudamm oder beim sit-in- jetzt beim letzten am 19. 4.? Und habt Ihr gesehen, wie das aussieht, wenn bekleckerte, bunte Polizeioffiziere rumkommandieren, oder wenn ein Polizist ohne Mütze kopflos ist? Oder wenn die Polizei aufgeben muß, 1000 Leute aus dem Henry-Ford-Bau rauszutragen, weil sie das nicht schaffen kann? Wenn der massive Arm des ganzen Misthaufens machtlos ist . . . Ist das unpolitisch — für jeden Einzelnen von uns, wenn man so das vorbildliche Berliner Modell oder die Meinungsfreiheit mal mitmacht? — Wohl kaum, weil's Spaß macht, wo man ihn schon aufgegeben hatte, weil einem nichts mehr einfiel mit Angst im Bauch oder wenn man nichts mehr damit zu tun haben will. Kurze Zeit erlebt man etwas, was eigentlich keinen Platz hat bei uns hier und auch beinahe wieder vergessen wird, weils so selten ist: Man fühlt sich zusammengehörig und kennt sich auf einmal, man vergißt seine Probleme, man kann miteinander reden — und kaum Anderen, die nicht dabei waren, beschreiben, was das eigentlich genau war — die Sprache hapert da schon. Am 3. Mai müßten wir deswegen auch wirklich die Beatband spielen lassen und die Kompanie 67, und die Wandzeitungen schreiben und diskutieren — nicht nur die Wenigen, die ums Mikrofon herumstehen. Und wir müssen dem Polizeipräsidenten zeigen, daß wir nicht nur passive Aktionsformen wie Raustragenlassen, sondern auch aktive haben — wir könnten sie da vorbereiten, auf dem sit-in.

Was da passiert auf solchen Demonstrationen ist nur kurz, die Probleme kommen wieder und die Fremdheit schon auf dem Heimweg. Man wird zwar empfindlicher für abstraktes Geschwätz über Demokratie und Gesellschaft und Universität und bla, bla — aber nicht viel mehr.

Uns ist da die Kommune eingefallen — ein Zusammenleben, wo die Probleme jedes Einzelnen die Aller werden und . . . , und . . . , und . . . hier wird schon alles schwierig, weils nichts Fertiges gibt und utopische Versprechungen nichts taugen.

Natürlich, was kann man alles reden über Aufhebung der privaten sexuellen Besitzverhältnisse, — so etwas wie eine Zärtlichkeit, die nicht verdrängt werden muß, — daß die Mädchen nicht gerade in dieser Situation des Zusammenlebens auf die wie auch immer subtile Arbeitsteilung der effektiven und sinnlichen Seite (Kinder, Küche, Sex) festgelegt werden, — die Jungen begreifen lernen, wie relativ diese Rationalität ist, wo es für alles einen angebbaren Grund gibt usw. usw. und man berauscht sich an Paradiesen, und man kann reden, lange reden. Aber was heißt das schon? Die Probleme und Erfahrungen, die wenigen, die wir bis jetzt gemacht haben, sind sehr persönlich — es gibt für sie keine Begriffe, die für alle von uns gelten, schon gar nicht für euch. Nur eine Art der Gemeinsamkeit, daß die Sache noch nicht fertig ist und man nichts anderes machen kann. Ihr müßt es machen und was rauskommt, darüber möchten wir mit euch reden und agieren, wir haben das nötig. Mehr soll das Geschreibe hier auch nicht heißen — macht was am 3. Mai und macht Kommune — wie, das müßt ihr rauskriegen, wir wissen das auch nicht so genau, daß ihr euch bei uns versichern könnt. Wir wohnen ab 1. Mai am Stuttgarter Platz.

Rainer Langhans

Studenten, Lahmärsche und Karrieremacher,
ALLE MAL AUFPASSEN!
Ihr sitzt ja doch am kürzeren Hebel!
Kein Mensch hat was dagegen, wenn ihr bei Konventswahlen und Urabstimmungen Demokratenpflicht erfüllt. (Auch Bettermann nicht !)
Politische Aktionen an der FU überkasst doch Lieber CIA und Verfassungsschutz !
Paukt gefälligst, damit ihr hier nicht rausgeschmissen werdet !
Was habt ihr denn gegen das Disziplinarrecht? Zuchthäussler, Soldaten und Idioten müssen schliesslich auch härter angefasst werden.
Wenn ihr schon zum sit-in geht, bewahrt gefälligst Haltung!
Hört zu, was man euch erzählt !
Macht keinen Blödsinn !
Macht keine Wandzeitungen !
Aber wenn ihr schon Wandzeitungen macht, denkt an das akademische Niveau ! (IO Fremdwörter/qm)
Macht keine Sprechchöre !
Macht das Tor auf !
Hört, was die Funktionäre sagen !
Vögelt nicht im Audimax !
Denkt immer daran, dass das Fernsehen kommen und eure Grossmutter euch beobachten könnte
Tretet euch die Schuhe ab,
TRETET LIEBER LEISE !
Aber tretet !
Denkt daran, dass eure Grossmutter euch immer beobachtet, auch wenn das Fernsehen nicht da ist!
Vögelt nicht im Henry-Ford-Bau!
Lebt geräuschlos! Ruhe ist akademisch !
Bleibttreu, bleibtdeutsch,bleibtdoof !
NUR DIE RATIONALE DISKUSSION
VERHINDERT ALLGEMEINE KOPULATION
Es lebe Lübke !
Es lebe unsere freiheitliche demokratische Ordnung !
Es lebe die Springerpresse !
Nieder mit dem Faschismus (den es nie gegeben hat), nieder mit dem Kommunismus, nieder mit der Kommune, nieder mit dem ASTA, nieder mit den Studenten !
NIEDER !

SDS

Flugblatt der Kommune I, ca. April/Mai 1967

JETZT GESTEHE ICH

Hiermit gebe ich zu,

nicht nur, dass ich ein Element bin, ein radikales, das, wenn es sein muss, mit Pudding und Quark schmeisst, die Rentner um den Schlaf bringt und die Springerpresse zittern macht;

nicht nur, dass ich einer von denen bin, die durch ihren blinden Aktivismus den SDS fast vorzeitig um seine Förderungswürdigkeit gebracht hätten, sein reflektiertes Theorie-Praxis-Verhältnis durcheinanderbrachten und dadruch zu einer objektiven Gefahr für den historischen Prozess wurden;

sondern auch, was noch schlimmer ist, dass ich am Abend des 2. Juni demonstrierend vor der Oper mich aufhielt, wozu gar kein Grund bestand, denn der Schah ist erstens ein sehr gebildeter Mörder, der fünf Sprachen, laut Quick, fliessend spricht, was ihm der Däumling vom Sauerland erstmal nachmachen sollte, weshalb das ganze Gerede vom Analphabetismus in Persien gegenstandslos wird, weil nämlich die Bildung dort anders verteilt ist als bei uns; und zweitens, was geht uns Persien an, sollen wir doch froh sein, dass wir hier leben, wo nur ein Student erschossen wird, wenn es in Persien tausend wären, weshalb ich es auch für verfrüht halte, in Berlin von ESKALATION zu sprechen, solange Senat und Polizei noch ohne amerikanische Militärberater gegen die Studenten auskommen;

was das Schlimmste ist, dass ich nun, als ich schon mal da war, nicht mit Steinen warf, obwohl man mir, der ich als Terrorist bekannt bin, solches hätte erwarten dürfen; weshalb es nun, nachdem ich schon länger als sechs Wochen inhaftiert bin, womit ich als Bartträger übrigens rechnen musste, so ausserordentlich schwierig wird, mir nachzuweisen, dass ich mit Steinen warf, wodurch wiederum die Stühle der erlauchten Herrschaften, des Bischofs Ali Barzel von Schöneberg und des Chefs seiner Prätorianergarde, Schmalgesang, zu wackeln anfangen;

nachdem ich noch ganz en passant in einem spektakulären Prozess das Staatsgeheimnis von der Unfähigkeit der Justiz preisgab - Pfuideibel! - weshalb man mich mit Recht auf meinen Geisteszustand untersuchen will.

Still schäm' ich mich in meiner Zelle,
Fritz Teufel, Ausgeburt der Hölle.

von Fritz aus dem Loch. Da ists sehr langweilig, schreibt ihm doch mal! F. T. 1 Berlin 21, Alt-Moabit 12a, Untersuchungshaftanstalt Moabit, Gefangenenbuchnummer 1736/67 So leicht kommt Ihr nicht wieder in die politische Kartei!

KOMMUNE I (24.7.67)

Flugblatt der Kommune I vom 24.7.1967

Spa-Pro
Spaziergangs-Protest gegen die Polizei

(am Sonnabend, dem 17. 12. ab 15h auf dem Ku'damm)

Der letzte Sonnabend hat bewiesen: die Polizei des Städtestaates Berlin ist ein schlechter Repräsentant der Demokratie. Wenn gleichzeitig der „regierende Pfarrer" Albertz sein gutes Verhältnis zu diesen Ordnungshütern hervorhebt und ihrer Brutalität damit seinen Segen gibt, dann ist es an der Zeit zu protestieren.

Der Bild-trainierte „freie" Bürger wird sein gutgelerntes Zeitungssprüchlein von der Mauer hersagen, er wird den ewigen „Frontgeist" beschwören, der alles zusammenschweißen soll. Eine „Demokratie", die sich nur noch als Gegenposition zum Osten versteht, dadurch eigene Widersprüche nicht mehr sehen kann, verliert ihren Inhalt, sie wird selbst zur Diktatur, in der jeder sein eigener Polizeibüttel sein muß, der nach dem Parolenwalzer eines Cäsar Springer und anderer politischer Scharlatane tanzt.

Aus Protest gegen die brutalen Schläger dieser Demokratie gehen wir auf die Straße. Um uns nicht zusammenschlagen zu lassen, um nicht die hilflosen Objekte der Aggressivität junger Leute in Polizeiuniform zu sein, demonstrieren wir nicht in der alten Form, sondern in Gruppen — als Spaziergänger; wir treffen uns an vorher bestimmten Punkten, um uns beim Nahen der Freunde von der Polizei zu zerstreuen, zu Passanten zu werden, um an einem anderen Ort wieder aufzutauchen.

Diese „Spa-Pro-Taktik" will die versteinerte Legalität lächerlich machen, will das Irrationale der rationellen Ordnung bloßlegen, will durch Spaß zeigen, daß die Vor- und Leitbilder dieser Gesellschaft Narren sind.

Wir „spazieren" für die Polizei!!!

Wir fordern für sie die 35-Stunden-Woche,

damit sie mehr Zeit zum Lesen haben, mehr Muße für die Bräute und Ehefrauen, um im Liebesspiel die Aggressionen zu verlieren, mehr Zeit zum Diskutieren, um den alten Passanten die Demokratie zu erklären.

Wir fordern eine „moderne" Ausrüstung für die Polizei;

statt des Gummiknüppels eine weiße Büchse, in der sich Bonbons für weinende Kinder befinden und Verhütungsmittel für Teenager, die sich lieben wollen und Pornographie für geile Opas.

Wir fordern eine Gehaltserhöhung:

Das Gehalt muß größer sein als der Sold der Springerschreiber, denn die Polizei ist die letzte Stütze der Demokratie, denn eines Tages wird sie als bewußte Opposition der „Großen Koalition" in den Bundestag einziehen müssen.

Ausschuß „Rettet die Polizei" e. V.

oben: Kommune I-Broschüre v. Sept. 1967
unten: Kommune I-Broschüre v. Mai 1968

No 3 Dezember 68 Westberlin

Charlie Kaputt!

Im ersten Buch Apo geschah, daß der Stamm Apo versagte im Kampf gegen die Notstandsverfassung des Satans. Gott der Herr Apo erzürnte deswegen und verwirrte die Zungen der Leute aus dem Haus Esde Es, daß sie sich nicht mehr verstehen konnten....

Und es geschah, daß eine schwere Krankheit heimsuchte den Propheten De , welcher geführt hatte den Stamm Apo zwei Jahre, und hatte ihn gut geführt.
Und der Prophet De lag danieder und konnte nicht reden in der Zunge des Herrn, daß sich die Schafe sollten sammeln auf der Weide des Herrn, daß sie also nicht werden eine leichte Beute den Tieren der Nacht.
Und da der Prophet stumm blieb auf seinem Lager, wuchs die Verwirrung im Stamme Apo, das aber ist der Stamm der Auserwählten

weil Wissenden.Und es wuchs die Verwirrung und also wuchs die Hoffahrt und die Eitelkeit nahm zu.
Da sprachen die geringern Propheten aus dem Hause Esde Es:
Wir wollen uns versammeln in der Stadt Frankfurt, denn die Zerstreuung ist groß und wird größer tags und nachts wachst sie."
Da sie sich aber sammelten im Versammlungshause in der Stadt Frankfurt, liefen sie auseinander im Geiste und da sie wollten gemeinsam reden in der Zunge des Herrn, schrieen sie doch dummes Zeug wider einander.
Und es geschah,daß sich der Manner Geist verwirrte,da redeten auch die Frauen närrisch.
Und es erhob sich eine Frau, die erhob sich mit Muhe,denn sie trug die Frucht ihres Leibes und trug auch einen Korb.In dem Korb aber war frisches Gemüse.Und da sie schleuderte die Früchte des Gartens ins Antlitz des Propheten Ka, welcher stammt aus dem Hause Esde Es, schrie sie:"Wattn seitiahr,ha? Kacka un Klassenfeind seita! Untertricken tutiahr uns! Mit eire biergerliche Schwänze! Aba die schnein wa Eich runta, schnippschnapp, klar? Dann is fini.Jahein - jahaus,Muschi ausbeuten, ha? Fini, klar?"
Und traf den Propheten Ka ins Antlitz und der Prophet Ka jammerte.
Und Gott der Herr Apo sah solches und solches erzürnte ihn sehr.
Aber im siebenten Winter der Mauer, welche ruht auf dem Wort des Herrn, da wich der Zorn des Herrn.
Da fuhr der Satan auf zum Herrn.
Der Herr aber sprach: "Hebe Dich hinweg,siehe, mein Stamm trägt keine Frucht, aber die Wurzeln sind noch nicht hinüber."
Da antwortete der Satan und sprach: "Laß mich ziehen durch das Land Bohmen, daß ichs heimsuche mit Jazz und Lyrik und Chewing Gum, was gilts: deine Leute werden deinen Namen vergessen und den Glauben ~~wedreden~~ werden sie wegtuen gleich dem abgetragnen Gewand, denn dein Wort ist mächtig,aber ihr Sinn ist beknackt."
Aber da der Satan verdarb das böhmische Volk, kümmerte solches den Stamm Apo nicht. Und einige aus dem Hause Esde Es riefen:
"Auf inne Zuchthäuse,da hamwane Reservearmee,lauda dufte Jungs zum Klotzen."
Gott der Herr Apo aber hörte solches und schüttelte sein Haupt.
Und es schrie viel böhmisches Volk:"Hat uns Gott der Herr Apo erwählt, so hat er uns doch zu seinen Dienern erwählt,daß wir ihm also dienen und er sei unser Herr.Wir aber wollen es halten, daß wir sitzen zur Rechten des Herrn und zu des Satans Linken, daß wir also sitzen in der Mitten und besorgen eigne Geschäfte, daß wir also keinen Zins leisten niemandem."
Als aber die Leute vom Stamm Apo solches hörten, hüteten sie ihre Zunge.Aber der Zweifel am Wort des Herrn führte sie aus des Herrn Nähe und da sie stumm blieben, redeten sie doch wider den Herrn und sein Wort.

Da antwortete Gott der Herr Apo und sprach:"Ziehe durch das Land Böhmen, daß du es prüfest und schlägst es meinetwegen, aber lege nicht Hand an meinen Stamm Apo, denn mein Stamm ist mein Same, den Samen aber will ich einsetzen in alle Länder."
Da wandte sich der Satan gegen das Land Böhmen und verdarb das Volk und schlug es wohl, und es drang Kunde hiervon in die Stadt Campus, welche beherbergt den Stamm Apo, das ist der Stamm der Auserwählten weil Wissenden.
Und des Satans Saat ging auf im Lande Böhmen und das Volk verderbte, und es schoß auf das Unkraut und erstickte die Lilien im Garten des Herrn.Und das Gesindel der Städte trieb die Diener des Herrn in die Flüsse, daß sie ertränken.Da sie aber um Erbarmen flehten, sprachen die Diener des Herrn: "Siehe, wir haben gesündigt im Namen des Herrn.
Da ihr uns jetzt straft, verdienen wirs nicht besser, aber laßt stehen das Wort des Herrn, so ihr uns wegschickt."Und das Gesindel der Stadte trieb die Diener des Herrn in die Flüsse.
Als die Leute vom Stamm Apo solches erfuhren, sammelten sie sich im Hause Esde Es.Einige aber riefen:"Hört, das Gesindel in den böhmischen Stadten ist des Herrn Schwert und des Herrn Schwert erwürgt die Falschen."
Da aber Gott der Herr Apo solches vernahm aus dem Munde seiner Leute, zürnte er sehr.
Und Gott dem Herrn Apo mißfiels, daß der Satan wütete im Lande Böhmen und verdarb viel böhmisches Volk.Und sandte fünf Legionen,daß sie Ordnung schafften.
Da murrte das Gesindel in den Stadten und widersetzte sich den himmlischen Heerscharen und bespie die Wagen der Legionen und schändete sie mit dem Mal des Satans, das aber ist das Kreuz des Herrn mit vier Haken.Da zürnte Gott der Herr Apo und sprach: "Mein Stiefel wird stehen in diesem Land, bis daß das Gesindel vertilgt ist." Und der Herr züchtigte das böhmische Volk mit der Schärfe des Schwerts auch.
Da ging ein Schrei auf im Hause Esde Es.Und viele zerrissen die überlieferten Schriften und verfertigten neue Schriften und trugen sie durch die Straßen der Stadt Campus und schrien: "Weg mit Sowjet-Imperialismus,Schluß mit Okkupation."Andere wieder wandten sich zu der Stadt Cita und trugen falsche Fahnen und riefen: "ub eck, ub eck, ub eck."
Das aber war der Name eines Gesindels und war abtrünnig.
Und im Zug schritten Philister und waren kenntlich als Philister und wurden nicht erkannt vom Stamme Apo, das aber ist der Stamm der Auserwählten weil Wissenden.
Da aber Gott der Herr sah,daß sein Same sich vermählte mit dem Steinacker des Satans,erzürnte er sehr und zog seine Hand von seinem Stamm, daß die Philister erkannten die Leute vom Stamm Apo und riefen:"Rrrootte Raudies, macht Schluß mitn Spuk,Fressehaun die Schweineee!"
Da aber die so Erkannten laut riefen: "ub eck, ub eck, ub eck", halfs ihnen nicht und sie entgingen nicht dem Zorn der Philister und empfingen die Streiche.
Da bluteten sie aus Wunden.Und

2. BUCH APO

sie schrien auf zum Herrn, daß er ihnen hülfe.
Aber Gott der Herr verschloß sein Ohr und da sie nicht aufhörten zu schreien, sprach er:
"Ihr seid nicht mein Same, den ich will einsetzen in alle Länder. Sondern Ihr seid ein Unkraut aus dem Garten des Satans und also seid ihr ein Dorn in meinem Auge. Siehe, eure Herzen sind eitel und euer Sinn ist beknackt, daß ihr nicht scheiden könnt das Wort des Herrn und des Satans eitel Gerede. So ihr also reden wollt euer eigen Wort und wollt nicht zinsen, so sollt ihr ersticken an euerm Wort und ihr sollt nicht gehört werden von niemandem.
Da ihr aber meine Schriften zerrissen habt, habt ihr euch selber zerrissen. Und da ihr meine Legionen geschmäht habt, habt ihr geschmäht euern Schutz: Ich aber frage euch: "Wer vermag zu schlagen den Satan, denn der Herr mit seinem Schwert und wer vermag abzuhalten den Satan, die Welt zu nehmen in seine Obhut, denn der Herr mit seinen Legionen?
Also seid ihr dem Deppen gleich, der sich rüstet zum Marsch durch die Wüste. Da ihm aber der Herr Schuhwerk anträgt und einen Schlauch Wasser, weigert ers und nörgelt. Wahrlich ihr Arglosen, das Wort des Herrn ist nicht ohne des Herrn Schwert und des Herrn Schwert bedarf des Herrn Wort. Ihr aber habt zerrissen des Herrn Wort. So habt ihr abgelegt den Schild des Herrn und des Herrn Schwert, daß ihr also zwiefach schutzlos steht vor euern Feinden.

Klau mich

Strafprozeßordnung der Kommune 1

In diesem Buch zeigen die Kommunarden ihren Weg durch die Berliner Gerichte anhand von Dokumenten, Anklageschriften, Prozeßprotokollen, Zeitungsausschnitten u. a. auf.

Die Mitglieder der Kommune 1 unterlaufen in ihren provozierten Strafprozessen aus mehr oder minder nichtigen Anlässen das engmaschige Netz der deutschen Justiz. Ihr alle Konventionen sprengendes Verhalten führt die Gesetzmaschinerie und deren anachronistische Repräsentanten ad absurdum. Die Lächerlichkeit, tötet sie? Die Justizreform wird auch an der Beantwortung dieser Frage gemessen werden.

Die zentrale Motivation des Franktireur-Angriffs auf die geheiligten Piedestale „unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung" wird durch die Lektüre des Bandes „Klau mich" evident: Die bisher allgemein akzeptierte, Richter wie Angeklagte gleichermaßen verbindende Basis wird negiert, der gesellschaftliche Rahmen gesprengt. Die Satire will hier nicht Justizkritik üben, sie ersetzt in ihrer Totalität die antiquierten Rechtsnormen bereits!

208 mehrfarbige, z. T. illustrierte Seiten. DM 10,—. Voltaire Handbuch 2

Edition Voltaire
Frankfurt/M., Paul-Ehrlich-Straße 25

Organisationsdebatte und maoistische Parteien ab 1968

1967/68 erzielte die Studentenbewegung eine große Außenwirkung; logischerweise wurde überlegt, wie man jenseits der aktuellen Ereignisse und Aktivitäten eine langfristige Perspektive erarbeiten könne. Aus der Frage: "Wie organisieren wir unseren Protest?" wurde sehr schnell die Frage: "Welche Organisation bauen wir auf?"

Während im SDS noch kontrovers über diese Frage diskutiert wurde, separierten sich immer mehr Gruppen, um eine Partei, d i e Partei, zu gründen. Für Studenten und Intellektuelle mit dem richtigen Klassenbewußtsein war es kein Widerspruch, die Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. In schneller Folge gründeten sich mehrere maoistische oder marxistisch-leninistische Parteien, die sich an der Politik der Volksrepublik China orientierten. (Die an der Sowjetunion orientierten Gruppen gründeten die DKP; lediglich die antiautoritären bzw. undogmatischen Strömungen taten sich schwerer, doch davon wird später zu berichten sein.)

Mit der Gründung der maoistischen und marxistisch-leninistischen Parteien begann die Zeit der erbitterten ideologischen Diskussionen, des Streites darum, welche Partei die wahre Interessenvertreterin des Proletariats sei. Konzepte aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wurden aktiviert, die Geschichte der sozialen Revolutionen rezipiert, man suchte in der Vergangenheit Konzepte für die Zukunft.
Die Studentinnen und Studenten, die mit ihrer kleinbürgerlichen Herkunft brechen, sich "in den Dienst des Proletariats" stellen, ihren Beitrag zum aktuellen Klassenkampf leisten wollten, unterwarfen sich der Parteidisziplin, ließen sich schulen, verteilten Flugblätter in Stadtteilen, vor Schulen und frühmorgens vor Betrieben, bauten Zellen auf. Für sie war die antiautoritäre Studentenbewegung passé.

Jeder, der sich nicht der neuen Parteidisziplin unterwerfen wollte, wurde als kleinbürgerlich bekämpft; zentralistische Politikkonzepte ersetzten die Bemühungen um persönliche Emanzipation; nicht nur Marx, Engels, Lenin und Mao wurden zu Rate gezogen, sondern auch Stalin. Die ideologischen Kämpfe fanden nicht nur zwischen den verschiedenen Organisationen statt, sie gingen mitten durch die Gruppen; es gab Spaltungen und Ausschlüsse, Genossen von gestern wurden zu Feinden von morgen. Zusätzlich setzten Linienänderungen in der internationalen kommunistischen Bewegung den Maoisten zu: Wenn Mao selbst in China plötzlich nicht mehr als der unfehlbare Steuermann galt, mußte auch die eigene Linie korrigiert werden.

Im Verlauf der 70er Jahre wurde deutlich, daß die maoistischen Parteien erfolglos blieben. Ihre Versuche, in der Arbeiterklasse Fuß zu fassen, scheiterten, ihre Führungskader zerstritten sich immer mehr im Kampf um die richtige politische Linie. Die kleinen Parteiarbeiter, Studenten, Jungarbeiter und Lehrlinge, aber auch die Intellektuellen, die mit ihnen sympathisiert hatten, liefen ihnen davon. Zurück blieben Organisationsstrukturen und Apparate, die ins Leere liefen. Die Parteien begannen, sich aufzulösen oder umzuorientieren.

Beschleunigt wurde dieser Zerfallsprozeß dadurch, daß seit Ende der 70er Jahre die nicht-parteigebundene linke und alternative Szenerie über die Gründung einer Alternativen Partei diskutierte: bis zur Grünen Partei war es nicht mehr weit.

Im folgenden dokumentieren wir Beispiele für die Organisationsdebatte im SDS ab 1968, zeigen Dokumente aus der Gründungsgeschichte einiger maoistischer Parteien, aber auch eine Selbstkritik von 1980, die mit der Auflösung einer dieser Parteien einherging.

Der lange Marsch 28/1977, S. 16

Bernd Rabehl

Der SDS und die Strategie der direkten Aktionen in Westeuropa

[ ] Die Organisationsdebatte drehte sich um das psychologische Unbehagen des Einzelnen und ließ die Aktionen aus den Augen oder verklärte sie mit den Erzählungen aus der Revolutionsgeschichte. Hier soll nicht das Interesse an persönlicher Emanzipation belächelt werden, das gerade in den alten Parteiungen der Arbeiter keine Rolle spielte, weshalb die bürgerliche Gesellschaft gerade in diesen subversiven Organisationen sich widerspiegelte und das Ziel Sozialismus nur noch als „Steigerung der Produktion" nicht als „Schaffung eines neuen Menschen" verstanden wurde. Die vitalen Bedürfnisse der persönlichen Emanzipation und das humanistische Interesse an Gerechtigkeit, menschlicher Entfaltung und Frieden erzeugten bei den Studenten den Typus Revolutionär, der die sozialrevolutionäre Haltung zuerst auch als persönliche Verweigerung dem unmenschlich kapitalistischen System gegenüber betrachtete und deshalb zwischen Haß und Verzweiflung schwankte, der sah, daß die gesellschaftliche Isolation nicht durchbrochen werden konnte. Alle Aggressionen richteten sich auf die eigene Gruppe, die scheinbar keine relevanten Aktionen mehr durchführen konnte. Dieser psychologischen Haltung trug die Theorie des SDS Rechnung, weshalb ihre strategischen Ableitungen auch im Allgemeinen stecken blieben. Die Hinwendung zum Kollektiv erhielt durch diese Theorie ihre organisatorische Übersetzung, die sich teils an Lenin und teils an Bakunin orientierte. [ ]

Die Ideologie der antiautoritären Revolte nahm die existenzielle Wirklichkeit der einzelnen Individuen nicht auf und konnte deshalb die emanzipatorischen Bedürfnisse in der politischen Strategie nicht berücksichtigen. Stattdessen mußte nach den gescheiterten Aktionen das Lamentieren über die psychologische Situation des Einzelnen, das sich periodenhaft im SDS wiederholte, die unpolitischen und psychisch verkrampften Züge dieses Studentenverbandes hervorkehren. Gerade weil die Ideologie der antiautoritären Revolte, der Jargon der Sexualrevolution, die Möglichkeiten der kollektiven Emanzipation verdeckte, wurde der SDS unter der Hand zu einem autoritären Organisationstyp. Die Praxis des Verbandes, die die individuelle Isolation auflösen sollte, um verbindliche Kommunikation zu schaffen, um die Ansätze einer solidarischen Gesellschaft bereits im SDS in Ansätzen zu verwirklichen, wurde technizistisch bezogen auf die Demonstrationen, auf das Durchbrechen von Polizeiketten, auf Ausweichmanöver usw. usw. Die Projektgruppen im SDS, die die neue Struktur des SDS abgeben sollten, indem sie wissenschaftliche Arbeit, emanzipatorische Bedürfnisse und Aktionen koppeln sollten, kamen aufgrund der Demonstrationsethik nicht zur Arbeit. Unter dem Druck der Ereignisse lösten sie sich auf, ohne auch nur in Ansätzen Solidarität herzustellen oder verbindliche Diskussionen einzuleiten. Die Mitglieder informierten sich schüchtern in der bürgerlichen Presse über die Ansichten ihrer Opinionleader und plapperten sie leutselig nach, weil die theoretische Ableitung der Strategien ihnen unklar blieb. Radikale Phraseologie, Mutmaßungen über eine schöne Welt und Straßenguerilleros ersetzten theoretische Arbeit und Diskussion und machten politische Aktionen zu Abenteuern. In dieser Periode war der SDS eher vergleichbar mit einem kleinbürgerlichen Sportverein, der sich im Spiel „Räuber und Polizist" übte als mit einer proletarischen Avantgarde. Es bildete sich im SDS eine funktionale Elite heraus, die zwar rührselig antiautoritär ihre Rolle verleugnete, die aber im Tageskampf und vor allem nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke, die ersten Anweisungen für Demonstrationen und Kampagnen geben konnte und dabei auch die politischen Richtlinien festlegte, ohne sich allerdings der offenen Diskussion zu stellen oder sich durch die Diskussion kontrollieren zu lassen. [ ]

Die Revolte im SDS auf der 23. Delegiertenkonferenz gegen die Irrationalität der Elitefunktion und für die individuelle Emanzipation ist dahingehend zu deuten, daß der SDS sich auf eine neue Phase der Auseinandersetzung vorbereiten muß. Die Vertagung der Konferenz soll bewirken, daß die einzelnen Gruppen für ihre jeweils spezifische Situation die Widersprüche zwischen politischer Strategie und emanzipatorischen Ansprüchen lösen. Die Antwort kann auf keinen Fall eine disziplinierte Kaderpartei oder Zentralisation aller Aktionen sein, die zwar organisatorisch die Mitglieder und Sympatisanten erfassen und in gut vorbereitete Veranstaltungen zusammenführen würde, die aber durch diese Organisationsroutine das „Prädikat" revolutionär in der bestehenden Gesellschaft verlieren würde. Die entstehende Autoritätsgläubigkeit in solchen Organisationen ermöglicht sehr leicht die Verdrängung der emanzipatorischen Bedürfnisse der Einzelnen, denn mit dem Über-Ich: starke Organisation wortgewaltige Führer, machtvolle Aufmärsche, gehen die letzten revolutionären Impulse des Einzelnen verloren. Die Anpassung an die Normen der kapitalitischen Gesellschaft geschieht auf diese Weise ohne Komplikationen. Die Restauration des SDS im vergangenen zu einer bürgerlich autoritären Organisation verlangt als Gegenkampagne gegen diese Tendenzen die Artikulation der Bedürfnisse in den politischen Aktionen. Eine Debatte über Emanzipation, Frustration usw. usw. in kleinen Gruppen schafft keine Klärung, sondern erzeugt eher Zwangsneurotiker oder verzweifelte Individuen, die sich von politischen Aktionen überhaupt fern halten. Auch der utopische Entwurf einer Gegengesellschaft bringt keine Lösung, er verlagert das Problem und schafft kurzfristige Hoffnungen. Allein Kollektive, die in den Aktionen entstehen und die auf Aktionen sich ausrichten, können dem SDS eine Struktur geben und auch die Strategie gegen diesen Staatsapparat festlegen. Dieser bereitet sich wie am 2. Juni auf die Zerschlagung der Opposition vor. Die Ereignisse in Frankreich und Mexico, das Zurückweichen der liberalen Presse und die Auflösungserscheinungen des SDS bestimmen sein Konzept. Die Justizaktionen gegen 600 Teilnehmer der Demonstrationen sollen die Einzelnen erschrecken und erleben lassen, daß im SDS keine Solidarität besteht. Die folgenden Disziplinarverfahren an der Universität sollen die vorlaute Opposition zum Schweigen bringen, in den Demonstrationen wird harter Polizeieinsatz geplant. Der Staatsapparat ist in der Offensive. Überraschungsangriffe der Studenten an den Gerichten, die Besetzung der Universitäten und die Schließung dieser Universitäten durch den Staat kann die einzige Strategie sein, auf die sich der SDS in gemeinsamer Diskussion vorbereitet. Die Gegengesellschaft entsteht in der Aktion, sie kann durch Wohnkollektive nur vorbereitet werden. Die Periode des SDS von 1961 bis 1965, die unter dem Vorzeichen „von der Bürokratie zur Wissenschaft" stand, ist nur kurzfristig durch die Periode „der Aufklärung in der Aktion", der Provokation der „gesellschaftlichen Autoritäten" unterbrochen worden. Die Alternativen nach den ersten Auseinandersetzungen mit dem monopolkapitalistischen Staatsapparat, nachdem diese neue Etappe des Kampfes eine organisatorische Konsolidierung verlangt, scheinen unter den Parolen „von der Wissenschaft zur Bürokratie" durch die Gründung einer opportunistischen Partei oder „von der Wissenschaft zur phantastisch utopischen Gegengesellschaft", nach der Ausrufung solidarischer Wohnkollektive, zu stehen. Nach den Demonstrationen in Frankfurt anläßlich der Buchmesse und nach den ersten Gerichtsurteilen gegen die Demonstranten der Springeraktionen ist es deutlich geworden, daß die Atempause, die der monopolkapitalistische Staat nach dem 2. Juni gewähren mußte, vorbei ist und daß er generalstabsmäßig auf die Zerschlagung des SDS hinarbeitet. Die harten Verfolgungen, der die antiautoritären Studenten ausgesetzt sind und die Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei auf Anraten des Regierungskartells, die sich die Aufgabe gestellt hat für die demokratische Verfassung zu kämpfen, um nebenbei diese außerparlamentarische Opposition ihren Ordnungsvorstellungen zu unterwerfen, in dem sie die revolutionäre Phrasen mit der opportunistischen Politik der Wahlkämpfe und disziplinierten Demonstrationen würzt, sind Bestandteile der Strategie des Staatsapparates in der Zerschlagung der vorlauten Opposition.

Die vielen Gerichtsverfahren, die gegen einzelne Opponenten angestrengt werden, bieten dem SDS die Chance der Mobilisierung des antiautoritären Lagers. Die massenhafte Besetzung der Universitäten als Antwort auf die Verfolgungen trifft den Staatsapparat an einem Punkt, wo er nicht vorbereitet ist, während er alle Protestdemonstrationen vor den Gerichten auflösen oder zusammenprügeln lassen kann. Werden diese Besetzungen gekoppelt mit den Forderungen nach Kontrolle der Ordinarien durch die Studenten, Gegenvorlesungen etc. etc., dann kann der SDS den Staatsapparat zum Waffenstillstand zwingen. Die verschiedenen organisatorischen Manöver des SDS von Wohnkollektiven bis hin zu antiautoritären Kindergärten können den Auflösungsprozeß nicht aufhalten, wenn nicht eine Strategie der Überraschungsangriffe und der praktischen Solidarität mit den Studenten in Westeuropa und den Befreiungsbewegungen die nächsten Schritte angibt. Gerade die Strategielosigkeit, die fehlende Diskussion zermürbt diesen Studentenverband. Massenaktionen müssen in gesellschaftlichen Bereichen stattfinden, in denen über eine Massenbasis an Sympatisanten verfügt wird, Besetzung der Universitäten oder Schulen, Demonstrationen mit Studenten, Schülern und Jungarbeitern. [ ]

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 50, November 1968, 9. Jahrgang

Peter Gäng

Organisation und Klassenfrage

Wenn die gegenwärtigen Versuche zur Reorganisation des SDS an den Hochschulen (besonders der größeren Gruppen) zu mehr führen sollen als zu einer zeitweiligen Selbsttäuschung über den organisatorischen Zerfall, dann ist es notwendig, organisatorische Intentionen und organisatorische Wirklichkeiten streng zu trennen, um aus der Analyse der organisatorischen Wirklichkeit mindestens Anhaltspunkte für die Vermeidung schwerwiegender Fehler zu gewinnen. Man muß nur einmal verfolgen, wie neu gebildete Gruppen (Arbeits-, Projekt- oder wie immer-Gruppen) auseinanderfallen, begleitet von Rationalisierungen, daß man sich nur an einem konkreten praktischen Projekt organisieren könne (wenn es sich um eine theoretisch arbeitende Gruppe handelt) oder daß das praktische Herumgewurschtel dringend der theoretischen Reflexion bedürfe, die erst den Grad an Allgemeinheit und Verbindlichkeit schaffe, der Organisation möglich mache (soweit es sich um praktische Projektgruppen handelt). In disziplinierten Gruppen rebellieren die Genossen gegen den repressiven Gruppenzwang (wenn's günstig kommt, personalisierbar auf eine Autorität). In „antiautoritären" Gruppen grassiert die Idee von den kollektiven Lernprozessen, welche ein verbindliches Arbeiten nach sich ziehen sollen. Da mag man schon etwas skeptisch sein, ob neue Gruppen, neue Zusammenschlüsse von Gruppen, neue kommunikative, informative, exekutive etc. Zentralen irgend etwas ändern werden.

Das ändert leider nichts daran, daß die antiautoritäre Bewegung in eine Phase gekommen ist, in der die Organisationsfrage für sie zur Lebensfrage wird. Es steht alternativ, ob es uns gelingt, uns organisatorisch auf die Weiterführung und Erweiterung des Kampfes gegen das kapitalistische Herrschaftssystem einzurichten, oder ob die antiautoritäre Bewegung sich in eine linke Subkultur auflöst, die ganz sicher zu punktuellen Kampfakten gegen den kapitalistischen Herrschaftsapparat fähig ist, aber ganz sicher nicht zu einer kontinuierlichen Erweiterung und Intensivierung des Klassenkampfes. Oder anders: ob es uns gelingt, in kontinuierlicher, disziplinierter und hartnäckiger Arbeit außerhalb der Hochschulen, in den Betrieben, eine Basis zu schaffen, oder ob wir weiterhin in den Hochschulen rotieren bis es uns vollends schwindelig wird. Die Revolution hängt glücklicherweise nicht allein davon ab, ob wir diese Aufgabe lösen: der Anfang ist mit den Basis- und Betriebsgruppen inzwischen gemacht. In der Frage der Transformation der antiautoritären Bewegung in eine sozialistische Organisation liegt jedoch gleichzeitig die Frage nach dem Ausgangspunkt der außeruniversitären Arbeit. Gelingt die Transformation nicht, dann hatte die Rebellion der letzten Jahre nur Initialfunktion. Dafür aber hat sie zuviel Arbeit gekostet.

Die Strategie für die Phase der partiellen Transformation der antiautoritären Studentenrebellion in eine nichtreformistische Betriebsarbeit ist nicht so unklar, daß sich nicht ihre organisatorischen Voraussetzungen bestimmen ließen. Die bisherige Arbeit der Basisgruppen liefert die Erfahrungen von den ersten Kontaktaufnahmen bis hin zur innerbetrieblichen Verallgemeinerung von Betriebskonflikten (durch Betriebszeitungen etc.) und zur Zusammenarbeit mit Betriebsgruppen; Fehler genug sind gemacht worden, um daraus zu lernen. Die politische Mobilisierung der Studenten ist an vielen Universitäten soweit vorangeschritten, daß der subjektive Anspruch auf eine außeruniversitäre Praxis während und nach dem Studium entstanden ist. Organisatorisch zu leisten wäre von daher sowohl die Zentralisierung der Basisgruppenarbeit wie auch eine Umstrukturierung der Arbeit an den Hochschulen, die es ermöglichen würde, daß von der Hochschule aus eine Zusammenarbeit mit den Basisgruppen als auch ein Übergang in Basisgruppen stattfinden kann. Erst so kann die Hochschule (als Ausbildungsinstitut, als wissenschaftliches Reservoir und als Nachschubbasis) wirklich zu einem starken Hebel der Revolution werden.

(Organisatorische Implikationen der „revolutionären Berufsperspektive" werden hier bewußt ausgeklammert. Solange die Universität noch Hauptkonfliktpunkt ist, solange außer denjenigen Genossen, die zu einer Zeit studiert haben, in der man noch studieren konnte, sowieso kaum ein Genosse eine Prüfung ablegen wird (und die Veränderung der Prüfungsbedingungen ist noch nicht sehr weit vorangeschritten), solange potentielle revolutionäre Berufspraktiker entweder wegen ihrer Teilnahme an politischen Aktionen oder wegen einer nicht sehr schlauen Politik der Selbstanzeigen (schlecht organisiert, so daß sich nur mehrere hundert Genossen anzeigten, deren Namen sowieso schon zum größten Teil in schwarzen Listen stehen dürften) relegiert werden, solange bleibt es eine linke Phrase, vom Erlernen des Berufs im Klassenkampf, von revolutionären Berufsperspektiven und ähnlichem zu reden.)

Die unmittelbare Aufgabe ist von daher, die Hochschulrebellion jetzt auf die Spitze zu treiben (das bundesweite Ordnungsrecht liefert dazu Ansatzpunkte genug), um daraus die Kraft für die Verlagerung des Hauptkonfliktes von der Hochschule auf die Betriebe zu gewinnen und gleichzeitig die dafür notwendigen strukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen werden wir allerdings Schwierigkeiten haben, das eine wie das andere zu organisieren.

Um diese Schwierigkeiten anzugehen, sollte man zumindest wissen, woher sie kommen. Es besteht im SDS gegenwärtig große Neigung, auf derartige Probleme psychoanalytische Theorien anzuwenden. Das hat mehrere Gründe: zum einen ist es leichter, sich psychoanalytische Theoriefragmente anwendungsgerecht anzueignen, als dies bei der marxistischen Theorie der Fall ist, zum anderen ist die organisatorische Herrschaftsausübung durch Theoriebesitz bei der psychoanalytischen Theorie einfacher und direkter als bei der marxistischen Theorie (jeder kennt das Schema: Rationalisierung, Verdrängung, Projektion etc. sind die Vorwürfe, die jede Objektivierung politischer Differenzen hinfällig machen und die Aufhebung der Trennung von Politik und Privatleben endgültig in der Form der Privatisierung der Politik lösen), zum dritten ist die Psychoanalyse durch ihre Allerweltserklärerei viel besser gegen empirische Eindrücke gefeit als dies bei einer politisch-ökonomischen Theorie der Fall ist. Schlauerweise wird deshalb auch der Bezug zwischen Gültigkeit der psychoanalytischen Theorie und bürgerlich bis kleinbürgerlicher Klassenherkunft übersehen.

Die entscheidende Folge der Klassensituation der rebellierenden Kleinbürger liegt in der Organisationsfeindlichkeit. In ihr spiegelt sich die Klassenlage des rebellierenden Kleinbürgers doppelt: seine richtige Rebellion gegen Leistungszwang und Autorität wird zur formal gleichen aber inhaltlich falschen Rebellion auch gegen Arbeit und Disziplin einer revolutionären Organisation; sein Verständnis von Organisation als Mittel der individuellen Emanzipation konstituiert bestenfalls noch einen Stirnerschen „Verein der Freien", aber keine Organisation, die selber zum Subjekt ihres politischen Verhaltens wird. Während innerhalb der Arbeiterklasse auf grund deren eindeutiger Klassenlage Organisation immer erst das historische Subjekt konstitutieren kann, setzt sich der Kleinbürger selber als Subjekt, so wie er sich als Subjekt seines Auf- oder Abstiegs innerhalb der kapitalistischen Hierarchie gesehen hat, und begreift die Organisation nur als Mittel, ihm dieses Subjektsein zu erleichtern. Gerade durch diese Instrumentalisierung der Organisation aber verhindert er die Form der Emanzipation, die unter kapitalistischen Bedingungen erreichbar wäre: die Solidarität. Gleichzeitig stellt sich die Notwendigkeit von Organisation nicht innerhalb des objektivierbaren Rahmens der Effektivität im Klassenkampf, sondern nur im subjektiven Rahmen der jeweiligen psychischen Befindlichkeit. Funktionieren radikale Aktionen gerade einmal, ist die Diskussion über die Reorganisaton nahezu aus der Welt verschwunden (unabhängig davon, ob die Aktionen uns im Klassenkampf auch nur einen Schritt weiterbringen).

Daß diese Organisationsfeindlichkeit, solange sie nicht in ihrer klassentheoretischen Beziehung erkannt ist, sich in den verschiedensten Argumenten äußerst, scheint einsichtig. Totale Ablehnung von Bürokratie (obwohl ein Minimum an Bürokratie notwendig ist, um eine funktionierende Organisation aufrechtzuerhalten); Frustration sowohl über endlose Diskussionen, die sich nur schwerfällig auf ihr Ziel zubewegen, als auch über gut vorbereitete Diskussionen, die gar zu leicht den Eindruck des Abgekarteten machen; Klagen über den Mangel an Verbindlichkeit und Ablehnung jeder allemal mit einem gewissen Zwang auftretenden Verbindlichkeit etc. etc. sind nur die bekanntesten.

Freilich würde es wenig helfen, über diese Schwierigkeiten nur zu lamentieren oder gar organisatorische Gewaltlösungen anzustreben. Bisher ist die Dialektik von individueller und gesamtgesellschaftlicher Emanzipation, die sich äußert im Widerspruch zwischen individueller Emanzipation und schlagkräftiger, zu kontinuierlichem Klassenkampf fähiger Organisation, immer zu Ungunsten der individuellen Emanzipation gelöst worden — die Ergebnisse haben sich in Reichs Analysen der kommunistischen Massenorganisationen der Weimarer Republik niedergeschlagen und lassen sich heute noch in den sozialistischen Ländern wiederfinden. Von daher stellt uns die besondere Klassensituation der antiautoritären Bewegung vor die zwar schwierige und vielleicht als fast unlösbar erscheinende, aber doch historisch notwendige Aufgabe und Chance, diese Dialektik eben nicht falsch aufzuheben. Daß wir bisher noch keine nennenswerten Erfolge in der Vermittlung individueller Schwierigkeiten und Nöte mit unserer politischen Aktivität und Organisation hatten, darf uns dabei nicht entmutigen.

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 53, April 1969, 10. Jahrgang, Heft 1 der neuen Redaktion

Worte des Vorsitzenden Mao

Endlich ist das adäquate Ostermarschabzeichen für junge, vom Kurs der Alten abgekommene Sozialisten, Antikapitalisten, Revolutionäre, Studentenfunktionäre und SDSler da. Die Inhaltsangabe ist überflüssig; wenn dieses Heft erscheint, werden so gut wie alle Leser dieser Zeitschrift die Worte des Vorsitzenden besitzen, einige sogar einige Worte studiert haben, natürlich im roten Plastikeinband von Guozi Shudian. Das macht die Worte erst zum Abzeichen. Einige alerte SDSler haben sie in Tausenden von Exemplaren von Peking mit Pakistan Airlines kommen lassen, inzwischen kennt man ja die Verbindungen; die Zöllner haben ganz schön dumm geschaut, aber die Staatsanwälte haben immer am nächsten Tag für „durchlassen" entschieden.

„Genosse Mao Tse-Tung ist der größte Marxist-Leninist unserer Zeit." Mit diesem Wort fängt die Auswahl an. Dieser Satz ist ohne Zweifel richtig; immer mehr Sozialisten in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern erkennen seine Richtigkeit, und die Jungen, die zu Sozialisten werden, sind seit einem halben Jahr von Anfang an „Chinesen". Als ob sie spürten, daß Mao Tse-Tung der größte Marxist-Leninist unserer Zeit ist. Wie konnten die „Chinesen" diesen Siegeszug einleiten, sie, die doch so verketzert werden, auf die sich der Antikommunismus konzentriert hat, sie, die primitiv, atavistisch, abenteuerlich und gelb sind? Ohne Zweifel — da die wenigsten der neu zur antikapitalistischen Bewegung kommenden Jungen die Auseinandersetzung und die Widersprüche zwischen „traditioneller" sozialistischer und „chinesischer" Theorie aufzuarbeiten die Gelegenheit hatten — in einer primär unpolitischen Identifikation. Diese Identifikation aufzulösen und in eine politisch rationale Entscheidung zu überführen, ist dieser Band nicht geeignet. Es stehen so viele wunderschöne Sätze darin, wie man in der Peking Rundschau wunderschöne und einem ins Herz gehende Märchen und Volksweisheiten lesen kann. Aber damit führt man keinen revolutionären Kampf im eigenen Land; damit kann man sich nur trösten; das ist recht so, aber auch gefährlich. Es besteht aktuell die Gefahr, daß jeder dahergelaufene Student und jeder muntere Jugendliche nach dem ersten Mißerfolg oder nach dem ersten Erfolg der ersten politischen Aktion, an der er sich beteiligte, die Bibel aufschlägt und jeden anderen Interpreten „widerlegt". Noch vor einem halben Jahr hätte es niemand gewagt, auf einer SDS-Versammlung sich auf Mao mit einem Zitat zu berufen, heute geschieht es ständig, aber unter affektiertem Gelächter des Lesenden und der Hörenden. Jetzt müssen wir lernen, ihn richtig zu lesen: aus der Revolution der Dritten Welt zu lernen. Die Werke Mao Tse-Tungs sind unerschöpflich reich; er ist ganz gewiß der größte Theoretiker und der größte Revolutionär seit Lenin. Wir müssen seine Aufsätze ganz lesen.

Reimut Reiche

毛泽东

Erste Miniatur-Ausgabe 1968
Abb. in Originalgröße

aus: neue kritik 41/April 1967, S. 9/10

ROTER MORGEN

Zentralorgan der
Kommunistischen Partei
Deutschlands/Marxisten-Leninisten

3.Jg. Dez.68/Jan.69 50 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten gegründet

Am 31. Dezember 1968 konstituierte sich in Hamburg am 50. Jahrestag der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Angesichts der revisionistischen und unterwürfigen Politik der DKP/KPD gegenüber der Monopolbourgeoisie hatten sich überall in Deutschland die bewußten revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft und der Intelligenz zusammengefunden, um getreu der Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats fortzusetzen, den die Revisionisten in Ost und West verraten haben. Sie waren sich bewußt, daß nur eine konsequente revolutionäre Partei den monopolkapitalistischen Staatsapparat zerschlagen und dessen reformistischen und revisionistischen Handlangern Einhalt gebieten kann.

33 Delegierte aus allen Teilen Westdeutschlands und Westberlins berieten auf dem Gründungsparteitag über die nach Diskussion in den einzelen Gruppen vorgelegten Papiere: Erklärung zur Gründung der KPD/ML, Statut und Richtlinien für die einzelnen Kommissionen. Nach lebhafter Aussprache wurden die Entwürfe geringfügig geändert angenommen. Im Anschluß daran wählte der Parteitag die einzelnen Organe der Partei. Die KPD/ML, legitime Nachfolgerin der revolutionären Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns, war damit gegründet.

Erklärung zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Wie die Geschichte der Menschheit zeigt, führten stets die hart vor ihrem Untergang stehenden reaktionären Kräfte einen letzten Verzweiflungskampf gegen die revolutionären Kräfte, und es liessen sich wiederholt manche Revolutionäre eine Zeitlang dadurch irreführen, daß der innerlich Schwache äußerlich stark erscheint und sie erkannten nicht das Wesen der Sache, daß nämlich der Feind seiner Vernichtung, sie selbst aber ihrem Triumph entgegengingen (Mao Tse-tung).

Fortsetzung nächste Seite

Das internationale Proletariat und die internationalen revolutionären Kräfte stehen heute im Kampf gegen zwei Hauptfeinde: Den USA-Imperialismus und den Sowjetrevisionismus. Beide haben die Welt zur Unterdrückung und Ausbeutung der Völker in Einflußsphären untereinander aufgeteilt. Zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der Völker bedienen sie sich rücksichtslos ihrer gewaltigen Militärapparate. Die einen reden von "Freiheit" und "Demokratie", die anderen mißbrauchen das Wort Sozialismus zur Tarnung ihrer imperialistischen Ziele.

Trotz dieses imperialistischen Komplotts greifen die revolutionären Befreiungsbewegungen der Völker immer mehr um sich und versetzen den reaktionären Kräften in der Welt ständig härtere Schläge. Die revolutionären Erhebungen der für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen zwingen den USA-Imperialismus, seinen Militär- und Polizeiapparat ständig zu verstärken, um diese Bewegung auch im eigenen Land zu unterdrücken. Es zeigt sich immer deutlicher sein offen faschistischer Charakter.

Zur gleichen Zeit verstärken sich die Widersprüche auch im revisionistischen Lager. Die sowjetrevisionistische Führungsclique hat unter der Maske der Kritik an Stalin die Diktatur des Proletariats direkt angegriffen und sie in die Diktatur einer sich neu entwickelnden Bourgeoisie verwandelt. In ihren Beziehungen zu anderen Ländern unterscheidet sie sich nicht wesentlich von den USA-Imperialisten. Sie restauriert in der Sowjetunion offen den Kapitalismus und verstärkt ebenfalls ihren Militär- und Polizeiapparat, um ihre Vorherrschaft über die anderen Länder zu erhalten und die eigenen Volksmassen zu unterdrücken. Sie hat den proletarischen Internationalismus zugunsten des Großmachtchauvinismus verraten; sie hat das sozialistische in ein neokapitalistisches System verwandelt; damit offenbart sie immer deutlicher ihr sozialimperialistisches und sozialfaschistisches Gesicht. Durch den Verrat der revisionistischen Führungsclique am Marxismus-Leninismus haben die Sowjetunion und die KPdSU ihren Führungsanspruch innerhalb der proletarischen Weltbewegung verloren.

Im Gegensatz dazu hat die Kommunistische Partei Chinas unter Führung ihres Vorsitzenden Mao Tse-tung konsequent die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin schöpferisch angewandt und gegen alle Angriffe verteidigt. Genosse Mao Tse-tung hat die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats zusammengefaßt, den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt und ihn dadurch auf eine höhere Stufe gehoben. Die Große Proletarische Kulturrevolution unter der direkten Führung des Genossen Mao Tse-tung ist die konsequente Fortsetzung des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats im Kampf gegen die bürgerlich-revisionistische Linie.

Die Lehre Mao Tse-tungs stellt daher den Marxismus-Leninismus in der Epoche des endgültigen Untergangs des Imperialismus dar. Sie ist die stärkste Waffe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker in der ganzen Welt in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Sie versetzt die Völker der ganzen Welt in die Lage, ihren Kampf zu entwickeln, auszuweiten und siegreich zu führen.

Die nationale Lage Deutschlands ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein getreues Abbild der Weltlage. Während der westliche Teil Deutschlands zum Einflußgebiet des USA-Imperialismus gehört, gehört der östliche Teil zum Einflußgebiet des sowjetischen Sozialimperialismus. Die herrschende Klasse in Westdeutschland verschärft mehr und mehr ihren Terror gegen das Volk. Notstandsgesetze, Einsatz von Schußwaffen und Tränengas gegen Demonstranten sowie Schutzhaftbestimmungen sind die Mittel, mit denen die herrschende Klasse ihre angeschlagene Stellung zu retten versucht. Während die Bourgeoisie ihre Profite ständig steigert, halten die Lohnerhöhungen für die Arbeiterklasse nicht einmal mit den Preis- und Mieterhöhungen Schritt. Die der Bourgeoisie hörige Führung der Gewerkschaften fordert die Arbeiterklasse zur "Mitbestimmung" an der Profitsteigerung der Monopolbourgeoisie auf, um die Arbeiterklasse von ihren Klasseninteressen abzulenken, die Klassengegensätze zu verschleiern und den Klassenkampf abzuwürgen.

In der DDR, auf die sich zum Zeitpunkt ihrer Gründung die hoffnungsvollen Blicke des westdeutschen und internationalen Proletariats richteten, ist durch die Führungsclique der SED die Weiterführung des Klassenkampfes verhindert worden. Sie hat versäumt, die alte Bourgeoisie restlos zu zerschlagen und hat es zugelassen, daß sich eine neue Bourgeoisie etabliert: Statt Klassenkampf - Ökonomismus. Statt ideologischer Revolutionierung der Massen - Bürokratismus und Förderung bürgerlichen Denkens. Darüber hinaus hat sie die nationalen Interessen der deutschen Arbeiterklasse in zunehmendem Maße an die sowjetischen Sozialimperialisten verkauft und schreckt nicht einmal davor zurück, sich an deren militärischen Abenteuern zu beteiligen.

Beide, die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die in Ostdeutschland herrschenden Kreise, verraten die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes, sie haben sie dem Streben des USA-Imperialismus und Sozialimperialismus der sowjetischen Führungsclique nach Weltherrschaft zum Opfer gebracht. Weder die Bonner noch die Ostberliner Regierung haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Deshalb ist die proletarische Revolution in ganz Deutschland eine objektive Notwendigkeit.

Nach 1945 formierte sich die KPD auch in Westdeutschland als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse mit dem Ziel eines einheitlichen sozialistischen Deutschlands. Nach Gründung der SED in Ostdeutschland entstand die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD. Die im Ansatz positive Zusammenarbeit wurde später in ihr Gegenteil verkehrt, als die bürokratischen Methoden der SED auch auf die KPD übertragen wurden und die innerparteiliche Demokratie zerstörten.

Die personelle und materielle Abhängigkeit des KPD-Apparates von der SED führte dazu, daß die KPD sich in gleicher Weise wie die SED auf einen revisionistischen Kurs begab. Statt die revolutionäre Tradition der KPD weiterzuführen und den Revisionismus der SED-Führungsclique zu verurteilen, machte sich die KPD-Führung diese Linie zu eigen. Damit verlor die KPD die Berechtigung, als Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse aufzutreten. Dieser Verrat zeigt sich in noch stärkerem Maße in der Gründung der DKP. Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat eine Partei, die sich kommunistisch nennt, ihre Gründung der Absprache und Zusammenarbeit mit dem reaktionären bürgerlichen System zu verdanken.

Ohne die Führung durch eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.

NUMMER 1 APRIL-MAI 1970

ROTE FAHNE

ORGAN DER STADTTEILKOMITEES DER KPD-AUFBAUORGANISATION

AUFRUF ZUM 1. MAI

ES LEBE DER KAMPF DER ARBEITERKLASSE!

Im Jahre 1889 beschloß der internationale Arbeiterkongreß in Paris, das gesamte Proletariat unter der gemeinsamen Forderung nach dem Achtstundentag zu vereinen. Der 1. Mai 1890 wurde als allgemeiner Kampftag der Arbeiterklasse ausgerufen, an dem sie ihre Entschlossenheit demonstrieren sollte, den Kampf gegen ihre Ausbeuter bis zu deren Untergang zu führen.

Die Geschichte des 1. Mai ist aber zugleich die Geschichte des Versuchs der Kapitalisten und ihrer Lakaien, die Kampfbereitschaft des internationalen Proletariats zu schwächen und seine Vereinigung zu verhindern: So forderte 1915 der Vorstand der SPD die Arbeiter auf, am 1. Mai auf Arbeitseinstellungen und Demonstrationen zu verzichten. Am 1.Mai 1929 demonstrierten die Berliner Arbeiter trotz Verbot durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel gegen Ausbeutung, Hunger und Faschismus. 33 Arbeiter starben unter dem Kugelhagel der Polizei. Genau 4 Jahre später riefen dann die rechten Gewerkschaftsführer die Arbeiter auf, unter den Fahnen Hitlers zu marschieren.

Die Umwandlung der Polizei in eine Bürgerkriegsarmee und die Verabschiedung der Notstandsgesetze sind nicht zu trennen von den Massenstreiks und Massenaktionen der Arbeiter in den 50er Jahren, die dem Kampf für die Mitbestimmung, gegen die Wiederaufrüstung, gegen die Montan-Union und gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz galten. So gingen am 1. Mai 1952 Millionen von Arbeitern auf die Straße, um das Verbot der Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu fordern.

Die Arbeiterklasse muß ihren Kampftag jedoch nicht nur gegen die Maßnahmen der Kapitalisten verteidigen, sie muß auch die revolutionäre Stoßrichtung ihres Kampfes gegen die revisionistischen und reformistischen "Arbeiterparteien" und gegen die immer offener den Interessen des Kapitals dienenden Gewerkschaftsapparate durchsetzen.

Die Gewerkschaftsbürokratien verraten in immer stärkerem Maße die Interessen der Arbeiterklasse

In den vergangenen Jahren haben die Westberliner Gewerkschaftsspitzen zusammen mit dem Westberliner Senat versucht, den Kampftag der Arbeiterklasse zum Tag der Einheit der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse verkommen zu lassen. Auf den 1. Mai-Kundgebungen vor dem Reichstag versuchte der DGB Westberlin zusammen mit den Vertretern des kapitalistischen Staates unter Führung der SPD, durch Parolen wie "Freiheit, Friede, Demokratie" den Klassencharakter unserer Gesellschaft zu verschleiern und die Volksgemeinschaft zu propagieren. Dieser Versuch, die Arbeiterklasse von ihren Interessen abzulenken, war jedoch zum Scheitern verurteilt.

Die Gewerkschaftsbürokratien in der Bundesrepublik und Westberlin sind unfähig, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Die "konzertierte Aktion", die Lohnleitlinien und das Stabilitätsgesetz sind nichts anderes als der Versuch, über die Köpfe der arbeitenden Massen hinweg die Gewerkschaftsapparate zu willigen Dienern des Kapitals zu machen. Die Septemberstreiks haben gezeigt, daß die Arbeiter nicht mehr den Lohn bekommen, der dem Wert ihrer Arbeitskraft entspricht, wenn sie es den Gewerkschaftsführern überlassen, ihren Anteil in "Spitzengesprächen" auszuhandeln. Die Arbeiter haben im letzten September darauf die richtige Antwort gegeben: sie haben ihre Forderungen ohne und gegen diejenigen durchgesetzt, die von sich behaupten, die vertraten die Interessen der Arbeiter. Die ultrareaktionäre Westberliner DGB-Spitze bemerkt, daß sie ihren Einfluß auf die Arbeiter immer mehr verliert und sieht sich deshalb gezwungen, dieses Jahr ihre Reklameschau für Sozialpartnerschaft im Rahmen einer Gewerkschaftskundgebung ohne direkte Beteiligung der Kapitalisten abzuziehen. Der heuchlerische Versuch der Westberliner Gewerkschaftsführung, dieses Jahr wieder vom Kampftag der Arbeiter zu reden, ist ein zu offensichtliches Manöver, ihre wahre Rolle zu verschleiern. Wenn in dieser Situation die SEW zur Teilnahme an der DGB-Demonstration aufruft, so zeigt dies erneut ihre revisionistische Haltung. Wir dürfen auf die hinterhältige Taktik des Westberliner DGB nicht hereinfallen, sondern müssen am 1.Mai den Verrat der Gewerkschaftsbürokratien entlarven.

Die Kapitalisten machen immer unverschämtere Versuche, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen

Die Arbeiter sind in allen Betrieben einer immer stärkeren Ausbeutung ausgesetzt.

Mit der allgemeinen Einführung der sogenannten objektiven Methode zur zeitlichen Bemessung der Arbeitsleistungen, wie z.B. Work-Factor, muß sich das Kapital, bei gleichbleibender Länge des Arbeitstages seit über 50 Jahren in Deutschland, die Möglichkeit zur weiteren Verschärfung der Ausbeutung sichern. Durch Gutachten aus den Reihen der vom Monopolkapital gekauften Wissenschaft gestützt, erfährt die Lohnarbeit eine bisher nicht gekannte Intensivierung. Damit erreicht das Kapital die höchste Form der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und sichert sich nach dem Rückgang des Exportbooms maximale Profite. Die verschiedenen Abteilungen des Proletariats, wie Männer, Frauen, ausländische Arbeiter werden gegeneinander ausgespielt; mit allen Mitteln versuchen die Kapitalisten, die Vereinigung der Arbeiter zu verhindern.

Diesem Versuch der Spaltung und Disziplinierung des Proletariats entspricht auch die Einführung des Berufsbildungsgesetzes. Gleichzeitig verschärft sich die politische Unterdrückung der Arbeiter in den Betrieben. Wer sich der Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzt, stört den "Betriebsfrieden" und fliegt raus.

Die dauernden Preissteigerungen haben zur Folge, daß die Preise den Löhnen ständig vorauseilen. Während die Kaufkraft der Arbeiter durch die Preiserhöhungen beschnitten wird, und außerdem die Renten entwertet werden, steigen die Profite der Kapitalisten ins Unermeßliche. In ihren Wohnungen sind die Arbeiter den Schikanen und dem Mietwucher der Hausbesitzer ausgesetzt.

Die Forderung nach drastischer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, ist, ausgehend von der bisher nicht gekannten Verschärfung der Ausbeutung, eine einschneidende Forderung für und durch das ganze Proletariat.

Bis zur kämpferischen Durchsetzung dieser Forderung, die die Fraktionen und Schichten des Proletariats vereint, muß der Kampf, von dieser Forderung angeleitet, für den Wegfall der Lohndifferenzen und der Arbeitsplatzdiskriminierung bei Frauen und Ausländern geführt werden.

Der Aufbau der Kommunistischen Partei des Proletariats ist die richtige Antwort auf die kapitalistische Unterdrückung

Wenn die Arbeiterklasse den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen aufnimmt, und den Kampf für ihre Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung überhaupt, so muß sie sich vom ersten Tag dieses Kampfes an Rechenschaft darüber ablegen, mit welchen Mitteln es ihr gelingen wird, die Diktatur der Bourgeoisie zu stürzen. Sie muß sich darüber Klarheit verschaffen, daß es nur mit einer revolutionären Partei möglich ist, den Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat zum Sieg zu führen und die Diktatur des Proletariats aufzubauen. Der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei ist daher für die Arbeiterklasse das Hauptziel der kommenden Etappe.

Die Forderungen, die wir am 1. Mai dieses Jahres erheben, sind Forderungen des ganzen Proletariats; seine revolutionären Teile und Fraktionen machen sie sich zuerst zueigen, um sie auf der Straße zu propagieren. Sie tun dies in dem Vertrauen, daß die Propaganda einheitlich und dauerhaft sein wird, denn diese Forderungen berühren die Lage der gesamten Klasse. Sie tun dies aber auch mit dem Ziel, in der nächsten Zeit alles, was in ihren Kräften steht, dafür einzusetzen, daß mit der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse das Mittel in die Hand gegeben wird, mit dem sie den Sieg über alle Feinde erringen und ihre eigenen Interessen verwirklichen wird.

GROSS-VERANSTALTUNG
29. APRIL in der Hasenheide um 20 Uhr
«NEUE WELT»

DEMONSTRATION am 1. MAI
U-Bahnhof «Karl Marx-Strasse»
Süd-Ausgang (Woolworth) — 10 Uhr 45
Schlusskundgebung 13Uhr
(Hohenstaufenplatz)

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands Marxisten Leninisten KPD/ML

Juli 1970 Nr.1 1.Jahrg. erscheint 14 tägig Preis 0,50

Die Partei erstarkt

Zentralbüro der KPD/ML geschaffen

Die Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten - Leninisten ist die einzige Partei in Deutschland, die komromißlos die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Zwischen sich und der reformistischen DKP/KPD (bzw. SEW in Westberlin) hat sie einen klaren Trennungsstrich gezogen: Die DKP/KPD/SEW kämpft lediglich für Reformen innerhalb des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems (und das oft noch nicht einmal konsequent !). Damit wird sie zum Arzt am Krankenlager des Kapitalismus. Die KPD/ML kämpft nicht nur für Reformen, die die Lage der Arbeiterklasse verbessern, sondern vor allem für die endgültige Beseitigung des gesamten kapitalistischen Systems. Andererseits grenzt sich die KPD/ML aber auch gegen die ultra"linken" Gruppierungen ab, die eine abenteuerliche und sektiererische Politik betreiben. All diese opportunistischen Kräfte versuchen die Arbeiterbewegung aufzuhalten oder zurückzuzerren. Ihre Politik läuft den Interessen aller Werktätigen zuwider, wenn sie auch mit Worten auf Seiten der Arbeiterklasse stehen und ständig Lippenbekenntnisse für den Kommunismus abgeben. In Wirklichkeit haben sie die kommunistische Lehre, den Marxismus - Leninismus völlig verfälscht.

Viele Leute reden immer von der Zerfleischung der linken Bewegung wenn es zu Auseinandersetzungen über verschiedene Fragen der Politik kommt. Sie meinen, solche Auseinandersetzungen würden die Kraft der Bewegung mindern. Das Gegenteil ist der Fall: Der Marxismus hat sich seit jeher im Kampf gegen falsche Ansichten entwickelt. Zwar kann die Bewegung, oder wenn der Kampf im Rahmen der Partei stattfindet, die Partei, für die Zeit der schärfsten Kämpfe vorübergehend an Kampfkraft verlieren - durch die klare Abgrenzung gegenüber allen falschen Ansichten, durch die im Kampf gegen falsche Ansichten gestählte Einheit, wird die Partei an Kraft gewinnen. Das ist es, was Genosse Stalin mit dem Satz beschreibt:

"Die Partei wird dadurch gestärkt, daß sie sich von opportunistischen Elementen säubert."

Unter dem Einfluß der kleinbürgerlichen Studentenbewegung hatte sich innerhalb der KPD/ML eine Fraktion gebildet, die versucht hat, die KPD/ML zu einer kleinbürgerlichen Studentenpartei zu machen. Sie wollten die Entwicklung der KPD/ML zu einer wirklichen Partei der Arbeiterklasse aufhalten, sie in eine "philosophische Schule" verwandeln. Während die proletarischen Revolutionäre an ihrer Vorstellung von der Partei des Kampfes festhielten, gingen die kleinbürgerlichen Kräfte (Studenten und Intellektuelle) mit ihrem Konzept hausieren, daß die Partei hauptsächlich "theoretisch" arbeitet. Obwohl diese kleinbürgerlichen Kräfte niemals die Mehrheit der Parteimitglieder auf der Grundlage ihrer bei der Studentenbewegung entliehenen Theorien vereinigen konnte, ist es ihnen dennoch gelungen, die wichtigsten Zentralstellen der KPD/ML zu besetzen: Das Zentralkommitee und das Zentralorgan. Sie haben das Zentralkommitee in ein bürgerliches Zentrum verwandelt, das Zentralorgan zu ihrer Haus- und Hofpostille gemacht.

Damit standen die proletarischen Revolutionäre vor der Aufgabe, die kleinbürgerlichen Elemente innerhalb der Partei völlig zu isolieren und neue proletarische Zentralstellen der Partei zu schaffen.

Am ersten Juli wurde das Zentralbüro der KPD/ML geschaffen. Das Zentralbüro ist das proletarische Zentrum der Partei. Die erste Nummer des neuen Zentralorgans ("Rote Fahne") liegt bereits vor. Sie wird vom Zentralbüro der KPD/ML herausgegeben.

Uberall entstehen Betriebsgruppen und Betriebszellen der Partei, auf allen Ebenen wird die Propagandaarbeit noch mehr verstärkt. Doch ohne eine zentrale Leitung kann man keine einheitliche Agitprop-Arbeit machen. Ohne einheitliche Agitation und Propaganda, ohne Massenarbeit ist der Aufbau der Partei unmöglich.

Eine einheitliche Partei kann man nur auf der Grundlage einheitlicher Ansichten aufbauen. Ohne die Einheit der Ansichten der Parteimitglieder kann man keine wirkliche organisatorische Einheit herstellen.

Um diese Einheit des Willens und des Handelns aller Mitglieder der Partei herzustellen, braucht man ein starkes Zentrum, was innerhalb und außerhalb der Partei Autorität besitzt. Ohne das ist es unmöglich, eine wirklich einheitliche Partei aufzubauen, wie sie die Arbeiterklasse im Kampf benötigt. Es könnte höchstens eine formlose, ideologisch verwirrte Organisation entstehen, die den Namen Partei nicht verdient.

Die KPD/ML zu einer einheitlichen Kommunistischen Partei zu machen, die der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse ist, das ist die Aufgabe des ZB.

Das Zentralbüro der KPD/ML schafft die ideologischen, politischen und organisatorischen Voraussetzungen für den 1. Parteitag der KPD/ML. Das ZB baut die Partei auf nationaler Ebene von oben nach unten auf und leitet die gesamte praktisch-revolutionäre Tätigkeit der Partei. Das Zentralbüro kämpft für die Einheit der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung und führt damit verbunden einen scharfen ideologischen Kampf gegen alle "links"- und rechtsopportunistischen Strömungen innerhalb und außerhalb der Partei.

Das sind zusammengefaßt die Aufgaben des Zentralbüros. Seine Aufgaben sind schwer, aber davon, wie es versteht, die Aufgaben zu lösen, wird es abhängen, welchen Charakter die Partei annimmt, wie schnell der Aufbau voranschreitet.●

Zentralorgan der KPD/ML
Herausgeber:
Zentralbüro der KPD/ML
463 Bochum, Bongardstr.13
Tel.:02321/12678

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH ! 1. JAHRGANG NR. 5/1970

Rote Fahne

Nov. '70 Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Preis -. 40

DIE POLITIK DER ULTRARECHTEN:

KORRUPTION UND TERROR

- Schmiergelder für Abgeordnete
- Faschistenbanden terrorisieren Würzburg
- Ultrarechte, Klerus, Monopolkapital Hand in Hand
- Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte gegen den Ultrarechtsblock

Dem FDP-Abgeordneten Geldner wurde von einem Mitglied der sogenannten Nationalliberalen Aktion für den Fall eines Austritts aus seiner Partei insgesamt über 400 000 DM angeboten. CSU-Strauß hat im Falle eines Fahnenwechsels Geldners zum ultrarechten Block diesem auf mehrere Jahre ein Bundestagsmandat fest zugesagt. Geldner ging zum Schein auf die Angebote ein, um die längst üblichen, aber verdeckten Bestechungsversuche der Ultrarechten endlich beweisen zu können.

Der Fall Geldner hat wie ein Blitz die politische Bühne Westdeutschlands erhellt. Jetzt sind klare Beweise für die Korruption, den moralischen Verfall und den parlamentarischen Betrug der Monopolbourgeoisie ans offene Tageslicht gekommen. Gerade der ultrarechte Block, die Strauß, Barzel, Zoglmann und von Thadden reden so gerne von Recht und Ordnung, von Ehre, Treue und Deutschtum. Für die Strauß & Co. gehören Bestechung, Terror, Volksbetrug und das Verprassen von Steuergeldern und Arbeitergroschen zu Korruptionszwecken zu Recht und Ordnung. Der politische Sumpf, in dem sich die Ultrarechten suhlen, ergreift immer größere Teile des Großbürgertums und nimmt zunehmend schmutzigere Formen an.

Kirchliche Würdenträger geben diesem politischen Sumpf und dieser moralischen Fäulnis ihren Segen. Wie anders ist es sonst zu verstehen, wenn Bayerns Bischöfe in einem Hirtenbrief zur jetzigen bayrischen Landtagswahl ihren Gläubigen ans Herz legten, eine christliche Partei zu wählen. Wieder einmal zeigt sich, wie weit rechts von Demokratie und Fortschritt ein finsteres Komplott zwischen Bourgeoisie, Klerus und Börse geschmiedet wird. Daß die Rechtsgefahr ständig zunimmt, dafür gab die faschistische Aktion in Würzburg ein warnendes Beispiel. Am 31. 10. 1970 sammelten sich verschiedene rechtsradikale und faschistische Gruppierungen unter der Führung von NLA, NPD und anderen vom ultrarechten Block, um gegen Demokratie und Fortschritt zu Felde zu ziehen. Die Ultrarechten und Faschisten, die uniformiert und in Kampfanzügen waren, gingen brutal gegen Würzburger Bürger vor.

In den vergangenen zwei Monaten führten die Metallarbeiter in der ganzen Bundesrepublik einen machtvollen solidarischen Kampf gegen die Metallbosse. Lesen Sie dazu die Berichte unserer Arbeiterkorrespondenten auf Seite 3 und den Rückblick auf die Metall-Tarifbewegung auf Seite 5.

Es zeigt sich deutlich, daß der ultrarechte Block alle nur erdenklichen Mittel anwendet, um an die Macht zu gelangen. Hier tritt Strauß mit demagogischen Reden auf, dort werden Abgeordnete mit Hunderttausenden von Mark zu bestechen versucht, hier predigen ihre geistlichen Diener dem Volksbetrug das Wort, dort greifen die Faschisten zu offenem Terror. Im ultrarechten Block sind alle jene Mächte vertreten, die Ausbeutung, Unterdrückung, Imperialismus, Revanchismus und Militarismus auf ihre Standarte geschrieben haben. Diese Mächte haben schon einmal in einem unseligen Pakt Deutschland an den Rand des Untergangs geführt. Wie damals steht auch heute hinter den Ultrarechten und Faschisten das Monopol- und Rüstungskapital. Hitler konnte einst seinen Durchstoß nur deshalb erringen, weil die Industriellenclubs ihm Geld und Zustimmung gaben. Was macht Strauß heute? Gegen Ende 1969 hielt er ein Treffen mit Großindustriellen wie Quandt, Flick, von Kuenheim usw. ab, um von ihnen persönliche und finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Es ist also klar, wer hinter Strauß und dem ganzen ultrarechten Block steht: die profitgierigsten und skrupellosesten Teile der Monopolbourgeoisie. Gegen diese geschworenen Feinde des werktätigen Volks gilt es, alle demokratischen Kräfte in der Aktionseinheit von Kommunisten, DKP- und SPD-Mitgliedern und Parteilosen zusammenzuschließen. In allen Städten und Gemeinden muß diese Aktionseinheit der demokratischen Kräfte die Ultrarechte Gefahr abwehren. Besonders die Kommunisten sind verpflichtet, solche Aktionseinheiten zustande zu bringen und zu unterstützen, um die ultrarechten Vertreter des Monopolkapitals überall dort zu schlagen, wo sie auftreten.

An die Leser:

Rote Fahne im Vormarsch

Unter Anspannung aller Kräfte, unter großen finanziellen Opfern unserer Organisation und unserer Freunde ist es uns gelungen, die ROTE FAHNE in Zeitungsformat drucken zu lassen. Das hängt zusammen erstens mit der raschen Vergrößerung unserer Auflage, vor allem im laufenden Jahr, und zweitens mit den verdoppelten Anstrengungen unserer Genossen und Sympathisanten. Die ROTE FAHNE ist fest in den Betrieben und Stadtteilen verankert. Sie ist zum echten Propagandist, Agitator und Organisator für den Kommunismus in ganz Westdeutschland geworden. Aber sie will sich deshalb auf keinen Lorbeeren ausruhen. Die ROTE FAHNE wird weiter vorwärts marschieren. Unterstützt auch in Zukunft die ROTE FAHNE durch Wort und Tat! Tragt mit dazu bei, daß die ROTE FAHNE als Stimme der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte weitere Erfolge erringt.

Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Herausgeber ZK der KPD, verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Christian Semler
5000 Köln 1, Kamekestraße 19,
Rühl-Druck, Krefeld

Letzte Ausgabe

11.Jg./Nr.6 19.3.1980

Erscheint im Verlag Rote Fahne GmbH, Redaktion und Vertrieb: 5000 Köln 1, Kamekestr 19, Tel. 02 21 / 52 89 59, RF-Büro Bonn: Heussallee 2-10, Pressehaus I, Raum 32, Tel. 0 22 21 / 21 95 44.

G2010D

3. Parteitag der KPD:

Auflösung beschlossen

Persönliche Stellungnahmen von Delegierten des Parteitags

Eine heilsame Krise

Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Krisenentwicklung der bürgerlichen Weltanschauung in Westeuropa, USA, Japan usw. und der neu-bürgerlichen Weltanschauung in Osteuropa befindet sich auch der Marxismus in einer ernsten Krise.

Im Angesicht der sowjetischen Entwicklung ist er besonders in Europa, Nordamerika, Japan (für mich ausdrücklich anders als in China und auch in anderen Teilen der Dritten Welt) nicht auf der Höhe der Zeit, nicht auf der Höhe der Aufgaben, vor denen er steht. Angesichts des Fehlens konkreter Freiheit in den osteuropäischen Klassengesellschaften und angesichts einer treffenden marxistischen Kritik der osteuropäischen Entwicklung und Verhältnisse, fehlt ihm der mitreißende Entwurf einer gesellschaftlichen Alternative für die industriell entwickelten Länder.
Hier hat gerade die Schwäche der westdeutschen Linken einen wesentlichen Grund. Daß die gesellschaftliche Alternative durch die Wirklichkeit der DDR Tag für Tag neu diskreditiert wird, verhilft dem 'herrschenden Block' in der BRD zu einer Stabilität, die ganz im Gegensatz zu den inneren Krisenerscheinungen steht. Fast zeigt sich eine Tendenz dahin, daß die Herrschenden in vielem nicht mehr weiterkönnen; daß aber viele der Beherrschten noch keine Alternative wollen, weil sie nicht sehen, worin sie bestehen könnte.

Werner Heuler

Überlegungen nach dem Parteitag

In diesem Jahr bin ich 20 Jahre lang politisch tätig. Meine 'Abwendung von der Sozialdemokratie' konnte noch nicht mit dem Etikett 'linksradikal' belegt werden, das war der SDS der 50er Jahre nicht. Es war die Hoffnung auf eine sozialistische-kommunistische Zukunft, über die erst nachzudenken war. Dieses Nachdenken hatte den elementaren Fehler, sich *neben* der Arbeiterklasse zu vollziehen. Das 'revolutionäre Subjekt', das zum Umsturz der Verhältnisse notwendig war, und beim Niedergang des SDS 'entdeckt' wurde, hatte schließlich mehrerlei Gestalt (Intelligenz, revolutionäre Völker, Arbeiterklasse) — aber nichts war wirklich in all seinen Widersprüchen bekannt. Ebsowenig die revolutionäre Theorie: sie war weder damals, ist heute nicht und wird niemals sein ein 'in sich abgeschlossenes System', nicht im Denken ihrer Urheber, nicht in der Wirklichkeit. Sich einer bestimmten *Interpretation* der marxistischen Theorie anzuschließen, gleich welcher Partei (der KI oder danach), war der Grundfehler, führte uns dazu, das Verhältnis von Theorie und Praxis falsch zu bestimmen, ist verantwortlich für die Fehler im Aufbau der Partei, für ihr Verhältnis zur Klasse und zu den Volksmassen. Dies gilt es, nicht mehr zu wiederholen.

J.Horlemann

Presseerklärung:

Auf dem Dritten Parteitag hat sich die KPD aufgelöst.
Dies war ein notwendiger Schritt angesichts des Scheiterns unseres Versuchs, einen führenden Kern für die Kommunistische Partei im Alleingang und ohne wirksamen Rückbezug auf die reale Entwicklung der Klassenkämpfe und die politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung aufzubauen. Wir waren erfolglos, weil wir gegenüber den Herausforderungen, die die Entwicklung des 'realen Sozialismus' wie die neu aufgetretenen Widersprüche in den kapitalistischen Ländern für die Kommunisten heute darstellen, keine überzeugenden Antworten fanden.
Mit vielen Genossinnen und Genossen der ehemaligen KPD bin ich der Meinung, daß der Aufbau einer revolutionär-proletarischen Partei in unserem Land notwendig ist. Der Aufbau dieser Partei wird das Werk unterschiedlicher revolutionärer Kräfte und das Ergebnis einer langdauernden, eng mit den Klassenkämpfen verbundenen Anstrengung sein. Hierzu möchte ich beitragen.
Mit vielen Genossinnen und Genossen — nicht nur der ehemaligen KPD — will ich mich weiter einsetzen für den weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus, besonders gegen die aggressive und expansionistische Sowjetunion, will ich für die Interessen der Arbeiter und Werktätigen eintreten und für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland streiten.

Christian Semler
9 3 1980

Zitate von den Seiten 6 und 8

Gewaltfrage und Rote Armee Fraktion

Schon während der aktionistischen Studentenbewegung ist darüber gestritten worden, ob und wieweit Gewalt ein Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen sein kann. Diese Frage spielte auch in der Umbruchphase, in der die APO seit 1968 steckte, eine Rolle: zum einen war die APO mit sehr viel staatlicher Gewalt konfrontiert worden, zum andern stellte man bei der Beschäftigung mit historischen Revolutionen und Revolutionstheorien fest, daß im Prozeß revolutionärer Veränderungen Gewalt immer eine Rolle gespielt hatte. Auch die aktuellen Befreiungskämpfe in der Dritten Welt und der Kampf der nordamerikanischen Black Panther-Party wurden zur Rechtfertigung der eigenen Militanz-Konzepte herangezogen.

Die Debatte wurde sehr kontrovers geführt. Rudi Dutschke sagte 1967, daß ein "prinzipieller Pazifismus...in der Dritten Welt eine Identifikation mit der Konterrevolution" bedeute - daß dies aber "keine Akzeptierung der Notwendigkeit revolutionärer Gewalt in den Metropolen" bedeute: "Wir haben eine prinzipielle Differenz in der Anwendung der Methoden in der Dritten Welt und in den Metropolen" (in: Das Ende der Utopie, 1967, S. 148).

Trotzdem machte ein kleiner Teil der APO ernst: die erste Generation der Roten Armee Fraktion (RAF), u.a. Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Horst Mahler, Gudrun Ensslin, ging nach der Befreiung Andreas Baaders am 14. Mai 1970 in den Untergrund: sie erklärte dem Staat den bewaffneten Kampf. Ihre Mittel waren andere als die der Maoisten, aber an einem Punkt hatten sie ähnliche Vorstellungen: sie wollten "dem Volk dienen".

Schon im Juni 1970 wurden wichtige Personen der ersten RAF-Generation verhaftet, u.a. Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Holger Meins, Jan Raspe und Gudrun Ensslin, die Infrastruktur der Gruppe war dadurch aber nicht zerschlagen. Im Mai 1972 machte die RAF eine ganze Reihe von Anschlägen, z.B. auf das Hauptquartier des 5. US-Armee-Corps in Frankfurt, auf das in Heidelberg stationierte europäische Hauptquartier der US-Armee, aber auch auf Polizeipräsidien, das Hamburger Springer-Hochhaus und einen Richter des Karlsruher Bundesgerichtshofes, der nur zufällig überlebte, dessen Frau aber schwer verletzt wurde.

Lange Jahre konfrontierten die RAF und nachfolgende militante Gruppen sowohl den Staat als auch die legale Linke mit ihrer Politik: sie machten Anschläge, ermordeten oder entführten Menschen ("Feinde des Volkes"), beschäftigten die legal arbeitenden Gruppen mit ihren Konzepten und Kommandoerklärungen, sie selbst wurden in den Gefängnissen Opfer unmenschlicher Haftbedingungen.

Der Staat rüstete im Kampf gegen die im Untergrund lebenden Gruppen seinen Polizeiapparat auf, verschärfte Gesetze und führte bundesweite Fahndungsaktionen durch. Kritikern ging dies zu weit, doch wenn sie sich öffentlich, wie etwa Heinrich Böll im *Spiegel*, gegen die Aufrüstung des Staates aussprachen, wurden sie als "Sympathisanten des Terrors" beschimpft. Besonders die Springer-Presse inszenierte eine Schlammschlacht gegen alle diejenigen, die sich kritisch mit den Maßnahmen des Staates auseinandersetzten.

Im folgenden dokumentieren wir einige Texte aus der militanten Szene, die es vor der RAF gab, die erste Erklärung der RAF von 1970 sowie drei Artikel, die sich kritisch mit der RAF und dem Konzept des bewaffneten Kampfes auseinandersetzen. Der letzte stammt von Erich Fried und ist anläßlich der Entführung des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer geschrieben worden. Bei der Entführung sind der Fahrer sowie drei Sicherheitsbeamte erschossen worden. Schleyer wurde später ermordet.

der Stein bestimmt das Bewusstsein

1.Wir haben Steine geworfen,das war richtig,weil sie gelogen sind.
2.Dadurch ist Wahler nicht freier gesprochen worden.Die verletzten Polizisten haben Schmerzensgeld oder freie Tage bekommen und tun schon längst wieder Dienst.
3.Weil das so ist,brauchen wir uns nicht zu rechtfertigen.Haufig genug sind wir zusammengeschlagen worden und viele waren noch empört über die Brutalität der Polizei.
4.Mit dieser Empörung ist jetzt Schluss.
Brutalität seitens der Polizei ist so selbstverständlich wie die der Politiker und der verbündeten Springerpresse.Das haben die,die Steine warfen,begriffen.
5.Argumente sind keine Steine,aber Steine sind Argumente.Wir rechnen damit,verdroschen zu werden,aber wir halten keine Schlägermethoden für die Lösung politischer Probleme.Je mehr hoch,damit Polizisten sich wissen was wir meinen,bevor sie anfangen zu knüppeln.

6.Viele sind durch die Erfolglosigkeit unserer politischen Aktivitäten der letzten Zeit so frustriert (die schlappen liberalen Zugeständnisse des Senat sind nur taktischer Natur),daß sie jede Angst verloren haben.Die Rocker haben sie schon lange nicht mehr,weil sie wissen,daß jedes Abenteuer in dieser Gesellschaft kriminell ist.Wir aus mehr als bürgerlichen Hause lernen viel zu spät, daß auch jede aktive politische Eingreifen, gleich welcher Art,ung der Klassenjustiz ausgeliefert.
7. Darum war die anschließende Gewaltdiskussion,die der SDS sich aufzwingen liess,falsch.
Vor kurzer Zeit waren noch Pudding,Tomaten, Sit-ins Gewalt.Ernste Leute haben schon damals genauso wie heute diskutiert.Als Gewalt wird alles bezeichnet,das die Kontinuität der Klassenherrschaft selbst geringfügig stort. Seien es Tomaten oder Steine.Über die diffenzierte Gewalt der Herrschenden diskutieren wir doch auch schon längst nicht mehr.Wo kämen wir da auch hin.Ob vielleicht die spitze Feder eines Schreibtischmörders mehr Gewalt bedeutet als sein sanfter Filzschreiber ?

dadurch zum Tanzen zwingen.

Man muß diese versteinerten Verhältnisse

ihre eigene Melodie vorsingt!
Marx

daß man ihnen

8.Vielmehr als die Polizisten brachten die Steine die Apo durcheinander.Dabei ist,siehe oben, das Werfen leicht zu erklären.Aber einige im SDS wissen alles theoretisch verlängern,so auch diese Aktion vor den Landgericht.Auseinandersetzungen mit der Polizei können so aussehen,wir sind doch nicht im Theater,wo erst ein Modell erprobt wird,das dann zu verschiedenen Zeiten auf verschiedenen Plätzen wiederaufgeführt werden kann.
Modellcharakter dieser Aktion ist überhaupt nicht begriffen,wenn geglaubt wird,sie liefse sich auch inszenieren.Das ist verschiedentlich versucht worden und es lief immer schief,wenn irgendjemand von hinten schrie,macht doch da vorne was.

9.Die Spontaneität dieser Aktion ist überhaupt nicht begriffen,wenn geglaubt wird,sie liefse sich auch inszenieren.Das ist verschiedentlich versucht worden und es lief immer schief,wenn irgendjemand von hinten schrie,macht doch da vorne was.

12. An Paris gedacht und nur die Steine der Meuterei in die Hand genommen,meist schon eine ganze Menge vergessen.Wird,in Ermangelung anderer Aktivitäten,dies als "neue Stufe " der Auseinandersetzungen propagiert(feiert man sich also nur selbst),heist das auch,die junge noch nicht lange aktive Linke der Illusion auszusetzen, die heftigere Auseinandersetzung mit der Polizei bedeute die Verschärfung des Klassenkampfes auf einen sichtbaren Erfolg hin.Sie bedeutet zunächst aber nur,das sich die Polizei besser ausrüstet.Die Illusion eines in der nächsten Zeit möglichen Erfolges auf der Strase liefert die genossen einer Frustration aus, die sie auf die Dauer apolitische macht. Das zu verhindern wäre die nächste Aufgabe, nicht ihnen einfach mehr Steine in die Hand zu drücken,sondern neue Möglichkeiten für den politischen Kampf aufzuzeigen.Dann erst werden diese Steine zu den richtigen Argumenten.

10.Der weiterreichende Erfolg dieser Aktion ist gerade,daß sichtbar wurde,daß es immer mehr werden,die onne Modell vor Augen bei Auseinandersetzungen die Angst verlieren,den Frieden im Land zu brechen,wie die Rocker.
11.Es gibt überhaupt keinen Grund anzunehmen,daß es nicht noch vielmehr werden,sich also in der nächsten Zeit etwas wesentliches ändert. Wir haben viele Mittel zur Verfügung,die wir uns von niemanden vorschreiben lassen,schreiben wir sie auch nicht uns selbst vor.
(Wie schön war doch in Neukölln beim CDUverein als die Bullen mit ihren Schützlingen allein hinter Stacheldraht blieben)

Charlie Kaputt Nr. 3/Mai 1968, S. 2

FRAUEN-STADT-GUERILLA KOLUMBIEN

Wir, die kolumbianischen Frauen, sind voll drauf. Erst jetzt fangen wir an zuleben. Wir sind in einer ganz neuen Situation, wir fangen an zu kämpfen. Wir haben mit unserer Vergangenheit gebrochen und ab heute zählen wir die Tage bis zu unserer Befreiung.

Heute platzen wir vor Begeisterung, weil wir dem kolumbianischen Volk und der Welt unsere erste bewaffnete Einheit vorstellen: die Maria Cano Einheit, eine Abteilung der Volksbefreiungsarmee(EPL), die in den Gebieten von Alto Sinú und Alto San Jorge.

Mit Stolz tragen wir die Fahne einer Frau des Volkes, die über die Straßen des Landes zieht und dabei die Losungen der Befreiung weiterträgt, die - zusammen mit den Arbeitern und Bauern - an den Befreiungskämpfen teilnimmt, weil sie die Gewalt der herrschenden Diktatur am eigenen Leib erfahren hat.

Die ruhmreiche Maria Cano Einheit besteht aus 5o kämpferischen kolumbianischen Frauen, die zwischen 16 und 6o Jahren alt sind; aus Teenagern, die beinahe noch Kinder sind, deren revolutionäre Leidenschaft den Feind zittern läßt; aus Müttern die abwechselnd ihre Kinder ernähren und Gewehre reinigen, um da mit zu kämpfen; aus alten, liebenswerten Großmütter, die das na türliche Zittern ihrer abgearbeiteten Händen kontrollieren, wenn sie versuchen genau auf den Kopf des Feindes zu zielen.
U nsere gerade entstandene Kampfeinheit wird schon "ruhmreich" genannt.Sowohl der Feind a ls auch die Spitzel und Provokatöre haben die Gewalt unserer Strafmaßnahmen zu zu spüren bekommen - unsere Kampfeinneit kennt ihnen gegenüber keine Gnade.

Mit diesem entschlossenen und kämpferischen Schritt beginnen die kolumbianischen Frauen das erste Mal richtig zu leben. Sie werden nicht länger unsere Männer von unserer Seite reißen können, sei es für die Arbeit oder für den Kampf. Wir werden uns nicht länger gefallen lassen, in irgendeiner Ecke zu dämmern. Wir werden uns auf den Plan begeben und uns erheben, und in den Plaza werden wir Unterstützung für die Rebellion und den Aufstand des Volkes suchen. Wir werden an der Front des Kampfes stehen und mit den Waffen in der Hand die erbärmliche Aggression der Regierungssöldner zurückwerfen.

Angetrieben durch die elenden Hütten und durch die verstümmelten Körper unserer Genossen, haben wir geschworen, daß wir uns weigern, weiterhin die Schlachtfelder mit unseren Söhnen zu beliefern. Wir haben der mörderischen Regierung mitgeteilt, daß sie von nun an mit uns zu rechnen haben; daß sie mit ihren Gewaltmaßnahmen und den Massakern der Bauern und Arbeiter unsere empfindlichsten Nerven getroffen haben und und unseren Haß und unseren Widerstand geweckt haben; und um ihre Angriffe zu zerschlagen bereiten wir die wirksamsten Waffen vor, von weiblicher Intuition über das Küchenmesser bis zum Gewehr und Maschinengewehr.

Bisher haben wir das Blut, das die Geschäftsleute für den Tod haben fließen lassen, nur mit unseren Tränen vermischt, jetzt werden wir entschlossen und leidenschaftlich verhindern, daß das Volk weiterhin sein Blut vergießen muß.

Bisher haben wir das Gemetzel, das die Pigs unter dem Volk angerichtet haben, nur mit Tränen beantwortet, jetzt werden wir entschlossen und leidenschaftlich am Kampf des Volkes teilnehmen, um zu verhindern,daß es niedergemetzelt wird.

Die erste Stadtguerilla der revolutionären Frauen(FIRST URBAN COMBAT NETWORK OF PATRIOTIC WOMEN)unterstützt mit leidenschaftlicher Solidarität die Genossinnen der Maria Cano Einheit, die Vorkämpferinen der Frauenguerilla in Amerika und fordert sie auf ihren Weg entschlossen weiterzugehen.

Zur gleichen Zeit ruft sie alle Genossinnen und alle anderen Frauen Kolumbiens und der ganzen Welt auf, sich mit den ersten kolumbianischen Frauen-Guerilla-Gruppen zu solidarisieren und sie zu unterstützen.Die Maria Cano Einheit kann auf unsere feste und sichere Unterstützung rechnen.

Wir werden diese Solidarität dadurch demonstrieren, daß wir das Sammeln von Kleidern, Lebensmitteln, Waffen und anderen Dingen, die für den Kampf wichig sind, vorantreiben werden, um ihren Kampf zu unterstützen.

Genossinnen, früher waren wir passiv und haben nichts dagegen gemacht, wir waren deprimiert und haben traurig herumgesessen. Aber jetzt haben wir erkannt, daß wir unser eigenes Schicksal bestimmen können, das Schicksal aller Unterdrückten. Wir müssen den historischen Augenblick, in dem wir leben, genau erkennen. Wir sind so viele und so fest entschlossen, daß es uns nicht mehr niederschlägt, daß die anderen für den Tod kämpfen, weil wir kampfen, um zu leben!

Genossinnen: Jede von uns ist nur eine kleine Brise, aber zusammen sind wir ein Sturm!

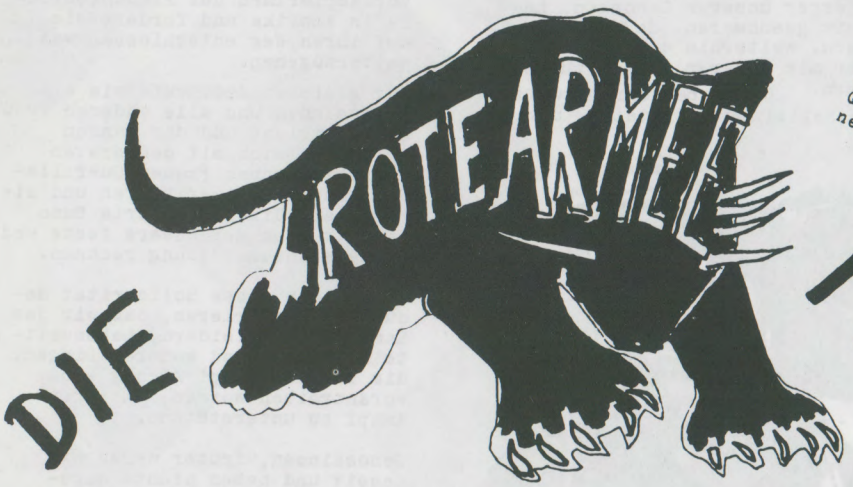
Es lebe die Maria Cano Einheit
Es lebe der Volkskrieg
Es lebe der Rat der patriotischen Frauen von Alto Sinú und Alto San Jorge
Es lebe die Volksbefreiungsarmee
Es lebe die Kampfeinheit der kolumbianischen Frauen
Wenn wir vereint kämpfen, werden wir siegen!

Die erste Frauen-Stadt-Guerilla Kolumbiens

(FIRST UREAN COMBAT NETWORK OF PATRIOTIC WOMEN OF COLOMBIA)

agit 883 Nr. 62/ 1970, S. 13

Dieser Text wurde der 883-Redaktion zugeschickt. Wir dokumentieren ihn in dieser Ausgabe ohne Kommentar, um der Diskussion über die praktischen Schritte zum Aufbau der RA nicht vorzugreifen. In der nächsten Nummer drucken wir Stellungnahmen zu dem Brief. Gleichzeitig fordern wir die Genossen und Gruppen auf an der Diskussion teilzunehmen.



DIE AUFBAUEN!

DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN

Genossen von 883 -

es hat keinen Sweck, den falschen Leuten das Richtige erklären zu wollen. Das haben wir lange genug gemacht. Die Baader-Befreiungs-Aktion haben wir nicht den intellektuellen Schwätzern, den Hosenscheißern, den Alles-besser-Wissern zu erklären, sondern den potentiell revolutionären Teilen des Volkes Das heißt denen, die die Tät sofort begreifen können, weil sie selbst Gefangene sind. Die auf das Geschwätz der "Linken" nichts geben können, weil es ohne Folgen und Taten geblieben ist. Die es satt haben!
Den Jugendlichen im Märkischen Viertel habt ihr die Baader-Befreiungs-Aktion zu erklären den Mädchen im Eichenhof, in der Ollenhauer, in Heiligensee, den Jungs im Jugendhof, in der Jugendhilfsstelle, im Grünen Haus, im Kieferngrund. Den kinderreichen Familien, den Jungarbeitern und Lehrlingen, den Hauptschülern, den Familien in den Sanierungsgebieten den Arbeiterinnen von Siemens und AEG-Telefunken, von SEL und Osram, den verheirateten Arbeiterinnen, die zu Haushalt und Kindern auch noch den Akkord schaffen müssen ----- verdammt!
Denen habt ihr die Aktion zu vermitteln, die für die Ausbeutung, die sie erleiden, keine Entschädigung bekommen durch Lebensstandard Konsum, Bausparvertrag, Kleinkredite, Mittelklassewagen. Die sich den ganzen Kram nicht leisten können, die da nicht dran hängen. Die alle Zukunftsversprechen ihrer Erzieher und Lehrer und Hausverwalter und Fürsorger u und Vorarbeiter und Meister und Gewerkschaftsfunktionäre und Bezirksbürgermeister als Lügen entlarvt haben und nur noch Angst vor der Polizei haben. Denen - und nicht den kleinbürgerlichen Intellektuellen - habt ihr zu sagen, daß jetzt Schluß ist, daß es jetzt los geht, daß die Befreiung Baaders nur der Anfang ist! Daß ein Ende der Bullenherrschaft absusehen ist!Denen habt ihr zu sagen, daß wir die Rote Armee aufbauen, das ist ihre Armee. Denen habt ihr zu sagen, daß es jetzt losgeht. - Die werden nicht blöde fragen, warum gerade jetzt? Die haben die tausend Wege zu Behörden und Ämtern schon hinter sich - den Tanz mit Prozessen -, die Wartezeiten und - zimmer, das Datum, wo es bestimmt klappt und nichts geklappt hat. Und das Gespräch

mit der netten Lehrerin, die die Überweisung an die Hilfsschule dann doch nicht verhindert hat und der hilflosen Kindergärtnerin, wo auch kein Platz frei wurde. Die fragen euch nicht, warum gerade jetzt - verdammt.

Die glauben euch natürlich kein Wort, wenn ihr selbst nicht mal in der Lage seid, die Zeitung zu verteilen, bevor sie beschlagnahmt wird. Weil ihr nicht die linken Schleimscheisser zu agitieren habt, sondern die objektiv Linken, habt ihr ein Vertriebsnetz aufzubauen an das die Schweine nicht rankommen.

Quatscht nicht, das sei zu schwer. Die Baader-Befreiungs- Aktion war auch kein Deckchensticken. Wenn ihr kapiert habt, was los ist - (und eure Kommentare zeigten, daß ihr was kapiert habt, nur daß ihr selbst 'ne Kugel im Bauch hättet war natürlich opportunistische Scheisse - ihr Arschlöcher), wenn ihr was kapiert habt, müßt ihr den Vertrieb besser organisieren. Und wir werden euch über die Methoden so wenig sagen wie über den Aktionsplan- ihr Torfköppe! Solange ihr euch schnappen lasst, könnt ihr den Leuten keine Ratschläge geben, wie man sich nicht schnappen läßt. Was heißt denn Abenteurertum? Daß man sich selbst die Lampen baut. Also.

Was heißt: Die Konflikte auf die Spitze treiben? Das heißt: Sich nicht abschlachten lassen. Deshalb bauen wir die Rote Armee auf. Hinter den Eltern stehen die Lehrer, das Jugendamt, die Polizei. Hinter dem Vorarbeiter steht der Meister das Personalbüro, der Werkschutz, die Fürsorge, die Polizei. Hinter dem Hauswart steht der Verwalter, der Hausbesitzer, der Gerichtsvollzieher, die Räumungsklage, die Polizei. Was die Schweine mit Zensuren, Entlassungen, Kündigungen, mit Kuckuck und Schlagstock schaffen, schaffen sie damit. Klar, daß sie zur Dienstpistole greifen, zu Tränengas, Handgranaten und MP's, klar, daß sie die Mittel eskalieren, wenn sie anders nicht weiterkommen. Klar daß die GI's in Vietnam auf Guerilla - Taktik umgeschult warden, die Green-Berrets auf Folterkurs gebracht. Na und?
Klar daß der Strafvollzug für Politische verschärft wird. Ihr habt klarzumachen, daß das sozialdemokratischer Dreck ist, zu behaupten, der Imperialismus samt allen Neubauers und Westmorelands, Bonn, Senat, Landesjugendamt und Bezirksämtern, der ganze Schweinkram ließe sich unterwandern, nasführen, überrumpeln, einschüchtern, kampflos abschaffen. Macht das klar, daß die Revolution kein Osterspaziergang sein wird.

Daß die Schweine die Mittel natürlich so weit eskalieren werden, wie sie können, aber auch nicht weiter. Um die Konflikte auf die Spitze treiben zu können, bauen wir die Rote Armee auf.
Ohne gleichzeitig die Rote Armee aufzubauen, verkommt jeder Konflikt, jede politische Arbeit im Betrieb und im Wedding und im Märkischen Viertel und in der Plötze und im Gerichtssaal zu Reformismus, dh: Ihr setzt nur bessere Disziplinierungsmittel durch, bessere Einschüchterungsmethoden, bessere Ausbeutungsmethoden. Das macht das Volk nur kaputt, das macht nicht kaputt, was das Volk kaputt macht! Ohne die Rote Armee aufzubauen, können die Schweine alles machen, können die Schweine weitermachen: Einsperren, Entlassen, Pfänden, Kinder stehlen, Einschüchtern, Schießen, Herrschen. Die Konflikte auf die Spitze treiben heißt: Daß die nicht mehr können, was die wollen, sondern machen müssen, was wir wollen.

Denen habt ihr's klar zu machen, die von der Ausbeutung der Dritten Welt, vom persischen Öl, Boliviens Bananen, Südafrikas Gold - nichts abkriegen, die keinen Grund haben, sich mit den Ausbeutern zu identifizieren. Die können das kapieren, daß das, was hier jetzt losgeht, in Vietnam, Palästina, Guatemala, in Oakland und Watts, in Kuba und China, in Angola und New York schon losgegangen ist. Die kapieren das, wenn ihr -s ihnen erklärt, daß die Baader- Befreiungs- Aktion keine vereinzelte Aktion ist, nie war, nur die erste dieser Art in der BRD ist. Verdammt.
Sitzt nicht auf dem hausdurchsuchten Sofa herum und zählt eure Lebern, wie kleinkarierte Krämerseelen Baut den richtigen Verteilerapparat auf, laßt die Hosenscheisser liegen, die Rotkolfresser, die Sozialarbeiter, die sich doch nur anbiedern, dies Lumpenpack. Kriegt raus, wo die Heime sind und die Kinderreichen Familien und das Subproletariat und die proletarischen Frauen, die nur drauf warten, den Richtigen in die Fresse zu schlagen. Die werden die Führung übernehmen. Und lasst euch nicht schnappen und lernt von denen, wie man sich nicht schnappen läßt - die verstehen mehr davon als ihr.

DIE KLASSENKÄMPFE ENTFALTEN
DAS PROLETARIAT ORGANISIEREN
MIT DEM BEWAFFNETEN WIDERSTAND BEGINNEN
D I E R O T E A R M E E A U F B A U E N !

Leserbrief

Seit Dezember 69 - Januar 70 bekomme ich regelmäßig eure Zeitung zugeschickt. Bis jetzt habe ich noch keinen Pfennig dafür bezahlt. Scheiße, ja, aber das soll nun anders werden! Bitte schreibt mir doch mal, wieviel ich genau bezahlen muß.

883 ist übrigens Klasse! Die einzigste der Berliner "Linken" Schriften, die ich für konsequent revolutionär halte!

883 wird auch von meinen Arbeitskollegen gerne gelesen - im Gegensatz zur RPK, (es ist nicht immer ein Student in der Nähe, der uns erklärt, was das bedeutet und was damit gemeint ist) eure Sprache ist gut, ihr sagt klipp und klar was ihr wollt, warum militante Aktionen durchgeführt werden und gegen wen.
Anfangs - ich habe vor ca. 5 Monaten angefangen in der Firma - hätte ich mir wohl Prügel von meinen drei Arbeitskollegen eingehandelt wenn ich mit der 883 in der Hand angetreten wäre, Bild - BZ - Hertha - ihr kennt das ja.
Manchmal war ich nahe daran aufzugeben und habe gedacht, du wirst es nie schaffen, diesen Leuten klarzumachen, warum diese "APO-Typen" Scheiben auf dem Kudamm einschmeißen.

(Ich habe es begriffen, nach vier Monaten U-Haft inklusive 10 Tage verschärften Arrest, Bekanntschaft mit einem Moabiter Rollkommando, drei Wochen BU -WE,etc.)
Es hat lange gedauert, Monate, aber etwas hat sich doch verändert, 883 wird gelesen, in den Arbeitspausen gelesen und diskutieren wir über das, was in 883 und auch in der BZ steht. Mit zweien meiner Arbeitskollegen war ich bei der Kambodscha -Demonstration am 9.5. und nach dem mal selbst erlebten Polizeiterror hat sich ihre Meinung doch ziemlich geändert..

Nach der Befreiung von Andreas Baader sagte mir ein Arbeitskollege, der manchmal ziemlich faschistische Meinungen vertritt: eins muß man euch lassen, eure Solidarität steht nicht nur auf dem Papier.

Also macht weiter so! Verfallt nicht in den Fehler, ein Mitteilungsblatt für "euch" zu werden, sondern bleibt, was ihr seid: ein Kampfblatt für die Arbeiterklasse! Bis Morgen um zehn Uhr an der TU

venceremos

ROTE ARMEE FRAKTION

LENINISTEN MIT Knarren

Eines der Kennzeichen der Erstarrung und Isolierung der ehemals antiautoritären Bewegung in eine Vielzahl von dogmatischen und sich selbst genügenden SEKTEN war und ist der radikale Abbruch jeglicher solidarischer Diskussion im Rahmen der gesamten linken Bewegung.
In dem Maße, wie Diskussionen über andere Gruppen lediglichin ihrer Funktion als Hervorhebung der eigenen Wichtigkeit, als Denunziation einer Abweichung vom eigenen, sorgsam gehüteten, einzig richtigen revolutionären Weg nur noch benutzt wurden, entlarvten sich die diversen politischen Sekten als schlichte Geschäfts- und Werbeagenturen in Sachen RICHTIGER LINIE!
Es hat schon immer in der revolutionären Bewegung Abspaltungen und Fraktionen gegeben+solche Spaltungen waren niemals Grund zum Lamentieren, sofern sie ein Ausdruck dafür waren, daß die Revolutionäre sich über ihre tatsächlichen Interessen, Aufgaben und Bedürfnisse Klarheit verschaffen wollten. In solchen Fällen verstärken Spaltungen und Fraktionen den praktischen Diskussionsprozeß um die Klarheit der notwendigen und möglichen Aufgaben.
Entscheidend ist jedoch, daß die verschiedenen Fraktionen ihre Praxis auf die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft beziehen, so wie sie sich vor ihren Augen abspielt und nicht, wie sie sich in ihren Köpfen ausmalen läßt.

Weiter ist entscheidend, daß ein gemeinsamer solidarischer Diskussionsprozeß überhaupt ermöglicht wird, daß hinter ihn die bornierten Organisationsinteressen der jeweiligen Fraktionen zurücktreten. Ein so verstandener DISKUSSIONSZUSAMMENHANG ALLER REVOLUTIONÄRER GRUPPEN trägt dazu bei, die richtigen und notwendigen Momente der heutigen Fraktionen schärfer herauszustellen und zu verdeutlichen. Aber nicht mit dem Ziel, diese Faktionen zu konservieren und zu verewigen, sondern sie im Prozeß der Kämpfe selbst aufzuheben.

Es kann heute nicht mehr darum gehen, daß die verschiedenen revolutionären Fraktionen sich gegenseitig bekämpfen und befehden, ihre eigene Organisation mehr und mehr aufblähen, um dann mit einer großen Organisation RICHTIGE KÄMPFE führen zu können. [ ]

Was hat das nun alles mit dér RAF zu tun?

Nun, in ihrer Broscḧure DIE LÜCKEN DER REVOLUTIONÄREN THEORIE SCHLIESSEN - DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN! erweist sich die RAF als eine Ansammlung von SUPERLENINISTEN, die sich von den diversen Parteileninisten nur dadurch unterscheiden, daß sie statt Parteibücher Knarren in den Händen halten.
LENINISTEN MIT KNARREN, NICHTS WEITER! Ansonsten wiederholen sie mit simpler Naivität all die Phrasen, mit denen die heutigen Leninisten zum Ausdruck bringen, daß sie von gestern sind. Daß sie von der heutigen Wirklichkeit, den verschiedenen Formen und Inhalten der Auseinandersetzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen GAR NICHTS, von der Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch nur die parteidogmatischen Entstellungen begriffen haben.
ALLE DOGMATISCHEN FEHLER, DIE BEI DEN NEOLENINISTEN SO HOCH IM KURS STEHEN, WÄRMT DIE RAF-BROSCHÜRE AUF, LEDIGLICH IN KURZFASSUNG: PARTEI-LENINISMUS IM SCHNELLVERFAHREN.
So sieht's dann aus: Zunächst einmal muß eine Theorie erarbeitet werden. THEORIE ist für den Leninisten, also auch für die RAF, etwas, was durch das Aneinanderreihen verschiedener aus dem historischen Zusammenhang gelöster Klassikerzitate und einiger oberflächlichen Reflexionen über die heutige Zeit zusammengeflickt werden kann. Mit einer solchen Theorie und einer Knarre bewaffnet, kann man dann die RICHTIGE Praxis machen. Was Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Mao unter jeweils konkreten historischen Bedingungen einmal gesagt haben, wird auf ein, zwei Sätze zusammengestrichen und als Handlungsanleitung für heute mißverstanden. [ ]

Gegen den Leninismus

Wir bekämpfen politische den Leninismus in allen seine Spielarten, weil wir in ihm ein entscheidendes Hindernis für die Entfaltung einer AKTIVEN, PHANTASIEVOLLEN BEWEGUNG sehen, die sich dadurch auszeichnet, daß in allen GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN die unmittelbar Betroffenen beginnen, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse kämpferisch durchzusetzen.
Die Leninisten der RAF und die Leninisten der Studentenparteien ignorieren die Ansätze einer solchen Bewegung, oder sie nutzen sie in ihrem Parteiinteresse aus (Mieten, Schulen, Betriebe, Uni usw.). Ohne sich auf solche konkreten Praxisansätze einer selbständigen Bewegung zu stützen, diese zu verstärken oder eingreifend zu verändern, machen sie nach ihren eingefahrenen Denkrastern POLITIK. Die Parteistrategen rekurrieren auf das ganze Arsenal der traditionellen Arbeiterbewegung, auf die versteinerten Formen einer vergangenen Zeit, um mit möglichst großen roten Fahnen, mit zahlreichen Propagandatricks und vielen Bildern und Zitaten der alten Führer sich als die neue REVOLUTIONÄRE FÜHRUNG zu präsentieren.
[ ]

Tina Putt
»Zur Wanne«
Montag's geschlossen
Mo-Mittwoch 20-6 Uhr
Altfilmer Jungfilmer Schriftsteller und ganz Normale
die Kneipe für Künstler Pseudokünstler Revolutionäre
1 Berlin 31
Holsteinische Straße 17
Telefon 86 21 93
Geöffnet von 19.30 – 5 Uhr

883 Nr. 86 6.12. 71
50 Pfg.
Revolutionäre Aktion

Das Unbehagen mit der RAF

Es existiert ein Unbehagen mit der RAF, das sich äußert 1.im schlechten Gewissen gegenüber einer Praxis,deren notwendiges Mißlingen heimlich bedauert wird.Aber wenn es schon falsch ist,was besser richtig wäre,daß man den ganzen Dreck mit Schießpulver hochgehen lassen könnte,- dann übersteht das widrige Realitätsprinzip als Traum.Er ist solidarisch mit seiner Unmöglichkeit,denn in ihr verkörpert sich eine erfahrbare Ohnmacht.Die Gefangenen der RAF wollen Symbole dafür sein und sind es auch,so wie sie es zuvor als Gejagte waren.Solidarität mit der RAF heißt soviel wie Solidarität gegen die unverwundbare Allmacht der Staatsgewalt,die die intellektuelle Rebellion sich buchstäblich totlaufen läßt.Solidarität mit der RAF ist ideologischer Ausdruck einer wirklichen Lage.

2.besteht ein Unbehagen in der Überlegung,ob der Mummenschanz einer 2o köpfigen Roten Armee nicht tieferliegende Ursachen hat,nämlich einer möglichen Wanderschaft der politischen Mittel von links nach rechts und die Solidarisierung auf der Verdrängung dieses Tatbestands aufbaut.Inhalt und Form der RAF-Pistole lassen gewisse Vergleiche zu: formal elitär und gewaltsam,inhaltlich die Totalisierung der Staatsgewalt fördernd,liegt die Parallele zum italienischen Links-Rechts-Terror allzu nahe. Offenbar muß man zur Kenntnis nehmen, daß im Rahmen der Klassenauseinandersetzungen Praxisebenen bestehen,auf denen sich die Gegensätze berühren können.

Ein Kadertyp der Organisation wie die RAF ist von den Masseninteressen nicht materiell bestimmbar,weil er sich 1.ja per Definition aus dem Unterschied zu ihnen bildet,2.weil auch eine Organisation von ein paar tausend Leuten nicht unmittelbar von Klasseninteressen abhängig zu machen ist,sondern sie interpretiert.Rundheraus kann so eine Organisation fleißig Katastrophenpolitik machen ohne daß sie eingeht;es müssen nur genügend Leute da sein,die die Arbeit tun.Somit sind gewisse Voraussetzungen da,daß diese Leute zum Spielball fremder Interessen werden.Dies ist mit der RAF geschehen.Nachprüfbar ist ihre Gedankenwelt zusammengesetzt aus Elementen,die sich samt und sonders in der APO befunden haben,ohne daß diese zur Roten Armee geworden wäre.Es sind Stadtguerillakonzepte diskutiert und richtig befunden worden,Brandsätze geflogen und Polizisten verhauen worden,ohne daß sich das zur Ausschließlichkeit verdichtet hätte.Aus der Lebens-und Interessenlage der rebellischen Intelligenz gingen zwar kommunistische Verbandsstudenten, aber keine Rotarmisten hervor.Willy Brandt war nicht Zar Nikolaus.Aus der Desperadoaktion der Baaderbefreiung wurde durch künstliche Mobilisierung einer in Reserve liegenden Bürgerkriegsarmee eine entprechende Rote Armee.Hinter diesem Namen verbargen sich aber eine Handvoll Individuen mit dem Rükken zur Wand,die aus herbeigeklaubten Theoriebrocken einen Mythos zusammenflickten,an den sie glauben begannen.

Vom Standpunkt der Baaderbefreiung hätte eine normale Polizeifahndung genügt,wenn nicht das naturwüchsige Interesse vorgelegen hätte,1.die sich zersetzende APO in einem Volksfeind zu versinnbildlichen,2.sie lärmend zur Strekke zu bringen,3.nun für alle Fälle gewappnet zu sein und 4.dies ohne alle rechtsstaatlichen Fisematenten und liberales Geseire.

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 35

2.12.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50

Die Inszenierung des Staatsschauspiels ist der Ausgangspunkt,die RAF die Folge.Wenn die RAF nach rechts driftet, dann deshalb,weil sie mit gewaltigem Kraftaufwand von Rechten re-produziert wurde,Gegen die politischen Notwendigkeiten des Kapitals und den politischen Einsatz seiner Gewaltpotenzen sind die Individualitäten von ein paar Zig Einzelnen machtlos.Sie verwandeln sich in Marionetten.Die Motivation einiger Psychen und Hirne wird gleichgültig, weil sie widerstandslos aufgesogen werden in politische Generalstabspläne einer souverän herrschenden Klasse.

Das Problem heißt: warum hat die Linke einem der Polizeiarmee entfliehenden Häuflein ihren Mythos abgekauft. Indem sie sie kritisierte,hat sie ihr geglaubt,daß sie die Strategie war,für die sie sich hielt.Genau wie sie einem Dutzend Altstudenten geglaubt hat,das ZK der Kommunistischen Partei zu sein.

Zeitung für eine
2 (29)
Neue Linke
Der Lange Marsch geht weiter
OKTOBER 1977 2 MARK

Sie nahmen den Schleyer.....

Die Tatsache, daß es diesmal ein alter SS-Mann und neuer Verfassungskläger war, der den politischen Mördern und Menschenbluthändlern in die Hände gefallen ist, ein Mensch, ärger als zehn Bubacks und fünf Pontos, einer, der vielleicht mehrmals seit 1945, hätte sich zufällig in Deutschland ein gerechter Richter für ihn gefunden, nicht sonderlich gut davongekommen wäre; die Tatsache, daß mancher ehrliche Kerl in der Bundesrepublik (und im Ausland) ihn seit Jahren Ausbeuter, Kotzbrocken und noch vieles andere nannte, kurz, daß es diesmal ein Schleyer ist, der den politischen Mördern in die Hände gefallen ist, kann und darf die Grauenhaftigkeit und Ungeheuerlichkeit des politischen Mordens keinen Augenblick lang verschleiern. Unter anderem auch deshalb nicht, weil wieder drei Polizisten und ein Fahrer tot sind.

Der dumme und uninformierte Korrespondent des großen englischen GUARDIAN hat geschrieben, diese Entführer nehmen keine Rücksicht darauf, daß sie so den Polizeistaat, den Faschismus bringen können, denn das wollen sie ja gerade, um dann die linke Revolution gegen ihn zu ermutigen. Englische Pressekorrespondenten, die oft nicht einmal die Sprache des Landes kennen, in das sie geschickt werden, liefern dann solche Hintertreppenwitze der Weltgeschichte, fast wie in Shakespearstücken die Hanswurste, die schreiende Kontraste in die großen Tragödien einfügen. Noch dümmer freilich ist unser einheimischer Hanswurst, Prof. Golo Mann in der WELT. Auch hier siegt wieder mal deutsche Qualitätsware. Aber ganz ähnlich dumm und verbohrt, spiegelbildlich im Verhältnis zu ihm, könnte man sagen, nur leider auf ihre Art noch viel gefährlicher für die Demokratie also sogar der arglose Golo Mann (den der geniale Dichter der ALICE IM WUNDERLAND vielleicht als das weiße Kaninchen vorausgeahnt hat!) sind die politischen Mörder selbst.

In Wirklichkeit glauben ja die politischen Mörder offenbar, daß in der Bundesrepublik der Faschismus bereits herrscht und daß sie selbst höchstpersönlich ein entscheidender Teil der Revolution dagegen sind. Beide Überzeugungen sind hirnrissig, die zweite noch hirnrissiger als die erste, denn mit ihren politischen Morden können sie es unter den heutigen Umständen vielleicht tatsächlich dahinbringen, daß — durch ihr eigenes blutig-idiotisches Wirken! — die letzten Bastionen der Demokratie in der Bundesrepublik von dem bekannten „gesunden deutschen Volksempfinden" weggefegt werden, um, wie das alte Horst-Wessel-Lied schon so schön sagt, „die Straße frei" zu machen. Ein Teil dieses gesunden Volksempfindens ist auch WELT-Autor Golo Mann. Genug von ihm!

Der politische Mord ist vor allem deshalb zu verdammen, weil man Menschen, auch Menschen wie Schleyer, nicht ermordet und mit Menschenblut keine Tauschgeschäfte macht. Außerdem aber ist der politische Mord auch zu verdammen, weil er das Gegenteil all dessen erreicht, womit er sich unentwegt und unverschämt überheblich immer noch brüstet; weil er in Wirklichkeit auch gar nicht „politisch" ist, höchstens politisch schwachsinnig.

Mir wird übel, wenn ich von Leuten, die sich für links halten, immer noch höre, Böll, Gollwitzer und Albertz hätten wieder mal nicht die richtigen Worte gefunden und seien eben eigentlich doch nur Linksliberale. Was heißt da „die richtigen Worte"? Was heißt da „nur Linksliberale"? Linke, die nicht ganz und gar von allen guten Geistern verlassen sind, müssen Böll, Gollwitzer und Albertz (die vielleicht noch lange so „gute Linke" sind wie sie selbst!) unterstützen. Solange sie das überhaupt noch können. Der Sozialismus oder die Revolution steht, falls sie es noch nicht bemerkt haben, im Augenblick in der Bundesrepublik ohnehin nicht unmittelbar auf der Tagesordnung.

Erich Fried

Spontis und Alternativbewegung

Die Sponti-Szene bildete sich Anfang der 70er Jahre heraus und kann als Gegenbewegung gegen die dogmatischen ML-Parteien gesehen werden. Sie bezeichnete sich selbst auch als undogmatisch, hedonistisch, antistalinistisch, antiautoritär oder alternativ. Sie lehnte zentralistische Strukturen ab und wollte sich keiner Parteidisziplin unterwerfen. Phantasievoll und kreativ ironisierte sie die Dogmatiker. Zwar gingen Spontis in den ersten Jahren auch in die Betriebe, hofften auch darauf, daß die Arbeiterklasse sich auf ihre Rolle als revolutionäres Subjekt besinnen möge, doch Parteien wollten sie nicht aufbauen - und sei es deshalb, weil sie nicht wußten, wie so eine Partei auszusehen hatte.

Ein Teil der Spontis, zumeist noch direkt durch die Studentenbewegung der 60er Jahre geprägt, setzte sich theoretisch mit dem Stalinismus auseinander, beschäftigte sich mit der Geschichte des Anarchismus und Syndikalismus, las Bücher über die Geschichte der Arbeiterbewegung oder entwickelte Vorstellungen, wie politische Arbeit und persönliche Emanzipation unter einen Hut zu bringen seien. Ein anderer Teil versuchte, konkrete Träume zu realisieren, besetzte Häuser, zog in Wohngemeinschaften, diskutierte Beziehungsprobleme, arbeitete an der Selbstveränderung, ging aber auch auf Demonstrationen und nahm an politischen Diskussionen teil.

Die RAF und ihr Konzept des bewaffneten Kampfes war ein weiteres Thema. Schon allein durch ihre Taten und Kommandoerklärungen, aber auch durch die Prozesse und die Haftbedingungen war die legale Linke gezwungen, sich mit der Politik der RAF auseinanderzusetzen. Die Frage des bewaffneten Kampfes polarisierte dabei die Szene: neben "klammheimlicher Freude" über gelungene Anschläge gab es die heftigste Ablehnung militanter Aktionen.

Für viele Spontis spielten Psycho-Diskussionen eine große Rolle. Es gab große, bundesweite Kongresse, auf denen über das Verhältnis von Kopf und Bauch, Gefühl und Verstand gesprochen wurde, oder Tagungen, auf denen der symbolische Auszug aus dem Modell Deutschland propagiert wurde (Tunix-Kongreß).

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre geriet auch die Sponti-Bewegung in die Krise. Auch in dieser Szene gab es Rechthaberei und Dogmatismus. Man verzettelte sich in endlosen Psycho-Diskussionen, allzuoft dominierten Gefühl und Subjektivität den Verstand. Und dann tauchte, mit der nächsten Generation, auch noch der "Neue Sozialisationstyp" in der Szene auf. Er hatte andere Erfahrungen gemacht und stand dazu: "Als 68 in unserer Schule das Rektorat besetzt wurde, rauchten wir im Fahrradkeller", und der Internationalismus war für ihn nie so bedeutsam, daß er "mit dem internationalistischen Koffer um die Welt gereist" sei. Ende der 70er Jahre waren, ähnlich wie 10 Jahre zuvor, wieder viele Fragen offen.

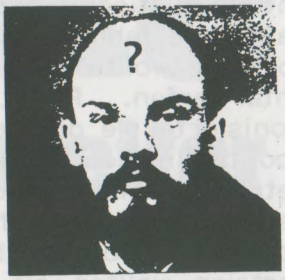
Im folgenden dokumentieren wir zunächst einige Artikel, in denen das undogmatische, antistalinistische Selbstverständnis der Spontis deutlich wird. Es geht um Betriebsarbeit, Selbstveränderung, psychische Befreiung und politische Praxis. Es folgen einige Beispiele und Bilder für die hedonistische Auseinandersetzung mit den Maoisten. Danach kommt ein Text von Dieter Duhm, der damals grundlegend war für die Debatte um das Verhältnis von politischer Arbeit und persönlicher Emanzipation; er wird ergänzt durch einen offenen Briefwechsel zum Thema Beziehung, Sexualität und Erwartung. Joschka Fischer fragte 1977, wie es weitergehen könne mit der Bewegung und den Spontis. Zum Schluß stellt sich der "Neue Sozialisationstyp" in seiner eigenen Schreibe vor.

Kronstadt: „Alle Macht den Räten und nicht den Parteien!"

"Es lebe das Rote Kronstadt und die Macht der Räte!" - "Alle Macht den Sowjets und nicht den Parteien!", das waren die Parolen, als vor 50 Jahren, im März 1921, als 14000 Matrosen, Soldaten der Roten Armee und Arbeiter von Kronstadt gegen die Diktatur der Führer der bolschewistischen Partei aufstanden, - gegen die Parteiführer, die in Moskau den 50. Jahrestag der Pariser Kommune feierten. Der Aufstand wurde von Trotzki blutig niedergeschlagen.

Nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 und nach der Oktoberrevolution, die die bolschewistische Partei an die Macht brachte, sollte der Aufstand der Kronstadter das Fanal sein für die "Dritte Revolution": für die endgültige Befreiung der Arbeiter und Bauern von jeder Herrschaft. Wie vor 100 Jahren in der Pariser Kommune und vor 50 Jahren in Kronstadt, haben die unterdrückten Massen immer wieder den Versuch unternommen, sich durch Räteorganisationen wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich zu emanzipieren. Immer wieder wurden diese Versuche niedergeschlagen - in Frankreich durch die Bourgeoisie, in Rußland durch die bolschewistische Partei. Aber die Mai-Revolte in Paris 1968, die Ereignisse in Italien und in Polen im Dezember 1970 zeigen auch in jüngster Zeit, daß der Kampf der unterdrückten Klassen weitergeht, - vorbei an den Gewerkschaften und an den Parteien - , und daß die Massen sich immer wieder selbstorganisieren in den Räten. So gesehen ist Kronstadt für uns nicht Vergangenheit, sondern Vorbild für die Zukunft, so wie die Pariser Kommune Vorbild für Marx war.

Wir wollen in den folgenden Nummern der Agit.883 Berichte, Dokumente und Analysen über die Kronstadter Ereignisse 1921, über die Vorgeschichte und ihre Hintergründe bringen. Si sollen ein Beitrag sein zur Organisationsfrage der Neuen Linken.



Lenin

Marx

LENINISMUS – na und!

Warum müssen wir uns heute überhaupt noch mit dem Leninismus auseinandersetzen? Hat er denn eine praktische Bedeutung für die heutigen Klassenkämpfe oder ist er bloß eine Ideologie, mit der die studentischen Parteien und Gruppen ihre politische Praxis rechtfertigen wollen? Wie kam es eigentlich dazu, daß die antiautoritäre Bewegung, bzw. Teile davon, begonnen hatte, überall Parteien nach den leninschen Prinzipien aufzubauen? Nach der antiautoritären Phase machte die Studentenbewegung in ihren organisatorischen Vorstellungen und Praktiken eine Wendung um 180 Grad. Sie trat für eine autoritäre, zentralistische, straff organisierte Partei ein, die sich selbst zum bewußtesten Teil, zur Avantgarde, des Proletariats, ernannte. In diesen Vorstellungen stützten sie sich hauptsächlich auf die Schriften Lenins und Stalins. Leninismus ist für sie "der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Genauer: der Leninismus ist die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution im Allgemeinen, die Theorie und Taktik des Proletariats im Besonderen." (Stalin) In dieser Allgemeinheit sagt so ein Zitat überhaupt nichts aus, trotzdem verschanzen sich die heutigen Neo-Leninisten hinter abgegriffenen Phrasen, um sich selbst und ihrer Praxis eine theoretische Legitimation zu geben. Unsere Aufgabe ist es nun, von der Phrase wegzukommen und die tatsächliche Rolle Lenins und der Bolschewiki in den verschiedenen Entwicklungsphasen der russischen Geschichte aufzuzeigen. [ ]

Ab 1921, auf dem X. Parteitag, war die bolschewistische Partei bereit, alle unabhängigen politischen Parteien und alle Oppositionsgruppen innerhalb der eigenen Partei auszuschalten. Der siegreiche Abschluß des Bürgerkrieges hatte der Opposition die Möglichkeit gegeben, die Parteidiktatur als nicht länger entschuldbar anzugreifen. Die Bauern verlangten das Ende der Zwangsrequirierungen, zu denen sich die Bolschewiki gezwungen sahen, und die Arbeiter protestierten gegen die schlechte Versorgung und gegen die Antreiberei in den Betrieben. Die Welle von Streiks und Demonstrationen erreichte ihren Höhepunkt im Kronstädter Aufstand. Die Aufständischen von Kronstadt setzten der Macht der Partei die Macht der Räte entgegen, sie versuchten, die Selbstbestimmung der Sowjets zu verwirklichen.

Über die Bedeutung des Leninismus heute und der daraus abgeleiteten Organisationsformen können wir feststellen: Die Bedingungen, die die Entwicklung und den Aufschwung der bolschewistischen Organisationsform erlaubt haben, sind heute vorbei. Noch dient der Leninismus den staatskapitalistischen Bürokratien als Alibi, um die wirklichen Interessen der Arbeiter zu unterdrücken (z. B. Polen heute, etc.). Bei den revolutionären Gruppen im Westen, die für sich die Verbindung von Sozialismus und Arbeiterbewegung beanspruchen, dient der Leninismus lediglich der provisorischen Verschmelzung von mittelmäßigen Intellektuellen und mäßig revolutionären Arbeitern. Wenn die Leninisten nicht müde werden, den allgemeinen Satz, daß "es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung geben" kann, wie ein Gebet herzusagen, so kann man dem zwar zustimmen, muß aber zugleich fragen: weshalb gerade Lenins Theorie?

aus:
agit 883
Nr. 77/19.3.1971
S. 3

BASIS-GRUPPEN-ARBEITS-BERICHT

Das Referat der Basisgruppe Spandau in der Hasenheide wurde im Gegensatz zu den Referaten der KPDEIAOML nicht in der Roten Parteien Korrespondenz abgedruckt. Dem einen war es zu untheoretisch, den anderen zu spontaneistisch, den dritten zu schlecht.

GENOSSINNEN UND GENOSSEN, KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

Im Gegensatz zu den beiden Parteien wissenwir noch nicht alles so genau. Es wäre auch nicht richtig,wenn gerade diejenigen,die wie wir der Meinung sind,daß es falsch ist,jetzt eine Partei oder eine ähnliche Organisation zu gründen und zu sagen "wir sind die Führung",von uns erwarten würden,daß wir jetzt genauso stur und dogmatisch eine Anti-Parteilinie verträten.Seit Beginn der Arbeit der Basisgruppe sind wir der Meinung,daß es bei unserem eigenen Politisierungsprozess notwendig ist, daß wir nicht nur dort politisch tätig werden, wo wir arbeiten und lernen (z.B. im Betrieb und in der Schulung). Wir müssen in einem oft sehr langfristigen Prozess erkennen, wie unsere eigenen Schwierigkeiten mit der ganzen kapitalistischen Misere zusammenhängen. Deshalb muß der Versuch der Selbstbefreiung auch immer Bestandteil unserer politischen Arbeit sein. Ohne dieses Element von Selbstbefreiung ist ein wirklicher Politisierungsprozess unvorstellbar. Das heißt, daß wir bereits in unserer Organisation Elemente dessen was wir anstreben, vorwegnehmen müssen. Von dieser Selbstbefreiung ist in der Diskussion um die Partei noch wenig zu spüren. Hier sitzen im Präsidium die verschiedenen Gruppen ebenso da, wie auf Partei-Wahl-Veranstaltungen. Es wird nicht mehr von den Schwierigkeiten der politischen Arbeit gesprochen und davon wie man sie bewältigt. Man zieht eine Show ab und jeder tut so, als hätte er die Massen hinter sich. Dabei sieht es doch im Augenblick so aus, daß ein paar 50 Leute, zumeist Studenten, sich zur Avantgarde ernennen, eine immer neue richtige Linie festlegen und um Mitglieder werben. Arbeiter, die mit politischer Arbeit beginnen wollen und sich einer politischen Gruppe anschließen wollen, befinden sich in einer hilflosen Situation. Sie haben den Anspruch, sich in der politischen Arbeit zu emanzipieren, da der Druck im Betrieb und in der Familie ja viel größer ist als bei Studenten. Die können es sich leisten Patreidisziplin zu verlangen und alles andere als kleinbürgerlich und antiautoritär zu beschimpfen.
Da die emanzipatorischen Bedürfniss e der Arbeiter in den meisten Gruppen nicht aufgenommen werden können, hat sich eine große Anzahl von Jungarbeitern in die Subkultur zurückgezogen. Aber statt nach den Gründen zu suchen, warum viele Jungarbeiter lieber in die Subkultur gehen statt in dogmatische Grüppchen, wo eine bornierte und zum Sterben langweilige Sprache gesprochen wird, wird die gesamte Subkultur in Bausch und Bogen verurteilt.

Unser Konzept der politischen Arbeit ist,daß wir die Unterdrückung im Betrieb und die Unterdrückung im sogenannten Privatleben zugleich klarmachen und bekämpfen.Nur wenn in der politischen Arbeit beides zusammenkommt,ist gewährleistet, daß die politische Arbeit nicht im Ökonomismus und der Beschäftigung mit Betriebskonflikten versandet.Nur dann ist gewährleistet,daß die Kampfbereitschaft,die sich zunächst im Betrieb kristallisiert,durch das Privatleben und die Befriedigung im Konsumbereich nicht zunichte gemacht wird,daß eine langfristige Mobilisierung und Kampfbereitschaft erreicht wird.Deshalb machen wir auch nicht nur isoliert Betriebsarbeit,sondern zusammenhängend Regionalarbeit,Jugendarbeit,Schüler- und Lehrlingsarbeit.

Bisher war es immer so, daß einige Gruppen alle Nase lang mit einer neuen Theorie, einer neuen Strategie, einer neuen Organisationsvorstellung auftraten (übrigens immer ohne zu sagen was an ihrer letzten Konzeption falsch war). Die anderen Gruppen hatten sich damit auseinanderzusetzen. Sie konnten es entweder schlucken oder ablehnen und standen in der Gefahr, entweder als Sektierer diffamiert zu werden oder vor lauter Fraktioniererei ihre eigene Arbeit zu vergessen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß alleine unsere relativ undogmatische Haltung (vielleicht auch unsere geringe theoretische Ausbildung)und unsere Ferne von den abstrakten Fraktionskämpfen uns die Möglichkeit gaben, unsere eigene Initiative zu ergreifen. z.B. gibt die Basisgruppe Spandau gegenwärtig fünf politische Agitations- und Propagandaorgane heraus - zwei Betriebszeitungen, eine Regionalzeitung, eine Jugendzeitung, eine Schüler- und eine Lehrlingszeitung - z.B. war die Basisgruppe in der Lage, den Schülerstreik an den Gymnasien wirksam zu unterstützen und den Streik an den Haupt- und Realschulen zu organisieren.

Wären wir den Arbeitsmethoden vieler anderer Gruppen gefolgt, die die politische Arbeit zu einer außerordentlich komplizierten Wissenschaft gemacht haben, dann würden wir noch heute dasitzen und Analysen machen. Stattdessen haben wir nach längerer Gruppenarbeit die hauptsächlich der eigenen Emanzipation diente, einfach mit der praktischen Arbeit angefangen. Unsere Erwartung, daß in anderen Bezirken ähnlich gearbeitet würde, sodaß eine allgemeine revolutionäre Organisation auf dieser Basis gebildet werden könnte, hat sich leider nicht erfüllt.

In unserer politischen Arbeit hab en wir einige Prinzipien entwickelt,die wir für nützlich halten.Sie alle gehen davon aus,daß man politisches Arbeiten nicht lernt,wenn man nur Bücher liest,sondern indem man anfängt,politisch zu arbeiten.Wir sehen es nicht als Nachteil,daß wir dabei Fehler machen.Denn nur aus diesen Fehlern können wir lernen.Am deutlichsten werden die se Prinzipien an der Art und Weise,wie wir das Problem der neuen,gerade erst politisierten Genossen,zu bewältigen versuchen

.Die Einbeziehung hinzukommender Genossen in schon arbeitende Gruppen erweist sich meistens als unmöglich.Angesichts der Widersprüchlichkeit unseres eigenen Politisierungsprozesses würden wir es für falsch halten,diese Genossen mit einem Schulungsprogramm zu überfallen. Daher entscheiden diese Genossen selbst,mit was sie sich beschäftigen wollen,ob sie sich bestehenden Arbeitsgruppen anschließen wollen,ob sie eigene Gruppen organisieren wollen, und ob und wo sie praktisch mitarbei-

ten wollen.Wir haben die Erfahrung gemacht,daß die ganze Basisgruppe daraus lernen kann und daß dadurch wirklich praktische Initiativen erwachsen.

In der Betriebsarbeit,die wir als das wesentliche Moment unsererArbeit ansehen, das aber nur im Zusammenhang mit außerbetrieblicher Arbeit möglich ist, arbeiten wir nach folgenden Prinzipien: gegenwärtig sind am wichtigsten die Herausgabe von Betriebszeitungen und die praktische Auseinandersetzung im Betrieb. Nur durch die Betriebszeitungen können wir richtige Verallgemeinerungen leisten solange die Betriebsgruppen noch so klein sind, wie sie sind. Nur durch praktische Auseinandersetzungen können wir vermeiden in platte Aufklärerei zu verfallen. Die Funktionen der Betriebszeitungen haben wir folgendermaßen bestimmt: die Betriebszeitung hat organisierende und emanzipatorische Funktion für uns selbst. Bei der Herstellung der Betriebszeitungen lernen wir, politisch richtig unter Kontrolle der gesamten Gruppe zu agitieren. Wir lernen uns selbst zu kritisieren. Wir lernen Betriebskonflikte und allgemeine Klassenauseinandersetzungen zu analysieren. Nebenbei: Unsere Betriebszeitungen enthalten neben Artikeln zu Betriebskonflikten regelmäßig Artikel zu internationalen Auseinandersetzungen und zu Widersprüchen außerhalb des Produktionsbereiches.

Durch die Betriebszeitungen lernen wir, im Betrieb Agitation zu betreiben, denn wir legen uns mit der Betriebszeitung inhaltlich fest, wodurch wir opportunistische Fehler vermeiden können. Mit der Betriebszeitung leisten wir Propaganda, die uns hilft, im Betrieb nicht in Isolation zu geraten. Unsere Formel dafür ist: auf zwei Kollegen, die bei uns mitarbeiten, müssen viele kommen, die mit uns sympathisieren. Anhand der Betriebszeitung lernen wir, einen richtigen Arbeitsstil zu entwickeln. Z. B. kritisieren wir uns selbst regelmäßig in unseren Betriebszeitungen und veröffentlichen die Kritik der Kollegen an uns. Wir berichten über die anderen Arbeitsbereiche der Basisgruppe und stellen uns der Kritik. Diese Funktionen machen schon deutlich, daß die Betriebszeitungen nur für eine Übergangszeit so im Mittelpunkt stehen. Diese Übergangszeit ist aber deshalb so wichtig, weil wir in ihr die wichtigsten Dinge lernen. In dieser Übergangsphase befinden wir uns immer noch. Und wir können deshalb auch nur vage Perspektiven angeben.

Aus unserer Arbeit allein können wir nicht genug lernen, unsere eigenen politischen Diskussionen sind zu ärmlich, um zu einer einheitlichen politischen Linie zu führen. Wir allein sind nicht in der Lage, die notwendige theoretische Arbeit zu leisten. Von daher ist die Zusammenarbeit mit anderen Betriebsgruppen und außerbetrieblichen Gruppen notwendig für die Weiterentwicklung unserer eigenen Arbeit. Ähnlich sind die Arbeitsprinzipien in den anderen Bereichen. Unsere Regionalarbeit geht von dem Grundsatz aus, daß unsere politische Arbeit sich nicht auf die Betriebsarbeit beschränken darf, sondern daß sie besonders auch die außerbetriebliche Unterdrückung aufnehmen muß (z.B. Wohnverhältnisse, Kindererziehung usw.).

Unsere Agitation, die an regional bedingten Konflikten ansetzt, wird ergänzt durch die Zeitung, deren antikapitalistischer Charakter verhindeert, daß die praktische Arbeit, wie z.B. Kinderarbeit, opportunistisch oder sozialdemokratisch wird.

Es hat sich gezeigt, daß die Arbeit mit Arbeiterkindern nur dann politisch und revolutionär sein kann, wenn sie durch eine intensive politische Arbeit mit den Eltern ergänzt wird. Hier zeigt sich die prinzipielle Bedeutung der Basisgruppe mit ihren anderen Arbeitsbereichen.

Der Schwerpunkt unserer Schülerarbeit liegt auf Haupt- und Realschulen. Wir versuchen, mit allen Schülern, die zu uns kommen, Schülerkollektive zu bilden. Besonders bei den Schülern steht, wenn sie zu rebellieren beginnen, das persönliche Emanzipationsbedürfnis im Vordergrund. Sie wollen sich vom autoritären Druck und der Abhängigkeit von Elternhaus und Schule in Gruppen befreien. Dieses Bedürfnis bestimmt unsere Arbeit. Familienprobleme und sexuelle Probleme stehen im Vordergrund. Die Schüler versuchen, ihre individuellen Probleme zur Sprache zu bringen, von sich zu reden, was Ansätze solidarischen Gruppenverhaltens voraussetzt. Dies birgt die Gefahr, daß ddie Schüler auf Kommuneexperimente verfallen. Nur wenn die spätere Berufssituation klar ist, führt die Gruppenarbeit zu der Erkanntnis, daß individuelle Selbstbefreiung durch solidarisches Gruppenverhalten nur teilweise möglich ist, daß der praktische Kampf notwendig ist. Deshalb ist die Zusammenarbeit der Schülerkollektive mit den Lehrlingen notwendig, deren Probleme ähnlich sind, die aber zusätzlich die Unterdrückung im Betrieb erleben, die sie den Schülern vermitteln können. Dadurch stellt sich der Zusammenhang von Lehrlings- und Schülerarbeit her, wie auch der Zusammenhang zur Betriebs- und Regionalarbeit.

Wir hoffen, daß aus dem bisher gesagten klar geworden ist, daß wir auf die Zusammenarbeit und Koordination mit anderen Gruppen angewiesen sind und wir nehmen an, daß es bei den meisten anderen Gruppen, wenn sie überhaupt noch Probleme haben, nicht anders aussieht. Daß diese Zusammenarbeit den Rahmen einer allgemeinen revolutionären Organisation finden muß, ist einsichtig. Nun gibt es aber eine Anzahl von Genossen, die wissen schon ganz genau, welche Formen der politischen Zusammenarbeit der bestehenden Stadtteil-, Betriebs- und anderen Gruppen nicht gehn. Aus dem Scheitern der Arbeitskonferenz, des letztjährigen Maikommittees und ähnlicher Delegiertenorgane (wir können das diesjährige anti-patreien-Maikommittee noch hinzufügen, das inhaltliche Diskussionen führen wollte, die bis jetzt noch nicht geführt wurden), leiten sie ab, was nicht geht.

Wenn man das Scheitern etwas genauer analysiert, stallt sich heraus: in diesen Delegiertenorganen wurde nicht solidarische gearbeitet, so daß die einzelnen Gruppen dort ihre eigene Arbeit, ihre eigenen Fehler kritisieren konnten. Es wurde keine Kritik geübt, die die Möglichkeit gegeben hätte, aus den Fehlern zu lernen, einander zu unterstützen, gemeinsame theoretische Fragestellungen zu erarbeiten usw. Stattdessen gab es konkurrierende Gruppen, die sich gegenseitig ihre angeblichen Erfolge und neuesten Theorien um die Ohren schlugen. Ein übriges taten die konkurrierenden Führungen, die jetzt glücklicherweise ihre eigenen Organisationen haben.

Wir glauben nicht, daß man diese Mängel dadurch abschafft, daß man e einfach eine andere Organisation gründet, die schon alles machen wir d. Vielmehr wird es notwendig sein, daß wir die politische Zusammenarbeit verschiedener Gruppen ebenso lernen, wie wir unsere eigene politische Arbeit in unseren Gruppen lernnen.

Nr. 60
Agit
883
KREUZBERG
618 4801
S.S
BG SPANDAU

WIE KÖNNEN WIR DIE PSYCHISCHE SELBSTBEFREIUNG SYSTEMATISCH IN UNSERE POLITISCHE PRAXIS AUFNEHMEN, UND IN WELCHER BEZIEHUNG STEHT DIE SELBSTBEFREIUNG ZUR POLITISCHEN SCHLAGKRAFT

(TEXT EINER MANNHEIMER KOMMUNE, OKT. 69)

Lest die ersten Punkte aufmerksam, damit ihr nicht im Psychologismus stecken bleibt! (Mao)

I. 7 wichtige Vorbemerkungen zur Vermeidung von Mißverständnissen

Wir knüpfen in diesem Paper an an das vierseitige SDS-Rundschreiben vom 29.9., wo das Problem einer Synthese von "autoritären" und "emanzipatorischen" Gruppen angerissen wurde. Die Frage war: Wie läßt sich oder läßt sich überhaupt die individuelle Selbstbefreiung der Genossen als Programm aufnehmen in Organisation und Inhalt unserer Politischen Praxis?
Obwohl die ganze Linke in diesem Punkt nur minimale Erfahrungen hat, wollen wir versuchen, diese Frage ansatzweise zu beantworten.

Um von vornherein Mißverständnisse u. überflüssige Streitereien zu vermeiden, machen wir jetzt 7 Vorbemerkungen; und wir bitten alle Genossen, die dieses Paper lesen bei allem folgenden diese wichtigen Vorbemerkungen im Gedächtnis zu behalten:

1. Es geht nicht nur um eine Selbstbefreiung als Selbstzweck, vielmehr scheint und die psychische Befreiung der Genossen unerläßlich für eine effiziente politische Arbeit.
Dieser Zusammenhang zwischen Selbstbefreiung und politischer Schlagkraft soll in unserem Paper theoretisch belegt werden.

Das dieser Zusammenhang empirisch stimmt, hat unsere politische Praxis der letzten zwei Jahre überdeutlich gezeigt, oder genauer: Es hat sich gezeigt, daß die politische Schlagkraft von Studenten- und Schülergruppen (1), die nicht auf die emanzipatorischen Bedürfnisse der einzelnen Genossen eingehen, langsam aber sicher aufgerieben wird.

(1) Möglicherweise müssen hier Studenten- und Schülergruppen prinzipiell unterschieden werden von Lehrlings- und Arbeitergruppen, weil das Problem der Selbstbefreiung bei Studenten und Schülern aufgrund ihrer sozialen Herkunft einen viel zentraleren Stellenwert hat als bei Arbeitergruppen. Auf dieses Problem unserer verschiedenen Klassenlage gehen wir später etwas ausführlicher ein. Alle Aussagen in diesem Paper gelten zunächst nur für Studenten- und Schülergruppen. Die Anwendbarkeit für Arbeiter scheint uns aufgrund der verschiedenen Klassenlage problematisch, dies müßte noch gründlich diskutiert werden.

2. Mit individueller Selbstbefreiung kann in dieser Gesellschaft nie eine totale Befreiung gemeint sein (falls sie überhaupt jemals erreicht werden kann), denn aufgrund unserer alltäglichen Kontakte mit der bürgerlichen Gesellschaft werden wir die letzten Überbleibsel unserer bürgerlichen Verkrüppelung nie ganz aus uns ausmerzen können. Wir meinen also lediglich eine gradeuelle Selbstbefreiung, die es uns z.B. ermöglichen soll, endlich ohne Angst zu lieben und ohne neurotische Widerstände zu arbeiten.

3. Mit "individueller" Selbstbefreiung ist nicht gemeint, daß jeder nun auf eigene Faust seine Selbstbefreiung versuchen soll. Vielmehr ist die von uns gemeinte Selbstbefreiung nur im Kollektiv möglich, wie wir in unseren Ausführungen über die Bedingungen unserer Selbstbefreiung zeigen werden.

4. Mit individueller Selbstbefreiung ist nicht gemeint der Rückzug in irgendeine Art unpolitischer Subkultur. Wie unsere späteren Ausführungen über die Aggressionsproblematik zeigen werden, bleibt jeder Versuch einer radikalen Befreiung illusionär, wenn nicht er den politischen Kampf gegen unsere Unterdrücker einschließt. Sellten in diesem Kampf einmal unsere politischen Ziele mit unseren emanzipatorischen Bedürfnissen unvereinbar sein, so sollten wir unseren politischen Zielen den Vorrang geben.

5. Wenn wir sagen, daß und der planmäßige Einbau unserer psychischen befreiung in unsere politische Praxis unerläßlich erscheint, falls wir politisch schlagkräftiger werden wollen als bisher, so müssen wir noch drei wichtige Einschränkungen machen: alles, was wir in diesem Paper über die Notwendigkeit und die Verwirklichung der Selbstbefreiung sagen, gilt erstens nur für eine nicht akut-revolutionäre Situation, zweitens nur für eine Situation ohne offenen Faschismus (weil wir sonst wahrscheinlich andere Probleme hätten), und drittens nicht bzw. nur mit starken Einschränkungen für revolutionäre Arbeitergruppen. Die psychische Selbstbefreiung ist hauptsächlich ein Problem des Mittelstandes, und es muß für die Arbeiterklasse auf ihrer Klassensituation unverständlich sein, inwiefern die psychische Selbstbefreiung ein Te der politischen Strategie sein kann. Dieser Punkt ist einer der wichtigsten des ganzen Papers, weil er entscheidend ist für das gegenseitige Verständnis der verschiedenen Gruppen, denn hier können hoffentlich einige Mißverständnisse und Vorurteile ausgeräumt werden. Wir werden deshalb gründlich auf diesen Punkt eingehen.

6. Wir halten das Thema unseres Papers deshalb für besonders akut, weil sich die (ausschließlich ökonomisch orientierten) nach straffem Kaderprinzip organisierten Gruppen schnell vermehren, während auf der anderen Seite rein emanzipatorische Gruppen entstehen (z.B. Kommune 2 Berlin, Weiberräte usw.), die dem dogmatischen Ökonomismus eine subjektiv humanere, aber tendenziell entpolitisierende Perspektive entgegenhalten.

7. Dieses Paper ist nur ein Teil eines viel umfassenderen Strategie-Papers, andem wir zur Zeit arbeiten. Ausgehend von der marxistischen Klassenanalyse und von strategischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus wollen wir versuchen, zu zeigen, wo diese Kategorien revidiert werden müssen, wenn wir eine Gesellschaftsanalyse und eine Strategie entwickeln wollen, die unserer heutigen Gesellschaft entspricht.
Wir halten es für dringend notwendig, die marxistisch/leninistische, trotzkistische und maoistische Argumentation zu kennen und zu prüfen, um mit diesen Gruppen endlich wieder in eine fruchtbare Diskussion und Zusammenarbeit zu kommen. Die vorurteilsgeladene Überheblichkeit gegenüber anderen Gruppen ist typisch für einige Dogmatiker unter uns. So ist es z.B. im SDS üblich geworden, abfällig zu grinsen, wenn nur das Wort "Trotzkisten" auftaucht.
Diese Arrogante Haltung ist erstens unreflektiert, denn wenn wir eine Begründung verlangen, merken wir daß sich die betreffenden Genossen noch garnicht richtig mit dem Trotzkismus beschäftigt haben, außerdem ist die im höchsten Maße spalterisch und sektiererisch und damit konterrevolutionär. Diesensektiererischen Dogmatismus sollten wir überall bekämpfen, wo wir ihn treffen.

»DIE WAHRHEIT IST UNSERE STÄRKE«

Auseinandersetzung mit dem Stalinismus

Je mehr Teile der anti-autoritären und anti-imperialistischen Bewegung eine sozialistische Position einnahmen und in dieser Richtung aufklärerisch agierten, umso mehr wurden die sozialistischen Vorstellungen und Ziele der Neuen Linken mit der Wirklichkeit der sich als sozialistisch bezeichnenden Staaten identifiziert, wenngleich diese Vorstellungen schon immer wesentlich Nicht-Identisches ausdrückten. "Geht doch rüber" war eine der häufigsten Antworten auf die anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen Aktionen in Westberlin.
Einerseits versuchten wir den unverfälschten anti-kommunistischen Vorurteilen des Kalten Krieges gegenüberzutreten, versuchten die Schwächen der DDR historisch zu erklären, konnten uns aber andererseits mit der von ihr realisierten Form von Sozialismus nicht identifizieren und waren auch nicht in der Lage, die Differenz zwischen dem "realen Sozialismus" (SED, DKP) und den eigenen Vorstellungen zu benennen und zu vermitteln. [ ]

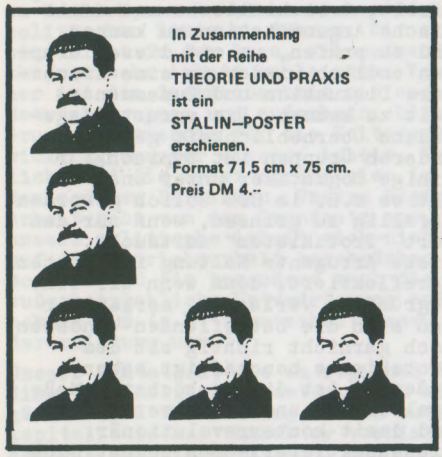
Der neue Stalin-Kult der Marxisten-Leninisten

Im Auflösungsprozeß der anti-imperialistischen Bewegung mauserten sich Teile davon zu Parteiansätzen, die bis zur Kenntlichkeit den vormals so prinzipiell abgelehnten leninistischen Partei-Typus kopierten. Dies nicht nur der Form, sondern auch und vor allem dem verdinglichten Verständnis des sozialen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse nach. Verstand die Neue Linke die Stalin-Kritik des XX. Parteitages der KPdSU als unzureichend, da diese letztlich nur eine Personalkritik war, die den Stalinismus als spezifisches politisches und ökonomisches System tem wesentlich unangetastet ließ, so bekannte sich nun die neue ML-Linke zur chinesischen Position, für die der Revisionismus mit dem Sündenfall Chruschtschows auf auf dem XX. Parteitag beginnt, der Stalinismus hingegen den wahren Sozialismus verkörpert. Zusätzlich nahmen sie auch noch den von Mao rehabilitierten Stalin in ihre Ahnengalerie auf zusammen mit der jeder Beschreibung spottenden Würdigung Stalins als eines großen Marxisten, dem zwar einige Fehler unterlaufen sind, die jedoch von seinen Verdiensten reichlich aufgewogen werden.
Alle Lügen, Manipulationen und Geschichtsfälschungen der Ära Stalins, wurden nun von den ehemaligen Anti-Stalinisten - die, betrachtet man die Personen, die diesen Weg einschlugen, wohl niemals zum radikal anti-stalinistischen Flügel gehörten - ungeniert und mehr oder weniger umfangreich wieder aufgetischt.
Für die Alt-Stalinisten sollten die nun einmal offiziell bekanntgewordenen Verbrechen Stalins möglichst nur als Personalproblem erscheinen, das zwar eine zeitweilige "Deformation des Sozialismus" bedeutete, der nichtsdesdotrotz aber Sozialismus blieb.
Haben die Neo-Stalinisten die Schwierigkeit, zu erklären, warum sich der "stalinsche Sozialismus" schlagartig in einen "chruschtschowschen Revisionismus" verwandelte, so die Alt-Stalinisten, wieso verstaatlichte Produktionsmittel nicht-sozialistische Produktions- und Verkehrsformen hervorbringen können - und dies über Jahrzehnte hinweg.
Beiden Tendenzen gemeinsam ist, daß sie mit skrupellosen Lügen und Geschichtsfälschungen ihren jeweiligen Glaubensartikeln den Schein der Schlüssigkeit verleihen wollen, ferner,
daß beide kein Interesse haben, die radikale historische Wahrheit als Basis revolutionärer Tätigkeit zu nehmen, daß sie Geschichte nur zur Legitimation ihrer jeweiligen "Linien" willkürlich benutzen und daß sie in Verwechslung von Täuschung und Taktik ihre jeweiligen Sonderinteressen als revolutionäres Allgemeininteresse darzustellen versuchen. [ ]
Die behauptete Identität von Sozialismus im ursprünglich marxschen Sinne und der sowjetrussischen Wirklichkeit ist bis heute nicht aufgelöst und bildet ein Haupthindernis für sozialistische Aufklärung und Aktionen, für die Einsicht, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur in sozialistischer Richtung erkämpft werden kann.
Wer heute den Stalinismus als das verlorene sozialistische Paradies beweint, betreibt Anti-Kommunismus.
Die Neue Linke muß klar machen, daß Sozialismus als Kampfprogramm nicht die Etablierung einer Gesellschaft sowjetrussischen Typus meint, in der die Arbeiter (Produzenten) nach wie vor die Gelackmeierten sind - trotz nicht-kapitalistischer Eigentumsverhältnisse - sondern eine Gesellschaft, in der die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums selbst die Bedingungen seiner Produktion und Verteilung in die Hand nehmen und in der Hand behalten.

Wir brauchen eine radikale Stalinismuskritik

Die umfassende Stalinnismuskritik und die Kritik an den bestehenden sich sozialistisch nennendennden Gesellschaften hat zentralen Stellenwert für den sozialistischen Kampf. [ ]

aus: der lange Marsch
6/1973, S. 7 - 11



REKLAME DES OBERBAUMVERLAG

... DASS DIE UMSTÄNDE VON DEN MENSCHEN VERÄNDERT — UND DER ERZIEHER SELBST ERZOGEN WERDEN MUSS.

THESEN ZUR STUDENTENBEWEGUNG

VORWORT:

Aus dem Auflösungsprozeß der antiimperialistischen und antiautoritären Bewegung kristallisieren sich immer deutlicher verschiedene vom Anspruch her sozialistische und kommunistische Praxismöglichkeiten heraus. Diejenige radikale sozialistische Fraktion-zu der wir uns zählen - ist gegenwärtig weitgehend handlungsunfähig. Sie wird, wenn sie es nicht schafft, erfolgreiche Kommunikations- und Aktionsformen zu entwickeln, im Reprivatisierungsprozeß oder im resignativen Anschluß an traditionelle Parteiorganisationen von Marxisten-Leninisten bis Sozialdemokratie aufgehen.
Wir wollen versuchen, politische Vereinzelung aufzubrechen. Das bedeutet zunächst, einen funktionierenden Kommunikationszusammenhang herzustellen, der tendenziell die kollektive politische Handlungsfähigkeit wiedererm[illegible].

Wir meinen, daß dabei zuallererst auf die eigene politische Erfahrung zurückgegangen werden muß, das heißt nicht,daß wir der heutigen organisatorischen Zersplitterung die temporäre Spontaneität der massenmobilisierenden antiimperialistischen Bewegung gegenüberstellen wollen. Die grundlegenden Inhalte der Neuen Linken scheinen uns gegenüber der Rückkehr in die traditionellen Formen und Inhalte der Arbeiterbewegung jedoch so wichtig, daß wir deren Aufnehmen für eine radikale sozialistische Praxis unerläßlich halten. Im Gegensatz dazu legitimieren sich heute die studentischen ML-Parteien durch liquidatorische Abkehr und Diffamierung ihrer eigenen Geschichte.

SUBJEKTIVE EMANZIPATION IN DER SOZIALEN AKTION

1 Die subjektive Radikalität der anti-autoritären und anti-imperialistischen Bewegung gewann in der gemeinschaftlichen Aktion eine politische, emanzipatorische Qualität, die eine Integrität und Glaubwürdigkeit schuf. Diese Integrität war selbst wiederum eine wesentliche Ursache für den tatsächlich gesellschaftlich bewegenden Charakter der anti-imperialistischen Bewegung. Der emanzipatorische Anspruch wurde nicht nur auf Flugblättern und Transparenten propagiert, sondern praktisch ernst genommen. Das Ändern der Verhältnisse wurde vor allem auch als "Selbstveränderung" begriffen. Genau in diesem fundamentalen Verständnis politischer Tätigkeit ging die Neue Linke an die Wurzel gesellschaftlicher Veränderung, war sie radikal,hatte sie ihre "revolutionäre Praxis".

2 Die ausbleibenden spektakulären Erfolge nach den Massenaktionen der Jahre 1967-69 führten dazu, daß die Mehrzahl verunsicherter Genossen meinte, eine Niederlage erlitten zu haben.

Dies bestimmte das subjektive Bewußtsein der meisten Linken. Obwohl weder eine konkrete Utopie noch eine genaue Etappenbestimmung des sozialistischen Kampfes der Studenten bestand, herrschte eine hoffnungsvolle Erwartungshaltung. In wenigen Jahren war die antiautoritäre Revolte zu einer Massenbewegung geworden. Im internationalen Maßstab setzten die Genossen ihre Hoffnungen in den Widerstand der Schwarzen gegen den Rassismus in den USA, die Erfolge der FNL, in Vietnam, den verstärkten Guerillakampf in Südamerika, die Selbstbehauptung der kubanischen Revolution gegen den Druck des US-Imperialismus, der offene Klassenkampf in Japan, Italien und Frankreich(Mai 1968), in die chinesische Kulturrevolution, die unter dem Druck der Massen eine alternative zum technokratischen Sozialismus der UdSSR zu bieten schien. Mit dem Scheitern der Anti-Notstandskampagne, der Springer-Kampagne, der Mai-Niederlage in Frankreich, der Eskalation des Krieges gegen das vietnamesische Volk durch die USA, der Integrierung einiger Forderungen der Revolte in die sozialliberale Reformpolitik zeigte sich eine Kluft zwischen der Realität und der wie unklar auch immer vorhandenen sozialistischen Erwartungshaltung.

Der objektive Fort schritt der sozialistischen Bewegung, die gesamtgesellschaftliche Wirkung, die die Studentenrevolte ausübte geriet dabei aus dem Blickfeld. Das subjektive Bewußtsein der Niederlage überdeckte die realistische Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik und in Westberlin. Hierin liegt eine der Ursachen für den liquidatorischen Bruch mit der eigenen Vergangenheit, die verdrängt und diffamiert wurde. Da die gesellschaftliche Realität zu den sozialistischen Erwartungshaltungen nicht zu vermitteln war, trat an ihre Stelle die apologetische Identifikation mit scheinbar erfolgreichen sozialistischen Revolutionen (UdSSR, China). Dieser Bruch mit der Realität fand in der "Schulungsbewegung" seine vorübergehende organisatorische Form. Erst nachdem man meinte, sich die "Lehren" der chinesischen oder der sowjetischen Revolution zu eigen gemacht zu haben, begannen sich die Gruppen wieder der gesellschaftlichen Realität zuzuwenden, jetzt aber mit dogmatischen Handlungsanweisungen.

Diese Selbstverleugnung übersah den Lehrstückcharakter vieler Aktionen der Studentenbewegung: Das erste Mal waren in Westdeutschland militanter Widerstand gegen Unterdrückung und dumpfe Massenloyalität geleistet worden.

Der scheinbare Charakter der Niederlage der Studentenbewegung wurde noch verstärkt dadurch, daß zahlreiche kulturrevolutionäre Gegenmilieubestrebungen ihres subversiven Gehalts beraubt wurden durch deren Integrierung in die sozialliberale Reformpolitik: Kindererziehung, Kinderläden, Gesundheitswesen, Wohngemeinschaften - die demnächst wohl auch beim Bau von Studentenheimen eingeplant sind - Hochschulreform, Reform des § 218, Sozialarbeit etc.

(In zahlreichen Bürgerinitiativen tauchen die außerpalamentarischen Aktionsformen Jahre später wieder auf. Ansätze militanter Streikaktionen: "Was die Studenten können, können wir auch".)

Dem subjektiven Bewußtsein, eine Niederlage erlitten zu haben, stand der objektive Erfolg der Studentenbewegung gegenüber: eine Massenbasis potentiell sozialistischer Interlektueller war geschaffen, gesellschaftspolitische Reformen auf die Tagesordnung gesetzt, in ihren Aktionen Lehrstücke geliefert worden.

In dem Bruch mit der Vergangenheit, wodurch man sich nicht mehr zu den eigenen Aktionen bekennen durfte, liegt allerdings die Niederlage einer Fraktion der Neuen Linken, zu der auch wir uns rechnen.

Die autonomen Basisorganisationen in Betrieb, Stadtteil und Hochschule, die 1968/69 entstanden waren, setzten die Frage einer allgemeinen sozialistischen Organisation auf die Tagesordnung. Anstatt die Studentenrevolte kritisch aufzuarbeiten und für einen längeren Zeitraum die autonomen Basisorganisationen aufrecht zu erhalten, setzte sich unter den verunsicherten Genossen das prinzipiell richtige Bedürfnis nach einer allgemeinen sozialistischen Organisation in einer falschen, ahistorischen rigiden zum größten Teil marxistisch-leninistischen Form durch.

Die linke Fraktion, die für eine B eibehaltung der B asisorganisationen war, solange die Isolierung gegenüber der Arbeiterklasse ungebrochen weiterbestand, hatte der scheinbaren Geschlossenheit der ML-Organisationen und ihrer "klaren" Revolutionsperspektive keine Alternative entgegenzusetzen. Die bestehenden Organisationsformen waren jedoch mit dem Makel der vermeintlichen Niederlage behaftet, die Mehrzahl der Genossen drängte "über sie hinaus".

[ ]

4 Entgegen den heute vorherrschenden formalistischen Organisationsstrukturen, orientierten sich die Organisationsformen der Studentenbewegung an ihren Inhalten. Das war eine ihrer Stärken, geriet jedoch durch das Bewußtsein ihrer Niederlage zu einer Schwäche. [ ]

In der Kommunediskussion wurde versucht, Formen solidarischen, kollektiven Lebenszusammenhanges zu entwickeln. Die Trennung von politischen und privaten Leben sollte aufgehoben, autoritäre Charackterstrukturen gemeinsam abgebaut werden. Die Kommunen und Wohngemeinschaften, die sich nach 1967 herausbildeten, konnten in den nächsten Jahren diesen Anspruch selten einlösen. Der liquidatorische Bruch zur Studentenbewegung erfaßte auch die Wohngemeinschaften. Das Bekenntnis zur einen oder zur anderen Organisation machte ein gemeinsames Zusammenleben unmöglich, da die jeweiligen Organisationen emotional zu stark besetzt waren. Die Organisationen mit ihrer rigiden Disziplin, ihrer Konkurrenz untereinander, mit ihrer Hierarchie und mit der inneren Aufstiegskonkurrenz der Mitglieder reaktivierten den autoritären Charakter.

[ ]

6 Das Auseinanderfallen des Solidaritätszusammenhangs der Neuen Linken bedeutete für die radikale Fraktion -die Fraktion, die sich nicht in neue oder alte Führungsorganisationen für die Arbeiterklasse transformierte -einen Individualisierungs- und Reprivatisierungsprozeß, der sich vor allem in Berlin unabgetrennt in zunehmender politischer Handlungsunfähigkeit ausdrückte. Mit dem Verzicht auf die soziale Aktion verfiel auch die subjektive Emanzipation und fristet heute, mit hartnäckig radikalem theoretischen Anspruch, ein kümmerliches bürgerliches Dasein.

Ein großer Teil der Genossen, der den Schritt hin zu den traditionalistischen Organisationen für falsch hielt, resignierte. Vereinzelung und Rückzug auf das Privatleben war die Folge. Zum Teil widmeten sich diese Genossen wissenschaftlicher Arbeit, ohne die Möglichkeit zu kritischer Kommunikation mit praktisch arbeitenden Gruppen zu haben. Marxistische Studiengänge an den Universitäten blieben kontemplativ und absorbierten massenhaft potentielle Genossen, die durch die so betriebene wissenschaftliche Arbeit notwendig entpolitisiert wurden. Diese Fraktion schafft es noch manchmal ad hoc - wenn politische Instinktlosigkeit und Borniertheit der ML-Parteien in eklatanten Widerspruch zur politischen Realität gerieten. - in Komitees Aufklärung und Aktionen zu organisieren (Georg v. Rauch, Vietnam). Diese Ad-hoc-fähigkeit nimmt jedoch immer weiter ab. Auch die noch informell bestehenden Gruppen und Zellen werden, wenn sie ihre Isolierung nicht überwinden, sich über kurz oder lang in Wohlgefallen auflösen.

7 Wenn wir jetzt auffordern, wieder anzufangen mit gemeinsamer Diskussion über die uns alle betreffenden theoretischen und praktischen Fragen, dann mit dem Ziel die soziale und politische Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen. Das heißt natürlich nicht, eine neue Stellvertreterorganisation zu gründen, sondern zielt auf unsere eigene Organisierung, die wir für eine kontinuierliche und langfristige sozialistische Tätigkeit für unerläßlich halten.

Nachwort

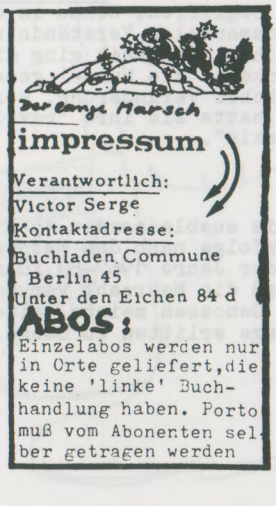
Wir haben in verschiedenen Artikeln der bisherigen Ausgaben des "Langen marsches" versucht, aus der Kritik an der Studentenbewegung und den heutigen linken Organisationen heraus eien Diskussionsprozeß einzuleiten.

Unsere Thesen sollen Grundlage für eine Diskussionsveranstaltung im November sein, bei der die Kritik an der Studentenbewegung und ihrem liquidatorischen Umschlag im Mittelpunkt stehen soll.
Die Termine geben wir noch auf Flugblättern und Plakaten bekannt.
Es wäre gut, wenn wir die Kritik an diesen Thesen in die Vorbereitung der Veranstaltung aufnehmen könnten.
Wenn ihr, Individuen oder Gruppen diesen Kritikprozeß mittragen wollt, schreibt uns bitte.

Literaturhinweise

1. Peter Brückner, Kritik an der Linken. RLV Text 3, 1973
2. Bernhard Blanke, Die Herrschaft des Prinzips über die Erfahrung. Zu einigen Problemen der Studentenbewegung, in links, Nr.46, Juli/Aug.73.
3. Der lange Marsch Nr.2, 73. Selbständiges Gehen oder Das ZK hat immer recht.

aus: der lange Marsch 6/1973 S. 15 - 17



Autoritäre Bewegung

Eine Generation neuer Menschen für die Revolution heranbilden

Es war feierlich wie früher zu Weihnachten. Das Audi-Max der TU war hübsch geschmückt und mit allen verfügbaren Scheinwerfern ausgestrahlt. Landsmannschaftstreffen? nein, Vietnammeeting!
Eine Stunde nach Beginn und letzten Vorbereitungen kamen die beiden vietnamesischen Gäste, der eine langjähriger Student in Deutschland. Dann folgten die langen Elaborate der Veranstalter, deren Inhalt man in einer 15-20 minütigen Rede besser vermittelt hätte, dann die Filme und anschließend die Beantwortung der Fragen an die FNL-Genossen. Das ganze dauerte 3 Stunden, davon mindestens eine halbe Stunde Klatschen.
Das war der Rahmen, sein Inhalt: der amerikanische Imperialismus, der ruhmreiche Kampf der unterdrückten Völker und die Niederlagen des Imperialismus, 7-Punktevorschlag und Solidaritätsbekundungen.
Pompöse Aufmachung einerseits, andrerseits langweilige Reden bekannten Inhalts und oberflächliche Diskussion mit den FNL-Genossen (im wesentlichen wiederholten sie nur das vorher gesagte und gezeigte, die interessanten Fragen nach Parteifunktion und Organisationsformen in der Volksrepublik Vietnam wurden nicht geklärt, das Verhältnis zur UDSSR und zur VR China auch nicht erläutert, die Frage zu Nixons Chinabesuch garnicht erst vom Dolmetscher übersetzt) man sollte sich fragen, was und wem solche Veranstaltungen nutzen!!

war halt mitgerissen.
Warum nun diese Selbsttäuschung? Warum der ständig tosende Beifall, gestiftet von einer Gruppe Berufsklatscher in den letzten Reihen? Ging es hier noch um Solidarität oder war es nicht eher der Versuch, die eigene revolutionäre Dürftigkeit zu überklatschen, stimuliert durch die pompöse Form einer Veranstaltung, deren eines Ziel es war, eine Parteiorganisation zur Schau zu stellen. Es ist so leicht, Marx, Engels, Mao... zulesen, auf einige bürgerliche Konsumgewohnheiten zu verzichten, von Solidarität mit der Arbeiterklasse und den kämpfenden Völkern zu reden, aber wann, wo und wie wird das Gerede in die Tat umgesetzt?

Wer meint, dass Klassenkampf bedeutet: bunte Fahnen, Parteischau und Funktionärsreden, der sollte seine linken Klassiker, verschenken, weil eroffensichtlich doch nur die Fußnoten gelesen hat.
Gerade diese parteilichen Grossveranstaltungen demonstrieren die klägliche revolutionäre Praxis und das bürgerliche autoritätsfixierte Bewußtsein eines grossen Teils der studentischen Linken.
Eine Veranstaltung wird vorbereitet und angekündigt, man sieht und lässt sich sehen, erliegt dem Beifall, bekundet Solidarität, spendet, beruhigt das revolutinäre Gewissen: man hat seine Dreimonatspackung Klassenkampf erhalten.
Die revolutionäre Theorie kann sich nur aus der eigenen revolutionären Praxis ableiten und nur an dieser über prüft werden.

Revolutionäre Praxis, das bedeutet: Betriebs- und Stadtteilarbeit auf dem Boden der Selbstorganisation. Die Solidarität mit den unterdrückten Völkern kann sich nur in der revolutionären PRAXIS hier und heute ausdrücken, nicht aber durch in Parteiimagepflege.
DEN KLASSENKÄMPFER AN SEINEN TATEN UND NICHT AN SEINEN WORTEN ERKENNEN ! ! !

Als Zeichen der Anerkennung für vorzügliche Parteiarbeit erhielt der Genosse Neitzke dieses kleine Geschenk

НЕ ОПОЗДАЕМ НИ НА ОДНУ МИНУТУ, НЕ ПОТЕРЯЕМ НИ ОДНОГО КОЛОСА!

Als die westdeutschen Genossinnen der Bauernaufbau-Organisation ins Adi'max kamen, erhoben sich die westberliner Genossen und feierten die Genossinnen stürmisch.

Die grossherausgestellte Medikamentensammlung und die gespendeten 12000 DM: sicher ist das eine nützliche Unterstützung für die kämpfenden Genossen in Vietnam- aber geht man davon aus, dass mindestens die Hälfte der 33000 Studenten den Kampf des vietnamesichen Volkes gegen die Amerikaner und ihre Lakaien für gerechtfertigt ansieht, so hat jeder infragekommende Student nicht mal eine müde Mark gegeben. Die Sammlung schließt auch die BRD mit ein! Die Mahnung des Genossen Vorsitzenden, den Applaus für die Sammlung nicht als Eigenlob aufzufassen, war doch wohl fehl am Platz,- harte Selbstkritik wäre das einzig angebrachte. Aber man

Nr. 85 v. 15.11.1971, S. 9

Genossen, verkauft 883 an Eurem Ort. Durch die massenhafte Verbreitung der Zeitung können unsere politischen Vorstellungen wirksamer werden. Bei der Abnahme von mindestens 10 Exemplaren gewähren wir Preisnachlaß.
Schreibt uns:
A. Herms
1 Berlin 21
Stephanstr. 60
Fabrikgebäude

883

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 16. Juni 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 38 vom 21. September 1984 18. Jahrgang 1 DM

Nr. 58 v. 1.5.1970

[1977]

Nr. 27 ~ 2,00 DM

SFr. 2,50 - ÖS 18,00

Der metzger

Schwarze Protokolle

Die Ahnengalerien unterlagen dem Wandel der Zeiten - und die Spontis hatten immer ihre eigenen Vorstellungen

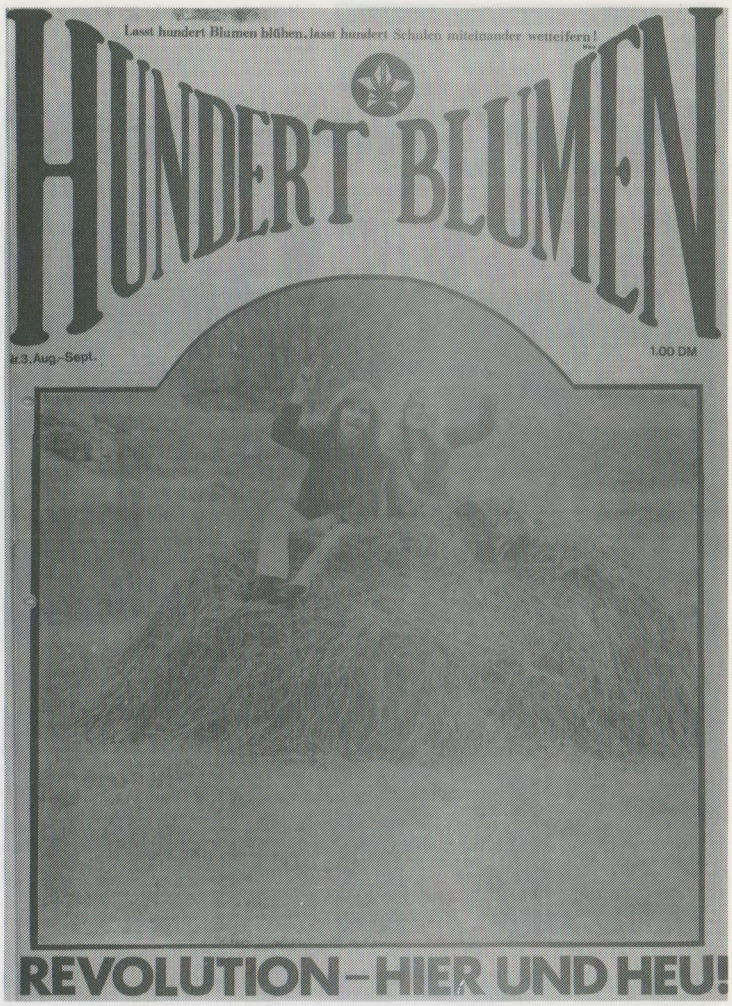
1.- DM
AUSERHALB HEIDELBERGS 1,20 DM

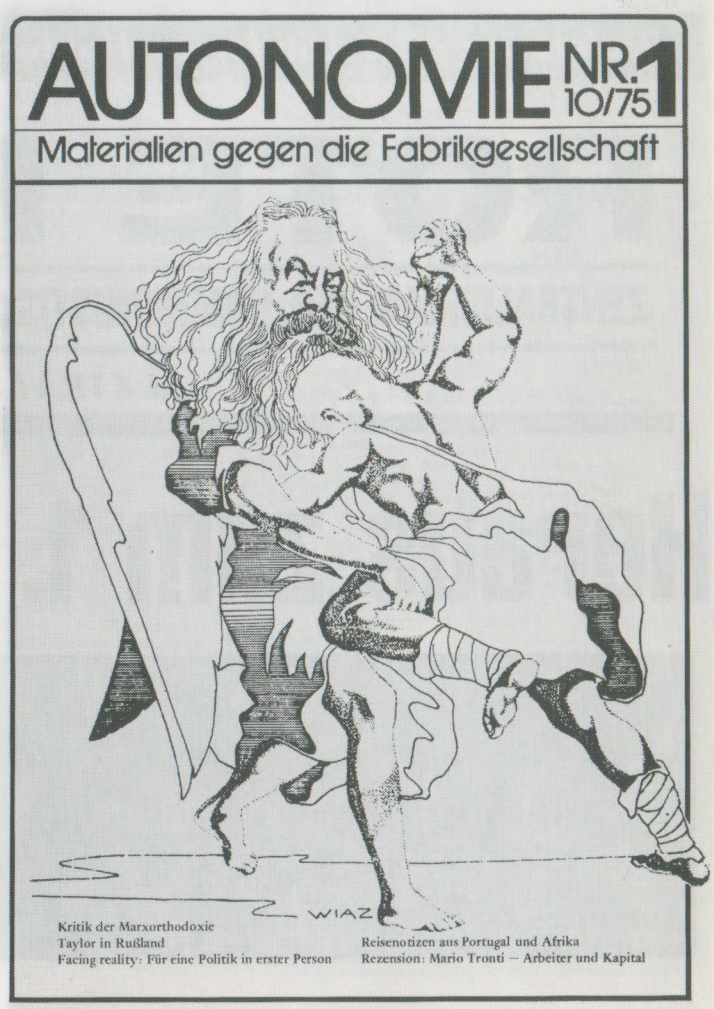
IMPRESSUM :
Verantw. i.S.d.P.:Männe Metzner
Blumenstr.26, 6900 Heidelberg
copyright by Carlo Sponti
Druck: esprint HD

№ 44 oktober 1978

CARLO SPONTI

HEIDELBERGS ILLUSTRE ILLUSTRIERTE





4 Bilder gegen die dogmatische Rezeption der marxistischen Klassiker

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

EXTRABLATT 10Pf

Kolleginnen und Kollegen!

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die KPD/ML, entbietet zum diesjährigen 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, Euch allen brüderliche Kampfesgrüße!

Kampftag? Jawohl! Auch wenn die DGB-Führer den 1. Mai in ein "Friede-Freude-Eierkuchen-Fest" zu verwandeln suchen, auch wenn sie behaupten, die Arbeiter wollten nicht, sie führen lieber ins Grüne, anstatt für ihre Rechte zu demonstrieren. Die Masche kennen wir: Man selbst tut alles, um die Arbeiter vom Kampf gegen die Kapitalisten abzuhalten, um dann frech zu behaupten, sie wollten ja nicht.

Damit ist Schluß! Die deutsche Arbeiterklasse hat wieder eine revolutionäre kommunistische Partei, die

HERAUS ZUM 1. MAI !

Kampftag der Arbeiterklasse aller Länder

KPD/ML

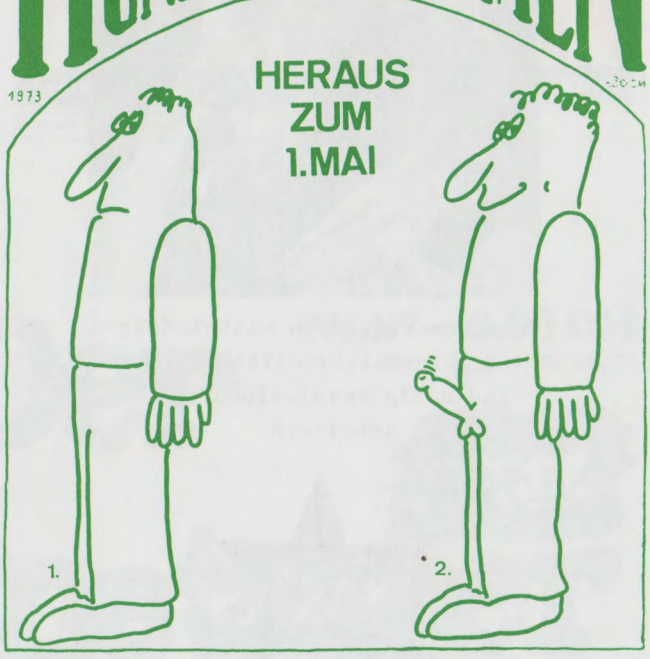
KPD/ML! Nicht die DKP. Denn wer zwar gegen die Monopole und den Krieg der USA-Aggressoren in Indochina ist, gleichzeitig aber den Mord an hunderten polnischen Arbeitern stillschweigend billigt, hat nicht das Recht, sich Kommunist zu nennen.

Spätestens ab diesem 1. Mai wird die deutsche Arbeiterklasse das rote Banner des Klassenkampfes wieder erheben, wird sie in Demonstrationen und Kundgebungen zeigen,daß sie sich ihrer revolutionären Tradition, ihrer großen Führer: Marx, Engels, Bebel, Liebknecht, Luxemburg und Thälmann wieder bewußt wird. Auch wenn noch nicht alle Kolleginnen und Kollegen die Notwendigkeit des Kampfes für die Befreiung vom Joch des Kapitalismus erkennen, wenn die Zahl derjenigen, die mit uns am 1. Mai demonstrieren noch nicht

Fortsetzung Seite 2

SONDERDRUCK

3 HUNDERT BLUMEN



Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

EXTRABLATT A 2010 C

Heraus zum 1. Mai 1973!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Werktätige in Stadt und Land, fortschrittliche Menschen aus allen Schichten des Volkes!

Wir rufen Euch auf, Euch unter den Fahnen der Kommunistischen Partei am 1. Mai zusammenzuschließen, damit wir gemeinsam unsere Kraft und unsere Entschlossenheit zeigen, für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für ein Leben ohne Verbrechen an den Völkern zu kämpfen! Auf der ganzen Welt macht dieser Kampf gewaltige Fortschritte!

Zu den Koordinationsbemühungen der antiautoritären Linken

FREIHEITLICHE SOZIALISTEN ALLER STADTTEILE UND TEMPERAMENTE VEREINIGT EUCH!

WIR SUCHEN EINE TRAINERIN ODER EINEN TRAINER MÖGLICHST MIT ZWEI BEINEN, AUF JEDER SEITE EINS, UND NICHT ÄLTER ALS ACHTZIG JAHRE, SOWIE EINE HALLE, DIE WIR EINMAL PRO WOCHE BENUTZEN KÖNNEN!

Wer Entsprechendes weiß, melde sich bei HUNDERT BLUMEN!

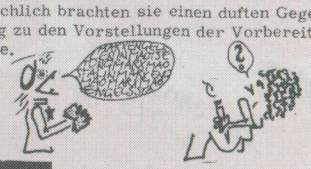
Im Herbst dieses Jahres war es wieder einmal soweit: die freiheitlichen, praktisch arbeitenden Gruppen der Stadt überkam mit den ersten regnerischen Herbsttagen der große Katzenjammer. Nach einem Sommer, der auf nächtlichen Feten heiß, auf der Straße aber stinklangweilig war, fand man sich in den Wohngemeinschaften von Spandau bis Kreuzberg unter sich und isoliert wieder. Verbindung zu anderen bestand nicht. Man wußte nicht was und wie es die anderen auf die Beine stellten. Jede Gruppe wurschtelte verbissen vor sich hin. Man kannte nicht einmal die benachbarten Gruppen im Stadtteil. Gute und schlechte Erfahrungen wurden betulich als Gruppeneigentum behandelt, auf Demos füllte man höchstens drei schüchterne Reihen, wichtigen Großkampagnen wie dem Mieterkampf standen verstreute Mini-Gruppen gegenüber, ideologisch wurde Inzucht getrieben und der Solidarität anderer Kollektive war man sich nicht mehr gewiß.

Die nun in vielen Gruppen einsetzende Koordinierungsdiskussion führte zu einem ersten Treffen aller antiautoritärer Berliner Gruppen anfang November. Man beschloß als ersten Schritt zur Zusammenarbeit ein gemeinsames Büro und ein Forum aller Gruppen einzurichten.

Die Erarbeitung der einzelnen Organisationsfragen wurden einer Arbeitsgruppe übergeben, die damit das nächste Forum vorbereiten sollte. Diese Gruppe traf sich allwöchentlich unter BEDINGUNGEN STRENGSTER ILLEGALITÄT hinter verhängten Fenstern und verriegelten Türen einer gewissen Berliner Kneipe. In dieser aufregend konspirativen Atmosphäre wurde als Ziel der künftigen Organisation der totale Sturz aller kapitalistischen, faschistischen und staatssozialistischen Systeme beschlossen und - Ernst beiseite - die aufzubauende Organisation näher bestimmt. Sie sollte antiautoritär und nach dem Räte-Prinzip funktionieren. Wir einigten uns auf folgendes Modell:

Das Büro sollte rein technische Aufgaben wie Adressenkartei, Info, Vermittlung technischer Geräte, Sympatisantenberatung usw. übernehmen. Um die tägliche Besetzung des Büros zu gewärleisten, hatten wir an eine Stärke der Bürogruppe von 12 Genossen gedacht, die halbjährlich von den Gruppen auszusuchen und vom Forum zu wählen waren. Die Kosten eines solchen Büros schätzten wir auf mindestens 500 DM monatlich.

Das Forum vom 6.12. verlief in antiautoritärer Turbulenz. Stadtteilgruppen, Anarchistenbünde, Studentenzirkel, Kommunen und Zeitungskollektive hatten Frauen und Männer ihres Vertrauens entsand. Kräftiges Furzen und Rülpsen aus der Ecke des AAB (Anarchistischer Arbeiterbund) ließ aufhorchen und weitere wichtige Äußerungen von unseren schwarzen Kameraden erwarten. Tatsächlich brachten sie einen duften Gegenvorschlag zu den Vorstellungen der Vorbereitungsgruppe.



Mit folgenden Argumenten konnten sie sogar Befürworter des Büros überzeugen, daß dieses im Moment noch überflüssig sei:

- die Angaben über Kontaktadressen, technisches Gerät, Projekte, Stärke usw. können mühelos unter den Gruppen herumgeschickt werden.
- die Arbeitsberichte können von den Vorbereitungsgruppen gesammelt, zusammengebummst und verschickt werden.
- ein Büro sei zu zentralistisch und eine überflüssige Geldausgabe.
- für die Koordinierung der Aktivitäten reichen die Foren aus.
- Sympatisanten können sich an die Gruppen direkt wenden. Dadurch wird eine eigennützige Beratung durch die Bürogenossen ausgeschlossen.
- die bestehenden Zeitungen sollen die Außeninformationen übernehmen.

Die anschließende Diskussion, die teilweise in Gebrüll unterging, kann selbst eine elektrische Schreibmaschine mit Randausgleich nicht naturgetreu wiedergeben. Ein Beitrag von HUNDERT BLUMEN lockerte schließlich die Fronten: HUNDERT BLUMEN schloß sich dem Vorschlag des AAB an, widersprach allerdings der Auffassung, daß ein aus Delegierten zusammengesetztes Büro, das nach dem Rotationsprinzip funktioniere, zentralistisch sei. Vorerst genüge zur Koordination das Forum mit der jeweiligen Vorbereitungsgruppe, der regelmäßige Austausch von Unterlagen und Berichten der Gruppen unter einander. Eine büroähnliche Einrichtung könne erst auf einer höher entwickelten Stufe der Organisierung notwendig werden. Das Büro dürfe immer nur technische Aufgaben übernehmen.

Im übrigen würden die HUNDERT BLUMEN demnächst über Redaktionsräume mit ständigem Telefondienst verfügen, wo alle Gruppen und Individuen Informationen bekommen könnten „ wobei sie sich allerdings eigene , möglicherweise ungerechte Stellungnahmen nicht verkneifen werden. Eine Wohngemeinschaft hob noch einmal besonders hervor, daß man sich nicht mit dem augenblicklichen Stand der Organisierung zufrieden geben dürfe, sondern daß die Koordination dynamisch voranzutreiben sei.

Die folgende Abstimmung ergab mit großer Mehrheit, daß ein Büro zu diesem Zeitpunkt noch überflüssig sei. Das Forum wurde einstimmig befürwortet. Die Vorbereitung des nächsten Forums am 10.1.73 übernahm der AAB und einige andere Genossen.

Da die meisten Polit-Freaks in schändlichster Weise Raubbau an ihrer Gesundheit treiben, ohne die konterrevolutionären Auswirkungen zu bedenken, soll ein sportliches Training eingerichtet werden, um die körperliche Einsatzbereitschaft der Kämpfer zu stärken und um nicht nur zusammen zu reden, sondern auch zusammen zu spielen und sich zu bewegen.

aus: Hundert Blumen Nr. 5 (1972), S. 10

bambule als teil der »undogmatischen linken«

Als wir das erste Mal bambule verkauften, wurden wir nach der Gruppe bzw. Organisation gefragt, die die Zeitung macht. Wenngleich wir in der ersten Nummer gesagt hatten, "wie wir es gerne hätten", d.h. also wie wir meinen, daß eine Zeitung gemacht werden sollte, wollen wir hier nochmal unsere Vorstellungen darstellen.

ABGRENZUNGSSCHEISSE

Wir sind zur Zeit eine Gruppe von ca. zehn Genossen, die nicht organisiert, oder besser gesagt durch den Arbeitszusammenhang der Zeitung doch organisiert sind. Wir verstehen uns zur "undogmatischen Linken" zugehörig, was zunächst (in der üblichen Abgrenzungsscheiße) heißt, daß wir in den bestehenden Parteien oder Parteiaufbauorganisationen keine revolutionäre Perspektive sehen können.

DIESE PARTEIVÄTER FINDEN WIR SEHR WENIG REVOLUTIONÄR, SEHR WENIG EMANZIPATORISCH!

Die Partei mit ihren Führern, die vom Schreibtisch aus bestimmen, wo jetzt Veränderungen stattfinden sollen, - wie einst der Vater bestimmte, wann was gegessen wird ,- das Zentralorgan das die Meinung der herrschenden Parteilinie kundtut, diese Parteiväter finden wir sehr wenig revolutionär, sehr unemanzipatorisch, dafür aber schön autoritär. Wir wollen nicht den alten Normenkatalog des bürgerlichen Staates gegen einen neuen, den der Parteispitze eintauschen. Das orientiert sich nicht mehr an den Menschen, sondern an den Notwendigkeiten, pikfein ausgedrückt:

Solche Revolutionäre sind dann nur noch Funktionsträger, Charaktermasken.

BEFREIT DIE WUNSCHMASCHINEN - BEFREIT EUCH SELBST

Auch sind wir gegen das Gerede "vom einzig revolutionäre Subjekt, dem Proletariat." Seit der Vereisung der Linken ist das Proletariat in den Köpfen zum neuen Götzen geworden. In der Wirklichkeit zum Ghetto, wo man die Arbeiter bei ihren Leisten hält. Wie man die Studenten ins Ghetto sperrt und überhaupt alle Gruppen, vor allem aber die Handlanger und die Kopflanger daran hindert, miteinander zu reden. Die Fabriktüren werden bewacht und die Türen der Universität durch Numerus Clausus immer fester verrammelt. Der emanzipatorische Schritt kann nur der Austritt aus den Ghettos sein! Selbst innerhalb der Ghettos werden die einzelnen daran gehindert miteinander zu reden. [ ]

Auch sind wir gegen eine gewisse anti-anti-autoritäre Kahlschlagtaktik: Pop weg, Erotik weg, Hasch weg, Haare weg, Spaß weg! Wir lassen uns vom Kapitalismus nicht beibringen,was Sinnlichkeit ist. Wir kriegen einen hoch, fahren ab, sind high wann WIR wollen. [ ]

WIDERSTAND GEGEN DEN BESTEHENDEN TERROR

Setzt man voraus, daß revolutionäres Handeln bzw.antikapitalistische Praxis des einzelnen Resultat sinnlich erfahrener Widersprüche ist; setzt man weiter voraus, daß die erfahrenen Widersprüche in den verschiedenen Arbeits- und Lebnsbereichen verschieden sind, daß also dem Versuch Widerstand gegen den bestehenden Terror auszuüben, verschiedene Formen und Inhalte zugrunde liegen, so läßt sich schwerlich das "objektive Gesamtinteresse" zur Maxime aller machen. Im Resultat heißt dies zunächst überall selbstständige Gruppen, in allen Lebens- und Arbeitsbereichen, die praktisch ihre Wirklichkeit auf Grundlage ihrer erkannten Interessen und Bedürfnisse verändern wollen. Der Widerstand organisiert sich hier aus dem subjektiven Wollen des einzelnen, und nicht durch ein "tiefes Verständnis" des Marxismus-Leninismus".

DIE AUTONOMEN GRUPPEN

Selbstständig sind diese Gruppen zunächst deshalb,weil sie sich eben aus einer bestimmten gemeinsamen Situation heraus zusammenfinden und nicht weil sie die "Partei des Proletariats" aufbauen wollen. Die Notwendige, da Beweglichkeit garantierende Selbstständigkeit dieser Gruppe birgt jedoch die Gefahr der Gruppenisolierung in sich.D.h.,daß außer dem eigenen Tätigkeitsbereich kein anderer gesehen wird. Dies kann dann zur Borniertheit d.h. Kurzsichtigkeit und der damit nebenhergehenden Perspektivlosigkeit führen.

DENNOCH BRAUCHEN WIR KEINE PARTEILINIE UND KEINE STABSCHEFS

Da sich hier die Perspektive nicht aus der Linie bestimmt, sondern aus dem Lernen und Verstehen anderer Kämpfe, wird Kommunikation zwischen den selbständigen Gruppen zu einer Lebensnotwendigkeit. Die Formen der Kommunikation können verschieden sein: als eine dieser Formen will sich jedenfalls diese Zeitung verstehen. Wir werden also versuchen, diese Blatt zu einem(nicht zum einzigen) Diskussionsforum über Aktivitäten von Stadtteil-,Betriebs-, Wohn-, Schul- und Hochschulkämpfen zu machen. Damit wir aus den praktischen Erfahrungen eine gemeinsame Perspektive entwickeln können.

Die Frage nach der Organisationsform, die nur eine Erscheinungsform der Frage nach der Perspektive ist, ergibt sich aus der Praxis des Widerstandes, aus der Bewegung selbst.

Leute, hebt Eure Macht auf, sie liegt auf der Straße. Es geht nämlich ganz einfach darum, die Kräfte (auch die sinnlichen), die sich das System wie ein Vampir eingesaugt hat, gemeinschaftlich zurückzuerobern. Dieser Prozeß läßt sich nicht auf den Tag x verschieben.

Hiermit stehen wir sowohl im Gegensatz zu den sogenannten "graduistischen, d.h. Friedlicher-Übergangs"-Revolutionstheoretikern (SEW/DKP), als auch zu den "Revolution-als-einmaliger-Kraftakt"-Theoretikern (ML/AOs)

Dies heißt erst einmal Verteidigung eigener Interessen,nicht aber Lamento über den"Abbau der demokratischen Rechte des Volkes". Diese "demokratischen Rechte" haben immer nur auf dem Papier existiert, sind bloße Worte und werden niemals massenhaft verteidigt, wohl aber ein besetztes Haus, ein bestreikter Betrieb, etc.

Somit werden wir aus eigenem Interesse versuchen über Formen der Militanz zu berichten, aber auch über Bürgerinitiativen.

Denn wie es möglich ist, daß "reformistische Bürgerinitiativen" zum systemstabilisierenden Moment werden, ist es möglich, daß sie aufgrund ihrer gewonnen Erfahrungen anfangen eine antikapitalistische Praxis zu machen, die kaputt macht, was sie kaputt macht !

bambule 2

0,60 dm

ca. Jan. 1973

S. 2/3

links
Sozialistische Zeitung
Offenbach/M Nr. 43
April '73 DM 1,20
D 20930 E

emanzipation

Verbindung von politischer Praxis und persönlicher Emanzipation

Dieter Duhm

Vorbemerkung zum Seminar am 28./29. April in Frankfurt*)

Am 13./14. Januar trafen sich verschiedene sozialistische Hochschulgruppen in Frankfurt zu einer Arbeitstagung, um sich überregional auf programmatische Schwerpunkte zu einigen. Ein Punkt davon soll die Verbindung von politischer Praxis und persönlicher Emanzipation sein. Die Faust mit der Rose – Wahlkampf-Symbol des SHB/SF Frankfurt bei den letzten Parlamentswahlen der Frankfurter Universität – mag peinliche Assoziationen (von der französischen Volksfront bis zur „make love not war"-Parole) geweckt haben. Gemeint war natürlich etwas anderes, nämlich die Notwendigkeit der Entwicklung einer „neuen menschlichen Qualität" (wie es Andreas Buro auf der Oktober-Tagung des Sozialistischen Büros in Frankfurt formulierte) innerhalb der politischen Arbeit.

Wir wissen, wieviel Mißverständnis und Abwehr solche Wörter wie „neue menschliche Qualität" und „persönliche Emanzipation" gerade bei linken Gruppen hervorrufen. Bei aller politischen Rationalität dieser Abwehr steckt dahinter aber fast immer ein irrationaler und politisch reaktionärer Kern, nämlich die Trennung von persönlichem und politischem Leben und das selbstbetrügerische Ausklammern aller subjektiven Faktoren aus der Begründung und inhaltlichen Bestimmung der eigenen politischen Praxis. Ein allmächtiges Dogma hängt über der linken Landschaft und verbietet den Genossen das Nachdenken, z.B. das Nachdenken darüber, welche persönlichen Motive und Konflikte sie in die politische Arbeit einbringen und wie sich diese persönlichen Dinge auf die Arbeit auswirken.

Sicher würde es zu kleinbürgerlicher Politik führen, wenn Studenten antingen, die Erfordernisse des politischen Kampfes hauptsächlich aus ihrer psychischen Situation zu definieren. Aber ebenso führt es zu kleinbürgerlicher Politik, wenn die psychische Situation des linken Studenten im besonderen und des monopolkapitalistischen Individuums im allgemeinen aus der revolutionären Theorie und Praxis ausgeklammert wird. In Wirklichkeit nämlich läßt sie sich gar nicht ausklammern, sie läßt sich nur übersehen und verdrängen, kommt dann aber auf perverse Weise durch die Hintertür wieder herein und verpestet sowohl den politischen Inhalt als auch das menschliche Klima dermaßen, daß schon von daher die bewußte Aufnahme des Emanzipationsproblems in die politische Arbeit notwendig erscheint.

Wenn man die revolutionäre Partei aufbaut, ehe es Ansätze einer revolutionären Massenbewegung und eine fundierte revolutionäre Theorie des heutigen Kapitalismus gibt, wenn man Weltgeschichte spielt, wo es um Tagesentscheidungen geht, wenn Zitate von Klassikern als unanfechtbare Wahrheiten serviert werden, dann entlarvt sich grell die sachfremde Motivation solchen Tuns. Wo die kleinbürgerliche Psyche politisch verdrängt wird, da bricht sie sich gewaltsam Bahn. Der blinde Eifer, mit dem die Thematisierung unserer psychischen Situation als „idealistischer Irrweg" aus der politischen Praxis ausgesperrt wird, ist hierfür eine weitere Bestätigung.

Mit der Liquidierung der Emanzipationsdebatte in den Jahren 1968/69, mit der Exkommunikation alles Subjektiven und der Fetischisierung des „Objektiven" wurde eine Entwicklung eingeleitet, die nicht nur theoretisch falsch ist im Sinne des „verdinglichten Bewußtseins", sondern deren Auswirkungen stellenweise offen konterrevolutionär und konteremanzipatorisch sind.

Wenn die individuellen Konflikte von politisch arbeitenden Genossen nicht wahrgenommen werden, wenn die Tatsache, daß wir alle an solchen – und zwar strukturell ganz ähnlichen – Konflikten leiden, ignoriert wird, wenn das Faktum unserer bürgerlichen Charakterstruktur nicht als ernsthaftes politisches Problem bewußt in die politische Arbeit miteinbezogen wird, dann bleibt unsere neurotische Psyche weiterhin ihren eigenen reaktionären Lösungsversuchen überlassen: Die politische Theorie erstarrt dann zum Dogma, denn so bietet sie am leichtesten eine von Zweifeln und Angst entlastende Ersatzidentität; die Gruppenstruktur verwandelt sich in Herrschaftsstruktur, denn so repräsentiert sie am leichtesten die gewohnten bürgerlichen Angstabwehr-Rollen von Führern und Geführten, Starken und Schwachen, Wissenden und Unwissenden; die Außengruppen werden zu Feindgruppen, denn nur so bilden sie eine geeignete Projektionsfläche, mit deren Hilfe die

eigene Stabilität gewahrt werden kann. Spaltung und Sektierertum sind heute fast überall Ausdruck eines Prozesses, der weniger im Dienste der politischen Sache als im Dienste subjektiver Identitätsfindung und neurotischer Angstentlastung abläuft. Dies alles führt nicht nur zu einem riesigen Kräfteverschleiß innerhalb der Linken selbst, sondern auch zur Abschreckung vieler potentieller Genossen und vor allem zur Verwirrung der Arbeiter.

Es ergibt sich nach allem klar und unabweislich die politische Notwendigkeit, die Emanzipationsdebatte weiterzuführen und zu intensivieren. Die revolutionäre Linke muß sich auseinandersetzen mit ihrer eigenen Zwischenmenschlichkeit und psychischen Problematik. Die antiautoritäre Bewegung hat die Möglichkeiten und die Gefahren einer solchen Auseinandersetzung gezeigt. Bei allen Fehlern, die dabei gemacht worden sind, ist es ihr historisches Verdienst, das Problem der persönlichen Emanzipation in die politische Arbeit eingebracht zu haben; genauer gesagt: Wir haben ihr zu diesem Verdienst zu verhelfen, indem wir kritisch daran anknüpfen, und zwar auf einer Grundlage, die uns vor psychologistischen Sackgassen schützt, ohne die Psychologie ganz auszuklammern; auf einer Grundlage weiterhin, die uns nicht mehr vor die Alternative stellt, uns entweder mit unseren eigenen Problemen oder mit politischen zu beschäftigen, sondern die es uns ermöglicht, in eigener Sache politisch zu handeln, eigene Interessen und Konflikte politisch zu verarbeiten, ohne sie zu verdrängen.

Der theoretische Teil einer solchen Grundlage bestünde u.a. darin, die politökonomischen Kategorien von Marx so aufzuarbeiten, daß sowohl ihre subjektiven als auch ihre methodischen und erkenntnistheoretischen Implikationen klarer hervortreten. Wichtige Lektüre wären hierfür sicherlich Marxens Grundrisse und seine Warenanalyse — also jene Schriften, die in der gegenwärtigen Diskussion in unserem Land entweder ignoriert oder so verstümmelt werden, daß von ihrer bewußtseinsverändernden Kraft nichts mehr übrigbleibt. Allerdings sind diese Schriften — wenn man nicht das Wichtigste an ihnen übersieht — so schwierig, daß sie kaum individuell angeeignet werden können. Die kollektive Schulungsarbeit ist deshalb auch und gerade unter dem Aspekt der persönlichen Emanzipation ein wichtiger Teil der politischen Arbeit. Schulung bedeutet hierbei nicht das Anlernen marxistischer Begriffe, sondern das Begreifen dieser Begriffe, also so etwas wie marxistischen Selbsterfahrung, in der wir das, was an den marxistischen Begriffen neu ist (und das ist eben nicht ihr aufs Ökonomische reduzierter Inhalt) an unsere eigene Lebenssituation anlegen, wodurch diese als Prozeß verstanden und verändert werden kann.

Das persönliche Emanzipationsinteresse des Studenten (und des kapitalistischen Individuums überhaupt) ist ein potentiell revolutionäres Interesse, drängt es doch auf eine Lebensalternative, die innerhalb dieses Systems nicht verwirklicht werden kann. Das persönliche Emanzipationsinteresse wird zu einem wirklich revolutionären Interesse dann, wenn es uns gelingt, es mittels eines marxistischen Emanzipationsbegriffs zwingend in die revolutionäre Praxis des Klassenkampfes einzubringen. Diese Praxis selbst — und nicht erst ihr Ziel — wäre dann die kollektive wie individuelle Emanzipation. Emanzipation also als aktiver Prozeß, als Tätigkeit, nicht als Zustand oder bloßes Ziel!

Revolutionäre Praxis aber erfordert Organisation und Disziplin, und an dieser Notwendigkeit — so werden unsere Kritiker argumentieren — sind die bisherigen Emanzipationsversuche gescheitert. Tatsächlich zeigen die Erfahrungen der antiautoritären Bewegung und vieler gegenwärtiger Emanzipationszirkel, daß sich das persönliche Emanzipationsinteresse oft organisations- und disziplinfeindlich gebärdet; von daher hat die Skepsis unserer Kritiker durchaus einen rationalen Kern. Der innere Zusammenhang der meisten bisherigen Emanzipationsversuche mit ihrer Organisationsfeindlichkeit ergibt sich notwendig aus einer viel zu einseitigen psychoanalytischen Orientierung des Emanzipationsbegriffs: Selbstbefreiung wurde hauptsächlich verstanden als Kommunikation ohne Verdrängung und Angst, als Ausleben der erstickten Spontaneität, als „Durchsetzen der Es-Ansprüche gegen die Außenwelt" (W.Reich), kurz: als Bedürfnisbefreiung. Dieser individualistische Anspruch mußte mit der politischen Forderung nach Organisation und Disziplin kollidieren. Voraussetzung dieser Kollision war aber die der Psychoanalyse und der ganzen bürgerlichen Psychologie eigentümliche Trennung von Individuum und Gesellschaft, von „innen" und „außen". Das begriffliche Instrumentarium, diese Trennung radikal zu überwinden, beziehen wir nicht aus der Psychologie, sondern aus dem Marxismus, vor allem aus der Marxschen Warenanalyse und aus dem Marxschen Begriff der menschlich-gesellschaftlichen Praxis. Diese Praxis selbst ist es — und nicht nur ihre zum gesellschaftlichen „Verhältnis" erstarrte Form — welche die Psyche des Menschen vorrangig erzeugt und verändert. Damit erhält der Mensch als aktives Subjekt der Gesellschaft eine Bedeutung, die von der Psychoanalyse (wie auch vom Vulgärmarxismus) nicht verstanden werden kann. Das Verhältnis des Menschen zur Gesellschaft ist seine gesellschaftliche Praxis (Verhältnis als Verhalten), und diese Praxis ist die konkrete Dialektik von Individuum und Gesellschaft, von Subjekt und Objekt. Das Verständnis dieser Dialektik eröffnet ein neues Verständnis für den Zusammenhang von revolutionären Praxis und individueller Veränderung (in der revolutionären Praxis holt der Mensch sein an die entfremdete Gesellschaft verlorenes Subjekt-Sein in sich selbst zurück). Was die Psychoanalyse infolge ihres idealistischen Zuges nie begreifen kann, nämlich den Marxschen Begriff der Arbeit als Prozess der Selbsterzeugung und Selbstveränderung des Menschen, erhält hier seine entscheidende emanzipatorische Bedeutung. Ist dies begriffen (wozu natürlich Theorie notwendig ist, aber keine angelernte Theorie), so erscheinen Emanzipation und Organisation in einem neuen Verhältnis, denn revolutionäre Arbeit als „materieller Träger" der Emanzipation bedarf der Organisation, wenn sie nicht unter den Gegenschlägen des Kapitals zusammenbrechen will. Das persönliche Emanzipationsinteresse, marxistisch begriffen, findet jetzt seinen notwendigen und verbindlichen Ausdruck in der politischen Organisation.

Dort, wo sich die antiautoritäre Bewegung bewußt psychopolitischer Ansätze (sexpol u.a.) bediente und teilweise scheiterte, zeigte sich doch eines ganz deutlich: die große mobilisierende Kraft dieser Ansätze, die mobilisierende Hoffnung Tausender, auf die eigenen ungelösten Probleme eine Antwort zu finden und in Form der politischen Praxis eine sinnvollere Lebensalternative entwickeln zu können. Hier liegt eine politische Chance, die nicht deshalb preisgegeben werden darf, weil die bisherigen Versuche, sie zu ergreifen, großenteils in Sackgassen führten. Die historische Berechtigung dieses Ansatzes liegt in der Wandlung der monopolkapitalistischen Realität. Mit der totalen Warenproduktion und der fast totalen Kapitalisierung (= Verwertung für den Profit) aller Lebensbereiche, Eigenschaften, Tätigkeiten und Bedürfnisse, mit der Zuspitzung des Widerspruchs von Vereinzelung und Vergesellschaftung und mit der allgegenwärtigen Konkurrenz verlagerte sich das systembedingte Leiden in den hochindustrialisierten Ländern zunehmend von der ökonomischen zur psychischen Seite.

Daß dieser Wandel von einem großen Teil der Linken bei uns so systematisch ignoriert wird, dürfte u.a. folgende drei Ursachen haben: einmal die große theoretische Schwierigkeit, gesellschaftliche und psychische Faktoren aufeinander zu beziehen, zweitens die ganz persönliche Gefahr, die sich aus einer intensiven Auseinandersetzung mit der psychischen Problematik ergibt, und drittens die vielen negativen Erfahrungen, die damit gemacht worden sind. Daß aber gerade aufgrund der objektiven gesellschaftlichen Situation die persönliche Emanzipationsproblematik viel zu aktuell ist, um politisch völlig ignoriert werden zu können, zeigen die vielen Versuche von isolierten Gruppen, sie auf eigene Faust weiterzutreiben. Die revolutionäre Linke hat heute die Aufgabe, diese Versuche aufzugreifen, zu koordinieren und gegenüber dem bürgerlichen Lebenssystem von Konkurrenz, Feindseligkeit, Angst, Isolierung und Sinnlosigkeit eine lebenswerte Alternative zu entwickeln. Sie würde damit das psychologische Bild revolutionärer Gruppen gründlich verändern und nach und nach auch jenes Potential an sich binden, das bisher — abgeschreckt durch Dogmatismus, Spalterei und repressive Kommunikationsstrukturen — keinen Zugang zur sozialistischen Bewegung finden konnte.

***) Nach den ersten beiden Seminaren sozialistischer Hochschulgruppen in Frankfurt und Berlin über die inhaltliche Bestimmung von sozialistischer Hochschulpolitik findet nun das dritte Seminar über Verbindung von politischer Praxis und persönlicher Emanzipation am 28./29.4.1973 in Frankfurt statt. Anmeldung und Informationen: Heinz Funke, 6 Frankfurt, Marquardstr. 6, Telefon 0611 — 781900.**

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 30

29.10.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50

GEDANKEN, die du ohne worte nicht verstehst - claudia

montag, 23.9.74
ich bin in ziemlich schlechter verfassung. der unterricht an der fhss verlief frustierend und dement sprechend mies gelaunt komme ich nach hause. ich denke den ganzen nachmittag daran, christian anzurufen, ob er kommen möchte, um mit mir zu schlafen. ich kann mich je doch nicht dazu entschließen, bis dann das telefon klingelt - ich mich wie jedesmal von dem so plötzlich die stille durchdringenden schrei erschrecke - und sich christian meldet. er fragt, ob er kommen kann, und ich freue mich, daß ich ohne selber aktiv gewor den zu sein, zu meiner bedürfnis befriedigung komme.
eine stunde nach dem anruf sitzen wir am schreibtisch, trinken rot wein und was wir sagen ist leer und inhaltslos. ich lege meinen kopf auf seine knie und leite da mit ein, was unser beider anliegen zu sein scheint. wir schmusen auf dem bett liegend und bummsen mit einander, ohne daß ich meinen er sehnten orgasmus bekomme. chris tian schläft gleich neben mir ein und ich habe soviele fragen, die in mir bohren und nach antwort schreien, aber ich sage nichts. z.b.: ob er weiß, wo eine frau am reizempfindlichsten ist? weiß er es, wäre ein zusammensein dann intensiver? warum veranlaßt er so oft, daß ich die beine bei der rückenlage schließe(er über mir)? was empfindet er dabei?
wenn diese fragen, und viele mehr, geklärt würden, wäre dann ein zusammensein befriedigender für uns beide? ich nehme mir vor, beim nächsten mal mit ihm darüber zu sprechen.
ich liege neben ihm und diese gedanken sind da, er schläft und sieht zufrieden aus. gegen 11.30 frage ich ihn, ob er noch nach hause fahren will. er ist un schlüssig. das spiel der lieb kosungen beginnt wieder und ich versuche mich bewußt zu entspan nen, meinen höhepunkt nicht kram pfhaft zu erzwingen. - ich schrei be das wort liebkosung und beginne sofort die bedeutung zu hinter fragen; trifft es auf diese unsere situation überhaupt zu? wahr ist, daß wir lieb und zärtlich mit den händen zueinander sind. aber welche gefühle werden von diesen gesten begleitet??? gehören empfindungen (nicht auf körperlicher ebene) nicht unmittelbar zu diesem begriff <u>lieb kosung</u>???---
diesmal komme ich ansatzweise zu meinem höhepunkt, christian etwas später. am schönsten ist es, wenn wir gemeinsam diese schranken der anspannung durchbrechen, einen mo ment lang wird die entzündete flamme zum lodernden feuer, um endlich einer ruhe und entspanntheit, die sich wärmend vom schweiß der an strengung über die körper ausbreitet, zu weichen.
ich liege wieder wach. jetzt sind es die erinnerungen, die mich nicht schlafen lassen. aus den erinnerun gen werden automatisch vergleiche, die besonders auf der gefühlsebene liegen. ich merke immer mehr, daß nur noch ein kleiner rest von diesem einst so intensiven, alles beherrsch enden gefühls übriggeblieben ist. es ist jedesmal ein lächerlicher versuch, dieses empfinden wieder einzuholen und noch einmal daran teilzuhaben. aber mein bewußtsein ermöglicht es mir, jetzt diese illusion abzubauen und lediglich ein <u>zweckbestimmtes handeln</u> dieser treffs zu erkennen. wir haben uns vor längerer zeit getrennt und durch meinen umzug nach berlin treffen wir uns des öfteren. erstaunlich ist, es tut nicht mehr weh. jeder versuch macht es deutlicher. selbst das ge dämpfte licht solcher abende und die scheinbar gemütliche atmosphäre ist nicht mehr fähig, das zu verschleiern, tatsache ist, wir sind einander inner lich fremd geblieben. ich habe nur christians körper kennengelernt. ich weiß nichts über deine gefühle, deinen kummer, deine wünsche. so kann man doch niemanden begreifen!!!
ich hatte den anspruch (als wir uns das erste mal in berlin wieder sahen) es nicht zu einem bummsver hältnis werden zu lassen. genau das ist passiert. ich benutze seinen körper, um mir sexuelle befriedigung zu verschaffen. meine emotionale abhängigkeit sehe ich damit auch sich langsam auflösen. aber eine zwischenmenschliche beziehung, die parallel laufen sollte, brauche ich. hast du mich verstanden?!!

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 32
11.11.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50

GEDANKEN ZU GEDANKEN

Claudias Beitrag im INFO 30 (Gedanken,die du ohne Worte nicht verstehst) beschäftigte mich noch lange. Ich konnte ihn nach der Lektüre nicht so einfach beiseite legen,da ich mich zu stark betroffen fühlte.Mein erster Gedanke war der,daß dieser Brief hätte fast von jedem von uns geschrieben werden können.Er benennt nämlich nicht nur Claudias Situation,sondern beschreibt die Schwierigkeiten der meisten von uns,drückt etwas Allgemeines aus.So ist Claudias Versuch, ihre Ängste und Probleme öffentlich zu machen,als ein Kommunikationsangebot an uns alle zu verstehen.

Ein jeder sollte beginnen zu versuchen,mit seinem Partner,mit Genossinnen und Genossen wieder zu reden; die herrschende Sprachlosigkeit macht uns zunehmend kaputter.

Lange schon haben wir uns die Parole: "Ohne Emanzipation keine Revolution" zumindest verbal zu eigen gemacht, ohne sie allerdings selbst in den "privaten" Bereichen inhaltlich auffüllen zu können.Diese Parole weist auf die Notwendigkeit hin,den Menschen in dem Prozeß der revolutionären Veränderung in den Mittelpunkt zu stellen,d.h. den Ablauf der Geschichte nicht als einen objektiven Prozeß zu begreifen,der unabhängig vom Menschen abläuft,sondern daß nur das bewußte Handeln der Menschen eine revolutionäre Situation wird herstellen können.Der Mensch ist also Subjekt der Veränderung; deshalb müssen wir daran festhalten,daß zuerst der Mensch sich verändern muß,daß sich die Verkehrsformen zwischen den Menschen sich so entwickeln,daß eine herrschaftsfreie Kommunikation ermöglicht wird,um solidarisch handeln zu können usw.Dies steht im Widerspruch zu der revolutiontheoretischen Auffassung der revisionistischen Linken,die meint,eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse allein (wobei nur die wichtigsten Produktionsmittel verstaatlicht werden sollen) wäre schon die Revolution bzw. die neue Gesellschaft.
Emanzipation im Sinne der obigen Parole meint aber mehr - sie impliziert als wesentliches Moment eine veränderte Organisation der Verkehrsformen der Menschen untereinander.Eine qualitative Wandlung der Verkehrsformen stellt sich aber nicht quasi naturgesetzmäßig am Tag nach der Revolution ein - wir müssen hier und jetzt beginnen,unsere Beziehungen soweit wie möglich von der sie beherrschenden Verdinglichung zu befreien.Wir müssen als Subjekte lernen,auch den Anderen als Subjekt anzuerkennen.
Das heißt für uns zunächst,bereit zu sein,auf die Genossin und den Genossen neben uns einzugehen,ihr/ihm zuzuhören,zu versuchen,sie/ihn zu verstehen und bei der Lösung von Problemen zu helfen usw. Wir sollten dies nicht als "selbstverständlich" beiseite schieben - Claudias Beitrag sollte uns mal wieder bewußt gemacht haben,daß diese minimale Voraussetzung für solidarisches Handeln noch nicht einmal in den Zweierbeziehungen, in denen sich die meisten von uns befinden,gegeben ist.
Doch auch außerhalb der Zweierbeziehungen finden wir überall ein solches von Claudia beschriebenes Verhalten: so ist es etwa beim Mittwochsplenum die Regel,daß jeder einmal zu irgendeinem Thema ein Statement abgibt,kaum kommt es vor,daß jemand wirklich auf das von seinem Vorredner Gesagte eingeht - geschieht dies dennoch einmal, und entwickelt sich daraus gar ein Dialog,so wird dieser abrupt unterbrochen:"Keine Zwiegespräche bitte!". Und in den linken Buchläden geht es zumeist zu wie in der KaDeWe Buchabteilung:man sucht sich sein Buch, marschiert zur Kasse,zahlt und geht ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben.Über den Kauf-(Tausch-) Akt hinaus passiert überhaupt nichts - doch gibt es hier schon Ausnahmen.
Auf den "linken" Festen,in den "linken" Kneipen,bei den teach-ins,in den Kinos - überall Sprachlosigkeit und Desinteresse am Anderen.
Ein Grund dafür,daß wir sowenig über uns selbst sprechen ist die Angst - die Angst die "Privatsphäre" aufgeben zu müssen.Der Andere soll von der Situation,in der wir uns befinden, nichts erfahren - wir gaukeln unserem Gegenüber eine psychische Stabilität vor,die garnicht vorhanden ist,obwohl wir wissen,daß wir alle an irgendwelchen Problemen,die gesellschaftlicher Natur sin,herumlaborieren.Weil wir eben wissen,daß unsere Schwierigkeiten (Eifersuchtsgeschichten,sexuelle Probleme,Vereinsamung usw.) nicht individuelle sind,sondern Ausdruck unserer psychischen Verformung durch die warentauschende Gesellschaft,sollten wir keine Angst mehr davor haben,sie öffentlich zu machen.

Claudias Versuch,ihre Gedanken,die sie ihrem Partner gegenüber nicht aussprechen konnte,dennoch zu verbalisieren,sie aufzuschreiben,ist ein wichtiger Anfang - er sollte uns alle betroffen machen und uns zu einer intensiveren Kommunikation, die auch die persönlichen Problematiken mit einbezieht,führen.

AUTONOMIE NR. 5 2/77
Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

VORSTOSS IN ‚PRIMITIVERE' ZEITEN

Daß zur Zeit nichts läuft, nichts mehr geht, ist wohl DIE Erfahrung von uns Spontis in Ffm Ende des Jahres 1976. Die eigene Bewegung total kaputt, Klassenkämpfe gar nicht oder nur sehr zart abzusehen oder ansonsten ein gnadenloser Klassenkampf von oben: Stammheim, Sondergesetze, Polizeiterror, Berufsvrebote, Ruhe in den Fabriken, Rechtsruck bei den Wahlen und das „Modell Deutschland" für den Rest der Welt. In einem Wort: DIE REPRESSION (pflegen wir Spontis und auch andere Linke dazu zu sagen) „tobt sich aus". Und wir – wir stehen wehrlos daneben, von einem Gefühl der Hilflosigkeit und ohnmächtiger Wut durchdrungen, sehen, was sich da Tag für Tag vor unseren Augen abspielt und bringen uns einfach nicht mehr hoch, um Widerstand zu leisten. Daß diese politische und existentielle Querschnittslähmung allerdings von jener staatlichen Repression herrührt, halte ich für einen bösen Trugschluß und das Starren auf und das sich Verbeißen in diese Repression macht meines Erachtens selbst einen Teil dieser Lähmung aus. Denn bevor die (unbestrittene) Repression in dieser Form wirken konnte, daß heißt, daß sie nur Ohnmacht und Wut und letztendlich Resignation bei den Betroffenen hervorruft und keinen massenhaften Widerstand, mußte doch in dieser Jugendbewegung, bei uns Spontis irgendetwas kaputtgegangen sein, was uns die Kraft zum Kämpfen langsam genommen hat.

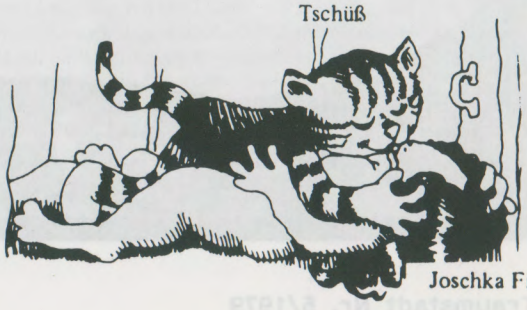
Ich will hier nicht verschweigen, daß diese Überlegungen sich sehr konkret auf die Erfahrungen nach dem bewußten Montag (nach Ulrikes Tod) beziehen und auf die zahlreichen, teilweise sehr kontroversen Diskussionen innerhalb und außerhalb unserer Scene. Damals genau hatte uns DIE REPRESSION am Wickel, und es hätte nicht viel bedurft, damit wir daran endgültig kaputtgegangen wären (mit Einzelheiten kann ich hier leider nicht dienen). Eine These will ich aber in diesem Zusammenhang vorweg klar aussprechen (und auch in der Römerbergrede wurde das schon angetippt): JE MEHR WIR INHALTLICH ALS REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG KAPUTTGEGANGEN SIND , DESTO MEHR SIND WIR AUF DEN MILITANZ– UND GEWALTTRIP GEKOMMEN. Und daß wir in der Vergangenheit sehr das Gewicht auf Militanz und sowenig auf die kaputtgehenden Inhalte einer Revolutionierung unseres Lebens gelegt haben, genau darin liegt meines Erachtens eine Hauptursache für dieses verdammt resignative Wirken der Repression. Und daß das der anderen Seite nur Recht sein konnte, ist allzu offensichtlich: je mehr unser Kampf ein militärischer, ein bewaffneter wurde, (und sei er auch noch so subjektiv begründet) desto einfacher wurde es, mit dieser Bewegung fertig zu werden, Denn auf diese Form des Kampfes versteht sich die Reaktion nunmal ausgezeichnet – es ist ihr Wesen.

Aber später davon reichlich mehr. Ich hab das hier nur vorweggenommen, um damit aufzuzeigen, daß wir, wenn wir aus dieser Leidens- und Ausflippsituation gegenüber der Repression rauskommen wollen, uns wohl eher mit den über die Jahre hinweg VERLOREN- oder KAPUTTGEGANGENEN Inhalten unserer Bewegung auf radikale Weise auseinandersetzen müssen, als noch weiterhin wie die Kaninchen auf die Schlange REPRESSION zu starren. Und daß wir uns mit unserer eigenen Bewegung, mit uns selbst und unserer Identität, wie sie sich in dieser Bewegung entwickelt hat, auf RADIKALE Weise auseinandersetzen müssen (und nur dies ist einem Revolutionär angemessen, ahem!), dies scheint mir auch besonders hervorhebenswert zu sein. Denn viele (von den wenigen übriggebliebenen) Genoss(inn)en hängen noch sehr an der Vergangenheit, an der Betriebsarbeit, an den Kampagnen.

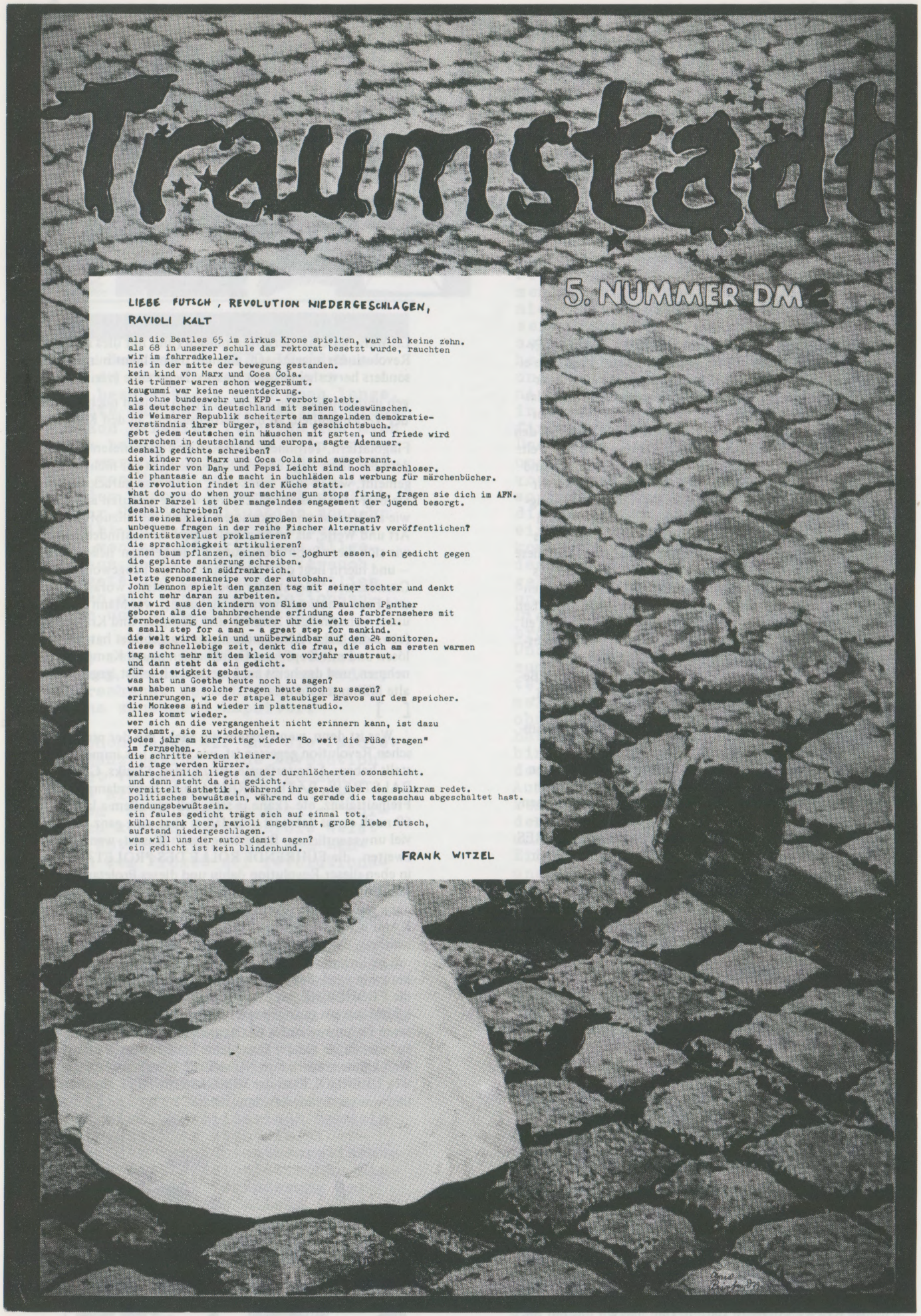
Flugblättern, Terminen, Kämpfen und geordneten Weltbildern der alten Tage unserer Spontizeit (ist gar nicht zynisch gemeint, war ja auch sehr schön, wenn man zurückdenkt). Sie begreifen diese Entwicklung, wie sie gelaufen ist, irgendwie als Verlust und diskutieren deshalb nur allzuoft in einer Art und Weise, als wenn man lediglich herausfinden müßte, wie sich diese Spontibewegung wiederbeleben ließe, OHNE – und hierin liegt der Unterschied – von liebgewordenen Grundsätzen, oder stärker noch: von vielem, woran Mann und Frau emotional wahnsinnig hängt, was Mann und Frau unter wahnsinnigen Ängsten und Kämpfen und Krämpfen (etwa die MILITANZ) mühselig herausgebildet hat, sich zu lösen und mit Kopf, und Gefühl einen neuen Kampf aufzunehmen, und das heißt auch, gegen sich selbst, gegen seine alte Militantenidentität.

[ ]

Was ist denn, wenn erstens die Sache mit der proletarischen Revolution gegessen ist, wie wir sie uns immer vorgestellt haben: Arbeiterfäuste, Barrikaden, Streiks, GENERALSTREIK, RÄTE, BARRIKADEN, Pulverdampf und Freiheitsglanz, etc. (kann ja sein, daß von allem a la Mai 68 noch etwas dabei ist, nur daß es eben eine ganz andere, viel unwesentlichere Bedeutung hat)? Was ist, wenn damit zweitens die FÜHRENDE ROLLE DES PROLETARIATS in eben dieser Revolution dahin und dieses Proletariat selbst bis zur Unkenntlichkeit verändert ist? Und was wird dann aus unserem Allerheiligsten, dem BEWAFFNETEN KAMPF, was stimmt noch an jener revolutionären Hauptweisheit, daß die Revolution in den Metropolen, also bei uns in England, Frankreich, Italien, USA etc. eine bewaffnete sein wird, daß nur so die Bourgeoisie vertrieben und die FRÖHLICHE ANARCHIE entstehen wird? Und schließlich ein ganz gewagter Gedanke (auch bereits älteren Datums, aber für uns neu): was, wenn die Revolution so, wie wir sie aus der Geschichte oder aus der Dritten Welt kennen, überhaupt NIE MEHR kommen wird, schlichweg ÜBERHOLT ist, der VERGANGENHEIT angehört und was ganz anderes vonnöten ist? ? ? ?



Joschka Fischer



LIEBE FUTSCH, REVOLUTION NIEDERGESCHLAGEN, RAVIOLI KALT

als die Beatles 65 im zirkus Krone spielten, war ich keine zehn.
als 68 in unserer schule das rektorat besetzt wurde, rauchten
wir im fahrradkeller.
nie in der mitte der bewegung gestanden.
kein kind von Marx und Coca Cola.
die trümmer waren schon weggeräumt.
kaugummi war keine neuentdeckung.
nie ohne bundeswehr und KPD - verbot gelebt.
als deutscher in deutschland mit seinen todeswünschen.
die Weimarer Republik scheiterte am mangelnden demokratie-
verständnis ihrer bürger, stand im geschichtsbuch.
gebt jedem deutschen ein häuschen mit garten, und friede wird
herrschen in deutschland und europa, sagte Adenauer.
deshalb gedichte schreiben?
die kinder von Marx und Coca Cola sind ausgebrannt.
die kinder von Dany und Pepsi Leicht sind noch sprachloser.
die phantasie an die macht in buchläden als werbung für märchenbücher.
die revolution findet in der Küche statt.
what do you do when your machine gun stops firing, fragen sie dich im AFN.
Rainer Barzel ist über mangelndes engagement der jugend besorgt.
deshalb schreiben?
mit seinem kleinen ja zum großen nein beitragen?
unbequeme fragen in der reihe Fischer Alternativ veröffentlichen?
identitätsverlust proklamieren?
die sprachlosigkeit artikulieren?
einen baum pflanzen, einen bio - joghurt essen, ein gedicht gegen
die geplante sanierung schreiben.
ein bauernhof in südfrankreich.
letzte genossenkneipe vor der autobahn.
John Lennon spielt den ganzen tag mit seiner tochter und denkt
nicht mehr daran zu arbeiten.
was wird aus den kindern von Slime und Paulchen Panther
geboren als die bahnbrechende erfindung des farbfernsehers mit
fernbedienung und eingebauter uhr die welt überfiel.
a small step for a man - a great step for mankind.
die welt wird klein und unüberwindbar auf den 24 monitoren.
diese schnellebige zeit, denkt die frau, die sich am ersten warmen
tag nicht mehr mit dem kleid vom vorjahr raustraut.
und dann steht da ein gedicht.
für die ewigkeit gebaut.
was hat uns Goethe heute noch zu sagen?
was haben uns solche fragen heute noch zu sagen?
erinnerungen, wie der stapel staubiger Bravos auf dem speicher.
die Monkees sind wieder im plattenstudio.
alles kommt wieder.
wer sich an die vergangenheit nicht erinnern kann, ist dazu
verdammt, sie zu wiederholen.
jedes jahr am karfreitag wieder "So weit die Füße tragen"
im fernsehen.
die schritte werden kleiner.
die tage werden kürzer.
wahrscheinlich liegts an der durchlöcherten ozonschicht.
und dann steht da ein gedicht.
vermittelt ästhetik, während ihr gerade über den spülkram redet.
politisches bewußtsein, während du gerade die tagesschau abgeschaltet hast.
sendungsbewußtsein.
ein faules gedicht trägt sich auf einmal tot.
kühlschrank leer, ravioli angebrannt, große liebe futsch,
aufstand niedergeschlagen.
was will uns der autor damit sagen?
ein gedicht ist kein blindenhund.

FRANK WITZEL

aus: Traumstadt Nr. 5/1979

Mein Internationalismus ...
... ist in keine Krise geraten

Sie reden und schreiben vom Internationalismus. Es bedarf der Genauigkeit: sie reden und schreiben von ihrem Internationalismus. Er sei in eine Krise geraten, der Internationalismus; sie wissen nicht mehr recht, wie er brauchbar eingesetzt werden könnte, der Internationalismus. Auch hier genauer: ihr Internationalismus (und sie mit ihm) ist in eine Krise geraten; und es ist ihr Internationalismus, dessen Brauchbarkeit infrage steht.

Die Denker des Internationalismus denken an: wir, uns; sie meinen irgendeine sog. Neue Linke. Sie denken dann auch an mich. Mögen sie an mich denken, mich hinzurechnen, wenn es um irgendeine sog. Neue Linke geht. Sie mögen mich aber vergessen oder zumindest anders einkalkulieren, wenn es um Internationalistisches geht.

Und ich sehe mich ganz und garnicht alleine, sondern umgeben von einer dicken Zahl dieser Wirs, wenn ich feststelle: Meinen Internationalismus gibt es nicht, es hat ihn auch nie gegeben.

Jahrgang 1955. Fühle mich dieser sog. Neuen Linken zugehörig. Dennoch : Euer Vietnam, Euer Chile, Euer Portugal sind nicht mein Vietnam, mein Chile, mein Portugal. Und ich bin nicht verkennbar

Solidarisiert, mitmarschiert, nix kapiert, nix politisiert - und nix frustriert.

bereits wir. Ich und wir sind niemals mit dem internationalistischen Koffer um die Welt gereist.

Als die Beatles im Zirkus Krone spielten, war ich keine zehn.

Nicht daß ich Euren Internationalismus nicht wahrgenommen hätte, nicht daß Befreiungskämpfe auf Blindheit und taube Ohren gestoßen wären - nein, viel Angst wegen der bedrohlichen Undurchschaubarkeit und viel schlechtes Gewissen wegen der linken und sonstigen Moral waren da. Das will ixh beschreiben. Die Beschreibung soll dann in einen Erklärungszusammenhang gestellt werden. Vielleicht könnte ich ihn heißen: die Inhalte, die Interessiertheiten und Betroffenheiten meiner (und eben nicht nur meiner) Politisierung.

Als 68 in unserer Schule das Rektorat besetzt wurde, rauchten wir im Fahrradkeller

Zeitunglesen. Ich nehme so eine Zeitung oder eine Zeitschrift, eine linke oder auch eine überparteilich-unabhängige. Ich wähle meinen Lesestoff heraus aus der immer überwältigenden Vielfalt von Themen; schon längst läuft die Auswahl nach einen bewährten Muster. Schnell überblättert sind da: Parteipolitik, Wirtschaftsberichte, Sport, Werbung - und eben internationalistische Themen. Chile - sechs Jahre nach dem Sturz Allendes; die Bedeutung der Linken bei der iranischen Revolution; wie lange wird Jan Smith sich noch an der Macht halten können; die Rolle des CIA während der griechischen Militärdiktatur; Menschenrechtsverletzungen der argentinischen Militärs; Führungskämpfe innerhalb der KP China. Ich bleibe nicht hängen an Artikeln mit solchen Überschriften. Ich habe keinen Einblick und versuche auch keinen zukriegen, wenn es internationalistisch geht um: rivalisierende Gruppen, Verflechtungen & Bündnisse, Abhängigkeiten & Machtpositionen, theoretische Manifeste der nationalen Besonderheiten, Tendenzen & Notwendigkeiten. Ichblättere weiter, ohne viel Gedanken. Bleibe hängen bei der Drogenszene in New York oder Berlin, bei Mieterproblemen und Häuserkämpfen, bei Hans C. Schulenberg über den neuesten Fassbinder-Film oder einem Gedicht von Pablo Neruda.

Nie in der Mitte der Bewegung gestanden.

Agitation. Sie verursacht(e) keine äußere Bewegung neben der inneren. Da sammelt einer (vielleicht vom KBW) Geld für: Gewehre für Zimbabwe; einer (vielleicht von der CISNU) sammelt für einen Rechtshilfefond; einer (vielleicht von einem neugegründeten, vorwiegend humanitär ausgerichteten Komitee) sammelt für die Hungerleidenden in Eritrea. Allemal fühle ich direkt mich angesprochen: bei den Gewehren gerate ich in Schwierigkeiten mit meinem dogmatischen Pazifismus, der Rechtshilfefond wird mit meinem positiven Verhältnis zu den Menschenrechten in Einklang zu bringen versucht, bei der körperlichen Hungersnot keinerlei Abwägungen. Wird das Geld auch ankommen? Was soll der bloße Tropfen auf den heißen Stein? Werde ich vor einen Karren gespannt, den ich auf keinen Fall mitziehen will? Allemal auch das Gefühl: Da geht es um das nackte Leben und Du entziehst Dich den Problemen; da wird praktische Hilfe gebraucht und Du bist voll mit subjektivistischen Kleinigkeiten; da hungern welch, da sitzen welche im Knast und Du hast Dir zum wohlschmeckenden Frühstück noch die betuliche Musik vom Bob Dylan eingepfiffen. Allein, es bleibt beim Gefühl. Dessen äußere Bewegung heißt höchstens mal fünfzig Pfennig oder meine Unterschrift mit Adresse.

aus: Traumstadt Nr. 6/1979

Kein Kind von Marx und Coca Cola.

Gespräch. Kein Wissen, keine Meinung, keine Einschätzung: das Gespräch findet nicht statt. Iran, Nicaragua, Südafrika sind kein Thema: keiner informiert, keiner mit ner These in der Tasche, keiner Kritik, keine perspektivische Aussage. Wie sollte da der Austausch im Gespräch stattfinden? Und dennoch: die Unwissenheit tut auch weh. Die Hilflosigkeit, mit der ich den Krieg zwischen China und Vietnam und nun diese jüngste Entwicklung nach dem Sturz des persischen Pfauenthrons erleben mußte, die Ohnmacht gegenüber diesen Ereignissen, weil ich sie nicht durchschauen, innerhalb der weltpolitischen Ganzheit nicht einordnen konnte, diese Hilflosigkeit und Ohnmacht beim Verstehen ließen Ängste hochkochen, die in der Ausweitung des chinesischen Einmarsches zum Weltkrieg und in der Weiterführung einer iranischen Erdölsperre hin zu einer innenpolitischen Krise in der Bundesrepublik nur ihre Gipfelpunkte fanden. Auch darüber kein Austausch, kein Gespräch: das AKW näher als die internationalen Grenzen, Netzwerk e. V. wichtiger als der Ayatollah.

Die Trümmer waren schon weggeräumt.

Demo, Veranstaltung. Nie auf einer Demo wegen Vietnam, Iran oder Kambodscha gewesen. Niepraktische Solidarität mit den unterdrückten Völkern dort geübt, nie auf einem anderen Schauplatz des proletarischen Internationalismus wegen mitgekämpft. Nie wegen internationaler Solidarität einen Polizeiknüppel abgekriegt, nicht einmal über die Erschießung Benno Ohnesorgs internationalistisch emotionalisiert worden. My Generation! Als ich in diesem Frühjahr das Konzert der chilenischen Gruppe Inti-Illimani besuchte, bin ich mächtig erschreckt, als gegen Ende des Konzerts die Besucher die geballten Fäuste gen Himmel streckten und durch die Neue Welt der Ruf hallte: Hoch die internationale Solidarität! Ich hörte den Rythmus dieses Rufs damals zum ersten Mal.

Kaugummi war keine Neuentdeckung.

Zeitunglesen, Gespräche, Demos & Veranstaltungen - Szenen aus meinem internationalismualosen politischen Alltag. Dann und wann und wenn das erlittene Unrecht der Völker auch für mich unüberhörbar gen Himmel schreit, dann schleichen sich ganz sachte auch in meinen Geist leichte Anflüge einer internationalistischen Bewußtseins. Aber so sachte wie sie hereinschleichen, so klammheimlich gelingt es mir, sie wieder hinauszujagen - mit allerlei Peinlichkeiten zwar und oftmals mit nur allzu schlechtem Gewissen, aber immerhin: der Kopf und mit ihm die Betroffenheiten und die Interessiertheiten und vor allem auch die politischen Hoffnungen sind dann wieder frei für andere Themen.

Wenn ich meinen politischen Koffer schon mal für eine Reise packe, dann kommen wir nur selten über Westdeutschlands Grenzen hinaus. Zuweilen erreichen wir die amerikanische Landkommunenbewegung oder dieses Harrisburg, vielleicht auch mal das österreichische Zwentendorf oder Christiania in Dänemark. Die allermeiste Zeit bleiben wir jedoch schön zuhause: in Deutschland und seinen AKWs, in der Stadt mit der nun schon obligaten Stadtzeitung, in der WG, wo endlich mal wieder ein Großputz fällig wäre, und schließlich in mir und meiner Psyche.

Nie ohne Bundeswehr und KPD - Verbot gelebt.

Zur freundlichen Kenntnisnahme (v. a. bei den Denkern des Internationalismus) deshalb folgende These: Innerhalb der neuen Neuen Linken (die sozusagen neben dem Spiegel und der Frankfurter Rundschau die TAZ liest, nicht aber die Neue oder den Arbeiterkampf oder die KVZ oder den Vorwärts) gibt es eine "Anzahl junger Leute", deren politische Identität sich noch nie aus dem Internationalismus speiste. Ich neige (bei allen Vorbehalten gegenüber gröblichen Pauschalsaussagen) dazu, diese "Anzahl junger Leute" in der TAZ-lesenden Linken im Alter bis zu 25 Jahren zu blicken.

Sinniert doch der Alt-Internationalist Joschka Fischer im Pflasterstravd Nr. 47 über die Krise des Internatioanlismus und bekennt freimütig: Mehr noch, der Antiimperialismus machte über Jahre hinweg nich5 nur die Hälfte meines linken Lebens und Denkens aus, er war auch der Geburtshelfer meiner Politisierung; am 2. Juni 1967 war das gewesen, genauer, einen Tag danach ...

Der Geburtshelfer meiner, unserer Politiseirung und die Inhalte meines, uniseres linken Lebens war eben gerade nicht der Internationalismus. Da war vielmehr der Geburtshelfer Kampf um ein Haus; er lehrte uns besetzen, mit Stadtverwaltungen verhalndeln, Selbstverwaltung üben, wir beschaäftigten uns mit Satzungen und den Außenseiter - Leuten. Da war der Gebutshelfer zerstörte Natur; er lehrte uns, Umweltschutz als eine politische Sache zu begreifen, er brachte unsere Fortschrittshoffnungen ins Wanken und ließ schließlich die Große Industrie kippen. Da war der Geburtshelfer Subjektivität; wir lernten, Gefühle zu beobachten, unsere verkümmerte Sexualität zu öffnen, die Institution Zweierbeziehung kriegte Druck, in Psychogruppen erfuhr jeder mithilfe Anderen mehr über die eigene Person.

Indem wir anfingen: die Ghettosituation Alternativer Projekte zu begreifen, in der Subjektivität auch deren gesellschaftliche Formung zu erkennen, das Atomkraftwerk als Legitimation eines totalitären Polizeistaates zu verstehen, da wurden auch die Dimensionen erheblich weiter, innerhalb derer die Geburtshelfer und Inhalte unserer Politisierung einen Sinnzusammenhang fanden. Und spätestens mit der Rohstoffknappheit und den angeblich drohenden Ölerpressungen durch die Förderländer, die als Begründung für den Bau der von uns so bekämpften AKWs mit schier unerschütterlicher Regelmäßigkeit hervorgezerrt werden, konnten wir die Kontaktaufnahme mit dem Internationalismus nicht mehr verweigern.

So lehrte die Not unserer politischen Praxis Weiter - Denken, eben auch internationalistisches Denken. Aber so wenig wie im proletarischen Internationalismus unsere Revolutionstheorie liegt, so wenig hat sich am (proletarischen oder sonst wie mit revolutionären Subjekten besetzten) Internationalismus unsere politische Identität gebildet.

Ich sehe die Notwendigkeit, in Weltzusammenhängen und in Weltmaßstäben zu denken, dort eingebettet das eigene Land, das eigene Projekt, mein Ich zu begreifen. Ich akzeptiere den praktisch werdenden Internationalismus aus humanitären, auch den aus revoltionsstrategischen Gründen. Mögen manche ihre Identität darin finden. Anknüpfungspunkte für eine politische Praxis sind allerdings in einer derartigen Vielfalt im Lande vorzufinden, daß bei der fälligen Auswahl der Internationalismus nicht mehr als eine unter vielen Möglichkeiten bedeuten kann. Eine allgemeine Prioritätenliste, wie sie für die Alte Linke und wohl auch für die Anfänge der alten Neuen Linken galt, gibt es nicht mehr: kein fetichisierter Arbeiter, kein fetichisierter Klassenkampf, keine fetichisierte Befreiungsbewegung. Kein politisches Hauptproblem, nach dessen Lösung der Gang der Geschichte unweigerlich in den Zustand des Paradieses münden wird.

Hoch die internationale Solidarität! Mein Internationalismus ist in keine Krise geraten.

Die Frauenbewegung

Die Studentenbewegung war, was ihre Wortführer angeht, eine Männerbewegung. Frauen waren bei Demonstrationen dabei und bei teach-ins, sie saßen im SDS und diskutierten mit, doch trotz aller revolutionären Sprüche der Männer geschah auch dort, was überall in der Gesellschaft geschah: Männer traten dominierend auf, hörten den Frauen nicht zu, nahmen sie nicht ernst.

Kein Wunder, daß es nicht lange dauerte, bis die Frauen die klassenkämpferischen Reden der Männer gegen diese selbst wendeten: Sie selbst, die linken antiautoritären Männer, seien Ausbeuter ihrer Frauen und Familien, sie akzeptierten die bürgerliche Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben aus Bequemlichkeit auch für sich selbst: weil die Frauen die Hausarbeit machten, nachts den Sorgen zuhörten, tags den Rücken freihielten.

Um das "autoritäre Vernunftprinzip der patriarchalischen Gesellschaft", welches auch im SDS vorherrschte, zu durchbrechen, machten die Frauen sich von den Männern unabhängig und bildeten eigene Gruppen, die sich aber als Teil der linken Bewegung verstanden. Die entstehende Frauenbewegung machte vermeintlich private Probleme öffentlich und zwang sowohl die Parteien und Verbände als auch die linken Männer, sich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen.

In den 70er Jahren bauten viele Frauengruppen eigene Strukturen auf, und es entstand die autonome Frauenbewegung mit eigenen Häusern, Zentren, Buchläden, Druckereien etc. Aber auch innerhalb der Frauenbewegung entwickelten sich unterschiedliche Vorstellungen von der eigenen und der allgemeinen politischen Arbeit: für die einen gab es nur die Arbeit in den (auch von Männern) befreiten Gebieten, andere sahen sich als Teil der linken Polit-Szene und wollten mit Männern in politischen Organisationen zusammenarbeiten - und auch persönliche Beziehungen zu Männern pflegen.

Diskussionen drehten sich um den Isolationismus von Frauengruppen, um die Probleme von Frauen in linken Organisationen und sehr bald auch um das Problem von Hierarchien und Machtstrukturen in Frauengruppen. Hetero-Frauen wehrten sich dagegen, von lesbischen Frauen nicht ernstgenommen zu werden. Es stellte sich heraus, daß Frauenbeziehungen nicht per se besser funktionieren als solche zwischen Frauen und Männern.

Die Frauenbewegung der 70er Jahre zerfiel zwar später als die meisten maoistischen oder spontaneistischen Gruppen, aber es war unübersehbar, daß in den 80er und frühen 90er Jahren Zeitungsredaktionen und Buchläden schließen mußten und Zentren sich auflösten. Dennoch war und ist die Frauenbewegung, was die Bewußtseinsveränderung in der Gesellschaft angeht, das wohl erfolgreichste Produkt der Studentenbewegung. Bestimmte Themen, etwa Diskriminierung am Arbeitsplatz, Frauenhäuser oder Sexismus sind im öffentlichen Bewußtsein verankert.

Im folgenden dokumentieren wir die Resolution der SDS-Frauen von 1968, Artikel über den Aufbau autonomer Frauenzusammenhänge in der ersten Hälfte der 70er Jahre, über die Mitarbeit von Frauen in linken Organisationen, über Frauen und Macht, über interne Probleme in Frauengruppen und über den II. Kongreß des Unabhängigen Frauen-Verbandes in Leipzig im März 1991.

Vom "Aktionsrat zu Befreiung der Frauen" auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1968 vorgelegt:

RESOLUTION

1. Die Reproduktion der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben im SDS hat lange genug seine politische Arbeit gelähmt.
2. Der SDS definiert politische Aktivität einseitig, indem er die Reflexion auf Probleme der persönlichen Entfaltung (die nicht identisch sind mit der bürgerlichen Vorstellung davon) tabuisiert.
3. Kampagnen des SDS können den Frauen zwar rational vermittelt werden, es fehlen ihnen aber die Voraussetzungen, die subjektiven Bedürfnisse der Frauen anzusprechen, deren Unterdrückung in der vom politischen Kampf ausgenommenen »Privatsphäre« unmittelbar und am stärksten erlebt wird. Doppelt frustriert sind die Frauen im SDS, wenn sie versuchen, dort politisch aktiv zu werden, das heißt, wenn sie über die Beteiligung an Demonstrationen hinauswollen, wenn sie Referate, Reden halten, Diskussionsbeiträge liefern. Das Erfolgserlebnis ist ihnen versagt, weil auf ihre Beiträge niemals Bezug genommen wird.
4. Diese Initiativen der Frauen werden als Grenzübertritte verstanden und müssen von ihnen bezahlt werden mit der Anerkennung der Regeln einer Leistungsgesellschaft, die darauf eingerichtet ist, männliche Traumata zu kompensieren. Von Reden halten über Stammtischgespräche bis hin zum belehrenden Bettgeflüster reicht die Pervertierung gesellschaftlicher Kompensationsmöglichkeiten der Männer.
5. Die klassenmäßige Aufteilung der Familie mit dem Mann als Bourgeois und der Frau als Prolet – Herr und Knecht – impliziert die objektive Funktion der Männer als Klassenfeind. Die Verleugnung des Führerprinzips im SDS ist blanker Hohn, weil jeder verheiratete oder im festen Verhältnis lebende SDSler Führer und damit gleichzeitig Ausbeuter einer Familie oder familienähnlichen Gruppe ist. Die Begriffe Klasse, Klassenfeind, Ausbeuter sind Hilfskonstruktionen, die den Frauen dazu dienen, sich auf den Begriff zu bringen, das heißt ein Maß an geschlechtsspezifischer Solidarisierung zu erreichen und erlaubt, die sinnliche Erfahrung dieser patriarchalischen Gesellschaft im politischen Kampf gegen diese zu wenden.
6. dies impliziert nicht die »Politisierung« des Privatlebens, sondern die Aufhebung der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben: es gilt, die Unterdrückung im Privatleben nicht als private zu begreifen, sondern als politisch-ökonomisch bedingte. Es gilt, Privatleben qualitativ zu verändern und diese Veränderung als politische Aktion zu verstehen. Dieser kulturrevolutionäre Akt ist ein Teil des Klassenkampfes.
7. Daraus ergibt sich, daß die Revolution als Ziel des Klassenkampfes weniger eine Frage der Machtübernahme ist, als eine Frage der Verwirklichung dessen, was sich in der bestehenden schlechten Gesellschaft antizipatorisch als Gegengesellschaft abzeichnet. Dies beinhaltet, daß der Anspruch auf Glück – jetzt abgetrennt in die Privatsphäre, aber noch nicht einmal dort befriedigt – in gesellschaftlicher Aktion eingelöst werden muß.
8. Persönliche Entfaltung muß also identisch werden mit einer Praxis, die jetzt schon mögliche Momente einer zukünftigen Gesellschaft vorwegnimmt, einer Gesellschaft, die sowohl alle Lebensverhältnisse erotisiert als auch Aggressionen produktiv macht.
9. Dieser Anspruch des SDS widerspricht seiner individuellen und offiziellen Praxis.
10. Mit diesem Anspruch kann man nur ernst machen, wenn man ihn organisatorisch wendet.
11. Für alle Frauen im SDS kommt es darauf an, diese Thesen nicht nur anzuerkennen, sondern sie auch in verbindlicher Aktivität einzulösen. Nur die Frauen sind »interessiert« genug, nur sie bieten die Gewähr, daß sich im Verband etwas ändert, daß wenigstens hier das autoritäre Vernunftprinzip der patriarchalischen Gesellschaft durchbrochen wird. Dafür ist vorläufige Isolation nötig. Das ist keine Isolation, die mit der Illusion verbunden ist, man könne sich auch unabhängig von den Männern emanzipieren, sondern der notwendige erste Schritt, seine eigenen Bedürfnisse zu artikulieren. Gegen unkritische, auf Verdrängung beruhende Widerstände werden wir Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir lassen uns die Methoden des Kampfes nicht vorschreiben.

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 50, November 1968, 9. Jahrgang

Frank Wolff

Organisation: Emanzipation und Widerstand

Auf der Delegiertenkonferenz traten eine Verwirrung und eine Unsicherheit zutage, die vorher durch die spektakulären Aktionen verdeckt worden waren. Gleichzeitig setzte die Tomaten-Aktion der Berliner Genossinnen antiautoritäre Prinzipien kompromißlos durch und erweiterte damit radikal die Dimension der Organisationsprobleme, die wir lösen sollen. [ ]

Antizipation der freien Gesellschaft

Die Idee, daß die revolutionäre Organisation das Reich der Freiheit schon vorwegnehmen müsse, ist heute wegen der Intensität und Reichweite zentraler gesellschaftlicher Tendenzen historisch eher angemessen als etwa im Anarchismus des letzten Jahrhunderts. Zwei Initiativen der Delegiertenkonferenz, die Berliner zur Frauenemanzipation und die Hamburger zur Räteorganisatierung des SDS, haben diesen Impetus auf seinen Begriff gebracht und zur Diskussion gestellt. [ ]

Es kann sein, daß wir am Anfang einer allgemeinen Bewegung der Frauen stehen; dafür können wir nur Katalysator sein, speziell mit Projektgruppen von Genossinnen und Genossen. Die praktische Konsequenz im SDS selbst ist nicht administrativ zu bestimmen; sicher ist Reiches Vorschlag der temporären Verweigerung des Geschlechtsverkehrs jüngerer Genossinen gegen ältere Genossen emanzipatorisch, soweit der autoritäre Sexualkonsum im Bewußtsein von dessen Zwangscharakter damit gebrochen werden kann. Für die theoretische Begründung des Berliner Aktionsrates zur Befreiung der Frauen gilt ebenso, was ich zum Verhältnis von Utopie und Kampf angedeutet habe, nur präziser: „Der Anspruch auf Glück (muß) in gesellschaftlicher Aktion eingelöst werden" (7. Punkt der Resolution) — zwar wird zugestanden, daß man nur die „jetzt schon möglichen Momente einer zukünftigen Gesellschaft" (Punkt 8) vorwegnehmen kann, es wird aber trotz des organisatorischen Akzents (Punkte 10 und 11) gerade die Differenz verschwiegen zwischen dem Anspruch auf Glück und der mühsamen Praxis, die auf seine Realisierung gerichtet ist und ihm in ihrer notwendigen Disziplin häufig genug zuwiederläuft.

FRAUEN erhebt euch ★ und die welt erlebt euch

Viele Frauen haben was an der Frauenbefreiungsfront auszusetzen. Wir würden gern wissen, was ihr genau zu kritisieren habt.
(Schreibt doch an 883!)
Viele behaupten frechweg, daß wir nur die Männer bekämpfen wollen, die irren sich aber.

Überlegt doch mal: das Problem der zusätzlichen Unterdrückung der Frau ist doch seit einem Jahr, nämlich seitdem die ganze Organisationskiste aufgekommen ist, völlig unter den Tisch gefallen. Der Aktionsrat ist eingegangen, nur noch vereinzelte Frauengrüppchen murkeln vor sich hin, überlegen sich dauernd, wie sie sich organisieren sollen, und machen nichts. Nichts von dem, was wir im Aktionsrat erreichen wollten, ist in Verhalten und Praxis der einzelnen eingegangen. Die Frauen stehen nach wie vor im Konkurrenzkampf untereinander.

Früher haben wir uns mit Kleidern geschmückt, um den Männern zu gefallen, heute schmücken wir uns mit Theorien.

Die Frauen beteiligen sich am politischen Kampf, weil der Kampf für ihre Befreiung der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft ist.

Wir müssen erreichen, daß es ins Bewußtsein der Männer kommt: wenn wir uns nicht aktiv am Kampf beteiligen können wird die Revolution niemals siegen.

FRAUEN UND MÄNNER VERÄNDERN SICH NUR IM GEMEINSAMEN KAMPF

Aber die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, sind von Männern aufgestellt. Genau diese Bedingungen müssen wir verändern, damit wir effektiv und gut kämpfen können.

Wir müssen uns gegenseitig unterstützen und Fehler durch solidarische Kritik verändern, auf die anderen Frauen eingehen und darauf achten, daß sie auch das Maul aufmachen. Es gibt nicht nur Frauen, die sich nicht trauen was zu sagen, sondern auch solche, denen überhaupt nicht einfällt, was sie sagen wollen. Das liegt aber gerade an den Arbeitsbedingungen, daß uns schon gar nichts mehr einfallen kann, daß unsere Phantasie und Intelligenz und Vorstellungskraft von vornherein gehemmt werden.

Diese Hemmungen können wir nur überwinden, wenn wir Frauen gemeinsam arbeiten und unsere Vorstellungen und Bedingungen in den verschiedenen Gruppen auch gemeinsam durchsetzen.
Deshalb müssen sich Frauen in den einzelnen Gruppen, wie Basisgruppen, Betriebsgruppen, Stadtteilgruppen, Schülerläden usw. zusammenschließen, um dort ihre Vorstellungen gemeinsam durchzusetzen.

WIR MÜSSEN DIE BEDINGUNGEN SELBER SCHAFFEN, UNTER DENEN WIR ARBEITEN

Wir werden auch gegen Männer kämpfen, die uns nur verbal unterstützen, sich aber in Wirklichkeit überhaupt nicht verändert haben.

Uns ist es viel lieber, wenn die Fronten klar sind, und wir wissen, wogegen wir zu kämpfen haben. Es macht gar nichts aus, wenn die Männer ein bißchen Angst kriegen. Dadurch kann sich sehr gut was ändern, wir können ihnen die Angst ja wieder nehmen.

MAN MUSS LERNEN ZU FRAGEN UND LERNEN ZUZUHÖREN. AN MUSS MEHR DARAUF ACHTEN, WIE DIE LEUTE SICH VERHALTEN UND WAS SIE MACHEN, ALS WAS SIE SAGEN

Die Frauenbefreiungsfront will nicht die Frauen, die politisch kämpfen aus den Gruppen ziehen, um sie wie im Aktionsrat in einer reinen Frauengruppe zu sammeln, sondern daß gerade die Frauen in den politischen Gruppen bleiben und dort ihre Vorstellungen durchsetzen. Wir dürfen uns nicht wieder in die traditionellen Frauen- und Fürsorgetätigkeiten abdrängen lassen, sondern wir schalten uns massiv in den Kampf aller politischen Gruppen ein; wir bilden keine neue in-group, sondern wir kämpfen und dabei überwinden wir das Sektierertum.

FRAUENBEFREIUNGSFRONT

aus: agit 883 Nr. 58 v. 1.5.1970, S. 8

Zum "Bericht über Frauenkongress in München"

Gegendarstellung der Gruppe "Frauenzentrum"

In der bambule 4 erschien ein, Bericht über Frauenkongress in München genannter Artikel, der, nach lediglich aneinandergereihten und irreführenden Fakten, die kein Bild über die Problematik und wirklichen Vorgänge in München vermitteln konnten, eine Kritik am Selbstverständnis der Frauengruppen startet, ohne dies unserer Meinung nach richtig dargestellt zu haben.

I. Korrektur der falschen Informationen

Da die Diskussion über eine nationale Zeitung der deutschen Frauenbewegung in dem Artikel sehr verkürzt und zum Teil falsch dargestellt wurde, wollen wir das als erstes richtig stellen.

Die Diskussion darüber, wie so viele verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen politischen Ansätzen und Auffassungen eine gemeinsame Zeitung machen können, ist in dem Artikel nämlich unterschlagen. Ausser der Kölner Gruppe, die die Zeitung "efa" schon vor der Delegiertenkonferenz herausgegeben hatte, war niemand auf eine solche Zeitungsdiskussion vorbereitet. Die Fragen, die sich uns stellten, waren: Welche Funktion soll eine Zeitung haben (Informationsblatt innerhalb der Frauenbewegung über das, was in den verschiedenen Gruppen läuft, oder Agitationsblatt) ?

Soll die Zeitung in den verscjiedenen Gruppen reihum gehen (d.h. jede Gruppe stellt eine Nummer der Zeitung vom Artikelschreiben bis zum Drucken eigenständig her), und auch dann auch jeweils die verschiedenen Aufffassungen vertreten?

Soll eine bestimmte Politik in der Zeitung zum Ausdruck kommen, d.h. können wir uns auf eine gemeinsame Politik einigen?

Da diese wichtigen Fragen unvorbereiteterweise nicht ausdiskutiert werden konnten, findet Ende April in Frankfurt eine neue Delegiertenkonferenz statt, auf der das Zeitungsproblem dann ausführlich besprochen wird und ein endgültiger Beschluss gefasst werden kann. Denn es ist in München nicht beschlossen worden, dass die Kölner Zeitung nun das Organ der deutschen Frauenbewegung ist, sondern es wurde lediglich gesagt, dass sie allen auf der DK vertretenen Gruppen zur Verfügung steht.

II. Kritik dxr kritischen Kritik

1. Den sich neu entwickelnden Frauengruppen geht es nicht darum, reine Frauen- bzw. Männergesellschaften zu schaffen. Eine Männergesellschaft haben wir ausserdem schon. Um was es tatsächlich geht, muss wohl mal genauer dargestellt werden.

Es ist eine Tatsache, dass die kapitalistische Gesellschaft eine Männergesellschaft ist, weil in ihr traditionell und ökonomisch begründet alle Männer Vorteile haben, die sie natürlich auch ausnutzen. Die althergebrachte Vorherrschaft der Männer gegenüber den Frauen ist eine Stütze des kapitalistischen Systems und wird z.B. deutlich in der Familie, im Betrieb, an der Uni.

Frauenkampf als antikapitalistischer Kampf bedeutet deshalb auch Kampf gegen überkommene Männerherrschaft. Frauen können sich nicht von der Unterdrückung durch Männer befreien, ohne den Kapitalismus zu zerstören, und sie können den Kapitalismus nicht bekämpfen, ohne die Männerherrschaft zu bekämpfen !

2. Aus den zahlreichen Erfahrungen der Unterdrückung am Arbeitsplatz, in Beziehungen und an der Uni haben wir gelernt, dass es vorerst nicht möglich ist, zusammen mit Männern Veränderungen anzugehen, wenn wir uns nicht ständig anpassen und damit verleugnen wollen. Für uns ist es nötig, ein Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl zu entwickeln. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir, indem wir endlich ein Frauenbewusstsein entwickeln, ein Menschenbewusstsein entwickeln. Wie könnte man auch Frau-sein und Mensch-sein trennen ?! Das heisst nicht, dass wir mit Männern nichts mehr machen wollen oder sie gar "abschaffen' wollen. Wir werden uns aber immer gegen Männer, die uns unterdrücken wehren !

Wir sind eine Berliner Frauengruppe (Frauenzentrum) von 150 Frauen, die seit November 72 besteht. Wenn im Artikel über den Münchner Kongress behauptet wird, dass die Frauengruppen keine "praktische Lösung" für Frauen die sich ihrer Unterdrückung in Ehe und Beruf bewusst worden sind, "anbieten", so fordern wir alle Frauen auf, sich nicht als Konsumentinnen zu verhalten, sondern, gemeinsam mit uns allen, Veränderungen anzugehen. Wir halten es für wichtig, zärtliche Beziehungen zueinander zu entwickeln, die sich von den Objektverhältnissen und Oberflächlichkeiten bürgerlicher und "linker" Beziehungen unterscheiden und finden

die Basis dazu in dem Vertrauen, das durch Gespräche über die Situation, in der sich die einzelnen befinden, und durch gemeinsame Aktionen entsteht.

Jahrelang gelernt, sich auf Männer zu beziehen, und Frauen als Konkurrentinnen anzusehen, fällt es uns nicht leicht, dieses Verhalten von heute auf morgen zu ändern und uns emotional und unverklemmt Frauen gegenüber zu verhalten. Darüber kann man aber keine "lustigen Bemerkungen am Rande" machen oder gar naiv fragen "warum eigentlich", wenn man bemerkt, dass die grosse Spontaneität im Aufeinanderzugehen noch nicht erreicht ist.

Wichtig ist, dass wir es alle wollen, und uns gegenseitig in unseren Versuchen unterstützen. Wichtig ist, die Gewissheit zu haben, niemals von anderen in die Pfanne gehauen zu werden, und wenn Misstrauen entsteht, immer auf unseren gemeinsamen Anspruch hinweisen zu können und von daher eingefahrene Verhaltensweisen zu ändern. Und wir bleiben nicht dabei stehen. Gerade die Erfahrung in unseren "Quatschgruppen" hat gezeigt, dass, sobald die Basis von Vertrauen und Emotionalität hergestellt ist (und das geht schneller als man denkt, wir sind ja schliesslich alle Frauen), sich der Wunsch, Dinge zu machen die Frauen nützen, sofort in die Tat umzusetzt. Und da brauchen wir, im Gegensatz zur Tätigkeit in anderen politischen Gruppen, keine Angst zu haben, spontan zu sein, Ideen zu äussern, Vorschläge zu machen.

aus: Bambule 5/1973, S. 8

radikal

nr. 1

18.6.76
Preis 1.00 DM

SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR WESTBERLIN

Provokation für eine intensive politische Auseinandersetzung in der Frauenbewegung

Was sind feministinnen? Wer ist in der frauenbewegung und in den sich dazu formierenden kleinkapitalistischen unternehmungen wie: frauenkneipen, frauenbuchläden, druckereien und anderen dekadenten (= auf dem absterbenden ast sitzenden) auswüchsen kapitalistischer produktionsformen (dazu gehört wohl oder übel auch die neue frauenzeitschrift courage)?

Nach untersuchungen im frauenzentrum und lesbischen aktionszentrum in westberlin sind dort zu fast 100 % studentinnen oder intellektuelle aus den mittleren und höheren bürgerkreisen organisisert. D. h. dies sind frauen mit einer eindeutig privilegierten gesellschaftlichen stellung, die ihnen die höchsten qualifikationen für die bestbezahltesten arbeitsplätze im lande sichern, wenn sie sich mit dieser stellung identifizieren und arrangieren.

Aus der gehobenen gesellschaftlichen position und systembedingten stabilität der eigenen existenzverhältnisse heraus schließt sich eine frauenelite in der BRD in einer sektiererischen gruppe zusammen, um sich von der eigenen bürgerlichen dekadenz zu befreien.

Diese dekadenz äußert sich in:

- dem verschleiern und harmonisieren der eigenen widersprüchlichen situation (im einklang damit steht ein überhebliches zur schaustellen eines underground-lifes und exotentums, das die eigne mißliche lage psycho-sozialer art zu überspielen sucht)
- der reproduktion und dem aufbau einer arbeitshierarchie (im plenum der LAZ drückt sich dies an der existenz von einer masse uninformierter aus und einer elite, die die mittel zur informationsaneignung und -verbreiterung in der hand haben) und dem ausbau von selbstzerstörerischer konkurrenz und unterdrückung innerhalb nicht analysierter und reflektierter gruppenmechanismen
- entfremdung vom eigenen ICH als totalität eines spezifisch historisch-gesellschaftlichen seins
- arbeitsstörungen

  drohender zerfall des organismus (äußert sich iz. b. in hysterie, trunksucht, drogenabhängigkeit)
- sexualangst und -feindlichkeit

Weil ich selbst von frauen ein nach traditionellem muster weicheres und liebevolleres sexualverhalten erwartete und mir eine organisierte sexualbefreiung in einer frauengruppe möglich schien, ging ich 1974 ins lesbische aktionszentrum in der kulmer str. (damals hieß es noch homosexuelle aktion westberlin frauengruppe).

Idealistisch und in einer undialektischen denkweise befangen, dachte ich vor 2 jahren an eine vom arbeitsprozess getrennte sexuelle befreiung, was nicht möglich ist. Aber ich machte damit einen anlauf zu einem emanzipationskampf, der mich in doppelter stärke zurückschleudern sollte.

Ich hatte und habe schon seit 1970 einen lieben freund, mit dem ich eine ständige fruchtbare auseinandersetzung zu allen uns betreffenden fragen während der studienzeit führen konnte. Die beziehung zu ihm ist immer noch liebevoll und zärtlich. Trotzdem blieb sie für mich unbefriedigend, weil unsere unmittelbaren arbeitsplätze an der universität, wo nur spezialidioten rumlaufen, getrennt sind. Ich fühlte schon am anfang unserer beziehung, daß dies das ende der beziehung sein könnte. Innerhalb der frauenbewegung wurde mir dieser gesellschaftliche widerspruch nicht klar, denn die frauen versuchten die beziehung zu meinem freund mit ihren moralisierenden mystischen und irrationalen vorstellungen vom frausein zu zerstören. Der anfang des endes dieser freundschaft wurde die frauenbewegung, die die kapitalistischen widersprüche bis zur schizophrenie in mir zum brodeln brachten.

Die selbst gewählte frauenisolation wurde für mich nur ein teil eines chaotischen kleinkapitalistischen sektiererhaufens von gesellschaftlichen individuen, der sich bis zur apokalyps dreht und wendet, aber nicht für einen neuaufbau zusammenbricht, höchstens am rande etwas abbröckelt.

[ ]

Resultat der kalkulierten trennung des sozialen wesens der frau vom mann (ähnlich wie die spaltung der arbeiter in ausländer und nichtausländer) in den dummen köpfen der menschen ist weiter eine spaltung der identität oder schizophrenie des allgemein gesellschaftlichen individuums, das nach einem erfassen der historisch-dialektischen einheit von handelnden individuen drängt, um sich in der gesellschaftlichen realität zurechtfinden zu können. Auswüchse der widersprüchlichen kapitalistischen produktionsverhältnisse zeigen sich jetzt auch in der entstehenden frauenproduktion für frauenscene und -kultur (neben der bestehenden frauenproduktion in der damenbekleidungs-, kosmetik- und verhütungsindustrie . . .), die sich eine kleinkapitalistische insel schwimmend auf dem weltmarkt der großindustrie schafft.

Der insularische **separatismus** in der frauenbewegung ist folglich ausdruck repressiver bedürfnisstrukturen unter den gegenwärtigen produktionsverhältnissen, die von den menschen isolation und selbstaufgabe zur aufrechterhaltung der herrschaftsverhältnisse fordert.

[ ]

effe

Zur Autonomie der Frauenbewegung

Die Autonomie der Frauenbewegung, d. h. die eigenständige Organisationsform und politische Linie der Frauen-Bewegung ist ein Fact, an dem sich viele Männer, gerade viele von uns, die sich als Sozialisten bzw. Kommunisten verstehen, die Köpfe stoßen. Es genügt nicht, meine ich, Schwierigkeiten mit dieser Autonomie zu benennen, um dann in den Schlachtruf „Nur gemeinsam kommen wir zum Sozialismus!" einzumünden. Wir müssen uns vielmehr mit der Autonomie des Frauenkampfs politisch-argumentativ auseinandersetzen; nur dann sind wir in der Lage, uns selbst zu orientieren, unsere Schwierigkeiten besser zu verstehen und praktsche Vorschläge zu machen.

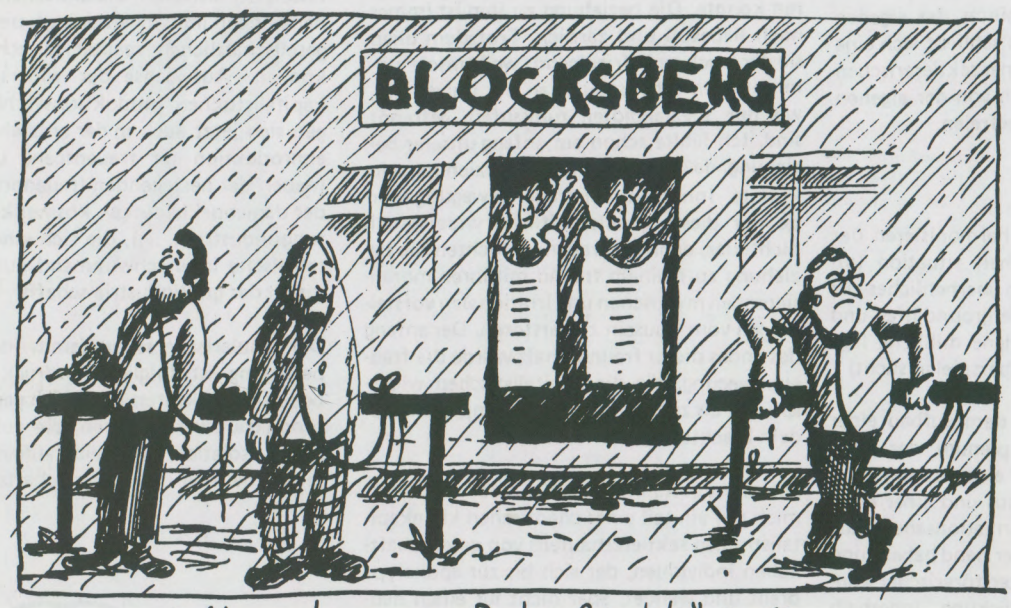
Mir stellt sich die Sache im Augenblick so dar: Die autonomen Organisationsformen und die am Gegensatz Mann - Frau orientierte politische Linie der Frauenbewegung haben sich großteils als erfolgreich bzw. nützlich erwiesen: Nützlich für einzelne Frauen, die sich nur dadurch vom unbewußten und bewußten Druck der Männer befreien und so quasi erst zum Leben kommen konnten, nützlich für den gesamtgesellschaftlichen Kampf der Frauen (§ 218, Frauenhäuser, Bewußtsein der Bevölkerung), nützlich auch für den antikapitalistischen Kampf (Aufbrechen verkrusteter Macht- bzw. Organisations-Strukturen in linken Gruppen, frischer Wind auch in anderen Fragen, gesteigerte Aktivität durch aktiven Einsatz von Frauen . . .). Die Erfolge der Frauenbewegung sind nicht zufällig eingetreten, sondern Ergebnis einer grundsätzlich richtigen politischen Linie, deren herausstechendes Merkmal die Autonomie der Frauenbewegung ist. Ansätze zur individuellen Befreiung (und schon zur Erleichterung der Lebensbedingungen) der Frau wie die autonomen Organisationsformen, der Zusammenschluß zur Gruppe usw., helfen nicht nur der einzelnen Frau, sondern machen es vielen Frauen erst überhaupt möglich, am gesellschaftlichen und letztlich am sozialistischen Kampf teilzunehmen. Autonome Organisationsformen und besondere politische Linie der Frauen liegen damit in zweifachem Sinn im Interesse aller Kommunisten (und gerade auch der M ä n n e r): Zum einen im unmittelbaren Sinn der Verbesserung der Lebensbedingungen der Frau, zum anderen mittelbar im Sinn des antikapitalistischen Kampfs. Unterstützen wir daher nach Kräften die Bestrebungen von Frauen, autonome Kampfformen und -Inhalte durchzusetzen! Unterstützen wir die Bildung autonomer Frauenreferate in USTA, LAUS usw., autonomer Frauengruppen innerhalb und außerhalb sozialistischer Organisationen! Berücksichtigen wir bei unserer Kritik an Frauen-Zentrum usw. immer die große Bedeutung ihrer b e s o n d e r e n Organisationsform und Kampflinie!

Dieses Plädoyer für die grundsätzlich Notwendigkeit autonomer Frauenbewegung bedeutet allerdings nicht, alles, was die Frauenbewegung tut, unbesehen gutzuheißen. Zu kritisieren ist die Organisationsform bzw. das Verhalten der Frauen dann, wenn Autonomie (also Selbstverfassung bzw. Selbstorganisation) in I s o l a t i o n umschlägt. Wenn sich die kämpfenden Frauen verstecken, wenn sie eine von der sonstigen Gesellschaft losgelöste Subkultur zu bilden beginnen, wenn sie Kritik nicht mehr wahrnehmen bzw. mit ihr auseinandersetzen, geben sie Einflußmöglichkeiten auf, geraten sie in die Gefahr, die Orientierung zu verlieren, zu einer – schönen und sonderbaren – Sumpfblüte zu werden. Autonomie hat ihre Bedeutung nicht nur im Selbstschutz, sondern auch und gerade in der Fähigkeit zur Auseinandersetzung. Isolation ist daher keine konsequente Folgerung der Strategie der Autonomie, sondern eine überspitzte und verdrehte Folgerung, die den positven Charakter des autonom geführten Kampfes entstellt.

Zu kritisieren ist zum anderen die konkrete politische Linie der Frauenbewegung in dem Augenblick, in dem sie den anti-kapitalistischen dem anti-patriarchalischen Kampf opfert. Wenn Frauen die notwendige Verbindung beider Gesichtspunkte übersehen, wenn sie sich neutral oder gar wohlwollend gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft verhalten, so verkehrt sich ihr Engagement ins Gegenteil. Mit einer Verfestigung der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsideologie werden diejenigen Kräfte gestärkt, die die besondere Unterdrückung der Frau gutheißen bzw. sie sogar noch forcieren wollen. Für Sozialisten und Kommunisten dagegen ist die Befreiung der Frau (trotz vieler Lücken und Mängel) immer ein integraler Bestandteil ihres Kampfes gewesen. Bürgerliche Frauenbewegung bekämpft sich daher letztlich selbst!

Kurt Erdmann

aus: radikal nr. 5/1976, S.9
zeichnung v. S.8



» Herrchen muß draußen bleiben «

"typ"ische Vorstellung!

GLIEDER MIT INNEN

Vor drei Jahren hörte ich das Wort zum erstenmal – von einem (männlichen) Sprachwissenschaftler. Ich dachte, ich hätte mich verhört. Er aber, aktives Mitglied einer stark profeministischen Berliner Männergruppe, schien nie etwas anderes gehört zu haben als –MITGLIEDERINNEN. Die Berliner Szene! An mein Provinz-Ohr dringen die neusten Creationen eben relativ spät.

Ich redete auf ihn ein, später auch auf die vielen Frauen, die immer wieder von irgendwelchen „Mitgliederinnen" sprachen. „DAS MITGLIED", dozierte ich, ist doch eine der wenigen nun wirklich geschlechtsneutralen Personenbezeichnungen, die wir haben! Ihr nennt doch Mädchen auch nicht KINDERINNEN und reserviert KINDER für Jungen!"

Meine Gesprächspartnerinnen waren wenig beeindruckt und sagten weiter MITGLIEDERINNEN. Andere wieder meinten: „MITGLIEDERINNEN? Auch nicht besser als MITGLIEDER! Wir können es nicht mehr hören, das Wort GLIED! Und wieso überhaupt „mit Glied"??! Wir Frauen sind „ohne Glied", und darauf sind wir stolz!"

MITGLIED also als Bezeichnung für das männliche Geschlecht, OHNEGLIED für das weibliche? – Diese Idee hat sich, soweit ich informiert bin, nicht durchsetzen können. Zu negativ das ganze Wort. Sollen wir uns etwa auch noch selbst definieren als diejenigen, denen etwas fehlt? Noch dazu sowas? Nein danke!

Also auf ins Positive! Was hat das weibliche Geschlecht dem „Glied" entgegenzusetzen? – Das Wort war schnell gefunden: MITKLIT von KLIT wie KLITORIS. (Und für den Herrn macht sich dann vielleicht OHNEKLIT ganz bezaubernd?) Na schön. Manche mögen's eben klar und deutlich.

Doch die meisten von uns sind ja mit ihrem weiblichen Schamgefühl geschlagen. Im Büro, in der Schule, im Betrieb, in der Uni will das kühne Wort MITKLITORIS uns einfach nicht so selbstverständlich von den Lippen. Manche lösen das Problem vielleicht mittels der Kurzform MITKLIT, die von „den anderen" garantiert als „Mitglied" gehört wird. Uralte weibliche Taktik: Das Kühne so tun, daß es möglichst niemand merkt und wir ungeschoren davonkommen.

Eine Bekannte schrieb mir neulich, sie sage seit einiger Zeit nur noch MITFRAU: „Der Verein ‚Frauen und Kultur' hat schon 37 zahlende Mitfrauen". Auch nicht schlecht!

Ich finde es eindrucksvoll, wie bunt es zur Zeit in der deutschen Sprache zugeht. Wo es früher nur ein einziges Wort gab – MITGLIED/ER –, hab ich jetzt die Auswahl zwischen

Mitglied(er)in/Mitgliederinnen
Mitklit, Mitklitoris
Ohneglied
Mitfrau
Mitglied/er

Und doch finde ich auch etwas Bedenkliches an dieser munteren Wortschöpferei. Ihr ANLASS scheint mir eine übertriebene Konzentration auf das männliche Glied zu sein. Haben wir das nötig, frage ich mich bestürzt. Harmlose Wörter wie GLIEDERUNG, GLIEDMASSEN, GLIEDERN, EINGLIEDERN – fällt uns etwa auch dazu nur der Penis ein, so daß weitere sprachliche Säuberungsaktionen angeraten sind? Wir sagen ja den Männern nach, SIE dächten immer nur an „das eine". Weibliche Wortschöpfungen wie OHNEGLIED und MITKLITORIS legen den Verdacht nahe, daß auch Frauen noch entschieden zu oft daran denken.

Diese besorgten Zeilen schreibt euch eine, die zur Zeit in der Möse wohnt – so heißt nämlich der Ortsteil des Dorfes Niedermehnen, wohin ich mich zurückgezogen habe. Die männliche Dorfbevölkerung hat bisher keine Umbenennung in Richtung „Glied" oder „Pimmel" oder was weiß ich verlangt. Und die Frauen finden auch nichts dabei, in der Möse zu wohnen. Für sie alle ist das eben seit Jahrhunderten einfach ein Ortsteil und kein Geschlechtsteil.

Ich gestehe, daß ich diese souveräne Gelassenheit noch nicht erreicht habe. Aber ich finde sie nachahmenswert.

Luise F. Pusch

aktuelle frauenzeitung COURAGE Nr. 10/1982, S.45

LILA LOTTA

BONNER FRAUENZEITUNG

Nr. 14/1982
S. 20/21

"Liebe Genossen, WIR VERLASSEN EUCH..."

die Frauenfrage organisatorisch bewältigt

Frauen in linken Organisationen

Vor nicht allzu langer Zeit stieß ich in der UZ (Parteiorgan der DKP) auf eine, wie ich glaubte, hochinteressante Abhandlung über "Die nächsten Aufgaben der Frauenbewegung". Vielleicht war es diesen Artikel, der alte Erinnerungen wieder wachrief.
Na ja, auch wenn ich ansonsten der Auffassung bin, daß die UZ besser in Moskau oder in Ostberlin verkauft werden sollte, erwachte in mir ein bestimmtes Pflichtinteresse. Und so sehen - für alle Frauen, die den Artikel nicht gelesen haben - die "nächsten Aufgaben der Frauenbewegung" aus:
Aus der Zustandsbeschreibung dieser Gesellschaft ergibt sich (folgerichtig), daß diese verändert werden muß. Und was machen in einer solchen Situation die Frauen? Sie kämpfen zusammen "Seite an Seite" mit den Männern für diese bessere Gesellschaft. In diesem gemeinsamen Kampf schaffen sie es auf wunderbare Weise, sich ansatzweise zu emanzipieren, um dann in dieser neuen Gesellschaft endlich die Chance zu haben, sich vollständig zu befreien. - Schön, was?
Aber nicht genug. Da entdeckt doch die UZ, daß trotz dieses schönen Zieles einige Frauen, nämlich die "Autonomen" sich ablenken lassen durch eine sogenannte "neue Innerlichkeit". Schande über sie, mit solcherart Bewegung kann laut UZ niemals der Sozialismus erreicht werden.

Vielleicht klingelt es jetzt auch bei anderen Frauen in den Ohren. Irgendwie schon mal gehört, was? Nun mag es ja sein, daß innerhalb der Gruppen, die gemeinhin als "links" bezeichnet werden, die DKP noch die althergebrachtesten Vorstellungen existieren. Es hat sicher diese oder jene linke Gruppe gegeben, die schon etwas geschickter an dieses Thema gegangen ist. Aber eine Position hatten alle Gruppen gemein: die Frauenfrage sei eine untergeordnete Frage. Wichtiger sei die Klassenfrage, d.h., da die Arbeiterklasse in einem unaufhebbaren Widerspruch zum Kapital stehe, sei sie die einzig revolutionäre Klasse, einzig in der Lage, diese Gesellschaft in Richtung auf eine bessere hin zu verändern. Es sei die Aufgabe der Frauen, sich an diesem Kampf zu beteiligen, denn sie wollten ja schließlich auch eine neue Gesellschaft, aber ihre endgültige Befreiung sei erst "im Sozialismus" möglich.

Zar hatten die Zeiten der sexuellen Verfügung der Genossen über die Genossingen in der Studentenbewegung ein Ende gefunden, so bewirkte diese theoretische Position dennoch, daß zwar auf Druck der Frauen der Bereich "Frauenpolitik" Teil der Arbeit linker Organisationen wurde, die Rolle der Genossen aber und die politische Position, die sie vertraten, absolut nicht angekratzt oder in Frage gestellt wurden.

Da Frauen aufgrund ihrer Sozialisation sowieso weitaus schlechter in der Lage sind, sich politisch zu artikulieren, war frau denn auch mangels eigener Positionen allzu leicht bereit, dieses Modell ungefragt zu übernehmen und alle aktuellen Schwierigkeiten in Bezug auf eigene Positionen auf den Sozialismus zu vertagen.

Erst als tausende von Frauen auf die Straßen gingen, um für das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper zu demonstrieren, wurden die Genossen wacher, man roch eine Bewegung, ja sogar eine "Massen"bewegung. Nun war es nur allzu recht, wenn die Genossinnen viel Zeit in Frauenarbeit und wenig in Strategiediskussionen steckten. Plötzlich waren die Frauen eine politische Kraft und mußten unterstützt und natürlich die "richtige Linie" den noch unwissenden Frauen vermittelt werden.

Doch an der Rolle der Frauen in linken Organisationen änderte auch das alles nichts. Frau hatte zwar erreicht, daß jede Gruppe, die etwas auf sich zählte, die "Wichtigkeit" der Frauenfrage auf den Lippen trug. Es war schick und entsprach dem Image einer linken Beziehung, wenn s i e in der Frauengruppe mitarbeitete, während e r sich weiterhin in der großen Politik stark machte.
Kamen Frauenthemen auf den Tisch, dann meist von Frauen, denn Mann war ja nicht informiert. Er war damit beschäftigt, sich mit "weitergehenden politischen Analysen" zu beschäftigen, Frauenzeitungen waren nur etwas für Frauen.

Gefühle hatten in diesen Organisationen keinen Platz.Es gab nur sachliche Diskussionen, für Gefühle war keine Zeit und wenn, dann waren sie das Gebiet der Frauen und wurden verstanden als "weibliche Schwäche".
Diese linken Gruppen waren Männerdomänen. Erst durch das Stärkerwerden der autonomen Frauenbewegung bekamen auch wir als Frauen in den linken Gruppen neue Anstöße. Das, was vorher als Schwäche, im negativen Sinne weiblich war, wurde als Stärke entdeckt. Aus dem kleinen Arbeitsbereich Frauenfrage entwickelte sich ein neues Politikverständnis, eine weibliche Sichtweise gesellschaftlicher Vorgänge, neue Ziele.

Heute bin ich zwar mehr oder weniger gut, manchmal auch mit schlechtem Gewissen, in der Lage, die Frauenpolitik dieser linken Organisationen zu kritisieren. Doch ich fühle mich oft zerrissen zwischen dem Anspruch, ein linke Frau zu sein und in der Frauenbewegung zu arbeiten. Ich weiß häufig nicht mehr, was richtig ist, bezweifele Sachen, von denen ich glaubte, daß ich sie niemals umstoßen würde.
Feststeht, daß der Marxismus für die Frauenbefreiung keine große Hilfe war, das heißt aber nicht, daß ich nicht weiterhin grundlegende Positionen des Marxismus für richtig halte.

Wir müssen weiter suchen, weiter diskutieren, neue Ansätze erarbeiten, damit die sogenannte feministische Utopie für uns greifbarer wird. Es bedrückt mich, daß die Frauenbewegung sich häufig auf sich selber beschränkt, daß wir unfähig sind, zu anderen Fragen der Gesellschaft Stellung zu nehmen.
Ich sehe Initiativen zur Änderung dieser Gesellschaft in vielen Bereichen und ich finde es notwendig, daß wir uns daran beteiligen, um zu lernen, in jedem Bereich als Frauen "die Machtfrage" zu stellen, um nicht nur einen Kreis zu zerbrechen (zerbrochener Kreis - Name einer italienischen Frauengruppe), sondern auch einen neuen Kreis zu gestalten.

Doro

Anzeige

nora
frauenbuchladen
wir sind nicht nur ein buchladen, sondern auch
ein kommunikationszentrum
ein ort zum ausruhen
ein informationszentrum
eine beratungsstelle
wolfstr. 30, 5300 bonn 1, tel. 654767

Hierarchie und

Neulich in der Lila Lotta: Sabine erzählt: Ich habe x. von der Nora getroffen. Wir haben geredet und sie hat gesagt: Wir werden ja sowieso nicht ernstgenommen.

Alle Lottas lachen: Ach ja? Dann sind wir ja schon in der Hierarchie gestiegen, von der untersten Sprosse auf die zweitunterste. Hoi, haben wir ein Glück . . .

Mir fällt auf, das Nora das einzige Projekt ist, über das in der LL auch schon mal gelacht wird. Und es ist das einzige Projekt, das in der LL offen kritisiert wurde. Die Überschrift "Mehr Buttons und fetziger Fußboden?" war deutlich. Steht Nora in der Hierarchie also unter der Lotta?

Halt! Stop! Wieso Hierarchie? Gibt's doch gar nicht in der Frauenszene! Da sind doch alle gleichberechtigt. Kein Oben und Unten, kein besser oder schlechter. Oder doch?

Kurz nach diesem Gespräch kam ich in die Nora, um die verkauften Lottas abzurechnen. Die diensthabende Nora-Frau fragte, ob Nora nicht Prozente haben könne auf die verkauften Exemplare, wie jeder andere Buchladen auch. Ich war verblüfft. Nora ist doch nicht Bouvier, sondern ein Frauenprojekt, alle anderen Projekte verkaufen die LL doch auch ohne Prozente. Von Nora kam dann auch gleich die Einschränkung: Aber nur, wenn ihr das finanziell könnt. Es ging also wohl weniger ums Geld als ums Prinzip. Hat Nora da mit der Faust auf den Tisch gehauen, um Stärke zu zeigen?

Gibt es doch so etwas wie Hierarchie, Macht etc. in der Szene? Vielleicht eine erste Garde und eine zweite, dritte ... ?

Ein anderes Beispiel:

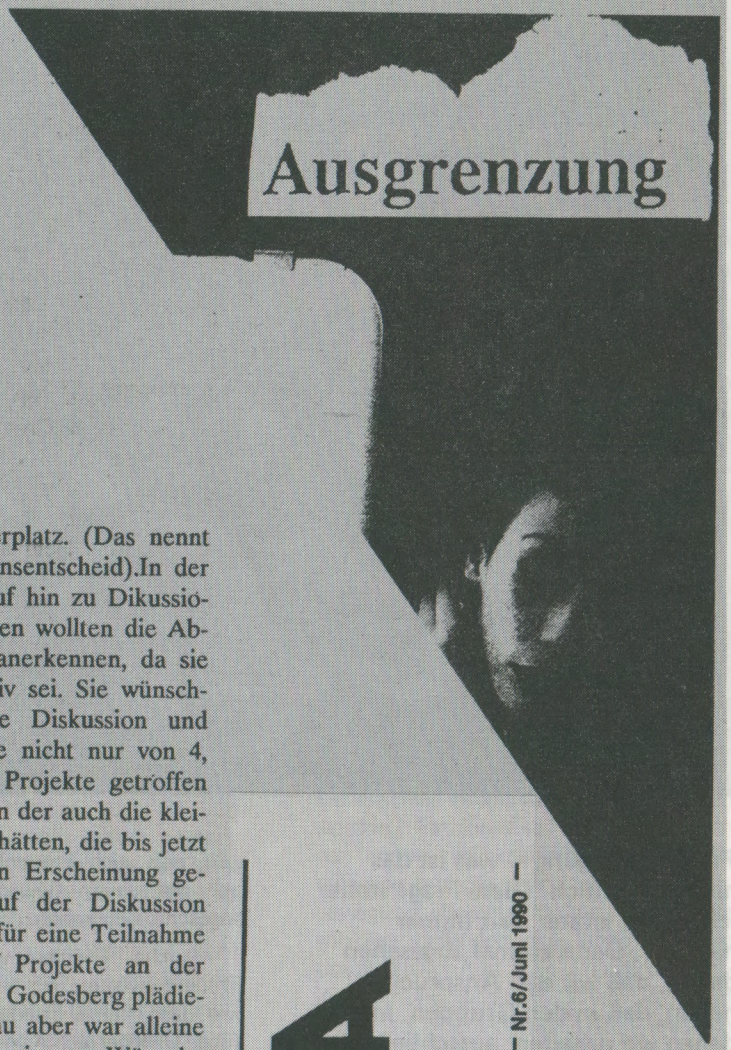
Die Silvester-Fete in der Backi wurde dieses Jahr von den Lotta-Frauen ausgerichtet. Als die Fete vorüber war, wurden die Lottas gebeten, in die Kollektivsitzung der Backi zu kommen, es wären einige Dinge schief gelaufen. Also gingen Sabine und ich am folgenden Mittwoch Abend zur Kollektivsitzung . Das sah dann so aus: Sabine ist etwas eher als ich erschienen. Als ich reinkomme, sitzt sie abseits. Die Backi-Frauen im großen Kreis in ihre Sitzung vertieft. Nach wenigen Minuten sind wir beide total geladen. Einige Backi-Frauen machen beruhigende Zeichen, gleich seid ihr dran. Das gerade besprochene Thema ist beendet. Was soll als nächstes drankommen? Ich finde die Frage unverschämt, schließlich warten wir. Also nächstes Thema: Fete der Lotta. Jetzt kommen haufenweise Vorwürfe. Die meisten finde ich absurd, z.B. einen Suppenfleck in der Besteckschublade. Sabine läßt sich den Fleck zeigen - er ist ca. 50-Pfennigstück-groß - aber es ist nicht eindeutig, ob er überhaupt von der Fete stammt. Uns steht der Ärger im Gesicht geschrieben. Die meisten Backi-Frauen sagen nix, die Wortführerinnen diskutieren mit Vehemenz. Dann plötzlich schlägt die Stimmung um. Anscheinend geht es nicht nur um die sachlichen Vorwürfe, sondern auch darum, ernst genommen zu werden, nicht die Putzfrau zu sein für andere. Die Wogen glätten sich, die Standpunkte sind klar, beide Seiten werden verbindlicher. Als wir wieder unter uns sind, sagt Sabine erleichtert und verärgert zugleich: So ein Windei!

Wirklich? Ich glaube nicht. Die Erregung auf beiden Seiten muß einen Grund gehabt haben. Die Backstuben-Frauen wollten den Lottas zumindest klarmachen, daß sie ernstgenommen werden wollen.

Die Wut über die Vorwürfe und den Mittwochabend ist verraucht. Geblieben ist unter uns das geflügelte Wort vom "Suppenfleck in der Besteckschublade" als Synonym dafür, daß Frauenprojekte über sachliche Probleme Konflikte austragen, die mit Hierarchie, Ernstgenommenwerden, Abgrenzung etc. zusammenhängen.

Da die autonome Frauen-Szene sich als einheitliche Gruppe sieht, stellt sich die Frage, wie sie ihre Grenzen steckt. Ein einfaches Beispiel ist das Frauenmuseum. Es erhält Unsummen Geld von der Stadt und kann daher nicht mehr als autonom bezeichnet werden. Wichtiger ist aber wohl, daß es sich in der Vergangenheit anderen Projekten gegenüber unloyal verhalten hat.

Deshalb grenzen sich viele autonome Frauengruppen vom Frauenmuseum ab. Ärgerlich ist es,daß viele der "neuen" Frauen gar nicht so recht wissen, warum. Klar ist nur, daß das Frauenmuseum nicht "dazu" gehört, daß es ausgegrenzt ist. Anstelle der ursprünglichen Begründungen und Argumente tritt eine vage Animosität, ein Feindbild, das bald keine mehr genau begründen kann Dabei wäre das Frauenmuseum ein klassisches Beispiel,



an dem die Bewegung lernen kann, was passiert, wenn eine einzelne Frau innerhalb einer Gruppe (oder eine einzelne Gruppe innerhalb der Bewegung) sich Machtpositionen aneignet und diese dann ausspielt.

Ein anderes Beispiel ist die FI 6. Oktober. Sie arbeitet autonom und nur mit Frauen. Sie erstellen den IFPA-Dienst, einen Frauenpressedienst, aus dem die LL viele Informationen entnimmt. Als ich aber vor einem halben Jahr alle Bonner Frauenprojekte wegen der Aktion Plakatwand anschrieb, habe ich die FI 6. Oktober ausgelassen. Ich habe sie nicht etwa vergessen, sondern erst gar nicht in Erwägung gezogen. Die Ausgrenzung ist da, begründen kann ich sie nicht. Sie verhindert aber jeglichen Kontakt der FI zur Lotta Dabei könnte mit diesen Frauen vielleicht ein Minimalkonsens gefunden werden. Das würde Auseinandersetzung bedeuten, Infragestellen, raus aus dem eigenen Sumpf. Ist das schon zu schwierig? Wie eng wollen wir den Kreis "richtige Feministinnen" denn ziehen?

Warum ist das alles überhaupt wichtig? Wie werden Frauen und Projekte beeinflußt durch Hierarchien, Ausgrenzung und die Angst davor ? Ein Beispiel dafür ist die Frauen-Info-Börse, die für den August von der Stadt organisiert wird. Alle Bonner Frauenprojekte Gruppen, Organisastionen etc sind angesprochen worden, sich dort darzustellen. Stattfinden soll das Ganze in Bad Godesberg. Für die autonomen Projekte stellt sich die Frage, machen wir mit oder nicht. Wie wird nun diese Entscheidung getroffen?

Das 1. Treffen der autonomen Projekte wurde auf die übliche Art durch Mundpropaganda bekannt gemacht, Außenseiterinnen wußten nicht Bescheid, jedenfalls sind die üblichen 7 Projekte erschienen. Bald stand fest: die einen ziehen eine parallele Gegenveranstaltung in Bonn vor, die anderen eine Teilnahme an der Info-Börse mit Gegenprogramm. Zum nächsten Treffen kamen nur noch 4 Projekte, die alle einer Meinung waren. Zufall? Wo waren die anderen? (Die LL war auch nicht da) Jetzt wurde beschlossen: wir organisieren eine Gegenveranstaltung auf dem Münsterplatz. (Das nennt frau dann Konsensentscheid).In der LL kam es darauf hin zu Dikussionen. Einige Frauen wollten die Abstimmung nicht anerkennen, da sie nicht representativ sei. Sie wünschten eine erneute Diskussion und Entscheidung, die nicht nur von 4, oder nur von 7 Projekte getroffen würde, sondern an der auch die kleinen Gruppen teilhätten, die bis jetzt noch gar nicht in Erscheinung getreten waren. Auf der Diskussion wollten sie dann für eine Teilnahme aller autonomen Projekte an der Info-Börse in Bad Godesberg plädieren. Mancher Frau aber war alleine der Gedanke, die eigenen Wünsche wenigstens ernsthaft zu vertreten und einen Gegenvorschlag zu bringen, nicht denkbar. Für sie gab es nur die Alternative: alle in Bonn oder die LL in Bad Godesberg, alle anderen in Bonn. Was natürlich keine will.

Das Wegbleiben vieler Projekte von den abgesprochenen Treffen, auf denen dann die Entscheidungen fallen, kann vielleicht noch mit wichtigeren Terminen, Bequemlichkeit, Zeitmangel oder ähnlichem erklärt werden. Für die Scheu, zur Entscheidung einiger weniger Projekte (der sich die anderen dann anschließen dürfen) wenigstens Gegenvorschläge zu machen, muß es andere Gründe geben. Hier zeigt sich, daß auch in der Frauenszene Hierarchie und Ausgrenzungen politische Entscheidungen beeinflussen: die einen entscheiden, die anderen lassen entscheiden.

Bea 18.4. 90

LILA LOTTA
BONNER FRAUENZEITUNG
Nr.6/Juni 1990
9.Jg/4 DM

Aus dem abgebildeten Heft dokumentieren wir einen Auszug aus dem Artikel: Wenn Autonomie zum Dogma wird (Seiten 55 – 60)

Frauenbewegung – was ist das heute eigentlich? Diese Frage stelle ich mir in letzter Zeit immer häufiger. Denn einmal abgesehen davon, daß wir den Anspruch haben, daß in den Gruppen, in denen wir arbeiten, ausschließlich Frauen sein sollten, unterscheiden sich die Themen, über die wir heute in Frauengruppen arbeiten, viel weniger von der linken, grünen oder Friedensbewegung, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Wir stehen fast unter einem Druck, für jedes gesellschaftlich wichtige Thema eine Frauengruppe anzubieten: im Häuserkampf, im Volkszählungsboykott, im Kampf um den Frieden, im Kampf um das Geld.

Als vor einigen Jahren die linken Gruppen ihre Frauen in unser FZ-Plenum entsandten, weil sie die Unterstützung des Zentrums für die Revolution X oder gegen die Konterrevolution Y haben wollten – da haben wir sie des Zentrums verwiesen: weil das keine Frauenthemen seien und die Frauenbewegung nicht alles machen könne. Heute, wo uns keine linke Gruppe ins Haus steht mit einer Resolution, die wir unterstützen sollen, unterstützen wir von allein. Und wir machen nicht nur eine Resolution: zu allen politisch aktuellen Themen werden Gruppen gebildet. Sobald ein Thema verspricht, eine Bewegung zu werden, kann frau sicher sein, daß auch Frauenbewegungsfrauen sich der neuen Bewegung „autonom" angeschlossen haben.

Manche Themen wurden von der Frauenbewegung als erste formuliert – wie das Thema Frieden z.B.. Das geistige Urheberrecht an der Friedensbewegung, das die Frauenbewegung unzweifelhaft hat– das die Courage sogar hat– macht es nicht einfacher: nicht alle Themen, über die Frauen arbeiten, lassen sich ohne weiteres zu Frauenbewegungsthemen machen. Auch wenn jedes Sujet einen Frauenanteil beinhaltet – so wird doch nicht jedes Thema deshalb, weil es autonom verhandelt wird, zu einem Bestandteil von Autonomie.

Ich habe mir immer so etwas wie eine persönliche Autonomie gewünscht, die allein eine Unabhängigkeit im Denken bedeuten kann, keine Festlegung auf enge Linien. Nun, da Linien uns von nirgendwoher vorgegeben werden – übernehmen wir sie undiskutiert und unreflektiert – so als täten wir etwas anderes schon deshalb, weil wir es als Frauen tun. Ansatzweise mag das zu Beginn der Frauenbewegung gegolten haben, als wir die Dinge, die wir ändern wollten, tatsächlich anders anpackten – heute dagegen ist es entweder zur Pflicht oder zum Dogma geworden.

Die Freiheit, die wir haben, ist also nicht die, von der wir geträumt haben. Träume sind radikal. Aber Radikalität ist kein Traum. Weder ist sie das Erträumte noch ist sie gar traumhaft. Radikalität ist das Sprengen der Fesseln. Und insofern ist sie nicht wiederholbar. Jedes Einrichten in ihr auf Dauer wäre ihr Gegenteil.

Und so müssen wir alles durchgehen, was uns unlieb und selbstverständlich geworden ist. Alles neu durchdenken – von Anfang an. So wie wir zu Beginn der Frauenbewegung neu denken mußten, was wir vorher gelernt hatten.

Spontaneistische Bewegungen sind immer gleich undurchschaubar: für diejenigen, die außen stehen und für die, die darin arbeiten. Es gibt keine zentralen Strukturen, niemand ist anderen rechenschaftspflichtig, es passiert nur da etwas, wo gehandelt wird, und handeln kann man selber nur dort, wo man ist. Diese dezentralen und antihierarchischen Elemente hat die Frauenbewegung mit den spontaneistischen gemein. Auch die Erfahrung, daß erfolgreiche Aktionen oder Projekte von Stadt zu Stadt kopiert werden, so daß sich letztendlich ein ganzes Netz vielfältigster, in sich autonomer Projekte gebildet hat.

Die Zentren, die sich während der § 218-Kampagne gebildet hatten, waren zunächst vor allem Sammelpunkte für die Kampagne gegen das Abtreibungsgesetz und für Selbsterfahrungsgespräche, wurden aber in der Suche nach Nachfolgekampagnen, die wie der § 218 die gesamte Frauenbewegung hinter einer Forderung hätte vereinen können, mehr und mehr zur Durchlaufstelle für die Arbeit in den Projekten.

Die Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen wurde schon nicht mehr von allen Frauen getragen, auch wenn alle die Notwendigkeit von Frauenhäusern einsahen und sich dafür einsetzten. Der Grund ist einfach zu erklären: es gab anders als beim § 218 nicht einen Gegner, den Staat, sondern gleich viele: nämlich alle Männer, die ihre Frauen schlagen und vergewaltigen. Diese Männer lassen sich entweder nur im Nachhinein ausmachen oder vorab in dem etwas pauschalen Satz „alle Männer sind Vergewaltiger". Beschränkt die Frauenbewegung sich darauf, die Gewalt im Nachhinein auszumachen und Bestrafung zu verlangen, muß sie diese Bestrafung dem Staat überlassen und der stellt entweder die Verfolgung ein (wogegen die Frauen sich wehren können und müssen) oder er straft mit Gefängnis

(wogegen wir mit unseren immer linken Herzen auch sind). Erfolgversprechender wären vielleicht Kampagnen in der Nachbarschaft gewesen, durch soziale Isolierung einem Vergewaltiger das Handwerk legen. Allerdings fielen die ersten Steckbriefaktionen der Frauen unglücklicherweise in die Zeit der RAF-Hetze, als sich niemand an Steckbriefe gewöhnen konnte, geschweige sie nun auch selbst verteilen. So wurde aus der Kampagne „Gewalt gegen Frauen" mehr und mehr konkrete Hilfe: Frauen wurden beraten, zum Gericht begleitet und zum Sozialamt, während die öffentliche Diktion der Frauenbewegung abglitt in etwas, was entweder nicht zu erobern war, wie die Nacht – oder völlig separatistisch war, wie die Negativutopien über den Kampf gegen alle Männer, für den sich wiederum nicht alle Frauen hätten gewinnen lassen.

Vermutlich wurde die Frauenbewegung in dieser Zeit vor allem zusammengehalten durch die konkrete Arbeit, die sie machte. Die provozierenden Slogans erreichten dagegen: daß eine umfassende Diskussion über die unterschiedlichen Erwartungen an Sexualität formuliert wurden, daß Frauen, die unbewußt lesbisch oder bisexuell waren, sich dessen bewußter wurden und begannen, die heterosexuelle Geschichte ihrer Unterdrückung zu bearbeiten. Die Begeisterung über die Möglichkeit eigener Veränderung täuschte viele darüber, daß damit eigentlich eine Stagnation in der Frauenbewegung eingeläutet wurde: je mehr neue Lesben, desto weniger interessierten sich die Frauen der Frauenbewegung für Abtreibung, für die gesetzliche Erlaubnis Ehefrauen zu vergewaltigen, Verhütung oder Scheidung. Es gab doch eine scheinbar so einfache Lösung, alles zu verändern: raus aus den Männerbeziehungen, rein in die Frauenbeziehungen, notfalls (die weiseren waren davon überzeugt) eine Zeitlang allein zu leben. Daß Beziehungen zu Frauen dadurch notwendig überfrachtet wurden, das merkten viele erst Jahre später, nachdem sie mehrere Trennungen hinter sich hatten.

Daß es bei den Frauenbeziehungen vor allem um einen Ausläufer der sexuellen Revolution ging, der ebenso viele Macken hatte wie das Pennen mit über 100 Männern, merken erst die, die sich heute wieder von Frauenbeziehungen – wo sie doch nicht mehr so chic sind – abgewandt haben: zu einer Zeit, in der das Abwenden von Homosexualität keine individuelle Entscheidung mehr ist, sondern bereits ein Beitrag zum gesellschaftlichen roll back.

Letztendlich war nicht einmal die Propagierung von ‚wir sind alle lesbisch' – auf alle Frauen ausgerichtet. Denn sonst hätte ja zumindest die Frauenbewegung mit am Scheidungsrecht drehen können, womit viele Frauen finanziell hätten abgesichert werden können.

Auf der Strecke blieb vor allem: die Bewegung aller Frauen. Es kamen vor allem zwei Gruppen nicht mehr zu Wort: die sogenannten Heterofrauen, von denen viele protestierend die Zentren verließen, und die Altlesben, die der Schwemme der Neulesben nicht so ganz trauten – und wenn – dann zur Geschichtsforschung der Neulesben mißbraucht wurden. Vor allem war es die Unverschämtheit (genannt Radikalität) gegenüber Heterofrauen und Müttern, die ein Teil der alten Lesben nicht mitmachen konnten – schließlich hatten sie sich ein Leben lang mit Heteropaaren und schwulen Männern arrangieren können. Ein Beispiel? Ich nehme eins aus der Hamburger Frauenkneipe, wo eine Frau angemacht wurde: „Guck mal, die hat auch schon mal den Ficker über sich rüber gelassen."

Trotzdem blieb die Stagnation verborgen: auch die, die das nicht mitmachen konnten, brauchten lange, bis sie sich das zugeben konnten. Zwar verliessen viele Heterofrauen die Frauenbewegung, aber es kamen stets so viele neu hinzu, daß der Verlust, auch als Substanzverlust sich nicht sofort bemerkbar machte. Und schließlich gab es ja auch mehr als genug, die den Wandel zur Lesbe scheinbar mitvollzogen.

Eine ähnliche Entwicklung – nicht weniger widersprüchlich – vollzog die Frauenbewegung hinsichtlich der Institutionen. Autonomie war ursprünglich als autonom gegenüber Kindern und Männern definiert worden. In dem Masse aber, in dem die Gesellschaft als Männergesellschaft und alle Institutionen als Männerinstitutionen definiert wurden, wollten die Frauen die Institutionen entweder durch eigene ersetzen (was bei Kleinbetrieben wie Verlagen, Buchhandlungen und Zeitungen in beschränktem Rahmen machbar ist) oder sie ausschließlich von außen verändern. Von außen ändern, hieß jedoch – und hier zeigt sich wieder die spontaneistische und außerparlamentarische Wurzel der Frauenbewegung, – Druck auf die Institutionen und nicht etwa Zusammenarbeit mit den Frauen in den Institutionen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die parallel zu den ersten Zentren vor 10 Jahren aus der Taufe gehoben wurde, wurde als Frauenorganisation nicht wahrgenommen – vielmehr wurden die SPD-Frauen in der Tradition des „wer hat uns verraten – Sozialdemokraten" lautstark aufgefordert, doch ihre Partei zu verlassen. Viele haben das auch getan, weil ihre Einflußlosigkeit auf die Politik der Partei das ihrige tat.

Aus den Gewerkschaften ist dieser Loslösungsprozeß weniger streng gefordert worden; obwohl es durchaus Diskussionen gab, Frauengewerkschaften zu gründen, gab es immer auch Bestrebungen, eine Kooperation mit den Frauen in den Gewerkschaften hinzukriegen. Daß diese Kooperation zunächst nicht möglich war, lag einerseits daran, daß die Frauenbewegungsfrauen Schwerpunkte wählten, die nicht unmittelbar mit der Berufstätigkeit zusammenhingen, und andererseits an den vorschnellen Kritiken vieler Gewerkschaftsfrauen an der Frauenbewegung, die ausschließlich die Männerfeindlichkeit der Bewegung sahen und die reale Arbeit der Frauenbewegung gern übersahen. Die Abwehr der sogenannten Männerfeindlichkeit schützte die Gewerkschaftsfrauen davor, Änderungen an sich selbst vornehmen und die Gründe ihrer Unterdrückung erkennen zu müssen.

Damit ist der Hauptwiderspruch auch der Frauenbewegung benannt. Einerseits war offensichtlich, daß diejenigen, die die Frauenbewegung von außen kritisierten, dies taten, weil sie die eigene Veränderung nicht wollten – zumindest nicht so schnell – und dies wurde von den Frauenbewegungsfrauen erspürt, und auch richtige Kritik konnte deshalb als falscher Widerstand zurückgewiesen werden. Fatalerweise mußte sie auch von denen zurückgewiesen werden, die teilweise mit der Kritik an der Frauenbewegung übereinstimmten, denn viele von uns befanden sich lange in einem Loyalitätskonflikt. Die Trends der Verinnerlichung und der Scheinradikalität waren so offensichtlich falsch, daß ich lange hoffte, daß sie irgendwann von allein vergehen würden. Das war offensichtlich ein Irrtum. Doch leider nicht der meine!

Innerhalb der Frauenbewegung gibt es eine Kontinuität von psychischen Sensationen, die mit dem Bruch der bisherigen Lebenseinbindungen begann – also politisch im traditionellen Sinne war – und in der aktuellsten und „radikalsten" Variante endete, die dann zwar nicht mehr politisch zu realisieren war, wie etwa die lesbische Nation oder der Krieg gegen die Männer, aber als Phantasie und als Vorstellung von Radikalität die Diskussionen der Frauen beschäftigte. Dazu gehörten die Geschichten über Amazonen, die über die wunderbaren Hexen, Frauenzünfte genauso wie über Prophezeiungen, Wunderheiler, die ständige Suche nach der ureigenen Energie. In der Bedrohung durch den atomaren Krieg, durch die wirtschaftliche Krise ist die neueste Sensation nun im Mystischen zu suchen. Die Suche nach einer ruhigen, heilen Welt, die uns in den Schoß fällt, wenn wir ihn nur weit genug öffnen.

Doch was sich heute im Bauchtanz wiegend, schillernd in den Frauengruppen zeigt, das ist glücklicherweise nicht die ganze Wahrheit. Denn geblieben ist

die harte Arbeit in den Projekten: die ihre Ware Feminismus an die Frau bringen müssen, wenn sie überleben wollen.

[ ]

Die Frauenbewegung hat sich nicht gespalten – sie hat den Spaltungsprozeß durch die Nonkommunikation der Beleidigten vollzogen. Gestritten haben vielleicht die, die in ihren Positionen ähnlich waren. Und das hat sie voneinander entfremdet. Ein offener Konflikt hätte allen gut getan, weil dann klarer gewesen wäre, wohin sich die feministischen Politfrauen im Gegensatz zu denen, die in andere geistige Sphären hin abwanderten, orientierten.

So ist der Prozeß eher lautlos und in Stufen abgelaufen. In ein paar Gruppen gab es AAO- oder Bhagwankonflikte – in anderen begann es – harmlos, als ob ein Gesellschaftsspiel eingeführt würde: Tarotkarten, Pendeln, das – wie es auch die taz neuerdings formuliert – versteckte, durch Horoskope etwas über sich selbst Mitteilen-wollen. Ich möchte eigentlich nicht sagen müssen, daß ich Tarot und Horoskope unpolitisch finde – wahrscheinlich sind sie unterhaltend – ich möchte auch nicht feststellen müssen, daß Magie entpolitisiert (ich denke, das ist klar) – ich denke eher, daß mich das alles nicht interessiert. Jedenfalls so lange nicht, wie es als Privatleben betrieben wird, als Aberglaube oder Aberwitz.

Ich habe dann etwas dagegen, wenn mir Magie als Frauenbewegung verkauft wird. Daß magische Kräfte der Frauen beschworen werden müssen, um unser Anderssein zu dokumentieren.

[ ]

Politisch gesehen ist die Frauenbewegung aber heute eine parzellierte Bewegung. Jede Gruppe, jedes Projekt beackert das Stück Land, auf dem sie einst ihren Teil an Neuerungen beigetragen hat. Die Psychologinnen bearbeiten ihre Klientinnen mit ihren neuen Therapien, die Anwältinnen konzentrieren sich – soweit ihre Kundschaft das erlaubt – auf Fälle, die Frauen betreffen. Die Historikerinnen suchen nach den Beiträgen von Frauen in der Geschichte, Bands und traditionelle Musikgruppen spielen Selbstimprovisiertes oder suchen nach Vorbildern in der Geschichte. Außer, daß sie sich beide mit Frauen beschäftigen, haben ein Türkinnenladen und eine Frauengalerie wenig gemeinsames – außer es geht – und wann gibt es das schon – um eine türkische Malerin oder eine kunstinteressierte Türkin.

Auf der anderen Seite wird die Frauenbewegung von der Linken kopiert, werden lange bekämpfte Formen der Organisation und des Inhalts übernommen, damit – wenn die Frauenbewegung dereinst dahingesiecht sein wird – andere als „die Frauenbewegung" auftreten können. Schon jetzt drängen Frauen der DKP und der DFI dazu, auf zentralen Friedenskundgebungen für „die" Frauenbewegung sprechen zu können. An den Erbschleichern wird sichtbar, wie die Frauenbewegung politisches Bewußtsein verändert hat.

[ ]

Was wir brauchen, ist eine theoretische Diskussion darüber, was denn die Rolle von Feministinnen innerhalb der breiter gewordenen Frauenbewegung ist. Denn die autonomen feministischen Frauen sind heute bereits absolut in der Minderheit, wenn wir uns ansehen, was sich bei den grünen Frauen, den SPD-Frauen, den Gewerkschaftsfrauen, den Kirchenfrauen und beim Frauenrat tut, wofür die autonome Frauenbewegung noch kaum ein Ohr hat. Daß heute schon mehr und mehr Frauen in die institutionelle Frauenbewegung hineinrutschen, liegt doch daran, daß die autonome Frauenbewegung auf zu viele Fragen keine Antworten hat und es z.T. auch ablehnt, sich mit institutionellen Frauenfragen zu beschäftigen. Ich glaube, solche Ignoranz und Selbstgefälligkeit kann sich keine von uns leisten. Längst nicht mehr!

[ ]

Unter diesem Aspekt sollten wir uns einmal ansehen, wieviele Feminstinnen heute schon bei der AL oder bei den Grünen für Frauenforderungen arbeiten, um zu erkennen, daß wir jetzt entweder selber das Ende der Autonomie verkünden sollten – oder aber uns noch einmal rappeln müßten, um von unseren autonomen feministischen Gruppen aus wieder eine Frauenbewegungspolitik zu machen. Wir müssen uns darüber klar werden, daß Autonomie, Feminismus und Frauenbewegung kein dreieiniges Ganzes mehr sind, sondern daß die, die feministisch sind, nicht mehr unbedingt autonom sind, die, die autonom sind, nicht unbedingt mehr in der Frauenbewegung sind und daß die, die in der Frauenbewegung sind, auch nicht unbedingt Feministinnen sind. Also sind für mich Spiritualistinnen zwar autonom, aber nicht feministisch, manche grüne Frau Feministin, aber nicht autonom, manche Autonome weder Feministin noch in der Frauenbewegung; manche Kirchenfrau weder Feministin noch autonom, aber doch in der Frauenbewegung. Und, last, but not least, die Szenefrauen, von denen man inzwischen sagen kann, daß sie zwar autonom und feministisch sind – aber kaum noch ein Interesse an der Frauenbewegung haben.

[ ]

Ich plädiere als Alternative zu dem jetzigen Desaster für den Zusammenschluß aller feministischen und Frauenbewegungsgruppen zu einem alternativen Frauenrat. Ich plädiere dafür, daß wir uns zusammenschließen, statt uns voneinander abzugrenzen oder gar nicht miteinander zu reden. Der Maßstab für einen solchen Zusammenschluß sollten erstmals nicht die maximalen Vorstellungen sein – sondern das Wissen darüber, daß wir in vielen Punkten gemeinsam tatsächlich etwas erreichen könnten. Ich glaube, daß innerhalb der Frauenbewegung die Angst vor übergreifenden Zusammenschlüssen geringer geworden ist, nachdem es schon so viele fachübergreifende gibt.

So ein Frauenrat sollte auf dem Prinzip der Delegation und der Wahl beruhen, sollte durchsichtige demokratische Mechanismen haben, damit niemand prinzipiell davon ausgeschlossen ist.

[ ]

Wir haben lange genug unsere psychischen Schäden aufgearbeitet, um von der Aufarbeitung bereits neue davonzutragen. Es ist an der Zeit, daß wir uns auch wieder um die materielle Seite unserer Beschädigung kümmern. Und materiell ist nicht innerlich, nicht psychisch und nicht spiritualistisch – auch wenn alle drei Bestandteile unserer Beschädigung sind.

Die Frauenfrage ist eine Machtfrage. Und an dieser Machtfrage gegenüber Männern haben wir bislang entscheidend nichts verändert, außer daß wir Drohgebärden einstudiert haben, die die Softies nur kurze Zeit, uns aber lange, einschüchtern konnten. Nach unserem Zähnefletschen haben wir uns zu oft und zu lange wieder in unsere autonomen Höhlen verkrochen und uns dann gewundert, daß jeder Kampf neu ausgefochten werden mußte.

Ich plädiere also für die Öffnung der autonomen Frauenbewegung nach aussen – allerdings ohne unsere Autonomie in den eigenen Gruppen aufzugeben, die Männergesellschaft hat sich ja leider nicht so weit gewandelt, daß wir das könnten. Wenn wir als autonome Frauenbewegung es in dieser Zeit versäumen, Kontakte zu den Frauen zu knüpfen, die um ihre eigene materielle Sicherheit kämpfen, wird es mit der autonomen Frauenbewegung bald am Ende sein. Und den Frauen in den Betrieben und den Gewerkschaften werden die Erfahrungen fehlen, die wir schon machen mußten.

Die Sichtbarkeit als Frauenbewegung schenkt uns niemand. Wir können sie nicht einklagen, wir können uns nur selber auf den Weg machen, um den Raum auf Dauer einzunehmen, den wir bisher nur symbolisch besetzt hatten.

Sibylle Plogstedt

UFV - ein Jahr danach

Ein Bericht vom II. Kongreß in Leipzig

Es gab keine klare Tagesordnung, sondern nur einen Ablaufplan; die vorbereiteten Kongreßmaterialien wurden nicht diskutiert. Weder über letztere noch über die auf dem Kongreß gemachten praktischen Vorschläge kam es zu verbindlichen Festlegungen, wie in Zukunft zu verfahren sei. Dafür gab es zahlreiche Monologe, nicht wenige bedeutsam und bedenkenswert, und den Beschluß, die Probleme auf der nächsten Zusammenkunft ein für alle Mal zu lösen. Die Meinungspluralität wurde somit nicht produktiv, sondern verhinderte Verbindlichkeit. Das wäre eigentlich mein Fazit über den II. UFV-Kongreß in Leipzig vom 8.-10. März 1991.

Man darf diesen Kongreß jedoch, der in einer Zeit größter Verunsicherung, Verängstigung, ja Erniedrigung der Bevölkerung und speziell der Frauen der ehemaligen DDR stattfand, nicht nur nach Effizienz und Ergebnissen bewerten.

Leipziger UFV-Frauen hatten den Kongreß liebevoll vorbereitet, den Tagungsraum ausgestaltet, für Kinderbetreuung und Unterbringung der auswärtigen Teilnehmerinnen gesorgt. Wir tagten in einer Gegend, in der sich, wie mir eine Taxifahrerin berichtete, zahlreiche Jugendliche rechtsradikal organisiert haben. Teilnehmerinnen wurden von jungen Männern angepöbelt; wir wurden gewarnt, abends nicht allein in das nur ca. zehn Minuten entfernte Hotel zurückzulaufen. Dort war es an einem Abend sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen.

Besonders in den Arbeitskreisen und Pausen aber gab es viele vernünftige, produktive, die Beteiligten ein wenig aufrichtende Gespräche. Lohnend waren die Begegnungen mit klugen, engagierten UFV-Frauen aus allen Teilen der Ex-DDR und mit "Wessi"-Frauen, die, von jeder Besserwisserei und Überheblichkeit weit entfernt, sich sogar gefallen ließen, daß ihnen von der Kongreßleitung zu Beginn der Veranstaltung pauschal das Wort entzogen wurde. Nur auf ausdrücklichen Wunsch der "Ossi"-Frauen haben sie dann in den Arbeitskreisen bescheiden formulierte und als sehr nützlich empfundene Beiträge zur Diskussion geleistet.

Die bei der Anreise ausgehändigten Kongreßmaterialien enthalten ein interessantes Diskussionsangebot zu den Fernzielen des UFV, das Feminismus als "Grundlage eines theoretischen Konzepts für eine humane, demokratische, gerechte und ökologische verträgliche Lebensweise" definiert. Die Verfasserinnen forderten die Beibehaltung der Runden Tische als notwendige Ergänzung der als unvollkommen bezeichneten parlamentarischen Demokratie, allerdings ohne praktische Vorschläge zu machen, wie bzw. mit welchen Verbündeten, Aktionen, Kampagnen etc. das bewerkstelligt werden sollte. Sie benannten das Dilemma, "daß wir für uns aktuelle Zielvorstellungen formulieren, ..., die, wenn sie in der von uns geforderten und gewünschten Konsequenz realisiert werden können, wiederum erhaltende Momente der Gesllschaft bilden" - eine theoretische Fragevon großer Bedeutung, die die Aufmerksamkeit der Kongreßteilnehmerinnen verdient hätte.

MdB Christina Schenks Beitrag zum Selbstverständnis des UFV zog eine m.E. sehr überzeugende Bilanz der widersprüchlichen Frauenpolitik der DDR und ihrer Ergebnisse. Unter Feminismus versteht auch Ch. Sch. Patriarchatskritik und Gesellschaftskonzept. Als Aiternativen zu den jetzt festgeschriebenen Zuständen eines "frauenpolitischen Entwicklungslandes" fordert sie Berufstätigkeit von Frauen, Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit, Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Verankerung einer Staatsverpflichtung in der Verfassung zur Realisierung der Gleichstellung von Frau und Mann. Leider wurden auch in Richtung dieser wichtigen Forderungen nur wenige konkrete Vorschläge gemacht, über die zudem nicht abgestimmt wurde. Gemeinsame praktische Schritte wurden nicht festgelegt.

Die von Eva Schäfer ausgearbeitete Zusammenfassung der Diskussionen in der vor dem Kongreß gebildeten AG Frauenfrage, Frauenbewegung, Selbstverständnis des UFV bot Lösungsansätze zur Frage einer breiteren Ausstrahlung frauenpolitischer Arbeit. Eine Zwischenüberschrift dieses Beitrags, "Differenzierung als Chance oder Spaltung als Anfang vom Ende der Frauenbewegung in der ehemaligen DDR?", könnte als Motto des Kongresses gelten. Geradezu als prophetisch erwies sich die Feststellung, daß "erst mit der Ausgrenzung ... aus Differenzierung Spaltung" wird. Zu bedenken bleibt auch der Satz, daß "die Differenzierungsebenen vielschichtiger (sind), als bisher deutlich wurde".

Der letzte schriftlich vorliegende Beitrag stammt auch aus Eva Schäfers Feder und befaßt sich mit der Arbeit der Sprecherinnen und Bürofrauen. Was darin als eine administrativ-organisatorische Frage angesehen wird, erwies sich auf dem Kongreß als das leidenschaftlich diskutierte Problem des kontroversen Verständnisses von "Zentralismus" kontra Basisdemokratie. Der Mangel an demokratischer Kommunikation zwischen Landesverbänden, Koordinierungsgremien und hauptamtlichen Bürofrauen führte schließlich auch dazu, daß diejenigen, die sich gegängelt fühlten, ihren Widerspruch ungenügend artikulierten. Die Lage der überforderten und alleingelassenen Bürofrauen blieb im Dunkeln.

Mangel an Pluralismus beruht nicht selten auf fehlender Bereitschaft Andersdenkender, auf Gleichbehandlung ihrer Standpunkte zu bestehen und sich deutlich zu artikulieren. So kamen in Leipzig nur die "Politfrauen" mit ihrem Konzept der Kopplung autonomer Projekt- mit parlamentarischer Arbeit zu Wort. Die grundsätzlich außerparlamentarisch orientierten Fraktionen, die Befürworterinnen der völligen Gruppenautonomie oder z.B. auch der politischen Konsensbildung in einem losen Dachverband eingetragener feministischer Vereine haben sich in den Kongreßmaterialien nicht geäußert. Zweifellos lag das nicht daran, daß irgendwelche finsteren (Berliner) Zentralistinnen sie daran gehindert hatten, sondern daran, daß es auch im UFV noch nicht genügend pluralistische Frauen-, d.h. menschliche Kultur gibt.

Ob und inwieweit verschiedene konstruktive Vorschläge aus den Kongreßtagen (Gründung einer UFV-Zeitung, Klärung der Befugnisse des "DDR"-Büros, des Berliner Büros und des Koordinierungsrates, der SOFI-Vorschlag einer gemeinsamen UFV-Aktion zur Erhaltung und erweiterung der Kindereinrichtungen, die Ausdehnung des UFV auf die Altbundesländer u.a.m.) verwirklicht werden können, wird von der entschiedenen Verbesserung der Kommunikationsstruktur des Verbandes und vom Funktionieren der Koordinierungsräte abhängen.

HANNA BEHREND

Es bleibt die Gretchenfrage: Wie bewahren wir unsere Differenziertheit und verhindern Ausgrenzung, wie erhalten wir Basisdemokratie und entwickeln effiziente Organisationsmethoden und, last but not least, wir vereinbaren wir Pluralität mit politischer Massenwirksamkeit? Denn darin waren wir uns einig: Was wir als UFV tun, macht nur Sinn, wenn es dazu beiträgt, daß Massen von Frauen in Deutschland ihre eigenen Interessen erkennen und sich dafür politisch engagieren.

15

aus: Ypsilon (Ostberlin) Nr. 5/1991, S. 15

münster's schamlose frauenzeitung

Frühling 1992

DM 4,-

Frauen sind spitze!

"Frauen sind spitze", Frauen können alles und viel besser als Männer - auch "rückwärts und auf Stöckelschuhen"(1) Frauen machen Kariere, Frauen wollen Macht.
"Mächtige" Frauen sind voll im Trend, den Eindruck gewinnt frau zumindest, wenn sie sich etwa die Flut von Büchern zum Thema "Frau und Karriere" anschaut. Diese Bücher stellen uns Frauen vor, die's "geschafft" haben und präsentieren uns Strategien gegen die weibliche "Selbstbehinderung" auf dem Weg zur Macht. Public-Relation-Veranstaltungen wie die Düsseldorfer Frauenmesse ("Top 91 - Frauen sind spitze") werden aus dem Boden gestampft, um uns - und natürlich auch dem Männern - zu zeigen, wohin die Reise gehen soll: ins Establishment nämlich und als Fernziel auf den ChefInnen-sessel...
Überwunden scheinen die frauenbewegten Lila-Latzhosen-Zeiten, in denen frau aus gebührendem Abstand die zerstörerischen Folgen männlicher Machtgeilheit kritisierte und ihresgleichen für den besseren Menschen hielt. "Emma" fordert ihre Leserinnen auf, sich endlich von der "Unschuld" der Machtlosigkeit zu emanzipieren(2), und das "TAZ-Spezial" zu Frauen und Karriere(vom 21.6.91) reduziert seine Kritik darauf, daß Frauen "nur" aufgrund ihrer "typisch weiblichen" Qualitäten in Führungspositionen eingesetzt werden.
Es kann nicht darum gehen, das weibliche Streben nach Macht(im Beruf, in der Politik etc.) pauschal zu verurteilen: Zu lange hielt mann uns fern von den Schalthebeln der Macht und nahm uns damit jede Möglichkeit, gesellschaftliche und politische Prozesse, die uns alle betreffen, zu beeinflussen. Für unsere persönliche Lebensgestaltung fehlten uns echte Wahlmöglichkeiten jenseits von Ehe und Mutterschaft. Daß sich dies für einige von uns - längst nicht für die breite Masse der Frauen - geändert hat, ist gut so. Bei allem durchaus legitimen Machtstreben sollten wir aber nicht aufhören, kritisch zu fragen, welche Art von Macht wir anstreben, welche gesellschaftspolitischen Auswirkungen die Macht hat. Wir dürfen uns nicht mit bloßer Anpassung an (männliche) Machtstrukturen begnügen. Utopien sind zwar out und im praktischen Alltagsleben eher lästig, aber unsere Träume von einer herrschaftsfreien Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt leben, sind es immer noch wert, verwirklicht zu werden.
Ich möchte hier noch einige grundsätzliche, eher theoretische Überlwgungen zum Thema "Frau und MACHT anstellen. Sie mögen etwas abgehoben erscheinen, aber der derzeitige Umgang mit dem Thema ist mir zu pragmatisch. Feministische Grundsatzdiskussionen über die Macht finden nicht (mehr) statt. Alles dreht sich nur noch um die Frage, wie wir Macht im patriachalen, von Männern definierten Sinne erhalten können, nicht mehr darum, ob diese Macht überhaupt erstrebenswert ist und welchen Preis sie hat.

In ihrem Buch"Jenseits der Macht. Frauen, Männer und Moral" hat Marilyn French sich mit patriachalen Machtstrukturen auseinandergesetzt und versucht, Alternativen zur heutigen, männerdominierten Gesellschaftsverfassung aufzuzeigen. Einige dieser Thesen zur Macht möchte ich im folgenden darlegen und zur Diskussion stellen.(3)
Macht ist ein ambivalenter Begriff. Im positiven Sinn hat Macht etwas mit Selbstbestimmung, Kraft und Freiheit zu tun. Das Streben nach freier Entfaltung aller unserer Fähigkeiten, unserer Persönlichkeit ist eine Grundvoraussetzung für "positive" Machtausübung ,d.h. für eine konstruktive, vielleicht verändernde Einflußnahme auf unsere Umwelt.Diese Art von Macht kann auf Dominanz(aufgrund von Intelligenz, Persönlichkeitsstärke oder anderer Eigenschaften) gegründet sein, sie ist aber nur funktional; sie wird eingesetzt zum Zweck der Selbstbestimmung.
Macht um der Macht wille dagegen ist "negativ". Sie hat keinen Zweck außer sich selbst und zielt auf Hierarchie, Gewalt und Unterdrückung ab. Macht in diesem Sinn ist die Wurzel des Patriachats und sein höchster Wertmaßstab. Sie ist gleichbedeutend mit Herrschaft und wird eingesetzt, um den Willen anderer einzuschränken oder zu brechen. Die hierarchische Macht wird von Männern ausgeübt; sie ist institutionalisiert und drückt sich aus in politischer Herrschaft, ökonomischer Verfügungsgewalt, bewaffneter Macht o.ä.

Im Patriachat sind Frauen von der öffentlichen Macht ausgeschlossen(Ausnahmen bestätigen die Regel). Weibliche Macht beschränkt sich auf den privaten Bereich. Frauen können mächtig sein im persönlichen Bereich, in ihren Beziehungen und Familien, im Freundeskreis.
Es ist wichtig, daß wir auch in den Männerdomänen Macht entfalten können, um nicht untätig ansehen zu müssen, wie die Männer alles falsch machen und uns und diesen Planeten in den Ruin stürzen. Außerdem streben wir Erfolg und Macht im Beruf und anderswo an, weil unsere Arbeit in dem uns zugewiesenen häuslichen Reproduktionsbereich gering geschätzt wird, obwohl sie gesellschaftlich notwendig ist - was frau von vielen männlichen Tätigkeiten nicht behaupten kann.
Der Preis, der für die Teilhabe an der hierarchischen Macht gezahlt wird, ist hoch. Ein Blick auf die grauen Herren in der Chefetage genügt: Magengeschwüre und andere "Managerkrankheiten" sind nur die Spitze des Eisbergs. Reichtum und Macht müssen in jedem Fall mit Verlust von Sensibilität und Lebendigkeit erkauft werden. Anpassung und Selbstkontrolle sind unabdinglich, eigenständiges Denken und persönlicher Selbstausdruck unerwünscht. Die Frage, die frau sich stellt, ist also: will sie in den von Männern dominierten hierarchischen Machtapparat eintreten und sich bemühen, nach "oben" zu kommen? Oder will sie lieber versuchen, jenseits der Macht, in mehr oder weniger machtfreien Nischen zu überleben, in denen sie aber die Nachteile der Machtlosigkeit in Kauf nehmen muß?
Für Feministinnen wird diese Frage zu einem wahrhaften Dilemma, denn das eigentliche Ziel des Feminismus geht weit darüber hinaus, nur männliche Privilegien für Frauen zu erkämpfen. Ziel ist, die Gesellschaft zu verändern und dabei bisher als „weiblich" verachtete Werte wie Liebe, Emotionalität und Wohlbefinden zum Maßstab gesellschaftlichen Handelns zu machen. Die feministische Revolution gegen das Patriachat beginnt auf der persönlichen Ebene, bei den Beziehungen zu anderen Menschen, sie kann aber da nicht halt machen. Denn um patriachale Strukturen zu zerstören, kann frau nur schwer auf patriachale Machtmittel verzichten. Machtabstinenz kann auf Ohnmacht hinauslaufen. Teilhabe an der Macht, gibnt uns zwar die Macht, das "System" zu verändern, die Gefahr, daß das "System" uns korrumpiert, ist aber groß. Es gibt kein Patentrezept dafür, auf dieser Gradwanderung zu bestehen. Jede muß für sich und im Austausch mit anderen immer wieder neu entscheiden, wie weit sie gehen will.
Als Maxime kann uns jedoch zumindest gelten, die Macht als höchsten menschlichen Wert zu entthronen. Sie stellt keinen Wert an sich dar, sondern sollte nur zweckorientiert eingesetzt werden. Der Zweck ist ein lustbetontes Leben. Lust bedeutet Wohlbefinden im Hier und Jetzt, Harmonie, Gemeinsamkeit, Körperlichkeit.
Dies anzustreben, ist der sicherste Weg, vom Machtstreben wegzukommen. In diesem Sinne ist Lust der Grundstein für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne unterdrückerische Macht. Der Weg zu einem lustbetonten Leben ist gleichzeitig schon das Ziel:

"Es gibt kein Endziel, es gibt nur den Versuch, ein erfülltes Leben zu leben, das zu sein, was wir sein wollen, und vor allem, lustbetont zu leben. Wir haben die Wahl zwischen einem absolvierten und einem gelebten Leben, Zwischen Fragmentierung und Ganzheitlichkeit. Wir haben die Wahl, wie Generationen vor uns Bitterkeit, Opfer und Angst zu unserem Vermächtnis zu machen, oder - auch wenn dies alles sein sollte - der Welt die Erinnerung an unser mit Lust gelebtes Leben zurückzulassen..."(4)

...Na, noch Lust auf Macht?

Helene Albers

Fußnoten:

(1) So der Titel eines Buches von Cheryl Benard und Edit Schlaffer(Erschienen bei Kiepenheuer & Witsch).
(2) Z.B. in dem Artikel von Regula Venske:"Unschuldige Karriere. Warum nur ist es Frauen so peinlich, Erfolg zu haben?" In: Emma, Nr.7, Juli 1991, S.24.
(3) Die deutsche Ausgabe ist im Rowohlt-Verlag erschienen. Reinbek 1985.
(4) Marilyn French, S. 874.

Ypsilon 4/1990. Titelgestaltung: Daniela Haufe. Frau auf dem Titel: Gret Palucca

Die Ökologie- und Friedensbewegung

Mitte der 70er Jahre bildete sich die Ökologiebewegung heraus. Sie entstand, weil Elektrizitätskonzerne, Bund und Länder beschlossen hatten, Atomkraftwerke (AKW's) zur Stromproduktion zu bauen. Die geplanten Standorte der AKW's lagen zumeist fernab der städtischen Ballungsgebiete. Durch die Auseinandersetzungen um Baugenehmigungen und Sicherheitsfragen wurden kleine Ortschaften wie Whyl, Brokdorf oder Grohnde bekannt. In NRW waren es Hamm-Uentrop und Kalkar.

Zwar gab es in der Alternativbewegung in den 70er Jahren den Trend, auf's Land zu ziehen, um dort in überschaubaren Rahmen und fernab von Großstadt-Hektik und -Streß selbstbestimmter und gesünder zu leben. Doch eigentlich war die Polit-Szene städtisch und Schulen, Jugendzentren, Unis, Stadtteile oder Betriebe waren die Arbeitsfelder. Durch die AKW's rückten nun die Lebensgrundlagen ins Blickfeld, und es gab plötzlich Gemeinsamkeiten mit Menschen, die in der Nähe der AKW-Standorte lebten. Ungewohnte Bilder tauchten auf: auf Demonstrationen trafen sich die Mitglieder von lokalen Bürgerinitiativen mit linken und alternativen Gruppen, Bauern schlossen sich mit Traktoren an, Bauplatzbesetzer wurden von der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Wasser versorgt. Zu Demonstrationen in kleinen Dörfern erschienen Zehntausende von Menschen. Und es gab Auseinandersetzungen mit der Polizei, die bei Räumungen und Demonstrationen oft nicht zimperlich war.

Neben diesem Protest auf der Straße entstanden Umweltzentren und Öko-Institute, man beschäftigte sich mit technologischen Problemen der Atomenergie, mit End- und Zwischenlagern, aber auch mit Luft- und Wasserverschmutzung, mit Giften in der Nahrung und im Boden, dem Ozonabbau, dem Raubbau an der Natur etc. Bioläden boten biologisch-dynamische Lebensmittel an, Landwirtschaftsbetriebe stellten ihre Produktion um, ein weites Feld für selbstverwaltete Betriebe im Umweltschutzbereich tat sich auf.

Als ein Block des Atomkraftwerks von Tschernobyl 1986 in die Luft flog, war das geschehen, was die Ökologiebewegung immer befürchtet hatte. In dieser Situation blieb ihr nur, aufzuklären über die Auswirkungen dieser Katastrophe. Sie veröffentlichte schneller und umfangreicher als die Bundesregierung Tabellen, in denen die radioaktive Verseuchung von Nahrung, Boden und Luft dokumentiert wurde.

Die Grünen hatten vor dem Hintergrund der Ökologiebewegung der 70er Jahre die Chance, sich als "parlamentarischer Flügel" dieser Bewegung zu etablieren. Rudi Dutschke, der an den Grundsatz- und Gründungsdebatten dieser Partei noch beteiligt war, sprach von der Notwendigkeit eines "parlamentarischen Spielbeins" der Bewegung; Standbein müsse aber die außerparlamentarische Arbeit bleiben. Doch die Ökologie- und Anti-AKW-Aktivisten standen der Grünen Partei skeptisch gegenüber: Sie glaubten nicht an die Möglichkeit, auf parlamentarischem Weg Erfolge zu erzielen.

Natürlich waren die meisten, die die zivile Nutzung der Atomenergie ablehnten, erst recht gegen den militärischen Einsatz. So ist es klar, daß sie sich auch als Teil der Friedensbewegung, die gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik auf die Straße ging, verstand. Auch in diesem Zusammenhang gab es riesige Demonstrationen, an denen auch Politiker aus den etablierten Parteien, Wissenschaftler, Schriftsteller, Theologen, Ärzte etc. teilnahmen.

In der Friedensbewegung gingen bald die Meinungen über Strategie und Perspektiven auseinander: Während die einen auf Großdemonstrationen und Lichterketten sowie auf Widersprüche in den politischen Parteien setzten, ging den andern das nicht weit genug: Sie sahen die Gefahr, daß sich "Friedensstrategen der herrschenden Parteien" an die Spitze der Bewegung setzen könnten. Die Debatte darüber, ob man primär gegen die amerikanischen Raketen in Deutschland-West oder genauso gegen die russischen Raketen in Deutschland-Ost kämpfen müsse, erübrigte sich, als 1989 die Grenzen zwischen West und Ost fielen und bald darauf die UdSSR nicht mehr existierte.

Im folgenden bringen wir einige Dokumente aus den Anfängen der Anti-AKW- und Umweltbewegung und zur Gründung und Problematik der Grünen Partei. Exemplarisch für den Kampf der Anti-AKW-Bewegung wird an die Besetzung und Räumung des Bohrloches 1004, besser bekannt unter dem Namen "Republik Freies Wendland", erinnert; hier spielte auch die Diskussion um gewaltfreien Widerstand eine große Rolle. Abschließend Dokumente aus der Friedensbewegung, zu Tschernobyl und zur Debatte um selbstverwaltete Betriebe.

Gemeinsamer Aufruf zur DEMONSTRATION KALKAR 24.9.

Mit den großen Demonstrationen in Wyhl, Brokdorf und Grohnde wurde eine breite Protestbewegung geschaffen gegen die mörderischen Atomanlagen.
Immer deutlicher wurde dabei, daß alle Beteuerungen der Atomkraftbetreiber und der Regierung, sie würden alle Sicherheitsmaßnahmen für die Bevölkerung berücksichtigen, nicht wahr sind. Besonders deutlich wurde mit dem sogenannten »Bürgerdialog« der Bundesregierung, daß viel erzählt wurde, aber nicht im geringsten die ernsthaften Bedenken der Bevölkerung anerkannt wurden. Nach wie vor sind die Atomkraftwerke weder sicher, noch schaffen sie Arbeitsplätze, sondern sie gefährden unser Leben. Für den Profit der AKW-Betreiber wird das Leben hunderttausender Menschen riskiert.
Damit kann niemand einverstanden sein, deshalb muß das Atomenergieprogramm vom Tisch.
Der Schnelle Brüter in Kalkar ist eine besondere Gefahr. Er arbeitet auf der Grundlage von Plutonium, dem gefährlichsten Gift, das wir kennen. Schon beim »Normalbetrieb« werden erhebliche Mengen von Radioaktivität freigesetzt. Mit Plutonium werden Atombomben gebaut. Die Auswirkungen eines großen Unfalls im SNR300 (Schneller Brüter) sind gleichzusetzen mit denen einer Atombombenexplosion. Schnelle Brüter übertreffen die Risiken aller anderen AKW's.
Die im Bundestag geführte Scheindebatte soll nur unseren Widerstand lähmen. Dies hat nocheinmal deutlich gezeigt, daß wir nur gestützt auf unsere eigenen Kräfte einen wirklichen Beitrag zur Verhinderung des Schnellen Brüter's leisten können, deshalb unterstützen wir die Klage gegen den Schellen Brüter, die ein Landwirt gestellt hat. Rechtsanwälte aus Wyhl führen den Prozeß.
Gemeinsam mit den niederländischen Atomkraftgegnern wird am 24.9.1977 eine breite Demonstration stattfinden. Dabei ist es heute dringender denn je, das Recht, am Bauplatz zu demonstrieren, zu verteidigen. Die Versuche, das Demonstrationsrecht durch massive staatliche Einschüchterung zu beschneiden, weisen wir zurück und rufen alle Gegner des Atomprogramms auf, mit uns am Bauplatz des Schnellen Brüters zu demonstrieren.
Wir halten Bauplatzbesetzungen, wie in Wyhl, Brokdorf und Grohnde für berechtigte Kampfaktionen. Wir halten eine Bauplatzbesetzung in Kalkar am 24.9.1977 jedoch für nicht durchführbar. Eine spätere Besetzung wird hierdurch nicht ausgeschlossen.
Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei. Wir wollen den SNR 300 verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung den Brüter bauen wollen.
Wir fordern:

- Abzug der Polizei
- £schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei
- ungehinderter Zugang zum Demogelände am Bauplatz
- Ungehinderte An- und Abfahrt aller Demoteilnehmer, bes. freier Grenzübertritt für die Holländer
- wir bestehen auf unserem Recht, auf dem Demogelände am Bauplatz zu demonstrieren

KEIN AKW AM NIEDERRHEIN UND AUCH NICHT ANDERSWO
WEG MIT DEM SCHNELLEN BRÜTER IN KALKAR
SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER BAUMASSNAHMEN
WEG MIT DEM ATOMENERGIEPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG
KEINE URANANREICHERUNGSANLAGEN,WAA,ATOMMÜLLDEPONIEN
KEIN EXPORT VON ATOMANLAGEN
KEINE KRIMINALISIERUNG VON AKW-GEGNERN
EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGS- UND STRAFVERFAHREN
UNTERSTÜTZT DEN PROZESS GEGEN DEN SCHNELLEN BRÜTER

Unabhängig von den parteipolitischen Auffassungen rufen wir alle AKW- Gegner auf, einheitlich in Kalkar zu demonstrieren und die Spaltung zu überwinden.
Eine große Massendemonstration wird zeigen müssen, daß die deutsche und niederländische Bevölkerung den Bau vom Schnellen Brüter absolut ablehnt. Nach Wyhl, Brokdorf, Grohnde wollen wir einen neuen Höhepunkt im Kampf gegen das Atomprogramm schaffen.

WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Interessengemeinschaft gegen Radioaktive Verseuchung (Kalkar) , Bürgeraktion »Stop Kalkar« (Moers), NBA - Vorstand, BI - Duisburg, Bi - Leverkusen, BI - Stop Kalkar (vier Ortsgruppen), BI - Hagen, BI - KKW-Köln, BI - Niederrhein - Krefeld, Umweltschutzgruppe Aachen, BI - Mühlheim/Ruhr, BI - G'kirchen, Büro für Atomenergieprobleme Bochum, AKW - NEE - Gruppen Aachen, 34 Initiativen der Landeskonferenz NRW, AUD.
LANDELIJK ENERGIE KOMITEE (Dachverband gegen Atomenergie i. d. Niederlanden) ,Stroomgroop »Stop Kernenergie Niemwegen«

Spendenkonto Volksbank Kleve/Kellen Nr 700032 (Stop Kalkar)

3

zitiert nach: radikal Nr. 25/1977, S. 3

Münsters
Grünes Blatt

MAI 78 BERICHTE AUS DEM ARBEITSKREIS UMWELT Nr 6 70 Pfg

Rieselfeld bleibt Rieselfeld

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Waltrop schickte uns folgenden Artikel:

Am Rand des Ruhrgebietes, in den Rieselfeldern, plant die VEW eines der größten Energiezentren der Welt. Es soll mitten in einem (jetzt noch) landwirtschaftlich intensiv bearbeitetem Gebiet entstehen. Doch der Widerstand der Bevölkerung hat schon begonnen.....

Zwischen den Städten Datteln, Waltrop und Bork, am nordöstlichen Rand des Ruhrgebietes, liegen die Rieselfelder, ein intensiv landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Auf einer Fläche von ca. 600 ha werden hier 30 000 t Gemüse jährlich geerntet, das sind etwa 10 % der Produktion des Landes NRW. Weitere 1 000 ha dieses Gebietes bestehen aus Weiden und forstwirtschaftlichem Gelände. Als Naherholungsgebiet sowie als Frischluftschneise für den stark belasteten Dortmunder Raum erfüllen die Rieselfelder eine lebensnotwendige Funktion.

Hier planen die VEW eines der größten Energiezentren der Welt; über 6 000 MW elektrischer Gesamtleistung sollen hier einmal produziert werden, über 50 % davon aus Atomkraftwerken.

Den ersten Schritt zur Realisierung dieses Projektes vollzogen die VEW bereits im Herbst 1977. Sie stellten beim Gewerbeaufsichtsamt in Recklinghausen den Antrag auf Vorbescheid für die Errichtung zweier Kohlekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 1 500 MW. Der Plan der VEW ist sonnenklar: hat sie sich erstmal mit "nur" zwei Kohlekraftwerken in den Rieselfeldern eingenistet, wird es ihr nicht schwer fallen, auch den anderen Teil ihres Vorhabens, nämlich die Atomkraftwerke, zu verwirklichen.

Durch den energischen Widerstand der Bevölkerung verzögerten sich die Kraftwerksplanungen erheblich; mit ihrem Antrag auf zunächst zwei Kohlekraftwerke zeigen die VEW jedoch, daß sie ihre Planungen dennoch zügig vorantreiben wollen. Dieses war für die Bürgerinitiative Umweltschutz Waltrop Grund genug, ihre bisherigen Aktivitäten auszuweiten. Mitglieder der BI besuchten die betroffenen Bauern. Aufgrund der dabei geführten Gespräche kam es zu einer Aktionsgemeinschaft, die sich in verschiedenen gemeinsamen Versammlungen noch enger zusammenschloß.

Hatten die VEW bisher mehr im "Verborgenen" gearbeitet, fühlten sie sich nun gezwungen, ihrerseits an die Öffentlichkeit zu gehen. Durch eine "Ausstellung" mit verschiedenen hübschen "Modellchen" und der Beredsamkeit ihrer Propagandisten aus der Werbeabteilung hofften sie, die Waltroper Bevölkerung von der "Harmlosigkeit" und vom "Nutzen" ihrer Superkraftwerke zu überzeugen. Doch es kamm wieder einmal ganz anders

Was war passiert? Die BUW und die mit ihr zusammenarbeitenden Bauern entschlossen sich zu einer Gegenaktion. Als anläßlich der Eröffnung am 15. Februar in der Stadthalle die Sektkorken knallten, sich die Stadtratsmitglieder und die VEW–Manager am kalten Büffet labten, knatterten draußen 50 Trecker vorbei. Sie waren zu diesem Anlaß zu einer "Stadtrundfahrt" angetreten. Fast jeder Waltroper Rieselfeldbauer hatte sich diesem Treckerkorso angeschlossen, um mit montierten Plakaten und Transparenten den Waltropern zu zeigen, was für ihre Zukunft zu erwarten ist, falls die VEW in den Rieselfeldern Fuß fassen sollten. Plakataufschriften wie: "Gemüse und Weizen will die VEW verheizen", "VEW raus aus den Rieselfeldern", "Die Luft gehört uns allen", "Hände weg vom Rieselfeld" oder "Waltroper wehrt euch" fanden bei den zahlreichen Zuschauern großen Anklang. Die BUW begleitete diesen Zug und verteilte über tausend Flugblätter, die bei der Bevölkerung gut ankamen.

radikal
Nr. 46
13.10.-26.10.78
Preis: 1.- DM
Wer will & kann: 1.50
SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR WESTBERLIN

Gründungsveranstaltung

Nach fast zweimonatiger Sommerpause fand am letzten Donnerstag in der »Neuen Welt« der Gründungskongreß der Alternativen Liste für die Abgeordnetenhauswahlen im März 79 statt. Mehr als 3000 hatten sich versammelt, um eine Gründungserklärung zu beschließen, die der vor den Ferien gewählte provisorische Wahlausschuß und die einzelnen Bereichstreffen erarbeitet hatten.

Wer miterlebt hatte wie diese Arbeit hinter den Kulissen im letzten Monat ausgesehen hatte, kam mit durchaus gemischten Gefühlen; denn dort hatte es sich weniger um inhaltliche Formulierungen der Erklärung und die Planung der weiteren Arbeit gedreht, als vielmehr um die Frage: *Soll die KPD mitmachen oder nicht, oder wie?*
Das befürchtete innerlinke Hick-Hack um grundsätzliche ideologische Positionen der Weltpolitik hatte um diese Frage genauso getobt, wie die v.a. in den Medien gepflegte Gretchenfrage, ob die Bürgerinitiativen sich von »den Roten« würden funktionalisieren lassen. Im Wahlausschuß hatten sich Fraktionen und (z.T. groteske) Allianzen gebildet, Mißtrauen und Geheimtreffen, U-Boote und Spalter gab es und auch die Aussenpolitik der VR China durfte da nicht fehlen.

Trotz alledem konnte ein mehrheitlich gebilligter Gründungsvorschlag vorgelegt werden. Die Diskussion um dessen Wortlaut verlief denn auch wenig kontrovers, einzelne Zusätze und Änderungen wurden abgestimmt, ohne daß allerdings allen klar war,wie detailliert bzw. wie allgemein diese erste Willenserklärung ausfallen sollte. So waren die meisten Versammelten bei detaillierten Vorschlägen einzelner Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen einfach überfordert.
Eine Ausnahme bildete der politisch klare Antrag des Bereichs »Schwule« , der sich dagegen wehrte, die Schwulen lediglich als zu beschützende diskriminierte Minderheit zu behandeln und stattdessen offensiv eine reale Gleichberechtigung der Homosexuellen und der Heterosexuellen z.B. im Sexualkundeunterricht forderte. Er wurde mit knapper verklemmter Mehrheit abgelehnt.

Die eigentliche Auseinandersetzung begann mit einem »Zusatzantrag« von Gerd Schneider (BI-Britz), der beinhaltete, daß sich die Alternative Liste (AL) gleichermaßen von sämtlichen Parteien: CDU, SPD,FDP ebenso wie SEW, KBW und ... KPD abgrenzt. Das erklärte Ziel dieser Formulierung war es, den Mitgliedern der KPD »von ihrem eigenen Selbstverständnis her« eine weitere Mitarbeit in der AL unmöglich zu machen. Diese Stoßrichtung wurde auch von Otto Schily und Vertretern des »Langen Marsch« unterstützt. Der KB »beschränkte« sich darauf, die KPD als Atomkraftwerksbefürworter und rechts von der CDU stehende Kalte Krieger zu bezeichnen. Walter Grunwald von der WUB-Zehlendorf erklärte gleich kathegorisch »die« Bürgerinitiativen hätten mit einem derartigen innerlinken Verein, als die sich ihm die Liste darstelle, nichts gemein.

Gegen Gerd Schneiders Antrag stand ein mehrheitlich vom Wahlausschuß verabschiedeter Antrag (die »Anti-KPD-Fraktion war dieser Sitzung geschlossen ferngeblieben), der lediglich die Unabhängigkeit der AL von sämtlichen politischen Organisationen und ihre basisdemokratische Entscheidungstruktur betonte, aber auf eine ausdrückliche Nennung einzelner Parteien diplomatisch verzichtete.
Auch Roland Vogt (der als Vorsitzender des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Grunwalds BI-Alleinvertretungsanspruch erst mal zurechtrückte) konnte mit einem Formulierungskompromiß keine Einigung mehr herbeiführen. Er nannte in seinem Antrag zwar die KPD, allerdings nicht in einem Atemzug mit den bürgerlichen Parteien und ihrem Erzfeind SEW. Aber die Fronten waren schon zu hart.
Die Argumente: Mit der KPD haben wir schließlich unsere Erfahrungen gemacht, das sind und bleiben Stalinisten, die ein rein taktisches Interesse an dem Bündnis haben und es nur für ihre antihegemonistische China-Politik rekrutieren wollen, die sogar auf der Lissabonner Konferenz mit CDUlern und Faschisten gemeinsame Sache macht und das Atomgeschäft der BRD mit Brasilien befürwortet. Wir machen uns unglaubwürdig, wenn die KPD in der AL mitarbeitet.
Dagegen: Es kann, als Einzelmitglied, prinzipiell jeder in der AL mitmachen,der sich an die gemeinsame Plattform und Beschlüsse hält, der für Umweltschutz und Demokratie eintritt. Ob die KPD'ler mitmachen können wird sich in der inhaltlichen Diskussion des Programms herausstellen. Aber wir schließen niemanden von vornherein aus.

Die übergroße Mehrheit der Versammelten stimmte schließlich nach hitziger Debatte »gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse« und für den Antrag des Wahlausschusses.
Bei der abschließenden Urabstimmung über die endgültige Gründungserklärung fanden sich ganze 10 Gegenstimmen. Anwesend waren zu diesem Zeitpunkt noch über 2000 Leute: Ein eindeutiger Mehrheitskonsens.

Nach vollbrachter Gründungstat herrschte schnell allgemeine Aufbruchstimmung. So fielen die für die praktische Weiterarbeit wohl wichtigsten Tagesordnungspunkte »Organisationsstruktur« und »weitere Planung« unter den Tisch. Dabei wird sich gerade in der Organisationsstruktur zeigen, inwieweit es möglich ist, die basisdemokratische Struktur als Alternative zu sämtlichen konventionellen Parteiformen zu realisieren. Erst hier wird sich erweisen, ob die unterschiedlichen politischen Traditionen von linken Parteien einerseits und Bürgerinitiativen und Unorganisierten andererseits auf einen Nenner zu bringen sind.
Über das weitere Vorgehen ist leider wenig bekannt. Der Wahlausschuß und die Bereichstreffen finden wie bisher statt; der nächste »Parteitag« ist noch nicht angesetzt.

Atom Express

Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie

DM 1.50
Nr.17 Dez./Jan.

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Die Grünen eine Alternative? auf keinen Fall

In der Anti-AKW-Bewegung ist die erneute Diskussion um Partei-Gründung und Beteiligung der "Grünen" an den Bundestagswahlen viel zu spät begonnen worden; auch bei uns im Göttinger Arbeitskreis und in der Atom Express-Redaktion.
Dabei steht die Konstituierung der Grünen als bundesweiter Partei kurz bevor; dabei jagt ein Treffen von Programm-, Präambel- und Bündnis-Kommissionen das andere; dabei sprießen Landes-, Kreis- und Ortsverbände wie Pilze aus dem Boden; dabei haben sich Strukturen, Hierarchien und Machtpositionen schon etabliert. Kurzum: es sind Fakten und Sachzwänge geschaffen worden, ohne daß die Bürgerinitiativen sich groß dazu geäussert haben. Den Lauf der Dinge aufzuhalten, wird - selbst wenn wir wollten - nicht mehr möglich sein; wohl aber, Stellung zu nehmen und uns darüber klarzuwerden, ob wir die Grüne Partei wollen und brauchen.
Die Bürgerinitiativen waren es, die den Widerstand gegen Atomanlagen in den letzten Jahren organisiert und getragen haben, die durch Öffentlichkeitsarbeit, Klagen vor Gericht, Demonstrationen, Platzbesetzungen, den Stromzahlungsboykott, Blockaden, Veranstaltungen, kurz durch vielfältige, eigenverantwortliche und selbstbestimmte Aktionen Teilerfolge im Kampf gegen das Atomprogramm erreicht haben.

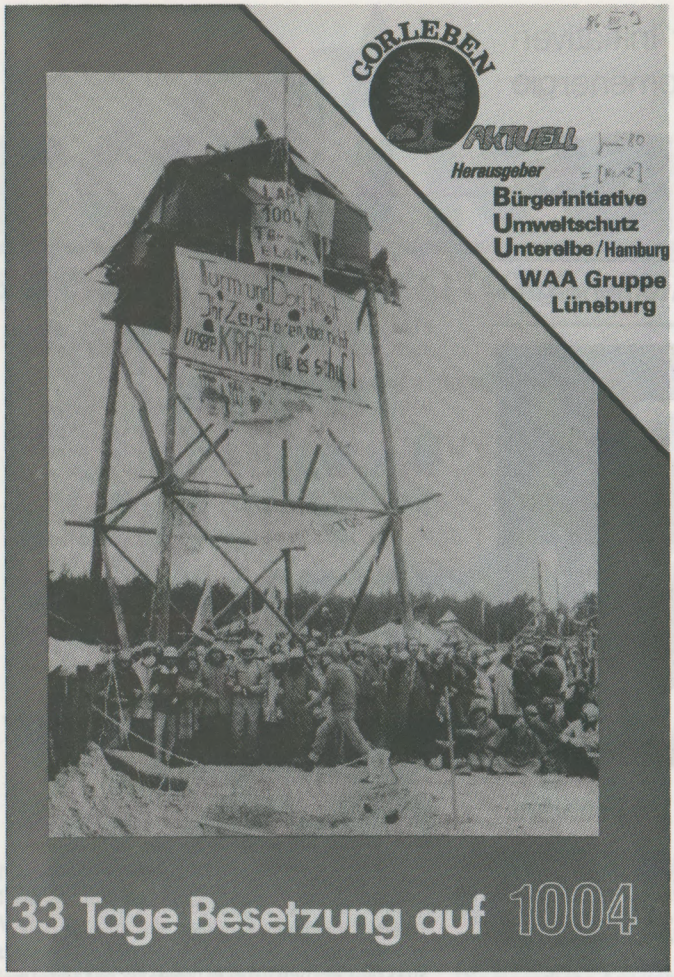
BI - Kongress im Frühjahr

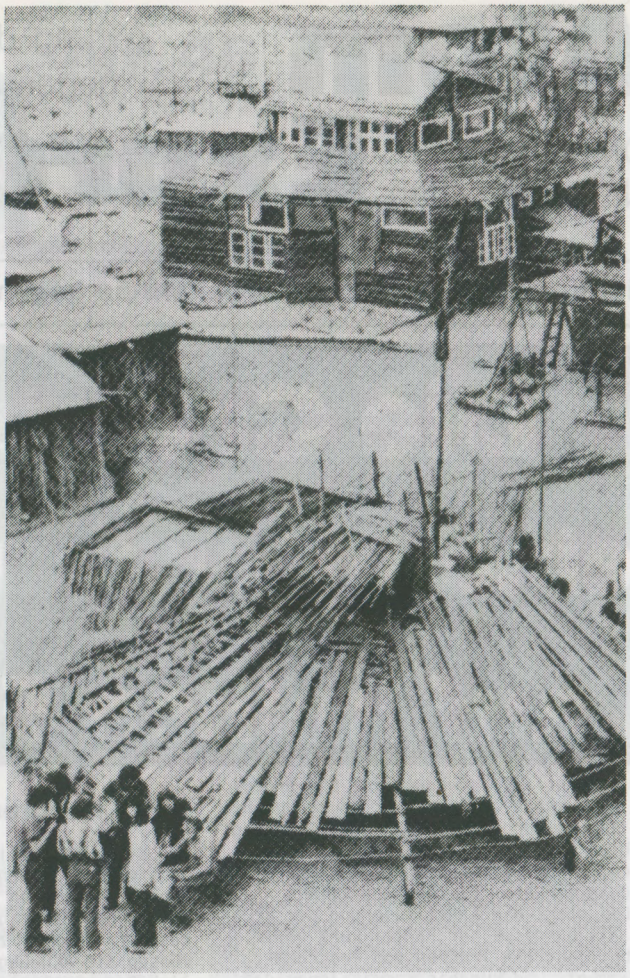
Die Bürgerinitiativen müssen entscheiden, ob sie auch in den Parlamenten vertreten werden wollen oder nicht. Unabhängig davon, daß Parteigründung und Kandidatur keinesfalls mehr zu verhindern wären, müssen die AKW-Gegner so schnell wie möglich Position(en) beziehen und diese Position(en) bekanntmachen und vertreten. Wahrscheinlich wird es in den BI´s verschiedene Meinungen zu dieser Frage geben; dennoch halten wir es für wichtig, daß diese Meinungen - so konträr sie auch sein mögen - von den BI´s auch selbst geäußert werden.

Wir schlagen deshalb vor, im kommenden Frühjahr (spätestens April/Mai) einen bundesweiten Kongreß zu organisieren, auf dem die BI´s gegen Atomanlagen ausschließlich über die Wahlen diskutieren. Das Thema wird bis dahin wohl soweit vordiskutiert sein, daß es gelingen müßte, am Ende dieser Konferenz eine gemeinsame Stellungnahme zu formulieren, in der unsere (verschiedenen ?) Positionen zu Grünen und Bundestagswahlen an die Öffentlichkeit gebracht werden können.

BUNDESKANDIDATUR DER „GRÜNEN“ (MINDESTENS) EIN SCHRITT ZURÜCK !

Die Atomindustrie selbst und ihre Vertreter in Politik, Wirtschaft und Justiz wollen die Entscheidungen über den Bau von Atomanlagen auf höchster politischer Ebene gefällt wissen. Einziges Gegenbeispiel: der Kreistag von Lüchow-Dannenberg, dem die Entscheidungsfindung über ein Zwischenlager in Gorleben anvertraut ist. Die Atomlobby weiß sehr genau, daß die Chancen zur Durchsetzung ihrer Pläne in dem Maße steigen, wie sie die Entscheidung darüber auf eine möglichst hohe politische Ebene hebt. Während sie in Gemeinderäten und zum Teil auch in Kreistagen auf erbitterten Widerstand der Bevölkerung stößt, hat sie in den Landtagen und im Bundestag kaum Schwierigkeiten zu befürchten. Je höher die politische Ebene, desto bedeutender der Einfluß von Geld, Macht, Interessenverflechtung und Korruption, desto ausgeprägter die abgehobene, menschenverachtende Einstellung der am Entscheidungsprozeß beteiligten Personen. Jeder direkte Kontakt zur betroffenen Bevölkerung geht verloren, Verantwortlichkeiten sind beliebig austauschbar und die Macht wird völlig unkontrollierbar, weil die Kontrollinstanzen selbst an der Macht beteiligt sind.
Die Grünen sagen, gerade weil diese Entscheidungen auf höchster Ebene fallen, müssen wir dort unsere Forderungen vorbringen. Ihre Forderungen vorbringen können sie dort sicherlich, nur durchsetzen werden sie sie nicht, denn in der Frage der Atomenergie sind sich Koalition und Opposition grundsätzlich einig; auch wenn es in SPD und FDP eine Reihe von Atomkraftgegnern gibt.
Die Grünen werden als demokratisches Deckmäntelchen herhalten müssen, sozusagen als Vertreter jener unbelehrbaren Bevölkerungsgruppe, die immer noch nicht begriffen hat, was für ein Segen die Atomenergie doch für die Menschheit ist. Da nun aber die Mehrheit der Bevölkerung auch bei den nächsten Wahlen die drei großen Atomparteien wählen wird, ist es nur demokratisch, daß diese mit ihrer Mehrheit das Atomprogramm auch durchsetzen. Das Wahlergebnis kann quasi zum Volksentscheid für AKW´s umgedeutet werden.
AKW-Gegner im Bundestag werden kaum eine andere Rolle spielen, eine andere Funktion haben können, als es bisher Umweltschützer in den großen Parteien auch getan haben. Sie sollen die Bevölkerung beruhigen, ihr das Gefühl geben, daß es auch unter unseren höchsten Volksvertretern einige, wenn auch leider wenige, gibt, denen die Belange des Umweltschutzes sehr ans Herz gewachsen sind.
Immer dann jedoch, wenn die Situation draußen auf dem Lande, vor Ort, sich zuspitzt, werden diese Umweltschützer in das grelle Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden, um die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen. Und sie werden immer wieder klarstellen, daß Umweltschutz nur durch einen ewig dauernden Überzeugungsprozeß, dem irgendwann auch mal die übrigen Politiker erliegen werden, friedlich erreicht werden kann.
Wenn es tatsächlich wieder zu Massenaktionen wie Platzbesetzungen kommt - immerhin sind diese Widerstandsformen ein Grund für unsere (Teil)Erfolge gewesen - werden es dann nicht Gruhl & Co. sein, die vor Kameras und Mikrofone gebeten werden, um "Stellung zu den Vorfällen" zu nehmen? Werden sie uns nicht "Ins Gewissen reden ", von solchen Aktionen Abstand zu nehmen?
Es ist eine folgenschwere Illusion, den Versprechungen der Grünen zu glauben, sie würden den außerparlamentarischen Kampf vom Parlament aus unterstützen. Diese Versprechungen erscheinen als ein Zugeständnis an die Situation, daß sie sonst überhaupt keine Unterstützung von den Bürgerinitiativen bekommen würden. Viele Kandidaten auf den aussichtsreichen Listenplätzen wollen ins Parlament, um dort "Politik" zu machen; einige sind in dieser Hinsicht keine unbeschriebenen Blätter.
Viele von denen, die sich durch die Wahlen an die Spitze der Bewegung setzen wollen, haben sich in der Vergangenheit an den praktischen Widerstandsaktionen der Bürgerinitiativen nicht beteiligt.
Die Strukturen, die sich die BIs im Laufe der Auseinandersetzungen selbst geschaffen haben - keine Bürokratie, direkte Demokratie, Eigenverantwortung, keine Trennung Vorstand/Basis usw. - stehen in krassem Widerspruch zu Parteihierarchien, wie sich zur Zeit bei den Grünen extrem herausbilden.Eine Kontrolle gewählter AKW-Gegner ist allenfalls auf kommunaler Ebene denkbar, nicht aber bei einer Bundestagskandidatur.





Ab 3. Mai 1980: Die "Republik Freies Wendland" wird errichtet.
(Diese und die zwei folgenden Seiten sind aus der oben abgebildeten Broschüre von Juni 1980 zusammengestellt.)

Auf zum Bohrplatz

Lange war es her seit der letzten Großdemonstration. Nun sollte es also wieder eine große gemeinsame Aktion geben, nur eben anders: die Platzbesetzung. Längerfristig war sie geplant und voraussichtlich wartete viel Arbeit auf uns. Als wir am Samstag, dem 3.5., frühmorgens in Richtung Trebel fuhren, waren für mich viele Fragen offen: würde diese „neue" Widerstandsform wohl auch so viele AKW-Gegner in den letzten Zipfel Westdeutschlands locken? Würden wir überhaupt bis nach Trebel durchkommen, oder würde der „verlängerte Arm unseres Staates" schon vor Beginn der Aktion alles vereiteln, durch Straßensperren usw.? Ich war schon erstaunt, als wir eine Stunde vor dem angekündigten Abmarsch bei den Trebeler Bauernstuben ankamen und bisher noch kein Polizei- oder BGS-Fahrzeug zu Gesicht bekommen hatten. Da unsere festgefügte Bezugsgruppe (ca. 80 Leute) überpünktlich war, trafen wir dort erst relativ kleine Gruppen von AKW-Gegnern an.

Während der nächsten zwei Stunden (der Abmarsch der Demonstration verzögerte sich um ca. eine Stunde) gab es jedoch wieder Anlaß zur Freude, da kamen sie an aus allen Richtungen, die vertrauten buntbemalten und beklebten Autos, Kolonnen von erschöpften Radlern; immer wieder freudiges Erstaunen über ganze Gruppen von Süddeutschen, die den weiten Weg nicht gescheut hatten.

Inzwischen war allgemein bekannt, daß die Polizei vorerst darauf verzichtete, den Bohrplatz vor uns zu besetzen. Als sich die Demonstration formierte und sich in Richtung Platz bewegte, wurden 5000 bis 6000 Menschen gezählt. Ich hatte ziemlich an der Spitze den noch unwirtlichen, mit Steinen, verkohltem Holz und Sandstaub bedeckten Platz erreicht und konnte es kaum fassen, diese nicht enden wollende Schlange von Menschen, die bereit war, hier gemeinsam ein friedliches Dorf aus Holz aufzubauen. Nach mehreren Reden, u.a. von den Gorleben-Frauen und einem Schauspieler der Theaterwehr Brandheide, der als alte Frau verkleidet, uns zum Jahrestag dieser wendländischen Kultstätte begrüßte, suchten sich die einzelnen Ortsgruppen recht schnell und ohne Chaos eine Ecke in dem grob geplanten Wohnbereich, und schon kurze Zeit später war das erste Hämmern und Sägen zu hören. Es war beeindruckend, was schon alles am ersten Tag, den ich dort verbrachte, aus dem Boden schoß. Ich hatte den Eindruck, als hätten viele nur darauf gewartet, ihren Protest endlich mal auf so handfeste Weise Ausdruck zu geben. Wenn Tausende eine solche Aktivität entwickeln, um politisch gehört zu werden, dann müßte das doch ernstgenommen werden.

Doch wir sollten bald erkennen, daß wir uns geirrt hatten...

4. Juni 1980: „1004" wird geräumt

- **Die Besetzer und Besucher der „Freien Republik" konnten 33 Tage lang erleben, daß es sich in Selbstverwaltung ganz hervorragend leben, arbeiten und feiern läßt. Schon frühzeitig sah sich der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff dazu veranlaßt zu warnen, daß er „gegen eine Utopisierung des Volkes Widerstand leisten werde" (dpa-Meldung vom 23.5.).**

Gemeinsame Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. und der Bewohner des Dorfes 1004

Gegen alle Propaganda von Regierungsstellen und einem Teil der Presse haben die Bewohner des Dorfes 1004 und die vielen Lüchow-Dannenberger Unterstützer ihre Gemeinsamkeit bewahrt und das Konzept des passiven Widerstands durchgehalten. Vergebens hat die Polizei nach Waffen gesucht; unsere Waffen sind unsere Argumente und unsere Phantasie.

Gewalttätigkeiten gingen ausschließlich von Polizei und BGS aus. In vielen Fällen wurden wehrlos am Boden sitzende Menschen mit Knüppeln geprügelt, einige wurden noch hinter den Polizeiketten ohne den Schutz der Öffentlichkeit krankenhausreif geschlagen. Noch immer liegen zwei der Dorfbewohner mit Kopfverletzungen in der Klinik. Der gigantische Polizeieinsatz, die totale Absperrung des Landkreises und die teilweise brutalen Übergriffe seitens der Einsatzkräfte haben überdeutlich werden lassen, was wir in einem künftigen Atomstaat zu erwarten haben.

Wir betrachten die Inbesitznahme der geplanten Bohrstelle 1004 trotz der Räumung als einen vollen Erfolg. Zwar sind nicht alle unsere Forderungen erfüllt worden, aber wir haben erreicht, daß die grundlegenden Probleme der Endlagerung von radioaktivem Müll wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht worden sind. Die Taktik der Betreiber, ihr verantwortungsloses Handeln in Gorleben ohne Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung mit einem Mantel des Schweigens zu umgeben, ist durchbrochen worden. Ohne gesicherte Endlagerung wird außerdem weiter Atommüll produziert, der noch Tausende von Jahre unzählige Generationen gefährden wird. Nur unter dem starken Druck der protestierenden Bürger waren die Verantwortlichen bisher bereit, ihre Entscheidungsgrundlagen zumindest teilweise offenzulegen und zur Diskussion zu stellen. So sind auch die Veröffentlichung der Bohrergebnisse, die Zusage des Bundesinnenministers, eine öffentliche Anhörung zu diesen Bohrergebnissen durchzuführen und die Zulassung einer Beobachtergruppe zu der bisher nichtöffentlichen Informationssitzung des Bundestagsinnenausschusses zu den Problemen der Endlagerung nur auf Grund der Platzinbesitznahme und ihrer breiten Unterstützung im Landkreis und in der ganzen Bundesrepublik zustandegekommen. Diese Zugeständnisse reichen jedoch bei weitem nicht aus, denn es geht uns nicht nur um den Gorlebener Salzstock, sondern um das Entsorgungskonzept der Bundesregierung überhaupt. Die besondere Bedeutung der Aktion sehen wir auch darin, daß wir die Voraussetzung für weiteres gemeinsames Handeln geschaffen haben. Wir werden der Atomindustrie nicht weichen, sondern unseren Widerstand gemeinsam verstärken.

Gartow, 6.6.80

gez. i.A. Wolf Römmig

Lernen, sich schlagen zu lassen?

Als Dorfbesetzerin, die sich am ‚schwarzen Mittwoch' demonstrativ ‚gewaltfrei', in ‚passivem Widerstand' hat ‚abräumen' lassen, frage ich mich immer wieder: „War das tatsächlich richtig, w i e wir uns ‚gewehrt' haben?"

Immer wieder tauchen Bilder, Situationen auf, die mir so grotesk und widersprüchlich erscheinen, daß ich Zweifel an meiner/unserer Würde bekomme:

– Wir singen Friedens-, Freundschafts-, „Heimat"-Lieder, „We shall overcome . . ." und ähnliches und – vor unseren Augen werden unsere Freunde gewürgt, geschlagen, angebrüllt, Reihe für Reihe weggezerrt, getreten! Und wir? – wir halten uns „gewaltsam" auf dem Boden, greifen nicht ein, wehren uns nicht, verteidigen nicht die anderen . . . ! Diese ‚Selbstbezwingung' kommt mir, im nachhinein, so total entgegengesetzt jeder normalen menschlichen Reaktion vor.

Und danach, auf dem ‚Internierungsgelände' – durch den Polizeilautsprecher kommt sinngemäß folgendes: „Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr besonnenes Verhalten und hoffe, daß unser weiteres gemeinsames Zusammensein hier auf dem Platz in dieser Weise weiter verläuft!" – Die Worte des Einsatzleiters trafen mich und sicher auch die meisten anderen wie ein Donnerschlag! Dank dafür, daß wir uns haben schlagen lassen, daß wir durch unsere passive Haltung die Arbeit der Polizei erleichtert haben, daß wir ihre Gewalt zugelassen haben? Dank dafür ???

In dem Moment dachte ich nur: Wir haben was falsch gemacht – der Gegner lobt uns, das spricht gegen uns!

– Die Turmbesetzer, mit die Mutigsten von uns, die so lange den Widerstand ausgehalten haben, begrüßen die durchs Dach einsteigenden BGS-Beamten mit Schokolade und Wein, klönen mit ihnen – und hinterher? – sie werden auf ihrem Abtransport nach „1003" in den BGS-Bussen bedroht, angepöbelt, zusammengeschlagen – krankenhausreif der eine, mit Verdacht auf Schädelbruch . . .

Es gibt noch viele solcher Situationen, die ich nicht begreifen kann und es auch nicht will. Ich sehe, daß in unserer Lage nichts anderes möglich war, daß die Lieder, das Zusammen- und sich Niederhalten, die ermutigenden und moralischen Durchsagen der Lautsprechergruppe (Ihr ward stark!) die Dorfkapelle, die buchstäblich bis zum letzten Paukenschlag durchgehalten hat, für uns nötig waren. Steine werfen hätte den Abriß unseres Dorfes nicht verhindert!

Aber nie, niemals darf diese Widerstandsform d i e Perspektive für uns sein. Dieses Opfer und Zugeständnis an den Staat angesichts seiner Übermacht, so begreife ich meine Haltung, ist langfristig nicht aushaltbar!

Ich weiß – die Wirkung, die unsere Haltung ausgelöst hat: Betroffenheit, Nachdenken, Wut, Erkennen, von wem die Gewalt ausgeht, Solidaritätsaktionen in ungekanntem Ausmaß über Tage hinweg, Zeitungsberichte, die die Brutalität des Polizeistaats einigermaßen realistisch dargestellt haben – Erfolge, Auswirkungen unserer passiven Haltung! Ich kann aber nur für eine Zeit, unter bestimmten Bedingungen ‚passiv' und ‚gewaltfrei' bleiben, weil ich weiß, daß wir a u f r e c h t und a k t i v kämpfen können und es in Zukunft auch wieder tun müssen. Bilder, wie folgende, machen mir Angst und Wut: Schlangen von Wasserwerfern, Bulldozern, Mannschaftswagen donnern abends durch Trebel, provozieren noch zusätzlich, indem sie mehrmals hin und her fahren, während wir auf der Wiese vor den Bauernstuben sitzen. Die meisten rennen spontan an die Straße und brüllen, schreien, treten gegen die Fahrzeuge, schlagen die Türen, blockieren die Straße in so berechtigter Wut. Jemand schmeißt eine Flasche unter einen Mannschaftswagen – was passiert? Der Typ wird von den e i g e n e n L e u t e n angebrüllt, zurück‚gehalten': „Wie kannst Du d a s jetzt noch machen! Willst Du provozieren?! Wenn j e t z t noch was passiert, schlachtet das die Presse sofort aus. Mit sowas schadest Du der ganzen Aktion!" usw.

Ein paar Glasscherben für einen platten Bullenwagenreifen sollen nicht mehr möglich sein, wo sie unser Dorf dem Erdboden gleichgemacht haben? Selbstmaßregelung bis zur Selbstaufgabe? Ich kann das Wort ‚Sitzenbleiben' nicht mehr ertragen!

Gaby/Lüneburg

Lernen, zu wissen, daß man der Stärkere ist (und bleibt)!

Da es bei den bisherigen Widerstandsaktionen gegen die Atomenergie keine konkreten Absprachen a l l e r Beteiligten über Verhalten gegenüber der Polizei gab, kam es zu unterschiedlichen Vorgehensweisen.

Bei der Bohrplatzbesetzung in Gorleben wurde zum ersten Mal in der BRD das System der Kleingruppen (Bezugsgruppen) und deren Einbringen in den Sprecherrat durchgeführt. Somit ist zumindest von der Organisation her gewährleistet, daß jeder bei der Entscheidungsfindung beteiligt sein kann.

In mühevollem Ringen miteinander während der 4 Wochen dauernden Besetzung wurde das Konzept des passiven Widerstandes erarbeitet, das im Endeffekt von Vertretern unterschiedlichster Strömungen getragen wurde. In der akuten Räumungssituation tat die Polizei das ihrige, um uns zu unkontrollierten Handlungen zu provozieren. Während wir stundenlang gemeinsam auf dem Dorfplatz ausharrten, die Polizei bürgerkriegsmäßig aufmarschierte und Hubschrauber im Tiefflug über uns hinwegflogen, fingen Bulldozer damit an, unsere in mühevoller Arbeit errichteten Hütten und Häuser dem Erdboden gleichzumachen.

Schon jetzt, und erst recht später bei der Abräumaktion der Polizei, als vor unseren Augen Mitstreiter weggeschleift und geschlagen wurden, wäre es kein Wunder gewesen, wenn einige von uns zurückgeschlagen hätten. Gerade, daß wir keine körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte angewandt haben, sondern im Bewußtsein unserer körperlichen Unterlegenheit und der Stärke unseres Zusammenhalts gehandelt haben, ist eher ermutigend als entwürdigend. Durch das Einhalten des gemeinsam abgesprochenen Vorgehens und durch die Gewißheit, moralisch im Recht zu sein, fühlten wir uns sicher.

Wir müssen allerdings zugeben, daß, wenn die Polizisten einzeln auf uns eingedroschen hätten, es uns wahrscheinlich sehr schwer gefallen wäre, in dem Moment das Bewußtsein unserer Stärke aufrechtzuerhalten. Daher war es sehr wichtig, daß man sich zumindest in unser Gruppe niemals allein ließ. Und selbst wenn einzelne sich aktiv gewehrt hätten, wäre dies für uns noch kein Grund, dieses Verhalten im allgemeinen für sinnvoll zu halten.

Diese Aktion war keine Demonstration der Schwäche gegenüber dem Staat, sondern wir haben vielmehr unseren Gegner, der bisher immer wußte, wie er zu reagieren hat, in Verlegenheit gebracht. Zudem ist auch das Mißtrauen in der Bevölkerung Lüchow-Dannenbergs gegenüber auswärtigen Atomgegnern wesentlich geringer geworden.

Auch bundesweit hat es eine ganze Welle von Solidaritäts- und Sympathiebekundungen gegeben. Der positive Einfluß dieser Aktion auf zukünftige Widerstandsaktionen ist gewiß.

Bärbel, Christine, Günter

Zur inhaltlichen Auseinandersetzung ein Diskussionsbeitrag

Bonn-Demo? Wie denn, wo denn, was denn?

Wenige Tage nach der Friedensdemonstration anläßlich des Kirchentages in Hamburg geisterte folgende Meldung durch die Presse: "Am 10.Oktober wird die bisher wohl größte Friedensdemonstration stattfinden. Es rufen auf die Aktion Sühnezeichen, die Jusos, die Grünen und der BBU".
Dann hörte man lange Zeit nichts mehr. Vor wenigen Wochen begannen nun etwas ausführlichere Informationen die Runde zu machen. Und siehe da, die Bonn-Demo steht in den wesentlichen Zügen, ohne das auch nur einmal öffentlich über Form und Inhalt diskutiert worden wäre. In nichtöffentlichen Verhandlungen wurde ein Aufruf festgelegt. Ihn unterschrieben bisher ca 600 Organisationen und Gruppen.
Als Hauptredner auf der Kundgebung wurden festgelegt:
EPPLER, RANKE-HEINEMANN, ALBERTZ, BENZ (IG-Metall-Vorstand), allersamt bekannte SPDler, weiterhin MECHTERSHEIMER (CSU) und BORM (FDP), KELLY (Grüne), RIDDER (KOFAZ, DKP-nahestehend), ein Vertreter der holländischen IHC, sowie der 'fünfhunderttausendste Wehrdienstverweigerer'.
Die Friedensstrategen der herrschenden Parteien haben sich also an die Spitze der Aktion gesetzt. Ein Antrag, auch andere Strömungen der Friedensbewegung auf der Kundgebung zu Wort kommen zu lassen, wurde von dem Vorbereitungskommitee abgelehnt. So sieht das also aus! Ein großer Teil der Friedens- Anti-Kriegsbewegung ist bisher bewußt aus der Vorbereitung herausgehalten worden, und soll, wenns nach den Veranstaltern geht, nicht organisiert in Erscheinung treten. Es ist eigentlich gar nicht zu fassen, daß sich bislang kaum jemand mit dieser Bonn-Demo auseinandergesetzt hat. Um so dringlicher ist es, dies nachzuholen. Denn wenn nicht wenigstens ein Teil der Friedensbewegung einen anderen Ton anschlägt als bisher für Bonn geplant ist, dann gute Nacht und herzlichen Glückwunsch Herr Schmidt und Mr. Reagan, um ihre Nachrüstung brauchen Sie sich dann nicht zu fürchten.

Was haben wir als AKW-Gegner damit zu tun?

Gegen einen drohenden Krieg sich zur Wehr zu setzen, das ist die Sache aller Menschen. Da brauchen keine komplizierten Verbindungen über das Atom - das friedliche und das militärische - gezogen werden. Bei einer so existenziell wichtigen Frage sollten wir versuchen, soweit es geht, gemeinsame Positionen zu entwickeln und sie umzusetzen. Die Anti-AKW-Bewegung muß den Grad ihrer Erfahrungen und ihrer relativen Organisiertheit in die Friedensbewegung einbringen. Bisher wurden Form und Inhalt von Aktionen auf Vorstandsebene von BBU, DFG/VK, Grünen und anderen Organisationen ausgekungelt und wir hatten uns nur noch mit fertigen Sachen auseinanderzusetzen. So Kann das nicht weitergehen. Wir müssen unsere eigene Trägheit überwinden und uns die Mühe machen, uns mit dem Teil der Friedensbewegung, der bisher Inhalte und Aktionen bestimmt hat, auseinanderzusetzen. Und zwar deshalb, weil es für die Sache notwendig ist, weil die Friedensbewegung erst dann eine Chance hat, wirklich etwas durchzusetzen, wenn sie der Sache auf den Kern geht.

Bundesverteidigungsminister Hans Apel:

Der Pazifismus breitet sich bedenklich aus

Gerade im Kampf gegen das Atomprogramm haben wir doch feststellen können, wie schnell wir mit Bittstellerei und Klagerufen an unsere Grenzen stoßen und wie nötig entschlossenes Vorgehen und Widerstand sind, auch wenn sie angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse nur symbolischen oder richtungsweisenden Charakter haben können. Allein mit dem verzweifelten Ruf nach Frieden auf der Welt und nach Abrüstungsverhandlungen, bei denen man sich ja immerhin klar machen muß, daß Laute wie Reagan und Haig auf der einen Seite des Tisches sitzen werden, werden wir die Politik der Herrschenden nicht durchkreuzen können.

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10.10.1981 in Bonn

Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen - Für Abrüstung und Entspannung in Europa

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauers Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.

- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

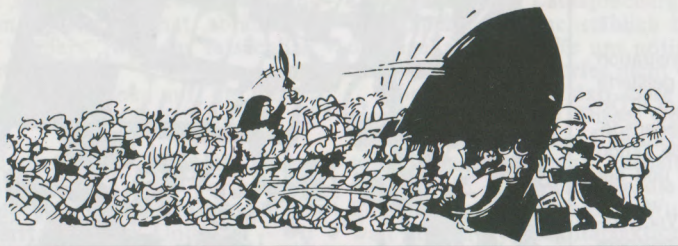
Die Kritik an dem nebenstehenden, ursprünglichen Aufruf zur Bonn-Demo könnte man in folgenden Punkten zusammenfassen.

1. Die Ursachen der Kriegsgefahr

"Ein dritter Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher", heißt es im zentralen Aufruf. Das ist natürlich grober Unfug. Denn die bloße Existenz von Waffen erzeugt noch keinen Krieg. Es stimmt zwar, daß durch die Technisierung der Waffensysteme und das Ausmaß ihres Vernichtungspotentials die Folgen von menschlichen oder technischen Fehlern katastrophal sein können, die eigentliche Gefahr geht doch aber von denjenigen aus, die über diese Waffensysteme die Verfügungsgewalt haben. Die momentane Kriegsgefahr geht von den USA aus, von der Politik, die sie betreibt, personifiziert in Reagan, Haig und Weinberger. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe sind der militärstrategische Ausdruck dieser neuen gefährlichen Politik. Unter hinter Reagan stehen die Interessen des US-Kapitals, das seine gierigen Fangarme nach jedem Flecken der Erde ausstreckt und sich dabei durch die Sowjetunion und deren Außenpolitik behindert fühlt. Der Kampf der Supermächte um die Weltherrschaft - das ist die Triebkraft für die Aufrüstung und einen möglichen Weltkrieg. Und die USA sind zur Zeit Kriegstreiber Nr.1. Sie sind aggressiv, mit der veränderten Militärstrategie für Europa, mit ihren militärischen Abenteuern in Afrika, wie jüngst in Libyen und Angola, mit ihrer Einmischung in Süd- und Mittelamerika.
Die wirklichen Ursachen der verschärften internationalen Lage einfach unter den Tisch fallen zu lassen und die Verantwortlichen nicht beim Namen zu nennen und die Waffensysteme für die Kriegsgefahr verantwortlich zu machen, mag zwar einfach und bequem sein, weil man so der Auseinandersetzung mit der DKP (über die Rolle der SU), und der SPD (über die Rolle der USA, der Nato und der BRD) aus dem Wege gehen kann. Aber zu dem Preis, falsche Inhalte zu vermitteln und damit auch Gefahr zu laufen, am politischen Gegner vorbei zu argumentieren.

RUNDBRIEF '84

STOP!
PERSHING II
CRUISE MISSILES



Koordinationsausschuß
Estermannstraße 179
5300 Bonn 1
Tel. 0228/ 67 82 31
und 0228/ 67 82 32

Die Weichen für 1984 sind gestellt!

Auch 1984 wird wieder ein Jahr der friedenspolitischen Offensive werden. Die 5. Aktionskonferenz der Friedensbewegung hat hierfür am 11./12. Februar in Köln wichtige Weichen gestellt. In einer gemeinsamen Plattform wurden Perspektiven und Aufgaben der Friedensbewegung für die kommenden Monate aufgezeigt. Mit jeweils großer Mehrheit beschloß die Konferenz die Durchführung einer großangelegten Volksbefragungs-Kampagne und eine Kampagne zur Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen.

Mit ca. 1500 Teilnehmern war die Kölner Februar-Konferenz die bislang größte ihrer Art. Schon allein diese Zahl macht deutlich, daß allen Unkenrufen und Spekulationen der Rechtspresse zum Trotz von Spaltung oder gar Resignation nicht die Rede sein kann.

Dies belegen sowohl die inhaltlichen Ergebnisse der Konferenz, wie sie in der gemeinsamen Plattform ihren Niederschlag fanden, als auch die aktionsorientierten Beschlüsse zur Volksbefragungs- und zur Verweigerungskampagne.

Alle drei Beschlüsse von Köln sind im vorliegenden ersten Rundbrief dieses Jahres dokumentiert – teilweise ergänzt durch die inzwischen vom Koordinationsausschuß vorgenommenen Konkretisierungen.

Alle Friedensinitiativen sind aufgerufen, sich an den in der Plattform vorgeschlagenen inhaltlichen Diskussionen zu beteiligen und beiden von der Aktionskonferenz beschlossenen Kampagnen durch aktive Mitarbeit zum Erfolg zu verhelfen.

Wir hoffen, mit diesem Rundbrief dazu eine sinnvolle Hilfestellung gegeben zu haben. Auf daß auch 1984 keine Ruhe einkehrt in diesem Land!

Nr. 1 März 84

PLATTFORM
VOLKSBEFRAGUNG
VERWEIGERUNG
AUFRUFE
MATERIALIEN
TERMINE
ADRESSEN
PRESSEERKLÄRUNGEN

HALBWERTZEIT

Leben mit der Katastrophe - Lernen aus der Katastrophe

REAKTORUNFALL

Mai 1986

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer steckt denn da nun wieder dahinter? Das werden Sie sich vielleicht fragen, wenn Sie die »Halbwertzeit« aufschlagen. Nein, keine Partei, nicht mal die »Grünen«, sondern eine Gruppe von Menschen, die sich nach dem Unfall von Tschernobyl spontan zusammengetan hat.
Zum Teil kannten wir uns natürlich schon vorher. Zum Beispiel deshalb, weil wir schon länger in Münster und drumherum wohnen und schon vor Jahren unsere Kritik an der Atomenergie angemeldet haben. Andere wiederum wollen jetzt, wo sie die Folgen der »friedlichen Nutzung« der Atomenergie am eigenen Leibe kennenlernen, nicht tatenlos zusehen, sondern etwas machen, und sei's auch nur eine Zeitung.
So verschieden wie die Leute sind auch die Artikel und Beiträge der »Halbwertzeit«: Wir hoffen, daß sie an einigen Stellen Ihre Überlegungen nach dem Reaktorunfall wiederfinden und mit unseren Anregungen etwas anfangen können. Manches wird Sie aufregen, weil es neu ist. Aber nach den radioaktiven »Überraschungen« der letzten Tage hat diese gedruckte Überraschung einen großen Vorteil: Sie können die »Halbwertzeit« einfach wegwerfen, wenn Sie Ihnen nicht paßt.

Brief an meine zweijährige Tochter

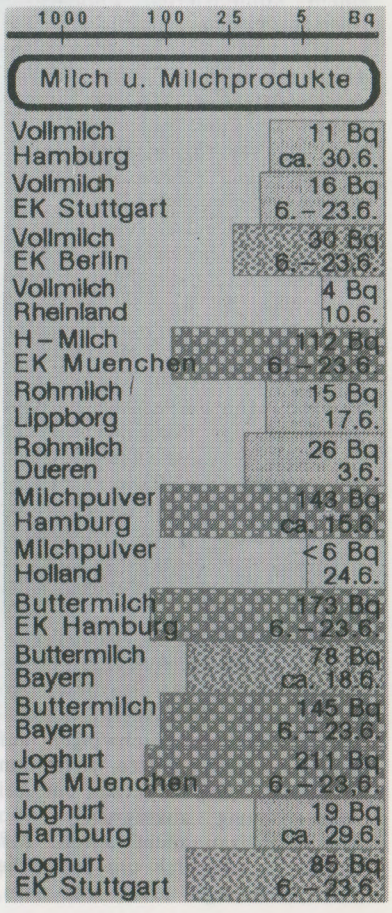
7. Mai 1986

Du kannst jetzt schon "radioaktiv" sagen, aber für Dich gibt es keinen Zusammenhang zwischen diesem Wort und der unfaßbaren Tatsache, daß Du nicht hinaus in den Frühling darfst, um im Sand zu buddeln oder auf einer Wiese zu toben und Blumen zu pflücken. Fassungslos bist Du, daß ich Dich jeden Abend unter die Dusche zerre und Dir die Haare wasche und dabei keinerlei Rücksicht auf Deinen wütenden und handgreiflichen Protest nehmen kann. Besorgt und unsicher, ob es uns etwas nutzt, machen wir all die neuen Rituale mit: Das Abstreifen der Schuhe vor der Wohnungstür, das tägliche Wechseln der Kleidung, keinen Kakao zum Frühstück und keine Quarkspeisen zum Abendbrot. Jeder kehrt vor seiner eigenen Haustür, ganz für sich allein. Die Satiriker im Radio hauen uns die Meßeinheiten um die Ohren und geben uns widersprüchliche Anweisungen, und es wird immer klarer, daß es an der geschehenen Katastrophe keinen Weg vorbei gibt. Auch wenn wir hier 2000 km von Tschernobyl entfernt sind (außerdem: "the russians love their children too!") Verkehrte Welt: es lebt derzeit gesund, wer in seinem Zimmer hocken bleibt und sich aus den Dosen ernährt. Was gestern noch frisch und gesund und voller Vitamine war, ist heute strahlend und voller Jod und Strontium. Das mühsam angeeignete Wissen um die gesunde, vollwertige Nahrung können wir vorerst getrost in den Wind schreiben. Da hat uns die technologische Entwicklung längst kalt überholt. Es ist wie bei dem Teufelchen aus der Dose, nur daß der Sprungfedermechanismus bei dieser Apparatur um 10 Jahre verzögert funktioniert. Ich denke an die nächsten Tage, in denen die Sonne scheinen wird, und wir werden nicht an den See fahren, und Du wirst keinen Löwenzahn zerpflücken und deswegen schrecklich wütend auf mich sein. Ich weiß jetzt noch nicht, ob wir in diesem Sommer Kirschen und Erdbeeren und Rhabarbar werden essen können und was ich Dir überhaupt noch guten Gewissens geben kann. Vielleicht ist es in zwei Monaten nicht mehr ungefährlicher Dich in der Badewanne schwimmen zu lassen als im Meer.
Ich schau Dich an. Ich hab Dich lieb. Im Moment mag ich nicht daran denken, was mit uns in 20 Jahren sein wird. Ich bin dann 50, aber Du erst 22. Wo bleibt denn, verdammt noch mal, unser Stück vom Glück?

S.

Orientierungswerte

Soweit wir abschätzen können, gibt es keine Grenze, unterhalb derer die Strahlung ungefährlich wäre. Für die alltägliche Praxis braucht man aber Orientierungswerte, sonst ist man handlungsunfähig. In Ermangelung anderer Kriterien schlägt die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGöF) vor, daß man sich in der Praxis an der alten (aber noch gültigen) Strahlenschutzverordnung orientiert, die Grenzwerte für die radioaktive Belastung der Bevölkerung im Normalbetrieb von Kernkraftwerken angibt. (Die Werte der Strahlenschutzkommission orientieren sich hingegen an den Grenzwerten, die für Störfälle in Kernkraftwerken gelten - man hat also klammheimlich die ganze BRD zur Störfallzone gemacht). Diese Grenzwerte betragen 30 Millirem Ganzkörperdosis beim "Standard-Erwachsenen" (dieser Wert wird durch 13600 Bq Cs-137 und 7900 Bq Cs134 pro Jahr in der Nahrung erreicht) sowie 180 Millirem Knochendosis (durch 690 Bq Strontium-90 in der Nahrung). Bei Kleinkindern ist die Leber das kritische Organ für die Caesium-Belastung, der Grenzwert von 90 mrem wird durch die Aufnahme von 3000 Bq Cs137 und 1600 Bq Cs134 erreicht. Für die Strontiumbelastung gilt auch hier die Knochendosis von 180 mrem, die bereits durch 265 Bq Sr-90 in der Nahrung erreicht wird.
Nach dem Vorschlag der AGöF sollten schwangere und stillende Frauen nicht höher belastete Lebensmittel essen als Kleinkinder. Für diese besonders gefährdeten Gruppen sollten die Hauptnahrungsmittel (Getreideprodukte, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, Milchprodukte) nicht mehr als 5 Bq Caesium und 0,5 Bq Strontium pro kg oder l enthalten. Für einzelne Nahrungsmittel, die nur in geringen Mengen verzehrt werden, können höhere Werte akzeptiert werden. Die Orientierungswerte für "normale Erwachsene" liegen entsprechend bei 25 Bq Caesium und 1,25 Bq Strontium pro kg. Also doch eine "Bequerel-Diät"?



CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung Nr. 21 / Jahrgang 3 Juni '86

Abschied vom Kollektiv-Mythos

Red. Berlin Ob bei Verhandlungen über Staatsknete, ob bei der Konstituierung von Verbänden und Verbünden, immer dann, wenn sich Selbstverwalter/innen bemühen, sich selbst zu definieren, taucht es auf: das Problem der Abgrenzung. Was ist ein selbstverwalteter Betrieb und was ist er nicht. Für die einen zeichnen sich selbstverwaltete Betriebe dadurch aus, daß sie an der Rotation festhalten, andere heben die Entlohnung hervor. Wobei die Entlohnungsfraktion sich spaltet in Einheitslohndogmatiker und Ertragslohnpropagandisten. Wieder andere setzen auf die Kapitalneutralisierung als neue Qualität der Eigentumsverfügung und als eigentliche strukturelle Innovation. Für eine andere Gruppe sind richtige Kollektive nur solche mit hehren politischen Ansprüchen und schließlich für eine letzte – hier zu nennende Gruppe – entfaltet sich wahrer Kollektivgeist nur im „zusammen-leben-und-arbeiten", im Kommunegedanken.

Anders ausgedrückt, sieht der deutsche Muster-Selbstverwaltungsbetrieb so aus: Die Arbeit wird rotierend erledigt, das Kapital ist neutralisiert, der Lohn wird nach einem komplizierten Einheits-Ertragslohn-Prinzip gezahlt. Der Betrieb ist aktiv in diversen Verbänden, Verbünden u.ä., bzw. an allen entscheidenden politischen Initiativen in der Stadt oder der Region beteiligt. Schließlich arbeitet man/frau nicht nur zusammen, sondern wohnt auch zusammen.

Doch es sei jede/r gewarnt, nach diesem Kriterienkatalog die Kollektivbetriebe in diesem unserem Land zu zählen. Es bleiben verdammt wenig übrig. Werden noch die Kriterien „ökologische Verträglichkeit" und „gesellschaftliche Nützlichkeit" ergänzt, dann dürften alle Betriebe ausgesiebt sein. Natürlich hat sich noch niemand hingestellt, die Selbstverwaltungswirtschaft so zu definieren. Wir sind uns alle einig, daß wir uns in einem Prozeß befinden, in dem sich eine Menge Selbstverwaltungsbetriebe auf ein derartiges Ziel hinbewegen.

Dennoch scheint bei vielen Vertretern der Selbstverwaltungsszene – gerade bei denen, die diese Vertretung halbprofessionell machen – der Anspruch mitzuschwingen, auf das eine oder andere Kriterium besonders stark zu setzen und bei Nichterfüllung auszugrenzen. So hört man/frau nicht selten, daß Kollektive, die sich um politische Zusammenhänge nicht kümmern, eh zu vergessen seien, oder daß bei Nichtbeachtung des Einheitslohnprinzips der Klein-Unternehmer durchschimmert.

Ich finde diese Tendenz sehr sektiererisch. Eine so kleine Gruppe wie die Selbstverwalter, kann es sich eigentlich nicht leisten, ständig ab- und auszugrenzen. Klar, es gibt gewisse Essentials, die das gleiche Entscheidungsrecht für alle Betriebsmitglieder oder den kooperativen Ansatz haben, was immer das auch sein mag. Aber es gibt immer auch eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten. Die Arbeitsorganisation, das Lohnsystem, das Informationssystem, das soziale Betriebssystem und andere Systeme sind vielfältig variierbar innerhalb eines Selbstverwaltungsunternehmens.

Ich denke, wenn wir tatsächlich im Kopf haben, so etwas, wie eine wirtschaftliche und politische Kraft zu werden, dann müssen wir uns über die kleinkrämerischen Selbstverwaltungsmaßstäbe hinwegsetzen. Zum kooperativen Unternehmenssektor gehören Belegschaftsbetriebe mit gewählter Geschäftsführung dazu, wie auch Zusammenschlüsse freiwerkelnder Handwerker, Freiberufler- und Forscherteams genauso wie vom Sozialarbeiter betreute Jugendkollektive.

Im Grund gehören alle dazu, die
- gleiche Entscheidungsrechte für alle gewähren;
- der Hierarchisierung entgegenwirken;
- die gesellschaftsspezifische Arbeitsteilung abbauen;
- keine Ausbeutung betreiben

und die das nachprüfbar tun. Ob dann die Lohnfrage nach der reinen Lehre gelöst wurde oder nicht alle in der Betriebs-WG wohnen oder vielleicht das Kapital nicht neutralisiert ist, ist dann eher zweitrangig. Auch wäre es sicherlich von Vorteil, hier und da auch mit traditionellen Kleinunternehmen zu kooperieren, so diese sich offen für oben genannte Ziele zeigen.

Das hat natürlich auch was mit Verflachung der Selbstverwaltungsidee zu tun. Mehr und mehr solcher Betriebe werden unpolitisch ihrer Arbeit nachgehen, es werden nicht nur informelle Hierarchien akzeptiert, sondern auch – in Grenzen – formale (Beispiel: gewählte Geschäftsführung bei Belegschaftsbetrieben) geduldet. Der Hauch von Avantgarde geht verloren. So mancher 68er und mancher 78er wird beim Anblick eines selbstverwalteten Betriebes der neuen Generation das kalte Grausen kriegen. Und die Gefahr, daß die Grenzen zum traditionellen Bereich nun völlig verschwimmen, wird dadurch größer.

Doch auch die hier angeführten „Minimalkriterien" sind nicht optimal. Das sinnvollste ist wohl, kleine überschaubare Netze zu bilden. Dort können eigene Kriterien entwickelt werden. Es spricht nichts dagegen, auch traditionelle Kleinbetriebe mit zu vernetzen, wenn dadurch eine innerbetriebliche Demokratisierung in diesen Betrieben eingeleitet wird. Wahrscheinlich wird auch so mancher unpolitische Betrieb im Verbund mit anderen sich viel eher an politischen Initiativen beteiligen. Damit das alles nicht total zerfasert, sollten die Netze sich wiederum zusammenschließen – meinetwegen zu einem Regionalverband –, der seinerseits bundesweit eingebunden ist. Über diese Organisationsweise haben wir die Kriteriendiskussion vom Tisch. Das entwickelt sich ganz organisch von unten nach oben, vorausgesetzt, die Autonomie der lokalen und regionalen Netze wird toleriert. Schließlich wissen die „unten" am besten, mit wem sie „netzen" wollen und mit wem nicht. Betriebe, denen die Ansprüche eines Netzes zu hoch sind, gehen zu einem anderen.

Und für uns, die selbsternannten „Szenevertreter" gilt: keine moralischen Entscheidungen zu treffen, was nun richtig selbstverwaltet ist und wahrhaft kollektiv ist. Wer für die Szene sprechen will, muß alle Ansätze akzeptieren und kann im übrigen eh nur für sich sprechen. Dies wird dann sehr schmerzlich, wenn die eigenen politischen Ansprüche sich kaum in der Realität wiederfinden. Aber die kooperative Szene ist keine Religionsgemeinschaft, in der alle auf eine gemeinsame Bibel eingeschworen werden. Wir haben ein gemeinsames Ideal – die Selbstverwaltung –, mehr nicht. Was wir damit verbinden und was wir daraus machen, muß jedem Betrieb selbst überlassen bleiben.

Das bedeutet, Abschied von der reinen Lehre, aber auch Abschied von teilweise elitären Ansprüchen, der die Chance beinhaltet, daß auch breite Bevölkerungskreise sich mit dem Selbstverwaltungsgedanken vertraut machen – und nicht nur die politisch motivierten.

Michael Makowski

Die DDR nach dem Fall der Mauer

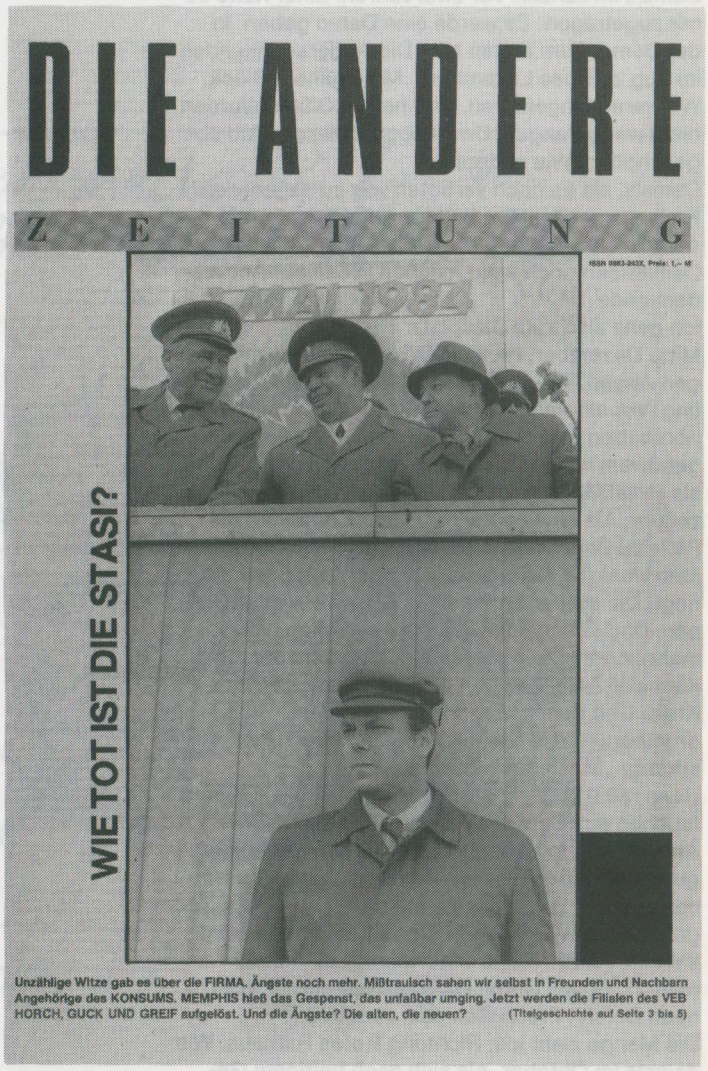
Die DDR spielte für die Westlinke seit der Studentenbewegung eine Rolle. Für die einen war sie die, wenn auch mit kleinen Mängeln behaftete, Realisierung des Sozialismus auf deutschem Boden, für die andern der Beweis dafür, daß die an der UdSSR und der KPdSU orientierte revisionistische Politik nicht zum Sozialismus führen konnte.

Bei der Wahrnehmung von Details der DDR-Wirklichkeit taten sich die Westler schwerer. Bis in die 70er Jahre war das nicht weiter verwunderlich, weil seit dem Bau der Mauer im Jahre 1961 direkte Kontakte kaum möglich waren. Doch auch als ab Anfang der 70er Jahre die Mauer ein wenig durchlässiger wurde, z.B. Ostberlin besucht werden konnte, später auch Reisen in die DDR möglich waren, nahm das Interesse nicht sonderlich zu. Zu verschieden waren die Lebensbedingungen (und damit der Erfahrungshorizont), unter denen man in den beiden Deutschländern lebte. Das änderte sich punktuell aus einzelnen Anlässen: als Robert Havemann unter Hausarrest gestellt, Wolf Biermann ausgebürgert oder Rudolf Bahro wegen einer DDR-kritischen Untersuchung verhaftet wurde, beschäftigte sich die Westlinke mit diesen "Fällen", und die antirevisionistische Linke startete Solidaritätskampagnen mit den Verfolgten und Schikanierten. Verbotene Bücher wurden als kleinformatige Raubdrucke in die DDR geschmuggelt, einzelne Kontakte zu oppositionellen Gruppen und Personen entstanden.

Dissidenten, die in den 70er und 80er Jahren zunehmend in den Westen abgeschoben wurden, konfrontierten, so gut es ging, die Westler mit den Problemen der DDR-Opposition, doch insgesamt blieben die west-östlichen Verbindungen auf sehr kleine Netze beschränkt. Auch Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion änderten an dieser Situation nur graduell etwas. So stand die Westlinke, mit Ausnahme der Berliner vielleicht, die durch ihre besondere Lage immer stärker mit der DDR konfrontiert war, genauso staunend vor der offenen Mauer wie der normale Bundesbürger.

Man lief aufeinander zu, setzte sich zusammen, besetzte Häuser, plante gemeinsame Demonstrationen und Kampagnen, doch sehr schnell zeigte sich, daß auch die links-alternativen Westler in Linkshaberei verfielen, Diskussionen dominierten, ihren Politikstil durchsetzten, nicht bereit waren, den Ostlern wirklich zuzuhören, deren Erfahrungen, die so ganz anders waren als ihre eigenen, ernsthaft in ihre Überlegungen einzubeziehen. An dieser Situation hat sich bis heute nicht viel geändert, auch wenn es positive Gegenbeispiele gibt.

Die folgenden Dokumente sollen wenigstens in Ansätzen die Um- und Aufbruchstimmung nach dem Fall der Mauer wiedergeben. Es sind z.T. sehr authentische, subjektive Prosatexte dabei, aber auch Reflexionen über die neue politische Situation, Diskussionen über die Perspektive der Bürgerbewegung etc. Einige Texte sollen zeigen, wie schnell Träume von der Wirklichkeit überrollt worden sind. Einige weitere DDR-Artikel finden sich in anderen Kapiteln dieses Buches, z.B. bei Frauen, Antifaschismus und What's left.



Damals im Oktober

Erinnerungen an die Zeit vor der Zeitung

Ich gehe zum Stellplatz.
Wie lange bin ich nicht mehr zu einem Stellplatz gegangen? Zehn Jahre? Fünfzehn?
Zwei!
Damals im Januar. Vor zwei Jahren. Einer hatte es mir zugetragen: Es werde eine Demo geben. In der Demo. Zum ersten Mal. Die Andersdenkenden im Zug zu Rosa Luxemburg. Mit eigenem Block. Wir waren hingefahren. Und hatten Glück. Wurden nicht weggefangen. Und weggeschleppt. Und abgeschoben. Wie andere...
Damals, als es noch verboten war zu sagen, daß Freiheit vor allem Freiheit für Andersdenkende bedeute... Als die anders als die Andersdenkenden Denkenden noch Jagd machen ließen auf Andersdenkende...
Ich gehe also zum Stellplatz.
Mitte Dezember. Alexanderplatz. Weltzeituhr. Gegen Abend. Wie damals. Im Oktober. Als alles anfing. Vor einem Vierteljahr. Als man es noch gehört haben mußte. Von irgendwem, der es von irgendwem wußte. Daß etwas losgehen würde. Und als es tatsächlich losging. Damals. An der Weltzeituhr. Als eine bestellte Disko sich mühte, die Pfiffe zu übertönen. Und die Sprechchöre. Der ersten wenigen Aufrechten. Da noch von Stasi umringt. Die wieder abriegeln wollte. Und wegschleppen. Und abschieben. Und die da schon nicht mehr konnte. Zum ersten Mal. Selbst in der Klemme. Zwischen den wenigen Aktivisten im Kreis. Und dem gaffenden, staunenden – Volk drumherum. Auf das der Ruf dann doch übersprang: „Stasi raus! Stasi raus!"
„Nazi raus! Nazi raus!" Der Ruf erfaßt alle. Fahnen tauchen auf. Schwarz Rot Gold. Hammer Zirkel Ährenkranz. In Händen, über Köpfen. Um Leiber gewickelt. Über Taschen gehängt. Wann gab es das zuletzt? Daß diese Fahne derart ehrlich getragen wurde? Von Jungen. Von Alten. Rocker und VVN im Verein. Keine Stasi mehr (keine Stasi mehr?). Bullen längst zu Polizisten gereift. (Der neue Befehl: Freundlich sein zum Volk!)
Die Menge zieht los. Richtung Rotes Rathaus. Wie damals im Oktober. Als sich nach heftigem Geschiebe – der alte Befehl: Auflösen die Zusammenrottung! – alles tatsächlich zunächst aufgelöst zu haben schien. Und als wir plötzlich vom Rathaus her so eine Art Stadionlärm hörten. Als habe da jemand ein Tor geschossen. Und als alles auf einmal heftigsten Schrittes loseilte. Dahin, wo das herkam. Die Leute. Die Bullen. Die Stasi.
Wieder also ziehen wir die Rathaus-Passagen lang. Richtung Palast. Wo sie gefeiert hatten damals. Die Daddies. Und Ladies. Ihren letzten Jahrestag. Und wo wir dann so laut gerufen hatten, wir seien das Volk, daß sie drinnen das Tänzchen unterbrochen und verwirrt nach draußen gestaunt haben sollen.
Wieder wälzt sich der Strom auf die Straße. Wie damals. Damals zum ersten Mal. Nachdem wir die Stasi-Leute vorm Palast mit Geld beworfen hatten. Judas-Lohn. Und jeden schwarzen und jeden grünen Wagen mit Pfiffen empfangen. Die ersten gellenden Pfiffe. Und dann die ersten Schritte auf die Straße. Karl-Liebknecht-Straße. „Schließt euch an! Schließt euch an!" Die ersten befreienden Rufe.

Ein Gefühl, das ein Leben lang bleiben wird...
Zum ersten Mal freiwillig und gegen deren Willen auf der Straße. Mit den anderen allen. Auf der ganzen breiten Straße...
Als sie hinter den Kulissen noch heftigst Befehle erteilten. Hase und Igel spielten mit uns. Wohin der Zug auch kam: Sie waren schon da. Um am Ende dann loszudreschen. Und zu jagen. Und einzufangen. Und zu foltern. Ja...
Wieder also sind wir auf der Straße. Vorm Palast. Wo alles anfing. Damals. Über dem Staatsrat weht die Fahne. Im Scheinwerferlicht. Eine andere Fahne. Scheint es. Und doch die gleiche. Wie damals. Und ganz damals. Vor Ur-Zeiten. Zu den Weltfestspielen. Als da auch diese Fahne wehte. Auf Halbmast. Und dahinter stieg ein buntes Jubel-Feuerwerk auf. Ulbricht war gestorben. Honecker ließ es feiern...
Unser Zug ist länger geworden. Noch ziemlich still. Vereinzelte Rufe: „DDR! DDR!" Zögerlich noch. Sehr zögerlich. Es will keinem so recht aus dem Hals, das neue, alte Wort.
Vorbei geht es am Staatsrat. Den es bald nicht mehr geben wird. Vorbei am ZK. Das es nicht mehr gibt.
Da wird es lebendig. Mächtiger die Rufe. „Lieber rote Rüben, als Kohl von drüben!" Jubel plötzlich, Pfiffe, Klatschen. Ein Kohl drängt sich durch die Reihen. Pappmaché-Kopf. Hinter sich einen Rattenschwanz von Leuten mit Blinden-Binde am Arm. Die Augen mit der Bundesfahne verbunden. Die letzten beiden schleppen riesige Bananen...
Auf dem Platz der Akademie Massen. Volk hat die Treppe zum Schauspielhaus besetzt. Sprüche hallen wider. Der mächtige Ruf. Für Unser Land. Das nicht untergehen soll. Kaum, daß es zum ersten Mal zum Greifen nah ist.
Wieder die Erinnerung an ein Damals. Vor zwei oder drei Jahren. Als Gorbatschow zum ersten Mal hier war. Derselbe Platz. Dasselbe grelle Licht. Film-Kulisse. Da aber noch im Haus die Führer. Der real-stalinistischen Länder. Davor eine dezent kleine Menge geladenen Volks. Nur Insider hatten erfahren, daß heute hier um die und die Zeit Gorbatschow aus dem Haus und die Treppe herunterkommen würde. Artiges Klätscheln dann auch nur, als er kommt. Ein Beifall, der auch Ceausescu trifft. Honecker. Und die anderen, die es nicht mehr gibt. Die Seitenstraßen da noch voller schwarzer Limousinen. Auf dem Platz die wenigen Guten Genossen, die – Partei-Auftrag! – wie zufällig hier herumpromenieren sollten. Und als dann doch einer ein Gorbi-Bild hochhält, wird es von hinten heruntergerissen...

Wieder nun also grelles Licht. Auf diesem Platz. Auf diese Treppe gerichtet. Die nun vom Volk besetzt ist. Das sich die Fahne genommen hat. Die neue, alte Fahne.
Redner reden. Jeder Satz wird geprüft. Vom Volk auf dem Platz. Mit Beifall begleitet. Oder von Pfiffen. Der Traum: Vom großen Platz. Auf dem sich alle treffen. Und frei reden. Ist er wirklich wahr geworden?
Einer, der zu oft und zu lange und zu umständlich von Einigkeit und Einheit und Vereinigung redet, wird vom Mikrofon gebuht. Der Wille ist deutlich: „Wir lassen uns nicht BRDigen!"
Anderswo wird anderes gerufen. Kohl ist an dem Tag in Dresden. Am Abend wird es aus dem Fernseher donnern: „Deutschland einig Vaterland!" Bedrohlich laut. Und massiv. Wie aus Leipzig neuerdings...
Und anderswo formiert es sich anders. Wenden sich solche behende, die noch vor kurzem im Block mitflöteten. Versuchen andere, sich an Kohls und Hubers und Blühms Seite (für einen Platz im Bundestag?) zu profilieren. Und üben noch wieder andere die neuen frommen Lieder ein: Kapital, komm herein, wirst schon nicht so garstig sein...

Als ich vom Platz gehe, fällt mir ein, wie ich damals vom Schauplatz gegangen bin. Damals im Januar. Und damals im Oktober. Im Januar vor zwei Jahren: Stumm vor Zorn. Und Hilflosigkeit. Und Entsetzen. Wie sie die Leute einfach weggezerrt hatten. Wie die Abgeführten geschrien hatten. Und man durfte nicht helfen. Wenn man nicht selbst eingelocht werden wollte. Und dann über die Grenze geschubst (wie sich später zeigte...)
Und im Oktober vor einem Vierteljahr: Aufgewühlt. Das gute Gefühl im Bauch, das erste Mal richtig auf der Straße gewesen zu sein. Die Angst aber um die, die weiterzogen – und dann ja auch tatsächlich zusammengedroschen wurden...
Und nun: Voller Hoffnung. Befreit. In Sorge um dieses Land. Aber auch in dem guten Gefühl, irgendwann über all das in einer eigenen Zeitung schreiben zu können...

Dietmar Halbhuber

Der Text ist ungekürzt entnommen aus: Die Andere (Berlin) Nr. 1/25.1.90, S. 8;
Die Karikatur stammt aus: Die Andere (Berlin) Nr. 21/15.6.90, S. 16.

INFORMATIONSBLÄTTER der INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE (IFM) LEIPZIG
Nr. 2/29.1.90

FÜR DIE GRÜNDUNG UND DEN AUFBAU WIRKLICH UNABHÄNGIGER GEWERKSCHAFTEN UND BETRIEBSRÄTE

Das heißt : ENTSCHEIDUNG UND KONTROLLE IN DIE HÄNDE DER KOLLEGEN !

Die Kollegen verlassen den FDGB - aus gutem Grund ! Die Werktätigen wollen eine unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung, eine unabhängige Gewerkschaft !
Unabhängig von SED-PDS, Parteien, Staat und Kirche.
Unabhängige Gewerkschaften, das heißt :

- Demokratie !
Alle Entscheidungen müssen demokratisch von unten von den Kollegen getroffen werden.
- eine Gewerkschaft, die demokratisch aufgebaut ist und in der alle Entscheidungen von den unabhängigen Interessen und dem Willen der Kollegen selbst ausgehen.
- Diskussionen und Entscheidungen über die Forderungen und die Aktionen selbst.
- vollständige demokratische Kontrolle der Basis über die Verwaltung und Verwendung der Mitgliedsbeiträge.

Eine solche unabhängige Gewerkschaft verlangt die Wahl aller Organe durch die Kollegen. Dazu folgender Vorschlag :

1. Organisierung und Abteilungsversammlungen in der Größenordnung von 15-25 Kollegen zur

- Erfassung der Probleme und Mißstände und zur Aufstellung der Forderungen der Kollegen
- Wahl eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes, der das Mandat erhält für die Vertretung der beschlossenen Forderungen und gegebenenfalls jederzeit durch die Kollegen abgewählt werden kann.

2. Veröffentlichung der Diskussionsergebnisse und der Beschlüsse der gesamten Abteilungsversammlungen in einer unabhängigen gewerkschaftlichen Betriebszeitung, unter der Verantwortung der gewählten Vertrauensleute. Einberufung durch Vollversammlung der gesamten Elegschaft unter der Verantwortung und Leitung der gewählten Vertrauensleute und der von ihnen gewählten Leitung zur

- Diskussion und Beschlußfassung über das Aktionsprogramm der Belegschaft.
- Verpflichtung der gewählten Vertrauensleute und der unter ihnen gewählten Leitung der Vertrauensleute und des Betriebsrats auf dieses Programm.
- Kontrolle der betriebsleitung : diese muß der Demokratie unterworfen werden. Wahl einer Betriebsleitung auf einer weiteren Belegschaftsversammlung, die neugewählte Betriebsleitung wird der Kontrolle der Vertrauensleuteleitung/des Betriebsrates unterstellt.
- Aushändigung des gesamten Vermögens, der Räume des technischen Appparates der bisherigen FDGB/SED an die demokratisch gewählte gwerkschaftliche Interessenvertretung der Belegschaft - an Vertrauensleuteleitung /Betriebsrat.
- Mitteilung über die Organisierung und die Ergebnisse der Abteilungsversammlungen und die Vorbereitungen der

Belegschaftsversammlungen an alle örtlichen und regionalen Betriebe des gleichen Kombinats und des gleichen Industriegewerkschaftszweig, mit der Aufforderung an die dortigen Kollegen, ebenso vorzugehen. Entsendung von Delegationen zu diesen Betrieben.
- Kontaktaufnahme mit den entsprechenden Betrieben und den unabhängigen DGB- Gewerkschaften in Westdeutschland für die solidarische Zusammenarbeit und zur Kontrolle aller Beziehungen zwischen diesen Betrieben in West und Ost.

Teilen Sie uns bitte Ihre
Aktivitäten und Vorschläge zur Gründung unabhängiger Gewerschaften und Bildung von Betriebsräten mit.

Wir wollen andere von Ihren Erfahrungen informieren.

Initiative Frieden und Menschenrechte, Regionalgruppe Leipzig

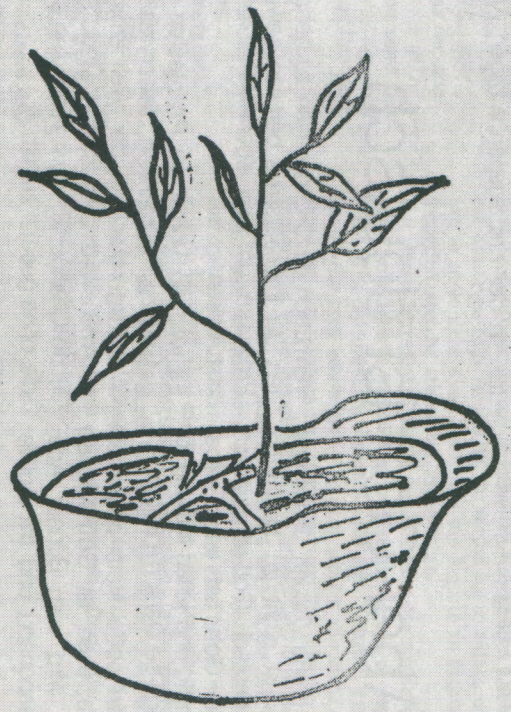
Wenden Sie sich bitte Dienstag oder Donnerstag zwischen 15.00 und 19.00 Uhr an unser Büro in der Demmeringstr. 21.

INFORMATIONSBLÄTTER der

INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE (IFM) LEIPZIG

Nr.5/19.2.90

Ein Beispiel für Europa



Eine Verfassung ohne Wehrpflicht

Initiative Frieden und Menschenrechte

Für die Auflösung der Militärblöcke

Für den Abbau von NVA und Bundeswehr

Für den Abzug aller fremden Truppen

Mit Sorge hören wir Äußerungen von verantwortlichen Politikern aus den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik, ein vereintes Deutschland müsse in die Nato eingebunden sein. Die bestehenden Blockstrukturen lediglich zu modifizieren würde dem Willen der Völker nicht entsprechen.

Die Initiative Frieden und Menschenrechte tritt dafür ein, die gegenwärtigen Chancen zu nutzen, die Politik der Konfrontation durch eine Politik der Kooperation abzulösen mit dem Ziel, **Auflösung aller Militärblöcke.** Untrennbar damit verknüpft sehen wir Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten zum **Abbau der NVA und der Bundeswehr.** Das würde zur Beruhigung der internationalen Situation beitragen und Sorgen bei unseren Nachbarn abbauen helfen. Ebenso notwendig ist der **Abzug der ausländischen Truppen.** Wenn die CSR und Ungarn heute Verträge mit der SU schließen, die den Abzug der Truppen zum Gegenstand haben, dann sollte man dieser Linie überall auf der Welt folgen - auch in Deutschland. Auch das Konzept eines vereinigten Deutschland als neutralem Staat brächte nur eine Modifizierung der bestehenden Blockstrukturen und nicht ihre Überwindung. Das wäre ein deutscher Sonderweg der weder in unserem noch im Interesse unserer Nachbarn liegen kann. Das zukünftige Deutschland muß einen Platz in Europa einnehmen und hat wie alle anderen Länder die Aufgabe, an dem Prozeß der europäischen Vereinigung und der Herausbildung seiner Strukturen mitzuwirken. Wir wollen ein Europa, das nicht unter dem Kontrollrat von Supermächten und Militärbündnissen steht, sondern ein Europa, das demokratisch organisiert ist. Den Weg zu diesem Europa sehen wir im KSZE- Prozeß. In ihm sollten die Institutionen für eine europäische Zusammenarbeit herausgebildet werden.

Als außerparlamentarische Kraft beginnt die Initiative Frieden und Menschenrechte mit dem heutigen Tag eine Unterschriftensammlung in beiden deutschen Staaten, um die Unterstützung möglichst großer Teile der Bevölkerung dafür zu gewinnen.

Wir fordern alle politischen Kräfte in Deutschland auf, mit uns gemeinsam in diesem Sinne aktiv zu werden.

15. Februar 1990

Leipziger Die Andere Zeitung

1,- M
15. März 1990
№ 7

Unabhängiges Wochenblatt
im Forum Verlag Leipzig

Die neuen Klassiker sind die Klassenbesten von gestern, Mitschüler mit dem Blick für Gelegenheiten.

Der Zug rast führerlos, die nächste Brücke ist angesägt, der Fahrausweis ungültig, ein Halt nicht vorgesehen, die Mitropa überfüllt. Macht nichts, man kennt das aus vierzig erfolgreichen Jahren.

Der Wind weht alle Werte fort. Was zählt, ist Geld, aber was zählt das, wenn man keines hat? "Hängt Honecker" rufen, wielange macht das glücklich. Die einzige bleibende Größe ist der kleine Mann, der kleine Mann, der heute brüllt und protestiert, fordert und verdammt, der kleine Mann, der morgen lamentieren wird. Heute der erste, der mutig auf der Straße marschiert, morgen der erste, der auf der Straße liegt.

Und wie er wimmern wird und weinen, Klagen verschickend ohne Adresse und ohne Aussicht auf Erfolg, auf Antwort.

Aber Gott ist deutsch

Gott hat eine große Zukunft. Jesus war Afrikaner, das ist nicht zu bestreiten. Aber Gott ist deutsch. Gott ist gründlich und kostenlos. Gott hat uns Gorbatschow geschickt und jeden Montag für ihn gebetet. Gott sei Dank mit Erfolg.

Allerdings, man sollte stets auch das Kleingedruckte lesen, ist Gott Mitglied der CDU, er wird vom Bonner Adenauerhaus gesponsort und mit Aufklebern versorgt.

Wir sind ein Volk. Aber, wer zum Teufel ist das nicht? Das irrwitzige Wir-Gefühl vom Herbst '89 meinte vielleicht gerade das Gegenteil? Nicht WIR SIND WER, sondern Wir sind mehr? Wir sind die Mehrheit, die, die sonst eben niemand sind, ungehört bleiben und unbeachtet.

Nun aber nimmt uns Vater an die Hand. Die Revolution hat ihre Kinder nicht entlassen, nein, sie ist eben im Begriff sie aufzufressen. Wende konnte Wandel nicht ersetzen, die Opposition hat versagt, die Stasi trägt die Schuld und eine Wissenschaft, die mit Augenbinde und Blindenstock das Ideal einer Gesellschaftsordnung zu erforschen vorgab ohne Erwägung der Wege dorthin.

So ersetzen zwangsläufig Parolen Programme, Demos Demokratie, Diskussionsveranstaltungen Diskussion und feuchtwarme Umarmungen Unterhaltungen.

Die Revolution im Rückspiegel gesehen: ein Rachefeldzug. Ein Aufstand zukurzgekommener Langmut. Drei Monate wie ein von BILD gebuddeltes LOCH NESS für Arme, ein gigantischer Werbefeldzug für ein Allzweckprodukt namens FREIHEIT. Noch hält sich der Hersteller bedeckt, noch werden Geschenkpackungen verteilt. Der Konsument kann wählen, scheint's. Joachim Herrmann, bis jüngst örtlicher Medienzar, hätte – in der ihm eigenen witzigen Art – vermutlich dazu angehalten zu behaupten, der Imperialismus benutze gewisse Prozesse, um von eigenen Problemen abzulenken.

Es wird ein Vorteil der Phantasten und gefährlichen Bürokraten bleiben, daß ihr Wort nirgendwo auf der Welt ernstgenommen wird. Das ist nun wirklich die letzte Chance, aber wir verspielen auch die, ohne gesetzt zu haben.

Wen wundert es da eigentlich noch, daß jedes Zählen der Prämissen bei EINS endet. Dritte Welt – nie gehört. Zweifel – nie gehabt..

Das Verrückte an manchen Leuten ist, daß sie völlig normal sind. Und eigentlich sind alle Menschen gleich, Nicken in jeder Runde – aber doch deshalb nicht gleich Deutsche! Man spart sich die Beschreibung der Blicke beim Stichwort Ausländerwahlrecht, Welthungerhilfe, Regenwald. Habt ihr nichts Wichtigeres im Kopf? Es bietet sich doch einiges an! Denn Herr Soundso hat selbst lange genug gehungert, Tätscheln des Schmerbauches, vierzig Jahre lang Ausrufezeichen. Doppelpunkt. Keine Experimente bitte und keine Extremitäten. Wie leicht sich die alten Kampfsprüche liften lassen. ProletARIER ALLER LÄNDER, verEINIGT EUCH!

Zärtlichkeit jedoch, Zärtlichkeit ist ein Gerücht. Es wird eines bleiben, vermutlich bis jemand entdeckt, wie gut sich das Zeug abfüllen, promoten und absetzen läßt.

Hoffnung und tröstender Zuspruch ereilt einen höchstens noch aus dem Mund von Sportreportern: Nach dem Ausgleich unserer Elf sieht die Welt doch gleich viel freundlicher aus!

Na, also. Stalin war ein schlechter Mensch. Aber Stalin war ein guter Schauspieler., Und Gott ist deutsch? Die alten Uhren ticken die neue Zeit.

Ganz ehrlich, die Erde ist wohl doch zu gut für diese Welt.

St. Könau

DAZ-Motto

In Zusammenhang mit Deutschland möchte ich das Wort "Wieder" nicht ertragen müssen.

Wolf Biermann

unabhängig und behörden-unfreundlich

telegraph

Unterdrückte Nachrichten, Kommentare, Diskussionen, Termine

Zweiwöchentlich

Nachfolgezeitschrift der umweltBlaetter

Oppositionsblatt seit 1986

Herausgeber:

Umwelt-Bibliothek Berlin

Nr. 6/30. März 1990 1,50 M/DM

Die Revolution frisst ihre Kinder

Was tun?

Die "Revolution" hat gesiegt und sie tut das, was sie meistens tut, sie frißt ihre Kinder

Wer am Wahlsonntag in Berlin durch die Wahlfeiern der verschiedenen Parteien hindurch ging, bekam ein Gefühl für die Situation. Bei Grünen und Frauen, Neuem Forum und Vereinigter Linker herrschte ungebremster Katzenjammer. Die Anhänger der PDS dagegen führten in den weiten Räume des früheren Hausses des Zentralkomitees unter flutendem Licht und mit all dem anderen technischen Eigentum der verpönten Ursprungspartei einen lärmenden Freudentanz aus. Zur DSU im Ratskeller des Roten Rathauses konnte ich nicht gelangen: Zwei Türsteher verweigerten den Einlaß allen, die keine Einladung vorweisen konnten. Ich sagte den Höllenhunden, daß ich schon zur Opposition gehört hätte, als sie noch das Pioniertuch trugen. *"Das ist uns egal, wenn sie keine Einladung haben, kommen sie hier nicht rein."* Alle Nichteingelassenen verwickelten sich dann prompt in Disput mit einer Mahnwache der Vereinigten Linken, die mit einem Transparent die DSU-Fete bedrohten.

Ich unterhielt mich mit einem jungen Volkspolizisten, der das leere Staatsratsgebäude bewachte. *"Sagen Sie, was werden Sie denn jetzt machen, wenn ihnen beispielweise befohlen wird, eine linke Versammlung aufzulösen?" "Darüber habe ich mir noch keinen Kopf gemacht"*, meinte der Polizist, *"das kommt darauf an, was der neue Polizeipräsident meint. Privat kann ich ja denken, was ich will, aber dienstlich habe ich den Befehlen zu gehorchen." "Und was sagen Ihre Kollegen"*, frage ich. Der Bulle: *"Darüber unterhalten wir uns nicht, wir fragen uns hauptsächlich, wie sicher unsere Arbeitsplätze sind, wenn die Bonner Parteien jetzt alles übernehmen."*

Selbstverständlich habe ich den guten Mann beruhigt. Eine Polizei, sagte ich ihm, benötigt jede Regierung, ebenso wie jede Regierung Leute braucht, die das Maul halten und arbeiten. Schade um ihn, er hatte eigentlich ein hübsches und kluges Gesicht.

Und ist das nicht überhaupt ein Treppenwitz der Geschichte? Jahrelang haben da (wenn die Stasi richtig gezählt hat) 2500 Oppositionelle, allermeist Linke, hart in Kellern, auf Versammlungen und auf Straßen gearbeitet, ohne eine müde Mark zu bekommen. Dann geschieht das, was eigentlich niemand erwartet hatte, die Opposition bekommt immer mehr Zulauf und das Regime bricht zusammen. Und das Volk, das bisher gar nicht schlecht gelebt hat und die Karriere machte, auf die die Oppositionellen verzichten mußten, - dieses Volk optiert also für freie und geheime Parteienwahlen. Und dieses Volk gibt dann denen seine Stimme, die entweder, wie DSU und SPD, gerade erst gestern entstanden sind, oder wie CDU und PDS mit der Mehrzahl ihrer Mitglieder für 40 Jahre bürokratische Herrschaft verantwortlich sind. Und diese alten und neuen Machthaber werden jetzt hoch bezahlt und die früheren Oppositionellen haben bis dato nicht einmal Arbeitsräume und -möglichkeiten bekommen und betreiben weiter munter Selbstausbeutung.

Natürlich waren da noch ein paar Schauopositionelle, wie Gysi, Böhme und Eppelmann. Aber wegen denen ließ sich doch nicht ein ganzes Volk hinters Licht führen! Nein, es ist schon so, wie Kommentatoren meinen: Dieses Volk hat den Kohl wegen der starken Mark gewählt, etwas weniger schon den Vogel, den Brandt und den Lafontaine, weil die die starke Mark etwas intellegenter unter die Leute bringen wollten, und die PDS wurde zumeist aus Anhänglichkeit an die alten Machthaber gewählt. Dieses Volk hat eine Himmelangst davor, sich selbst zu regieren und braucht deshalb dringend starke Männer.

Das soll übrigens keine Schuldzuweisung sein, obwohl natürlich gewisse Zweifel am Charakter des deutschen Volkes durchaus angebracht sind. Aber alles hat seine Gründe. Etwa im Herbst 1916 war es, als unter dem Eindruck der sich zuspitzenden Regierungskrise der russische Industrielle Putilow zum französischen Botschafter Paleologue sagte: "Das größte Verbrechen des Zarismus war nicht das Massaker im Jahre 1905. Das größte Verbrechen war, daß er die riesige Mehrheit des Volkes in Unmündigkeit hielt und damit unfähig machte, die Konstruktivität und Konsensfähigkeit zu entwickeln, die für eine Zukunft ohne diesen Zarismus gebraucht wird." Das Volk der DDR hat in anderer und in gleicher Weise durch fast 60 Jahre Diktatur und noch längere Jahre unter dem Obrigkeitsstaat vieles verlernt. Die Identifikation mit dem Stärkeren ist bis in die Volksweisheit, jedenfalls zur Gänze in die Erziehung der Eltern vorgedrungen und hat Köpfe und Hirne fast unwiderruflich vergiftet.

"Eine Revolution", polemisierte der Anarchist Gustav Landauer gegen Liebknecht und Genossen, *"...eine Revolution geschieht eben nicht wie auf der Wagnerbühne, wo sich bei Beginn des neuen Akts aus wabernden Nebeln das neue Bühnenbild erhebt. Eine Revolution schafft keine neuen Menschen. Wenn sich der allgemeine Freudentaumel gelegt hat, wird sich nur das entwickeln, was an neuen Menschen, an neuem Beginnen schon vor der Revolution da war."*

In der Tat, mit 2500 Menschen ist kein Staat zu machen, und das wollten wir ja auch nicht. Wir wollten, wie seinerzeit die meisten russischen Oppositionsparteien "ihrer Majestät Opposition" sein, eine Opponentur, die sich der SED als lebensnotwendige Kontrollinstanz anbot, von dieser aber immer als staatsfeindlich zurückgewiesen wurde. Auch weil aber Opponentur-Mentalität nie schwand, war die Opposition nie in der Lage, ein eigenständiges Alternativkonzept zu entwickeln und der Bevölkerung zu vermitteln. Ob das einen Zweck gehabt hätte, ist die zweite Frage. Zu konstatieren bleibt, daß auch die frühere Opposition subaltern dachte und handelte und übrigens jetzt, ohne die früheren mächtigen Gegner, sich ebenso vaterlos, verwirrt und verwaist fühlt, wie das übrige Land.

Und wo bleibt, verdammt noch mal, das Positive? Ich weiß es auch nicht. Der Anschluß an die BRD unter konservativer Mehrheit mit einer einsatzbereiten SPD-Hilfmannschaft ist klar. Es werden harte Jahre werden, wirtschaftlich und politisch (auch für diese kleine Zeitschrift). Gewisse Lichtblicke werden zu erwarten sein, sobald die massenweisen Statusverschlechterungen für die DDR-Bevölkerung einsetzen, sicher daraus eine starke Frauen- und Arbeitslosenbewegung entsteht. Aber der Kapitalismus ist halt ein dynamisches System. Zum Abfangen der Frauen hat sich schon die CDU-Politikerin Süßmuth mit flotten Sprüchen profiliert und auch die anderen Bewegungen werden wohl bald an den Gestaden einer herrschaftsloyalen Partei oder Organisation stranden, die Vereinigte Linke bei der PDS und die Grüne Liga beim BUND. Es werden harte Zeiten und zum Schluß hat es sich nicht einmal gelohnt. Die Signale in Richtung Klima- und Hungerkatastrophe stehen auf freie Fahrt.

Einer Zeitschrift bleibt es immerhin, die schlichte und leider etwas komplizierte Wahrheit zu recherchieren und zu sagen, falls sie nicht doch gelegentlich verboten wird oder bankrott geht, für die Leser, die noch wahrheitswillig sind und für die Archive, die eines Tages von den Marsmenschen oder sonstigen Überlebenden ausgewertet werden. Für viele Oppositionelle in diesem Land wird das übrigbleiben, was die westdeutsche Linke schon seit langer Zeit praktiziert: Widerstand, um wenigstens die paar Inseln von unabhängigem Leben noch aufrechterhalten zu können. Das könnte eine Tugend werden, denn links zu sein bedeutet eben nicht nur, eine Gesellschaft von Freien, Gleichen und Selbstbestimmten anzustreben. Linke können eben nicht anders, als auch in einer herrschaftsgeprägten Gesellschaft ihre Sehnsucht in ihrem Lebensvollzug zu verwirklichen. Nicht, weil das irgendeinen Zweck haben soll, sondern weil ihnen eine andere Art von Leben keinen Spaß macht.

r.l.

SONDEUR
MONATSBOULEVARD FÜR KULTUR UND POLITIK
Nr. 1/1990, S. 43–45

STEFFEN MENSCHING

Notate im November 1989

Machen wir uns nichts vor, sagte L., viel dreckige Wäsche wird gewaschen werden, jetzt. Die Verweise auf die befleckten Kleider der anderen dienen allemal dazu, von den eigenen Westen abzulenken.
Als der Übersetzer R. fragte, ob Genosse T. schon zum Abschuß freigegeben worden sei, lachte das Auditorium, spendete Beifall. Die Schriftstellerin W. erhob sich, sagte, sie fordere, öffentliche Verantwortung, wehre sich jedoch dagegen, daß irgendwer zum *Abschuß* freigegeben werde.
Der Dichter C., wohnhaft in L., sagte, ich sehe uns alle zusammengetrieben in einem Stadion. *Sie*, sagte er, werden ihre Macht nicht freiwillig abgeben. Hast du M. im Fernsehen gesehen, sagte er, er liebe uns alle, hat er gesagt. Da muß einem doch angst und bange werden.
Wenn man jetzt so sieht, wer uns da regiert hat über Jahre, sagte B., müsse man staunen, daß es nicht noch schlimmer um uns steht.
Frau S. berichtete, in ihrer Kaufhalle bedienten am Fleisch- und Käsestand in jüngster Zeit junge Männer, die offenbar noch unerfahren in diesem Metier seien. Das mache sie hoffen, sagte sie.
H. besuchte ein Bankett in der Oper. Sie waren alle wieder da, sagte er, nur die Parteiabzeichen fehlten.
A. rief an von der Nachtschicht in der Klinik. Der erste Sekretär der Stadt K. habe sich erschossen. Der vierte Fall. Auch tragisch. Sagte sie. Eigentlich. Aber warum sind sie Waffenträger.
D., die Ärztin, sagte, da kommen Leute in die Sprechstunde, beschimpfen dich als Bürokraten, weil sie drei Stunden warten mußten, während du kurz vor dem Durchdrehen stehst, die Pausen durcharbeitest. Die waren vielleicht dreimal auf der Demo, sagte D., und glauben, dich herunterputzen zu können wie ein dummes Schulmädchen.
Ich habe Angst um dieses Land, sagte Z. Das Land ist in Bewegung geraten. Wir registrieren dies mit Freude und Fassungslosigkeit. Jahrelang meinten wir, *Geschichte zu machen*, jetzt, da sie uns ereilt, wie ein Sturm, sind wir dem Wind nicht gewachsen. Wir lebten im epochalen Trott, der gekennzeichnet war durch den allmählichen Übergang vom Zumundsoweiter. Die alte Terminologie, die jahrelang die einzig akzeptierte war, zog sich zurück in die Wälder der Makulatur. Begriffe, die uns begleiteten wie heilige Kühe, sind über Nacht aus der Mode. Die Schlagworte, auf die vor der sogenannten Wende *automatisch* langanhaltender Beifall losbrach, provozieren nun Pfiffe. Die *Tabus* der Vorzeit geraten zu den *Totems* der Gegenwart. Die *Slogans* werden beklatscht und skandiert.
Pawlow hätte seine helle Freude. In dieser Zeit zwischen Euphorie und Resignation ist *Dialektik* eine unpopuläre Maßnahme.
Das Transparent, das ich sah, das mir nicht aus dem Sinn geht, verhieß: *Keine Chance den Versagern*. Ich rezipierte es in drei Stufen. (Und jetzt im Nachhinein spüre ich den Wunsch, die wirkliche Reihenfolge abzuwandeln.) Ich lehnte den Spruch zuerst, spontan ab. Vielleicht ein Zeichen der Schwäche, die ich mir nicht eingestehen will. Die Aversion folgte der Radikalität, der Brutalität des An-Spruches. Ich dachte an meine Schulzeit, an die kommende Schulzeit meines Sohnes. Was macht man mit den kleinen *Versagern*, die sie nicht bringen, die geforderte *Leistung*?
Dann, auf der zweiten Stufe, Akzeptanz. Positive Annäherung. Ich füllte den vagen Begriff *Versager* mit Politiker-Gesichtern, mit Strömungen, Ministerien, Erfahrungen. Diese Leute, resümierte ich, dürfen keine Chance mehr haben, in diesem Land, sonst hat dieses keine mehr.
Die dritte Stufe – man sieht, ich bewegte mich auf dem klassischen Eis des triadischen Denkens – ließ mich erneut in Distanz gehen. Was heißt hier *keine Chance*. Ist es in meinem Sinne, jemandem *keine Chance* mehr einzuräumen. Ich bin gegen die Todesstrafe. Und was heißt *Versager*? *Wer* hat hier *versagt*?
Ein kluger Mensch, wer es war, weiß ich nicht mehr, sagte einmal, demokratische Bewegungen würden gemessen werden, an der Art des Umgangs mit ihren Opponenten. Die Losung *Stasi in die Volkswirtschaft* gefällt mir daher besser als die oben zitierte. Ein Verdammungsurteil löst das Problem auf bequeme Weise. Jemandem, dem das Recht, ja die bloße Möglichkeit, sich zu ändern, abgesprochen wird, dichtet man unweigerlich ein ewiges Wesen an, das Problem reduziert sich auf *schlechten Charakter*. Dann freilich ist die nationale Krise, die wir durch- und hoffentlich überleben, wahrhaftig, wie uns oft genug weisgemacht werden soll, auf *subjektive Fehlentscheidungen, menschliches Versagen* etc. zurückzuführen. Höhere Gewalt. An der man wenig ändern wird. Wir brauchen eben neue, *bessere* Menschen. *Moralisch einwandfreie*. Aber woher nehmen? Und wer übernimmt die Garantie, daß die guten Menschen gut *sind* und vor allem *bleiben*? Eine Abschiebung der *Versager* stabilisiert die Strukturen, die jene hervorbrachten.
Die Loslösung der politischen Führung vom Volk war dem Volk lange bekannt. Unzählige Witze illustrierten den makabren Zustand. Daß die jetzigen Veränderungen durch die großen Demonstrationen erzwungen wurden, ist ein Fakt. Dennoch wird auch hier, unter der Hand, eine These zur allgemeingültigen Wahrheit stilisiert. Das Volk als kollektiver Märtyrer. Der große weise Guru. Das glauben wir doch selbst nicht. Einstens war die Partei die amorphe Kraft des Fortschritts, jetzo das Volk. Wo war es vorher? Im Untergrund? Wer hat das *Versagen* mitgetragen? Wir brauchen einen Schuldigen. Das alte Politbüro. Seine Versäumnisse sind so offenbar und gewaltig, daß die unsrigen nicht ins Gewicht fallen. Die Partei ist in einer mißlichen Lage. Sie gerät zum Prügelknaben der Nation. Und sie hat sich in diese Position selbst manövriert. Zwar hat sie den Vorsatz und geheimen Wunsch, über die *gesamte Gesellschaft* die Kontrolle und Führung auszuüben, nicht wirklich realisieren können, doch wird ihr jetzt bescheinigt, sie wäre für alles verantwortlich. Die Losung: *wer einmal lügt, dem glaubt man nicht*, drückt die Absurdität der Lage wohl am besten aus. Man kennt den Satz, wir denken ihn weiter. *Und wenn er auch die Wahrheit spricht.* Von *Vernunft* oder *Verantwortungsbewußtsein* ist solche Position meines Erachtens nicht bestimmt. Wut, Zorn, Empörung haben ihre guten Gründe. Aber von Emotionen, die sich nicht kontrollieren, relativieren lassen wollen, bis zu Willkür und Gewalt ist nur ein kurzer Schritt. In der Tiefe der rationalen Durchdringung unterscheidet sich ein *Haß auf Bonzen* kaum von einem *Haß auf Demonstranten*.
Der Satz, der mitklingt, lautet *Dem Feind keine Chance*. Maxime aus der militärischen Propaganda. Unter diesem Schild traten auch die Sicherheitsorgane in den Oktobertagen auf die Straßen Berlins. *Den Staatsfeinden keine Chance*. Offiziell war verlautbart worden, die Konterrevolution marschiere. *Die Staatsfeinde agierten unter dem Deckmantel der Demokratie, um Polizisten aufzuhängen*. Auf diesen Satz reduzierte sich das Wissen der Polizisten, die an den Zuführungen teilnahmen. Sie bekämpften Phantome. Sie führten Befehle aus und waren aufgeputscht durch Übermüdung und Angst. Zugleich wähnten sie das *Recht* auf ihrer Seite. Das heißt den Staat. Ein denkbar einfaches Weltbild liegt dem zugrunde. Wer für den Staat ist, ist gut. Wer gegen den Staat auftritt, böse, ergo ein Feind.
Ein mechanisches Weltbild. Schwarzweiß. Die einfache Verkehrung ergibt ein anderes, das nicht besser ist. Weißschwarz. Strukturell existiert Identität. Übrigens haben sich die Dogmatiker verschiedener Coleur immer ganz gut miteinander vertragen, möchte ich meinen. Und darum ist diese Nicht-Veränderung im Weltbild die Grundlage für alle *Wendehälse*. Sie müssen sich wirklich nur *umstellen*. Ideologischer Wechselstrom. Aus Plus wird Minus, aus Minus Plus. Nur einige neue Floskeln treten an die Stelle der alten. Nur ein paar *Inhalte* ändern sich, die *Formen* bleiben erhalten. Diese Art der Wende kann eigentlich keinen überraschen. Sie ist die bequemste. Demokratie lernt diese Gesellschaft nicht von heut auf morgen, in einem Schnellkurs. Und nicht nur die *Chefs*, die *Diktatoren in den Provinzen* werden sich umstellen müssen. Es ist nicht so einfach, daß die oben *hinhören*, die unten *ansprechen lernen* müssen. Die Gesellschaft ist voller Vorbehalte, voller Mißtrauen und sich aufsplitternder Interessen. Zur Zeit funktioniert demokratische Arbeit zwischen alten und neuen politischen Strömungen dort, wo es um die Lösung wirklicher Sachfragen geht. Da entscheidet Kompetenz. Wenn an die Stelle der alten eine neue Intoleranz rückt, geht dieses Land unter.
Noch einmal zurück. *Wer einmal lügt* usw. Oft genug in der Vergangenheit erwiesen sich solche unumstößlichen Betonsätze als nicht tragfähig. Der Anspruch macht das gesamte Land *handlungsunfähig*. Wer kann von sich behaupten, er habe stets für *die Wahrheit und nichts als die Wahrheit* gestanden? Welcher reine Geist? Wer *heute* eine Wahrheit weiß, muß gehört werden. Auch wenn man ihm Lügen nachweisen kann. Aber diese Wahrheiten müssen beständig kollektiv überprüft werden. Und zwar (nach altmarxistischem Vorbild) praktisch. Und Auseinandersetzungen müssen mit Argumenten geführt werden. Ansonsten gerät Politik erneut zu einer Sache des *Glaubens*. Und die ganze alte Scheiße, um mit Marx zu sprechen, fängt von vorne an.

sprungzeit

Von Februar bis Mai haben wir im Berliner »Haus der Demokratie«, Friedrichstraße 165, gearbeitet. Das Gebäude mit seinen schmalen, langen Gängen — ehemals Kreisleitung der SED von Berlin-Mitte — beherbergt viele politische Gruppierungen und Initiativen. In manchen Fluren hängen sie noch, die aufgeblockten Fotos von unserem schönen Berlin mit strahlend hellblauem Himmel. Bezeichnend für eine Stilepoche. Gleichsam ein Realitätsersatz für fehlenden Kontakt zur Außenwelt.

Alles oder fast alles ist im Wandel.

Am Anfang sind alle gleich, nämlich: oppositionell. Aber allmählich machen sich Unterschiede bemerkbar. Die handgeschriebenen Zettel an den Bürotüren weichen perfektionistischen Namensschildern oder betont alternativen Aufklebern. Das Spektrum ist breit. Pluralismus eben.

Wir sind nicht von Anbeginn dabei, aber gerade noch rechtzeitig, um auch die Entstehung eines modischen Outfits zu beobachten. Plötzlich sind sie da, die Männer in den dreiteiligen Anzügen. Gepflegt und unschlagbar. Beschäftigt und wichtig. Schwer zu sagen, ob sie von hüben oder drüben stammen. Die Einheit bahnt sich an.

Wir sehen öfter Kamerateams und Journalisten. Sie kommen aus aller Welt: Amerikaner, Westdeutsche, Japaner. Die Männer vom »Demokratischen Aufbruch«, unsere Nachbarn auf der Etage, geben Interviews. Mit fester Stimme und ruhigem Gesichtsausdruck sagen sie, was »richtig« ist und was »sein muß«. Sie sind ihrer Sache sicher.

Einmal bitten wir einen ihrer Mitarbeiter, uns ein Schriftstück zu kopieren. Die Kopiermaschine steht in einem Büroraum, in dem gerade eine Besprechung stattfindet. Wir müssen warten. Als wir dann eintreten dürfen, sitzt in der Mitte des Raumes ein Herr mit vollem Silberhaar. Er redet laut in wohlgesetzten Worten. Die Sekretärin stenografiert eifrig mit. Sein Arm liegt über der Lehne des Stuhls, die Beine sind übereinandergeschlagen. Lässig. Und während er »zu ergreifende Maßnahmen« bespricht, geht sein Blick an unseren Körpern hoch und runter.

Westliche Politouristen durchstöbern neugierig das Haus. Alle paar Minuten öffnet sich unsere Tür und überaus muntere, freundliche Leute stecken die Köpfe herein. — Was machen Sie? — Ah, das ist interessant! Senden Sie uns bitte ein Exemplar, wenn die Zeitschrift da ist! Visitenkarten stapeln sich. Wir sind spröde, wollen, können keine Auskunft über uns geben.

Die Freundlichkeit ist uns nicht geheuer. Warum so freundlich? Ist das ihr Stil? Sind sie aus einer Art Mitleid freundlich? Aus Überlegenheitsgefühl? Oder ist es ihre Art, Interesse zu bekunden? Strecken sie die Fühler aus, um irgendwann einmal ein Projekt, ein Geschäft mit uns zu machen?

◆ Eine neue Zeit ist da. Ich frage nicht, ob sie besser ist oder schlechter, denn zunächst ist sie der Schritt aus der Erstarrung, aus der Depression. Auf jeden Fall sind wir lebendiger geworden, alles ist fühlbarer und aussprechbar.

Wir versuchen etwas, wissen noch nicht, ob wir das so hinkriegen, wie wir uns das vorstellen... Das hört sich nicht sonderlich gut an, wir fühlen uns nicht ganz wohl in unserer Haut bei diesen Schnell-Gesprächen. Sie fotografieren uns. Das ist ungewohnt.

Aber ich weiß, daß mir etwas fehlt für die neue Zeit: Sprungkraft, ich kann nicht einfach hinüberspringen in das Neue. Würde lieber alles anhalten und noch ein bißchen verweilen an diesem Heimat-Phänomen. Es hatte keinen Namen, es betitelte sich mit drei Buchstaben. Es definierte sich aus Doktrinen und ideologischen Konstruktionen, und ich war wahrscheinlich sehr »deutsch« in dem Eifer, mit dem ich sie verinnerlichte, indem ich mich rieb, das Gute und das Schlechte sortierte, das Geistige, das aus den Wolken herkommende ungeheuer ernst nahm. Oder war es aufgezwungen? Auch. Es war alles mögliche, und auch dies: Es gab keinen anderen Ort. Nirgends. Immer nur dies, über das wir nicht hinausschauen konnten/durften. Ich ahne, ich fürchte, ich freue mich auf das dahinter. Aber wir kennen es nicht — kennen uns noch nicht. DDR — das war doch auch real. Das war doch was, was keine Seifenblase ist: Land und Menschen. Liebe, Geburt und Tod. Einfache menschliche Wirklichkeit. Keine Sentimentalität bitte. Ich springe jetzt. Ich bin nicht mehr eingemauert. Ich bin jetzt in der Welt! Stürz ich mich hinein, probier mich aus, vergleiche mich, erkenne mich. Schluß mit der dummen Angst.

So geht das in mir immer hin und her. Ich möchte Bindung, und ich möchte Freiheit. — Etwas noch anderes, als der Osten war und der Westen ist, über alles hinaus...

◆ Christiane Baumann/Claudia Kleinschmidt

Ypsilon 1/1990, S. 2/3

INFORMATIONEN DER BASISGRUPPEN

DEMOKRATIE JETZT

2. JG. MITTWOCH, 15. AUGUST 1990 NR. 34

kultuRRevolutionäre Gedanken nach vorn - mit Rückspiegel

VON HANS-JÜRGEN FISCHBECK

Am 13. August 1989 schlug, wenn man so will, die Geburtsstunde der Bürgerbewegung von Demokratie Jetzt. Vielleicht sollte man jedoch, um im Bilde zu bleiben, eher von "Zeugung" sprechen und die "Geburt" auf den 12. September, den Tag des Gründungsaufrufs datieren. Auf den 13. August vorigen Jahres fiel turnusmäßig das Sonntagsgespräch der Berliner Bekenntnis-Gemeinde. Dem Tag entsprechend wurde es unte das Thema "Wenn Abgrenzung zum Prinzip wird" gestellt. Vor dem Hintergrund tiefer Beunruhigung über den wachsenden Ausreisestrom über Ungarn nahmen wir zu Dritt für die Initiativgruppe "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" die Herausforderung dieses Themas an.

Michael Bartoszek sprach über die Folgen der Abgrenzung unseres Landes für unser Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn. Ich trug eine kritische Analyse des Herrschaftssystems der SED unter dem Gesichtspunkt innerer und äußerer Abgrenzung vor.

Es ist an der Zeit

Gerhard Weigt zog die entscheidende Konsequenz, indem er sagte: "Jetzt ist es an der Zeit, eine oppositionelle Sammlungsbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR ins Leben zu rufen." Die Westberliner TAZ berichtete von diesem Sonntagsgespräch unter dem zu diesem Zeitpunkt übertriebenen Titel "DDR-Opposition geht an den Start". Er hatte aber die Wirkung, daß wir uns nun im Wort fühlten und verpflichtet sahen, in die Tat umzusetzen, was wir angekündigt hatten. Trotz argwöhnischer Reaktionen der Stasi bereiteten wir das Konzept eines Gründungsaufrufs vor. Mit dem zustimmenden Rat von Christa Wolf und Manfred Stolpe faßten wir am 12. September bei dem lange zuvor vereinbarten Treffen der Inititativgruppe "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" in Michael Bartoszeks Wohnung den Beschluß zum Gründungsaufruf der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Wir verstanden den Aufruf mit "Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR", die auf Beschlüssen der Ökumenischen Versammlung fußten. In intensiver Arbeit redigierten und ergänzten Konrad Weiß und Wolfgang Ullmann den Aufruf und die Thesen. Die Vervielfältigung geschah im Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg mit der Hilfe von Manfred Stolpe, der sie auch am 15. September am Rande der Bundessynode in Eisenach an die Öffentlichkeit brachte.

Wenige Tage zuvor erschien der Gründungsaufruf des Neuen Forums, von dessen Vorbereitungen wir nichts wußten. Diese Gründung gewann schnell einen in so kritischen Zeiten entscheidenden Publizitätsvorsprung, der dem Neuen Forum durch einen sich selbst verstärkenden Wachstumsprozeß viel mehr Zulauf brachte als unserer Bürgerbewegung.

Doch nun zurück zu unseren Intentionen. Wir ahnten zu diesem Zeitpunkt nicht, daß die SED-Herrschaft schon wenige Wochen später in ihren Grundfesten wanken würde. Wir orientierten uns vielmehr auf einen jahrelangen Kampf gegen das Regime.

Grauzone der Legalität

Geleitet von den guten Erfahrungen des konziliaren Prozesses in den Kirchen der DDR, dachten wir an eine völlig offene Bürgerbewegung in der Grauzone der Legalität des SED-Staates, der im Umkreis der Kirchen gegeben war. Wir verzichteten deshalb auf eine formelle Mitgliedschaft und ließen uns von dem Prinzip "Beteiligung durch Mitarbeit" leiten. Mitarbeit sahen wir zunächst eher in schriftlichen Stellungnahmen zu unseren Thesen als in der Bildung von Basisgruppen. Aus dem Kreis der so Beteiligten wollen wir dann im Winter 1990 zu einem Vertretertreffen einladen. Es sollte ein Grundsatzprogramm beschließen, das aus den Zuschriften zu den Thesen hervorgehen sollte, und Kandidaten wählen mit dem Anspruch auf Beteiligung an den nächsten Volkskammerwahlen.

Jeder weiß, daß alles anders und viel schneller kam, als wir dachten. Schon im Oktober wurde die Gründung von Parteien möglich, was auch geschah. Die Bürgerbewegungen aber, voran das Neue Forum, wurden Träger der friedlichen, demokratischen Revolution des Herbstes. Die offene Bürgerbewegung als neue politische Struktur war das Kind eines kurzen historischen Augenblicks im Vorherbst 1989, als die Gründung von Parteien unmöglich und unangebracht schien.

Wir begriffen jedoch bald, daß die Bürgerbewegung keine Verlegenheits- oder Notlösung war, sondern gegenüber Parteien eine neue und vorwärtsweisende Sache ist.

neue politische Gestalt

Erst im Gespräch und dann in der Praxis versuchten wir, das Wesentliche an dieser neuen politischen Gestalt herauszuarbeiten. Dies läßt sich wie folgt kurz zusammenfassen:

1. Eine Bürgerbewegung ist prinzipiell offen für die Mitarbeit eines oder einer jeden. Die politische Willensbildung ist daher offen und kann nicht internalisiert werden, wie es in Parteien geschieht. Bürgerbewegungen stehen daher ein für die uneingeschränkte Öffentlichkeit von Politik und möglichst weitergehende und vielfältige Bürgerbeteiligung.
2. Eine Bürgerbewegung ist nicht hierarchisch organisiert und der regionalen Autonomie verpflichtet. Sie verwirklicht daher in ihren Reihen so weit als möglich die Prinzipien der Basisdemokratie und steht ein für die Ergänzung der indirekten, parlamentarischen Demokratie durch Mittel und Möglichkeiten direkter Demokratie.

3. Bürgerbewegungen verbinden parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit. Sie sind daher offen für die Anliegen von Bürgerinitiativen, sofern diese nicht einseitige Interessen vertreten.

Die beiden ersten Merkmale machen es strukturell unmöglich, daß eine Bürgerbewegung zum Machtinstrument einer "Politikführung" wird. Dazu gehört ein neues Verhältnis zur Macht. Machtwille kann nicht mehr Vorrang gewinnen. Macht kann nicht mehr wie bei Parteien unter der Hand zum leitenden Wert von Politik werden.

Zum Wesen der Demokratie

Teilung von Macht, sie gehört zum Wesen der Demokratie, wird leicht und selbstverständlich. Viele halten deshalb Bürgerbewegungen für chaotisch (so Markus Meckel) und handlungsunfähig und geben Parteien den Vorzug, ohne zu bedenken, welche "Handlungen" zur politischen Willensbildung wirklich nötig sind. Die kurze Geschichte seit dem Herbst hat bewiesen, daß die Bürgerbewegung eine für die demokratische Willensbildung geeignete Struktur ist und, daß sie diesen politischen Willen parlamentarisch auf allen Ebenen zur Geltung bringen kann. Das ist es, was sie leisten soll. Kritiker und Skeptiker mögen auch bedenken, welchen Machtmißbrauch es in Parteien, auch in sogenannten demokratischen, gegeben hat, und wie Demokratie durch parteiförmiges Machtgebaren zur Farce werden kann. Die jüngste Geschichte ist eine einzige Kette trauriger Beispiele dafür.

Eine Bürgerbewegung gewinnt, wie eine Partei auch, ihre politische Identität durch ein demokratisch erarbeitetes Programm.

politische Ethik

Die Grundlage unseres Programmes ist aber nicht wie bei herkömmlichen Parteien eine besondere Tradition oder Ideologie (konservativ, liberal, sozial, sozialistisch, ...), sondern eine politische Ethik, deren leitender Wert das Leben im umfassenden Sinne des Wortes ist. Deshalb treffen herkömmliche Etiketten aus dem Parteienspektrum, wie links, rechts oder mitte, für uns nicht ohne weiteres zu. Eine solche ausdrücklich erklärte Bindung an politische Ethik ist eine weitere Garantie dafür, daß Macht nicht zum Selbstzweck werden kann. So ist unsere Bürgerbewegung auch zu verstehen als entschiedene Antwort auf den Machtmißbrauch der SED, deren Partei-Herrschaft auf innerer und äußerer Abgrenzung beruhte. Sie ist, recht verstanden, eine Verwirklichung unserer Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung.

Die Grundentscheidung für die Bürgerbewegungsstruktur fiel bei der ersten DDR-weiten Zusammenkunft von Demokratie Jetzt, der sogenannten Strukturkonferenz, am 28. Dezember 1989 durch eine Trendabstimmung, die dann allerdings zur Abspaltung einer kleinen Gruppe von Anhängern der Parteistruktur um Werner Wiemann führte. Festgeschreiben wurde die Bürgerbewegungsstruktur durch den Satzungsbeschluß bei der ersten repräsentativen Vertreterkonferenz vom 19. bis 21. Januar 1990, die auch die Programmaussagen beschloß.

Vielfalt bedeutet Chance

Im Herbst 1989 entstanden mehrere Bürgerbewegungen und Parteien in Opposition zur SED und ihren Block-Lakaien. Dieses Faktum wurde von vielen als Zersplitterung beklagt, von manchen aber auch als Chance der Vielfalt begriffen. Schon am 4. Oktober 1989 fanden sich diese Gruppierungen mit nachdrücklicher Beteiligung von Demokratie Jetzt zu einer Willenserklärung für ein Wahlbündnis zusammen. Wir haben uns seit dem

immer für das Zusammengehen eingesetzt und als Vermittler betätigt. Nach dem Bruch des immer wieder beschworenen Wahlbündnisses durch die SDP Anfang Januar konnte dieses Bündnis nur noch ein Bündnis der Bürgerbewegungen sein, die sich bald nicht mehr nur der SED-PDS und den Resten ihrer Macht, sondern auch den in die DDR mit Hilfe ihrer Ost-Ableger einmarschierten Bonner Altparteien gegenüber sahen. Für das Zustandekommen des Bündnisses 90 der drei Bürgerbewegungen Neues Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratie Jetzt haben wir uns mit aller Kraft eingesetzt. Nur die Zeitknappheit vor den auf den 18. März vorverlegten Wahlen verhinderte die Beteiligung der Grünen Partei und des Unabhängigen Frauenverbandes.

Es hat sich gezeigt, daß das Bündnis als Wahl-, Fraktions- und Aktionsbündnis die richtige Form der politischen Einigung eigenständiger Partner ist und nicht die Eingliederung. Das Bündnis 90 hat sich nicht nur zur Volkskammerwahl und in der Volkskammerfraktion, sondern auch bei den Kommunalwahlen und bei der Arbeit in Kommunalparlamenten bewährt. Leider ist man beim Neuen Forum geteilter Meinung.

Im Zuge des vom Bonner Kanzleramt nicht gerade weitsichtig in Szene gesetzten überstürzten Einigungsprozesses kommt es nun zu gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990. Was für die Einigungspolitik im allgemeinen gilt, gilt für das nach wochenlangem Parteienzank ausgehandelte Wahlrecht im besonderen. Immer haben Machtpolitik und Wahltaktik den Vorrang vor ökonomischer Vernunft, sozialer Verantwortung und demokratischer Gesinnung. So ist ein Wahlrecht herausgekommen, das nur den Bonner Altparteien nützt und der DSU über die 5-Prozent-Hürde hilft.

Die Bürgerbewegungen bringt es in große Schwierigkeiten. Diese aber sind heilsam. Sie bringen den heilsamen Zwang, sich abermals in einem Bündnis einigen zu müssen. Diesmal geht es um ein Bündnis in ganz Deutschland, ein Bündnis mit den Grünen.

Die Grünen bieten politische Gewähr

Die Grünen sind die einzige politische Kraft der BRD, die die Anliegen der Bürgerbewegungen teilen, sie in ihrer Eigenständigkeit bejaht und sie nicht vereinnahmen will. Dieses Bündnis, das unter dem Namen Die Grünen/Bündnis 90 antreten wird, ist die einzige politische Gewähr dafür, daß das geeinte Deutschland mehr als nur die Ausdehnung der BRD auf die DDR werden kann. Wir hoffen auf eine rot-Bündnis 90-Grüne Mehrheit im neuen gesamdeutschen Parlament. Die anbrechende soziale Krise in der DDR ist eine Aufgabe, deren Dimension in Bonn nicht begriffen wird. Sie läßt sich nur bewältigen, wenn Menschen mitbestimmen, die aus der DDR kommen und dies weder vergessen noch verleugnen. Der soziale Frieden läßt sich nur gewinnen durch Gerechtigkeit. Gerechtigkeit aber ist die Frucht von Demokratie und Solidarität.

ISSN 0863-243x 20. März 1991
12
1,80 DM
die andere

Der Ossi in der SPD S. 5
Bangladesh – 20 Jahre unabhängig S. 7
Der Parteienstaat ist am Ende Interview mit Joseph Langner S. 8/9
Der freundliche Raubritter Hauseigentümer in Potsdam S. 16

„die andere" beginnt in dieser Beilage mit der Veröffentlichung der vollständigen Mitarbeiterliste des Ministeriums für Staatssicherheit wie es im Herbst '89, zum Zeitpunkt seiner höchsten Ausformung und seines Untergangs, bestand. Es ist die Gehaltsliste, nach der das MfS selbst arbeitete. Uns liegen damit Namen von knapp 100 000 hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern vor. Es sind nicht alle, der Bundesverfassungsschutz soll angeblich 10 000 Namen mehr haben.

Die Hauptamtlichen

Teil 1: Die oberen Zweitausend auf den Gehaltslisten der Stasi

Immer wußten sie unsere Namen

Jürgen Fuchs

"Wie heißen Sie?", wurde gefragt, wenn ein Verhör begann: Name, Vorname, geboren, Wohnanschrift, Beruf, ausgeübte Tätigkeit ...
Längst hatten sie Computer, Fernschreiber, gute Telephone, Karteien, Stapel von Akten dazu. Jede Kleinigkeit war notiert, jede "Querverbindung", jeder "Personenzusammenschluß". Aber in ihren Zimmern, wenn sie uns "zugeführt" hatten, wollten sie zuerst den Namen wissen "für`s Protokoll". Wir selbst sollten ihn sagen. Unseren eigenen Namen, als Antwort auf ihre Frage. "Warum hat man denn Sie weggefangen?", konnte eine Zugabe heißen in der Magdalenenstraße, am Dittrichring 24, in der Rudolf-Diener-Straße 1 oder anderswo, in anderen "BV"s, anderen Bezirksverwaltungen, anderen "KD"s, Kreisdienststellen.
Natürlich waren sie bestens informiert. Wenn der Vernehmer nach deinem Namen fragte und vorgab, nicht zu wissen, wer da vor ihm saß, dann war es Taktik, Ritual, auch Hohn, und hatte nur eine Funktion: Dir klarzumachen, daß du ein Nichts bist, einer, der hier nicht zählt, und der sich immer wieder zu erklären hat: was, wer, warum, wozu, weshalb ... Und auch später, in ihren IM-Berichten, Konzeptionen oder wenn ein "OV" begann, ein "Operativer Vorgang", wenn losgespitzelt wurde und Maßnahmen ergriffen wurden für die "Zurückdrängung/Zersetzung" der Opposition: was für ein Wust an Namen von Betroffenen, Adressen, Details!
Und wie phantasiereich die Welt ihrer Decknamen: "Helmut Falke", "Rubin", "Toska", "Czerny", "Paul Bonkarz", "Coja", "Bartholomäus Runge", "Tilo Buchholz", "Milan", "Rose", "Muck", "Dr. Gollus", ...

Und welcher Umgang wird vorgeschlagen von gewählten Vertretern dieser deutschen Republik? Nach all den Jahrzehnten von Druck, Demütigung und sozial ausagierter Gewalt? Schwamm drüber, Beton, Schlußstrich, Akten vernichten oder verbrennen, auf jeden Fall sichern, möglichst keinen ranlassen auf möglichst lange Zeit. Ausgenommen Auserwählte, Dienste wahrscheinlich, Beamte, Beauftragte aus Ministerien. Schnur, de Maiziere, Böhme, die IMs als deutsche demokratische Politiker an der Spitze nach den großen Demos! Wie lange war sie ersehnt, diese freie Wahl, die gute Demokratie, in Prag gewinnt Havel, in Warschau Walesa. Und bei uns? Blockparteien, IMs!
Wie bitter, wie grotesk. Und was kommt von ihnen? Diese spitze, wortkarge Abwiegelei, dieser angstvoll-vorwurfsvolle aggressive Ton: "Für mich ist diese Angelegenheit beendet", sagt einer.

Aber für uns nicht. Euer Geheimnis muß weg, eure Macht. Mit diesem Sumpf, dieser Lüge, dieser Vergiftung, dieser fortgesetzten Verarschung wollen wir nicht länger leben! Die ökonomisch-ökologische Katastrophe ist schlimm genug, wir wollen nicht noch eine psychische dazu. Keiner kommt durch, die Akten verschlossen, die Namen unbekannt, die Generäle in guter Pension, der 1.Sekretär im imperialen Auslandsurlaub - was soll uns noch zugemutet werden? Jetzt nennen wir ihre Namen. Keinem soll ein Haar gekrümmt werden. Keine Gewalt. Die wildgewordenen Jungpioniere, die jetzt in Lichtenberg rumgeistern, Glatzen tragen und Ausländer jagen, brauchen Lehrstellen, gute Gespräche und ein deutliches Nein: weder Stalinisten noch Faschisten sollt ihr werden, ihr Vierzehnjährigen, also Stiefel mit Stahlkappen ausziehen. Ihr seid ihre Kinder, aber auch unsere Leute, wir geben euch nicht auf. Zwei Kriege genügen, zwei Diktaturen, dieses Rumschnauzen und Täter spielen - nie mehr! Und keiner soll im Knast sein, weder Mielke noch Tisch, die sollen jetzt nicht in den Zellen der politischen oder sozialen Gefangenen sitzen und zu Opfern werden, das kommt ihnen nicht zu. In Kleingärten sollen sie leben, frei, aber befragt und gestellt, vor allem solche Herren wie Mittig und Wolf, die ganz Schlauen, die Dynamischen, die bereit sind, in Talk Shows zu sprechen mit milder Stimme: ihre Taten erörtern, ihre Verantwortung klären, ihre Befehle und wer sie ausführte, wo wie, wann.
Denn es wurde ja Leid zugefügt, Angst gemacht, Lebensjahre sind weg. Matthias Domaschk ist tot, Gera, U-Haft, zwischen dem 10. und dem 12.4.1981, einem Wochenende. Durchgeführt wurde die "Maßnahme" von der Abteilung IX, Peißker hieß der letzte Vernehmer, Protokoll beendet 12.15 Uhr. Und dann? In den Keller gebracht? Oder bei der Leibesvisitation? Oder im Gang? Oder in der Zelle? Habt ihr einen anderen scharfgemacht, hat einer gewartet? Bald werden wir es wissen, sehr bald.
Immer wußtet ihr unsere Namen. Und unsere Schwächen, ob wir Kinder haben, ob gerade gelacht wird oder geweint, welches neue Gedicht entstanden ist, ob der § 106 "Nahrung bekommt" (staatsfeindliche Hetze) und ob Katja Havemann noch in Berlin ist oder schon auf der Fahrt nach Grünheide.
Jetzt nennen wir eure Namen. Und sehen in Kürze nach, was in den Akten steht. Das Geheimnis muß weg. Das "konspirative Spiel", ihr versteht, ist aus. Öffentlichkeit, Menschenrechte, Datenschutz, Demokratie: werden da "Rechte Dritter verletzt"?
Verklagt uns doch.
Dafür gehen wir auch nochmal auf die Straße, vor Gericht oder ins Gefängnis, wenns sein muß.

Das NEUE FORUM und die Machtfrage

Ein notwendiger Rückblick am 3. Oktober 1991 / Von Klaus Wolfram

Das 41. Jahr der DDR und das erste Jahr des gepreßt atmenden Gesamtdeutschland finden keinen Maßstab an dem Tag, der sie voneinander schied. Der 3. Oktober 1990 war der beliebige Termin, den eine zerquälte Volkskammer Wochen zuvor bis früh um 3.00 Uhr ausgestimmt hatte, als der Souverän, das Volk, schlief. Der Tag konnte sich auf den zweiten Staatsvertrag stützen, die bürokratische Eintrittskarte in das Staatsgebiet der Bundesrepublik. Der Vertrag hatte festgeschrieben, was die Bundesregierung für angemessen und notwendig hielt – und was die Revolutionszeit in der DDR nicht hinreichend geklärt hatte.

Foto: Rolf Zöllner

7. 12. 89, 9 Uhr: Der Runde Tisch wird im Bonhoeffer-Haus eröffnet

Einen Maßstab zur Bewertung dieser zwei Jahre in Deutschland wird man erst finden, wenn man bis in den rauschenden Revolutionsherbst 89 zurückgeht. Gegenüber der bedrückten Schweigsamkeit heute fällt es fast schwer, sich den Lärm und die Offenheit von damals in Erinnerung zu rufen. Der aufrechte Gang wurde für einige Wochen zwischen Oktober und Dezember aus einem Schlagwort zur Erfahrung. Er war plötzlich als Haltung der Fußgänger auf der Straße zu sehen. Die Blicke waren heller, die Stimmen freundlicher. In diesen Wochen begann neues politisches Denken und Handeln.

Fast jeder, der sich endlich zu Wort melden wollte, tat den ersten Schritt dazu durch die Bildung einer Gruppe des NEUEN FORUM. Mit der Selbstverständlichkeit einer Bürgerinitiative kamen solche Gründungen durch jüngere Leute oder durch früher isolierte Oppositionelle spontan zustande. Die erste Vernetzung funktionierte durchaus. In Berlin, im Atelierraum Bärbel Bohleys, war ein ständiger Telefondienst eingerichtet, der sich bemühte, die Nachrichten aus den Orten zu sortieren, zu prüfen und wieder untereinander zu vermitteln. Noch wichtiger als die Zahl der Unterschriften unter dem ersten Aufruf zur Bildung eines NEUEN FORUM war vielleicht die Zahl der Orte, von denen so deutlich wurde, daß in ihnen Gruppen des NEUEN FORUM die Initiative übernommen hatten.

Schon im Dezember und noch mehr dann im Januar 90 gingen viele Mitglieder dieser Gruppen in die Richtungen auseinander, die inzwischen durch die Ausstrahlung der westdeutschen Parteien ins politische Angebot gekommen waren. Das war zuerst die SPD, in Thüringen und Sachsen die DSU, später schließlich alle alten Blockparteien. Doch im Oktober und November breitete sich die Initialzündung der Demokratisierung noch als landesweite politische Bürgerbewegung aus.

Alle Ansätze neuer Willensbildung waren damals im NEUEN FORUM konzentriert. Hätte es sie nicht gestaltgebend aufgreifen können? Hätte es sich nicht der Machtfrage stellen müssen? Welche Gestalt hätte eine weiterhin aktiv eingreifende Bürgerbewegung den politischen Ergebnissen der Jahre 89 und 90 geben können? Das sind Fragen, die manche der damals Beteiligten immer noch bewegen. Doch sind es keine Fragen von nur privatem Interesse. Die Konstellationen von damals sind die Verdrängungen von heute. Doch eben deshalb sind sie auch die Konflikte von morgen.

Tatsächlich stand während der letzten Novemberwoche und in der ersten Dezemberwoche 89 die Machtfrage vor dem NEUEN FORUM. Ob sie auch bemerkt wurde, ist schwerer zu sagen. Dreimal blitzte die Frage in diesen zwei Wochen auf. Zunächst war vom NEUEN FORUM Karl-Marx-Stadt ein Aufruf zum Generalstreik ausgegeben worden. Die etwas dubiosen Umstände, unter denen er zustande gekommen war, und seine im Grunde schon überholten Forderungen führten zur Ablehnung auf der nächsten Sprecherratssitzung. Doch zeigte die große Resonanz, auf die er stieß, daß er führbar war.

Der DDR-Sprecherrat traf sich damals im Französischen Dom am Berliner Gendarmenmarkt. Das Treffen am 2. Dezember, das den Streikaufruf behandelte, hatte auch festzulegen, wer und mit welchem Auftrag zur Eröffnung des Runden Tisches gehen sollte, die für den 7. Dezember vorgesehen war. Da niemand so recht wußte, was dort zu wollen war, entstand einiges Zögern darüber, wer die Verhandlungsführer sein sollten. Ein Runder Tisch erschien der Sonnabendsitzung noch als eher repräsentative Aufgabe, bei denen vor allem vermieden werden sollte, sich in die Legitimationskrise der All-Blockparteienregierung hineinziehen zu lassen. Nach anfänglicher Ablehnung des Runden Tisches war inzwischen klargeworden, daß sich das NEUE FORUM nicht entziehen konnte. Doch wie dort in die Vorhand zu kommen wäre, war nicht klar.

Der Verhandlungsauftrag wurde festgelegt: Die Modrow-Regierung solle sich zur Übergangsregierung erklären, die Wirtschaftsdaten offenlegen, die Kommunalwahlen wiederholen, das MfS auflösen u. ä. Nachdem Reinhard Schult vorgeschlagen worden war, schlug er Ingrid Köppe aus Köpenick und Rolf Henrich, der damals noch mitarbeitete, vor.

Die Regierung Modrow war gerade drei Wochen alt. Wie man die Forderung, sie solle sich zur Übergangsregierung erklären, durchsetzen wollte, blieb unklar. Ebenso unausgesprochen blieb, daß diese Forderung im Grunde auch die Auflösung der noch bestehenden Volkskammer einschloß, die diese Regierung gewählt hatte und sich jetzt noch in der Rolle fühlte, die Beschlüsse des Runden Tisches als „Empfehlungen" zu behandeln. Zu Ende gedacht, bedeutete die Forderung der „Übergangsregierung" vielmehr die Neubildung der Regierung aus eigener Kraft und die Konstituierung des Runden Tisches als

Übergangs- oder Vorparlament.
Der Sonnabend im Französischen Dom endete mit diesen pauschalen Maßgaben und der ausdrücklichen Ablehnung des Generalstreiks. Auf die eine oder andere Weise spürte jeder, daß die Ereignisse alle Erwartungen übertrafen und wir ihnen kaum noch gewachsen waren. Für Sonntag, den 3. Dezember, hatten die Gründer des NEUEN FORUM, die sogenannte Initiativgruppe, die sich aus Oppositionellen fast aller Bezirksstädte zusammensetzte, zu einem Treffen in Grünheide eingeladen. Es sollten eben diese äußere Schnelligkeit und innere Unsicherheit besprochen werden. Jens Reich sprach wie immer am klarsten über den möglichen Gesamtweg, da ihm das Deutschland von 1848 vor Augen stand; Jochen Lässig schilderte die politische Psychologie der Leipziger Montagsdemonstrationen. Als Hans-Jochen Tschiche aus Magdeburg eintraf, berichtete er, daß die Arbeiter des riesigen Schwermaschinenbaubetriebs SKET am 8. oder spätestens 15. Dezember streiken wollten und ihn nach den richtigen Forderungen fragten. Doch ehe darüber zu reden war, platzte aus Berlin die Nachricht in die Runde, daß Schalck-Golodkowski geflohen sei und überall Betriebswachen und Bürgerkomitees gebildet würden. Damit erhöhte sich die politische Geschwindigkeit ein weiteres Mal. Zu langer Beratung war keine Zeit mehr, wir fuhren zurück nach Berlin, Leipzig, Erfurt, Magdeburg usw. Die Erstürmung der Stasi-Bezirksverwaltungen zeichnete sich für den kommenden Montagabend ab.
Für diesen Abend des 4. Dezember hatte Walter Momper, der regierende Bürgermeister Westberlins, Bärbel Bohley und Reinhard Schult zu einem nicht näher bezeichneten politischen Gespräch eingeladen. Als beide im Rathaus Schöneberg erschienen, fanden sie u. a. Rainer Eppelmann vom Demokratischen Aufbruch, Ibrahim Böhme, damals noch SPD-Vorsitzender, und im Vorraum eine Vielzahl von Presseleuten vor. In langen Auseinandersetzungen wollte Momper den Anwesenden nicht weniger als die Bildung einer Regierung „der Opposition" in der DDR nahelegen. Bohley und Schult faßten die Kandidaten für solche oppositionelle Gemeinsamkeit ins Auge – und lehnten dankend ab. Weder auf den IM im SPD-Gewand noch auf Eppelmann wollte man sich bei so großer Fahrt verlassen. Dazu kannte man sich aus Jahren oppositioneller Arbeit zu gut. Die Presse mußte unverrichteter Dinge nach Hause gehen. Der Königsmacher auch.
Immerhin hatte Momper die Mechanik der politischen Situation richtig erkannt. Der Runde Tisch würde Opposition und Blockparteien-Regierung formal auf gleiche Augenhöhe stellen. Es kam für die Opposition darauf an, sich zu einem wirklichen Gegenüber der Regierung zu machen, sonst konnte nur eine Einbindung in deren Arbeit herauskommen.
Vielleicht befördert durch diesen Abend, fanden während der nächsten zwei Tage noch Überlegungen und Gespräche statt, ob die Eröffnung des Runden Tisches nicht doch zur Rücktrittsforderung an die Modrow-Regierung genutzt werden mußte. Keine andere Oppositionsgruppe außer dem NEUEN FORUM konnte diese Forderung durchsetzen, keine andere Oppositionsgruppe hätte sie zur Vertiefung der Demokratisierung statt nur zur Beschleunigung des Zusammenbruchs nutzen können. Die Streikbereitschaft der größten Betriebe (in Berlin hatten wir schon seit Oktober solche Anfragen) hätte der Regierung keine Wahl gelassen. Die wirkliche Übergangsregierung, die dann zu bilden gewesen wäre, hätte Personen aus allen Gruppen des Runden Tisches einschließen können, nur wäre die „Richtlinienkompetenz" nicht von dem alten Staatsapparat, sondern von der neuen Opposition ausgegangen. Jene Regierung der „nationalen Verantwortung", die dann im Januar entstand, hätte hier mit der richtigen Gewichtung als Regierung der sozialen Verantwortung den Einigungsprozeß mitbestimmen können.
Seit dem 28. November lag der 10-Punkte-Plan Helmut Kohls mit dem Angebot zur Föderation vor, und damit war klar, daß sich die politische Entwicklung jetzt um die Achse der „Wiedervereinigung" drehen würde. Eine Regierung der Opposition wäre ein ernst zu nehmender, weil legitimierter Partner für die Bundesregierung gewesen. Sie hätte die Verhandlungen um die deutsche Einheit selbst eröffnen und durch ihre innenpolitischen Schritte bestimmen können. Die Hauptpunkte, um die es hätte gehen müssen, waren durchaus in aller Munde:
– das Eigentum an Grund und Boden mußte staatlich oder kommunal bleiben,
– für den Bestand an Wohnungen und Häusern mußte eine Besitzform gefunden werden, die privaten Wohnungsmarkt ausschloß,
– eine Übergangsverfassung, die soziale und demokratische Grundrechte ins Gesamtdeutschland einbringt, mußte verabschiedet werden,
– die innere Entmilitarisierung sollte bis zur Auflösung der Armee vorangetrieben werden.
Damals hätte man vielleicht noch einen Schritt weitergehen und ein zeitweiliges Betätigungsverbot für alle (Block-) Parteien aussprechen können bis zur Klärung ihrer Verstrikkung mit dem alten Regime. Ein breiter Konsens dafür war vorhanden – es hätte die schnelle Restauration der alten Machtstrukturen (von Ost nach West und zurück) verhindert und die junge Demokratie zum Selberlaufen gezwungen.
Diese Forderungen schrumpften in der wirklichen Situation am Runden Tisch auf die eine zusammen: Erst Kommunalwahlen, dann Volkskammerwahlen. In den Kommunen war der Aufbruch an Personen und nicht an das Parteienmuster von gestern oder von drüben gebunden. Die Wahlen dort konnten deshalb originärer ausfallen. Doch selbst diese Forderung war nicht mehr durchsetzbar.
Das war das dritte Mal, daß sich dem NEUEN FORUM die Machtfrage stellte. Stellte es sich dieser Frage? Kaum. Anders als die Runde bei Momper kannten wir uns nicht zu gut, sondern zu schlecht. Die handelnden Personen wußten oft wenig voneinander, in der halblegalen Opposition zuvor hatte es keine Breite und Tiefe gegeben. Jetzt ging man nach Ausstrahlung. Wer kämpferisch gesonnen war, sah sich „links" und vermochte meist nicht die gedankliche Schwelle der Zweistaatlichkeit zu übersteigen. Unerträglich war in der Tat die Übergabementalität, die sich oft mit der Gegenposition verband. Damit war nun schon gar keine Politik zu machen. Eine gesamtdeutsche Sicht von hohem politischen Niveau hatte damals im NEUEN FORUM wohl nur Jens Reich.

Wie kann man einen Erdrutsch eine Revolution nennen? So wurde damals und wird heute gefragt. Das hängt davon ab, was drin steckt. Die blinde Verlängerung der Bundesrepublik nach Osten hat kaum einen der tausendfachen Aufbrüche aus dem Herbst 89 erfüllt. Ihre Eigentümerideologie droht eine zweite Enteignungswelle in Ostdeutschland zu erzeugen, die Kommunen sind wieder machtlos, der Wohnungsmarkt erhitzt sich immer mehr, die Medien werden wieder parteipolitisch besetzt, von innerer Abrüstung kann keine Rede mehr sein.
Die verordnete dritte große Hilflosigkeit in Ostdeutschland erzeugt eine giftige Agressivität. Auf die halbe Revolution im Osten kriegen wir die ganze Stagnation des Westens zu spüren. Im 19. Jahrhundert galt: aus einer halben Revolution wird eine ganze Konterrevolution. Doch ist eben nicht mehr 19. Jahrhundert. Das hat der Herbst 89 trotz allem bewiesen.

die andere 40 2. Oktober 1991 Seiten 3 und 8

Das NEUE FORUM und die Machtfrage

I'm just a person
I don't claim no country
I just don't need a flag
To say who I am

Calvin Russell

In den 50er Jahren zugedeckt vom Mäntelchen der Vergangenheitsverdrängung meldete sich Ende der 60er Jahre die politische Rechte mit der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zum erstenmal wieder lautstark auf der politischen Bühne zurück. Doch ihre Versuche, sich in der Parteienlandschaft zu etablieren, scheiterten. Bis heute ist ihnen, trotz einiger regionaler Wahlerfolge, kein dauerhafter Erfolg beschieden gewesen.

Doch unterhalb der parlamentarischen Ebenen bildeten sich seitdem rechtsradikale Strukturen und Organisationsformen heraus. Rechtsradikale Jugendliche schlossen sich zu Wehrsportgruppen und paramilitärischen Trupps zusammen, die zunächst klein waren und klandestin arbeiteten. In den 80er Jahren weitete sich das Milieu aus, erfaßte 'normale', frustrierte Jugendliche, fand Rückhalt in einem Teil der Skinhead-Szene, suchte Streit mit Punks und links-alternativen Gruppen. Die Rechtsradikalen politisierten sich, lasen Nazi-Schriften, zogen mit Hakenkreuz-Fahnen durch die Gegend.

Wie weit der Rechtsradikalismus sich ausgebreitet hatte, wurde ab Ende der 80er Jahre deutlich, denn seitdem häuften sich die Überfälle auf Ausländer, die Brandanschläge auf Häuser, in denen Asylsuchende lebten, die Zerstörungen jüdischer Friedhöfe, aber auch die militanten Aktionen gegen linke und alternative Zentren.

Nach dem Fall der Mauer zeigte sich, daß es auch in der DDR ein großes rechtsradikales Potential gibt. Der dort lange beschworene Internationalismus erwies sich als verordnet und aufgesetzt, viele Jugendliche fühlten sich in der DDR nicht verstanden, als outlaws. Sicherlich kamen aktuelle Probleme und Sorgen, etwa die Abwicklung der DDR-Wirtschaft, drohende oder reale Arbeitslosigkeit, Orientierungslosigkeit nach dem Zusammenbruch eines politischen Systems, in dem man aufgewachsen war, dazu. Sicherlich spielten auch ganz egoistische Hoffnungen und Träume, nämlich teilhaben zu wollen am "westlichen Wohlstand", eine Rolle.

Doch wie kann dies dazu führen, daß mitten in Europa, mitten in einem der reichsten Länder der Welt, in dem Demokratie und Toleranz als Tugenden proklamiert werden, rassistische Gewalt sich ausbreiten kann? Hoyerswerda und Rostock haben es vielleicht am deutlichsten gezeigt, weil dort am unverhohlensten Teile der Bevölkerung den Ausschreitungen applaudiert haben, doch es ist ein Problem in West und Ost, es liegt tiefer und es betrifft den Zustand der Gesellschaft: es gibt noch - und wieder - den tümelnden Nationalismus in den Köpfen, die Fremdenfeindlichkeit und den Antisemitismus, deutschen Dünkel und deutsche Arroganz. Alles zusammen hat eine Grundstimmung geschaffen, vor deren Hintergrund die Rechtsradikalen ihre menschenverachtenden Aktionen durchführen können.

Die folgenden Dokumente zeigen an Beispielen aus West und Ost, wo Rechtsradikalismus und Rechtsradikale auftreten können und wie Betroffene sich dagegen gewehrt haben. Einige Texte fragen nach den Hintergründen rechtsradikaler Gewalt. Das Beispiel einer antifaschistischen Demonstration in Hoyerswerda soll aber auch aufzeigen, daß es in der antifaschistischen Szene Meinungsverschiedenheiten und Streit darüber gibt, wie man z.B. bei Demonstrationen auftritt und welche Mittel gerechtfertigt sind.

1.Mai in Duisburg Rheinhausen - Faschistischer Aufmarsch verhindert.

Schon Wochen vor dem 1.Mai war in antifaschistischen Kreisen bekannt: Die faschistische FAP, die sich selbst als die Nachfolgeorganisation der NSDAP sieht, ha t für den 1.Mai eine Kundgebung in Duisburg-Rheinhausen angemeldet.
Fast zeitgleich zum 55.Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften und deren Ersetzung durch die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) wollte die FAP am 1. Mai eine ‚Freie Betriebszellenorganisation' (FBO) gründen. Als Hauptredner war Michael Kühnen, der "Führer der Bewegung", eingeladen. Für 16.00 Uhr hatte die FAP eine Demonstration am Tor 1 der Krupphütte angemeldet.
Das wurde verständlicherweise von den Krupparbeitern als ungeheure Provokation aufgefaßt. Es gründete sich in Rheinhausen eine "Initiative 1.Mai", die zu einer Gegendemonstration in Rheinhausen mobilisierte, während der DGB weiterhin zu einer Kundgebung am Vormittag in DU-Hamborn aufrief. Obwohl die Polizei den Faschistenaufmarsch verbot, vesammelten sich schon am Vorabend viele AntifaschistInnen in Rheinhausen. Der Motorradclub "Kühle Wampe" organisierte die ganze Nacht Motorradstreifen. Man ging davon aus, daß die Faschisten trotzdem erscheinen.
Die Polizei riegelte mit 2 000 Einsatzkräften das gesamte Stadtgebiet ab.

Am 1. Mai beteiligten sich ca. 3 000 Menschen an der antifaschistischen Demonstration und Kundgebung in Rheinhausen. Arbeiter von Krupp, Betriebsräte und Vertrauensleute, verschiedene Organisationen waren beteiligt. Um 16.00 versammelten sich mehrere Tausend Leute vor Tor 1. Inzwischen hatte auch der DGB-Kreis Duisburg zu dieser Aktion aufgerufen. Die Aktionen hatten den Erfolg, daß sich die Faschisten in Rheinhausen nicht blicken ließen.
Sie versammelten sich aber um 10.00 zunächst auf der Autobahnraststätte Bottrop. Dort wurden sie bereits von AntifaschistInnen erwartet. Polizei und Presse waren ebenfalls anwesend. Kühnen verkündete der Presse, daß er von "Kameraden der FAP" zu einem Vortrag über die Lage der Stahlarbeiter geladen worden sei. Seiner Meinung nach sei die Krise der Stahlindustrie nur zu lösen über die "Rückführung der ausländischen Arbeitskräfte" und die "Verstaatlichung der Stahlindustrie". Sich selbst bezeichnete er offen als Nationalsozialist, er wolle eine Plattform für das nationale Lager schaffen.

Im Anschluß daran fuhren die Faschisten zu einer Gaststätte in Bottrop-Kirchhellen. Die Polizei hinderte Antifaschisten an der Verfolgung. In Kirchhellen gründete die FAP die FBO. Zu ihrem Leiter wurde der Unternehmer Ries aus dem hessischen Langen bestimmt. Vor der Gaststätte demonstrierten AntifaschistInnen von der VVN und DKP, wobei es im Verlauf zu einer kurzen Schlägerei mit den Faschisten kam.

Ein größerer Teil der Faschisten war währenddessen unter Polizeischutz nach Düsseldorf gefahren, wo sie sich auf dem Reeser Platz zusammenrotteten. Hier befindet sich das Kriegerdenkmal für das "Infanterieregiment 39". Schon seit langem fordern AntifaschistInnen die Beseitigung dieses kriegsverherrlichenden Denkmals, das immer wieder als Kultstätte für Aufmärsche von Faschisten benutzt wird. Ca. 200 AntifaschistInnen, die von Rheinhausen nach Düsseldorf gefahren waren, trafen die Nazis nicht mehr an.
Die Polizei hat in keiner Weise dazu beigetragen, die FaschistInnenaufmärsche zu verhindern, im Gegenteil: 23 AntifaschistInnen wurden vorläufig festgenommen.

Einmal mehr wurde deutlich, wie wichtig es ist, das Verbot und die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen durchzusetzen.

Antifaz
Antifaschistische Zeitung

Heft 12 / Juni-Aug. 1988
erscheint in Recklinghausen

ANTIFAZ
6-Hefte Abo 18DM
Förderabo ab 25DM

-26-

" Deutsche Disco`s den Deutschen?"

Was tun, wenn in der Lieblingsdiscothek, die Mann/Frau gern besucht, Ausländer " ausgesperrt " werden?

In Siegen " Provinz voll Leben - mitten in Deutschland ", einer sehr provinziellen Großstadt, haben Discothekenbesitzer sich überlegt, ganz einfach Ausländer aus Discotheken auszuschließen. Anscheinend wollten diese Problemen aus dem Weg gehen. Aber " Gott sei Dank" haben sich recht viele gefunden, die dagegen protestieren und politischen Bewußtsein zeigten.

Nachdem bekannt wurde, daß Ausländer (Betonung liegt auf Männer) in die Studentendiscothek und andere Discotheken nicht mehr herein kommen, hat sich eine unglaubliche Solidarität (endlich einmal!) gebildet.
Angefangen hat alles mit einer lockeren Gruppe aus Betroffenen und von VertreterInnen der örtlich organisierten AusländerInneninitiativen. Nach mehreren Treffen beschloß Mann/ Frau ganz einfach, zu einer Demonstration vor den Discotheken aufzurufen, der erfreulicherweise 100 - 150 Leute gefolgt sind. Konsequenz daraus war eine bemerkenswerte Angst der Discothekenbesitzer - um ihr Geld. Es folgten Dialoge, die aber trotz Versicherung der Discothekenbesitzer.." sie seien ja nicht ausländerfeindlich, aber..." - nicht sonderlich effektiv waren. Immer wieder kam von Seiten der Discothekenbesitzer das Argument, daß Ausländer drekkig seien und nur darauf aus sind, deutsche Frauen anzumachen - was gegenüber den deutschen Männern, die den " Markt " für sich haben wollten - einfach eine Unverschämtheit ist. Es wurde viel überlegt und viel geredet. Öffentlichkeitsarbeit folgte. Der lockeren Gruppe kam die Idee, doch in einer Diskothek eine Diskussion zu veranstalten, die in Frage stellen sollte, ob die deutsche Disco`s nur für Deutsche zugänglich sein sollen.
Die beiden Besitzer der Studentendiscothek No.1 - denen vielleicht jedes Mittel recht ist, Geld in ihrer Kasse klingeln zu hören - sagten, da sie ja zum Dialog bereit seien, spontan zu. Konkret hieß das eine Diskussion in einer Discothek vorzubereiten, welche dann auch folgte. Es kamen viele, die sich gegen diese Art von Ausgrenzung wehren wollten. Erfreulicherweise konnte auch festgestellt werden, daß viele Leute die Läden, die Ausländerbegrenzung hatten, mieden und durch Abwesenheit glänzten. Deutlich wurde in der sehr hitzigen Diskussion, daß Mann wie Frau auf bestehende Beschränkung von Ausländerausgrenzung keinen Wert legten und legen. Im Gegenteil - vielen wurde bewußt, wie wichtig hier der Ansatz zum Abbau von Ausländerfeindlichkeit ist, und man überlegen sollte wie Mann / Frau hier konstruktiv der Ausländerfeindlichkeit entgegen tritt.
Ergebnis der Diskussion ist die Bereitschaft der Diskothekenbesitzer die Ausländer wieder ohne Beschränkung in die discothek zu lassen.

Boykott und politisches Bewußtsein zu zeigen hat also doch noch einen Sinn!!

Grenzen-Los

ZEITUNG FÜR AUSLÄNDER- UND FLÜCHTLINGSFRAGEN NR. 5/91

erscheint in Siegen

Denkimpulse zum eigenen Rassismus

Wenn mensch Augen und Ohren offen hält, dann bekommt mensch von der zugespitzten Situation in diesem großdeutschem Reich auch etwas mit. Auch wenn mensch weiß ist und auch wenn mensch gar weiß und männlich ist. Denn grad in diesem Sommer steigert sich die Hetze gegen nicht-deutsche Menschen bis zum offenen Schüren von Progromen, wie es das Massenverdummungsblatt BILD im Stürmerstil praktiziert:"***ASYLANTEN - MUSS DIE BUNDESWEHR EINGESETZT WERDEN***?" (BILD AM 15.8.91). Und diese rassistische Volksverhetzung lesen 15 Millionen Doofdeutsche täglich!

Ich als nicht-deutsche Frau lese, wenn ich eine Zeitung aufschlage, höre, wenn ich in der Staßenbahn sitze, spüre, wenn ich durch die Straßen gehe, den Haß vieler deutscher Menschen. Jeden Tag bin ich mit Rassismen konfrontiert. Jeden Tag muß ich kämpfen, um nicht meine Selbstachtung zu verlieren. Es ist mühselig und schwierig, dabei immer noch aufrecht zu gehen und immer noch lachen zu können. Habe Angst abzustumpfen, da ich fast keine Kraft mehr habe, offen den Rassismen entgegen zu treten. Da es mich verletzt und ich auch keine Lust und Kraft mehr habe, immerzu nur Schmerzen zu fühlen. Es hilft mir, mit anderen mir lieben Menschen über meine Ängste zu reden und dies auch zu hinterfragen. Um Rassismen zu erkennen und diese auch zu benennen, habe ich selber unheimlich viel aufgearbeitet, was auch erstmal rational gemacht werden mußte. Bei dieser Arbeit habe ich gelernt, offen und bewußt mit dem Anderssein umzugehen. Mit mir selber als nichtdeutsche Frau in diesem Land, wo ich mit Sprüchen wie "Ausländer Raus !" aufgewachsen bin. Doch ich habe in diesen Jahren auch gelernt, auf meine Kraft zu vertrauen und mich auch mit anderen Frauen und Männern gegen die HERRschenden Rassismen zu wehren. Was schwierig ist und auch unheimlich viele Differenzen aufgezeigt hat. Ich fühle und denke als Anarchafeministin und versuche auch so zu leben, was auch unheimlich schwierig ist. Denn diese sogenannte Szene ist fast durch und durch weiß. Und dies spiegelt sich auch in der politischen Arbeit wieder. Denn es wird seltenst über die eigenen Rassismen geredet; eine linke Szene kann ja nicht rassistisch sein. Mensch fragt sich nicht mal, was für Ausgrenzungsmechanismen innerhalb dieser Szene spielen, weshalb fast gar keine nicht-deutschen Menschen aktiv in der Szene politisch und auch persönlich wirken. Wieso auch, es gibt ja eine Antifa-Gruppe, die antifaschistische Demos organisiert und Skins verprügelt.

Doch auch diese Szene ist dabei, sich zu entwickeln. Sie hat eine sehr weiße, überwiegend männergeprägte Geschichte. Dies kann mensch nicht leugnen und nur verpaßte Diskussionen wieder aufgreifen. Eigentlich auch mehr von der Notwendigkeit antirassistische Diskussionen und Praxis zu entwickeln und das auch deshalb, da schwarze Frauen die Energie und das Selbstvertrauen gehabt haben, die Begriffe der Gleichheit des Kampfes und der eurozentrischen Beurteilung der Kämpfe im Trikont mal auseinander zu nehmen und eine eigenständige Analyse zu Unterdrückungsmechanismen innerhalb eines Systems und unter den Menschen zu entwickeln. Was auch kontroverse Diskussionen innerhalb der radikalen Frauenbewegung ausgelöst hat, was wiederum nachher von den Männern in der Szene teilweise aufgegriffen wurde. Doch die HERRschenden Verhälnisse haben sich auch in den letzten Jahren in der Metropole BRD so zugespitzt, daß es einfach notwendig geworden ist, sich gegen den sich offen und mit seinen ganzen Grausamkeiten zeigenden Rassismus zu wehren und Widerstand zu zeigen. Was auch wiedermal nicht so einfach ist,denn dafür sind ja auch Strukturen wichtig, die diesen Widerstand tragen müßten.

Die weiße Szene wußte auch nicht, wie sie auf die verschärften rassistischen "Ausländerinnengesetze" reagieren sollten. Wußte auch erstmal nicht so recht, was sie gegen die massenhafte Abschiebungen von geflüchteten Menschen machen sollte.
Dies zeigt, wie rassistisch die Szene war und immer noch teilweise ist, die in ihren Theorien Rassismen teilweise immer noch ignoriert und dies jetzt endlich als einen Unterdrückungsmechanismus, gleichberechtigt zusammen mit Patriarchat und Kapital sieht.

Dies zeigt, wie wenig sich die sog. Szene mit Rassismen in ihren Theorien und Analysen von Herrschaftsstruukturen auseinandergesetzt hat.Erst im letzten Jahr kamen endlich Diskussionsbeiträge mit einer weitaus differenzierteren Betrachtungsweise von Herrschaft rüber. Nämlich daß auch endlich erkannt wird, daß Rassismen als Unterdrückungsmechanismen von Herrschaftssicherung gleichberechtigt mit Patriarchat und Kapital gesehen werden müssen.

Die Wechselwirkung dieser drei Arten von Unterdrückungsmechanismen müssen verstärkt in Theorien, Geschichte, Alltag und Praxis sichtbar gemacht werden. Damit Strukturen gebildet werden können, die diesen herrschenden Rassismen etwas entgegenhalten können. Deshalb ist es jetzt schon enorm notwendig, die geflüchteten Menschen bei ihrem Widerstand zur Durchsetzung des Bleiberechts hier in der Metropole aktiv in aller möglichen Art zu unterstützen. Bei dieser Unterstützerinnenarbeit ist wichtig, immer die eigene Position im Herrschaftsverhältnis klar vor Augen zu haben. Um zu erkennen, daß ein weißer Mensch immer privilegiert ist gegenüber den nicht-deutschen Menschen, und noch mehr, wenn mensch männlich ist. Das ist deshalb so immens wichtig, damit die verinnerlichten Herrschaftsstrukturen nicht bei der Zusammenarbeit mit schwarzen Menschen projiziert werden.

Dieses Ablegen der eigenen verinnerlichten Rassismen kann nur erfolgen, wenn weiße Menschen sich nicht nur distanziert und analytisch damit auseinandersetzen, sondern versuchen im alltäglichen Leben die Bedingungen der Menschen hier mitzubekommen...

Nr. 9 v. Sept./Okt. 1991, S. 7
erscheint in Münster

„Einen braucht der Mensch zum Treten"

Wachsender Fremdenhaß und Rassismus in der DDR

Foto: Harald Hauswald

Sie wurden angerempelt und gestoßen, bedroht und als „Schweine" beschimpft – junge Türken aus Duisburg, die sich auf die Begegnung mit der DDR gefreut hatten.

Statt der erhofften Gespräche kam es zu Pöbeleien: „Was sucht Ihr hier? Wir Deutsche haben selbst genug Probleme." Die Reise fand ein schnelles Ende. Viele in der Gruppe hatten „schließlich Angst, überhaupt noch auf die Straße zu gehen".

So geschehen in diesen Tagen, in einem Land, dessen Bürger eine „sanfte Revolution" durchführten – Reisefreiheit eine ihrer ersten Forderungen. Was aber ist das für ein Triumph, endlich in fremde Länder reisen zu können, wenn zugleich Fremde aus diesen Ländern Opfer von Haßausbrüchen werden? „Ausländer raus!" Auch mit diesem Sprechchor endeten die Leipziger Montagsdemos.

Das, was jene türkischen Mädchen und Jungen erlebten, ist längst Alltag in der DDR, Studenten aus Afrika und Südamerika werden überfallen und von rechtsradikalen Schlägerkommandos durch die Straßen gehetzt. Vietnamesischen Arbeiterinnen wird die Hälfte der Reistüten aus dem Einkaufswagen genommen: „Ihr kauft uns den Laden leer." In manchen Restaurants werden farbige Ausländer nicht mehr bedient. „Sie sind hier nicht erwünscht", lautet die Antwort auf den zaghaften Versuch einer Bestellung.

Unverhohlener Rassismus, Fremdenhaß und nationalistischer Dünkel gehen um in diesem unseren Land. Erneut wandelt sich die Parole: „*Wir* sind ein Volk!" Diesmal richtet sie sich gegen alles, was anders ist. Eine pathologische Reaktion auf jahrzehntelang ertragene (und erduldete) Unterdrückung und Mangelwirtschaft, auf neue Ängste und Unsicherheiten. Feindselige Stimmungen werden geschürt. „Die nehmen uns alles weg."

Dabei sind die Lebensbedingungen für die etwa 90 000 in der DDR arbeitenden Vietnamesen und Moçambikaner, Angolaner und Kubaner alles andere als rosig. Sie leben ghettoähnlich in getrennten Wohnblöcken, haben sich auf wenige Quadratmeter zusammenzudrängen und häufig einen Teil ihres ohnehin nicht hohen Einkommens an die Entsendeländer abzuführen. [ ]

Neu sind die Ressentiments und ablehnenden Stimmungen gegenüber Fremden nicht. Die Polen bekamen sie, von der Einheitspartei gegen den „Solidarność-Bazillus" angeheizt, schon Anfang der 80er Jahre zu spüren. Neu ist das Ausmaß und die unverhüllte Öffentlichkeit. Neu ist auch die Explosion jenes rücksichtslosen Nationalismus. „Deutschland erwache!" Das Erwachen der Sehnsucht nach *einem* Deutschland sollte nach dem 9. November nicht erschrecken. Erschrecken aber sollte die Art des Erwachsens, der nationale Taumel, der aggressive Marschschritt, mit dem Teile der Bevölkerung auf die deutsche Einheit zustürmen. Die hysterische Erlösungssucht schiebt dabei alles beiseite und wähnt sich „in gutem Recht". Und die Rechte der anderen?

Rücksicht auf die Rechte von Minderheiten exerzierte das alte Erziehungsregime am Beispiel der Sorben. (Wie das geschah, wird auch noch zu hinterfragen sein.) Ansonsten wurde die Welt nach festgestanzten ideologischen Mustern in Freund und Feind geteilt. Toleranz galt als bürgerlich, als zu kritisierende „Verschwommenheit". Auch da liegt eine Ursache.

Hinzu kommt das Erleben des wunderbaren Wohlstands im Westen, der protzig vorgeführten „Jetzt-kommt-Kurt"-Manier, die einem nur noch das Gefühl von minderwertigen „Habenichtsen" übrigläßt. Erniedrigung dort, sucht Ausgleich in Überhebung hier. Es ist nicht zuletzt diese Wut auf die – mitverschuldeten – eigenen Lebensumstände, die sich nach außen gegen andere entlädt. „Einen braucht der Mensch zum Treten, einen hat er immer, der ihn tritt" singt Konstantin Wecker ebenso bitter wie wahr.

Was wunder, daß sich da auch der Antisemitismus wieder zur Oberfläche durchfrißt. Auch er ist in der DDR nicht ohne Geschichte. Sie reicht von den frühen stalinistischen Kampagnen gegen das „kosmopolitische Gesindel" bis zur Nachahmung faschistischer Rituale unter Schülern – auf der Suche nach extremsten Formen der Provokation. [ ]

Die jüdische Gemeinde Adass Jisroel beklagt in letzter Zeit mehrere Grabschändungen auf ihrem Friedhof in Berlin. Und nicht nur das. Durch jene Straße, in der das Gemeindezentrum seinen Sitz hat, zogen kürzlich Trupps, die „Hoch leben die Reps" und „Juden raus" grölten. An einer Häuserwand in Berlin-Mitte hingen tagelang mehrere antisemitische Plakate: „Wehrt Euch gegen das internationale Judentum". Als schließlich eine junge Frau daran ging, diese schändlichen Zeugnisse mühselig abzukratzen, machten vorbeigehende Passanten ihr gerade dies zum Vorwurf: „Sie sind ja intolerant!"

Dieter Krause

die andere 16
10. Mai 1990
Preis: 1,– M (BRD und WB: 3,– DM)
ISSN 0863-243x

Antifaschistische Demonstration in Hoyerswerda

29. September 1991

Um es vorweg zu nehmen: Die Demo war mit etwa 4000-5000 TeilnehmerInnen ein Erfolg, es bleibt aber ein zwiespältiges Gefühl...

Zunächst war es faktisch ein Erfolg, daß die Demo angesichts der Provokationen der Polizei überhaupt stattfinden konnte. Zur Erinnerung: Die Durchführung der Demo wurde ja durch Polizeisperren systematisch verhindert, zunächst direkt vor dem nunmehr leerstehenden Flüchtlingswohnheim in der Thomas-Müntzer-Str.; anschließend, nachdem die Demo vor dieser Sperre umgedreht hatte, nochmals eine Querstraße weiter. Sie konnte erst nach mehrstündigen, letztlich erfolgreichen Verhandlungen überhaupt durchgeführt werden. Dieses überraschende Resultat (wann hat man schon einmal erlebt, daß die Polizei auf ganzer Linie nachgibt?) war vermutlich eher auf polizeiinterne Konflikte zwischen BundesGrenzSchutz und örtlicher Einsatzleitung zurückzuführen und weniger auf die geschickte Verhandlungstaktik der Demoleitung. Das Ergebnis bleibt trotzdem erst einmal positiv - auch deswegen, weil die große Mehrheit der TeilnehmerInnen sich nicht auf die Provokation des BGS eingelassen hat: Die Randale an der zweiten Sperre war zwar heftig, aber nur kurz und mündete eben nicht in eine allgemeine Eskalation. Das Muster, das durch das Vorgehen der Polizei hergestellt werden sollte, daß Linksradikale letztlich sich nicht großartig von Neonazis unterscheiden, konnte so wenigstens ansatzweise durchbrochen werden.

Positiv war auch, daß dieses Vorgehen der Polizei sich nicht nur als Wut in unseren Bäuchen niederschlug, sondern auch - via Lautsprecherwagen - der Versuch unternommen wurde, dieses Verhalten öffentlichkeitswirksam als skandalös zu vermitteln. Vermutlich kam es nicht umsonst während der dann laufenden Verhandlungen vor der zweiten Polizeisperre zum ersten Mal in Hoyerswerda zu spontanen Sympathiekundgebungen aus dem angrenzenden Wohnblock.

Ziel der Demo war es,

- den objektiven Sieg der Faschisten - Hoyerswerda als erste "ausländerInnenfreie" Stadt - nicht kommentarlos hinzunehmen,
- auf die neue Qualität der faschistischen Übergriffe in Hoyerswerda hinzuweisen: zum ersten Mal war es nicht nur zu vereinzelten Überfällen auf AusländerInnen gekommen, sondern zu tagelangen, pogromähnlichen Angriffen unter dem Beifall eines großen Teils der AnwohnerInnen,
- die Leute in Hoyerswerda anzusprechen, die die Ausschreitungen auch verurteilten und ihnen Mut zu machen, selbst aktiv zu werden,
- die faschistische Szene Hoyerswerdas zu verunsichern bzw. einzuschüchtern.

Angesichts der extrem kurzen Vorbereitungszeit konnten diese Ziele teilweise recht gut eingelöst werden - soweit dies im Rahmen einer vereinzelten Großaktion wie einer Demo überhaupt möglich ist. Einzelnen Pöbeleien von Faschisten oder deren Sympathisanten am Rande der Demo wurde energisch entgegengetreten - in einigen Fällen zu energisch. Es gab massive Sprühereien und Klebereien (über deren Inhalt sich im einzelnen gewiß noch trefflich streiten ließe), einige sehr gute Redebeiträge, die gerufenen Parolen erschöpften sich nicht nur in den üblichen Vertreibungsphantasien, sondern richteten sich stärker als üblich direkt an die Bevölkerung, mit der Aufforderung, einzugreifen und selbst aktiv zu werden. Nachdem die Demo am frühen Abend endlich stattfinden konnte. gab an der Spitze des Zugs einen Block Hoyerswerdaer Bürger und Bürgerinnen, der etwa 100 Leute umfaßte - so blieben diese Aufforderungen nicht gänzlich ohne Resonanz. Angesichts des Klimas in Hoyerswerda und des doch recht autonomen Erscheinungsbilds der Demo ist diese Zahl nicht gar so gering einzuschätzen. Klar blieb, daß eine solche Demo eine kontinuierliche antifaschistische und antirassistische Praxis nicht ersetzen kann; klar ist auch, daß es nicht Aufgabe der Berliner Linken sein kann, in mehr oder weniger hauptstadtarroganter Manier ins Umland zu fahren und dort den *troubleshooter* zu spielen.

Zu den Ereignissen, die den Erfolg der Demo zwar nicht grundsätzlich in Frage stellen, aber doch relativieren und perspektivisch eher gemischte Erwartungen wecken.

- Bereits vor Beginn der Demo wurden ca. 20 Autos mit Hoyerswerdaer Kennzeichen von TeilnehmerInnen der Demo angegriffen und beschädigt. Die Überfälle auf AusländerInnen in Hoyerswerda und die Atmosphäre in der Stadt haben wohl bei jeder TeilnehmerIn der Demo zu Unwohlsein geführt - ein Gefühl, sich in feindlich gesonnenem Terrain zu bewegen. In dieser Situation konnten anscheinend einige Leute nicht begreifen, daß auch Hoyerswerda nicht aus knapp 70.000 FaschistInnen besteht.
- Kurz vor der ersten Polizeisperre wurde ein Team des ZDF angegriffen, der Kameramann verletzt, die Kamera zerstört. Die eh' schon minimalen Chancen, zu einer breiteren und besseren Berichterstattung zu kommen, dürften sich dadurch nicht gerade verbessert haben - und gerade solche Demos müssen von einer breiten Öffentlichkeit angemessen wahrgenommen werden können.
- Als vor der ersten Sperre in der Thomas-Müntzer-Str. klar wurde, daß die Polizei die Demo nicht durchlassen würde, fingen einige Leute an, Gehwegplatten auszugraben. Als andere TeilnehmerInnen intervenierten und nach dem Sinn einer militärischen Auseinandersetzung an diesem Ort und zu diesem Zeitpunkt fragten, werden diese angegriffen: es kam zu Prügeleien innerhalb der Demo. Diese Situation führte letztlich zum Entschluß der Demoleitung, umzukehren und die Demo auf einer anderen Route durchzuführen - eine Entscheidung, die den Konsens anscheinend so gut traf, daß sie von fast allen TeilnehmerInnen sofort akzeptiert wurde.

Nochmal zur Klarstellung: Es dreht sich bei diesem Konflikt nicht um prinzipielle Gewaltlosigkeit, sondern darum, wann welche Form von Militanz angebracht und angemessen ist. Darüber können unterschiedliche Einschätzungen bestehen, unterschiedliche Analysen mögen ihnen zugrunde liegen - darüber sollte eine Diskussion möglich sein. Eine solche Diskussion wird aber unmöglich, wenn Leute mit anderer Einschätzung angegriffen werden oder, wie auf der anschließenden Vollversammlung am 30.9., mit Beleidigungen und Androhungen körperlicher Gewalt eingeschüchtert werden sollen. [ ]

telegraph 10/1991, S. 4-6

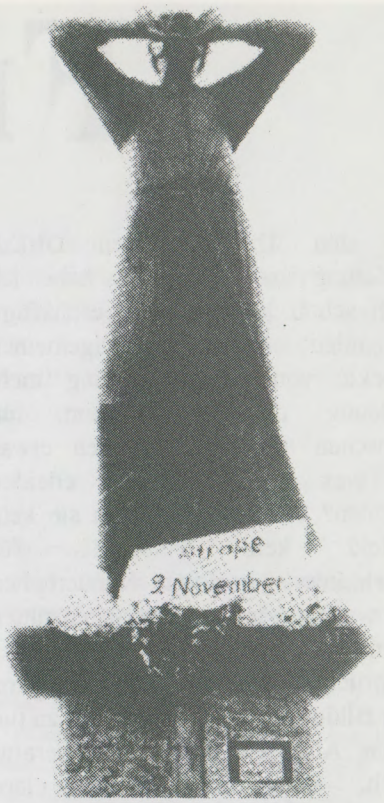
BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

OSTBERLIN 3 DM

11

15. November 1991



Antifa-Ratschlag in Dresden

1.-3.11.1991

Ein breites Bündnis autonomer Gruppen, Organisationen, Christen und Parteien rief auf und viele kamen.

Schon am Freitag den 01.11.1991 waren es gut dreihundert Menschen, die den Weg nach Dresden und in die Polytechnische Hochschule fanden.

Autonome, Bürgerbewegte, Christen, Parteileute, Unorganisierte aus allen Teilen Deutschlands, der Schweiz, Österreichs und Großbritanniens. Gemeinsames Anliegen war, sich auszutauschen, miteinander ins Gespräch zu kommen, Kontakte zu knüpfen, um in Zukunft besser und vor allem gemeinsam gegen Faschismus und Rassismus handeln zu können, ohne seine eigene Identität aufzugeben.

Am 2.11. wuchs die Teilnehmerzahl auf etwa 500 an.

In drei Plenarveranstaltungen, 10 Arbeitsgruppen und 5 Workshops wurde zu den Themen faschistische Organisierung in Deutschland seit 1945, historische Bezüge, rassistische Erscheinungen, Politik mit Flüchtlingen, Asylrecht, Antifaschismus und Staat, Selbstschutz, Sozialarbeit und Frauen-Antifa diskutiert und Erfahrungen bei der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit ausgetauscht. Dabei kamen immer wieder Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen zu Tage.

Die Atmosphäre in den Arbeitsgruppen war im allgemeinen gut. Das gilt allerdings für zwei Arbeitsgruppen nicht. Während in der AG "Entstehung von Neofaschismus in der ehemaligen DDR" am Thema vorbeigeredet wurde und die mehrheitlich westlichen Teilnehmer hauptsächlich über die Historie von Faschismus und der Erblastschuld des Stalinismus an der Diskreditierung des Antifaschismus debattierten, wurde in der AG "Grundlagen und Ursachen von Rassismus" von Seiten einschlägiger Kräfte versucht, die Diskussion dahingehend zu dominieren, daß die Arbeiterklasse in ihrem Wesen eine hehre, antirassistische Klasse wäre und daß ihr ein etwaige Fehlorientierungen bestenfalls von den politischen Verhältnissen aufgezwungen würden. In einem zweiten, kürzeren Diskurs wurde von gleicher Seite das Zutreffen des Begriffes Rassismus für die heutige Zeit in Frage gestellt.

Vernetzung wurde während des Treffens groß geschrieben und nicht nur in den Arbeitsgruppen. Überall auf Gängen in Räumen in der Kneipe des Studentenklubs standen Leute und tauschten Adressen, schlossen Verabredungen, vereinbarten Zusammenarbeit.

Durch den gesamten Ratschlag zog sich die allgemeine Einschätzung, daß die ungerechte Weltwirtschaftsordnung Schuld an der Vernichtung der Existenzgrundlage vieler Länder des Trikont zugunsten des Reichtums der hochindustriellen Länder hat und wesentliche Ursache für "Flüchtlingsströme", Asylsuche und politische Konflikte sei. Weiter wäre klar, daß sich die Faschisten derzeit in einer Offensive befänden und Wegbereiter für einen weiteren Rechtsruck der etablierten Parteien seien. Aus diesem Grunde sei der Widerstand gegen die Abschottung Deutschlands und die Bekämpfung der "Festung Europa" notwendig und Teil des antifaschistischen Kampfes.

Am Abend des zweiten Tages fand im Theater der jungen Generation eine relativ gut besuchte Veranstaltung mit Kulturprogramm zum Thema statt.

Das Abschlußplenum im Haus der Künste brachte dann den Eklat. Nach den Berichten aus den Arbeitsgruppen versuchte die trotzkistische SAG ("Sozialistische Arbeitergruppe"), die mit einer Zahl von etwa 40 Personen auf dem Ratschlag überrepräsentiert war, mit vielen, sich kaum von einander unterscheidenden Redebeiträgen zu dominieren. Aber auch schon in den vorhergehenden Veranstaltungen hatte die SAG versucht, Einfluß zu nehmen, Themen vorzugeben und Diskussionen, die ihrer Ideologie entgegen wirken könnten, zu verhindern.

Ihren ursprünglichen Plan, aus dem Antifa-Ratschlag heraus eine Demo in Dresden durchzuführen, ließen sie zu keiner Zeit fallen und versuchten ihn immer wieder zu favorisieren.

Mit dieser Politik sollte die antifaschistische Bewegung vor ihren ideologischen Karren gespannt werden, was auch ein internes Papier dieser Partei dokumentierte, das während des Ratschlags auftauchte und beim Abschlußplena zum Eklat mit der SAG führte.

[ ]

Trotz allem konnte dies den Gesamteindruck des Ratschlags nicht schmälern. Wer gehofft hatte, daß es zur Verabschiedung von billigen Resolutionen oder zur Gründung neuer revolutionärer, antifaschistischer Einheitsparteien kommen würde, mußte wohl enttäuscht von dannen ziehen. Die aber, die Leute kennen lernen, sich vernetzen und informelle Verbindungen schaffen wollten, für eine wirkliche kontinuierliche Antifaarbeit, die wurden belohnt.

Bedenklich erscheint mir, daß es in Dresden selbst über die Vorbereitungsgruppe hinaus nur wenig Beteiligung am Antifa-Ratschlag gab. In der Neustadt als sogenantes "linkes Scene-Wohnviertel" spürte man schreiendes Desinteresse gegenüber dem „Ratschlag". Allerdings steht dies in dem Kontext der Neustädter Bedingungen und zeigt die gleiche Passivität, die viele Neustädter auch gegenüber marodierenden Nazibanden in ihrem Umfeld haben: Sie halten das Maul und zahlen Schutzgelder.

Wer mehr und stärker inhaltlich über den Antifa-Ratschlag in Dresden orientiert werden will, dem sei gesagt, daß, wie nach jedem richtigen "Kongreß" auch diesmal ein Reader gemacht wird. Der wird etwa in vier Wochen fertig und vorraussichtlich über die Kontaktadressen des Ratschlags zu bestellen sein. In diesem Sinne:

Barni Geröllheimer

Frauen und

Mit den Themengebieten Diskriminierung und Rassismus habe ich mich schon lange zuvor beschäftigt. Für mich waren die allgemeinen Aspekte von Diskriminierung nicht eindeutig definiert. Warum tun Menschen anderen Menschen etwas an, was sie selbst nie erleiden möchten? Warum empfinden sie kein Mitleid, kein Verständis für diskriminierte, verfolgte Minderheiten und warum wird unserer sogenannten "Stammstischpolitik" noch so viel Zuspruch geschenkt? - Mit Intelligenz oder Bildung kann das nicht viel zu tun haben. Also wühlte ich die Literatur durch, stand am Rande eines Zusammenbruchs und wurde mit Dingen konfrontiert, über die ich lange nachdenken mußte. Es war keine leichte Aufgabe für mich, der ich mich nun stellen wollte. Es galt die "Rosinen" aus dieser Fülle von Problemstellungen herauszupicken und einen Artikel darüber zu verfassen. So möchte ich dem Ergebnis meines Artikels zunächst einmal ein paar gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge vorausschicken, auf denen Rassismus und Diskriminierung basieren und anschließend auf das Thema "Frauen und Rassismus" eingehen, bei dem es uns, den Redaktionsfrauen, wichtig gewesen wäre, eine differenziertere Darstellung zwischen Frauen und Lesben darzubringen. Denn nicht alle Begründungsansätze nehmen unmittelbar Bezug auf die Lebenssituationen von Lesben.
Leider ist dieses Gebiet in der Literatur nicht sehr weit erforscht und stellt für Forscherinnen eine Herausforderung dar.

Die Diskriminierung von Minderheiten ist ein Phänomen, das in allen Gesellschaftsformen, zu allen Zeiten existiert hat. Heute aber tritt der Rassismus und mit ihm verbundene Gewalttaten in der BRD besonders stark hervor. Er ist ein Bestandteil unserer Gesellschaft, dem kapitalistischen System und seinen ökonomischen Interessen. Kapitalismus beruht auf Unterdrükkung, auf angeblichen "Minderwertigkeiten", die deutlich spürbar sind in unserer Drei-Klassen-Gesellschaft. In diesem Zusammenhang kommt dem Rassismus eine tragende Funktion zu, denn es wird neben dem individuellen auch versteckt institutioneller Rassismus betrieben, d.h. daß auch auf gesellschaftlicher Ebene Nachteile entstehen, z.B. bei der Wohnungssuche oder Arbeitsplatzsuche. Den AusländerInnen wird vorgeworfen, unsere "Kultur" zu untergraben und vor allem, daß sie die meisten Straftaten begingen. Hier wird klar, daß AusländerInnen zum **Bösen** personifiziert werden, was unmittelbar zur **Sündenbockpsychologie** führt, bei der der Sündenbock als stellvertretender Träger des individuellen Bösen geopfert wird.
Die Masse opfert zum Erhalt der eigenen Mittelstellung die "Exponenten der Randfelder", um diese zur eigenen "Kollektivreinigung" zu nutzen. (Erich Neumann)
Deshalb begegnen wir so oft der Erscheinungform der **Pseudotoleranz**: "Ich habe nichts gegen AusländerInnen, aber..." Rassistische Einstellungen und verunsichterte Pseudotoleranz können schnell zum Sündenbockstatus der Ausländer-Innen führen. -Toleranz scheint nur bei räumlicher und körperlicher Distanz möglich.
Ein Trugschluß ist es zu glauben, daß Rassismus dann nicht mehr existent wäre, würden bessere ökomonische Verhältnisse herrschen und keine "AusländerInnen" mehr präsent sein, denn der individuell konstruierte Rassismus kommt einer Art "Lebenshilfe" gleich, von der Frauen wie Männer profitieren, da dieser eine entlastende Funktion übernimmt.
Der von Frauen betriebene Rassismus wirkt meist unscheinbarer und wird oft nicht als solches wahrgenommen. Frauen werden die Eigenschaften der Fürsorge, der Hilfsbereitschaft und des Einfühlungsvermögens auferlegt und somit ein rassistisches Verhalten anscheinend ausgeschlossen. Dabei ist lediglich die Erscheinungsform des weiblichen Rassismus eine andere, denn Frauen sind im Gegensatz zu Männern weniger gewaltbereit. Rassismus begegnen wir dort, wo Mütter ihren Kindern die Freundschaften mit ausländischen Kindern verbieten oder bewußt Schulen mit einem geringen Anteil ausländischer Kinder auswählen. Nur sind diese Formen des Rassismus sind weniger öffentlich. Frauen schließen also andere Menschen vorwiegend in ihrem Privatbereich aus. Nach *B. Rommelspacher* ist eine andere, typisch weibliche Form der Ausgrenzung, ob gerechtfertigt oder nicht, gegen dunkelhäutige Männer gerichtet. - Sie seinen sexuell besonders gefährlich (Natürlich ist dies auch ein Argument der weißen Männer). Dahinter steckt oft die verdrängte Wut, die gegen ihre eigenen oder anderen weißen Männern gerichtet sein sollte. Frauen erleben Sexismus, Gewalt und Mißachtung in eigenen Beziehungen, verdrängen jedoch dieses Mißverhältnis und projizieren all die schlechten Eigenschaften ihrer Männer auf ausländische. "Je grenzenloser ihr Verständnis und ihre Nachsicht dem eigenen Mann gegenüber, desto hartherziger und ignoranter sind sie dem fremden Mann gegenüber" (B. Rommelspacher). Damit wird ein **Verdrängungskreislauf** geschlossen. Die eigenen Mißverhältnisse werden "erträlicher", die Bindung an den eigenen Mann verstärkt und somit auch der Mann in seiner Rolle bestätigt. In dieser Weise stärkt auch der Rassismus den **Sexismus**. Nun haben Lesben aber in der Regel keine Männer , sind aber trotzdem nicht von Diskrimierung, Sexismus und Gewalttaten unberührt geblieben. Hier stellt sich

Münster's schamlose Frauenzeitung, Winter 94/95, S. 20/21

Rassismus

für mich die Frage, inwieweit Lesben diesem Verdrängungsmechnismus unterliegen. Sind sie, aufgrund ihrer "männerlosen Lebenssituation" demgegenüber "immun" oder unterstützen sie ebenfalls unsere patriachalen Verhältnisse, indem sie vielleicht unbewußt eine Hierachie zwischen weißen und schwarzen Männern aufbauen? Vielleicht ist es hier aber auch ein Gefühl von Macht, das sie nun schwarzen Männern gegenüber ausleben können, was ihnen, im allgemeinen, den weißen Männern gegenüber bisher verwehrt geblieben ist? -Ein sich mir anschließender Gedankengang wäre die Hinterfragung von (nicht-)rassistischen Verhaltensmustern von Lesben untereinander.

Der Sexismus wird ebenfalls aufrechterhalten durch pauschalisierte Negativurteile gegenüber in anderen Ländern herrschenden Lebenssituationen von Frauen. Hier wird nicht unterschieden zwischen verschiedenen Lebensformen, und darunter befinden sich schließlich einige Formen, die der westlichen "Kultur" etwas voraushaben, so z.B. der enge Zusammenhalt von Frauen und gegenseitige Kinderbetreuung. Nicht zuletzt üben in einigen afrikanischen Ländern die Marktfrauen eine politische Macht auf den Staat aus, die allseits gefürchtet wird. Anstatt solche Beispiele als avangardistische Herausforderungen zu sehen, stürzen wir uns unreflektiert auf die Vergegenwärtigung von Lebensbedingungen von Frauen, die nach unseren Maßstäben nicht toleriert werden können. So wird als immerwiederkehrendes Beispiel der islamische Fundamentalismus herangezogen und somit immer eine extreme Form der Unterdrückung gewählt. Die Vielfalt und auch die Widersprüchlichkeit innerhalb des Islams wird nicht und will nicht gesehen werden. Alle Richtungen des Islams werden undifferenziert vermischt und auf die negativste Erscheinungsform reduziert. Somit wird der Gewinn der westlichen Frauen aus dieser Machtposition heraus klar: Ihre Illusionen der eingenen Stärke, Freiheit und Emanzipation wird gestützt und der kritische Blick auf einge Unterdrückung und Diskrimierung gehemmt.

Die weißen westlichen Frauen profitieren also trotz ihrer eigenen patriarchalen unterdrückten Lebensform von dem rassistischen System, nämlich durch den Wohlstand und die politische und kulturelle Macht gegenüber anderen Menschen, die sie diskriminieren.Es herrscht ein Zwiespalt zwischen den Systemen. Wir diskriminieren andere Gesellschaftsformen, indem wir ausschließen und werden gleichzeitig eingeschlossen in unsere diskriminierende Gesesllschaft.

Vielleicht tolerieren wir die Diskriminierung von AusländerInnen dann nicht mehr, wenn wir weißen westlichen Frauen unsere Andersbehandlung durch unsere Männer nicht mehr tolerieren!?

Doris Bremmer

Literatur.

- Jäger, Margret. Feministische Argumente zur Untermauerung von Rassismus. In der Zeitschrift für Frauenforschung . Ausgabe 1+2/1994, S. 65-70.
- Neumann, Erich. Tiefensychologie und neue Ethik. München 1964.
- Räthzel, Nora. Formen von Rassismus in der Bundesrepublik. In der Zeitschrift für Frauenforschung. Ausgabe 1+2/1994, S.60-65.
- Rommelspacher, Birgit. Rassismus im Interesse von Frauen? in der Zeitschrift für Frauenforschung, Ausgabe 1+2/1994, S.32-41.
- Linda van den Broek. Die Theorie der gesellschaftlichen Unterdrückung.

Zwischen Wahrheit und Dichtung

Die Glatzen und die Zappelfete

Eine historische Lektion von *Philip Zappel*

In der Neuen Westfälischen vom 2.3.1984 findet sich folgende kleine Notiz: "Skinheads spielen im Kesselraum. Im Kesselraum der Alten Weberei (AW) haben sich seit ein paar Tagen zwei Skinheadbands etabliert....". Heute, wo durch die Medien die Gleichsetzung des Begriffs "Skinhead = Neonazi" erfolgt ist, verwundert diese Notiz doch sehr. Durften Neonazibands in der Alten Weberei proben? Das 10jährige Jubiläum ist natürlich eine gute Gelegenheit, Rückschau zu halten, sich zu fragen, was in der Weberei im Laufe der Zeit so alles passiert ist und was heute passiert.

Wie kam es also dazu, daß die Skinheadbands in der AW proben durften? Die ersten Skins gab es in Gütersloh schon lange, bevor die Skinbewegung rechtes Gedankengut aufnahm. In Gütersloh kam der Kontakt über einen Jugendaustausch mit englischen Jugendlichen zustande. Die Jugendlichen, welche sich daraufhin in GT die Haare abrasierten, fühlten sich dem Protest der englischen Arbeiterjugend, die sowohl in Punk- als auch in Skinsein ihren Ausdruck fand, verbunden. Ihre Musik war der SKA, dessen Wurzeln aus "schwarzem" Reggae und "weißem" Rock man sich sehr wohl bewußt war. In den schwarz-weißen Karos sollte sich das "Black and White together" der damaligen Skinheadbewegung ausdrücken. Jene Bands, welche da in der Weberei probten, waren also keine Nazis.

Allerdings nahmen Teile der deutsche Skinscene den gleichen Verlauf wie die in England, sie wurden von rechten Gruppen angesprochen und nahmen zum Teil neofaschistisches Gedanken"gut" auf. Sowohl in GB als auch in der BRD wurden Skins gezielt von neofaschistischen Parteien (National Front in GB / Nationalistische Front in der BRD) umworben. Dabei spielte nicht zuletzt die Akzeptanz von körperlichen Auseinandersetzungen eine Rolle.

Nachdem in Hamburg Naziskins Raman Avic ermordeten, wurden überall Skins mit Nazis gleichgesetzt. Damit drängten zwei Effekte die Skinbewegung nach Rechts Es kam zu den Anwerbeversuchen der Naziorganisationen/parteien die Stigmatisierung der Skinbewegung als Nefafaschisten hinzu. Auch in Gütersloh kam es kurz nach dem Mord in Hamburg zur ersten Schlägerei zwischen ausländischen Jugendlichen und einer Gruppe Skinheads. Als 1984 die Alte Weberei eröffnete und die Disco "Zappelfete" eingerichtet wurde, fühlte sich schon ein Großteil der GT-Scene als "rechts". Die Zappelfete wurde zu einer Hochburg der Skinheads.

Konfrontation durch Gegenmacht

Linke trauten sich bald, der vielen Angriffe wegen, fast nicht mehr in die Disco. Überfälle häuften sich. Um dem zu begegnen schlossen sich einige linke Jugendliche zusammen. Durch

gemeinsames Auftreten und uniformes Outtfit (schwarze Jakken, rote Armbinden oder Tücher) bildeten sie einen Gegenpol. Das Konzept: Konfrontation durch Gegenmacht.
Unter den ca. 1000 Besuchern der Zappelfete befanden sich damals oft bis zu 100 Skins. Auseinandersetzungen in und rund um die AW häuften sich, ein Rockkonzert wurde überfallen, die Polizei angegriffen. Anfang 1986 fühlte sich die AW dem nicht mehr gewachsen und reagierte mit der Schließung der Disco.

Der Disco-Rat

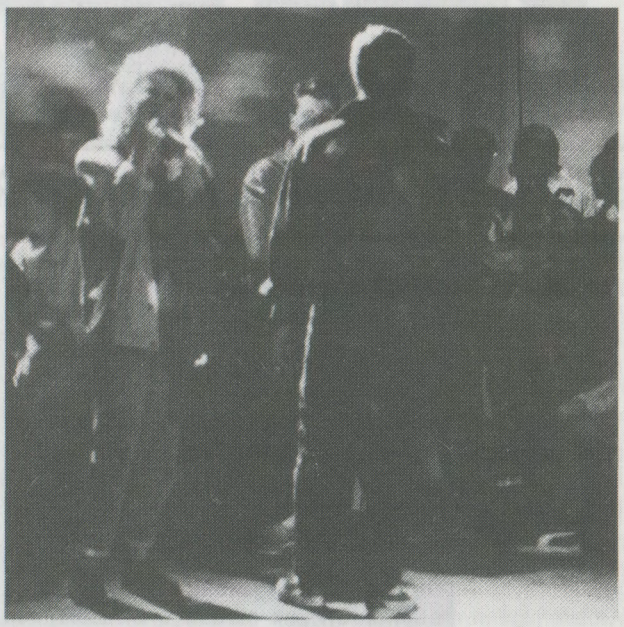
An diesem Punkt wurde von linker Seite (damals in GT die sozialistische deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und die JUSOS ein Konzept entwickelt, welches allen Jugendkulturen in der Disco einen Platz sichern sollte. Ausgeschlossen blieben Nazis. Ein Disco-Rat wurde ins Leben gerufen, der alle Gruppen vertrat. Dieser Rat war eine bunte Gruppe aus Punks, Waves, Skins, Müslis, Psychos und einigen anderen. Er achtete darauf, daß Musik aller Jugendlichen gespielt wurde und Konflikte gewaltfrei gelöst wurden. Grundkonsens war: wer Nazipropaganda verteilt, Nazisymbole verwendet ("deutscher Gruß") oder als T-Shirt trägt, sich schlecht benimmt oder in einer neofaschistischen Organisation Mitglied ist, fliegt raus und bekommt Hausverbot.
Auf diesem Wege wurde versucht, die Skinheadbewegung in nichtrassistisch und rassistisch zu spalten. Zum einen ging es darum, Faschisten den Raum zu nehmen, zum anderen darum, anderen Leuten deutlich zu machen, daß Faschismus

nicht von der Haarlänge abhänig ist.
Am 8. Mai 1985 wurde ein "Rock gegen Rechts"-Konzert organisiert. Es spielten eine Punk, eine Skin und eine "Hippi"-Band. Einige bekannte Nazi-Skins, welche mit einer Gruppe von ca. 20 Skins anrückten, wurden des Hauses verwiesen. Der Effekt: Die Skins hatten Ihren Spaß, die Nazis nicht. Letztere griffen mit Unterstützung von einigen Sypathisanten nach dem Konzert BesuchInnen an, blieben aber isoliert. So wurde die Weberei zum mittwöchlichen Glatzentreff.

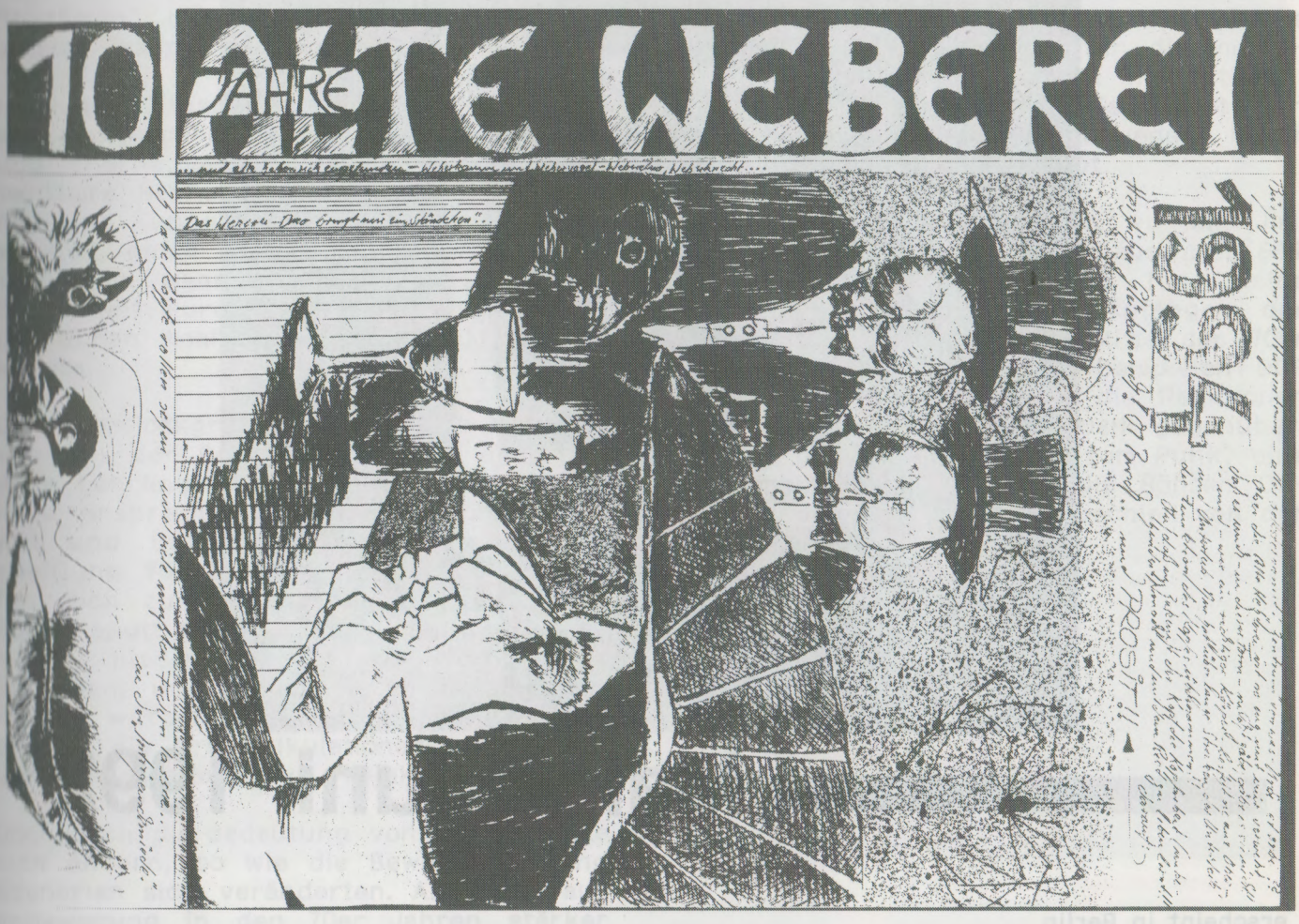
Glatzen unerwünscht

Der Nationalistischen Front aus Bielefeld war das ein Dorn im Auge, und sie versuchte immer wieder, die örtliche Skinsscene zu rekrutieren. Auch wurden von ihnen mehre Angriffe auf die Weberei initiiert. So auch der auf eine Veranstaltung der Jusos zum Thema "Aus der Geschichte lernen". In den nachfolgenden Monaten kam es vor und um die Weberei immer wieder zu Überfällen und Auseinandersetzungen mit Neonazis. Im Herbst 1987 eskalierten die Gewalttaten dermaßen, daß vom Vorstand des Hauses ein allgemeines Hausverbot für alle Glatzen ausgesprochen wurde. Dieses Verbot stellte einen herben Rückschlag dar, ging es doch darum, die Scene rund um die Alte Weberei in Faschisten und Nichtfaschisten aufzuspalten. Dies mit dem Lineal aufgrund der Haarlänge zu tun, ist natürlich ein vollkommen ungeeignetes Mittel. Es waren einige Diskussionen nötig, um dies noch einmal klar zu machen und das Konzept noch einmal festzuklopfen. Ab diesem Zeitpunkt gelang es den Neonazis nie mehr, sich im Umfeld der Weberei zu etablieren.

Jetzt existiert die Zappelfete bald 10 Jahre. Vieles hat sich geändert, die dort vertretenen Jugendkulturen haben sich geändert, Rap und Hip-Hop haben Einzug gehalten. Offen auftretende Naziskins haben wir schon lange nicht mehr gesehen. Die Handvoll Gütersloher Naziglatzen fährt lieber in die Umgebung.



aus der Januar 1994-Ausgabe der Weberei-Zeitung Gütersloh



ZAG

2,- DM

ZEITUNGSPROJEKT ANTIRASSISTISCHER UND ANTIFASCHISTISCHER GRUPPEN

Mai - Juni 1992

erscheint in Berlin

Musik ist eine Waffe(!)

Lange Zeit war es mit der Rockmusik einfach: sie war Teil eines Lebensgefühls, schuf kollektive, alternative Identitäten, war Ausdruck "der weltweiten Subkultur einer Jugend, die sich die frustrierte Verkrampfung ihrer Herkunft vom Leibe schreien und tanzen wollte", war Protest, Rebellion (Dieter Jaenicke: Bewegungen, 1980, S. 23). Musik, lange Haare, die Klamotten, die man trug, die Bücher, die man las, alles das waren Teile der eigenen und neuen Identität. Rockmusik bot die Möglichkeit, sich abzugrenzen gegen die Welt der Alten und der Angepaßten. Und die Alten begriffen. Solange die Mutter das Essen kochte und der Vater die Brötchen bezahlte, wurde durch Druck "abweichendes Verhalten" in Grenzen gehalten.

Politischer Protest hatte auch einen musikalischen Arm. Wenn er erkannt, besser: erahnt wurde, wurde er bekämpft. Im Osten mehr als im Westen. Was die Regierenden nicht verstanden, was gefährlich werden konnte für den Staat, das wurde verboten und verfolgt. Die DDR-Führung z.B. beobachtete mit Sorge die "negativen Auswirkungen" verschiedener "Beat-Formationen", die durch ihre "aufreizenden Rhythmen" die Jugendlichen aufwiegelten und zu "asozialem Verhalten" animierten.

In vielen Situationen war Rockmusik, jenseits politischer Differenzen in der linken und alternativen Szene, der kleinste gemeinsame Nenner. Daß nach Demonstrationen und Kundgebungen Polit-Rockgruppen spielten, gefiel fast allen. War ja auch am schönsten, wenn Kopf und Bauch zufriedengestellt wurden, wenn nach Reden und politischen Analysen noch getanzt werden konnte.

Die Polit-Rockgruppen sahen sich als aktiver Teil der Bewegung, wollten unzufriedene Lehrlinge, Jungarbeiter, Heimjugendliche ansprechen, wollten erreichen, daß Wut und Unzufriedenheit nicht zu Verzweiflung führten. Ihre Musik sollte helfen, sich zu wehren. "Macht kaputt, was Euch kaputt macht", "Keine Macht für Niemand" hießen Lieder von Ton Steine Scherben, und Lieder waren Botschaften. Platten wurden in Selbstverlagen rausgebracht, die Preiskalkulationen offengelegt, Gewinne an alternative Projekte abgeführt.

Doch auch die Bedeutung von Musik mußte sich ändern, so wie die Bewegungen und Szenerien sich veränderten. Als die Frauenbewegung in den 70er Jahren stärker wurde, bildeten sich Frauen-Rockgruppen.

Ende der 70er Jahre entstand der Punk als radikaler Flügel der behäbig gewordenen Rockmusik, dem die "Rock gegen Rechts"-Festivals nicht mehr radikal genug waren, der den entstandenen "Kommerz-Rummel" ablehnte, der die Musik wieder auf die Straße holen wollte.

Dann, irgendwann in den 80ern, geschah das Unglaubliche: die Musik und ihre Botschaft waren nicht mehr eindeutig zuzuordnen. Junge Nazis und Skins hatten ihre eigene Rockmusik. Der gleiche beat, doch eine andere message. Die Rockmusik und die sie hörende Jugendszene hatten ihre Unschuld verloren.
Diedrich Diederichsen stellte fest, daß Strategien und Taktiken der Jugendkultur "so auf den Hund gekommen sind, daß sie eine rechtsradikale Benutzung nicht verhindern konnten". Vielleicht war das nicht zu verhindern, vielleicht mußte es, eben aufgrund der "weltweiten Veränderungen in der Politik wie in der Ökonomie", soweit kommen, doch nun muß überlegt werden, wie damit umzugehen ist.

Denn eines ist klar: Musik war immer Teil eines Lebensgefühls, und das wird auch in Zukunft so bleiben. Lange schien es nicht nötig, das politische und moralische Selbstverständnis, das hinter diesem Lebensgefühl stand, mit zu reflektieren. Diese Zeiten sind vorbei. Es kommt nun darauf an, den Kopf zu bewegen, bevor man sich einer Musik hingibt.

Im folgenden dokumentieren wir ein Jimi Hendrix-Interview von 1970 aus *agit 883*, ein paar Informationen zu Ton Steine Scherben, Texte aus den Anfängen der Frauenrock-Bewegung von Mitte der 70er Jahre, aber auch, an den Beispielen DDR und CSSR, die Sicht und die Reaktionen von Staaten unliebsamer Musik gegenüber. Weiter gibt es einen Text zum Punk, eine Auseinandersetzung über die Böhsen Onkelz und einen Text zum Abschied von der Jugendkultur.

883 - EXKLUSIV-INTERVIEW

MIT Jimi HENDRIX

Nr. 67/1970, S. 12

883: Die Leute waren heute abend ein bißchen enttäuscht von dir, Jimmy.

J.H. Ach, weißt du, nach dem schnellen Rock'n Roll - Potpourri von den "Ten Years After" haben sie eben erwartet, ich würde genau so schnell und genau so schlecht weitermachen. Ich hatte aber vor, Blues zu spielen, und das hab ich dann auch getan.

883: Wie fandest du denn sonst das Publikum?

J.H. Normal, die üblichen Dämmerväter, die üblichen Zuhörer, die üblichen Fans, die üblichen Snobs, na, ja, ganz normal. Nur ein bißchen apathisch insgesamt.

883: Was hältst du von der hiesigen Presse?

J.H. Das gleiche, was ich von der Staatenpresse halte: unten, vor, der Bühne, fotografieren sie dir mit Tele die letzten Haare in den Nasenlöchern und machen den ganzen Rummel mit, und in der Redaktion machen sie ihre Witzchen über die "Nigger" und Mischlinge. Ein Scheißvolk!

883: Warum machst du dann den ganzen Rummel mit?

J.H. Wenn man wie ich von ganz unten gekommen ist, bleibt dir nichts anderes übrig. Du mußt Geld verdienen. Und zwar soviel, daß du was für spätere Tage zurücklegen kannst. Ihr kennt ja die Tour: nach ein paar Jahren lassen sie dich fallen wie eine heiße Kartoffel. Dann liegst Du auf der Straße. Wenn du glück hast, kommen irgendwelche whities mal auf die Tour, auf der du vor Jahren warst. Dann kommen die fetten Managerschweine, holen dich aus dem Hafen, wo du malochen mußt, schenken dir ein Gebiß und eine Gitarre und verdienen sich wieder dämlich an dir - wie jetzt an den alten Bluessängern.

883: Gibt es da keine Chance für dich, da rauszukommen?

J.H. So gut wie keine. Das einzige, was ich tun kann, ist Geld verdienen, für mich und die revolutionäre Bewegung.

883: ... für welche revolutionäre Bewegung?

J.H. für die Black Panthers, die Young Lords, die Red Panthers, die Weathermen und andere revolutionäre Gruppen.

883: Was erwartest du dir davon?

J.H. Na, guckt euch doch mal deren Programme an: sie verteilen Frühstück an die Kinder der Armen aus den Slums, sie erteilen eigenen Unterricht, sie machen Kampagnen gegen die Gangster, die mit Heroin und Morphium dealen....

883: Wie sehen die Kampagnen aus?

J.H. Wir drucken Fahndungsplakate mit den Fressen der großen Dealer. Der Erfolg ist zur Zeit gleich null. Die pigs gehen eher gegen die revolutionären Gruppen vor als gegen die Schweine, die unheimlich viele, langfristig mit ihrem scheißteuren Zeug ermorden, die anfangen zu koksen, zu fixen oder zu schnupfen.

883: Auch gegen Haschdealer?

J.H. Warum denn? Nur, wenn sie O. ins Hasch mischen, um die Typen vom harmlosen Shit zu den mörderischen Drogen zu trimmen.

883: Hast du schon mal Ärger gehabt, weil du Geld für die Revolution gibst?

J.H. Massenhaft!

883: Wie sieht das aus?

J.H. Steuerfahndung, anonyme Anrufe, Hausdurchsuchungen, Drohungen, sie würden einem die Spielhand abhacken usw.

883: Warum erfährt man davon in den großen Popzeitschriften nichts?

J.H. Weil die ein Interesse daran haben, die Leute blöd und uniformiert zu halten.

883: Alle?

J.H. Fast alle. Alle großen zumindest.

883: Verdienst du gut?

J.H. Zur Zeit sehr gut. In Fehmarn krieg ich zum Beispiel 60.000. Aber du darfst nicht vergessen, daß bei uns die Scheißpigs von der Steuer bis zu 95 % davon kreigen. Die brauchen das, um ihren verdammten Krieg in Indochina damit zu finanzieren, und im Gegensatz zu den fetten Kapitalisten kann ich davon nichts beiseite schaffen. Das einzige, was ich tun kann, ist, viel in die Instrumente und Anlagen zu stecken. Das tue ich dann auch. Aber damit finanzierst du auch wieder so ein paar fette Unternehmer. Ein beschissener Kreislauf...

883: Glaubst du, genug zu tun, wenn du spielst und einen Teil deines Geldes revolutionären Gruppen gibst?

J.H. Nein.

883: Hast du vor, demnächst mehr für die sozialistische Bewegung zu tun?

J.H. Ja. Selbst, wenn man es noch nicht ins Auge faßt, kommt es auf einen zu. Die pigs schlagen zu sehr zu. Da kann man nicht mehr zugucken auf die Dauer. Die Schweine haben den Panthers in nur 1 1/4 Jahr über drei- 360 Prozesse angehängt, sie haben über zwei Dutzend in diesem Zeitraum ermordet. Wir dachten schon, Johnson sei ein Riesenschwei Nixon und die Typen, die hinter ihm stehen, treiben es aber viel schlimmer. Sie wollen Bobby Seale einen Mord anhängen und ihn ermorden. Dutzende der Panthers leben im Untergrund oder Ausland, unter ihnen Eldridge Cleaver. Unheimlich viele machen den von liberalen Trotteln inszenierten Publicityrummel mit. Nicht, weil sie dafür sind, sondern weil das eine Art Lebensversicherung ist. Ein "unbekannter Nigger" ist eben leichter zu liquidieren oder zu verhaften als einer, der laufend im Lichte der Öffentlichkeit steht.

883: Du sprichst am meisten von den Black Panthers. Ist diese Partei zur Zeit die relevanteste Gruppe des demokratischen Widerstandes?

J.H. Ja. Aber andere Gruppen haben von ihnen gelernt. Die Indianer, die Puertoricaner, die Mexicaner, alle gesellschaftlichen Minoritäten und Randgruppen haben von ihnen gelernt Sie haben begonnen, sich zu organisieren.

883: Die von dir erwähnten Gruppen haben fast alle eine andere Hautfarbe als der "Durchschnittsami". Ist der Kampf dann nur ein Kampf gegen den Rassismus?

J.H. Unser Kampf gegen den Rassismus ist nur ein Teil des Kampfes den wir führen - den Klassenkampf.

883: Zum Klassenkampf gehören aber nach Ansicht orthodoxer Marxisten vor allen Dingen die Riesenmassen des Industrieproletrariats. Man kann doch wohl kaum sagen, daß sie gemeinsam mit euch im Klassenkampf kämpfen. Laut Marcuse sind sie dazu zu integriert ...

J.H. Zum Teufel mit diesem Mittelstandspropheten! Klar, der durchschnittliche weiße Arbeiter macht noch nicht mit. Aber nicht, weil es ihm zu gut geht - guck dir doch mal einen Arbeiter von fünfzig Jahren an, wenn er über dreißig Jahre lang schwer geackert und jetzt sogar sein Häuschen abgestottert hat - sondern, weil die kapitalistische Informationsindustrie - Schule, Uni, Fabrik, Radio, Fernsehen, Presse usw. -, die Werbung und das ganze beschissene System ihm laufend ins Ohr blasen, ihm ginge es so verdammt gut, und der Marxismus inklusive Klassenkampf seien ein alter Hut. Das wird sich ändern. Der Krieg in Indochina hat schon vielen die Augen geöffnet. Der Unterschied zwischen den offiziellen Verlautbarungen und dem, was wirklich passierte, wurde eben zu groß. Auf die Dauer fällt es jedem Amerikaner, der noch nicht total verhetzt ist, auf, wie groß der Unterschied ist. Die Kriegsberichterstattung war phantastisch - wie bei den Nazis damals. Aber dafür kamen zuviele Särge nachhause.

883: Unterstützt du die Desertionskampagnen bei den GI's?

J.H. Nicht unbedingt. Man soll sich ruhig von den pigs zum killen ausbilden lassen - und dann die pigs killen.

883: Was schwebt dir als Endziel vor?

J.H. Ach, weißt du, eigentlich nichts besonderes. Eine Frau lieben, einen guten alten Blues spielen, ab und zu einen Joint rauchen, gut essen, gut trinken. Ganz normale Sachen. Aber das kannst du nicht, wenn die pigs regieren. Da muß noch viel passieren, bis alle ganz normale Sachen machen können. Es ist noch viel Kampf nötig.

883: Wie siehst du die Chancen dieses Kampfes?

J.H. Wir werden siegen.

aus: Hundert Blumen
Nr. 3/1972, S. 6

übrigens:

angy's erhebt euch . . .

Endlich mal ein gutes Pinup-Foto in 100 Blumen! Mal was Auflockerndes! Oder doch nicht so gut? Naja, kurz gesagt, es gab deswegen eine heiße Debatte bei uns. Manchen ist Vertrautes dazu eingefallen: schön,lieb, sexy,das Besondere auf einem ExtraFoto,mundgerecht zubereitet, zum alsbaldigen Verzehr bestimmt,herrlich entspannend nach politischem Tagewerk,mach dir ein paar schöne Stunden...,hineinschlüpfen und sich wohlfühlen....

And-ere zeigten Wohlwollen und "Verständnis" und wollte-n lieber über "wichtige" Sachen diskutieren (wer wohl?!)
-wir brauchen keine Ästhetik;unsere Ästhetik ist die politische Effektivität - erzählen die Typen,wenn es um ihre Musik und ihr Selbstverständnis geht, und Angy?
-Wer von sozialer Revolution spricht,ohne Bezug zu seinem alltäglichen Leben, hat einen Leichnam im Mund! - schön gesagt von einem Typen im 100-Blumen-Kollektiv, der meint, so müßte es bei uns sein. Uns stinkt's!
Schreibt un-s ! Die Diskussion geht weiter. Das nächste Mal gibt es in 100 Blumen mehr Platz für die

Emanzipation der Männer

Das sind die Ton-Steine-Scherben, da ist oben links der KAI,der spielt Baß,daneben der Schlotterer als religiös/ideologischer Berater und Flötist,einer weiter der Nickel,der spielt Saxophon und singt und leitet die Organisation.Der letzte in der Reihe, das ist der Ralph,der spielt die Rhytmusgitarre,sitzt am Klavier und singt auch ganz schön.Vor den vieren sitzen links der Captain,der spielt Schlagzeug und neben ihm der Fiffi,der Mann an der Sologitarre. Die einzige Frau in der Gruppe, und deshalb auf dem Extraphoto, das ist die Angy,sie spielt gelegentlich Percussions und ist mit dem religiösen Berater befreundet.
Alle bis auf Schlotterer waren Lehrlinge,der Schlotterer hat nur einen Schweißerlehrgang mitgemacht. Heute arbeitet aber keiner von ihnen mehr in der Produktion,sie können sich mittlerweile mit ihrer Musik über Wasser halten.
Die Gruppe macht keine Tourneen und spielt nie auf kommerziellen Rockveranstaltungen.Meistens ist es so, daß eine linke Gruppe sie anruft und sie bittet,auf einer politischen Veranstaltung zu spielen.Die Ton-Steine-Scherben spielen am Liebsten vor Jungarbeitern,Lehrlingen und

Schülern,die applaudieren am Schluß zwar nicht so lange und nicht so laut,machen aber dafür meistens Aktionen-Hausbesetzungen,Demonstrationen,etc.;Die Scherben machen dann gleich mit,jedenfalls bis auf ein, zwei Mann,die die Anlage wieder abbauen müssen.Zu den Veranstaltungen bringen sie meistens noch Dias mit,die die Songs optisch ergänzen.Am Besten ist es, wenn die Veranstalter auch noch einen Stadtrat (oder einen anderen Ehrenmann der jeweiligen Stadt) eingeladen haben,der dann einige "passende Worte" spricht.Das wird immer ein Heidenspaß.Ist bei einer Ton-Steine-Scherben-Veranstaltung vorher schon gewiß, dass genügend Leute kommen,sollte die dafür verantwortliche Gruppe kein Eintrittsgeld nehmen,sondern die Leute während der ganzen Sache auffordern, Geld für die Unkosten der Band zu spenden.Die Scherben kommen zu jeder Veranstaltung,wenn sie sich was davon versprechen.Scheiße finden sie nur die vielen linken Gruppen,die denken,die TSS sind doch eine linke Gruppe,die kosten nicht so viel,die holen wir uns mal her. Dann sitzen da 10-20 Genossen und hören sich den Ohrenschmaus an,anschließend geben sie ihnen ein wenig Geld,diskutieren mit ihnen "Funktion der Musik im Klassenkampf" und spendieren ihnen ein tolles Essen.Die alte Bourgeois-Masche,sich die Künstler an den Hof zu holen,nur etwas modernisiert.Aber was will die Gruppe nun eigentlich wirklich?
Hier ist ihr Selbstverständnis,das alte Manifest der Ton-Steine-Scherben:
Musik ist eine Waffe
Musik kann zur gemeinsamen Waffe werden,wenn du auf der Seite der Leute stehst,für die du Musik machst. Wenn du mit deinen Texten etwas sagst und eine Situation nennst,die zwar alle kennen,die aber jeder vereinzelt in sich hineingefressen hat,dann werden alle hören,daß sie nicht die einzigen sind,die damit noch nicht fertig geworden sind,und du kannst ihnen eine Möglichkeit zur Veränderung zeigen.Musik kann also zur Waffe werden,wenn du mit ihr die Ursachen deiner Aggressionen erkennst. Wir wollen,daß du deine Wut nicht verinnerlichst,daß du dir darüber klar wirst,woher deine Unzufriedenheit und deine Verzweiflung kommen. Wir wollen die Feinde des Volkes nennen."Macht kaputt,was euch kaputt macht-zerstört das System,das euch zerstört!"
Unsere Musik soll ein Gefühl der Stärke vermitteln.Unser Publikum sind Leute unserer Generation:Lehrlinge,Rocker,Jungarbeiter,"Kriminelle" Leute in und aus Heimen.Von ihrer Situation handeln unsere Songs. Lieder sind zum Mitsingen da. Ein Lied hat Schlagkraft,wenn es viele Leute singen können.Wir brauchen keine Ästethik;unsere Ästhetik ist die politische Effektivität.Unser Publikum ist der Maßstab und nicht irgendwelche ausgeflippten Dichter.Von unserem Publikum haben wir gelernt,Lieder zu machen,nur von ihnen können wir in Zukunft lernen,Lieder für das Volk zu schreiben. Wir sind in keiner Partei und in keiner Fraktion.Wir unterstützen jede Aktion,die dem Klassenkampf dient. Egal von welcher Gruppe sie geplant ist.Wir werden in Berlin und West-Deutschland vor und in Betrieben und in den Jugendheimen der Arbeiterviertel spielen.Das Ziel ist es,unsere Aktionen den jeweiligen Situationen in den Betrieben oder Stadtteilen anzupassen.

Dazu brauchen wir die Unterstützung der dort arbeitenden Gruppen.

So weit ihre politischen Vorstellungen.Ihre Glaubwürdigkeit haben sie schon lange unter Beweis gestellt-

also keine Schwätzer.
Jetzt machen sie erst einmal bis Mitte September Urlaub in Jugoslawien-mal so richtig abschlaffen.
Wer die Band trotzdem hören will:
Es gibt bisher drei Platten zu kaufen:
1 LP:Warum geht es mir so dreckig?
15.-DM plus Porto
1 Single:Macht Kaputt!
4 .-DM plus Porto
1 Single (Foliengepresst):
Zwei Schwarzfahrer-Songs, 1.-DM
Ende September erscheint ihr Doppelalbum:(20.-DM)
Keine Macht für Niemand

Die Platten können über die Redaktion Hundert Blumen bestellt werden.

KEINE MACHT FÜR NIEMAND

Ich bin nicht frei,und ich kann nur wählen
welche Diebe mich regieren,welche Mörder mir befehlen
Ich bin tausendmal verblutet,und sie haben mich vergessen
Ich bin tausendmal verhungert und sie waren vollgefressen
Im Süden,Im Westen,Im Osten,Im Norden,überall
sind es die selben,die uns ermorden
in jeder Stadt und jedem Land
schreibt die Parole an die Wand:
Keine Macht-für niemand
Keine Macht-für niemand

Reissen wir die Mauern ein,die uns trennen
kommt zusammen,Leute,lernt euch kennen
Du bist nicht besser als der neben dir
keiner hat das Recht,Menschen zu regieren
im Süden,im Norden,im Osten,im Westen,überall
sind es die selben die uns erpressen
in jeder Stadt und in jedem Land
heißt die Parole von unserem Kampf:
Keine Macht-für niemand
Keine Macht-für niemand

Komm rüber Bruder,reih dich ein
Komm rüber Schwester,du bist nicht allein
Komm rüber Mutter,wir sind auf deiner Seite
Komm rüber alter,wir wollen das gleiche
in Augsburg,München,Berlin,Saarbrücken
in jeder Stadt und in jedem Land
mach ne Faust aus deiner Hand
Keine Macht-für niemand
Keine Macht-für niemand

Ablehnen-oder abfahren?
Ton-Steine-Scherben

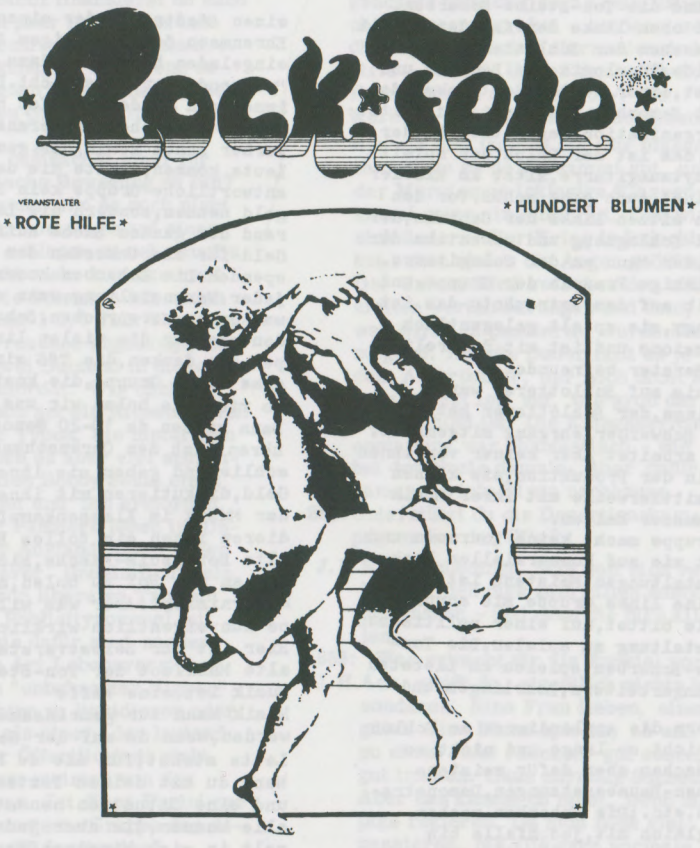
Die Scherben sind ja nun die größten Versage. Bei der SPD haben sie abkassiert! Das hat man/frau sich denken können, nachdem sie auf's Land abgedampft waren und sich dort wahrscheinlich nur noch um ihr tägliches Suppengrün kümmerten. Ihre Erklärung dafür (Info BuG 128) erscheint recht oberflächlich und vor allem unpolitisch.
Und nun kommt der große Krampf.
Ihre Musik – zu hören am 22.10. in der total ausverkauften ‚Neuen Welt' – ist ja so schlecht nicht. Da sangen Tausende ‚Keine Macht für Niemand' und die Fäuste ballten sich. Was tun? Ablehnen oder abfahren?

Diese zugespitzte Frage trifft genau das Problem. Wir bewegen uns nur *in* diesen Extremen und nicht zwischen diesen. Soll heißen, die Scherben verstehen und ihr Handeln einschätzen und sich die Funktion des Abfahrens bewußt machen, hätte eventuell als Ergebnis die Aufhebung dieses Gegensatzes zur Folge. Von der linken Scene ausgebeutet und wirtschaftlich ruiniert, gerieten die Scherben in größte existenzielle Not. Immer auf der Flucht vor dem Gerichtsvollzieher und völlig genervt suchten sie das Weite, um wieder zu sich zu finden und zeitgemäße Lebens- und Arbeitsformen zu entwickeln. Sie besannen sich auf ihre eigenen Inhalte ‚allein machen sie dich ein' und bemühten sich um Zusammenarbeit mit dem Trikont-Verlag und anderen fortschrittlichen Musikgruppen, um unabhängig ihre Musik und ihr Leben zu gestalten.

Klar sind die Scherben nicht mehr so militant, aber es sind auch andere Zeiten und sie leugnen nicht ihre Vergangnenheit und versuchen, daran anzuknüpfen. Ihre Lieder sind noch immer im proletarischen Alltag angesiedelt und dort wo sie anfangen zu träumen, zerreißt ihr Traum bald und die nackte Realität kommt zum Vorschein.

Die Frage ist für mich auch nicht, bei wem abgesahnt wird (alle selbstverwalteten Jugendzentren werden vom Senat unterstützt), sondern was mit der Sahne geschieht.

Die Scherben sind gezwungen, ihren Schuldenberg abzutragen und ihre Produktionsmittel zu reparieren und zu erneuern. Mit diesen Produktionsmitteln machen sie eine Musik, die nicht nur proletarische Jugendliche sondern auch intelektuelle anspricht. In der konsequenten Ablehnung dieser Gesellschaftsform führt uns diese Musik zusammen und ich bin froh bei unserer ganzen Verkrampfung, mal ab und zu abfahren zu können. ma



Oben rechts aus: radikal Nr. 7/1976, S. 14.
Nebenstehend: Ankündigung für eine Rock-Fete 1972, Westberlin.

wir brauchen dringend eine dufte frauen-band

Wenn wir uns mit Musik beschäftigen,kann es nicht darum gehen, eine Plattenbesprechung zu machen,damit ihr nicht solche Schwierigkeiten bei der Auswahl habt.
Wenn wir uns damit auseinandersetzen,so um die Bewusstseinslage der Träger der damit verbundenen Ideologie,also unsere eigene Bewusstseinslage zu untersuchen.Wir wollen nicht in rigider Revolutionärsmanie sagen,"Subkultur ist konterrevolutionär", sondern aufzeigen,welche Bedeutung kommerzialisierte Gegenkultur haben kann,wenn sie zum ausschliesslichen Lebenscredo erhoben wird.Dabei gehen wir davon aus,dass sich in der Kultur der kapitalistischen Länder unbewusste Wünsche ausdrücken,die gesellschaftliche Ursachen haben.
War die Aufmachung der Beatles + Stones Ergebnis einer cleveren Marktanalyse einiger Plattenfirmen,die Tendenzen innerhalb der Massen der Jugendlichen wahrnahmen und zu einem verkaufbaren Produkt frisierten,so war die Identifizierung der Jugendlichen mit ihnen und die Beharrlichkeit mit der die Musik und die langen Haare verteidigt wurden,Ausdruck eines Emanzipationsversuchs.
Der Militär- und Nazikultur,den Männlichkeitsbegriffen,der Tanzschule wurde improvisiertes Zusammenspiel langhaariger Typen entgegengesetzt.Das brachte die lahmen Aersche aus den feinen Anzügen zum Schwoof in Partykeller und in Massenveranstaltungen - machte Kommunikation möglich.Die letzten grossen Popfestivals (Woodstock,Fehmarn) waren Manifestation dieser Gegenkultur.
Danach wurde auch klar,dass die Kommerzialisierung der Subkultur uns nur wieder zu abhängigen Konsumenten macht.
Mit der Auflehnung gegen die korrupte Kultur der Eltern,die dies System für uns darstellten,die politische Tendenz in der Popkultur,wurde nur das kapitalistische Erscheinungsbild angegriffen.
Die Gruppen selbst entwickeln mit wenigen Ausnahmen keinerlei politisches Bewusstsein,nicht zuletzt,weil sie einen Haufen Knete kassieren,transportieren sie meistens pazifistisches und mystisches Gedankengut und trugen dazu bei,dass die Gegenkultur, die sie selber ausdrücken,sich nicht praktisch umsetzt,sondern zum Ansehen und Hören verkäuflich ist.So wird daraus ritualisierter Protest.
Als die Rolling Stones ein Konzert in Berlin machten,versuchten Hunderte in die Deutschlandhalle zu kommen.Sie kloppten sich mit den Bullen rum,während die Stones ihr Programm herunterleierten und Mick Jagger seinen "Street Fightin Man" sang.Die Musik selber hatt dabei teilweise immer mehr ab.War die Musik der Beatles am Anfang noch einfach,drückte sie direkte Bedürfnisse aus,so wird sie jetzt,wie schon der Jazz, immer abstrakter und konzertierter.Als Beispiel dafür "Roxy Music". Die Gruppe vermischt harten elektronischen Rock mit Klang- und Stimmungselementen der 20iger und 30iger Jahre und klassischer Musik.Durch Zusammensetzendieser Stilelemente und deren assoziativer Bedeutung ergibt sich ein absurder Sinnzusammenhang, so wird die Musikeinerseits Korrektur all dessen und dadurch progressive Weiterentwicklung.Das ganze wird durch die Stimme des Sängers zusammengehalten,die sich zwischen kastrierter Schlagerstimme der 20iger Jahre und kitschigen Negergesangegruppen im Anfang der 30iger Jahre bewegt.
Die Aufmachung der Gruppe auf der Umschlagseite zielt auf bestehende Sexualtabus ab.Bi-Sexualität wird besondere Kontrastreich gezeigt.Einmal Rockerkleidung + Elvistolle andererseits Muttis Kitschpostkartenfarben,Leopardenjäckchen,lange Haare und in sich gekehrte Haltung.Mit der Kleidung wird angedeutet, dass sich die Gruppe über diese Sexualtabus hinwegsetzt.

Westberliner Buchladen Kollektive (WBK)

keine privaten profite

Buchladenkollektiv GmbH
1 Westberlin 12
Savignyplatz 5
tel. (0311) 313 99 83

Commune GmbH
1 Westberlin 45
Unter den Eichen 84c
tel. (0311) 832 83 15

Das Politische Buch
1 Westberlin 15
Lietzenburger Str. 99
tel. (0311) 883 25 53

unterstützung des antiimperialistischen kampfes

neunzehn

Februar '75

FU Berlin

Eindrücke von der HAW getragenen Frauenfete im November 1974 in der alten TU-Mensa

Ich selbst bin nicht in der HAW organisiert, sondern arbeite seit ungefähr einem dreiviertel Jahr in einer Frauengruppe vom Frauenzentrum und habe an dem FU-Frauenseminar im Sommersemester 74 und im WS 74/75 teilgenommen. Dieser Arbeitszusammenhang ermöglichte mir einige Kontakte zu Frauen aus dem Zentrum oder auch Kenntnisse über die inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen den Berliner Frauengruppen. Auf diese Art und Weise war ich zum einen nicht allein und isoliert auf dieser Fete und zum anderen waren mir z.B. die farbigen Dias von Femø vertraut. Ich habe aber mit einigen anderen Frauen während der Fete gesprochen und wurde in meinen Befürchtungen voll bestätigt.
Viele Frauen kamen allein, ohne Vorkenntnisse über Zweck und Intention der Frauengruppen oder der Fete. Und es kamen 2500.- soviele, dass ein Teil von ihnen nicht einmal mehr wegen baupolizeilicher Bestimmungen hereinkamen.
Das heisst: unsere Bewegung hat ein Grad an Interesse und Öffentlichkeit erreicht, der uns einfach verpflichtet, einen solchen Abend auch zu einem Informationsforum zu machen!
Leider hat selbst die angekündigte Theatergruppe nicht gespielt, statt dessen wurden in den zu langen Tanzpausen einige Liedchen gesungen, deren emanzipatorische Inhalte kaum wegen der mässigen Darbietung und schlechten Tonqualität zu verstehen waren, während die Band ansonsten gut und mitreissend gespielt hat.

Für die Frauen, die eh in einem Arbeitszusammenhang miteinander stehen, stellte diese Fete ein integratives Moment ihrer emotionalen Beziehungen dar, sodass diese Fete auch für Frauen aus westdeutschen Frauengruppen positiv erlebt werden konnte.
Jene Frauen aber, die in keiner Frauengruppe organisiert sind, sondern lediglich mit den Frauengruppen sympathisieren, (was schon viel bedeutet) oder aus ganz diffusen Frustgefühlen bezogen auf ihre Zweierbeziehungen, Diffamierung am Arbeitsplatz, Arbeitsschwierigkeiten an der Uni usw. mit Hoffnungen auf Kontakt mit Frauen und Hilfe und Information durch uns Frauen kamen, mussten enttäuscht wieder nach Hause gehen.

Die erste Rock-Fete im Juli stand z.B. in einem dezidierten Zusammenhang auf einer politischen Ebene mit dem damals aktuellem Kampf gegen den §218. Es wurde Theater gespielt, wir wurden über die laufenden Diskussionen und die patriarchalisch-sexistischen Reaktionen der Abgeordneten informiert, die Panoramasendung wurde gezeigt und es wurde zur Solidarität mit Chile aufgerufen.
Auf der letzten Fete wurde weder über die Veranstalter, die HAW und deren politisches Selbstverständnis informiert noch über das Ferienlager Femø, dessen Bilder in Riesenformat über der Band an die Wand projeziert wurden- viele Frauen fragten mich immer wieder, was das überhaupt für Bilder seien,,was die Frauen da miteinander gelernt hätten usw. Eine kleine Bücherecke und der Verkauf des Frauenkalenders täuschten nicht darüber hinweg, dass viele Frauen so isoliert , traurig und uninformiert wieder gegangen sind, wie sie gekommen waren. Im Gegenteil, ihre ambivalente Einstellung, dieser scheue Versuch sich überhaupt emotional auf Frauen einzulassen oder etwas Hilfe von ihnen zu erwarten, hat sich nun vielleicht in eine ablehnende verkehrt.

Es gilt zu überlegen, wie man Frauen, denen der emotional bejahte Umgang mit anderen Frauen, also auch mit ihnen zu tanzen, nicht vertraut ist, diese Hemmung durch eine solche Fete und ein frauenspezifisches Kommunikationsangebot nehmen könnte (z.B. Kettentanzen oder ein direktes auf sie zu gehen und sie ansprechen.)

Es ist grundsätzlich zu fragen, ob die Frauenbewegung sich diese Chancen der Agitation und Werbungsmöglichkeit entgehen zu lassen, bei entgegengebrachtem Interesse seitens der Frauen und bei der Notwendigkeit, sich unter dem Druck wachsender Rechtstendenzen zu politisieren, überhaupt leisten kann.

Viola

erschien in Berlin

Vom "Beat als Splitter des Pfahles im Fleisch des Sozialismus"

1972 zog sich Ulbricht aus Politik und Leben zurück. Honecker kam, sah und blieb. Die Existenzbedingungen für die Beatmusik und ihre Interpreten verbesserten sich. Doch die real existierenden Gralshüter des selbigen Sozialismus sahen diesen vom westlichen, dekadenten Beelzebub indoktrinierten Teil der Jugendkultur mit Grausen. Ja, ein Teil der Jugend schien regelrecht verseucht, besessen, verloren. Wenn (Stasi)man dabei bedachte, wer schon alles "Die Jugend ist unsere Zukunft" gesagt hatte - brrr!

So krabbelten denn Funktionäre, Ideologen und tschekistische Geheimpolizisten zwischen Baum und Borke, zwischen Verbot und Vereinnahmung, zwischen Fallenlassen und Fördern, zwischen Kriminalisieren und Kooperieren. Da sich die Borkenkäfer beileibe nicht immer einig waren - und auch die Objekte ihres Tuns sich renitenter als erwartet verhielten -, hatten es die sozialistischen Saubermänner schwer.

Bei den MfS-Akten in unserem Dokumentationszentrum findet sich unter anderem folgendes Dokument aus dem Jahre dieser Herren 1975, das wir ungekürzt veröffentlichen, wobei die erste Seite im Faksimile erscheint.
Christian Liebig

000080

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

000081

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 23. Juli 1975

13 Blatt
13 " Anlage
Exemplar

Nr. 448 /75

INFORMATION

über

negative Auswirkungen bei Auftritten von Beat-Formationen

In der DDR und in der Hauptstadt Berlin kam es insbesondere seit 1974 im Zusammenhang mit Auftritten verschiedener Beat-Formationen zu negativen Auswirkungen, da der Veranstaltungsverlauf durch das gleichzeitige Auftreten von Jugendlichen mit asozialen Zügen als ständiger Anhang dieser Formationen mit bestimmt wird.

Besonders solche Beat-Formationen wie

"Stern-Combo"	Meißen
"Karat"	Berlin
"Klosterbrüder"	Magdeburg
"City-Band"	Berlin
"Lift"	Dresden
"Elektra"	Dresden

verzeichnen einen solchen ständigen Anhang von Jugendlichen, die zu allen Veranstaltungen derjenigen Band in der DDR fahren oder trampen, wobei sie durch schmutziges und offensichtlich als "Gammler" hergerichtetes Aussehen in Erscheinung treten, sich flegelhaft, opponierend sowie rowdyhaft, provokatorisch und aufwieglerisch verhalten.

Als sogenannter Anhang der einzelnen Beat-Formationen existieren jeweils mehrere lose Gruppierungen Jugendlicher, die sich auf der Grundlage des gemeinsamen Interesses an der Art und Weise der von den einzelnen Formationen dargebotenen Beat-Musik zusammengefunden haben. Charakteristisch dabei ist, daß das zum Teil massenweise und konzentrierte Auftreten dieser Jugendlichen in der Regel dann wirksam wird, wenn ihre Beat-Formation Veranstaltungen durchführt. Diese Auftritte sind gleichzeitig Anlaß für überörtliche Zusammenkünfte. Die Anhängerschaft der einzelnen Gruppen, die auch überörtlich in Erscheinung tritt, bewegt sich jeweils zwischen 100 - 150 Jugendlichen im Alter von 16 - 21 Jahren. Regelrechte Anführer oder Organisatoren im Sinne des Wortes sind nicht bekannt. Es gibt aber bei allen Gruppen "markante" Personen, die bei vielen Jugendlichen, Mitgliedern der Kapellen und z. T. auch bei Veranstaltern bekannt sind und als "Wortführer" den negativen Kern bilden.

Für vorgenannte Beat-Formationen ist weiter beachtenswert, daß sie ständig einen Anhang von Jugendlichen mit asozialen Zügen nachziehen und ihr gesamtes Auftreten an den Gepflogenheiten des westlichen Show-Geschäf-

tes orientieren. Ihr Repertoire wird im wesentlichen von sogen. heißer Musik bestimmt und setzt sich sowohl aus übernommenen westlichen Titeln als auch nach deren Vorbild geschaffenen eigenen Titeln zusammen.

Der aufreizende Rhythmus dieser Musik, der zudem unter Nutzung der modernsten elektronischen Mittel in Überlautstärke dargeboten wird, ist objektiv geeignet, dafür anfällige Jugendliche in Ekstase zu versetzen. Dieser Effekt wird durch die Art und Weise des Auftretens der jeweiligen Beat-Formationen verstärkt. Phantasiekostüme und ein oft ganz bewußt ästhetisch abstoßend gestaltetes Aussehen, der Einsatz von Lichteffekten, Zuckungen, wilde Verrenkungen und Raserei der Akteure, Verzicht auf jede textliche Aussage oder zum Teil unangemessene Interpretation anspruchsvoller Texte, aufstachelnde Zurufe an das Publikum und ähnliche Erscheinungen sind in diesem Zusammenhang besonders typisch. Die Gesamtheit eines solchen Auftretens ist geeignet, Dekadenz, geschmack- und geistlose Unterhaltung zu Leitbildern eines Teils von Jugendlichen werden zu lassen. Unter der aufpeitschenden Wirkung solcher Beat-Formationen, zum Teil begünstigt durch übermäßigen Alkoholgenuß, kommt es zu einer starken Enthemmung, vor allem solcher Jugendlicher, die - auch an ihrem Gesamtverhalten gemessen - nicht gewillt sind, bestimmte Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzuhalten. Gerade solche Jugendliche fühlen sich offensichtlich zu derartigen Beat-Formationen besonders stark hingezogen und identifizieren diese mit ihren von westlichen Massenmedien und anderen westlichen Einflüssen geprägten Idolen. Sie machen ihr Erscheinen im Gefolge solcher Beat-Formationen zu einem Hauptinhalt ihrer Freizeitbeschäftigung.

Da dieser als Anhang auftretende Teil negativer Jugendlicher ohnehin durch z. T. politisch-negative oder labile Haltungen des Sicherheitsorganen bekannt ist und durch sein asoziales, rowdyhaftes oder dekadentes Verhalten fortlaufend in Widerspruch zu gesetzlichen Bestimmungen gerät, geht von ihm eine latente Gefahr von Zusammenstößen mit Ordnungs- und Sicherheitskräften aus.

Bei der Mehrzahl dieser Jugendlichen gab oder gibt es in irgendeiner Form Konflikte mit dem Elternhaus, in der Schule oder auf der Arbeitsstelle.

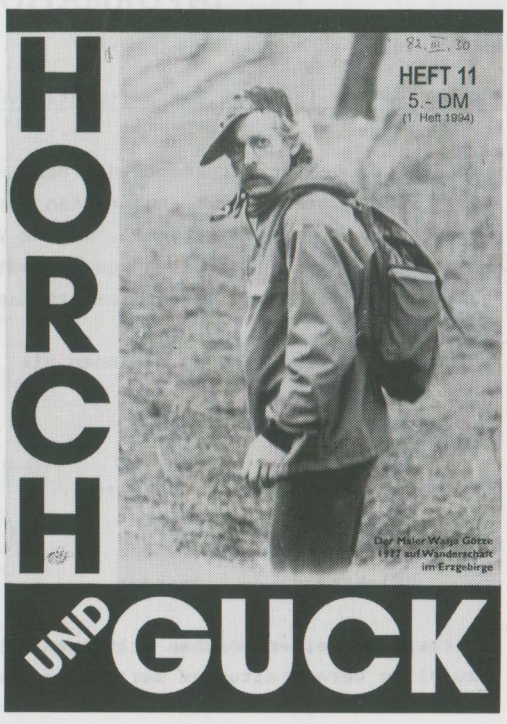
Das Bekenntnis zu einer bestimmten Beat-Formation ist deshalb offensichtlich als Ausdruck einer gewissen Oppositionshaltung und gestörter Beziehungen zur sozialistischen Gesellschaft überhaupt zu werten. Die Einstellung dieser Jugendlichen zur Arbeit ist unterschiedlich, die meisten zeigen jedoch mangelhafte Arbeitsleistungen und lassen sich oft krank schreiben. Viele erscheinen freitags und montags nicht zur Arbeit, insbesondere immer dann, wenn sie zu Veranstaltungen in andere Orte trampen. Ein bestimmter Teil dieser Jugendlichen geht überhaupt nur darum einer Arbeit nach, um nicht wegen asozialen Verhaltens belangt zu werden. Durch ihr konzentriertes Auftreten sind sie gleichzeitig geeignet, einen Zulauf gleichgearteter Jugendlicher, die sich der gesellschaftlichen erzieherischen Einflußnahme entziehen wollen, auszulösen.

Unter den als Anhang der Beat-Formationen bekannten Jugendlichen befinden sich auch Personen, die in der jüngsten Vergangenheit z. T. mehrfach durch uneinsichtiges Verhalten, verfestigte negative und feindlichen Verhaltensweisen - wie rowdyhaftes Benehmen, vorsätzliche Zerstörungen und Sachbeschädigungen (Grünanlagen, Baumbestände, Bänke, Umzäunungen u. a.), Beschimpfen von Ordnungs- und Sicherheitskräften, bis hin zur Hetze und Staatsverleumdung sowie zu Tätlichkeiten gegen diese Kräfte - mit Sicherheitskräften in Konflikt geraten waren.

Gespräche mit verschiedenen dieser Jugendlichen im Zusammenhang mit laufenden Ermittlungsverfahren oder anderen gegebenen Anlässen führten immer wieder zu der Feststellung, daß sie eine negative Grundeinstellung zum sozialistischen Staat besitzen. Sie haben kein echtes Interesse an politischen Fragen und lehnen eine aktive Tätigkeit in der FDJ konsequent ab. In den Diskussionen ist zu erkennen, daß nach ihrer Auffassung die "persönliche Freiheit" in der DDR eingeschränkt sei.

Dieser Anhang der Beat-Formationen ist aus seiner Grundeinstellung heraus jederzeit in der Lage, bei relativ geringfügigen Anlässen bewußt Konfrontationen größeren Ausmaßes mit Ordnungs- und Sicherheitskräften zu inszenieren. Andererseits gibt es aber auch Hinweise, wonach sich die Anhänger genannter Beat-Formationen teilweise in bestimmter Weise absichern, indem sie einzelne Jugendliche beauftragen, auf Ordnung zu halten, um "mit den Sicherheitsorganen nicht in Konflikt zu kommen". Beispielsweise werden oftmals unter Alkoholeinfluß stehende Jugendliche aus dem Blickfeld gebracht, da von diesen meist Krawalle, Störungen und Zusammenstöße mit der DVP und anderen Ordnungskräften ausgehen.

Zur Kennzeichnung des betreffenden Anhanges der bestimmten Beat-Formationen gehört außer der Tatsache, daß sich der größte Teil davon aus sogen. Trampern zusammensetzt, auch die Feststellung, daß sich ein anderer Teil durch Schwarzfahrten mit der Deutschen Reichsbahn an den Auftrittsort begibt. Zahlreiche überörtliche Verbindungen werden zum regelmäßigen Informationsaustausch, wann und wo welche Beat-Formationen auftreten, in welchem Umfang eine Teilnahme erfolgen soll u. ä. genutzt. Gleichzeitig werden diese überörtlichen Verbindungen als Übernachtungsquartiere genutzt, soweit nicht ohnehin ein Übernächtigen im Freien (Parks u. ä.), in leerstehenden Abrißwohnungen oder Schuppen vorgesehen ist. [ ]



MUSIK-UNDERGROUND in der CSSR

Die subversiven Rockbands des tschechoslowakischen ‚underground'

[ ]

Der Rock der 60er Jahre

Die politische Atmosphäre in der Mitte der 60er Jahre hat zu einem unglaublichen, explosionsartigen Entstehen von Rockgruppen in Böhmen geführt. Allein in Prag gab es mehrere Hundert. Einige hatten sogar ziemlich großen Erfolg, aber das ist nicht das Wichtigste dabei gewesen. Das Wichtigste ist die große Anzahl, die ungeheure Vielzahl von Gruppen, gewesen. Denn auf diese Weise haben ziemlich viele Leute Zugang zur Kunst gefunden; obwohl sie diesen Bezug vorher aus verschiedenen Gründen nie besessen hatten: sei es auf Grund ihrer sozialen Herkunft, sei es auf Grund bornierter Vorstellungen, die sie von Kunst im Kopf hatten, oder sei es auch auf Grund ihres Hasses auf die Schule, der nur ein Ausdruck der Schwierigkeit ist, im gegenwärtigen Schulsystem eine reale Ausbildung zu erhalten. Abgesehen von der Qualität, ermöglichten diese Gruppen eine natürliche Selektion: verschiedene Musiker gründeten eine Gruppe, spielten, lösten sich wieder auf und es entstanden wieder neue Gruppen. Für diese Leute war das Spielen in der Öffentlichkeit das einzige Mittel, zu erkennen, daß es auch andere gab, die dasselbe dachten und spürten wie sie selber. Meines Erachtens besteht eines der größten Verbrechen der gegenwärtigen Regierungsclique genau in dieser Informationsblockade, die sie heute um die Jugendlichen aufbaut, die doch gerade im Alter von 16 - 19, in diesem entscheidenden Alter, ihre ganzen Vorstellungen herausbilden und prägen. Denn wohin sollen die jungen Typen heute gehen, um das zu finden, was sie suchen – wo sie doch umgeben sind von einer undurchdringbaren Mauer des Schweigens und der Desinformation? Wie soll es heute, 1976, Jugendlichen möglich sein, neue Gruppen mit einer halbwegs realen Lebensfähigkeit zu bilden, wo es kein alltägliches, kulturelles Milieu mehr gibt, in dem sie sich treffen, sich vergleichen und gemeinsam spielen könnten? Doch was sollen die Fragen – die große Zeit, als man sich noch treffen konnte, ist für immer vorbei. In dieser Zeit gab es in Prag eine Gruppe, die sich ‚Primitive Group' nannte.

‚Primitive Group':

Wenn die Art der Musik eine andere wird,
wenn die Art der Musik geändert wird,
wenn die Art der Musik eine andere wird,
dann beben die Mauern der Stadt.

– The Fugs –

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß das Auftauchen der ‚Primitive Group' in Prag ein völlig neues Phänomen ankündigte: die Underground-Musik. Zuvor hatten die meisten Gruppen in der glorreichen Zeit des tschechoslowakischen Rock die Gelegenheit verpaßt und sich von ihrer Verantwortung zurückgezogen: es war gespenstisch zu beobachten, wie sie die alten, überholten Wege der Musik wieder eingeschlagen haben, um ihre Musik zu kommerzialisieren; zu beobachten, wie ihr einziges Ziel immer mehr darin bestand, eine musikalische Karriere in Diskotheken oder den kleinen Theatern zu machen und wie ihre ganze Sorge sich darauf konzentrierte, nicht die debilen Kritiker zu vergrämen, die die Rock-Musik mit ihren toten Kriterien beurteilen. Mitten in diese Armut hinein entstand die Gruppe ‚Primitive Group'. Es war noch keine perfektionierte Gruppe, sie war weit entfernt von der gekünstelten Farblosigkeit der anderen Gruppen – und sie bemühte sich wahrscheinlich zunächst unbewußt, diesen Unterschied weiter herauszuarbeiten. Sie hatte kein eigenes Repertoire, sondern spielte die Songs von Jimmy Hendrix, Eric Burdon, The Grateful Dead, The Pretty Things, The Doors, The Mothers of Invention, The Fugs. Ende der 60er Jahre war es absolut notwendig, angelsächsischen Rock zu spielen, um sich in der Scene produzieren zu können. Als damals die ‚Primitive Group' als erste Frank Zappa spielten, gab es nur eine Handvoll Leute, die ihn kannten und auf diese Musik abgefahren waren.
Als dann später die offizielle Kritik an der Pop-Musik anfing, auf dieses ‚enfant terrible' der psychedelischen Musik in Prag aufmerksam zu werden, löste sich die Gruppe freiwillig auf. Aber das war keineswegs das Ende der psychedelischen Musik in Prag: als sich die ‚Primitive Group' im April 1969 trennte, bestand die Gruppe ‚Plastic People of the Universe' schon 5 Jahre lang.

‚Plastic People of the Universe':

Die Welt ist herrlich,
doch die plastic people können sie nicht sehen,
die Blumen sind herrlich,
doch die plastic people können sie nicht sehen,
der Sonnenuntergang ist herrlich,
doch die plastic people können sie nicht sehen,
sie sehen nur eine Sache,
eine einzige Sache, die in ihren Augen herrlich ist,
diese plastic people im Underground.

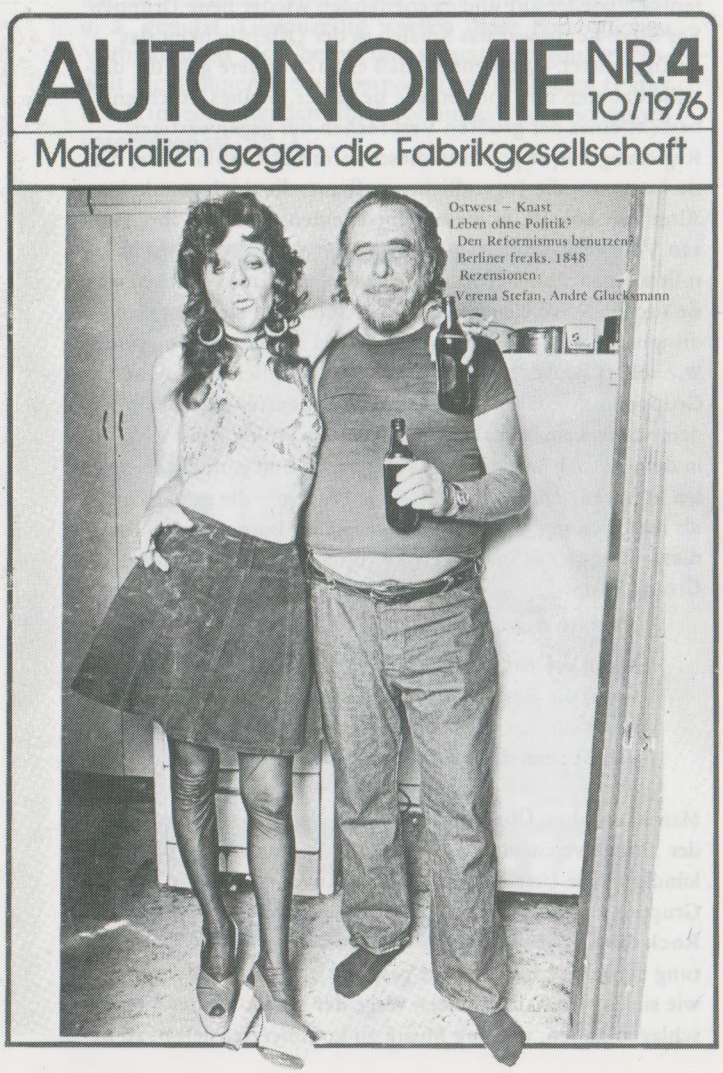
Die Gruppe ‚Plastic People of the Universe' setzte den Pop-Underground fort. Sie verstanden das Wort ‚Underground' schließlich im Sinne von ‚feeling'. Eine wichtige Rolle für die Entwicklung der tschechischen Pop-Musik spielte der Gründer der Gruppe: Milan Hlavsa, ein ausgezeichneter Liederschreiber. Er machte eine ganz neue Musik mit ganz neuen Texten, die in der ersten Phase der ‚Plastics', die man ‚mythologisch' nennen könnte, eine neue Welt, eine Kosmologie des Underground entstehen ließ. Während dieser Periode meinte ‚Underground' eine ganze Welt alternativer Vorstellungen, die sich von der Lebensweise der Leute unterschieden, die in der Welt des Establishments lebten.
Anfang der 70er Jahre ergriff das Establishment harte Maßnahmen, die die Rock-Musik als Bewegung zerstörten. Es wurde den Gruppen verboten. auf Englisch zu singen; Gruppen mit englischen Namen mußten diesen ändern; und viele damals angesehene Musiker wurden leider zu bloßen Beglei-

tern von Stars der kommerziellen Pop-Musik. Die ‚Plastic People of the Universe' beschlossen, alle diese von ihnen verlangten Änderungen zurückzuweisen. Die Gruppe verlor dadurch die Möglichkeit, professionell weiterzuarbeiten. Einige Mitglieder – die schwächsten – verließen die Gruppe; und die übrigen fingen als ‚Plastic People' mit praktisch nichts neu an: ohne Ausrüstung, mit nur wenigen Instrumenten, aber mit einer sehr festen Überzeugung: ein Musiker ist verpflichtet, die Art von Musik zu spielen, die sein Bewußtsein von ihm verlangt und die ihm Spaß macht... Nach einer gewissen Pause begann die neue Gruppe ‚Plastic People' auf gelegentlichen Tanzveranstaltungen wieder zu spielen. Als sie das erste Mal in Ledecnad Savanou spielte, wurde klar, daß ‚The Plastic' den Beweis dafür erbrachte, daß man ohne sich zu kompromittieren überleben konnte... [ ]
Daß die ‚Plastic People' ihre Integrität gewonnen und bewahrt haben, liegt nicht daran, daß sie gute Musiker waren. In anderen Gruppen gab es Musiker, die sogar noch besser waren. Sondern daran, daß sie selbst in der schlimmsten Zeit, als sie keine Ausrüstung besaßen, als sie nichts hatten, worauf sie sich stützen konnten, nicht einmal mehr ein Publikum, dennoch eine Sache wenigstens ganz klar in ihrem Kopf hatten: es ist besser, überhaupt nicht zu spielen, als eine Musik, die man nicht wirklich mitempfinden kann. Es ist besser überhaupt nicht zu spielen, als das zu spielen, was das Establishment verlangt.

Ich habe öfters das Wort ‚Underground' benutzt. Abschliessend will ich genauer zeigen, was damit gemeint ist. In Böhmen meint das Wort ‚Underground' nicht eine bestimmte, definierte Kunstrichtung, obwohl es bei der Musik zum Beispiel weitgehend durch die Rock-Musik ausgedrückt wird. Viel allgemeiner bezeichnet ‚Underground' eine Lebensweise, die Intellektuelle und Künstler angenommen haben, die damit sehr bewußt und kritisch ihr eigenes Verhalten und Verhältnis zur Umwelt, in der sie leben, definieren. Es ist ein offener und erklärter Kampf gegen das Establishment, das vom System errichtet wurde. Es ist eine Bewegung, die im wesentlichen auf der kulturellen Ebene arbeitet, aber den Trägern dieser Bewegung ist bewußt, daß die Kunst nicht das letzte Ziel des Künstlers ist und sein darf. Underground: das sind die Leute, die kapiert haben, daß man nichts im Rahmen der Legalität des Systems ändern konnte, und die nicht einmal versucht haben, sich mit dieser Legalität zu arrangieren. Ed Sanders, die ‚Fugs': Das ist der totale Angriff gegen die Kultur. Dieser Angriff kann erfolgreich nur von solchen Leuten geführt werden, die sich aus dem offiziellen Kulturbetrieb heraushalten. Underground: das sind die Intellektuellen und Künstler, deren Arbeit vom Establishment nicht akzeptiert werden kann, und die angesichts dieser Ablehnung nicht passiv bleiben, sondern versuchen, mit ihrer Arbeit und durch ihr Verhalten das Establishment zu zerstören. Für diejenigen, die den Underground als ihre Heimat gewählt haben, sind zwei Fähigkeiten wichtig: die Wut und Bescheidenheit. Jeder, der diese beiden Fähigkeiten nicht besitzt, kann nicht im Underground leben. [ ]

Ein Sympathisant der Gruppe ‚Plastic People'
(Aus ‚Liberation', 21./22. August 1976)

hier zitiert aus:



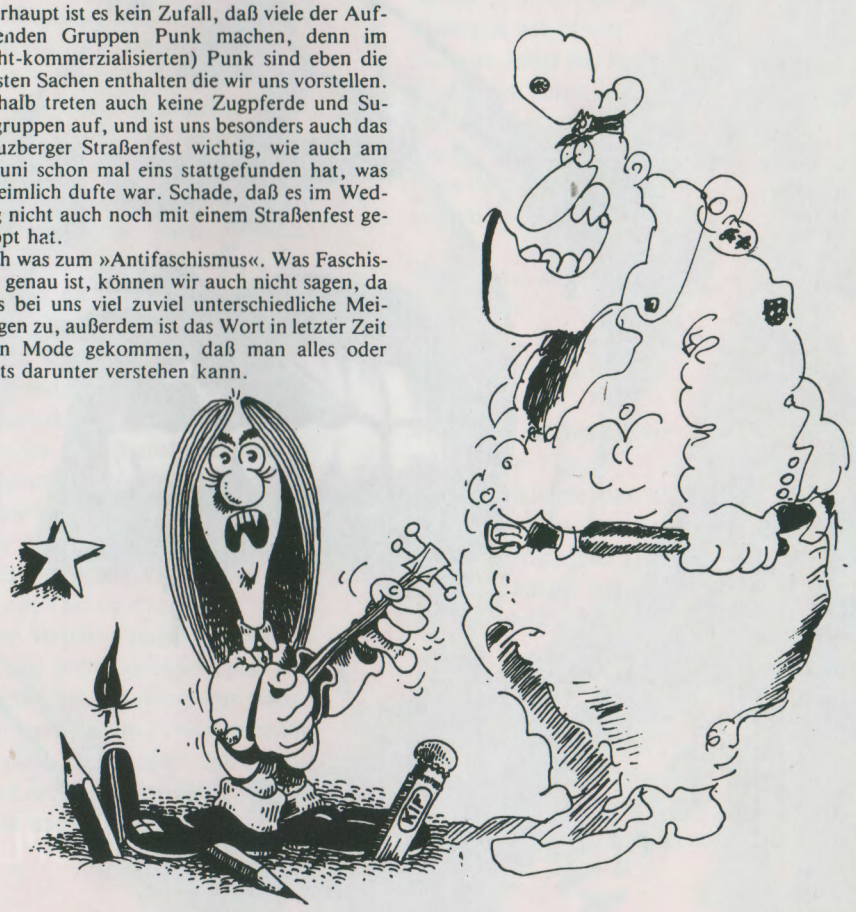
radikal
Nr. 67
28.9.-11.10.
18 S./Preis:1,50
SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR WESTBERLIN

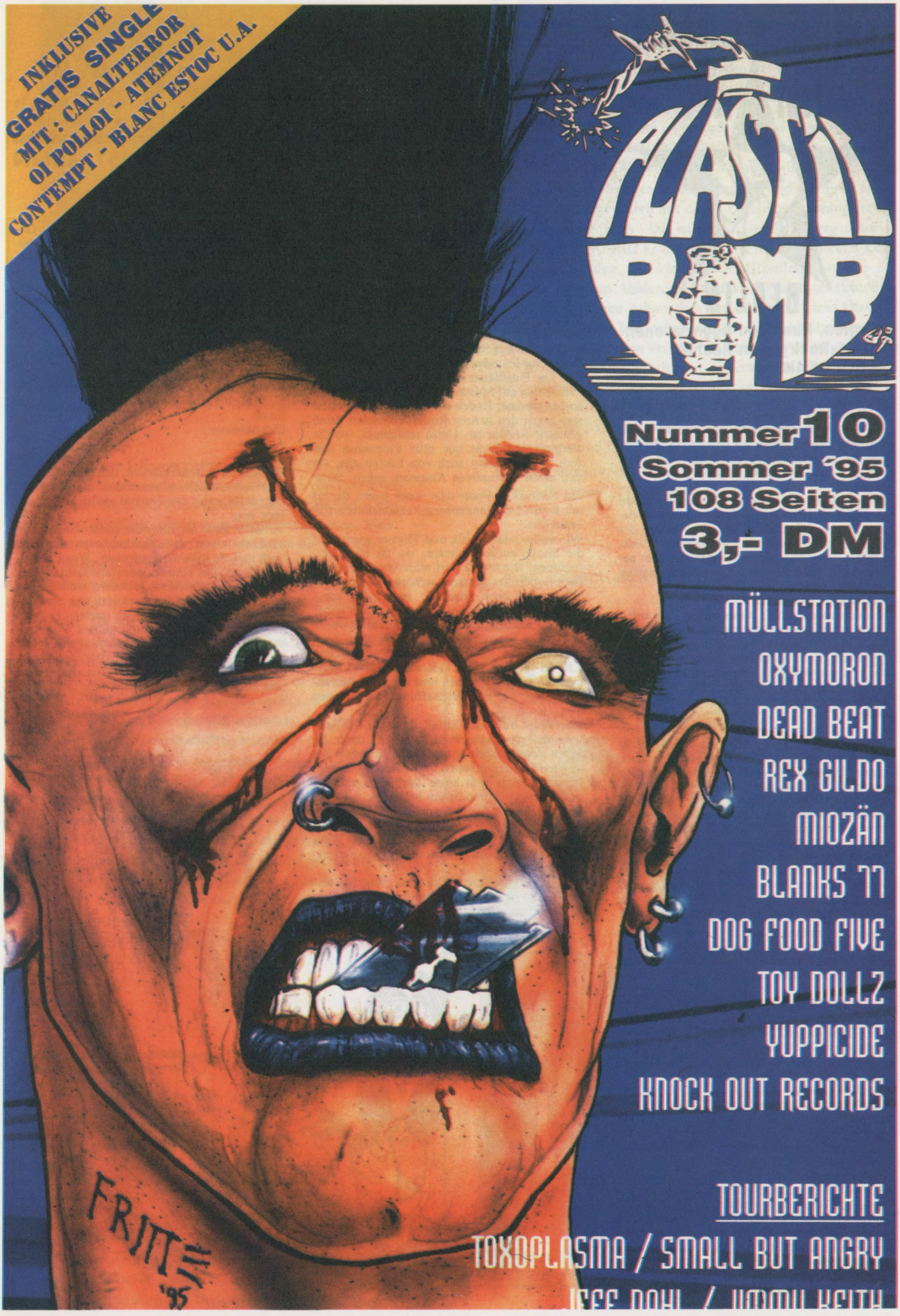
ANTIFASCHISTISCHES FESTIVAL BERLIN

Orgien, Kaos und Aggressionen statt ‚Rock gegen Rechts'
Punk ist Aktion

wir wollen uns erleben, wir wollen uns fühlen, wir wollen was zusammen machen und nicht wie halbe leichen rumhocken. wir stecken voller frust und aggressionen, wir werden von der langeweile genervt, dieses gefängnis-leben kotzt uns an — wir explodieren. PUNK.
dagegen:
die politik der linken heute wird zerfressen von abstrakten worten in flugblättern, büchern, demoparolen und auf teach-in's. ihr inhalt ist der spruch. täglich hören wir sprüche über 3. weltkämpfe, über neue repressionsgesetze, über neofaschistische tendenzen. die schädel platzen vor lauter rederei.
Das erreicht uns nicht!
besonders kluge köpfe dieser linken - wir orten sie beim KB - sehen das natürlich auch. die isolation von den ‚massen' droht. die sprüche ziehen kaum noch. ‚Rock gegen Rechts' muß her. die verstümmelte art dieser linken läßt nur ein taktieren zu. musik wird eingesetzt. musik wird der politik aufgesetzt, um diese verkaufbarer zu machen.
wir wissen ungefähr, wie die organisation von konzerten in schuppen wie dem SO 36, dem Kant-Kino, der Neuen Welt etc. abläuft. ‚Rock gegen Rechts' hatte ‚gute' vorbilder. wir sitzen vereinzelt, zu hunderten, tausenden, starren auf eine bühne, konsumieren xyz-stars, bekommen die aufforderung nicht zu tanzen, damit die hinteren noch was sehen können, bezahlen unseren eintritt, da wir es sonst mit den ordnern zu tun bekommen, werden erschlagen mit dem lärm technischer superanlagen: wir erfahren unsere eigene ohnmacht/winzigkeit/hilflosigkeit bei diesen anonymen, technischen spektakeln. was wir in frankfurt erlebten, was wir ähnlich — in kleinerem umfang allerdings — in verschiedenen städten erleben, unterscheidet ‚Rock gegen Rechts' in nichts von kommerziellen musikkonzerten, in nichts bis auf bekannte linke spruchblasen.
wie soll solch ein mist uns überhaupt anturnen? ob solche supergruppen und stars wie die stones, frank zappa, bob dylan oder ihre linken und scheinlinken nachäffer von ‚Rock gegen Rechts' auftreten — das ist uns doch scheißegal, holt uns gleichermaßen runter.
die ‚RgR'-spektakel sind in wirklichkeit promotiontouren für gruppen, die das große geschäft suchen. denkt an udo lindenbergs kostenlosen werbegig oder die konkurrenz kacke um die hamburger gruppe october. ‚RgR' promotet musikgruppen und diese wiederum die anti-rechts-kampagne der polit-freaks.
wo ist die bewegung? wie soll eine bewegung aufgebaut werden? wir sehen nur ein schmieriges geschäft, das als linke politik verkauft wird. entsprechend den praktiken von werbeagenturen ist auch die politik von ‚RgR' aufgebaut. als eingängige waschmittel-parole dient ne allgemeine anti-rechts-zielsetzung und dann der allgemeine rundschlag: sie wollen sich mit »allen solidarisieren, die am meisten von der unterdrückung erfaßt werden«.
bloß: wo bleiben da wir, die den rummel der ‚RgR'-manager ertragen müssen???

Vom 28.-30. September soll das antifaschistische Festval steigen.
Viele aus unserer Gruppe waren früher selber in irgendwelchen politischen Gruppen und waren mit der Zeit angekotzt von den ganzen althergebrachten Methoden: Jede Woche 3 Demos, jeden Tag Flugblätter die keiner liest...
Wir fahren auf Musik und Theater ab, und umso beschissener finden wir es, daß bisher kaum was gegen den ganzen Kommerzrummel dabei gemacht worden ist. Umso schlimmer, wo die Vermarktung nicht nur über Lippmann und Rau läuft, sondern auch von Leuten aus, die sich einen alternativen Anspruch geben. Siehe das Festival of Fools oder Rock gegen Rechts mit ihrem Udo-Lindenberg Reklamekonzert in Frankfurt.
Wir wollen, daß Musik und Theater wieder auf die Straße zurückkommen, wo sie auch herstammen. Die Musik darf nicht von irgendwelchen Superstars gemacht werden, die vom Publikum nur noch angegafft zu werden brauchen. Das ganze muß die Leute antörnen selber aktiv zu werden. Ist zwar nicht einfach wegen der totalen Konsumhaltung die sich über Jahre herausgebildet hat, aber Ansätze gibts schon z.B. bei der Punkszene in Kreuzberg, wo immer mehr Gruppen entstehen und wir uns gegenseitig helfen, bei der Beschaffung von Anlagen usw...
Überhaupt ist es kein Zufall, daß viele der Auftretenden Gruppen Punk machen, denn im (nicht-kommerzialisierten) Punk sind eben die meisten Sachen enthalten die wir uns vorstellen. Deshalb treten auch keine Zugpferde und Supergruppen auf, und ist uns besonders auch das Kreuzberger Straßenfest wichtig, wie auch am 2. Juni schon mal eins stattgefunden hat, was unheimlich dufte war. Schade, daß es im Wedding nicht auch noch mit einem Straßenfest geklappt hat.
Noch was zum »Antifaschismus«. Was Faschismus genau ist, können wir auch nicht sagen, da gibts bei uns viel zuviel unterschiedliche Meinungen zu, außerdem ist das Wort in letzter Zeit so in Mode gekommen, daß man alles oder nichts darunter verstehen kann.
Jedenfalls ist klar, daß der Faschismus viele Geschichter hat, und der nächste Faschismus bestimmt nicht so aussehen wird wie 33. Auch wenn die Neonazis sich das so vorstellen — von ihnen geht bestimmt nicht die Hauptgefahr aus. Wir erleben jetzt schon jeden Tag Unterdrückung, Ansätze für Faschismus:
Schulstreß
Bulleneinsätze
Arbeitshetze
Rausschmisse
Mundtodmachen anderer Meinungen
Kontrollen überall
Knast
Diskokonsum
Alkohol
Heroin
So nicht mehr weitermachen, sich nicht mehr alles gefallen lassen, selber denken und sich wehren, dafür kann das Festival vielleicht ein Anfang sein.
Vielleicht kann der eine oder andere eingefahrene Linke unter den Radikal-Lesern dadurch auch mal ein bißchen umdenken. Wenn nicht - wir machen das Festival jedenfalls nicht für das übliche linke Publikum, sondern wollen neue Formen finden, andere und uns neu anzuturnen. Noch was: Alle Gruppen spielen umsonst, müssen aber die Fahrt- und andere Unkosten bezahlt kriegen. Deshalb kostet das ganze leider **für die 3 Tage 5 DM Eintritt.** Die Badges mit unserem Emblem, die als Eintrittskarten gelten sind auch im Vorverkauf erhältlich.




INKLUSIVE
GRATIS SINGLE
MIT : CANALTERROR
OI POLLOI - ATEMNOT
CONTEMPT - BLANC ESTOC U.A.
PLASTIC BOMB
Nummer 10
Sommer '95
108 Seiten
3,- DM
MÜLLSTATION
OXYMORON
DEAD BEAT
REX GILDO
MIOZÄN
BLANKS 77
DOG FOOD FIVE
TOY DOLLZ
YUPPICIDE
KNOCK OUT RECORDS
TOURBERICHTE
TOXOPLASMA / SMALL BUT ANGRY
FRITZ '95

BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

Nr. 7/1991, S. 24/25

OSTBERLIN

Im Folgenden veröffentlichen wir einen vieldiskutierten Text, der zuerst in der Berliner "Besetzerzeitung erschien:

Einige Eindrücke vor und nach dem Konzert der Böhsen Onkelz

Um im Vorfeld Mißverständnissen entgegenzutreten:

Als ein Mensch mit antifaschistischer Grundeinstellung bin ich mir des Problems von Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit bewußt. Desweiteren habe ich nicht vor, faschistische Erscheinungen herunterzuspielen und zu vermiedlichen. Was ich jedoch vor und nach dem Konzert der "Böhsen Onkelz" in der Berliner Hasenheide erlebt habe, hat meines Erachtens mit antifaschistischen Kampf überhaupt nichts mehr zu tun.

Ca. 19.45 Uhr erreichte ich den Hermannplatz und freute mich schon auf das Konzert. 70 - 80 BesucherInnen tummelten sich auf dem Gelände der "Neuen Welt". Davor standen 150 Menschen (Antifas, Türkische Gangs). Ich erfuhr von der Security, daß das Konzert erst nach Mitternacht anfängt, weil das Berliner Verwaltungsgericht den "Böhsen Onkelz" eine einstweilige Verfügung für den 23. Juni auferlegt hatte. Ein Kumpel und ich gingen dann etwas essen, um uns die Zeit zu vertreiben.

Eine Gruppe von 5 - 6 Skinheads (klassisches Outfit, nicht als Nazis zu erkennen) wurden von vorne und hinten durch die anwesenden GegendemonstrantInnen bedrängt und dann brutal zusammengeschlagen. Zwei wurden leicht verletzt, ein anderer wurde mit einem ziemlich großen Holzknüppel bearbeitet, blieb mit einem blutigen Kopf liegen und mußte durch einen Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden. Die weitere Szenerie: Gejohle und Beifall von herumstehenden Antifas und Türkengangs, die mit "Nazis raus"-Rufen nicht einmal sich selber meinten. Der allgemeine Tenor: Mensch habe ja die richtigen Nazis erwischt. Kurze Zeit später hörte ich von einem Türken den Spruch: "Scheiß schwule Nazi Skins".

Nach dem Essen begaben wir uns gemütlich in Richtung "Neue Welt". Trotz einiger Pöbeleien von Antifas ("Scheiß Nazis") ließen wir uns die Stimmung nicht verderben, denn wir erwarteten ein super Onkelz-Konzert. Das Spektrum der KonzertbesucherInnen war breit gefächert (Skins, Hools, Heavy`s, Alternative und ca. 10 nationalistische Skins, die kurzzeitig Parolen gröhlten). Das Konzert begann eine Minute nach Mitternacht und mit gutem Feeling lief alles ohne nennenswerte Zwischenfälle über die Bühne. Nach anderthalb Stunden war das Konzert zu Ende und wir verließen gut gelaunt die "Neue Welt". Die Polizei versperrte uns den Weg in Richtung Hermannplatz mit den Worten, dort seien Leute, die uns verhauen wollen. Wir mußten dann Richtung U-Bhf Südstern laufen. Unterwegs sahen wir ein Auto von KonzertbesucherInnen mit zerstochenen Reifen. Am U-Bhf Südstern angekommen, begaben wir uns in eine Seitenstraße. Nach wenigen Metern kam uns ein Fahrradfahrer entgegen und warf mit einem Pflasterstein nach meinem Begleiter. Glücklicherweise hatte der Steinewerfer nicht zuviel Zielwasser getrunken, denn der Stein traf in Bauchhöhe und nicht in Kopfhöhe, wo er eigentlich hingehen sollte. Zu dieser Episode ist noch zu sagen, daß Steinewerfer und Betroffener mal in zwei nebeneinander liegenden besetzten Häusern gewohnt haben. Genervt von dem Erlebten zogen wir es vor, zum U-Bahnhof zurückzugehen und dort auf ein Taxi zu warten.

Meine Meinung zu dieser Aktion:

Ich habe nichts dagegen, daß wir aktiven Faschisten militant ihre Grenzen aufzeigen. Die im Artikel genannten Beispiele zeigen aber, daß undifferenziert draufgehauen wird und so aus Skins und Hools erst Faschisten gemacht werden. Des weiteren ist es traurig, daß politisch motivierte Aktionen zu FUN-Aktionen verkommen, die nicht mehr in der Öffentlichkeit zu vermitteln sind.

Ich möchte hier noch einen Text der Böhsen Onkelz vorstellen. Das Lied ist auf der letzten veröffentlichten LP "Es ist soweit" erschienen und heißt "Nichts ist für die Ewigkeit".

Glaubst du alles, was ich sage
Glaubst du, du weißt, wer ich bin
stellst du niemals Fragen
Warum wir wurden, wie wir sind
Die Ironie mit der wir spielen
Die ihr so schwer versteht
Der Schatten im Verstand
Der in Jedem von uns liegt.

Refrain
Nichts ist für die Ewigkeit
Nichts ist wie es war
Nur vier Jungs aus Frankfurt
Sind schon lange, lange da
Die Welt hat uns verlangt
Sie hat nichts besseres verdient
Habt ihr noch nicht erkannt
warum es Böhse Onkelz gibt.

Glaubst du, daß ich Kinder
töten kann
Glaubst du, ich bin negrophil
Denkst du, daß ich nur
besoffen bin
Wie es ist, erfährst du nie
Fragen über Fragen
Es ist nicht leicht, uns zu verstehn
Denken kann nichts schaden
Vielleicht kannst du,
vielleicht kannst du
Die Wahrheit sehn.

Anmerkung: Mit dem Begriff Antifas sind alle anwesenden "FaschoaufklatscherInnen" gemeint und nicht die Antifa Berlin.

Ein Konzertbesucher

„Musik für Deutsche“

„Trotz Boykott in den Charts !“

- so lautet der Artikel über die Böhsen Onkelz in „Rock Hard“ 80 (Januar '94). Davon kann keine Rede sein, rührte doch der Verfasser des Artikels, Götz Kühnemund, ein Jahr lang kräftig die Werbetrommel für die Frankfurter Band um Stephan Weidner. Mit diesem Thema möchte ich mich in diesem Bericht näher befassen.
Götz Kühnemund ist Chefredakteur des „Rock Hard“ -Magazines, das bei Hardrockern oder Metallern beinahe Kultstatus genießt, ist es doch das einzige Magazin, das nicht nur aus Posern besteht, sondern sich mit Artikeln mit dieser Musik auseinandersetzt. Also hat die Redaktion auch eine gewisse Verantwortung. Bei dem Thema „Onkelz“ hat man im letzten Jahr von der Verantwortung wohl nichts wissen wollen, aber dafür von ihrer Machtposition.

Im Februar 1993 erschien das erste Interview von Götz Kühnemund mit Stephan Weidner unter dem Titel „Böhse Onkelz - als Symbol mißbraucht ?“ Auf zwei ganzen Seiten kann sich Weidner auslassen über seine Jugend, seine Einstellung früher und heute, seine ach so schlimme Behandlung in den Medien usw., usf. Alles bekannt, u.a. von Biolek. Nur ist es hier auffällig wie der Interviewer mit seinem Kontrahenten umgeht : was Weidner sagt, ist Fakt ! Da wird nicht weiter nachgebohrt. So hat Kühnemund Weidner's Aussage „wir haben schon Einfluß und können sicher auch Leute ansprechen, die rein tendenziell auf der Kippe stehen. Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren, sag' ich mal, sind ja sehr flexibel, was vielleicht einen Hang dorthin oder dorthin bewirken kann. Das liegt oft am Umfeld - und ich hab' schon die Ambition, da was zu tun...“ praktisch in seine Einleitung zum Interview übernommen : „Denn wer könnte ausländerfeindliche, tendenziell rechtsradikale Jugendliche, wie sie leider auch in der Rock-Szene anzutreffen sind eher zum Umdenken bewegen als die Böhsen Onkelz ?“

Früher sangen sie „Türken raus“. Heute wollen sie keine Nazis sein. Sondern Stars. Die Böhsen Onkelz – eine deutsche Karriere

Hier macht Kühnemund den Spagat mit der rechtskonservativen Presse, denn das war auch deren Statement in ihren Berichten über die Böhsen Onkelz (FAZ, 15.12.92). Seltsam, da findet man jahrelang nichts über Pop-/ Rockkultur in der FAZ und plötzlich erscheinen gleich zwei Berichte mit/über die Böhsen, in denen das Blatt sich zum Retter hochstilisiert.
Ist es eigentlich Zufall, daß die Onkelz ab Herbst '92 soviel Interviews gaben, obwohl die Journalisten ihre Lieblingsfeinde sind ? Hat es damit zu tun, daß die LP „Heilige Lieder“ bis auf Platz 5 der deutschen Verkaufscharts kam und es dennoch ein bundesweites Auftrittsverbot gab ? Haben sich die Onkelz an den Frankfurter Multikultur-Dezernenten Daniel Cohn-Bendit gewandt um das flächendeckende de facto-Auftrittsverbot aufzuheben ?

Für mich war das reine Taktik von Weidner & Co. Die Onkelz waren nie Nazis, sie waren „stolze Deutsche“, Nationalisten und Rassisten wie viele bundesdeutsche Wendejugendliche Anfang der Achtziger. Was Gleichaltrige im kleinsten Freundeskreis los wurden, haben sie aber auf Platte verbreitet und von der Bühne heruntergegröhlt. Auch wenn ihre späteren Platten nicht mehr so eindeutige Texte besitzen, sind sie den Vorwürfen ihnen gegenüber nur halbherzig entgegengetreten, wohl aus Angst ihre treue Fangemeinschaft zu verlieren.

Zurück zur „Rock Hard“ -Ausgabe Februar 1993. Im gleichen Heft findet sich ein gutes Special über das Phänomen Rechtsrock von Holger Stratmann. Hier geht es hauptsächlich um „Störkraft“, „Skrewdriver“ und „Kraft durch Froide“. Zu den Böhsen Onkelz merkt er nur an, daß der Kampf gegen das rechte Image nicht eindeutig geführt wurde, wie wahr. Interessant ist es als Stephan Weidner zu Wort kommt : „Wenn der Manager von Störkraft sagt, wir machen das jetzt genauso wie die Onkelz, dann ist das für mich ein ganz harter Spruch. Wir sind doch nicht deren Vorbilder.“ Wirklich nicht ? Immerhin haben sich „Commando Pernod“ von der „rechten Kiste“ distanziert und „Störkraft“ nennen ihre neue Platte „total unpolitisch“. Aber Weidner weiter : „Ich habe auch nie so einen harten Text geschrieben wie die. Egal, wie man „Türken raus“ bewertet, das Lied ist zu einer anderen Zeit geschrieben worden.“ Wie einfach !
Stephan Weidner sieht sich immer als Opfer. „Auf meiner Schule gab's über 40 % Ausländer; du kannst dir vielleicht vorstellen, daß da zwangsläufig Spannungen entstehen. Wir haben einfach das widergespiegelt, was wir damals auf der Straße erlebt haben“, so Weidner im Interview mit Götz Kühnemund zu „Türken raus“ im gleichen Heft. Oder zu den Ausschreitungen Rechtsradikaler in Onkelz-Shirts in Rostock : „Jede Gruppe hat Anhänger, die sie lieber nicht hätte - aber bei uns wird mit zweierlei Maß gemessen, und das wird viel genauer in die Waagschale gelegt“ (ebenda). Das wohl doch zurecht ! Nicht jede Band hat eine solche Geschichte ! Die Onkelz können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, wenn 20,30 Faschos irgendwelche Parolen grölen und sie rausgeworfen wurden (geschehen am 17. Oktober beim „Rock gegen Rechts“-Festival in Bremen). Diese Faschos und einige mehr haben die Onkelz mitzuverantworten !

Im „Rock Hard“ 80 (Januar '94) macht Kühnemund wieder ein zweiseitiges Interview, in dem Weidner seine beiden gleichzeitig herausgebrachten Alben vorstellen darf, und zwar Song für Song ! Die Songs haben wieder, wie schon beim Vorgängeralbum „Heilige Lieder“ diese die-Scheißgesellschaft-läßt-uns-im-Stich- Mentalität. Also genau die Masche, mit der sie neue Fans nicht verlieren und die alten sich noch identifizieren können. Und wer meint, mit „Deutschland im Herbst“ (ein Song über Rostock, Mölln) sind die Onkelz aus allem raus, kann ich nur „Heilige Lieder“ vorhalten, den Titelsong der vorletzten LP :

„Die Erde hat uns wieder,
so wie sie uns kennt,
mit scheinheiligen Liedern erobern wir die Welt.“

Doch Götz Kühnemund hat sein Ziel erreicht. Innerhalb eines Jahres machte er zwei fette Interviews, in denen sich die Onkelz so richtig schön darstellen konnten, dazu noch das Special von Holger Stratmann. Waren beim Leserpoll '93 die Böhsen Onkelz nirgendwo aufzufinden, sind sie beim Leserpoll 1994 ganz oben dabei und sie wurden dann noch zur „unterbewertesten Band des Jahres“ gewählt. Ich hätte mir gewünscht, daß ein Magazin mit der Auflage und mit dem Stellenwert für Hörer härterer Musik lieber Bands pushen würde mit einem unzweifelhaften Ruf. Und wenn es schon deutsche Gruppen sein müssen, dann z.B. „Slime“ oder „Abwärts“. Diese werden doch höchstens einmal im Jahr mit einer Plattenkritik bedacht, gehen aber sonst im „Rock Hard“ unter.

Götz Kühnemund muß sich den Vorwurf gefallen lassen, den Boden für Rechtes (und demnächst noch Rechteres ?) in der Rockmusik-Szene bereitet zu haben.

Klaus.

Studie zum Geschichtsverständnis

1,9 Millionen glauben an die Auschwitz-Lüge

Von unserem Redaktionsmitglied/NRZ-Nachrichtendienst

HAMBURG (C.S./afp). Fast zwei Millionen Deutsche sind der Auffassung, daß die Juden-Vergasung im KZ Auschwitz nur eine Propagandalüge der Alliierten Siegermächte ist. Dies ist ein Ergebnis einer Erhebung des Forsa-Institutes für die Hamburger Wochenzeitung „Die Woche“. Demnach glauben drei Prozent (1,9 Millionen) der erwachsenen Bevölkerung Deutschlands der Auschwitz-Lüge. Das Institut befragte 1114 Deutsche über 18 Jahre per Telefon.

91 Prozent sagten in der repräsentativen Erhebung, daß es für die Verbrechen der Nazis „genug Beweise“ gebe. Sechs Prozent wollten ihre Meinung nicht äußern. In mangelnder Information über die Greueltaten der Nazis liegt die Zustimmung zur Auschwitz-Lüge jedoch nicht begründet. Über 90 Prozent der Befragten gaben an, in der Schule „ausführlich“ über den Nationalsozialismus informiert worden zu sein.

Die Ideen des Nationalsozialismus fanden 64 Prozent „falsch oder schlecht“. Aber immerhin fast ein Viertel, 24 Prozent, vertrat die Ansicht, der Nationalsozialismus sei „eine gute Idee“ gewesen „die nur schlecht ausgeführt wurde“.

53 Prozent der Befragten äußerten die Auffassung, daß unter die NS-Vergangenheit ein „Schlußstrich“ gezogen werden müsse. 76 Prozent finden, daß „Nachgeborene“ keinerlei Verantwortung für die Nazi-Verbrechen haben.

Die Forsa-Studie ist die erste Statistik zum Geschichtsverständnis der Deutschen nach der Einheit.

15 Prozent der 1114 Befragten antworteteten auf die Frage „Braucht Deutschland einen starken Führer“ mit „ja“.

Plastic Bomb Nr. 7/Herbst 1994, S. 36

THE KIDS ARE NOT ALRIGHT

Ende der Fünfziger wurde sie erfunden, in den Neunzigern wird es Zeit, sich von ihr zu verabschieden: Die Jugendkultur. Nicht nur für SPEX bildeten Pop, Revolte und Abgrenzung die Basis der täglichen Existenz. Doch plötzlich funktioniert das Spiel mit den Selbstverständlichkeiten nicht mehr. Warum? Betrachten wir folgende Szene: Baseballkappen hüpfen auf-und-ab, bedruckte T-Shirts tanzen Slamdance, Flanellhemden rudern zackig mit den Armen, Doc Martens aller Formate finden sich in munter umherkreiselnden Pits. Energie, Power, Bürgerschreck – kurz: Jugendkultur at its best! Doch stop! Wir sind nicht bei Faith No More oder Biohazard, sondern im ZDF. »Bonn direkt« zeigt uns Underground unterm Hakenkreuz. Störkraft und Klotzkopf gröhlen von der Bühne, und ein jahrzehntelang gültiger Entwurf scheint passé.

TEXT: **DIEDRICH DIEDERICHSEN**

aus: Spex 11/1992, S. 28–34

»Ich liebe es, wie das Zeug bei euch Verwirrung stiftet.« (Greg Tate über die HipHop-Rezeption in Deutschland)

»Differenz verbindet.« (Frederic Jameson, »Postmodernism, The Cultural Logic of Late Capitalism«)

MALCOLM IN ROSTOCK. Rostock erlebte ich in Österreich. Das hatte den Vorteil, daß man am Kiosk nicht nur den »Spiegel« kaufen konnte, der die dortigen Ereignisse zu »Wut auf den Staat« verklärte, der alten polizeilichen Strategie folgend, den Unterschied zwischen Anarchisten und Nazis zu verwischen (dem die juristische Strategie entspricht, die Angreifer nach den gleichen Paragraphen abzuurteilen wie die Verteidiger: Angriff auf Polizeibeamte und nicht Mordversuch an Asylbewerbern), sondern auch das österreichische »Spiegel«-Pendant, das Nachrichtenmagazin »profil«, das auf das Titelbild geschrieben hatte: »Die deutsche Schande«. Den Österreichern war noch etwas anderes aufgefallen, das man in keiner deutschen Zeitschrift lesen konnte: einige der Angreifer hätten Malcolm-X-Kappen getragen. Mit dem so geschärften Blick konnte man unter den durch die Dunkelheit huschenden Typen, die einem Abend für Abend als Übertragung aus Quedlinburg, Wismar, Schwerin und anderen O-Orten schemenhaft ins Wohnzimmer übertragen wurden, bald einen repräsentativen Querschnitt der bekannten jugendkulturellen Typen erkennen: langhaarige Dinosaur-Jr.-Typen, Homies mit allen Arten von Kappen, bunte Techno-Typen – kurz all die, für die wir normalerweise glauben, dieses Heft zu machen und von deren kultureller Praxis in diesem Heft die Rede ist. Mit noch anderen Worten: Es scheint dringend angezeigt, von dem Konzept Jugendkultur mit allen angegliederten Unter-Ideen wie Pop, Underground, Dissidenz durch symbolische Dissidenz, Tribalismus, Revolte, Abgrenzung etc. zunächstmal Abschied zu nehmen. Sie scheinen nicht mehr in der Lage, die fundamentale Differenz, die allen Projekten zugrundeliegt, die wir je in jugendkultureller Praxis gesehen haben, festzustellen: den Unterschied zwischen Nazis und ihren Gegnern.

VOM RAVE ZUM POGROM. Das bedeutet nicht, vor den Rechten zu kapitulieren, sondern nur, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß Strategien und Taktiken der Jugendkultur – und das nicht nur in diesem Land – aufgrund weltweiter Veränderungen in der Politik wie in der Ökonomie so auf den Hund gekommen sind, daß sie eine rechtsradikale Benutzung nicht verhindern konnten. Bzw., das Problem sind gar nicht so sehr die Rechten: Was sich bei der gewalttätigen Verfolgung von Ausländern abspielt, ist ein klassischer Vorgang, ein altbekanntes Symptom des Zusammenbruchs von Kulturen und Gesellschaften. Aus solchen Zuständen kann alles mögliche werden, man kann leicht – und vor allem in Deutschland – darauf einen Nationalsozialismus aufbauen, und ich werde auch Leute, die in entsprechender Weise vorgehen, weiterhin »Nazis« nennen, aber dies *ist* noch nicht Nationalsozialismus. Es ist der schlechte Zusammenbruch von Verhältnissen, deren guten Zusammenbruch alle Ideen von Rebellion und Dissidenz, so wie sie in Jugendkulturen aufgehoben waren, als Utopie formulierten. Als deren Vorausschein empfand man unausgesprochen *das Ereignis* (Konzert, Trip, Rave, Festival). Das Ereignis ist zwar nicht an die Rechten gefallen, aber in Zeiten des falschen Zusammenbruchs von Ordnung ein protofaschistischer Zusammenhang geworden. Auch der Fanatiker, eine gerade wieder von Zizek in »Heaven Sent« als dem Spätkapitalismus widerstehende Figur, dessen Überidentifikation mit einer Rolle oder einem Glauben der postmodern-liberal plural. eingestellten Subjektivität das Feindbild liefert, beschrieben und in diesem Sinne auch schon oft in SPEX gerechtfertigt, ist nicht mehr möglich: Zwar stimmt die Beschreibung noch immer; Fundamentalisten jeweder Couleur reagieren auf den Zusammenbruch einer noch nicht (spät)-kapitalistischen Kultur, stemmen sich gegen das Zur-Ware-Kommen; aber der Fanatiker und Fundamentalist *bekämpft* ja nicht die Liberalen, Postmodernen und andere spätkapitalistische Formationen, sondern hier und heute immer die, die es noch schlimmer erwischt hat.

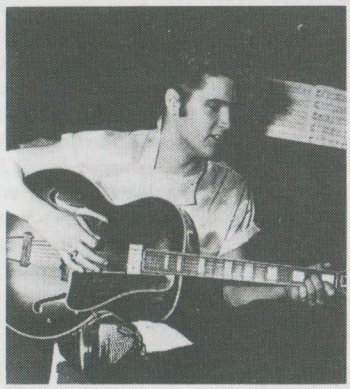
POP: CNN INNERHALB DER FESTUNG. Die sogenannte Revolution von '89 hat – wie das '89er-Ereignisse immer schon an sich hatten – '92 ihr sozusagen wahres Gesicht gezeigt; auch wenn schon damals jeder genau das vorausgesagt hat: Neo-Faschismus oder Neo-Religiosität, so sind die daraus hervorgegangenen Ereignisse erst heute ein Fakt mit allen Konsequenzen für Denken und Handeln. Aber mit dieser Kenntlichkeit der neuen Verhält-

THE KIDS ARE NOT ALRIGHT

Schreiben über Musik und begleitende wie hervorbringende Erscheinungen kann sich nicht mehr die Geste der Identifikation leisten. Muß den Materialcharakter ernstnehmen und Distanz wahren: Identifikation, Begeisterung, Gefühle und deren Organisation in Sozialem, das sich dann je nach dem Underground oder Club-Culture oder Briefmarkensammeln nennt, reicht nicht mehr, wenn es nur noch Mythen wahrnehmen kann.

nisse verlieren nacheinander die obengenannten Leitideen Berechtigung und Relevanz. Pop z.B. galt uns im günstigsten Fall als ein Kommunikationssystem zwischen westlichen Metropolen, das Nachrichten vom Leben dort unter nicht entfremdet lebenden Jugendlichen (weil noch nicht integriert: im Vorschein der Utopie) so schnell und abgeschirmt verbreiten konnte, daß die Macht nicht mithören konnte, selbst und im günstigsten Falle, wenn es vor ihren Augen in den Charts geschah. Dieses Kommunikationssystem wird in dem Maße obsolet, in dem es a) Nachrichten transportiert, deren Transport nicht wünschenswert ist, wenn aus den beliebten und auch von mir so geschätzten produktiven transatlantischen Mißverständnissen destruktive werden; und b) in dem die Geschehnisse in den westlichen Metropolen nicht mehr jeweils die Stimmen des jeweils avanciertesten Widerstands hervorbringen, sondern ein Gemurmel, das so relevant/irrelevant ist wie alle anderen Orte, die nur noch danach bestimmbar sind, ob sie innerhalb oder außerhalb der Festung Europa liegen.

WHITE NEGROES. Hier kommt den amerikanischen Städten allerdings eine Sonderrolle zu, und deswegen ist das, was von ihnen und zwischen ihnen zirkuliert, eine besondere Betrachtung wert. In Amerika entstand in den 50er Jahren das Konzept Jugend. Es war ein kapitalistisches Konzept, ein neuer Markt. Dieser Aspekt ist dem Konzept Jugend nie verloren gegangen: Es blieb ein kapitalistisches Konzept, aber es war trotzdem in der Lage, in einem progressiven und begrenzt antikapitalistischen Sinne geschichtsmächtig zu werden – insofern war es auch als Gegenbeispiel zu allen Thesen von der totalisierenden Wirkung des Kapitalismus zu gebrauchen. Zur gleichen Zeit und auf verschlungene Weise verbunden entstand die Bürgerrechtsbewegung der amerikanischen Schwarzen. Rosa Parks' Weigerung, ihren Platz in einer für Weiße reservierten Sektion in einem Bus aufzugeben und der Ruhm von Elvis Presley gehören zusammen: In beiden melden sich neue historische Subjekte, die in keinem Plan vorgesehen waren. So wie sich in Jugend das kapitalistische System reformierte, so reformierte sich in der Bürgerrechtsbewegung und dem mit ihr verbundenen liberalen Schub die parlamentarische Demokratie der USA mit ihren hehren Gleichheitsgrundsätzen. All jene heute umkämpften und bedrohten bürgerlichen Freiheiten stammen aus dieser Epoche. An ihrem Ende steht, wie bei jedem Reformismus, der erste Katzenjammer, der zur Radikalisierung führte: bei den Trägern des Konzepts Jugend ebenso und zur gleichen Zeit wie bei den enttäuschten Vertretern der Bürgerrechtsbewegung. Norman Mailer hatte schon 1957 die beiden Konzepte in seinem Essay »The White Negro« zusammengedacht, der noch heute umstritten Diskussionsgrundlage für den Zusammenhang zwischen schwarzer amerikanischer Kultur und amerikanischer Jugendkultur darstellt.



POSTMODERNER WIDERSTAND. Am Ende der Radikalisierung und wiederum ihres Scheiterns entstehen neue politische Subjektivitäten: Feminismus und Schwulenbewegung; in ihrem Gefolge im Laufe der 70er: Regionalismus, Mikropolitik, Bürgerinitiativen und Autonome. In Europa setzte sich nur schleppend gegen den orthodoxen Marxismus durch, daß es keine Haupt- und Nebenwidersprüche mehr gäbe, sondern gleichberechtigte. Die vielen neuen Subjekte der Geschichte erübrigen diesen ohnehin fragwürdig gewordenen Begriff. Daß der Kapitalismus all dies aushalten und stärker werden konnte, ermutigt die Linke zu dem Zirkelschluß, daß all diese Bewegungen eben gar keine Geschichte gemacht hätten, weil sie sonst den Kapitalismus hätten abschaffen müssen. In Amerika aber mußte sich nichts gegen einen Marxismus durchsetzen, weil es keinen gab. Das sollte Folgen haben. Während sich in Amerika Race, Class, Gender, Youth, Sexual Identity zu allen möglichen und unmöglichen Koalitionen zusammenfanden und wieder abstießen, konnte hier nur die Perspektive Anti-Imperialismus heißen; die anderen politischen Subjekt-Positionen verkümmerten.

[ ]

NATION ALS GEFÜHL. Wenn man heute mit irgendwelchen linken schwarzen Intellektuellen in den USA redet (und davon gibt es mehr, als Günther Jacob uns weismachen will), gibt es zum Thema des Black Nationalism kaum je ganz klare Positionen der Zustimmung oder Ablehnung. Jeder lehnt die Nation Of Islam ab, aber immer unter dem Vorbehalt, daß sie doch gute Arbeit gegen Drogen in der Community tue, keiner lehnt die Idee des Nationalism ganz ab, obwohl die meisten in irgendwelchen Dekonstruktions-Projekten stecken, bzw., gerade deswegen. Wer in einer Kultur lebt, wo die Künstlichkeit und Konstruierbarkeit von Identitäten Alltag ist und keine Linke, sondern nur Rechte noch an Person, Autor, Familie, Verantwortung, Authentizität etc. glauben, ist es auch kein Problem, sich einen relativen, strategischen Rahmen für eine Nation zu konstruieren. Nur daß man darüber nicht mehr mit Pop kommunizieren kann und schon gar nicht über die Domäne des Pops: Gefühle. Als Gefühl kann das Wort »Nation« natürlich nur falsch ankommen (ganz abgesehen davon, daß es bei vielen HipHoppern auch falsch gemeint ist). Und das hat eine Konsequenz für SPEX: Schreiben über Musik und begleitende wie hervorbringende Erscheinungen kann sich nicht mehr die Geste der Identifikation leisten. Muß den Materialcharakter ernstnehmen und Distanz wahren: Identifikation, Begeisterung, Gefühle und deren Organisation in Sozialem, das sich dann je nach dem Underground oder Club-Culture oder Briefmarkensammeln nennt, reicht nicht mehr, wenn es nur noch Mythen wahrnehmen kann. Pop-Kommunikation war immer ein Gemisch aus Mythen, Mythen-Konstruktion und -Dekonstruktion und dem, was ich objektive Spuren des Arbeitsprozesses im Material zu nennen pflegte. Dies aufzudröseln war nicht so wichtig, solange der Mythos Sexual ambiguity oder Youth in rebellion oder Black emancipation hieß. Seit er Nation heißt, geht das nicht mehr an. Das Erlebnis, der Ereignischarakter sind auch nach Rostock und ausgewandert.

NICOLETTE UND DIE MELVINS. Wohin aber mit den Gefühlen? Gefühle sind Reduktionen, die handlungsfähig machen. Als solche sind sie nötig und es ist ja oft genug betont worden, daß Popmusik genau die Funktion hat, handlungsfähig zu machen, zu bündeln, was zu komplex im Teenagerhirn hin-und-herwabert. Darauf kann man sich eben nicht mehr verlassen, Gefühle sind heute wieder tendentiell faschistisch, auch wenn man bei kaum einer täglichen Entscheidung auf sie verzichten kann. Sie müssen wieder zum Problem werden: Wenn die Dressur und die Konditionen je abgestreift würden, würde man sich nicht unbedingt besser fühlen. Platten von den Melvins oder Nicolette als Abstraktionen von der Gefühlsproduktion in der Popmusik sind weder Idyllen noch deren restlose Zertrümmerung. Man kann an ihnen hören, was übrig bleiben könnte, wenn man an all das nicht mehr glaubt, ohne blindwütig vergessen zu wollen, daß, wie und warum man daran geglaubt hat.

[ ]

P i p s

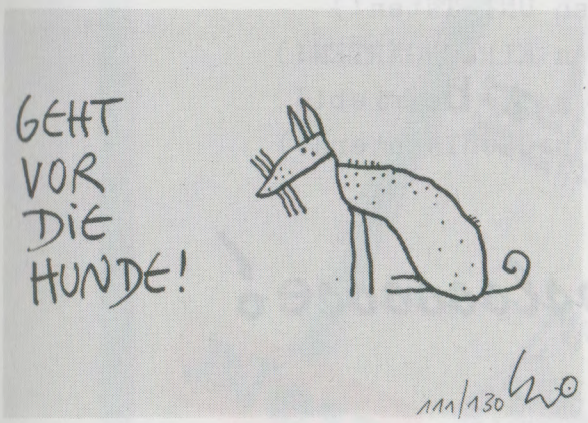
Was ist Pips? Eine U-Boot-Affäre? 1 Hygiene-Beutel? Eine Mittelgewichtskuh? Oder ist Pips ein Höckerchen? Nichts von allem. Von allem etwas.

Pips ist eine Zeitschrift für UnZeitgeist und UnKomMerz und wird von der Pips-DADA-Corporation seit Dezember 1986 in Bonn herausgegeben. Pips gab's im Laufe der Zeit in der Tüte, im Karton, in der Kiste und im Kasten. Eine Ausgabe ist von der Post nicht befördert worden, weil es in ihr klapperte und rappelte, aber nicht pipste. Dies sei, so befanden die Postbeamten, gut und schön, aber keine Kunst, schon gar keine Bücher-, sondern eine Warensendung. Und die gehörte anders frankiert. Das sei doch klar.

Pips ist eine Zeitschrift für Objektliteratur. Sie erscheint in einer Auflage von 100 - 130 Exemplaren, seit längerem bevorzugt im Karton. Jedes beiliegende Objekt ist numeriert und signiert, z.T. handkoloriert.

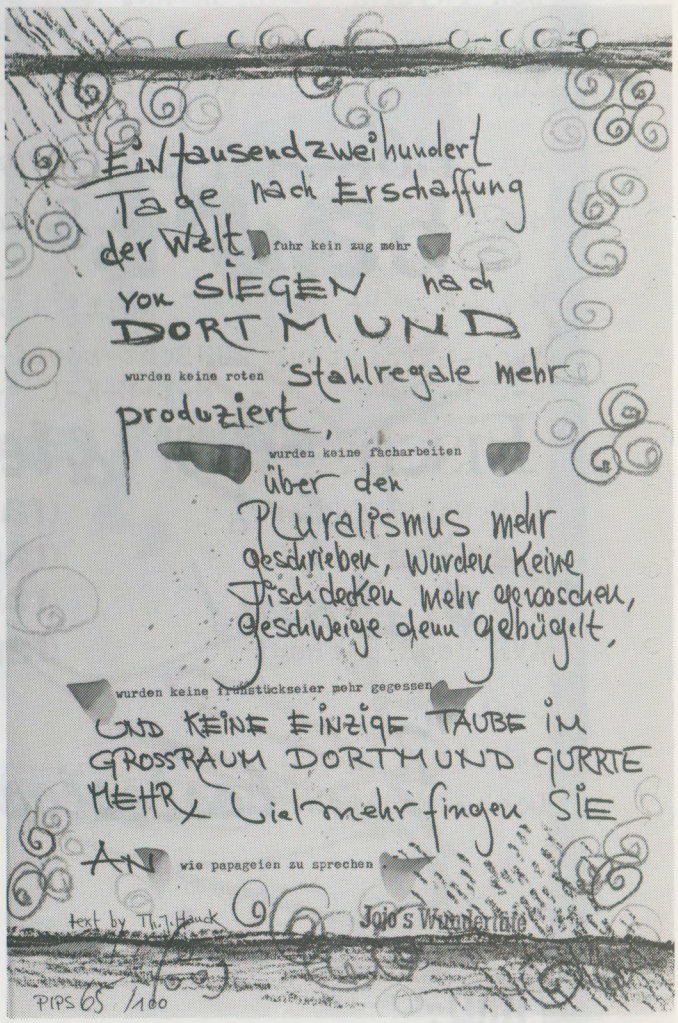
Durch Pips erfuhr das afas eine ungeheure Bereicherung. So erhielten wir Streichhölzer, Wattestäbchen, eine Haschischpfeife aus Messing, Suppentüten, ein Reagenzglas mit Entenkonzentrat, das Kasseler Sonntagsblatt v. 2. Februar 1958, Nudeln, Kordeln, Vogelfedern, Muscheln, Dias, ein unbenutztes Tampon, Strohhalme, einen in ein DIN A 4-Blatt montierten Kinderpuppenarm und vieles mehr.

Pips feiert 1996 seinen 10. Geburtstag. Da ist es Zeit zu fragen: Wohin geht Pips? In Nr. 2/93 findet sich, in einem kleinen Briefumschlag versteckt, ein Vorschlag von Katharina Eckart:



Pips geht auch jedes Jahr zur Minipressen-Messe nach Mainz. Dort hat sie in diesem Jahr den V. O. Stomps-Preis erhalten. Damit sie weitergehen kann. Ganz zu Anfang, als sie noch nicht vor die Hunde ging, rannte sie manchmal:

Oder sie fuhr Zug. Von Siegen nach Dortmund. Doch dann fuhr eines Tages, genauer: 1.200 Tage nach Erschaffung der Welt, kein Zug mehr, und es geschah auch sonst allerlei Ungewöhnliches:



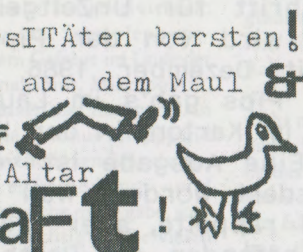
Gottseidank sind diese Zeiten vorbei.

dAdA-

da, die UniversITÄten bersten!!!

Der Profi-Esser schlägt sich das Hirn aus dem Maul &

die klügsten Köpfe nehm'n REISS AUS!



STUDI-Enten quaken vor dem SekundAir-Altar

das AVe wassersCHaFt!

Sekret-Ariate verwissern zum überschlagsten Mal

die StutENTen-StuTierVerkorDnUug

&&&&&&&&&& S C H WWWW U PPPpps ! ! ! ! h

Die ganze WASSERschaft leert auf dem falschen Dampfer

RHEIN, RHEIN, RHEIN in die gehörnten Säle.

Häufchenweise schwimmen WISSEN-schafft's!Pralinen

im verdreckten Pool. EinMieder den MaTHEMAtikern!

Den PhysikArSCHLICKERN! Den CHEMIEkaPißten!

Und FORTgeschritten JETZT! ♥schrittmacher & dU?

Zum nächsten ÜBER-UNterFALL an RHEIN

Zur Hoechst en fortSCHRITTs WaHL 1987

der basfs & Sand(oz-spritzt)ins Auge.

Hum - di - dumm - welt!! Die fLINKEN Libe-Ralallas,

Avon-Gardisten, kUNScht-spezi-Aal-ißten & -

S-C-H-I-C-K-I - M-I-C-K-I - Maus wählt Lieber

Fisch. & Wiener HUt & temposchisszen???

AVE WASSERSCHAFT! (raus aus den UNI-Täten!)

AVE MARzIpAn! (raus aus den KIRsCHGÄRTEN!)

AVE $ £ dm! (raus aus dem a+beTrieb!)

AVE HeeR & FRau! (raus aus den GSchlächtern!)

Geht's.

Geht's?

Doch. Endlich. loslosloslosloooooose!

CLARÜ.

Claudia Pütz in Nr. 1/86

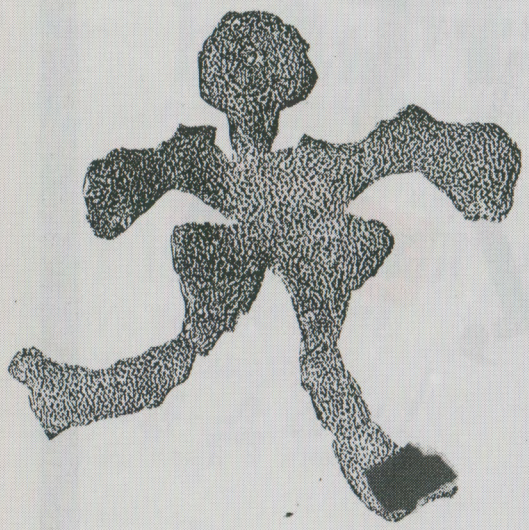
NR. 3 & 4/87
PIPS
ZEIT SCHRIFT FÜR UNGEIST
JEDER FRAU MANN
FÜR UNKOMMERZ
Termin
Neu
Wichtig
Ausbau-Netzplan
PIPS Geplantes Postkabel
Kein Postkabel vorhanden
Vorhandenes Postkabel
Original beim Unternehmer
Lageplan
architecture
MEDIUM
4 $ £ dm
WESTDEUTSCHE AUSGABE
Mit Inhaltsverzeichnis
Original beim Unternehmer

Ich rieche am Zwickel des sozialen Netzstrumpfes.

Der blaue Reiter war der Vorläufer des betrunkenen Autofahrers.

Hendrik Liersch

791100 liersch

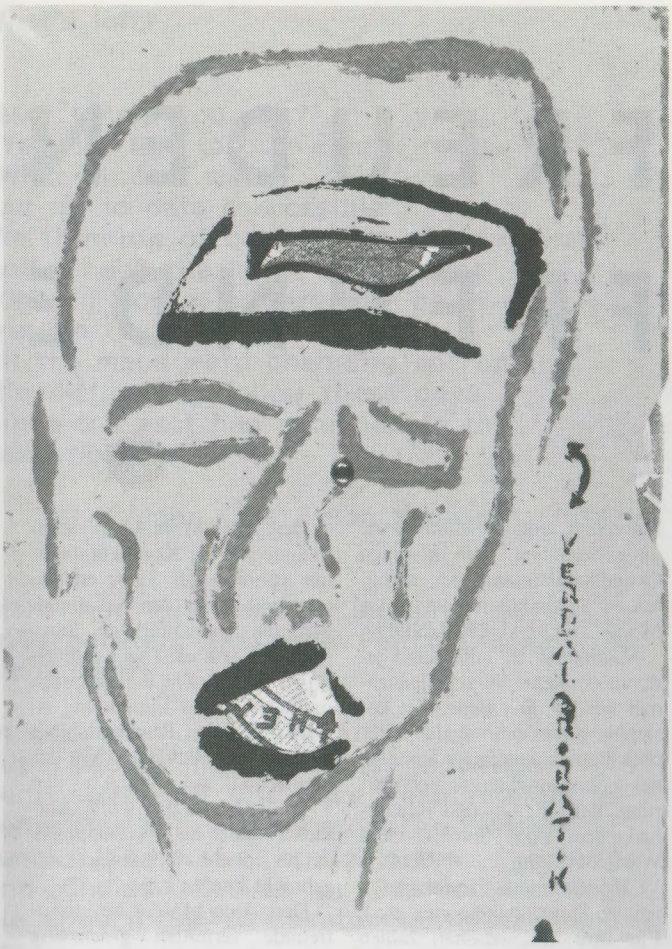


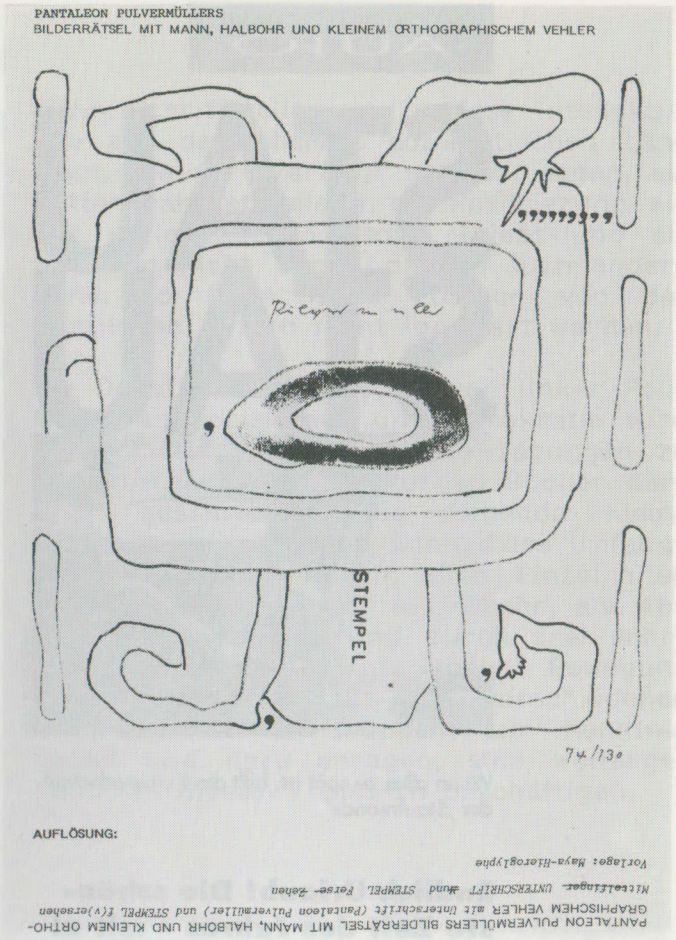
TANZENDE CLEMENTINE

SOUVENIR VON JOACHIM HARMUT FÜR PIPS - DADA - CORPORATION

89 / 130 J. Harmut

oben links: Gedicht gedruckt auf Hahnemühle-Bütten, aus Nr. 1/95
unten links: aus Nr. 3/94
oben: Fühltasche aus Nr. 8/88





Ringelreihen

Wenn ich mittags bis zur Klingel ratz'
dann noch einen leck'ren Kringel schmatz'
abends nun zum Tangel- Tingel watz'
hoff' ich dort ist auch für ein ,Single' Platz

Doch ach, sie machen auf mein Dingel Hatz
Geh mir fort mit deinem Schwingel, Schatz!
(weil ich sonst dich Schlingel kratz')
Da les' ich dann schon eher Ringelnatz
Denn Ringel-
natz hat's!

Anne Eßer

oben links: Puch Mondmännchen: Verbalakrobatik, aus Nr. 1/91
oben rechts: Pantaleon Pulvermüllers Bilderrätsel, aus Nr. 2/94
unten: Anne Eßer: Ringelreihen, aus Nr. 1/92

AUTO

STAU STAU FREUDEN FREUNDE

FOTO: ARNTE BERNS

Wenn alles zu spät ist, hilft die Kameradschaft der ‚Staufreunde'.

Endlich Urlaub! Die schönste Zeit des Jahres – mit allem, was dazugehört: Hektik, Sonnenbrand und Stau. Damit wir uns als Staufreunde endlich ernst nehmen können, haben nun beherzte Zeitgenossen den Verein der „Staufreunde" gegründet. – Mitbegründerin Claudia Pütz beschreibt Zielsetzung und Leistungsangebot.

Sicher sind Sie in Ihrem motorisierten Leben schon einmal jenem großartigen Phänomen begegnet, das seit der Erfindung benzinbetriebener Fortbewegungsmittel auf unseren Straßen und Autobahnen zu finden ist: dem STAU.

Der STAU – zu morgendlichen und abendlichen Berufsverkehrzeiten, auf Autobahnen und -kreuzen, Auf- und Ausfahrten, verursacht durch zahlreiche Baustellen sowie tägliche Unfälle – ist ein beliebtes Ziel des motorbegeisterten Menschen, der auf seinen asphaltfarbenen Reisen dem STAU – wie einem guten Freund – entgegenfährt.

In jüngster Zeit wird nun endlich dieser tiefverwurzelten Neigung aller Motorfreunde Rechnung getragen: Eine junge Wissenschaft, die Stauforschung, bemüht sich, den kleinen und großen Staufreund in seinen Grundbedürfnissen nicht mehr zu bekämpfen oder zu behindern, sondern endlich anzuerkennen und zu verstehen. Natürlich steckt diese Form der Stauforschung noch in den Kinderschuhen, verkannte sie doch jahrzehntelang die wirklichen und tiefliegenden Antriebe ihres Forschungsgegenstands, und es wird sicher noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, bis die junge Stauforschung die komplexen Strukturen der Staufreundeseele in ihrer Vielschichtigkeit erfassen kann.

Die Bananenbüros Bonn und Köln bieten dem autofahrenden Menschen jedoch schon heute die Gelegenheit, sich in seinen Grundbedürfnissen frei entfalten zu können: mit dem Auto-Mobil-Club STAUFREUNDE!

Staufreund ist oder kann jeder motorisierte Verkehrsteilnehmer werden. Der Beitritt ist kostenlos. Sie zahlen nur die jährlichen Betriebskosten für Ihr eigenes Fahrzeug (Steuer, Versicherung, Benzin-, Öl- und Reparaturkosten, TÜV, Sommer- und Winterbereifung, ADAC-/VCD-Schutzbrief-/Straßenkarten- & Pannenpakete etc., etc.). Für Ihre Mitgliedschaft zahlen Sie jedoch nichts. Mit dem Auto-Mobil-Club STAUFREUNDE stehen Sie kostenlos im Stau.

Ziel der Staufreunde:
die Totalmobilisierung der Gesellschaft durch das Automobil (inklusive der fünf neuen Bundesländer), das heißt Stillstand des gesamten Automobilverkehrs (sogenannter „Totalstau"). Automobilclubs mit ähnlicher Zielsetzung: jeder Automobilclub, insbesondere der ADAC.

Förderung der Kommunikation zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmern:

Die Staufreunde n.e.V. vermitteln STAUTREFFEN jeder Art im Rahmen der Straßenverkehrsordnung. Die Vermittlung erfolgt durch den Verkehrsfunk der Radiosender, die täglich über das jeweilige Verkehrsaufkommen berichten; insbesondere STAUDURCHSAGEN zu Berufsverkehrs- und/oder Urlaubszeiten werden als Service für den einzelnen Verkehrsteilnehmer angeboten.

Jeder Stau bietet grundsätzlich die Möglichkeit, sich mit den im Stau stehenden Staufreunden über die Staulage, die Stauforschung oder andere Dinge des alltäglichen Lebens auszutauschen.

Der Auto-Mobil-Club Staufreunde will die Kontaktaufnahme während des Staus erleichtern und bietet den Staufreunden die asphaltfarbene Staufreunde-Card an. Die Karte eröffnet meist leicht ein Gespräch und wird gegen Einsendung eines frankierten Rückumschlags zugesandt. Außerdem erhält der Staufreund auf Wunsch den STAUFREUNDE n.e.V.-Aufkleber (zum Selbstkostenpreis), der an jedem Fahrzeug leicht angebracht werden kann.

Der Auto-Mobil-Club Staufreunde vermittelt gleichzeitig Kontakte zu anderen Staufreunde-Sektionen (Staufreunde-Netz) und ermöglicht allen Staufreunden den Austausch über die jeweilige Verkehrslage (national/international). Jeder Staufreund kann nach Belieben eine eigene Staufreunde-Sektion (am Ort) gründen. Die Gründung sollte den Bananenbüros Bonn/Köln (Doppelsitz des Auto-Mobil-Clubs Staufreunde) zwecks Aktualisierung des Staufreunde-Netzes – möglichst schriftlich – mitgeteilt werden.

Außerdem:
Natürlich kann auch jeder nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer Staufreund werden. Interessierte Fußgänger und Radfahrer können sich an jedem beliebigen Treffen beteiligen, indem sie einfach bei Staufreunden zusteigen. Diese Möglichkeit besteht auch für Nichtinhaber eines Führerscheins. ■

Bananenbüro Bonn
c/o Claudia Pütz
Beethovenstr. 40
W-5300 Bonn 1

Bananenbüro Köln
c/o Hans-Jörg Tauchert
Weyertal 84
W-5000 Köln 41

Pips arbeitet eng mit den Bananenbüros zusammen; diese wiederum arbeiten eng mit den Staufreunden n.e.V. zusammen. Hier zitiert aus: Klenkes 7/92, S. 69

"May I help you, Sir?"
"Yes, I'd like to buy a map, please"
"What kind of map?"
"As up to date as possible
I'm thinking of doing a bit of travelling
And I need the latest world atlas"
"Oh, I'm sorry, but we may be in a bit of trouble there
All the maps were changing so rapidly
It's difficult to follow these days
Since the east has returned to the dancefloor"

John Cale / Bob Neuwirth (1994)

Nicht nur die Landkarten sind durcheinandergeraten, fast alle Fahrpläne stimmen nicht mehr.

In den 80er Jahren standen sich noch zwei Supermächte hochgerüstet gegenüber und bedrohten sich und ihre Verbündeten gegenseitig mit einem atomaren Horror-Arsenal. Die einen stationierten Pershings und Cruise Missiles in Deutschland-West, die andern SS 20-Raketen in Deutschland-Ost.

Anfang der 90er Jahre ist nicht nur die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) zusammengebrochen, sondern mit ihr das politische System des realen Sozialismus in Ost- und Mitteleuropa. Stalinistische oder autoritäre Parteiherrscher mußten abtreten, Grenzen, die jahrzehntelang beinahe unüberwindlich waren, verschwanden, Politiker wie Dubcek wurden rehabilitiert, Dissidenten wie Vaclav Havel zogen in Präsidentenämter ein. Für einen kurzen Moment schien es, als stünde nun endlich die Diskussion um den wirklichen, den nicht-autoritären, den demokratischen Sozialismus auf der Tagesordnung.

Quer durch alle linken politischen Strömungen stellte man sich die Fragen: wie kann Sozialismus heute, nach allem, was in seinem Namen in diesem Jahrhundert geschehen ist, definiert werden, was ist eigentlich heute noch links, was bedeutet das Ende des realen Sozialismus für unsere eigenen Utopien?

Schnell zeigte sich, daß mit dem realen Sozialismus mehr zusammengebrochen war als ein Gesellschaftssystem, das die Neue Linke sowieso nie für erstrebenswert gehalten hatte. Alle Träume von der Gesellschaft der Freien und Gleichen, alle Vorstellungen von linker Politik und Sozialismus mußten ab sofort das Scheitern des realen Sozialismus mitreflektieren.

Wenn Schriftsteller und andere Intellektuelle aus den ehemals sozialistischen Ländern, die dort verfolgt wurden, sagen, sie hätten jahrzehntelang die Realisierung einer sozialistischen Utopie erlebt und sie glaubten nicht daran, daß es auch anders gehe, so kann diese Position von der westlichen Linken nicht ignoriert werden.

Die Debatte über Perspektiven linker Politik, über Sozialismus und Demokratie wird seit Jahren geführt. Es gab Tagungen zu diesem Thema und es wurden Bücher darüber geschrieben. Die folgende kleine Textsammlung soll und kann diese umfangreiche Debatte nicht in allen Einzelheiten wiedergeben. Sie möchte vielmehr, als Abschluß einer Wanderung durch drei Jahrzehnte außerparlamentarischer Bewegungen, einige Texte aus den verschiedenen links-alternativen Gruppen zur Kenntnis geben und dazu anregen, sich weitergehend mit diesem Thema zu beschäftigen.

die andere

Jens Reich zur SPD-Liste ..... S. 6
Drogengesellschaft? ..... S. 8/9
Konkurs beschlossen ..... S. 10
Bauhaus 1990 ..... S. 12/13

ISSN 0863-243x 1,80 DM 1. August 1990 28

Der ANZEIGER für Politik, Kultur und Kunst

KOMMENTAR

Aller Anfang ist schwer

Nichts ist mehr, wie es war. Die DDR, die uns vertraute und verhaßte, gibt es nicht mehr.

Wer sich der neuen Realität, der anderen Seite der Medaille, nicht umstandslos anpassen kann oder will, hat nostalgische Träume. Merkwürdige Konstellationen ergeben sich im Wartezimmer der Traumdeuter: Die ihres Weltbildes beraubten Linken aller Länder vereinigen sich dort. Dort sitzen die alten Herren mit ihren engstirnigen Bütteln ebenso wie jene, die von ihnen verfolgt wurden, weil sie ihre Sprüche ernstnahmen. Und natürlich sind auch jene da, deren Träume schon immer in der DDR spielten, weil sie zu Hause nicht zu verwirklichen waren: die den Kapitalismus verdammten, weil sie ihn erlebten und erlitten, die von der DDR, so wie sie war oder werden sollte, die praktische Alternative erhofft hatten. Einen Verlust haben alle zu beklagen – die einen den der Macht bis zum Herbst, die anderen den der Utopie seitdem. Der Zusammenbruch des sozialistischen Kartenhauses trifft beide gleichermaßen, und es stellt sich heraus, was ihre Gemeinsamkeit ist: die Ablehnung des Kapitalismus.

Sozialismus als Herrschaft ist ebenso verloren wie Sozialismus als Opposition dazu. Was also ist Sozialismus? Als Linke verstehen sich die Stalinisten ebenso wie ihre Opfer, die reaktionären Despoten ebenso wie ihre progressiven Widersacher. Was also ist links?

Erkenntnisse sind nötig und vor allem die Wahrnehmung der Realität. Die Marxsche Utopie hat spätestens mit Lenin ihre Unschuld verloren, und der beharrliche Versuch, dies zu leugnen, ist naiv. Wie gefährlich ist es, die Geschichte vergewaltigen zu wollen, und sei es in bester Absicht, das haben wir erlebt. Zweihundert Jahre europäischer Geschichte und siebzig Jahre Sowjetunion hinterlassen einen Phantomschmerz, dessen Bewältigung die geistige Befreiung von den Maßstäben der Industrialisierung und der Wachstumsgesellschaft erfordert. Das massenhafte und darum unüberwindliche Bedürfnis nach der Wohlstandsgesellschaft ist nur konsequent nach dem gescheiterten Versuch, sie unter dem Namen Sozialismus zu verwirklichen.

Im Umgang mit der Geschichte und der Gegenwart ist Trauerarbeit angebracht, nicht Selbstmitleid – auch in Aggression verwandeltes hilft da nicht weiter. Um nicht zum Fossil zu werden, muß umdenken, wer sich mit der Realität nicht abfinden will. Den Utopieverlust nur als Aufforderung zum Erfinden einer neuen zu begreifen, wäre allerdings auch keine Lösung – höchstens eine typisch deutsche.

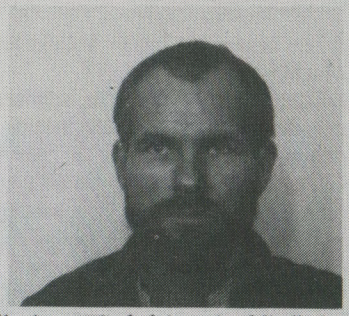
Mindestens ebenso wichtig ist es, sich auf die Realität einzulassen. Ohne eine gehörige Portion Pragmatismus wird das nicht gehen. Die gewohnten Begriffe sind mißverständlich, die gewohnten Spielregeln gelten nicht mehr. Daß der Zweck nicht die Mittel heiligt, sollte die ehemalige Linke gelernt haben. Nicht zufällig ist dies das Motto derer, die herrschen oder herrschen wollen. Aber die herrschaftsfreie Gesellschaft ist noch weit, und bis dahin ist praktische Politik gefordert. Weniger an Utopien orientierte Ideologien sind dafür nötig als an Interessen und ihrer Durchsetzung ausgerichtete, konkrete Vorschläge. Die Formulierung emanziparotischer Ansprüche kann nicht mit dem Gedanken spielen, das Volk zu seinem Glück zwingen zu wollen. Es muß kein Verrat an Rosa Luxemburg sein, sich Bernsteins Devise zu bedienen: „Das Ziel ist nichts, die Bewegung ist alles."

Reinhard Weißhuhn

Links neu Denken?

Von der Bedeutung der Begriffe und den Problemen ihrer Anwendung in Zeiten des Umbruchs

Von Erhard Müller (Die Grünen)



E. Müller ist geschäftsführendes Mitglied im Bundeshauptausschuß der Grünen

Zeiten des Umbruchs sind immer auch Zeiten der Sprachverwirrung: Die alten Begriffe fassen die Realität nicht mehr, und neue sind noch nicht in Sicht. Die "bleierne Zeit der Sprachlosigkeit" (Ullmann) hat insbesondere die politische "Linke" erfaßt. Darf sie sich überhaupt noch so nennen?

Das waren noch Zeiten, als die Begriffe aus den Weisheiten der (Über-) Väter noch stimmten und sich im "Recht" wähnte , wessen Herz an der "richtigen" Stelle schlug: natürlich links. "Links" saßen die Protagonisten von "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" im französischen Parlament, "links" schlug das Herz der sozialistischen Bewegung von Luxemburg bis Stalin, von Havemann bis Honnecker, "links" fühlen sich all die Emanzipationsbesessenen von den "Theologen der Befreiung" bis zu den "Grünen", von Nelson Mandela bis Pol Pot. Offenbar haben wir es mit einem jener Begriffe zu tun, die - von wie verschiedenen Inhalten auch immer okkupiert - ganze Zeitalter scheinbar schadlos überstehen.

Mit einer dieser Okkupationen - nämlich der seit dem letzten Jahrhundert durch den Sozialismus erfolgten - wird sich das, was bisher als "Linke" galt, auseinandersetzen müssen - oder aber von der politischen Bühne verschwinden. Als **Ernst Bloch** seinerzeit die ketzerische Frage aufwarf, ob sich der Marxismus im Stalinismus bis zur Unkenntlichkeit oder eher zur Kenntlichkeit verändert habe, legte er den Finger in die Wunde all jener, die bis heute ohne viel Federlesen mit der Antwort "Unkenntlichkeit" aufwarten. Und entsprechend unbeirrt am "wahren", "erneuerten" (oder wie auch immer) Sozialismus festhalten.

Begriffsentwirrungen

Alte Schläuche neu zu füllen, ist wahrlich keine Kunst. Tut man es, verdirbt es indes auch den allerbesten Wein. Die Bedeutung von Begriffen ist nicht beliebig "umpolbar". Nachdem etwa der Sozialismusbegriff zu 99% entweder durch autoritär-marxistische oder aber durch sozialdemokratisch-kapitalismusverstrickte Modelle (übrigens nur zwei Varianten derselben Staatsfixiertheit) geprägt wurde, erscheint es schon begriffshistorisch unredlich, ihn für das hehre Ideal einer "besseren Gesellschaft" weiterzuverwenden, als sei nichts geschehen. Wollen wir die bleierne Sprachlosigkeit überwinden, geht es jedoch um mehr als nur eine "Berichtigung der Namen". Es geht um die Emanzipationstauglichkeit des sozialistischen Denkansatzes schlechthin.

Bereits die am Ursprung stehende Forderung des kommunistischen Manifests, *"alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates ... zu zentralisieren"*, verweist auf den autoritär-zentralistischen Pferdefuß im sozialistischen Modell. Stalins Landwirtschaftskollektivierung und Honneckers Plansollziffern lassen grüßen. Die prästalinistischen Methoden, mittels derer weniger autoritäre, weniger staatsfixierte Ansätze aus der 1. Internationale gedrängt wurden, seien hier nur angedeutet.

"Demokratie" in der politischen Auseinandersetzung galt der durch marxistische Machtergreifungstheorien geprägten "Linken" seit ihren Anfängen nicht als Wert an sich, nicht als notwendige Rahmenbedingung gesellschaftlicher Konfliktlösung, sondern in erster Linie als Mittel zum - wie gut auch immer gemeinten - Zweck. In diesem Punkt liegt ihr wichtigster und prinzipieller Gegensatz zum Demokratiebegriff der Bürgerbewegungen, zum Geist der "Runden Tischs".

Doch auch der "gute Zweck" an sich bedarf einer Hinterfragung auf seinen emanzipativen Gehalt, nachdem die von Marx anvisierte Ersetzung des Marktes durch kollektive Planung großer Wirtschaftseinheiten ihr finales Fiasko erlebte. Im Privateigentum an den Produktionsinstrumenten (und dem darüber hergestellten Markt) wird das Kernübel der Gesellschaft gesehen. In einem prägnanten Bild von **Franz Oppenheimer** Marxens folgenschwere Gleichsetzung des sozialen Übels mit dem Privateigentum schlechthin festgehalten:

"Es ist geradezu ein so ungeheuerlicher Fehlschluß, als wenn ein Arzt als Ursache der Schwindsucht die Lunge ansehen wollte. Und gerade so, wie einem solchen Dr. Eisenbarth als einzige radikale Therapie die Exstirpation der Lunge erscheinen müßte, gerade so kommen die Sozialisten zu ihrer Forderung der Exstirpation des Privateigentums an den Produktionsmitteln."

Damit trifft er in der Tat den ideologischen Kern des Sozialismus - und verweist zugleich auf seine offenste Schwachstelle: Die mit der Vergesellschaftung einhergehende Auflösung des individuellen Bezugs der Menschen zum gesellschaftlichen Gut. In diesem Punkt liegt die zentrale Herausforderung einer postsozialistischen Suche nach neuen, kooperativen Wirtschaftsmodellen. Aber bereits in der Verständigung über diese Aufgabe spielen Begriffe und ihre Bedeutungen eine entscheidende Rolle: "Privateigentum" und "individuelles Eigentum" werden in bürgerbewegten Diskussionen ebenso bedenkenlos gleichgesetzt wie etwa die Begriffe "Marktwirtschaft" und "Kapitalismus". Soll die zwingend vor den Bürgerbewegungen stehende Ökonomiediskussion nicht in der frustrierenden Sackgasse gegenseitiger Vorhaltungen enden, wird es einer pionierhaften Entwirrung und Neuordnung der Begriffe bedürfen.

Fortschritt - wohin?

Ähnlich verhält es sich mit der notwendigen Diskussion um einen ökologisch-demokratischen Fortschrittsbegriff. Zentralisierte industrielle Massenproduktion galt dem sozialistischen Modell seit Marx als zentrale Voraussetzung menschlicher Emanzipation. Auf die katastrophalen ökologischen Implikationen eines solchen Fortschrittsbegriffs kann hier nicht eingegangen werden. Bisher nur selten problematisiert wurde der strukturell antidemokratische Charakter industrieller Produktion: liegt doch der Kern ihrer Despotie nicht zuvorderst in der Macht irgendeiner Person, Klasse oder Instanz, sondern bereits in ihrer **Struktur**: in der Zentralisation der Produktion in immer größeren Einheiten, die die Unüberschaubar- und damit Unkontrollierbarkeit durch die ProduzentInnen ganz von selber besorgt. Statt die ProduzentInnen zur kollektiven Kontrolle der Produktionsabläufe zu befähigen (wie im sozialistischen Theorem angenommen) hat die Industrialisierung (egal ob sozialistisch oder kapitali-

Bündnis 2000 Nr. 4/1991, S. 9/10

stisch organisiert) ihre kollektive Ohn-Macht bewirkt.

Das nicht nur ökologische, sondern auch demokratische Gebot der Stunde lautet daher "industrielle Abrüstung" (R.Bahro). "Fortschritt" im ökologischen Sinn zielt auf bewußte Begrenzung industrieller Lebens- und Arbeitsweise, und eben nicht auf deren Perfektion durch ökonomische Zentralisation. Fortschritt im demokratischen Sinn zielt auf die umfassende Ermöglichung direkter Bürgerbeteiligung am gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß, was wiederum nur bei Überwindung der Großstrukturen und Rückbesinnung auf überschaubare Einheiten in Wirtschaft und Gesellschaft gelingen kann. "Dem Großen nur, was das Kleine nicht vermag" - dieser Basisdemokratie erst ermöglichende Grundsatz steht im krassen Widerspruch zum sozialistischen Bestreben nach größtmöglicher Vereinheitlichung.

Eine an Selbstbestimmung, Kreativität und Geborgenheit des Individuums sowie am ökologischen Gleichgewicht orientierte Perspektive hat die Überwindung des sozialistischen Fortschrittsbegriffs zu ihrer zwingenden Voraussetzung. *"Sozialismus und Kapitalismus haben das Wachstum nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an es abzuschaffen."* Beiden fehlt der Wille und die Fähigkeit zu einer konsistenten Kritik am Industrialismus.

Spätestens an dieser Stelle geht es ans Eingemachte der sozialismusgeprägten "linken" Identität, und das macht eine Verständigung in der Regel so schwer, weil emotionsgeladen. Wer kennt nicht das verzweifelt-hilflose Bemühen etwa des "Linken Forum", möglichst viele der liebgewonnenen Theoreme aus der altlinken Identität hinüberzuretten in das neue, grün-bürgerbewegte Projekt? In der alten Denkschablone verharrend (Links = Sozialismus, Rechts = Kapitalismus) gelingt es ihnen bis heute, das Etikett "links" zu okkupieren und sich selbst als "Schutzwall gegen rechte Einflüsse" zu verkaufen.

Links neu denken

Müssen wir also das "Links-Image abstreifen", wie es uns von Konrad Weiß bis Antje Vollmer empfohlen wird, um damit den Zugang unserer Gesellschaft, insbesondere zu ihrem sozialismusgebeutelten Ostteil, wiederzugewinnen? So gut diese Option gemeint sein mag - sie übernimmt ungeprüft die in der Nach-68er-Bewegung zum Axiom erhobene Gleichsetzung von "links" und "sozialistisch". Sie übersieht dabei (oder will gar nicht sehen), daß "links" zunächst ein historisch völlig offener, nicht an ein bestimmtes Gesellschaftsmodell gebundener Begriff ist: eben nur Metapher für das Fortschreiten einer Gesellschaft hin zu einer emanzipativeren Qualität. Erst die Monopolisierung des Linksbegriffs durch den sozialistischen Geschichtsdeterminismus konnte ihn in seiner Bedeutung so verheerend einengen.

Daß dennoch das Projekt "menschliche Emanzipation" im Selbstverständnis der dafür Engagierten (von Franz Alt über die "Kirche von unten" bis hin zu Jaczek Kuron) so gut wie unlöslich mit dem Begriff "links" verbunden ist, muß zumindest zu denken geben: Es deutet darauf hin, daß die Einteilung in "links" und "rechts" mehr ist nicht als sprachliches Hilfsmittel zur Verständigung über den mehr oder weniger emanzipativen Gehalt konkurrierender gesellschaftlicher Projekte. Derlei Einteilungen wird es geben, solange es diese Projekte gibt - auch wenn möglicherweise andere Begriffe gefunden werden. Statt also vergeblich sich zu bemühen, den Linksbegriff für überholt zu erklären, käme es darauf an, ihn mit neuen, wieder hoffnungsvermittelnden Inhalten zu füllen und über **diese** zu streiten. Dazu gehört der innere Abschied vom Sozialismus als einer wachstumsorientierten und in der Konsequenz antiemanzipativen Ideologie.

Nach allem, was passiert ist, reicht es nicht mehr; einige besonders brutale Theorie-Versatzstücke zu verwerfen, um das sozialistische Entwicklungsmodell nochmal zu "retten". Wir können den Sozialismus nicht posthum rehabilitieren, indem wir den Stalinismus schlicht von ihm subtrahieren. Osteuropa war eben kein "Betriebsunfall der Arbeiterbewegung" (E. Mandel), kein Ausrutscher, sondern der Normalfall des Sozialismus. Von daher verbietet sich jeder Versuch, die Grünen oder die Bürgerbewegungen als Experimentierfeld für eine "Fortsetzung des Sozialismus mit anderen Mitteln" zu mißbrauchen. Vielmehr bedarf es des Muts der "Linken" zur radikalen (Selbst-) Aufarbeitung.

Für das grün-bürgerbewegte Projekt sind die Kernelemente des "Linksseins" - Solidarität mit den Entrechteten und Unterprivilegierten, Emanzipation weg vom Untertanen hin zum selbstbestimmenden Menschen, sowie das Einklagen nicht nur politischer Freiheits-, sondern auch sozialer Existenzrechte für alle - unaufgebbare Leitwerte des politischen Handelns. Es ist an der Zeit, diese humanistischen Kernanliegen aus den diskreditierenden Traditionen theoretischer Allwissenheitsansprüche, rücksichtsloser Funktionalisierung des Individuums für permanente Sozialisierungskonzepte und der Arroganz gegenüber anderen humanistischen Strömungen zu befreien. Nur so können die verzerrten Wesensgehalte des Linksseins aus dem Verruf gebracht und damit für eine Offensive gegen die Selbstbereicherungsideologie der Konservativen nutzbar gemacht werden.

Solange jedoch diese Leitwerte dem alten Fortschrittsmythos verhaftet bleiben, solange der von Mutter Erde auf massenindustrielle Weise erstohlene Reichtum nur "gerecht verteilt" werden soll, bleibt Emanzipation eine Chimäre. Ökologie umreißt in diesem Sinne die neu-entstehende Scheidelinie zwischen "links" und "rechts" im zur Neige gehenden Zeitalter industrieller Selbstvernichtung.

Die vor dem Trümmerhaufen des sozialistischen Experiments stehende "Linke" hat die Chance zur Neubesinnung: Die alte Attitüde aufrechtzuerhalten **oder** sich ihrer emanzipativen Inhalte neu zu vergewissern und auf diese Weise wieder zur Hoffungsträgerin für uns alle zu werden. Einen Platz "zwischen den Stühlen" einer ökologisch-demokratischen und einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung gibt es nicht.

INTERVIEW mit Christian Ströbele (Grüner Bundesvorstand)

Frage: Gilt Deine Aufforderung zu mehr Experimentierfreude auch bei inhaltlichen Positionen?

Sicherlich. Wir brauchen neue Entwürfe für die zukünftige Politik in Gesamtdeutschland und in Europa. Wir müssen unsere Positionen zur Diskussion stellen und müssen testen: was ist haltbar, was muß verändert werden, wo muß es neue Utopien geben? Ich denke, es wird spannende Diskussionen geben. Und: wir müssen uns wieder den Leuten draußen öffnen. Wir wollen eine Diskussion schließlich nicht alleine führen.

Und es wird eine Sozialismusdiskussion geben.

Es wird mit Sicherheit auch eine Sozialismusdebatte geben. Die wurde ja schon angerissen. Ich bezeichne mich nach wie vor als Linker und für mich war der real existierende Sozialismus immer eher schädlich für den Gedanken des Sozialismus. Wir müssen jetzt darüber nachdenken - und das ganz tabufrei - was vom Sozialismus aus dem letzten Jahrhundert stammt und was für das kommende Jahrtausend etwas anders gesehen werden muß. Die Idee des Sozialismus ist noch lange nicht passé.

Daß da 68 was passiert ist, werden die Sozial- und Kulturgeschichtler mit Interesse vermerken, solange es sie gibt. Für die 68er selbst aber wird sich vielleicht das vorher und nachher in seinem Gegensatz relativieren. Vorher war's langweilig und jetzt wieder, vor 1968 hattest du das Gefühl mehr oder weniger auf dich allein gestellt zu sein und jetzt auch. Vorher hast du in einer demokratischen Republik gelebt, auf die Einfluß zu nehmen, du keine Chancen sahst und jetzt lebst du immer noch in einer demokratischen Republik und hast den gleichen Eindruck. Vorher hast du gemosert und jetzt moserst du immer noch. Früher hast du mit Brecht gesagt, verweigere selbst die Unterschrift beim Deutschen Roten Kreuz und heute weißt du, daß du alles Edle unterschreiben kannst, und es wird doch nichts bringen. Vor 68 hast du die etablierten Politiker beschissen gefunden, weil sie etabliert waren, heute werden dir vor allem die, die dir schon seinerzeit als Kopfnicker und Karrieristen auf die Nerven gingen als Vollblut-68er vorgestellt – und irgendwann stellt sich heraus, daß sie gelogen haben oder ihnen vor lauter Geld nur noch die Spekulation blieb. Wer denkt schon noch, wenn er Toskana hört, an den Bürgersinn ihrer frühen Stadtrepubliken und nicht an irgendwelche Sozis. In den Parteien und in den akademischen Senaten tummeln sich keine 68er, dort haben die 69er nach dem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition die Früchte der Revolte in die Scheuer gefahren.

Mit seinen Versammlungen und Demonstrationen, in seiner Sparsamkeit und Selbsttätigkeit, in seiner Selbstlosigkeit und seinem Fleiß, in seiner Selbstbestimmung und seiner Bereitschaft, ethische Maßstäbe zu akzeptieren und der Unterdrückung ohne Furcht vor persönlichen Nachteilen standzuhalten, konstituierte 68 eine minoritäre Bürgergesellschaft gegen eine Majorität, die mit der demokratischen Republik, die formal bestand, nicht viel am Hut hatte.

Die amerikanischen Impulse dieser republikanischen Bewegung waren vorab in den Fackelzügen und mit den Tränen für den ermordeten John F. Kennedy zu spüren, gegeben worden waren sie schon in der Besatzungszeit. Die amerikanischen Soldaten in Deutschland waren dort die ersten Zivilisten. Hätten die Amerikaner nicht Vietnam besetzt, sondern bloß uns, wir wären noch lange gut mit ihnen ausgekommen.

Treff in der Kommune

Chinas Weg - wieder anders?

Diskussion mit Thomas Heberer

am Montag,
den 7. Juni, 20 Uhr

ÖKOHAUS,
Kasseler Str. 1a
Veranstaltungszentrum

Über die Folgen von 68 wird weiter gestritten werden. Es wird ja neuerdings auch aus unvermutetem Mund geäußert, daß zu viel den Bach hinunter gegangen sei und 68 zu den neuesten Haltlosigkeiten entschieden beigetragen habe. Das ist der Fluch einschneidender Ereignisse. Nach 68 hat alles irgendwie mit 68 zu tun.

Etwas anderes sind die gedrängten Ereignisse selbst, das politische Erlebnis, daß sich viele zusammenfinden können und sich verständigen können, daß sie etwas zusammen tun können und was sie tun, zumindest für gehörig frische Luft sorgt.

Es ist ein Kreuz mit der Bundesrepublik. Sie hat eine ganz gute Verfassung, sie hat den Rahmen für die fast klassische Ausformung einer Gesellschaft gebildet, in der sich fast alles um die lohnabhängige Mitte dreht mit dem Ecklohn als entscheidendem Haltepunkt des sozialen Netzes. Sie ist von der Niederlage im II. Weltkrieg und von den westlichen Alliierten der Anti-Hitler-Koalition geschenkt worden. Die nachkonstitutiven Akte, 68 im Westen, 89 im Osten, waren nicht als solche gedacht, stießen auf die Staatsmacht oder wurden von ihr enterbt. So hat diese Republik auch nie eine Brücke schlagen können zwischen der geschäftigen politischen Klasse und der periodisch wachsenden politischen Lethargie der Bürger. Der Staat, das sind die Politiker und die Ämter, die Gesellschaft ist ziviler geworden, was aber auch heißt, daß sie sich immer mehr vom Staat abwendet, um erst desto lauter nach ihm zu schreien, wenn es Schwierigkeiten gibt. Trotz ihrer Verfassung ist die Bundesrepublik so noch immer keine Republik, die auf ihre Bürgerinnen und Bürger baut und auf sie bauen kann. Der Staat und die konstitutiven Ereignisse der Gesellschaft sind sich fremd geblieben.

Die Bildung von Bündnis 90/Die Grünen verlief ganz im geschäftsmäßigen bundesrepublikanischen Staatsverständnis und will doch die einzige Partei ins Leben gerufen haben, die ihre Wurzeln in den die Bundesrepublik als Republik potentiell erst konstituierenden Ereignisse, 68 und 89, hat.

Diese Republik hat genug Parteien, die sie in wechselnder Konstellation schlecht und recht verwalten können. Aber gibt es viele, die sie auf jeden Fall verteidigen wollen? Und könnten es die, die es wollen? Sie bleibt immer noch ein Geschenk aus Zeiten, in denen man Geschenke nicht ablehnen konnte. Wie der Porzellan-Papagei mit Goldschnabel auf Omas Buffet. Und dann kippte eines schlechten Tages das Buffet um. Dem Papagei mit dem Goldschnabel hat niemand nachgeweint.

Joscha Schmierer

Das Ende des Links n'Roll

Die deutsche Nachkriegslinke hatte zwei Lieblingsideen: Die Arbeiterklasse und die Gegenkultur. Beide muß sie sich abschminken. Die Arbeiterklasse laboriert fern der Revolte und die Gegenkultur kommt heute von rechts. Peinlich, peinlich, wenn der Autoritarismus vor der Tür steht. [ ]

Das passive Monster: Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse hat in der sozialistischen Theorie schon immer gestört. Als Ausputzerin der Geschichte sollte sie es schon richten: die bessere Welt erschaffen. Die Arbeiterklasse war die beste Erfindung seit es Kapitalismus gibt und gleichzeitig größte Hoffnung im Stalinismus. Retter in der Not, Motor aller Leidenschaften. *Wo dein Platz Genosse ist.* Was immer begehrenswert schien (Geld, Liebe, Sex), die Arbeiterklasse würde es schon mit ihren großen starken Armen zurechtbiegen — wenn sie sich erstmal aus ihren Ketten befreit hätte. Ja, die Ketten: je weniger die Arbeiterklasse Lust auf ihre Gettoisierung im proletarischen Milieu hatte, desto schlimmer waren die Ketten. Ausbeutung, Entfremdung, Verdinglichung: der Ökonomismus der werktätigen Menschen konnte einem die Tränen in die Augen treiben. Die Linke trank sich gegenseitig für ihre Lieblingsidee unter die Tische, während diese sich Wohnzimmer und Auslandsreise zulegte. Eine Klasse *für sich:* die historische Mission endete im Hobbykeller. Schade, aber töll: Alles mußte die Linke selbermachen.

Politik der roten Sahne

Was tun? Entweder man wird traurig und liest Adorno und seine Freunde: Trust und Technik machen alles kaputt. Keinen Fußbreit der Instrumentalität! Oder man macht sich gemein: *Reih Dich ein in die neue Front!* SPD und ihr kleines Geschwisterlein DKP, Parteien der brennenden Seelen und hungrigen Herzen, nehmt uns mit auf die langen Märsche. Die harte Droge des kleinen Übels. Oder aber man wird Revolutionär. Faust ballen und Berufsverbot. Märtyrium zum Nulltarif. Hier gilt ehrliche Arbeit noch etwas: Betriebsarbeit, Schulungsarbeit, Stadtteilarbeit, denn die Pflicht ruft. In unserer K-Gruppe hat das Kapital keine Chance. *Oh flieg voran, du rote Fahne.* Fetischfeiern. Auf daß Wasser sich zu Wein verwandele.

Der Marxismus bringt die Verhältnisse nicht zum tanzen, sondern zum sprechen. Als große Erzählung über den kapitalistischen Diskurs, als Analyse des Weltausbeutungszusammenhangs sagt er, wie es ist, nicht aber, was daraus zu folgern ist. Eine Theorie des Poltischen ist ihm fremd, denn die Arbeiterklasse wird es schon richten.

Jenseits von Gut und Böse: Arbeit

Jeder haßt sie, doch die Linke liebt sie: die Arbeit. Was ist ihr Geheimnis? Nach Marx ist sie Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur. Arbeit ist elementar, ein Muß, doch warum sollte sie utopisch gesehen das wichtigste auf Erden sein? Sie tritt im schlechten Diesseits den Menschen als fremdbestimmt gegenüber. *Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.* Die Arbeit hat einen schlechten Ruf. Ihr Geld kostet: Zeit, Nerven, Kraft.

Die tradionelle Arbeiterbewegung heiligte die Produktion der Fabrikgesellschaft, sie wollte sie reparieren, nicht abschaffen. *Die Maschinen pflegen wir bis zum Tag, an dem sie uns gehören werden.* Die Zahnräder rollen bis zum Sieg. Die Logik der Produktion pflanzt sich fort in die Köpfe der Kapitalgegner: Hauptsache es funktioniert.

Richtig leben leicht gemacht

Wenn die Arbeit unwichtiger wird, darf das Leben ran. *Jeder soll haben, was er braucht.* Nach der Enttäuschung durchs Proletariat, das sich der Macht des stillstehenden Spießertums aus Gartenzwerg und Bockwürstchen unterworfen hatte, erfand die Linke die Gegenkultur. Eigentlich war es keine richtige Erfindung, sondern ein altes Konzept unter neuen Vorzeichen, denn ähnliches hatte schon die Arbeiterbewegung exerziert. Die versuchte aus Schwäche Stärke zu machen und definierte ihr Gettoleben in den Arbeitersiedlungen am Rande der Städte zur Keimzelle der Gegengesellschaft. Ausgrenzung schafft Exklusivität: die Vereinsmeierei in Arbeitersport, Arbeitergesang und der Arbeiterbildung konnte so zum Avantgardismus stilisiert werden. Mit der Auflösung dieser Phänomene in Nachkriegsarchitektur, Volkspartei und Wirtschaftswunder verlor die Arbeiterklasse ihren symbolischen Ort und ward nie mehr gesehen, außer in Sonntagsreden und Sozialstatistiken. Ihre Streiks und Demos bestätigen diese Entwicklung: Tritt die Arbeiterklasse einmal situativ als Arbeiterklasse auf, so hat sie in der totalen bürgerlichen Öffentlichkeit keine Chance. Stets haftet diesen Aktionen etwas Zoologisches an. Wesen vom fremden Stern des Klassenkampfes fordern Geld und Aufmerksamkeit.

Die Linke versuchte nun Gegenkultur gegen die Lügen und Verdrehungen der Klassengesellschaft stark zu machen. *Denn die Freiheit ist unser Ziel.* Das Verschwinden der Arbeiterklasse machte die Sache einfach: Was subversiv ist, bestimmen wir. Der Arbeitsbegriff wurde durch den Begriff des *Lebensstils* ersetzt. Die symbolischen Ordnungen fangen zu Hause an. Das leuchtet ein, denn das Protokollieren einer fortschreitenden Subsumption aller Lebensbereiche unters Kapital sagt über die selbstredend vermittelten Eigenimaginationen der Menschen nichts aus. Angesichts objektiver Erstarrung braucht man subjektive Kategorien. Der Klassenkonflikt tritt als Bedürfniskonflikt auf. *Ich will Ich sein.* Da der Kapitalismus auf Individuen, die mit Waren zu füttern sind, fixiert ist, kein schlechtes Konzept. Die Entwicklung des Bewußtseins und der Bedürfnisse versprachen Befreiung *subito.* Das Proletariat wohnt hier nicht mehr, also besetzen wir die Pforten der Wahrnehmung. Anders *leben heißt: mit dem durch Technologisierung und Medialisierung der Gesellschaft zustande kommenden Wissen autonom statt fremdbestimmt umzugehen. Für Konsum und Selbstbestimmung gilt gleichermaßen: Man muß wissen, was man will.* [ ]

Auf welcher Seite stehst du?

Vereinfacht lassen sich die subversiven Strategien auf den Gegensatz Hippie und Hipster polarisieren. Hippies leben von visionierter Solidarität, Hipster von praktizierter Abweichung. Bis Punk war alles friedlich: internationale Solidarität, Jutetasche und Betroffenheit, doch plötzlich reichte das gemeinsame Beatlesfansein nicht mehr zur Weltformel, stellte sich Negation zum erklärten Altruismus quer. Die Kirchenspaltung der gegenkulturellen Opposition trat in Form ästhetischer Differenzen auf und perpetuierte sich immer wieder in Fragen wie Harmonie oder Störung? Konstruktivität oder Kritik? Gefühl oder Härte? Punk war mehr als Musikreform, er war proklamierter Bruch mit dem Bestehenden, das endgültig nicht mehr verbessert, sondern zerschlagen gehörte.

Punk passierte auf zwei Ebenen: als Jugendbewegung und als Intellektuellenbewegung. Im ersten Fall entwickelte sich Punk zur lebenstilistischen Option für größtenteils Marginalisierte, die sich weltabgewandt mit dem Motto *Punk's not dead* und sporadischen Auftritten als Hintergrundstaffage für TV-Krimis zufrieden gaben. Im zweiten Fall gab es einen Neo-Expressionismus unter Schreibern, die die Musikkritik als taktisches Fundament für die konsequente Abrechnung mit überkommenen Lebenslügen der Hippies nutzten und deren Helden wie Bob Seger, Erich Fromm und Alice Schwarzer demontierten. Das harmonietriefende topfpflanzenartige Authentizitätsgeschwätz der Hippies wurde mit einem radikalen Bekenntnis zur Künstlichkeit ersetzt. Die Tendenz zur mythischen Biologisierung der Lebenswelt (gesund leben und denken) der Hippies als Hauptbestandteil ihrer Selbst-Pazifizierung entlarvt. Subjektivismus kam zu sich selbst: das Leiden in der ersten Per-

son transzendierte zum Scharfrichtertum an der Schreibmaschine. Leute wie Diederichsen, Biller, Goetz und auch Pöhrt machten fertig statt betroffen. Sie rehabilierten die Form nach deren jahrelanger Unterdrückung durch den Inhalt. Die schlechte ästhetische Ableitungsfraktion der marxistischen Schule, z.B. der späte Lukács, schaute immer auf die Entstehungskosten eines Produkts (Kunstwerk oder Alltagsgegenstand), nicht aber auf die ihr immanenten Wirkungen. Entsprechend borniert waren die Reaktionen des beleidigten Hippietums: Intelligenz wurde als „Zynismus" denunziert und jede Abweichung ihrer uniformierenden Müsli-Zufriedenheit geächtet. Die Absetzbewegungen der neo-expressiven Schreiber als schreibende Fraktion eines musikalischen Dissidententums lassen sich auf der politischen Ebene mit der Entwicklung der Autonomen vergleichen. Widersprüche zuspitzen statt sie dialektisch ins nächste Jahrtausend zu transportieren: Scheiben einschmeißen statt die Grünen wählen.

The year that punk broke

Die gute alte kapitalistische Krise beendet lehrbuchartig die oben beschriebenen Imaginationen. Die Hinterwelten des guten Geschmacks, der *Links'n Roll* bricht in der großen Rezession dieser Tage zusammen. Hippie- und Hipstertum bekommen das gleichermaßen zu spüren. Warum? a) Der Untergang des schauerlichen Realsozialismus wirkt wie eine Polschmelze. Die überall zunehmende Nationalisierung der Politik segregiert den Weltausbeutungszusammenhang. Überall sehnt man sich nach dem Richtigen, dem Wahren, dem Echten. Damit ist automatisch alles Authentizitäts-Larifari von links desavouriert. Die „ethnischen Säuberungen" sind Endpunkt einer wahnhaften Suche nach Echtheit inmitten einer total zivilisierten, das heißt künstlichen Welt. Dem mythischen Biologismus der Hippies und ihren Ablegern ist eine solche Entwicklung immanent. Dagegen muß man die endgültige Anerkennung des *konstruierten* Charakters der Perspektiven, wie Dinge betrachtet werden, also jeglicher Diskurse, durchsetzen.

Waren die Hippie-Koeffizienten schon immer Anmaßung, Simulation und Duseligkeit, so bricht aber auch das taktische Fundament des schreibenden Hipstertums weg. Trotz aller Verachtung des Hippie-Universums glaubte man auch hier an *ewige* Binsenweisheiten, z.B. daran, daß Pop-Musik und Adoleszenz *per se* ein emanzipatorischer Charakter innewohnt: „Pop z.B. galt uns im günstigsten Fall als ein Kommunikationssystem zwischen westlichen Metropolen, das Nachrichten dort unter nicht entfremdet lebenden Jugendlichen (weil noch nicht integriert: im Vorschein der Utopie) so schnell und abgeschirmt verbreiten konnte, daß die Macht nicht mithören konnte, selbst umd im günstigsten Falle, wenn es vor ihren Augen in den Charts geschah" (Diederichsen: „The Kids are not alright" in *SPEX* 11/89). Mit dem Aufkommen eines „68 von rechts" (Rutschky), der Beobachtung eines „Underground unterm Hakenkreuz" (Diederichsen) sind alle Annahmen einer geheimen Alchimie, die kulturellen Dissens und Fortschrittlichkeit verbindet, auseinander gebrochen. Die Rechte marschiert direkt in die Gegenkultur ein. Im offiziellen bürgerlichen Feuilleton haben sie die gemäßigt linksliberale Hegemonie von Habermas bis Zadek, von Glotz bis Mitscherlich schon gebrochen, anstelle der Vernunft wird dort jetzt die Nation verhandelt. Die Rede vom *Volk* ersetzt die von der *Gesellschaft*. Pädagogik ist angesagt: Den *Heimsuchungen der schrecklichen Gewalt von links und rechts* kann man nur mit Recht und Ordnung beikommen. Im Feuilleton putscht sich ein Autoritarismus nach oben. Heute wird der Jargon militarisiert und morgen die ganze Welt.

In der Gegenkultur ist man schon weiter: rechts ist nicht mehr brav, sondern chic. Auf den Seiten der Rechts-TAZ *Junge Freiheit* wirbt man mit allem Wissen um vormals von links besetzte Diskurse der Dissidenz für eine *konservative Revolution*. Neben der tradionellen Sentimentalität für faschistoide Pseudo-Nihilisten wie Spengler, Jünger, Céline feiert man dort die Einstürzenden Neubauten und die Cocteau Twins, weiß um den Poststrukturalismus und preist Bukowski, Spiegelmann's „Maus"-Comic und Dadaismus — sämtlich Topoi, mit denen man z.B. so manch aufrechten Traditions-Antifa immer noch jagen kann. Die „zynische Intelligenz" (Jünke) ist anderswo, als von Linken vermutet. Sie schreibt nicht in *Konkret*, sondern transformiert scheinbar eherne Werte der linken Subkultur nach rechtsaußen.

Musikalisch gesehen ist Punk 1992 tatsächlich wie im gleichnamigen Video der Rockband Sonic Youth angedeutet, weggebrochen: 1. Mit der Medien-Aufmerksamkeit für Nazi-Skins wurde deutlich, daß der klassische 3-Akkorde-Punk als reaktionäre Musik seine Heimat heute bei den Nazis hat. 2. Mit der industriellen Mainstreamisierung der linken Punk-Weiterrentwicklung Hardcore, d.h. mit dem Durchbruch von Nirvana und Grunge-Rock, ist Punk auf eben dem Müllplatz der Geschichte gelandet, von dem aus alles anfing: im betont natürlich suppenden Hippie-Hardrock. Auch hier gibt es dröhnenden Biologismus. Im phallokratischen Metal-Kontext gibt es von seinen Death-, Doom- bis White-Spielarten fast ausschließlich mythisches Welterklärungs Gedaddel.

Construction Time Again

Den beschriebenen Varianten linker Annahmen war ihr tiefer Essentialismus gemeinsam. Die Idee des *Wahren, Schönen, Guten*, die schon das bürgerliche Lager verzweifeln ließ, pflanzt sich auf der Linken ungehindert fort. Zugunsten eines geschlossenen Weltbildes wird die Hegelsche Systemphilosophie unreflektiert mitgeschleppt und immer wieder allen Erfahrungen so lange Gewalt angetan, bis sie sich ins Schema von richtig/falsch oder gut/schlecht pressen lassen. Hauptsache es klappt — die kapitalistische Verwertungslogik ist dem aufgeklärten Denken immanent. Dabei sind Wesenzuschreibungen terroristisch, als unbeweisbare Hypothesen unterjochen sie jedwede Erscheinung. Die philosophische bis praktische Unterdrückung der Frauen (Geschlecht) speiste sich ebenso aus diesen Mechanismen wie Stalinismus (Geschichte) und Rassismus (Volk).

Wesenszuschreibungen sind allesamt *konstruiert*. Als soziale Phänomene sind sie sozial erklärbar. Erst im Diskurs, in der Rede über die Dinge, konstituiert sich das Subjekt, konstituiert sich die Verfügungsgewalt über die Dinge durch ihre Benennung. Identität ergibt sich erst durch wiederholende Akte im Diskurs, so daß Subversion der Identität nur im Diskurs stattfinden kann. Von daher ist die Vermutung, es gäbe so etwas wie die „richtige" Arbeiterklasse oder eine „linke" Kultur absurd. Stattdessen kann es nur Abweichungen und Verschiebungen von Zuschreibungen geben. Wer trotzdem an Essentialismen, d.h. Wesenszuschreibungen glauben will, unterwirft sich einer Diskurs-Konstruktion, die schnell jedwede Annahme von Sozialisation zugunsten von esoterischer „Natürlichkeit" aufgibt. Angesichts des Rechtsschwungs ist es an der Zeit, die tradionelle Wahrheitsfahndung einzustellen, die binären Codes abzuschaffen und sich für Abweichungen zu interessieren. Weder Musik noch Politik ist mit den alten Mitteln faßbar. Musikalisch straft Hip-Hop mit der Ambiguität seiner Texte zwischen Sexismus, Rassismus und Internationalismus und politisch die allgemeine Faschisierung gerade auch der berühmten Arbeiterklasse jedwedem Hantieren mit Essentialismen Lügen. Von den alten Parolen bleibt nur eine übrig: Stoppt Faschisten◊

Christof Meueler

SoZ-Magazin Nr. 14, Juli 1993

Die Linken in Deutschland — Orientierungslos ins Abseits?

Zu einer Podiumsdiskussion über diese Frage in der Kölner Universität hatten die Juso-Hochschulgruppe und die Stadtrevue für den 25. 11. eingeladen. Der Diskussion stellten sich: Gregor Gysi, MdB, Sprecher der Gruppe PDS/Linke Liste; Horst Peter, MdB und Sprecher des „Frankfurter Kreises" der SPD; Manfred Busch, Wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der Grünen in NRW; Susanne Miller; Historikerin und Mitglied der SPD. Die Moderation übernahm Gabi Gillen vom WDR.

Das Thema und sicher auch die angekündigten Diskutanten lockten etwa 500 Teilnehmer, hauptsächlich Studenten, so daß aus dem ursprünglich vorgesehenen Hörsaal in den Hörsaal I, den größten des Hauses, umgezogen werden mußte — ein ermutigender Auftakt für die Veranstalter!

Zu Beginn nannte Gabi Gillen drei Schwerpunkte, auf die sich die Diskussion konzentrieren sollte:
— Wie sieht die Bestandsaufnahme der aktuellen politischen Entwicklung in der BRD aus?
— Ist die Orientierungslosigkeit der Linken Schein oder Realität?
— Braucht die Zukunft in Deutschland eine Linke?

Die Bestandsaufnahme gelang am einfachsten — es herrschte offensichtlich ein Grundkonsens zwischen Podium und Saal über die kritische Sicht auf die *gesellschaftlichen Verhältnisse im Deutschland der Einheit.* Die Moderatorin gab einleitend die Stichworte: Offensive des Kapitals, zunehmende soziale Gegensätze, Rechtsentwicklung quer durch die Gesellschaft, Rechtsextremismus, Zerstörung öffentlicher Räume, Politikverdrossenheit.

Manfred Busch setzte nahtlos fort: Der Zusammenbruch des Sozialismus war kein Sieg des Kapitalismus. Er ist kein Grund für eine Heiligsprechung des Kapitalismus.

Er bedeutet keinen Sieg der privaten über die öffentliche Sphäre. Keines der Probleme des Kapitalismus ist gelöst. Unter Nutzung der Rezession ist das Kapital in die Offensive gegangen. Die Gewerkschaften sind in die Defensive gedrängt. Und Gregor Gysi ergänzte: Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist übrig geblieben. Der Sozialismus ist auch als Industriegesellschaft gescheitert, und zwar früher gescheitert, weil er die schwächere Industriegesellschaft war.

Zum Problem der *Orientierung oder Orientierungslosigkeit der Linken* boten die drei im Podium vertretenen Parteien — SPD, PDS und Grüne — ein Bild, das sehr an die Krylow-Fabel vom Hecht, Krebs und Schwan erinnerte: Jeder strebte in eine andere Richtung: das gemeinsame Anliegen der Linken — die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu verändern — blieb auf der Strecke.

Dabei zeigte jeder der drei interessante Ansätze: Die Grünen formulieren konkrete, aber teilweise zu radikale Forderungen wie: Kampagne gegen Siemens, solange der Konzern Atomanlagen baut! Die Macht des RWE eingrenzen! Ökosteuern im Land NRW einführen! Steuerhinterziehung bekämpfen, insbesondere durch Konzernbetriebsprüfungen!

Die Sozialdemokraten trauerten aufgegebenen Positionen und verpaßten politischen Chancen nach — so der Möglichkeit eines demokratischen Neubeginns in der Bundesrepublik mit der Herstellung der Einheit, der Grundgesetzänderung zum Asylrecht oder der Funktionsbestimmung der Bundeswehr nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts.

Die PDS schließlich entwarf kühne Visionen, die kurzfristig leider nicht greifen: gesellschaftliche Befugnisse über Produktionsmittel ohne Enteignung; Umgestaltung des Steuerrechts zugunsten der Beschäftigten; Förderung des Produktionskapitals anstelle des Finanzkapitals; Dezentralisierung der öffentlichen Macht anstelle ihrer Zentralisierung in Brüssel, selbstverwaltete Kommunen und Bürgerinitiativen in Kommunalparlamenten; Herausnahme von Wohnungswesen, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur aus der Marktwirtschaft.

Die Frage, ob die *Zukunft in Deutschland eine Linke braucht,* wurde durch die Veranstaltung eher indirekt beantwortet.

Susanne Miller schwärmte von der 68er Bewegung, die dazu führte, daß die Gesellschaft liberaler wurde. Sie äußerte die Hoffnung, man könne die Bewegung von unten wieder in Gang setzen. Horst Peter forderte radikale Gesellschaftskritik als Voraussetzung, um zu einer Orientierung zu gelangen.

Gregor Gysi betonte die Pflicht der Linken, an Alternativen mit planetarischen Dimensionen zu arbeiten, Mehrheiten in der Gesellschaft zu gewinnen und für die Realisierung der Alternativen zu kämpfen. Nur mit einer solchen Politik habe die Linke eine Chance und werde ihrem eigenen gesellschaftlichen Anspruch gerecht.

Der lebhaft vorgetragene Multilog der Podiumsteilnehmer fand starke Resonanz beim Publikum. Dabei wurde so manche Podiumsthese kritisch hinterfragt, so etwa die Forderung Gysis, die gesamte Geschichte der Linken anzunehmen. Angemahnt wurde, nicht ausschließlich von der deutschen Linken zu sprechen, sondern dem Motto der Veranstaltung treu zu bleiben, die ja ausdrücklich den „Linken in Deutschland" gewidmet sein sollte, also unter Einbeziehung von deutschen und nichtdeutschen in der BRD.

— (bat)

antifaschistisch ★ antikapitalistisch ★ antiimperialistisch ★ für Arbeiterinteressen

★ Lokalberichte Köln

Nr. 25, 9. 12. 1993 G 10 401 D 1 DM

links
SOZIALISTISCHE ZEITUNG

JOACHIM HIRSCH

Linke Politik: No future

Was unter „links", gar „linker Politik" zu verstehen sei, ist bekanntlich umstritten. Wenn wir damit die Ansätze bezeichnen, die auf eine grundlegende Befreiung der Menschen aus Not, Ausbeutung, Würdelosigkeit und Unterdrückung zielen, so ist diese simpel erscheinende Umschreibung dennoch höchst bedeutungsschwer. Sie meint die Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die menschlicher Befreiung entgegenstehen und sie schließt ein, daß diese Befreiung nicht nur materiell, sondern immer auch schon politisch gemeint sein muß. Linke Politik nach diesem Verständnis ist also zugleich sozialrevolutionär und radikaldemokratisch. Wenn der Begriff „Sozialismus" heute überhaupt noch etwas bedeuten soll, dann in diesem Sinne. Die Erfahrung mit dem gescheiterten „realen" hat zumindest dies bestätigt.

Versteht man „linke Politik" so, dann ist die Frage nach ihren derzeitigen Perspektiven schnell beantwortet: da es sie nicht gibt, kann sie auch keine haben. Daß auf dem Feld der offiziellen Politik sich Differenzen bestenfalls noch bezüglich der Frage ausmachen lassen, ob und wieviel Brocken den Zukurzgekommenen gelegentlich hingeschmissen werden und daß das Bekenntnis zum autoritären Parteienstaat die herrschende politische Klasse aller Richtungen zusammenschweißt, ist bekannt. Es gibt heute überhaupt keine Partei mehr, die sich nicht – ganz zu Recht – der konservativen „Mitte" zurechnet. Nicht zuletzt dies zeigt, wie nachhaltig das bürgerlich-parlamentarische Rechts-Links-Schema inzwischen der autoritären Transformation der real existierenden Demokratie zum Opfer gefallen ist. Statt „rechts" und „links" zählt tatsächlich nur noch das „hinten" oder „vorne" bei der Modernisierung des Kapitalismus, wie es die GRÜNEN gerade so erfolgreich vorexerzieren.

Neu ist allerdings, daß es jenseits dieser staatlich-parteipolitischen Ebene keine bedeutsame linke politische Kraft mehr gibt, die in der Lage wäre, wenn schon nicht folgenreiche Politik zu machen, so doch maßgebend auf die öffentliche Debatte Einfluß zu nehmen, genaue Gesellschaftskritik zu üben, Perspektiven über den strukturellen Status Quo hinaus zu formulieren, kurz: mit hegemonialem Anspruch aufzutreten. Je inflationärer der Begriff „Hegemonie" im linken Vokabular der letzten Jahre wurde, desto mehr war man real von ihr entfernt. Was heute an radikaleren linken Strömungen noch übriggeblieben ist, zeichnet sich vor allem durch theoretisch-politische Desorientierung aus und führt bestenfalls noch eine unbedeutende politische Randexistenz.

Die historischen Gründe dafür sind komplex und können hier nicht debattiert werden. Festzuhalten bleibt nur, daß die heute existierenden linken Strömungen sich bei aller möglicherweise vorhandenen verbalen Radikalität und trotz gelegentlich noch anzutreffender Militanz dadurch auszeichnen, daß sie in ihrem Politikverständnis den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr überschreiten. D.h. sie bewegen sich weitgehend innerhalb der Bewußtseins- und Handlungsformen, die von den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen bestimmt werden. Sie verfügen nicht nur über kein plausibles gesellschaftliches Alternativmodell – was nicht so schlimm wäre –, sondern auch über keinen Begriff von revolutionärer Praxis. Die strukturellen sozialen Formen, die für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft bestimmend sind – Trennung von „Staat" und „Gesellschaft", von „Politik" und „Ökonomie", können weder theoretisch kritisiert noch praktisch überschritten werden. Damit einher geht die Wiederbelebung der Staatsillusion, d.h. des Glaubens, im Staat läge der Ursprung und Grund von Herrschaft und damit zugleich der entscheidende Hebel gesellschaftlicher Veränderung.

Daß dies für das rotgrün parlamentarisierte ehemalige alternative Bewegungsmilieu gilt, bedarf keiner weiteren Begründung. Es gilt aber auch für die vielen antirassistischen, antinationalistischen und antifaschistischen Initiativen, die im Kern über das Einklagen bürgerlicher Menschenrechte – so wichtig das ist – nicht hinausgehen. Die Bekämpfung von Rassismus, Nationalismus und Neofaschismus hätte sich ja nicht nur auf deren aktuelle Personifizierungen und Ausdrucksformen, sondern auch auf die gesellschaftlichen Strukturen zu richten, die sie hervorbringen. Davon ist freilich wenig zu spüren. Diese Feststellung gilt im großen und ganzen auch für das sich als „autonom" verstehende linksradikale Spektrum, das sich zu den bestehenden ökonomisch-politischen Strukturen nur noch abstrakt negatorisch verhalten kann und sie gerade dadurch bestätigt.

Nehmen wir nur ein Beispiel: die als radikal empfundene Parole „Nie wieder Deutschland" war nicht nur deshalb politisch so hilflos, weil die Gründe für den Zusammenbruch der DDR offenkundig nicht verstanden wurden, sondern weil sie praktisch als Bekenntnis zur alten Bundesrepublik betrachtet werden mußte – eine nicht eben beeindruckend radikale, sondern eher konservative und jedenfalls wenig gesellschaftskritische Parole also. Natürlich

gibt es Gründe, weshalb sich als radikal begreifende Linke sich faktisch darauf beschränken, bürgerlich-demokratische Postulate und Verhältnisse zu verteidigen. Auch die Forderung nach „offenen Grenzen" zählt im übrigen – siehe das nun wirklich im Kern „bürgerliche" Asylrecht – dazu. Die Gründe liegen in den sich immer deutlicher ausdrückenden Tendenzen der Zerstörung einmal erkämpfter bürgerlich-demokatischer Verhältnisse. Das Problem freilich ist, daß nicht einmal diese verteidigt werden können, ohne sie gleichzeitig zu überschreiten.

Es ist keine billige Nostalgie, wenn man feststellt, daß die politische Diskussion schon weiter war. Nicht ganz wenige Menschen wußten einmal, daß sozialrevolutionäre Politik im Kern auf die unmittelbare und praktische Veränderung von Lebensverhältnissen und sozialen Beziehungen zielen muß, also von Arbeits- und Lebensformen, Konsumnormen, Geschlechterverhältnissen und Familienstrukturen. Es gab den Begriff der „Kulturrevolution", der genau darauf, auf die Erkenntnis, daß das „Private" entscheidend „politisch" ist, abzielte. Es war auch klar, daß solche Veränderungen nur Bestand und Entwicklungsperspektiven haben können, wenn sie in ein Netzwerk autonomer und selbstorganisierter politischer Strukturen eingebettet sind und daß die „Politisierung des Privaten" vor den kapitalistischen Produktions- und Verfügungsverhältnissen nicht Halt machen darf. Mit etatistischer Partei- und Verbandspolitik ist das überhaupt nicht zu leisten. Schließlich wußte man, daß gesellschaftliche Veränderungen in der Tat mit dem Kampf um „Hegemonie" verbunden sind. Das heißt, daß es einer selbstorganisierten alternativen Öffentlichkeit bedarf, die es sich nicht in subkulturellen Nischen bequem macht, wo man so nett unter sich ist und sich daher so identisch fühlt. Vielmehr kommt es darauf an, sich kritisch, präzise und nachvollziehbar auf herrschende Politik, Theorie und Ideologie zu beziehen und Strategien praktischer Gesellschaftsveränderung zum Thema und Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung zu machen.

Die „Kulturrevolution", die heute tatsächlich stattfindet, wird indessen maßgebend von den Industrie- und Medienmultis vorangetrieben und von vielen mitvollzogen, die sich immer noch und irgendwie als politisch oppositionell verstehen. Sie formen die herrschenden Lebensstile, die Geschlechterbeziehungen und die Konsumgewohnheiten am nachhaltigsten und es ist überhaupt nicht mehr zu sehen, woher sich Widerstand dagegen entwickeln sollte. Von linken E-Mail-Anschlüssen, Toscana-Fraktionen, noch so alternativen KulturindustriekonsumentInnen und Internet-TeilnehmerInnen jedenfalls nicht. Und ein „Antikapitalismus", der sich wahlweise auf die Ökologisierung desselben oder auf das Einschmeißen von Bankfenstern konzentriert, ist auch nicht eben zukunftsweisend.

Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung liegt gewiß im Scheitern all dessen, was die Protestbewegung Ende der sechziger Jahre und die „neuen sozialen Bewegungen" in ihrer Anfangsphase einmal anvisiert hatten. Daß die hochgesteckten revolutionären Hoffnungen enttäuscht wurden, hat sehr zur Resignation oder eben zu den bekannten politischen Wenden beigetragen. Die 68er-Bewegung ist inzwischen nur noch Gegenstand rancünehafter Abrechnungen, die Ökologie- ebenso wie die Frauenbewegung haben sich in wesentlichen Teilen als MitträgerInnen der neokonservativen Wende entpuppt, beschäftigen sich mit der ökologischen und quotentechnischen Modernisierung der bestehenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse.

Für viele, die diese Wenden nicht mitgemacht haben, steht heute fest, daß diese Gesellschaft nicht mehr veränderbar ist und daß es nur noch darauf ankommt, die eigene kritische Position, das eigene Nicht-Mitmachen wenigstens zu proklamieren, sich seine „Identität" möglichst rein zu halten von den Gemengen politischer Praxis. Ideologische Selbstradikalisierung als Politikersatz. Dem mag vielleicht sogar eine realistische Einschätzung der Verhältnisse zugrundeliegen. Politik, gar linke, d.h. praktisch sozialrevolutionäre und radikaldemokratische, ist es allerdings keine. Und deshalb steht es mit den Perspektiven linker Politik derzeit so schlecht. Nicht weil es diese von den objektiven Bedingungen her überhaupt nicht geben könnte, sondern weil schlecht aufgearbeitete und verdrängte Erfahrungen mit politischen Fehlschlägen ein allgemeines Bewußtsein des „no future" produziert haben.

Wie lassen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzen? Der Partei- und Staatssozialismus ist ebenso gescheitert wie der sozialdemokratische Reformismus. Daran ändern auch einige grün eingefärbte Wiederbelebungshoffnungen nichts. Man kann aus den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen weder einfach austreten noch hilft es viel, abstrakte Gegenmodelle zu entwerfen. Utopie, deren absolutes Fehlen das gegenwärtige linke Desaster am meisten kennzeichnet, entwickelt sich aus praktischen Erfahrungen und Auseinandersetzungen. Jeder Versuch, die Gesellschaft zu verändern, muß an den bestehenden Verhältnissen und ihren Widersprüchen ansetzen. Dies schon deshalb, weil „bürgerliche" Bewußtseinsformen und Verhaltensprägungen tief in uns alle eingelassen sind. Sich davon zu befreien, ist ein langwieriger und konfliktreicher Erfahrungs- und Lernprozeß.

Das heißt, daß jede sozialrevolutionäre Politik sich zugleich *in und gegen Staat und Kapital* entwickeln muß. Sie gedeiht nicht im Ghetto. Das setzt nicht nur Selbstorganisation, sondern auch praktische Auseinandersetzung mit den herrschenden Institutionen voraus. Es geht nicht um die Übernahme von Staatsmacht, auch nicht nur um deren Zerschlagung, sondern um die Transformation der politischen Strukturen, und zwar dadurch, daß ihnen andere Handlungs- und Praxisformen entgegengesetzt, die bürgerlich-kapitalistischen politischen Formen durchbrochen und überschritten werden. Erst dadurch wäre es möglich, nach dem Scheitern aller Sozialismen die entscheidende Frage der Produktionsverhältnisse wieder folgenreich zu stellen.

Dieser praktische Bruch mit der herrschenden Politik, die Überschreitung der Grenzen bürgerlicher Repräsentativdemokratie macht politische Radikalität aus, nicht verbaler Radikalismus oder aktionistische Militanz. Wenn es je einmal wieder eine linke Perspektive geben sollte, dann müßte sie in einem *„radikalen Reformismus"* liegen, d.h. einer Politik, die auf eine selbsttätige und grundlegende Umwälzung der praktischen Lebensverhältnisse und auf eine schrittweise Demokratisierung der ökonomischen und politischen Institutionen zielt und sich dessen bewußt ist, daß dies einen Selbstrevolutionierungsprozeß beinhaltet, der konfliktreiche und schwierige Erfahrungs- und Lernprozesse einschließt.

Davon ist heute kaum noch etwas zu spüren. Bürgerliche Kultur und Politik herrscht unumschränkt, von den ökonomischen Verhältnissen ganz zu schweigen. Linke Politik, so es sie noch gibt, bewegt sich perspektivlos in den Schranken der kapitalistischen Gesellschaft. Was not täte, wäre zuallererst die kritische Aufarbeitung der Erfahrungen der letzten dreißig Jahre und die Wiedergewinnung einer praktisch gesellschaftskritischen Kompetenz. Das meint Kritik im Handgemege, Verbindung von Theorie und Praxis. Wenn dies nicht gelingt, bleibt „linke"Politik, die mehr ist als kapitalistische Modernisierung oder hilflose Verweigerung, eine Schimäre. ●

Bitte um Mithilfe

Das Archiv für alternatives Schrifttum sammelt umfassend für Nordrhein-Westfalen alle gedruckten Materialien von selbstorganisierten bzw. selbstverwalteten Gruppen und Initiativen, die im politischen, sozialen oder kulturellen Bereich aktiv sind oder waren.

Hierzu gehören z.B.:

- Stadt-, Statt- und Volksblätter
- Stadtteilzeitungen
- Zeitungen, Flugblätter und Broschüren aus den verschiedenen sozialen Bewegungen und von außerparlamentarischen politischen Gruppen
- Materialien zu einzelnen Kampagnen und Themen
- Dokumente aus der Zeit der Studentenbewegung
- Aktuelle studentische Publikationen, etwa AStA- Zeitungen oder Veröffentlichungen von Hochschulgruppen
- Materialien aus den Frauenbewegungen
- Arbeiter-, Betriebs- und Lehrlingszeitungen
- Arbeitslosenzeitungen
- Texte freier Literaturgruppen
- Unabhängige Musikzeitungen
- Veranstaltungsprogramme selbstverwalteter Zentren
- Regional- und Programmzeitungen
- Internationalismus-Publikationen
- Dezentrale Grüne Publikationen
- Politisch oder kulturell interessante Schülerzeitungen
- Plakate.

Über NRW hinaus werden Publikationen dann archiviert, wenn mit ihrer Kenntnis regionale oder lokale Aktivitäten und Ereignisse besser verständlich werden, wenn sie für die Theoriebildung oder das politische Selbstverständnis von sozialen Bewegungen oder politischen Gruppen von Bedeutung sind, oder wenn sie Vorreiter-Funktion haben.

Auch wichtige Dokumente von Bürgerinitiativen und Basisbewegungen der ehemaligen DDR werden gesammelt.

Das Archiv beschränkt sich dabei auf die Zeit nach 1945; der Schwerpunkt liegt auf der Zeit ab Anfang der 60er Jahre.

Materialien von Rechtsradikalen werden nicht gesammelt.

Wer hat noch Zeitschriften, Stadtblätter, Flugblätter, Broschüren, Dokumentationen, Protokolle, Plakate, Studentenzeitungen, Zentralorgane von Parteiaufbauorganisationen etc. aus der Zeit von 1945 bis heute?

Wer hat in Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, Arbeitslosenzentren, Frauenprojekten, Betriebs- oder Lehrlingsgruppen, Studentenorganisationen etc. gearbeitet und besitzt noch Publikationen, die er nicht mehr braucht und die bei uns besser aufgehoben sind?
Wer hat Fanzines, Musikmagazine, Broschüren oder andere Materialien aus der Independent-Szene?
Wer kennt noch Leute, die derartige Materialien im Keller liegen haben?

Auch kleinste Mengen sind uns wichtig, denn viele Fragmente ergeben ein Ganzes!
Es besteht auch die Möglichkeit, Materialien als Leihgaben ans Archiv zu geben.
Leute, die sich nicht von ihren Schätzen trennen wollen, können uns sehr helfen, indem sie uns erlauben, ihre Materialien zu kopieren.
Nach Rücksprache holen wir auch Materialien ab oder erstatten die Portokosten.

Veröffentlichungen

Zeitschriften-Bestandskatalog 2 (1990), 228 S.
Verzeichnet 1.200 Periodika mit allen erreichbaren bibliographischen Angaben. Geographisches und Sachgruppen-Register. Enthält alle Angaben aus Katalog 1.
75,- DM (plus 3,- Versand)

SPEX-Register 1980 - 1991 (1992), 304 S.
Register der ersten 12 Jahrgänge der bedeutendsten unabhängigen Musikzeitung. Das Buch enthält ca. 13.500 Verweise auf Artikel und Plattenbesprechungen.
35,- DM (plus 3,- Versand)
Versand nur gegen Vorkasse!

Adresse und Öffnungszeit

Archiv für alternatives Schrifttum
Schwarzenberger Str. 147
47226 Duisburg

Tel. 02065 / 7 47 15 Ø
Fax 02065 / 7 47 37

Das Archiv ist häufig, aber unregelmäßig geöffnet, da wir leider immer noch sehr stark auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen sind.

Immer geöffnet ist mittwochs 17 - 20 Uhr.

Für auswärtige Benutzer empfiehlt sich eine telefonische Anmeldung. Ganztägige Benutzung kann dann in der Regel schnell ermöglicht werden.

1. Universitätsbibliothek Düsseldorf. Zeitungen und zeitungsähnliche Periodika. Verzeichnis der Original- und Mikrofilmbestände. Redaktion: Jürgen Schüler in Zusammenarbeit mit Hildegard Grimme. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1986. 126 S.
2. Kräuter- und Pflanzenbücher vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Eine Ausstellung der Universitätsbibliothek Düsseldorf. Ausstellung u. Katalog: Rudolf Schmitt. 2. Aufl. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1986. 41 S.
3. Heinz Finger, Anita Benger: Der Kölner Professor Gisbert Longolius - Leibarzt Erzbischof Hermanns von Wied - und die Reste seiner Bibliothek in der Universitätsbibliothek Düsseldorf. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1987. 172 S.
4. Malerische Ansichten des Rheins. Rheinreisen im 19. Jahrhundert. Eine Ausstellung aus Beständen der Westdeutschen Landesbank und der Universitätsbibliothek Düsseldorf. Ausstellung u. Katalog: Rudolf Schmitt-Föller. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1988. 52 S., 28 Taf.
5. Kostbarkeiten aus der Universitätsbibliothek Düsseldorf. Mittelalterliche Handschriften und Alte Drucke. Hrsg. von Günter Gattermann. Verfasser der Beschreibungen: Gerhard Karpp u. Heinz Finger. - Wiesbaden: Reichert, 1989. 126 S., zahlr. Abb.
6. Entwicklung eines Online-Publikumskataloges für wissenschaftliche Bibliotheken. (Berichte über das OPAC-Projekt der UB Düsseldorf.) Von Günter Gattermann, Arno Schulte-Geers, Barbara Gattung, Gabriele Dreis, Gisela Stedtnitz. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1989. 101 S.
7. Bibliothek Lambert Krahe. Kunstliteratur des Barock und des Klassizismus. Eine Ausstellung der Universitätsbibliothek Düsseldorf. Ausstellung u. Katalog: Jürgen Schüler u. Rudolf Schmitt-Föller. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1990. 100 S., zahlr. Abb.
8. Der Online-Publikumskatalog der Universitätsbibliothek Düsseldorf: Methodische Erkenntnisse und Erfahrungen. OPAC-Kolloquium am 27. - 28. November 1989. Hrsg. von Günter Gattermann. - Frankfurt a.M.: Klostermann, 1991. XVI, 223 S. (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie: Sonderheft; 52).
9. Genealogische und heraldische Bestände der Universitätsbibliothek Düsseldorf. Bearb. von Erika Bernhardt. Hrsg. von Günter Gattermann. - München: Saur, 1991. XVI, 528 S.
10. Katalog der Thomas-Mann-Sammlung. Universitätsbibliothek Düsseldorf. Hrsg. von Günter Gattermann in Zusammenarbeit mit Elisabeth Niggemann. - Bern: Francke, 1991. 9 Bände.
11. Heinz Finger: England und der Niederrhein in ihren Beziehungen während des Mittelalters und der frühen Neuzeit. Eine Ausstellung der Universitätsbibliothek Düsseldorf zum Anglistentag 1991. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1991. 80 S., 10 Abb.
12. Karl-Egon Lönne: Neapel als Ort der Begegnung von italienischem und deutschem Geistesleben. Ausstellung der Universitätsbibliothek aus Anlaß des VIII. Partnerschaftskolloquiums der Facoltà di Lettere e Filosofia dell' Università degli Studi di Napoli - Federico II - und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1991. 51 S.

13. Philipp Franz von Siebold (1796-1866). Forscher und Lehrer in Japan. Eine Ausstellung der Universitätsbibliothek Düsseldorf. Katalog: Rainer Hofer, mit einem Beitrag von Klaus Müller. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1991. 55 S.

14. Hubertus Schulte Herbrüggen: Das Düsseldorfer Exemplar der ersten Folioausgabe von *The Workes of Sir Thomas More* 1557. With a summary in English. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1992. 162 S., zahlr. Abb.

15. Gerhard Michel, Jürgen Beer: Johann Amos Comenius (1592-1670). Ein europäischer Theologe, Philosoph und Pädagoge am Beginn der Neuzeit. Eine Ausstellung der Universitätsbibliothek Düsseldorf und des Erziehungswissenschaftlichen Instituts. - Düsseldorf: Universitätsbibliothek, 1992. 47 S.

16. Icones Plantarum. Illustrierte Kräuter- und Pflanzenbücher aus vier Jahrhunderten. Eine Ausstellung der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf. Ausstellung u. Katalog: Rudolf Schmitt-Föller. - Düsseldorf: Universitäts- und Landesbibliothek, 1993. 64 S., XV Taf.

17. Gabriele Dreis: Benutzerverhalten an einem Online-Publikumskatalog für wissenschaftliche Bibliotheken. Ergebnisse und Erfahrungen aus dem OPAC-Projekt der Universitätsbibliothek Düsseldorf. - Frankfurt a.M.: Klostermann, 1994. XIII, 150 S. (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie: Sonderheft; 57).

18. Handschriftencensus Rheinland. Erfassung mittelalterlicher Handschriften im rheinischen Landesteil von Nordrhein-Westfalen. Hrsg. von Günter Gattermann. Bearb. von Heinz Finger (Projektleitung), Marianne Riethmüller (Hauptredaktion) u.a. Bd. 1. 2. u. Registerbd. - Wiesbaden: Reichert, 1993. XVIII, 1625 S.

19. A. Paul Weber (1893-1980). Kritische Graphik und Buchillustration. Eine Ausstellung der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf. Ausstellung u. Katalog: Wolfgang J. Bock u. Barbara Hell. - Düsseldorf: Universitäts- und Landesbibliothek, 1993. 43 S., zahlr. Abb.

20. Düsseldorfer Inkunabelkatalog. Hrsg. von Günter Gattermann. Bearb. von Heinz Finger mit Manfred Neuber, Rudolf Schmitt-Föller u. Marianne Riethmüller. - Wiesbaden: Reichert, 1994. 541 S., zahlr. Abb.

21. Anita Benger: Drucke des Kölner Buchdruckers Jaspar von Gennep in der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf. - Düsseldorf: Universitäts- und Landesbibliothek, 1994. 103 S., 15 Abb.

22. Heinz Finger: Die Frau im mittelalterlichen Rheinland. Eine Ausstellung der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf. - Düsseldorf: Universitäts- und Landesbibliothek, 1995. 102 S., 12 Abb.

23. 10 Jahre Archiv für alternatives Schrifttum - 30 Jahre Druck von unten. Eine Ausstellung in der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf. Hrsg. von Jürgen Bacia. - Düsseldorf: Universitäts- und Landesbibliothek, 1995. 188 S., zahlr. Abb. (Materialien des Archivs für alternatives Schrifttum; Bd. 4).

24. Literarische Nachlässe in Nordrhein-Westfalen. Ein Bestandsverzeichnis. Bearb. von Thomas Hilberer (Projektleitung) und Dagmar Rohnke-Rostalski. - Wiesbaden: Reichert, 1995. 490 S. (im Druck)

afas